Weder FRIEDEN noch FREIHEIT

Erich Kern

Weder Frieden noch Freiheit

ERICH KERN

Weder Frieden noch Freiheit

– Deutsches Schicksal unserer Zeit –



VERLAG K. W. SCHÜTZ · GÖTTINGEN

1. Auflage

Printed in Germany

Gesamtherstellung: Erich Goltze KG, Göttingen

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 7

DIE WIEDERVEREINIGUNG DEN ALLIIERTEN ÜBERLASSEN 9

Adenauers Traum vom Westreich — Kommunistischer Verzicht auf den deutschen Osten — Deutsche Wiederbewaffnung im Schatten der Landsberger Galgen — US-Schutz für Doppelagenten Kemritz — Ausschaltung der Kriegsgeneration

KEINE PRÜFUNG FÜR STALINS ANGEBOT 49

Unterzeichnungen des Generalvertrags — Auerbach-Skandal in München — Wiedergutmachung für Israel — Künstliche Nau-Nau-Affäre — Sprunghaftes Ansteigen der Jugendkriminalität

DIE VERRATENE EINHEIT 96

Die Rebellen des 17. Juni im Stich gelassen — Otto John lief wieder einmal über — Dank des »Überleitungsvertrages« gibt es nur deutsche Kriegsverbrechen — Österreich wurde frei — Kesseltreiben gegen Schlüter — Der seltsame Schmeisser-Prozeß — Saar kehrt trotz Adenauer heim — Deutschen-Hatz in Südtirol

DIE MISSBRAUCHTE WIEDERGUTMACHUNG 143

Dr. Agartz und die Gewerkschaften — Der Prozeß Ferdinand Schörner — Die illustrierte Krankheit der Deutschen — Die Welt der Rosemarie Nitribitt — Dr. Greve und die Wiedergutmachung

DIE SCHANDMAUER 194

Hakenkreuzschmiererei in Köln — Entführung und Verurteilung Eichmanns — Das Standgericht von Brettheim — Alfred Frenzel wird entlarvt — Presse Dekameron in Bayern — Das Sterben an der Berliner Mauer — Freiheit für Mörder Vračarič

DIE MAUER IM SCHUTZE VON OST UND WEST 238

Botschafter Kroll wird abgeschossen — Charles de Gaulle beglückwünscht die deutsche Jugend — Leibbrand-Prozeß in Stuttgart — Verunglückte Aktion gegen den »Spiegel« — Rektor Rühsen in den Tod gehetzt — Umstrittene Entwicklungshilfe — Trienter Prozeß gegen die Folter-Karabinieri — Adenauer und Globke treten ab — Auschwitz-Prozeß in Frankfurt — Mit Nagold gegen die Bundeswehr

DER SIEG DER SÜHNEDEUTSCHEN 284

Amerikanische Soldaten als Verbrecher — Der schillernde Zech-Nenntwich — Angst vor Professor Hoggan — Heye gegen die Bundeswehr — Südtirol-Prozeß in Mailand — Mord an Luis Amplatz — Die ansteigenden Sexualverbrechen — Wiedergutmachungsschwindler Deutsch verhaftet — Oberstaatsanwalt Schüle als SA- und NS-Mitglied entlarvt — Das verhängnisvolle Waffengeschenk an Israel — Bundestag verlängert die gesetzliche Verjährung der Kriegsverbrecherverfolgung

DIE DEUTSCHE HYPNOSE 322

Die verhängnisvollen Waffen für Israel — Südtirol-Prozeß in Graz — Kriegsverbrecherprozesse werden zur Lawine — Bundestagswahl ohne Ausweg — Der hypnotisierte deutsche Riese schläft weiter

LITERATURVERZEICHNIS 348

NAMENVERZEICHNIS 349

Vorwort

Dieses Buch soll eine Chronik der letzten 16 Jahre sein. Ich habe mich bemüht, alle Geschehnisse, die diese Zeit seit der Staatwerdung des in Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik geteilten Restdeutschlands prägten, möglichst getreu niederzuschreiben. Wenn ich da und dort meine nichtkonformistische Meinung äußerte, möge man mir verzeihen.

Obgleich ich genau wie die Mehrheit meiner Leser all das miterlebte, was diese Chronik wiedergibt, faszinierte mich das nun aufwachsende Gesamtbild unseres zerrissenen Alltags von Kapitel zu Kapitel stärker. Diese farbenprächtige deutsche Gegenwart im Westen mit ihren 13 000 Vermögensmillionären, mit der nicht mehr einzudämmenden Flut der Autos, der Fernsehapparate, der Musiktruhen, der modernsten Kühlschränke und Waschmaschinen, mit einer Arbeitnehmerschaft, welche die meisten Auto- und die meisten Hausbesitzer aufweist, eine Epoche mit jährlich rund 10 000 Selbstmördern, ihren jährlich 16 000 Verkehrstoten, 45 000 gewerbsmäßigen Dirnen, den 350 000 unheilbaren Alkoholikern, den rund 300 000 unsteten Vagabunden, den 1 200 000 Fremdarbeitern, den jährlich fast 1 000 000 betragenden nichtaufgeklärten Kriminalfällen, den jährlich rund 10 000 Müttern zwischen 13 und 18 Jahren und den unglücklichsten Opfern der Zivilisation, den 4000 Contergan-Kindern und der ständig zunehmenden Zahl der einseitigen Kriegsverbrecherprozesse mit ihren bisher rund 85 000 Urteilen.

Nahezu noch gigantischer die Leistungen, welche die Steuerzahler aufbringen mußten: für die Wiedergutmachung über 44 Milliarden DM, für die Entwicklungshilfe 26 Milliarden und 133 Milliarden für die NATO allein von 1955 bis 1965.

Und trotzdem besaß die Bundesrepublik neben ihren anderen riesigen Werten noch zu Beginn des Jahres 1965 Goldbarren im Werte von 16 Mil-

liarden DM. Doch dieser deutsche Goldschatz ist weder in Bonn noch in Berlin und auch nicht in Frankfurt gelagert, wo in der Deutschen Bundesbank ein »Schatzmeister des deutschen Goldes« amtet. Das deutsche Gold liegt in anderen Tresoren wohlverwahrt: in London und New York.

»Wer erdichten will, dichte ganz; wer Geschichte schreiben will, habe das Herz, die Wahrheit nackt zu zeigen«, lehrt uns Johann Gottfried Herder. In unseren Tagen gibt es allerdings kaum ein gefährlicheres Unterfangen, als die nackte Wahrheit aufzuzeigen. Nach meiner Deutschen Trilogie und meinen Dokumentarbänden »Verrat an Deutschland« und »Verbrechen am deutschen Volk« habe ich diese bittere Realität an eigener Haut erfahren müssen.

Diesmal freilich habe ich mich nicht mit der Vergangenheit beschäftigt, sondern mit der Gegenwart. Ich befürchte, nicht nur unsere Vergangenheit müßte bewältigt werden, sondern auch unsere Gegenwart. Doch dies ist nicht meine Aufgabe. Ich bin lediglich ein Schreiber, der nicht so schreibt, wie er soll, sondern wie er muß.

Darum soll dieses Buch nicht als eine Streitschrift, sondern als ein nachdenkliches Lesebuch unserer Epoche verstanden werden. Goethe meinte einmal: »Geschichte schreiben ist eine Art sich das Vergangene vom Halse zu schaffen.«

Genau dazu soll diese Chronik unserer Tage mithelfen.

Der Verfasser

DIE WIEDERVEREINIGUNG DEN ALLIIERTEN ÜBERLASSEN

Adenauers Traum vom Westreich / Kommunistischer Verzicht auf den deutschen Osten / Deutsche Wiederbewaffnung im Schatten der Landsberger Galgen / US-Schutz für Doppelagenten Kemritz / Ausschaltung der Kriegsgeneration

Als im besiegten, beraubten und zerrissenen Deutschland westlich der von den Alliierten bestimmten Demarkationslinie am 7. September 1949 in Bonn die Bundesrepublik Deutschland gegründet und östlich der alliierten Demarkationslinie am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik proklamiert wurde, war Restdeutschland in zwei Hälften geteilt.

Sowohl im demokratischen West- als auch im kommunistischen Mitteldeutschland wurde nun dem Volk verkündet, daß es eine deutsche Regierung habe. Im Osten war das einigermaßen schwierig, da die kommunistische Diktatur in allen Dingen unverhüllt in Erscheinung trat.

Wie die Entwicklung im Westen des geteilten Deutschlands laufen würde, erhellte blitzartig ein Beschluß der alliierten Militärgouverneure McCloy und Sir Brian Robertson sowie des französischen Hochkommissars François-Poncet, der am 13. September publiziert wurde: Die Alliierten hatten ein neues Presse- und Rundfunkgesetz für Westdeutschland beschlossen, durch welches die alliierte Kontrolle über Presse und Rundfunk aufrechterhalten bleiben sollte. Es wurde rechtzeitig Vorsorge getroffen, daß die Institute der öffentlichen Meinungsbildung auch in Zukunft in Westdeutschland nur im alliierten Sinne wirken würden.

Zwei Tage nach diesem Beschluß, der sich für die Zukunft der Deutschen von allen alliierten Beschlüssen dieser Zeitperiode am verhängnisvollsten auswirken sollte, am 15. September, wählte der Deutsche Bundestag in Bonn auf Vorschlag von Bundespräsidenten Dr. Theodor Heuß

mit 202 von 402 Stimmen Dr. Konrad Adenauer zum ersten deutschen Bundeskanzler. Auch diese kleinstmögliche Mehrheit konnte nur zustande kommen, weil die Opposition gegen drei nicht vorschriftsmäßig ausgefüllte Adenauer-Stimmzettel, die strenggenommen ungültig waren, keinen Widerspruch erhob. Sogleich entstand in der Welt ein großes Rätselraten darüber, was nun diese neue demokratisch gewählte westdeutsche Regierung in der deutschen Schicksalsfrage unternehmen würde.

Noch am gleichen Tag stellte sich Kanzler Adenauer der AFP, die ihn interviewte. Auf die Frage: »Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die deutsche Einheit wieder herzustellen?« antwortete Adenauer: »In der nächsten Zeit können wir nichts Bestimmtes tun, da das Problem der deutschen Einheit in vieler Hinsicht von den Beziehungen zwischen den westlichen Alliierten und Rußland abhängig ist.«

Damit gab Adenauer in aller Öffentlichkeit für die nächsten 20 Jahre das Rezept der westdeutschen Politik in Fragen der deutschen Einheit bekannt: Totaler Verzicht auf jede echte deutsche Initiative, völliges Übereignen der deutschen Schicksalsfrage an die Alliierten. Die junge Bundesrepublik entledigte sich dadurch ihrer vornehmsten und heiligsten Aufgabe von Anfang an. Auch vergangene alliierte Konferenzen und Beschlüsse konnten in keinem real Denkenden die Vorstellung erwecken, daß die Alliierten ihrerseits auch nur den kleinen Finger für eine Verwirklichung der deutschen Einheit rühren würden. In Frankreich und England sprachen sich wiederholt Politiker und Publizisten dafür aus, daß es künftig keine deutsche Einheit geben dürfe. Die Sowjetunion wieder und die USA hatten grundsätzlich nichts gegen die Vereinigung der beiden deutschen Resthälften. Für die Sowjetunion gab es natürlich von vornherein nur die Möglichkeit einer Wiedervereinigung unter der roten Fahne. Für die USA – seit dem Okkupationskonflikt mit den Sowjets – nur eine deutsche Wiedervereinigung unter demokratischen Voraussetzungen, das heißt durch Abhaltung freier Wahlen auch in Mitteldeutschland. Diese wieder mußten automatisch die völlige Niederlage der kommunistischen Hiwi von Ostberlin bringen. Weder wünschte man in Moskau eine Verbreiterung des Einflusses der westlichen Demokratie gegen Osten an die Grenze von Polen, noch wollte man in Washington einen Vormarsch des Kommunismus zur Ruhr-Industrie und zu dem stark kommunistischen Frankreich hin. In diesem Teufelskreis der Sowjets und der Amerikaner gab es für die deutsche Einheit vom ersten Augenblick an keine Chance. Die deutsche Wiedervereinigung den Alliierten überlassen hieß daher von vornherein

auf die Realisierung der deutschen Wiedervereinigung zu verzichten und sich mit ihrer theoretischen Propagierung zu begnügen. Daran änderten die großen Worte, die dieses Vorgehen nur tarnten, nichts.

Kanzler Adenauer, der wohl selbst die Dürftigkeit seiner Aussage merkte, setzte vor allem für die deutsche Öffentlichkeit hinzu: »Wir müssen indessen alles tun, damit die 20 Millionen Deutschen in der Ostzone nicht den Eindruck erhalten, verlassen und vergessen zu sein. Die Bundesrepublik muß ein Anziehungspol für Ostdeutschland werden und die psychologischen Beziehungen zu dem Osten wahren und stärken. Unsere Politik darf indessen nicht zu dem Glauben verleiten, daß wir das in der Sowjetzone errichtete kommunistische Regime anerkennen.«

Keine auch nur leiseste Andeutung darüber, daß die Deutschen, wenn die Alliierten untereinander unfähig sein sollten, ihre eigenen Beschlüsse über Deutschlands Zukunft zu verwirklichen, eigene Wege suchen und eigene Initiative ergreifen müßten, um zur deutschen Wiedervereinigung zu kommen.

Auf die Frage: »Was denken Sie von den französisch-deutschen Beziehungen?« entgegnete Adenauer mit entwaffnender Klarheit: »Ich teile den Standpunkt Winston Churchills, daß die deutsch-französischen Beziehungen den Angelpunkt des europäischen Zusammenschlusses bilden. Ich habe diese Ansicht schon in Deutschland vor 25 Jahren verteidigt. Es wäre äußerst schädlich, wenn Probleme, wie diejenigen der Saar, diese Beziehungen ungünstig beeinflussen könnten. Frankreich hat im Saargebiet wirtschaftliche Interessen, und die saarländische Wirtschaft ist in vielen Beziehungen nach Frankreich orientiert. Auch Deutschland hat jedoch an der Saar wirtschaftliche Interessen. Darüber hinaus besitzt es dort politische Interessen, die Frankreich nicht besitzt. Es ist also nötig, daß das Saarproblem im europäischen Sinne gelöst wird.«

Kanzler Adenauer verzichtete damit von vornherein auf jede Lösung der Frage der besetzten Saar im deutschen Sinne. Im weiteren Verlaufe seiner jahrelangen Politik sollte Adenauer hartnäckig, oftmals geradezu selbstmörderisch an den beiden in aller Öffentlichkeit verkündeten Richtlinien festhalten: Verzicht auf jede deutsche Initiative in der Frage der deutschen Einheit und Verzicht auf eine deutsche Lösung an der Saar.

Diese beiden Punkte hatten eine gemeinsame ideologische Herkunft: Adenauer träumte von einem vereinigten, integrierten Westeuropa, das um eine französisch-westdeutsche Gemeinschaft erstehen sollte. Sozusagen eine verspätete Renaissance des Westreiches Karls des Großen. Diesem

Traum der neuen westeuropäischen Einheit wurde die gesamtdeutsche Einheit aufgeopfert. Vor die Alternative gestellt, das Wagnis einer Wiedervereinigung mit all ihren Gefahren durch die elastische sowjetische Politik zu betreiben oder die risikolose Vereinigung Westdeutschlands mit Westeuropa anzustreben, entschied sich Adenauer für den zweiten Weg.

Am 19. September 1949 erklärten die drei alliierten Hochkommissare die Stadt Bonn als Enklave außerhalb aller Besatzungszonen stehend. Zwei Tage später verkündeten sie das Ende der Militärregierung. Deren Geschäfte wurden nun von den drei Hochkommissaren wahrgenommen. Das Besatzungsstatut wurde für Westdeutschland proklamiert, durch das die alliierten Behörden in Bund und Land sich das letzte Wort vorbehalten hatten.

Doch auch in Mitteldeutschland beherrschte der Drang zum Verzicht die dortige Politik. SED-Vorsitzender Wilhelm Pieck erklärte schon am 9. September nach seiner Rückkehr aus Warschau: »Auf der Potsdamer Konferenz ist einstimmig beschlossen worden, die deutsche Bevölkerung aus den östlich der Oder-Neiße-Grenze gelegenen Gebieten auszusiedeln. Damit ist diese Grenze als endgültig anerkannt worden. Damals beabsichtigten die Westmächte sogar, die deutsche Ostgrenze noch weiter nach dem Westen zu verlegen, in der Hoffnung, ein starkes reaktionäres Polen als Bollwerk gegen die Sowjetunion aufrichten zu können. Als aber in Polen das Volk die Macht ergriffen hat, entdeckten die westlichen Politiker plötzlich, daß die Oder-Neiße-Grenze nur provisorisch sei.« Pieck schloß seine Ausführungen: »Jeder muß begreifen, daß die Oder-Neiße-Grenze eine Grenze der Freundschaft und des Friedens ist.«

Otto Grotewohls erste politische Handlung als Ministerpräsident der DDR bestand in einem Telegramm an Stalin, das mit folgenden Sätzen begann: »Das deutsche Volk legt Wert darauf, die historische Schuld anzuerkennen, die es durch seinen Angriff gegen die Sowjetunion auf sich geladen hat. Das deutsche Volk anerkennt loyal die Verpflichtungen, die ihm aus dem Potsdamer Abkommen erwachsen und deren Erfüllung seinen eigenen Interessen entspricht...«

Nicht genug damit, sandten Pieck und Grotewohl am 2. November 1949 als SED-Vorsitzende dem Zentralkomitee der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, zu Händen Boleslaw Bierut, ein längeres Schreiben, das wie folgt endete: »Die SED betrachtet – wie dies schon oftmals erklärt wurde – die Grenze an der Oder und der Neiße als Grenze des Friedens und sieht in jedem, der das Verlangen nach Revision dieser Grenze auf-

wirft, einen Feind der deutschen und der polnischen Nation und zugleich einen Kriegstreiber.«

Im weiteren Verlaufe war man in Westdeutschland bereit, berechtigte Forderungen gegen die Oder-Neiße-Grenze und gegen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zu erheben, aber gleichzeitig willens, im Westen auf alles zu verzichten.

In Mitteldeutschland wieder erhob man berechtigte Forderungen nach einer kraftvollen deutschen Interessenvertretung im Westen, vor allem an der Saar, um zu gleicher Zeit auf den gesamten deutschen Osten zu verzichten und den Raub durch die Polen und Sowjets restlos anzuerkennen.

Groteskerweise warfen sich sehr bald Bonn und Pankow abwechselnd Verrat an deutschen Interessen vor.

In diesem von den Alliierten selbst vorgezeichneten Gleis der deutschen Nachkriegspolitik nahm sich die Entschließung der 1500 Delegierten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Köln am 25. September 1949 zwar richtig, aber realpolitisch naiv aus: »Um den wahren Frieden Europas herbeizuführen, fordern wir, daß schnellstens alles getan wird, um die Rückgabe des Sudetenlandes an die ureigenste Bevölkerung einzuleiten. Beim Abschluß eines Friedensvertrages müssen zu diesem Problem sudetendeutsche Vertreter herangezogen werden.«

Am 29. September gab Carlo Schmid für die SPD in den Fragen der Oder-Neiße-Linie Übereinstimmung seiner Partei mit der Regierung bekannt. Er warnte aber vor Besitzforderungen in der Frage Sudetenland und sagte, man müsse alle Gedanken fallen lassen, die an das frühere Großdeutschland erinnerten. Kanzler Adenauer stimmte ihm vollauf zu.

So waren die Sudetendeutschen von Anfang an nicht nur von den Sowjets und ihren Satelliten, von den Westalliierten, sondern auch von den zwei Großparteien der Bundesrepublik, der CDU und der SPD, verlassen.

Obwohl der Marshall-Plan unterdessen in die amerikanisch-britische Doppelzone für 176 932 000 Dollar Lebensmittel, für 164 497 000 Dollar Industrieprodukte und in die französische Zone für 57 561 000 Dollar Lebensmittel, für 28 219 000 Dollar Industrieprodukte lieferte, rollten die alliierten Demontagen ununterbrochen weiter. Die Rechte nahm – die Linke gab. Und mit welchem Ernst dieses Spiel betrieben wurde, zeigt die energische Aufforderung des britischen Generalmajors Bishop, die dieser am 21. Oktober an die deutschen Regierungsstellen richtete: Er verbat sich jede Einmischung in die Demontagen und befahl, Firmen, die britische Demontageaufträge durchführten, nicht zu behindern.

Trotz wiederholter öffentlicher Beteuerungen und Bekenntnisse westdeutscher Politiker für Berlin verweigerten am 28. Oktober die elf westdeutschen Finanzminister in Königstein die Erfüllung der Bitte des Berliner Bürgermeisters Reuter um 60 Millionen DM Finanzhilfe. Nur zwei von den elf waren dazu bereit. Die anderen entschieden, 37 Millionen wären auch genug für Berlin.

Dafür gab am 31. Oktober Präsident Heuß, der in Begleitung des Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, nach Berlin gekommen war, nachstehende klangvolle Erklärung ab: »Die deutsche Einheit wird hier in dieser Stadt durch die Kräfte der Demokratie entschieden werden. Berlin hat für Deutschland und die deutsche Einheit gekämpft. Das Schicksal Gesamtdeutschlands ist untrennbar verbunden mit Berlin, das die Hauptstadt ist und bleiben wird.«

Zwei Tage später, am 2. November, entschieden sich aber die Bundestagsabgeordneten bei 3 Enthaltungen und 11 ungültigen Stimmzetteln mit 200 gegen 176 für Bonn als deutsche Bundeshauptstadt.

Kanzler Adenauer beteuerte am 10. November der »Baltimore-Sun« und der »Zeit« noch einmal die Konzessionsbereitschaft der Bundesrepublik gegenüber Frankreich, um dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Rechnung zu tragen. Die Bundesrepublik sei bereit zur formellen Anerkennung des Ruhrstatutes, durch das die Alliierten sich die Kontrolle über die ganze Ruhr-Industrie sicherten, ferner zu einer 40 %igen französischen Beteiligung an der deutschen Schwerindustrie, und der gleichzeitigen Aufnahme Deutschlands und des Saargebietes in die beratende Versammlung des Europarates zuzustimmen. Damit erklärte sich Adenauer willens, die Lostrennung der Saar von Deutschland anzuerkennen.

Vom 9. bis 11. November tagten in Paris die drei westlichen Außenminister; bezüglich Deutschlands beschloß man eine Verlangsamung der Demontagen und eine stärkere Beteiligung des ausländischen Kapitals an deutschen Industriewerken. In welcher Höhe, wurde offenbar bei den Vereinigten Stahlwerken, wo bei einem Gesamtbedarf von 300 Millionen DM eine Auslandsbeteiligung von 225 Millionen DM vorgeschlagen wurde. Der Sozialistenführer Dr. Kurt Schumacher nannte die französische Kapitalbeteiligung an der deutschen Industrie »ein ganz brutales Geschäft auf Kosten des deutschen Volkes«.

Neben dem großen Ausverkauf und den großen Verzichten in Ost und West bahnte sich bald eine neue schicksalsträchtige Entwicklung an: die deutsche Wiederbewaffnung in Ost und West.

Im kommunistischen Mitteldeutschland hatten die Sowjets schon am 31. Oktober 1945 die Aufstellung einer kommunistisch ausgerichteten deutschen Polizeitruppe »genehmigt«. Unter der Führung erprobter kommunistischer Emigranten und Mitarbeiter des »Nationalkomitees Freies Deutschland« wurden in Dresden die Kader der künftigen Volkspolizei gebildet. Im Dezember 1945 ging man einen Schritt weiter und unterstellte die lokalen Polizeiposten den Innenministern. Die Dezentralisation neigte sich dem Ende zu. Eine eigene Landespolizeibehörde begann alle Polizeigruppen in Mitteldeutschland zentral zu erfassen. Im August 1946 folgte der nächste Schritt. Unter der Leitung des Altkommunisten Erich Reschke wurde die Zentrale Deutsche Verwaltung des Inneren in Ostberlin mit Weisungsbefugnissen über die Innenminister der Länder geschaffen. Damit war die zentrale Kommandobehörde für alle Polizeieinheiten installiert. Ende November 1946 zählte die zentralgelenkte Volkspolizei bereits 45 000 Mann.

Die Sowjets gaben am 28. November 1946 dieser deutschen Verwaltung des Inneren den Befehl, eine kasernierte Deutsche Grenzpolizei aufzustellen. Wenige Tage später waren die ersten 3000 Grenzpolizisten in die Kasernen eingerückt. Im September 1947 standen die mit Karabinern und Pistolen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht ausgerüsteten ersten 4000 Mann der Deutschen Grenzpolizei zum Einsatz bereit. Im April 1948 verfügte die Volkspolizei über 60 000 Mann und die Deutsche Grenzpolizei über 10 000 Mann. Eine eigene Eisenbahnpolizei wurde auf Befehl der Sowjets auf 7400 Mann erhöht. Der Aufbau bewaffneter Kräfte in der Sowjetzone ging unentwegt weiter.

Als die Sowjets am 11. November 1949 dem westlichen Beispiel nacheiferten und die Sowjetische Militäradministration in Deutschland auflösten und an ihre Stelle die Sowjetische Kontrollkommission setzten, änderte sich nichts. Auch nicht bei den bewaffneten Einheiten, die nach wie vor den Sowjets unterstanden. Ende 1949 verfügte die Deutsche Volkspolizei über 39 Bereitschaften mit einer Gesamtstärke von 50 000 Mann. Davon waren 24 Bereitschaften Infanterie, 7 Bereitschaften Artillerie, 3 Bereitschaften Panzer, 3 Bereitschaften Nachrichtentruppen und 2 Bereitschaften Pioniere. Die Grenzpolizei verfügte zu diesem Zeitpunkt über 20 000 Mann.

Die Bewaffnung von sorgsam gesiebten und politisch geschulten Einheiten in Mitteldeutschland entsprach sowohl der sowjetischen Gesamtkonzeption als auch dem in Mitteldeutschland dringenden Sicherheitsbedürfnis der Pieck, Ulbricht und Genossen. Sie waren sich in keinem Au-

genblick darüber im unklaren, daß die erdrückende Mehrheit der Mitteldeutschen sie und ihr kommunistisches Regime ablehnte und daß sie nur mit Hilfe der Bajonettspitzen der Sowjetarmee sich an der Macht halten konnten. Daß sie das Streben hatten, sich daneben eine verläßliche Prätorianergarde zu schaffen, ist nicht verwunderlich.

Am 21. November 1949 äußerte sich Kanzler Adenauer in einem Gespräch mit »L'Époque« zum Problem der deutschen Wiederbewaffnung und versicherte eindringlich: »Wir wollen an keinem neuen Krieg teilnehmen, nachdem soviel Blut auf den Schlachtfeldern vergossen worden ist. Wir haben genug Tote gehabt. Allzu viele junge Leute sind umgekommen. Denken Sie daran, daß in Deutschland gegenwärtig auf 100 Männer 160 Frauen kommen. Ein neues Heer würde bei uns nur die militaristischen Erinnerungen wiederbeleben, die ein für allemal verschwinden müssen.«

Diese Versicherung stand allerdings in krassem Widerspruch zu der Tatsache, daß Adenauer schon im Dezember 1948 General a. D. Speidel mit Voruntersuchungen eines westdeutschen Wehrbeitrages beauftragt hatte. General a. D. Hasso von Manteuffel sandte Adenauer ein ausführliches Exposé über die Aufstellung westdeutscher Militäreinheiten, die nur mit leichten Waffen ausgerüstet wären.

Der ehemalige Militärgouverneur in Deutschland, US-General a. D. Lucius D. Clay, führte in Boston in einer Pressekonferenz aus, daß sich auch Deutschland an einer gemischten westeuropäischen Streitmacht beteiligen sollte, allerdings nur unter demokratisch-westeuropäischer Kontrolle und auf Infanterieeinheiten beschränkt. Damit hatte man die Katze aus dem Sack gelassen und die amerikanischen Pläne auf dem Gebiet der deutschen Wiederbewaffnung enthüllt.

Auch wenn Präsident Truman augenblicklich alle Gerüchte über eine geplante neue deutsche Armee dementieren ließ und darauf hinwies, Clay habe lediglich als Privatmann gesprochen, erregte die Bostoner Rede größtes Weltaufsehen. Das britische Außenministerium dementierte seinerseits Meldungen, nach denen England und die USA Verhandlungen über die Aufstellung einer deutschen Armee geführt hätten, im übrigen beabsichtige die britische Regierung gar nicht, ihre Zustimmung zur Aufstellung deutscher Truppeneinheiten zu geben. In Paris versicherte Informationsminister Paul Henri Teitgen: Eine Wiederbewaffnung Deutschlands werde zu keiner Zeit in Betracht gezogen.

Über Nacht war die imaginäre Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu einer Weltsensation geworden. In jener Zeit gab es in den drei westli-

Die Amerikaner gaben den ersten Rekruten der westdeutschen Bundeswehr die Richtung an.





Die von den Sowjetrussen ausgerüstete Nationale Volksarmee marschierte bald bis zu den Zähnen bewaffnet in Mitteldeutschland, um den »Militarismus zu schlagen«.





Im Aufstand des 17. Juni 1953 kämpften Arbeiter und Bauern Ostberlins und Mitteldeutschlands, vom Westen verraten, vergeblich gegen die kommunistische Diktatur (oben und unten links). Bundesverfassungsschutz-Chef, Dr. Otto John (hier auf einer kommunistischen Pressekonferenz 1955 in Ostberlin), floh hinter den Eisernen Vorhang, aus Angst vor den »westdeutschen Nazis« (unten rechts).

chen Besatzungszonen keine kasernierte Polizei und selbstverständlich keinerlei deutsche militärische Einheiten. Die Polizei durfte nicht einmal auf der Länderebene zentralisiert werden. Die Deutschen fanden lediglich als Hiwi Verwendung bei den Alliierten. Die Briten hatten die LSO (Labour-Service-Organization) aufgestellt, ähnliche Verbände die Amerikaner und die Franzosen. Die Amerikaner nannten diese Einheiten »German Labour Service«. Die Männer dieser Einheiten fanden als Kraftfahrer, als Militärwerkstättenarbeiter und als militärisches Wachpersonal zur Bewachung von alliierten Militäreinrichtungen, Kasernen und Flugplätzen Verwendung. Die Franzosen hatten darüber hinaus teils mit brutaler Gewalt, Hunger und verlockenden Werbungen Zehntausende deutscher Soldaten in ihre Légion étrangère gebracht und als Fremdenlegionäre in Indochina und in Nordafrika an den Brennpunkten verheizt.

Die weitere Politik der Bundesrepublik wurde auf dem Petersberg bei Bonn am 15., 17. und 22. November 1949 in einer Konferenz zwischen den alliierten Hochkommissaren, François-Poncet, Robertson, McCloy und Bundeskanzler Adenauer festgelegt. Um die Eingliederung der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft durchzuführen, wurde unter anderem in einem Protokoll beschlossen: »Sowohl die Hochkommissare als der Bundeskanzler vertreten die Auffassung, daß der Fortschritt auf das Ziel hin abhängen muß von der Schaffung eines echten Gefühls der Sicherheit in Westeuropa.« Man beschloß, daß »die Beteiligung Deutschlands an allen jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll ...«

Die eigentlichen Motive der Petersberger Konferenz wurden durch den Satz verschleiert: »Die Bundesregierung bekundet ferner ihre ernste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und sich mit allen Mitteln, die in ihrer Macht stehen, zu bestreben, daß die Wiederaufstellung bewaffneter Streitkräfte jeder Art verhütet wird. Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung ganz mit der Hochkommission bei den Arbeiten des militärischen Sicherheitsamtes zusammenarbeiten.«

Als ein Teil des alliierten Entgegenkommens wurden nun 18 große Industriewerke von der Demontageliste gestrichen, ein kleiner Neuanfang des deutschen Schiffbaues und Entsendung westdeutscher Diplomaten ins Ausland gestattet. Adenauer seinerseits bekundete aufs neue, daß die Bundesrepublik ein Gesuch um Aufnahme in die Internationale Ruhrbehörde stellen werde und sowohl an der Ruhr wie an der Saar konzessionsbereit sei.

In der Nachtsitzung vom 24. zum 25. November 1949 erfolgte im Deutschen Bundestag wegen dieser Nachgiebigkeit Adenauers gegenüber den

Alliierten ein schwerer Zusammenstoß mit der Opposition, und Dr. Kurt Schumacher nannte Adenauer den »Bundeskanzler der Alliierten«. Schumacher wurde darauf für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen. Ganz so ernst war die Sache nicht, denn schon am 2. Dezember zog Schumacher seine Feststellung zurück und wurde darum auch wieder zum Bundestag zugelassen.

Am 25. November gab Kanzler Adenauer bekannt, daß die Bundesrepublik als Zeichen des Wiedergutmachungswillens dem Staat Israel 10 Millionen DM schenken würde.

Die Alliierte Hochkommission für Westdeutschland veröffentlichte am 26. November zwei Gesetze. Danach wurde ab sofort mit Geld- oder Freiheitsstrafen, ja sogar mit dem Tode bestraft, wer Spionage, Sabotage oder bewaffnete Angriffe gegen Besatzungsangehörige unternimmt. Deutsche Gerichte dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung des zuständigen Hohen Kommissars keine Gerichtsbarkeit über alliierte Streitkräfte, Personen oder deren Angehörige ausüben. Deutsche Gerichte besitzen keine Gerichtsbarkeit über Personen, die strafbare Handlungen gegen Alliierte oder deren Angehörige begangen haben. Die Besatzungsbehörden können Dokumente deutscher Gerichte verlangen und jeder deutschen Gerichtsverhandlung beiwohnen. Ein Besatzungsgericht kann ferner Verfahren und Urteile eines deutschen Gerichtes bestätigen, aufheben oder abändern beziehungsweise die Verhandlung oder Wiederaufnahme eines Verfahrens vor einem deutschen Gericht anordnen. Deutsche Gerichte dürfen auch keine Entscheidungen gegen Anordnungen der Besatzungsbehörden oder einer von ihnen abgelösten Behörde fällen. Damit war die Rechtslage geklärt, wer in der Bundesrepublik das letzte Recht zu sprechen hätte.

Nachdem am 28. November von der Alliierten Hochkommission der Lizenzzwang für politische deutsche Parteien außer Kraft gesetzt wurde, trat die Bundesrepublik am 30. November der Internationalen Ruhrbehörde bei.

Adenauer sorgte am 4. Dezember mit seinem »Cleveland-Plain-Dealer-Interview« für eine neue Sensation. Obwohl Adenauer erklärte, er sei gegen jede Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht, und es sei Sache der alliierten Besatzungskräfte, für die Sicherheit in Westdeutschland zu sorgen, meinte er, Deutschland solle an einer europäischen Armee beteiligt sein. Gleichzeitig versicherte er am selben Tage der deutschen Presseagentur, daß er prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik

sei, und sagte wortwörtlich: »Ich würde es ablehnen, daß deutsche Männer zum Dienste in einem nichtdeutschen Kontingent angenommen oder geworben würden.«

Vor dem Vorstand der CDU der britischen Zone in Königswinter aber unterstrich Kanzler Adenauer am 9. Dezember klar und deutlich: »Die Deutschen sollten in einer europäischen Streitmacht mit denselben Rechten vertreten sein, wie sie auch anderen europäischen Nationen zugestanden werden.«

Unterstaatssekretär Mayhew gab im britischen Unterhaus bekannt, daß die Herstellung von synthetischem Gummi in Deutschland nicht erlaubt sei und eine solche Erlaubnis auch in Zukunft nicht erteilt würde.

In der Diskussion um den deutschen Wehrbeitrag meldete sich der FDP-Abgeordnete Dr. Erich Mende zu Wort, der in der »Westfalen-Post« am 15. Dezember ausführte: »Ich empfinde es als eine unerhörte Zumutung und Beleidigung angesichts der diffamierenden Behandlung der Frontgeneration nach dem Zusammenbruch, angesichts der Ereignisse in den Kriegsgefangenenlagern in Ost und West und im Hinblick auf die Art der Versorgung unserer Kriegsopfer und der ehemaligen Berufssoldaten, die Aufstellung deutscher Divisionen unter alliiertem Oberkommando zu erwägen.«

Als wenn nichts vor sich ginge, erließ der Rat der Alliierten Hochkommission in Deutschland am 16. Dezember das Gesetz über Beseitigung des Militarismus und Nazismus, durch das jedes Wiederaufleben des Militarismus in Deutschland unter Androhung bis zu lebenslanger Haft verboten wurde. In Hamburg verurteilte ein britisches Militärgericht unter Generalleutnant Sir Frank Simpson Generalfeldmarschall Erich von Manstein wegen harter Maßnahmen während des Krieges in Polen und der Sowjetunion, obwohl in 8 von 17 Anklagepunkten Freispruch erfolgte, zu 18 Jahren Gefängnis.

Pfarrer Martin Niemöller erklärte Marguerite Higgins von der »New York Herald Tribune«, die Deutschen würden sich notfalls mit einer kommunistischen Diktatur abfinden, wenn dadurch die Einheit Deutschlands erreicht werden könnte.

Die Alliierte Hochkommission stimmte am 28. Dezember zu, daß zunächst 45 000 Deutsche aus Polen und der Tschechei in die Bundesrepublik zuwandern durften.

Das britische Auslieferungsgericht in Hamburg gab am 30. Dezember bekannt, daß der frühere Gauleiter Ostpreußens und Reichskommissar in

der Ukraine, Erich Koch, an Polen ausgeliefert werde. 12 Tage später wurde Koch in Küstrin von den Briten den Polen übergeben.

Erzbischof Kardinal Frings forderte in seiner Silvesterpredigt im Kölner Dom von den Alliierten, die Amnestie, die für kleinere Delikte erlassen worden war, auch auf deutsche Kriegsgefangene auszudehnen. Er verwies dabei auf das in Lille gegen 8 junge deutsche Kriegsgefangene erlassene Todesurteil. Die Verurteilten hatten nicht nur mangelhaften Rechtsbeistand erhalten, sie waren im Kriege fast alle minderjährig gewesen.

Bundespräsident Heuß wandte sich am 2. Januar 1950 an die westlichen Demokratien mit der Bitte, der Bundesrepublik bei der Lösung des Problems der 8 Millionen aus dem Osten geflüchteten Deutschen zu helfen. Zu dieser Zeit zählte die Bundesrepublik 1 558 000 Arbeitslose.

Dr. Kurt Schumacher legte in einer Rede vor 10 000 Westberlinern am 9. Januar die Schwächen der politischen Zielrichtung der Bundesrepublik unter Adenauer dar, als er erklärte: »Gemäß dem Recht und der politischen Vergangenheit ist die Saar ein Teil Deutschlands. Wenn wir uns in der Saarfrage still verhalten, so werden wir in unserem Kampf gegen die Oder-Neiße-Grenze den festen Boden unter den Füßen verlieren!«

Während die Amerikaner schon längst mit Kanzler Adenauer hinter verschlossenen Türen über einen westdeutschen Sicherheitsbeitrag für Europa verhandelten, verbot die Alliierte Hohe Kommission am 10. Januar den 11 Ministerpräsidenten der Länder auch für die Zukunft die Gendarmerie und Kriminalpolizei, die nur auf Länderbasis bestehen durfte, zu zentralisieren. Die Kommission erklärte plötzlich, es müsse die Gefahr vermieden werden, eine Polizeitruppe stark genug zu machen, um das demokratische System in Deutschland zu bedrohen.

In Mitteldeutschland verkündete am 12. Januar Generalstaatsanwalt Dr. Mehlsheimer (SED), in Zukunft seien in der DDR strafbar: abfällige Äußerungen über Pieck sowie die anderen Regierungsmitglieder, über die deutsch-sowjetische Freundschaft sowie das Abhören westlicher Rundfunksender. Volkspolizei und SSD wurden vom Innenministerium angewiesen, sich bei Überwachung der Bevölkerung auch eigener Hausvertrauensleute zu bedienen.

In Bonn versicherte Kanzler Adenauer auf einer Pressekonferenz am 16. Januar: »Die europäische Zusammenarbeit muß über allen Fragen stehen und darf auch durch die Saarfrage nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Wenn die Saar nur größere Freiheiten gegenüber der Mi-

litärregierung wünscht, dann sind Verhandlungen über eine Autonomie zu begrüßen.«

In Baden-Württemberg mußte am 16. Januar 1950 der Chefankläger der Zentralspruchkammer in Ludwigsburg, Heinz May, wegen Bestechlichkeit verhaftet werden. Der ehemalige Württembergisch-Badische Flüchtlingskommissar, Ernst Stockinger, hatte nachweisen können, daß ihm bei der Entnazifizierung erklärt worden war, wenn er sich mit genügend Geldmitteln an die Vermittlungsfirma August Maier, Nürtingen, wende, ginge alles in Ordnung. Im Hause Maiers wurden über 1000 Entnazifizierungsakten gefunden. Die erste polizeiliche Untersuchung ergab, daß mindestens 1200 Personen in den Entnazifizierungsskandal verwickelt waren, der größtes Aufsehen erregte.

Daraufhin wies der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Dr. Gerhard Schmid die Staatsanwaltschaft und die Landpolizei an, keine weiteren Mitteilungen über den Entnazifizierungsskandal mehr der Presse zu geben.

Als der US-Landeskommissar von Baden-Württemberg, Generalmajor Charles Groß, davon erfuhr, war er über soviel demokratisches Verhalten sprachlos und erklärte in der »Neuen Zeitung« lakonisch: »Gott helfe ihm [Schmid], wenn er das in den Vereinigten Staaten getan hätte.«

Trotzdem wurde der Skandal so groß, daß der Entnazifizierungsminister Karl Stroele zurücktreten mußte, Heinz May wurde später zu 12 Monaten Gefängnis, August Maier zu 8 Monaten verurteilt.

Das Internationale Rote Kreuz gab am 18. Januar bekannt, daß sich noch immer rund 1000 Deutsche in französischen Kriegsverbrechergefängnissen befänden, während etwa 150 000 deutsche Kriegsgefangene nunmehr als Zivilarbeiter in Frankreich arbeiteten.

Ein französisches Militärgericht sprach am 19. Januar die Generale Erich Petersen und Otto Schwiele wegen Brandlegung der Stadt Gérardmer schuldig, setzte sie aber sogleich auf freien Fuß, weil sie nur auf höhere Befehle gehandelt hatten.

Kanzler Adenauer schlug dem US-Hochkommissar McCloy in Bad Homburg am gleichen Tage vor, auch die Kohlengruben der Saar sowie an der Ruhr einer internationalen Kontrolle zu unterstellen. Dazu werde man, erklärte McCloy, ein Saarstatut ähnlich dem Ruhrstatut ausarbeiten müssen.

Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler forderte am 22. Januar auf dem Parteitag der FDP die Alliierten auf, vom deutschen Volk die Hemm-

nisse des Besatzungsstatuts und des Ruhrstatuts zu nehmen, und erklärte, Deutschland sei ein friedliches Land, es treffe nicht zu, daß es den ersten Weltkrieg begonnen habe. Hitler sei eine Folgeerscheinung des Versailler Vertrages und vor allem der kleinmütigen Politik Frankreichs gewesen. Sofort protestierte der französische Hochkommissar François-Poncet scharf bei der Bundesregierung und nannte Dehlers Ausführungen »eine flagrante Entstellung der Geschichte«.

In Ostberlin nahm am 9. Februar die Volkskammer ein Gesetz über die Bildung eines Staatsschutzministeriums an. Zum ersten Staatssicherheitminister wurde der Altkommunist Wilhelm Zaisser ernannt, der im spanischen Bürgerkrieg unter dem Decknamen General Gomez die Internationale Brigade geführt hatte. Den Krieg über lebte Zaisser in Moskau als Emigrant und arbeitete als Gehilfe der Roten Armee an der Umschulung deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion.

Schon lange vor dem Ausbruch des Okkupationskonfliktes zwischen den Sowjets und ihren westlichen Alliierten hatten alle Mächte das restliche Deutschland mit einem dichtmaschigen Agentennetz überzogen. Die Hauptzentren dieser rivalisierenden Spionagegruppen befanden sich in Berlin, München und Frankfurt am Main. Im Westen arbeiteten von allen drei Alliierten am stärksten die Amerikaner, vom Osten her die Sowjets selbst, am eifrigsten jedoch die Tschechen und der Staatssicherheitsdienst der DDR. All diese Gruppen führten untereinander neben der Materialbeschaffung einen lautlosen Krieg. Da und dort wurde eine Leiche entdeckt, von der die Polizei feststellen konnte, daß der Mann oder die Frau im Nachrichtendienst gestanden hatte. Die Mörder blieben stets unerkannt. Verschleppungen von Agenten oder solchen, die in Verdacht standen, besonders von West- nach Ostberlin, waren an der Tagesordnung.

Doch auch untereinander konkurrierten die Agentengruppen, da die einzelnen Mächte sich keineswegs mit einer Agentenabteilung begnügten, sondern gleich mehrere einsetzten. Meist wußte die rechte Hand nicht, was die linke tat, und daraus entwickelten sich häufig die bizarrsten Situationen.

Neben der Sowjetunion, der Tschechei, Polen und der DDR arbeiteten aber auch jugoslawische und ungarische Agentengruppen innerhalb der Bundesrepublik und Berlins, und neben den amerikanischen, britischen und französischen Gruppen waren solche der NATO, Belgiens, Hollands, Schwedens sowie anderer am Werke. Die Bundesrepublik war zum reinsten Spionagedschungel geworden. Schon bloß in Berlin befehdeten sich

und konkurrierten rund 42 verschiedene Geheimdienste, die deutsche Polizei schätzte allein die Zahl der kommunistischen Agenten, die aus der DDR eingeschleust worden waren, auf rund 16 000.

Bald gab es keine politische Partei, keine Gesellschaftsgruppe mehr, deren Funktionäre nicht in irgendeiner Form von einem oder mehreren Geheimdiensten erfaßt worden waren. Jeder spitzelte gegen jeden, jeder lieferte über den anderen Informationen.

Diese Hausse im Nachrichtendienst gebar den Nachrichtenschwindel. Einzelne Agenten, oftmals ganze Gruppen, erfanden einfach Nachrichten oder schrieben Zeitungsartikel um und versahen sie mit dem Stempel des Geheimnisses, andere wieder lieferten ihre Informationen in einem raffinierten Vervielfältigungsverfahren gleich an mehrere Auftraggeber, um so vielfach zu kassieren. Bald verkaufte jeder jeden, und ganz Deutschland war, wie die Publizistin Margret Boveri die Situation treffend kennzeichnete, zu einer Landschaft des Verrates geworden.

In Kiel fand am 16. Februar vor der Strafkammer des Landgerichtes unter dem Vorsitz Landgerichtsrats Otto Paulick ein Prozeß gegen den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hedler statt, der am Schluß in allen Punkten freigesprochen wurde. Hedler hatte in einer Versammlung der Deutschen Partei in Einfeld bei Neumünster am 25. November 1949 unter anderem erklärt: »Deutschland hat die geringste Schuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Schuld an unserem Elend tragen die Widerstandskämpfer, denn Deutschland ist nicht an der totalen Erschöpfung, sondern an Verrat und Sabotage durch die Widerstandsbewegung zugrunde gegangen.«

In seinen Ausführungen hatte Hedler ferner das Judensterben dem Sterben der Deutschen im Osten gegenübergestellt und behauptet, in den KZ seien bis zu 70 % Kriminelle gewesen. Im übrigen hätten es die Deutschen unter keiner Regierung so gut gehabt wie bis 1945.

Die Staatsanwaltschaft hatte darauf gegen Hedler Anklage wegen übler Nachrede, Beschimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufreizung zum Rassenhaß erhoben.

Im Bundesrat forderte Erich Ollenhauer namens der SPD noch am selben Tag die Bestrafung der Richter, die Hedler freigesprochen hatten. Gleichzeitig wurde Hedler trotz des Freispruchs aus der DP ausgeschlossen.

Der Oberkommandierende der britischen Rheinarmee bestätigte am 24. Februar offiziell den Schuldspruch gegen Feldmarschall von Manstein, setzte aber die Strafe von 18 auf 12 Jahre herab.

Als der Sowjetgeneral Tschuikow die Auflösung der roten Internierungslager Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen verkündete, erklärte die West-SPD am 26. Februar Tschuikows Proklamation als betrügerische Propaganda. Mindestens 40 000 Deutsche seien in den roten KZ der DDR umgekommen, mindestens 30 000 in die Sowjetunion verschickt worden, und nach Tschuikows eigenen Worten befänden sich noch 14 000 in Haft. Die Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit gab dazu am 7. März ergänzend bekannt: In Wahrheit seien 96 000 deutsche Internierte verstorben und 37 000 in die Sowjetunion deportiert worden.

Die Moskauer »Prawda« veröffentlichte am 27. Februar 1950 einen stolzen Siegesbericht über das Anwachsen des europäischen Kommunismus seit dem Zusammenbruch Deutschlands und seiner Verbündeten: Die KP-Frankreich sei von 340 000 Mitgliedern im Jahre 1939 auf 669 000, die KP-Italien von 58 000 auf 2,3 Millionen, die KP-CSR von 80 000 auf 2,3 Millionen gestiegen, die KP-Polen zähle heute 1 360 000, die KP-Rumänien 1 000 000, die KP-Ungarn 950 000 und die KP-Bulgarien 400 000 Mitglieder.

Der britische Landeskommissar für Niedersachsen gab am 1. März dem Wirtschaftsminister Dr. Otto Fricke den endgültigen Demontagebefehl für die Reichswerke Watenstedt-Salzgitter, wonach rund 90 % der Hochbauwerke des gesamten Hüttenbereiches demontiert werden sollten. Als am 6. März Tausende Arbeiter die britischen Sprengkommandos aus dem Werk vertrieben, die bereits angebrachten Zündschnüre zerrissen und die zur Demontage aufgestellten Winden und Kräne umwarfen, besetzten starke britische Einheiten mit Panzern und schweren Waffen – von der deutschen Polizei unterstützt – das ganze Werksgelände.

Die Arbeiter bewarfen die britischen Panzer mit Steinen. Trotzdem wurden die Fundamente der Kokerei gesprengt.

Als Ministerpräsident der Saarländischen Regierung, die bekanntlich aus fünf Emigranten und zwei Franzosen bestand, unterzeichnete Johannes Hoffmann am 3. März in Paris mit dem französischen Außenminister Robert Schuman fünf Abkommen politischer und wirtschaftlicher Art zwischen der Saar und Frankreich ohne Hinzuziehung einer Bonner Dienststelle. Durch diese Abkommen sollte die Saar noch enger an Frankreich herangeführt werden.

In Paderborn sollte auf Grund eines von allen Parteien des Stadtrates gemeinsam gefaßten Beschlusses vom 4. März 1950 das Denkmal des »Paderborner Infanteristen«, das zu Ehren der im ersten Weltkrieg gefal-

lenen Angehörigen des IR 158, ebenso wie das Kriegerdenkmal 1870/71 und das der 8. Husaren mit Preßlufthämmern und Spitzhacken zerstört werden.

Jedoch die mit dem Abbruch beauftragten Bauarbeiter weigerten sich, das Denkmal der 158er zu vernichten, brachen es lediglich ab und vergruben das Monument heimlich. Drei Jahre später wurde das Denkmal wieder ausgegraben, um schließlich im Juni 1955 wieder aufgestellt zu werden.

Die Alliierte Hohe Kommission forderte am 5. März die Bundesregierung auf, den Übertritt der immer stärker anwachsenden Flüchtlingstransporte aus Polen zu verhindern, da diese Ausgewiesenen nicht unter die zwischen den Alliierten vereinbarten Kategorien fielen. Die Bundesregierung entgegnete, der Zustrom der Ausgewiesenen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße und aus dem Sudetenland könne von deutscher Seite nicht mehr aufgehalten werden. Man erwarte in der nächsten Zeit etwa 450 000 neue Ausgewiesene.

In einem Interview, das Kanzler Adenauer am 8. März dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith gab, schlug er eine vollständige Union zwischen Frankreich und Deutschland mit einem gemeinsamen Parlament vor. General Charles de Gaulle erklärte dazu in Paris am 16. März: Eine Vereinigung Deutschlands mit Frankreich würde auf das Werk Karls des Großen zurückgreifen. Er selbst sei tief beeindruckt von diesen Vorstellungen.

Die Alliierte Hohe Kommission übersandte am 8. März den Voranschlag der Besatzungskosten der drei Westalliierten für das Rechnungsjahr 1950/51 in der Gesamthöhe von 4 048 600 000 DM. Dieser Riesenbetrag war trotzdem um 544,9 Millionen DM geringer als im Rechnungsjahr 1949/50. Dieser ungeheuere Betrag verschlang die halben Einnahmen der Bundesrepublik, die auf 9,2 Milliarden DM geschätzt wurden.

Der britische Hochkommissar, General Sir Brian Robertson, verließ am 16. März seinen Posten, da er zum britischen Oberkommandierenden im Nahen Osten ernannt wurde. Als sein Nachfolger kam Sir Ivone Kirkpatrick nach Deutschland.

Im britischen Unterhaus sprach sich Churchill am 16. März für die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO aus, da, wie er sagte, die lange europäische Front nicht ohne die aktive Hilfe Deutschlands verteidigt werden könne.

Zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit gab die Bundesregierung am 22. März 1950 eine Erklärung ab, nach der sie keine ver-

pflichtendere Aufgabe kenne als eben die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sie sei sich bewußt, daß die erstrebte ganz Deutschland umfassende staatliche Ordnung aus dem freien Entscheid des gesamten deutschen Volkes kommen müßte. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte folgendermaßen verfahren werden:

1. Nach Erlaß eines Wahlgesetzes durch die vier Besatzungsmächte müßten gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung ausgeschrieben werden.

2. Diese Wahlen müßten in Ost und West unter der Kontrolle einer Kommission aus Vertretern der vier Besatzungsmächte und der UNO stehen.

3. Einzige Aufgabe dieser Nationalversammlung müßte es sein, eine deutsche Verfassung auszuarbeiten. Dieser Verfassungsentwurf müßte dann dem deutschen Volk zur Bestätigung vorgelegt werden. Zu diesem Zwecke müßte in allen Zonen persönliche und politische Bewegungs- und Betätigungsfreiheit als Voraussetzung für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen garantiert werden.

Die Proklamation endete mit dem Satz: »Die Bundesregierung richtet aus der Verantwortung heraus, die ihr Präambel und Schlußartikel des Grundgesetzes auferlegen, einen Appell an alle Deutschen, an die Besatzungsmächte und darüber hinaus an die gesamte Weltöffentlichkeit, dem deutschen Volk bei seiner Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu helfen.«

Als Antwort darauf verkündete der DDR-Außenminister Georg Dertinger die Bedingungen des SED-Regimes zu gemeinsamen Wahlen. Die kommunistische Regierung in Ostberlin forderte 1. Rückkehr zu den Bedingungen des Potsdamer Übereinkommens, 2. Auflösung der Bonner Regierung, 3. Fallenlassen des Okkupationsstatuts, 4. Rückkehr der Saar zu Deutschland, 5. Aufhebung der Westmark, 6. Rückziehung der Okkupationstruppen.

So wurde das Spiel munter fortgespielt: In Bonn forderte man als Voraussetzung für die Wiedervereinigung den Selbstmord des SED-Regimes und in Ostberlin als Voraussetzung für gemeinsame Wahlen Liquidierung der antikommunistischen Regierung im Westen und dadurch Auslieferung Restdeutschlands an den Kommunismus. Weder von Frieden noch von Freiheit war auch nur ein Hauch zu verspüren.

Ein Münchener Schwurgericht sprach zwei ehemalige Gestapobeamte, SS-Obersturmbannführer Oswald Schäfer und Kriminalrat Dr. Richard

Lebküchner, die sich wegen Beihilfe zum Totschlag in mindestens 20 Fällen zu verantworten hatten, frei. Das Urteil begründete, daß die beiden auf höheren Befehl und daher auf einer Rechtsgrundlage gehandelt hätten.

Frankreichs Außenminister Schuman erklärte in Paris am 27. März, die Vorschläge Adenauers über eine französisch-deutsche Wirtschaftsunion seien zweifelsohne verfrüht.

Im Unterhaus kam Churchill am 28. März auf seine Forderung einer deutschen Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas zurück und betonte, daß er mit seinen Vorschlägen nicht gemeint habe, Deutschland sei wieder aufzurüsten oder die deutsche Armee wieder herzustellen. Es gäbe aber keinen Grund, warum nicht britische, amerikanische, französische und deutsche Soldaten als Teile eines vereinten Verteidigungssystems in einer Linie stehen sollten.

In Bonn beschloß das Bundeskabinett, ab 1. Mai 1950 die Zuckerrationierung aufzuheben und in Zukunft in der Bundesrepublik keinerlei Lebensmittelkarten mehr auszugeben.

Kanzler Adenauer erklärte in einem Interview, das er United Press am 2. April gab, seiner Meinung nach reiche der Atlantikpakt allein nicht aus, um Europa zu retten: »Ich stehe nicht an zu erklären, daß die Vereinigten Staaten auf das seiner Einigung widerstrebende Europa einen stärkeren Druck ausüben sollen. Die Vereinigten Staaten sollten tatsächlich Europa zu seiner Erhaltung und seinem Glück nötigen.«

Tags darauf versicherte der amerikanische Hochkommissar McCloy: »Deutschland ist heute für die Vereinigten Staaten das wichtigste und entscheidendste Gebiet ihrer Außenpolitik. Ein direkter und heftiger Kampf wird dort geführt.« McCloy wies auch darauf hin, daß in Mitteldeutschland die Volkspolizei bereits einen Stand von 45 000 Mann erreicht habe.

Das Schwurgericht in Braunschweig verurteilte den ehemaligen Ministerpräsidenten von Braunschweig, Dietrich Klagges, wegen »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« zu lebenslänglichem Zuchthaus. Das Frankfurter Schwurgericht verurteilte den ehemaligen Kriminalsekretär der Frankfurter Gestapo Heinrich Baab zu lebenslänglichem Zuchthaus wegen Mord und Mordversuches.

US-Hochkommissar McCloy kam am 5. April neuerlich auf das deutsche Problem zurück und erklärte: »In Kürze gesagt ist das Ziel unseres Deutschlandprogramms die Gewährleistung der Sicherheit durch Beschränkung der Möglichkeiten, einen Krieg zu entfesseln, und durch Förderung des Wachstums der Demokratie. Doch dies genügt nicht. Nach

meiner Meinung ist dies erst die halbe Medizin. Die andere Hälfte ist die Einigung Europas unter Aufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft. Tatsächlich ist das deutsche Problem nur lösbar, wenn Deutschland in einen europäischen Rahmen eingeordnet wird.«

Führende Funktionäre der von Hans Joachim Gotzleben gegründeten Deutschnationalen Volkspartei beschlossen am 14. April den im Jahre 1919 vom späteren Reichsarbeitsminister Franz Seldte gegründeten »Stahlhelm« wieder erstehen zu lassen.

Der britische General für Nordrhein-Westfalen, William Bishop, erklärte daraufhin auf einer Pressekonferenz, falls wirklich der »Stahlhelm« wiederbelebt werden sollte, würden die britischen Behörden dagegen einschreiten. Darauf zog Gotzleben seinen Plan zurück. Gleichzeitig wandte sich Bishop gegen eine deutsche Untergrundorganisation »Bruderschaft«, die von Alfred Francke-Grieksch geführt werde.

Wegen Widerstands gegen die Demontage wurde der Geschäftsführende Direktor der Krupp-Werke, Dr. Paul Hansen, vom britischen Landeskommissar für Nordrhein-Westfalen aus seiner Stellung entfernt. Die Demontagen auf den Krupp-Werken sollten bis Ende 1950 weitergehen. Von den 261 000 Tonnen zu demontierenden Materials waren bis April 244 000 Tonnen abgebaut worden.

Der Jüdische Weltkongreß wandte sich am 19. April 1950 in einer Denkschrift an das amerikanische Außenministerium klar gegen die Bildung der deutschen Bundesregierung in Bonn. Dies sei weder der Sache der Demokratie noch dem Gedanken einer echten Selbstregierung in Deutschland dienlich gewesen. Die Übertragung der Regierungsgewalt an Deutsche habe ein Wiederaufleben des Nationalismus, des Antisemitismus und einer den Alliierten feindlichen Gesinnung zur Folge gehabt. Das beunruhigende Wiederaufleben von Nazi-Tendenzen in Deutschland falle zeitlich mit der Lockerung der alliierten Kontrollen zusammen. Immer häufiger würden Nazi und Nazi-Freunde auf westdeutsche Regierungsposten berufen. Daß dies mit den Realitäten nichts zu tun hatte, bekümmerte niemand.

Kanzler Adenauer besuchte in Begleitung Professor Dr. Ludwig Erhards und Dr. Thomas Dehlers vom 16. bis 19. April Berlin und betonte: »Das Schicksal Berlins und das Schicksal der Ostzone ist das Schicksal der Bundesrepublik, und das Schicksal der Bundesrepublik ist das Schicksal der Ostzone.«

Im Berliner Titania-Palast verlangte Adenauer am 18. April 1950 eine Revision des Besatzungsstatutes und forderte am Schluß die Massen auf,

mit ihm die dritte Strophe des Deutschlandliedes zu singen, denn es sei ein heiliges Gelöbnis: daß wir ein einiges, ein freiheitliches, ein friedliches Volk sein wollen.

Auf diese Aufforderung hin verließen die Angehörigen des SPD-Vorstandes, ausgenommen Oberbürgermeister Professor Ernst Reuter, die Bürgermeisterin Frau Luise Schröder sowie der Stadtverordnete Dr. Suhr, demonstrativ den Saal. Während die Menge das Deutschlandlied sang, erhoben sich die drei Westberliner Stadtkommandanten nicht von ihren Plätzen. Der Vorfall löste eine heftige Diskussion über die Nationalhymne aus, in der sowohl von den Alliierten als auch von den Sozialdemokraten die Hymne entrüstet abgelehnt wurde.

Vor dem Obersten Gerichtshof der DDR in Dessau wurden am 29. April leitende Angestellte der Deutschen Continentalen Gasgesellschaft wegen Sabotage zu schweren Strafen verurteilt: Dr. Leo Herdegen, Professor Dr. Willi Brunder und Friedrich Methfessel zu 15 Jahren Zuchthaus, Dr. Leopold Kaatz und Dipl.-Ing. Hermann Müller zu 12 Jahren Zuchthaus. Die weiteren Verurteilten erhielten ebenfalls Strafen.

Unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Walter Tyrolf sprach das Hamburger Schwurgericht Veit Harlan, der wegen seines Films »Jud Süß« des Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt war, mangels ausreichender Beweise frei. Das Gericht stellte fest, daß Antisemitismus an sich noch nicht strafbar sei, wenn die Gesetze der Humanität nicht mißachtet würden.

Die beiden am 13. April im amerikanischen Sektor Berlins festgenommenen Volkspolizisten Heinz Nocht und Wilhelm Roloff wurden von dem amerikanischen Militärgericht zu zwei Jahren Gefängnis wegen Zugehörigkeit zu einer deutschen paramilitärischen Organisation verurteilt.

Immer wieder entbrannte über die Zahl der in Rußland zurückgehaltenen Kriegsgefangenen eine heftige Diskussion. Die Sowjetunion wiederholte am 5. Mai die Erklärung, daß die Repatriierung der Kriegsgefangenen mit einer letzten Gruppe von 17 538 Mann abgeschlossen sei. Insgesamt wären seit der Kapitulation Deutschlands 1 939 063 Kriegsgefangene nach Deutschland zurückgekehrt. In der Sowjetunion wären nur 9717 Mann, die wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden, 3815 Mann, gegen die ein Verfahren anhängig sei, und schließlich 14 Kranke, die nach ihrer Genesung heimkehren könnten, zurückgeblieben.

Mr. Francis D. Walter vom amerikanischen Repräsentantenhaus veröffentlichte einen Bericht über die Vertreibung, wonach insgesamt 15 Mil-

lionen Deutsche im Osten und Südosten gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Etwa 12 Millionen haben nach diesem Bericht die vier Besatzungszonen Deutschlands erreicht. Die anderen sind untergegangen.

Die frühere Reichsfrauenführerin Gertrud Scholz-Klink wurde am 5. Mai von einer Spruchkammer in Tübingen als Hauptschuldige eingestuft und zu 30 Monaten Zwangsarbeitslager verurteilt.

Anläßlich der fünfjährigen Wiederkehr der Kapitulation erklärte Georg Dertinger, der Außenminister der DDR, am 5. Mai 1950: »Heute begreifen wir, daß es wirklich ein Tag der Befreiung war, der Befreiung durch die ruhmreiche Rote Armee.«

In einem Interview, das er der Herald Tribune am 6. Mai gab, erklärte der frühere Militärgouverneur von Deutschland, General Lucius Clay: Westdeutschland könne zur Verteidigung Westeuropas beitragen, ohne die Mittel zu erhalten, selbst einen Aggressionsakt zu unternehmen. Eine neue deutsche Armee solle daher nur aus Infanterie bestehen, ohne Luftwaffe und unter westeuropäischem Oberbefehl. Wenige Tage später, am 8. Mai, veröffentlichte die Alliierte Hochkommission das Gesetz Nr. 24 zur Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung, welches am 1. Juni 1950 in Kraft trat. Das Gesetz sollte die Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands auf industriellem Gebiet durchführen. Der deutschen Industrie wurden die Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Lagerung und Verwendung von Kriegsgeräten aller Art verboten. Hierzu gehörten auch sämtliche militärischen Hieb- und Stichwaffen, wie Säbel, Dolche und Lanzen, Entfernungsmeßgeräte, Signal- und Nachrichtengeräte, optische Geräte, Vermessungs- und kartographische Ausrüstung sowie Hüttenmagnesium, synthetischer Gummi usw.

Otto Grotewohl forderte am 9. Mai, als er von einem Besuch aus Moskau zurückkehrte, in einer Rede in Dresden die künftige Aufstellung einer Einheitsliste in der DDR.

Um ultranationalistische Publikationen nach erfolgter Aufhebung der Lizenzbeschränkung zu verhindern, erließ die Alliierte Hochkommission am 17. Mai eine Verordnung für die Zensur der deutschen Presse und des deutschen Rundfunks. Danach behielt sich die alliierte Zensurbehörde das Recht vor, eine entsprechende Zensur auszuüben.

In Kempten (Allgäu) wurde am 30. Mai eine zentrale Organisation der Sudetendeutschen geschaffen, an deren Spitze Dr. Rudolf Lodgmann ge-

wählt wurde. Zum Vizepräsidenten wurde der Bundesminister für Verkehr, Dr. Hans Christoph Seebohm, bestellt.

Am 1. Juni gab Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäffer bekannt, daß sich das Bundeskabinett und die Regierungspartei auf einheitliche Grundzüge des endgültigen Lastenausgleiches für alle Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten geeinigt hatten. Als jährliche Leistungsgrenze für diesen Lastenausgleich wurde die Summe von 1,5 Milliarden DM errechnet.

In London traten am 20. Mai die drei Westmächte zu einer Konferenz zusammen, auf der auch die Frage der Zulassung einer westlichen Bundespolizei geprüft und grundsätzlich bejaht wurde.

Bundesminister Heinrich Hellwege forderte am 3. Juni auf dem Parteitag der Deutschen Partei die Beendigung der Entnazifizierung und der Diffamierung des deutschen Soldatenstandes. Hellwege sagte, ein Volk könne auf die Dauer nicht bestehen, wenn es seine Vergangenheit leugne und wenn es sich nicht zu den Höhen und Tiefen seiner vaterländischen Geschichte bekenne.

Unter der Leitung des stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Walter Ulbricht weilte am 5. und 6. Juni 1950 eine Ostberliner Regierungsdelegation in Warschau, welche die Oder-Neiße-Grenze als unantastbare Grenze anerkannte. Am 13. Juni legten Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag mit Ausnahme der Kommunisten energisch Verwahrung gegen das Warschauer Abkommen ein und erklärten die SED-Regierung für nicht befugt, im Namen des deutschen Volkes auf etwas zu verzichten.

Zwei Tage später stimmte der Bundestag mit 220 gegen 152 Stimmen in dritter Lesung dem Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat zu.

Die DDR-Regierung gab am 18. Juni die Bildung einer See-Polizei bekannt, deren Aufgabe es wäre, die baltische Küste der Republik vor Schmugglern zu schützen und den Fischerflotten Schutz zu gewähren. Die Alliierte Hochkommission erteilte am 21. Juni den Länderinnenministern die Genehmigung, zentrale Polizeischulen zu errichten.

Vom 21. bis 23. Juni weilte eine Regierungsdelegation der DDR unter Walter Ulbricht in Prag, wo eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet wurde, wonach zwischen beiden Ländern keine Streitfragen oder offenen Probleme existierten und die durchgeführte Aussiedlung der Deutschen unabänderlich, gerecht und definitiv sei. Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Erich Köhler, wies am 14. Juli die Erklärung zurück und un-

terstrich, daß die Pankower Regierung weder moralisch noch politisch befugt sei, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Da brachen am 25. Juni 1950 in den frühen Morgenstunden kommunistische Streitkräfte Nordkoreas über die Grenzen Südkoreas. Die Amerikaner erklärten diesen Angriff als Friedensbruch und Aggressionsakt.

Der Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea traf den Westen völlig überraschend. Er hatte 1945 weitestgehend abgerüstet, seine militärischen Güter abgestoßen, zum Teil verschleudert. Nunmehr galt es nicht nur, augenblicklich Truppen nach Südkorea zu werfen, sondern die Kriegsindustrie wieder in Gang zu bringen. Damit war die Sternstunde der jungen westdeutschen Industrie gekommen. Sie übernahm augenblicklich alle jene Lieferungen für den Alltag, welche die auf Kriegsmaterial umgestellte Industrie in England und den USA jetzt nicht mehr verkraften konnte. Dies aber war mit dem unentwegt andauernden materiellen Nachholbedarf des Deutschen Volkes, der durch die Flüchtlingsmassen immer aufs neue angeheizt wurde, die Geburtsstunde des deutschen Wirtschaftswunders.

Das deutsche Volk, ohne echte Mitte seines Gefühls, fiel im Rausche dieser Aufstiegsmöglichkeiten wiederum von einem Extrem ins andere. Heroismus und Opferbereitschaft wichen allmählich einem nahezu hemmungslosen Drange nach dem Besitz. Eine völlig neue Epoche begann: die des neuen Materialismus.

Man war nun bereit, zu allem ja und amen zu sagen, alles hinzunehmen, wenn nur der Schornstein rauchte. Und das tat er.

Kanzler Adenauer betrieb jetzt die Dinge mit Schwung. Schon am 4. Juli richtete die Bundesregierung eine Note an die Alliierte Hochkommission, in der die Frage der Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik angeschnitten wurde.

Die Zahl der Arbeitslosen verminderte sich ständig und fiel mit Anfang Juli auf 1 538 066.

In Ostberlin dagegen überschlug man sich förmlich mit Verzichterklärungen. In Görlitz an der Lausitzer Neiße unterzeichneten Otto Grotewohl und Georg Dertinger mit den Vertretern Polens, die unter der Führung Josef Cyrankiewicz' gekommen waren, einen polnisch-deutschen Grenzvertrag, in dem die Grenze an der Oder-Neiße von beiden Regierungen als endgültige polnisch-deutsche Grenze anerkannt wurde.

Das Offenburger Schwurgericht verurteilte am 19. Juli Heinrich Schulz wegen Teilnahme an der Ermordung des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger im Jahre 1921 zu 12 Jahren Zuchthaus.

Die Alliierte Hohe Kommission erließ am 31. Juli ein Gesetz, um den Ufa-Konzern seiner früheren Monopolstellung zu entkleiden. Die 40 bis 50 Millionen DM Ufa-Werte sollten öffentlich versteigert werden, aber dermaßen, daß kein Käufer direkt oder indirekt mehr als ein Studio oder drei Filmtheater erwerben dürfe. Regierungen, politische Parteien und Regierungsangestellte wurden als Käufer nicht zugelassen.

Der Bundestag verabschiedete am 3. August ein Gesetz über die Einrichtung eines Bundesamtes für Verfassungsschutz, das die Verfassungsschutzbehörden in den 11 Bundesländern koordinieren sollte.

Beamte der amerikanischen Hochkommission stellten am 13. August fest, daß den Nazi-Opfern in der US-Zone Werte von 418,7 Millionen DM ausgezahlt wurden. Es waren damit 20 000 Fälle erledigt, weitere 85 000 Fälle standen noch aus.

Das Tauziehen um die westliche deutsche Wiederbewaffnung, die längst festbeschlossene Sache war, ging nun in aller Öffentlichkeit unentwegt weiter. Auf der Tagung der Konsulativ-Versammlung des Europarates am 16. August in Straßburg rief Professor Carlo Schmid pathetisch aus: »Fordern Sie von uns Arbeit, Arbeitskräfte, Industrieprodukte und wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber fordern Sie keine deutschen Soldaten!«

Sein Delegiertenkollege Hans Albert von Rechenberg erklärte, das deutsche Volk wolle keine besondere deutsche Armee, sondern in die europäische Gemeinschaft eingeführt werden. Unterdessen handelte Kanzler Adenauer auf dem Petersberg die Aufstellung einer Verteidigungstruppe aus, die in ihrer Größe etwa der Stärke der Volkspolizei in der Ostzone entsprechen müßte. In Zeitungsinterviews aber versicherte Adenauer am 23. August, daß der Bundesregierung, dem Bundestag und der Bevölkerung der Gedanke einer Wiedererrichtung der Deutschen Wehrmacht völlig fern läge; trotzdem werde die Bundesregierung mit ihrer Forderung nach militärischem Schutz nicht nachlassen.

Am 25. August meldete sich die Organisation ehemaliger deutscher Berufssoldaten und Heeresbeamter in einer Presseerklärung zu Wort, worin sie eine Volksabstimmung über die Wiederbewaffnung Deutschlands verlangte und die Bedingungen bekanntgab, unter welchen die früheren Soldaten ihre Zustimmung zur Wiederbewaffnung geben könnten. Zuerst müßten die Ehre und die Rechte deutscher Soldaten vor der Nation und der Weltöffentlichkeit wieder hergestellt und alle in Haft befindlichen Soldaten, soweit sie nicht krimineller Handlungen überführt worden wären, freigelassen werden. Ferner wäre ein Friedensvertrag abzuschließen, der

im Einklang mit dem Völkerrecht zu einer Beendigung der bedingungslosen Kapitulation führen müßte, jede weitere Demontage müßte sofort eingestellt werden.

Die Alliierte Hochkommission veröffentlichte ungeachtet der Entwicklung am 28. August das Gesetz Nummer 35 über die Aufspaltung des Vermögens der IG-Farben-Industrie.

Am 30. August beschlossen die Ministerpräsidenten der 11 Bundesländer in Königstein, dem Bundesminister für Inneres in dringenden Fällen 10 000 Mann mobilisierter Polizei zur Verfügung zu stellen.

In einem Interview richtete der Vizekanzler Franz Blücher am 4. September einen Appell an die Westmächte, den Kriegszustand mit der Bundesrepublik zu beenden, das Besatzungsstatut zu beseitigen und die Beziehungen zu Westdeutschland zu normalisieren.

Die Alliierte Hochkommission übertrug am 5. September einen Teil der zivilen Lufthoheit an die Bundesrepublik und gestattete den Bau von Flugplätzen. Nach wie vor blieben die Herstellung von Flugzeugen und Flugmotoren sowie der Besitz und der Betrieb von Flugzeugen für Deutsche verboten. Unter dieses alliierte Verbot fiel auch der gesamte Segelflug.

Generaloberst a. D. Heinz Guderian meldete sich in einem Interview zu Wort und forderte die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht von mindestens 25 bis 30 Divisionen unter deutschem Kommando, womöglich dem des ehemaligen Generalfeldmarschalls Erich von Manstein. Er betonte, mit den 4 Milliarden DM, die jährlich in Deutschland für Besatzungskosten ausgegeben werden, könnte man eine Anzahl deutscher Divisionen aufstellen, die im Ernstfall einer roten Invasion Einhalt gebieten könnten.

Bundespräsident Professor Theodor Heuß dagegen versicherte am 7. September: »Wir wissen, daß Soldatentum geschichtsgestaltende Kraft besaß, bei uns wie bei den anderen. Aber heute müßte es als deutsches Unternehmen zum geschichtsgefährdenden, wenn nicht zum geschichtszerstörenden Element werden. Es gibt zwar bestimmt eine Reihe von früheren Soldaten, die heute wieder Morgenluft wittern, die Mehrzahl aber liegt unter dem Druck der Lebensnot. Der limes gloriosus ist untergegangen, nachdem er zum Totengräber einer Nation wurde.«

Am schärfsten leistete Dr. Kurt Schumacher mit der SPD Widerstand gegen die Wiederaufrüstung, da er befürchtete, daß eine deutsche Wiederaufrüstung Deutschland unter den gegebenen Umständen zum Vorfeld für die Verteidigung der westlichen Welt machen würde.

Die Entflechtung und Liquidierung der deutschen Konzerne lief gemäß den Durchführungsverordnungen der Alliierten Hochkommission zum Gesetz Nr. 27 unentwegt weiter. Zur Auflösung wurden bestimmt: Vereinigte Stahlwerke AG, Friedrich Krupp AG, Mannesmann-Röhrenwerke, Klöckner-Werke AG, Hoesch-AG, Gute Hoffnungs-Hütte, Oberhausen AG. Der Generaldirektor der Guten-Hoffnungs-Hütte, Hermann Reusch, legte als Protest seine Mitarbeit im Sachverständigenausschuß des Schuman-Plans mit der Begründung nieder, daß die von den Alliierten erlassene Verordnung über die Montanentflechtung eine Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher Ebene unfruchtbar erscheinen lasse.

Mit der Begründung, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik die verfassungsmäßige Ordnung stören, beschloß der Landtag von Nordrhein-Westfalen am 27. September 1950, den 12 KPD-Abgeordneten die Anerkennung als Fraktion abzusprechen, wodurch sie von der Mitarbeit in den Ausschüssen des Landtags ausgeschlossen wurden. Zur gleichen Zeit beschloß der Ältestenrat des Bundestages, die Anträge der KPD an den Bundestag nicht mehr entgegenzunehmen.

Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann trat mit der Begründung von seinem Posten zurück, daß Adenauer sein Sicherheitsmemorandum an die Westmächte vor Absendung nicht dem Kabinett bekanntgegeben hatte. Heinemann war als scharfer Gegner der Remilitarisierung in wachsende Differenzen mit dem Kanzler gekommen.

Der amerikanische Hochkommissar McCloy erklärte am 8. Oktober: »Jedweder deutsche Beitrag muß auf der Grundlage der Fairneß und im Rahmen einer einheitlichen europäischen Verteidigung geleistet werden.« Das hieß, daß keine nationale deutsche Armee gestattet wurde.

Im Rundfunk wehrte sich Kanzler Adenauer am 11. Oktober dagegen, daß zwischen ihm und McCloy Abmachungen bestünden, wonach eine Anzahl deutscher Divisionen aufzustellen sei. Adenauer sagte wortwörtlich: »Solche Verpflichtungen liegen nicht vor.«

Bundespräsident Heuß ernannte am 11. Oktober den CDU-Abgeordneten Dr. Robert Lehr zum neuen Innenminister.

Der Bundestag verabschiedete am 19. Oktober das Gesetz zur Versorgung der Kriegsopfer, das den Versorgungsanspruch der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sowie ihrer Angehörigen bestimmte. Von der Versorgung ausgeschlossen wurde der Dienst in der Waffen-SS und allen Gliederungen der NSDAP. Diese Entscheidung traf vor allem die Berufssoldaten der Waffen-SS und ihre Hinterbliebenen schwer.

Die Diskussion über die deutsche Wiederaufrüstung verstummte aber nicht. Am 22. Oktober dementierte der Kanzler die Aufstellung eines Wachregimentes, gab jedoch zu, daß die Aufstellung eines begrenzten Führungsstabes und technischer Spezialeinheiten durch das Innenministerium vorgesehen sei. Carlo Schmid erläuterte am selben Tag in München das Nein zur Wiederbewaffnung Deutschlands und sagte: »Uns ist es lieber, es werden heile Menschen in heilen Häusern bolschewisiert als Krüppel in Erdlöchern.«

Ministerpräsident René Pleven erklärte in der französischen Nationalversammlung, daß es keine deutsche Wiederaufrüstung geben werde, bevor der Schuman-Plan unterschrieben, bevor der europäische Verteidigungsminister ernannt und bevor die politische Versammlung, die zur Kontrolle des Verteidigungsministers bestimmt werde, gebildet sei.

General Gerhard Graf Schwerin äußerte sich Journalisten gegenüber zur allgemeinen Wehrpflicht und sagte, daß er einen diesbezüglichen Gesetzentwurf im Auftrag des Kanzlers schon in der Schublade habe. Daraufhin enthob ihn Adenauer als Berater für Sicherheitsfragen am 29. Oktober mit sofortiger Wirkung seiner Dienste. Seine Dienststelle wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für die Unterbringung alliierter Besatzungstruppen, Dr. Theodor Blank, aufgelöst.

Trotz des Grundgesetzes und seines Art. 16, der die Auslieferung deutscher Staatsbürger verbietet, führten die Alliierten immer noch das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrates über Gerichtsverfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher durch. Die Bundesregierung unterstützte einen Protest der Parteien des Bundestages am 14. November gegen die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher an die Alliierten und deren Hinrichtung.

Der evangelische Kirchenpräsident Dr. Martin Niemöller erklärte Ende November auf der Tagung der Landessynode in Hessen, die Bundesrepublik sei in Rom gezeugt und in Washington geboren worden.

Am 4. Dezember kündigte Bundesinnenminister Lehr die Bildung eines Grenzschutzes an. Wieweit die Dinge bereits abgeschlossen waren, zeigte der ständige Stellvertretende Rat der NATO am 7. Dezember in Brüssel, der unter dem Vorsitz von Charles M. Spofford erklärte, daß die Prüfung der Frage des deutschen Beitrags zur Verteidigung Westeuropas abgeschlossen sei. Nach diesem Plan, einem Kompromiß zwischen dem Schuman- und Pleven-Plan, sollten die deutschen Kontingente ohne schwere Waffen und eigene Nachschuborganisationen in einer Stärke von etwa 150 000 Mann aufgestellt werden.

Kanzler Adenauer wandte sich am 11. Dezember gegen diese Konzeption und forderte bezüglich Waffen- und Befehlsgewalt völlige Gleichberechtigung mit den anderen, da dies, wie er sagte, »notwendig ist, um den Eindruck zu vermeiden, daß unsere Soldaten nur als Kanonenfutter verwendet werden«.

Auch Dr. Schumacher wandte sich am 20. Dezember in Hannover gegen die Brüsseler Beschlüsse der NATO und führte aus, daß die Deutschen weder für eine Rolle der Partisanen paßten noch für eine Nachhut für ein neues Dünkirchen.

Die Sowjetregierung behauptete auf Befragen, daß nur noch rund 13 500 Deutsche kriegsgefangen in der Sowjetunion seien. Unter der Führung der beiden Abgeordneten Dr. Eugen Gerstenmaier und Herbert Wehner legte die Bundesregierung darauf den Vereinten Nationen ein Memorandum vor, in dem festgehalten wurde, daß der Bundesregierung allein rund 63 000 Kriegsgefangene in der Sowjetunion namentlich bekannt wären. Darüber hinaus, hieß es in dem Memorandum, lägen in Westdeutschland die Namen von rund 1 154 000 vermißten deutschen Soldaten vor, von denen etwa 923 000 ihr letztes Lebenszeichen aus der Sowjetunion oder von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten gegeben hätten. Außerdem erklärte die Bundesregierung, Unterlagen über eine große Anzahl von in die Sowjetunion verschleppten deutschen Zivilpersonen zu besitzen.

Admiral Gottfried Hansen wandte sich am 27. Dezember in einem Schreiben an die drei Hochkommissare und bat, die wegen Kriegsverbrechen verurteilten Angehörigen der früheren Deutschen Wehrmacht als Bedingung für den deutschen Verteidigungsbeitrag zu amnestieren. Admiral Hansen führte aus, daß die Aufgabe, Leib und Leben im Dienste des Friedens und der Freiheit einzusetzen, von Männern nicht erfüllt werden könnte, wenn ihre Kameraden, die nur ihre Pflicht als Soldaten erfüllten, Gefangene jener Völker sind, an deren Seite sie die Freiheit oder die Welt verteidigen sollen.

Im kommunistischen Mitteldeutschland wurde die Sekte der Zeugen Jehovas verboten und ihre Betätigung unter Strafe gestellt. In Bernburg (Sachsen-Anhalt) wurden leitende Angestellte der deutschen Solvay-Werke AG wegen Wirtschaftssabotage zu je 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die Insel Helgoland war 1945 von den Alliierten zwangsevakuiert und die gesamte Insel als Bombenziel für Übungen der Royal Airforce

benutzt worden. Im April 1947 wurden obendrein alle Befestigungsanlagen gesprengt. Trotzdem wurde die Insel weiter als Bombenabwurfziel benutzt.

Am 20. Dezember 1950 fuhr eine Gruppe deutscher Studenten unter Bernd von Friedeburg, als Protest gegen das britische Vorgehen, auf die Insel und nahm dort Aufenthalt. Die Engländer stellten vorübergehend die Bombardierung Helgolands ein, und Hochkommissar Kirkpatrick erließ eine Anordnung, nach der jeder Aufenthalt auf der Insel Helgoland Deutschen verboten und strafbar war.

Die immer stärker einsetzende Wirtschaftskonjunktur ließ die Motorisierung hochschnellen. Damit aber stiegen auch die Opfer des Straßenverkehrs. Ende 1950 waren es schon 6328 Tote. Eine gespenstige Zahl, die von Jahr zu Jahr unerbittlich ansteigen sollte. Mit dem sich verbreitenden Wohlstand wuchs jedoch auch die Zahl der Verbrechen und derjenigen Menschen, die nun, da wirtschaftlich alles leichter geworden war, ihr Leben wegwarfen. 9142 wählten schon in diesem Jahr den Selbstmord, und 487 wurden ermordet.

In seiner Neujahrsrede 1951 versuchte Bundespräsident Professor Dr. Theodor Heuß eine neue Nationalhymne, die von Rudolf Alexander Schröder verfaßt und von Hermann Reutter vertont wurde, zu propagieren. Die erste Strophe der neuen Nationalhymne sollte heißen:

»Land des Glaubens, deutsches Land,
Land der Väter und der Erben,
uns im Leben und im Sterben
Haus und Herberg', Trost und Pfand.
Sei den Toten zum Gedächtnis,
den Lebend'gen zum Vermächtnis
freudig vor der Welt bekannt,
Land des Glaubens, deutsches Land.«

Der Versuch Professor Heuß' stieß aber in der Masse der Bevölkerung auf Ablehnung.

Die britische Marine erzwang unter Androhung der Gewalt am 3. Januar die neuerliche Räumung Helgolands. An Bord des britischen Streifenbootes »Eileen« kehrten die Studenten nach Cuxhaven zurück. Als sie an Land gingen, leisteten die deutschen Polizisten, die bei ihrem Abmarsch Spalier stehen mußten, den Demonstranten die Ehrenbezeigung.

In der Alliierten Hochkommission auf dem Petersberg begannen am 9. Januar die Verhandlungen über die technischen Möglichkeiten eines

deutschen Verteidigungsbeitrages innerhalb der NATO. Den Vorsitz führte dabei der Stellvertretende britische Hochkommissar Dudley World, teil nahmen von britischer Seite Generalmajor Lewellyn Wansbrough-Johnes, von französischer der Stellvertretende Hochkommissar Armand Bérard und General Georges Jean Ganeval, von amerikanischer der Stellvertretende Hochkommissar General George P. Hays und Benjamin J. Buttenwieser. Die deutsche Delegation wurde von Oberst Johann Graf Kielmannsegg geführt. Man besprach die Bildung von deutschen Kampfgruppen in Stärke von je 5000 bis 6000 Mann, die über 9 Bataillone Infanterie, 2 Abteilungen Artillerie, 2 Bataillone Panzer, 1 Pionierbataillon, Panzerabwehr- und Flakabteilungen sowie Fliegerstaffeln für taktische Zwecke verfügen sollten.

Die israelische Regierung übermittelte am 10. Januar den Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs Noten, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die israelische Regierung keinen Weg sähe, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden.

In Augsburg wurde Frau Ilse Koch, die Witwe des ehemaligen Lagerkommandanten des KZ Buchenwald, am 14. Januar unter dem Vorsitz von Dr. Georg Maginot vom Schwurgericht zu lebenslänglichem Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Frau Koch war bereits im Dachauer Prozeß von den Amerikanern zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, doch dann im September 1948 zu 4 Jahren begnadigt worden. Die Verurteilung von Ilse Koch erfolgte wegen Anstiftung zum Mord an einem Buchenwaldhäftling, wegen Anstiftung zu einem versuchten Mord an einem weiteren Häftling und wegen schwerer Körperverletzung in fünf anderen Fällen. Von der Anklage der Beihilfe zu Tötungen wurde Ilse Koch freigesprochen, nachdem die Staatsanwaltschaft schon während des Prozesses die Beschuldigung, Ilse Koch habe die Tötung von tätowierten Häftlingen veranlaßt, um sich aus deren Haut Gebrauchsgegenstände anfertigen zu lassen, wegen völligen Mangels an Beweisen fallenlassen mußte.

Die Alliierte Hochkommission erlaubte den Behörden der Deutschen Bundesrepublik ab 1. Februar, wieder Pässe an Deutsche auszustellen, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik hatten.

In Dresden wurde von dem dortigen Landgericht der 18jährige Mittelschüler Hermann Josef Flade Ende Januar wegen Mordversuchs und Boykotthetze zum Tode verurteilt. Flade war wegen Verbreitung illegalen Propagandamaterials verhaftet worden und hatte sich mit einem Mes-

serstich von den Volkspolizisten befreien wollen. Als es besonders in Westberlin, wo die Bevölkerung in einer Massenkundgebung gegen das Todesurteil Stellung nahm, zu großen Protestaktionen kam, änderte das Oberlandesgericht Dresden in der Revision das Todesurteil in 15 Jahre Zuchthaus um.

Die Sowjetunion verfolgte die westlichen Bemühungen um die deutsche Wiederbewaffnung mit großem Mißfallen. Am 23. Januar übermittelte die Sowjetregierung den drei Westmächten eine neue Note, deren Hauptpunkt die sowjetische Forderung nach Einhaltung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens zur Frage der Entmilitarisierung Deutschlands war.

In dem Friedhof des Weindorfes Rauenthal im Rheingau fand am 26. Januar 1951 der französische Kriegsfreiwillige der Waffen-SS Jean Baptiste Boutry endlich seine letzte Ruhestätte. Seine sterblichen Überreste hatten eine Odyssee sondergleichen durchmachen müssen. Boutry, der am 13. Februar 1945 durch alliierte Fliegerbomben gefallen war, wurde auf dem Gottesacker von Rauenthal beigesetzt.

Im November 1950 fuhr an der Pforte des Friedhofs von Rauenthal ein französischer Armeelastkraftwagen vor. Ohne jemand zu verständigen, betrat ein Trupp französischer Soldaten den Friedhof, suchte das Grab Boutrys und begann seine Überreste auszugraben. Die Soldaten warfen die Gebeine in einen Gummisack und fuhren mit dem Grabkreuz und dem Sack wieder ab.

Aufgeregt meldete der Totengräber diese seltsame Exhumierung Pfarrer Valentin Scheuermann, der sich seinerseits bei den deutschen Behörden erfolglos beschwerte. Frankreich hatte nämlich ein Gesetz geschaffen, nach dem alle gefallenen Poilus und französischen Zwangsarbeiter aus deutschem Boden weggebracht und feierlich in Frankreich beigesetzt werden sollten.

Doch schon nach knapp 4 Wochen, am 20. Dezember 1950, kehrte der französische Gräbertrupp zurück, warf den Gummisack, der das Etikett »Jean Baptiste Boutry« trug, zur Erde, um den Sack schließlich nur 30 cm tief am selben Fleck, wo er die Überreste einen Monat zuvor ausgegraben hatte, zu verscharren.

Die Franzosen arbeiteten mit solcher Hast, daß sie sogar das Kreuz des Nachbargrabes umrissen.

In Frankreich war man darauf gekommen, daß Boutry in deutscher Uniform gegen den Bolschewismus gekämpft hatte. Aus diesem Grund

verweigerte die Heimatgemeinde dem »Kollaborateur« das Grab in französischer Erde. So mußte Boutry wieder zurückkehren nach Rauenthal, wo er nun zum zweitenmal zur Ruhe gebettet wurde.

Der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl wandte sich bei einer Gedenkfeier für die Dresdener Luftkriegsopfer am 13. Februar leidenschaftlich gegen die geplante deutsche Wiederaufrüstung und sagte, daß der Widerstand gegen die Wiederaufrüstung zum vordringlichsten Problem der gesamten deutschen Politik werden müsse.

Die Vereinigten Staaten ließen am 24. Februar 1951 verlautbaren, sie seien entschlossen, die Wiederaufrüstung Deutschlands durchzuführen, gleichgültig, welche Einwände auch die Sowjetunion dagegen erheben würde. Die USA seien bereit, den deutschen Truppen volle Gleichberechtigung und Kommandostellen bis zum Divisionär zu gewähren.

Dessenungeachtet liefen die alliierten Prozesse gegen deutsche Angeklagte ungehindert weiter. Ein belgisches Militärgericht in Brüssel verurteilte am 8. März den ehemaligen deutschen Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich, Alexander von Falkenhausen, zu 12 Jahren Zwangsarbeit, den Leiter der deutschen Zivilverwaltung in Belgien, Eggert Reeder, zu 12 Jahren und den ehemaligen deutschen Militärkommandanten von Lüttich, Georg Bertram, zu 10 Jahren Zwangsarbeit.

In Paris wurde der General der Fallschirmtruppen Bernhard Hermann Ramcke wegen angeblicher Plünderung und Brandstiftung im Raume Brest zu 5 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, obwohl die Anklage anerkannte, daß Ramcke niemals illegale Repressalien befohlen hatte. Ramckes Ic, Hauptmann Karl Kamitschek, erhielt ebenfalls 5 Jahre Zwangsarbeit.

Am 12. März 1951 wurde bekanntgegeben, daß der Präsident des Bayerischen Landesentschädigungsamtes, der angebliche Dr. Philipp Auerbach, auf Grund eines richterlichen Haftbefehles verhaftet worden wäre. Diese Nachricht schlug nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Bundesrepublik wie eine Bombe ein. Die Entschädigung der Verfolgten des NS-Regimes hatte Gaunern eine neue Möglichkeit erschlossen: den Wiedergutmachungsschwindel.

Neben Schwerverfolgten und Geschädigten, die zu Recht eine Entschädigung verlangen konnten, meldeten auch zahlreiche Betrüger und Hochstapler aller Herren Länder in der Bundesrepublik ihre Forderungen an. Angesichts des schweren Leides, das den Juden widerfahren war, verhiel-

ten sich die deutschen Behörden überaus großzügig und ermöglichten so unfreiwillig immer neue Betrügereien.

In Landsberg warteten unterdessen seit 1947 beziehungsweise 1948 sieben zum Tode verurteilte Deutsche auf ihre Begnadigung oder Hinrichtung.

Bis zum letzten Augenblick glaubten die Frauen der sieben Verurteilten an Begnadigung. Sie waren schon am 14. und 15. Februar und dann am 24. und 25. Mai alarmiert worden und hatten von ihren Männern letzten Abschied nehmen müssen. Immer wieder war die Hinrichtung hinausgeschoben worden. Es schien ihnen völlig unmöglich, daß die Qual, die nun zum drittenmal durchlitten werden mußte, mit dem Tod enden könnte. Denn wieder hatten sie Abschied genommen.

Gemeinsam mit der selbstlosen Gefangenenbetreuerin Prinzessin Isenburg durchwachten sie die Nacht vom 6. und 7. Juni in der Landsberger Bahnhofgaststätte. Die Gerüchte überschlugen sich. Immer wieder kamen Nachrichten, die von der Begnadigung sprachen.

Erfahrungsgemäß wurde der Hinrichtungsstop gegen 23 Uhr verkündet. Aber die Stunde verging, und schon schlug die Landsberger Kirchturmuhr Mitternacht. Eine lähmende Angst schnürte den Frauen die Kehlen zu.

Um 3 Uhr morgens kam Pfarrer Ermann, der evangelische Gefängnisgeistliche, und überbrachte die traurige Nachricht.

Nachdem den Verurteilten in Washington die Habeascorpusakte verweigert wurde, wurden alle sieben im Morgengrauen des 7. Juni 1951, nachdem der Hochkommissar McCloy beziehungsweise General Thomas T. Handy die Begnadigung verweigerte, gehenkt. Es waren der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel, SS-Standartenführer Werner Braune, SS-Oberführer Erich Naumann, SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Rapportführer Georg Schallenmair und Hans Schmidt.

Die bei der Hinrichtung anwesenden Vizekanzler Dr. Franz Blücher und Bundesfinanzminister Dr. Fritz Schäffer sprachen nachher die Befürchtung aus, daß die Vollstreckung der Todesurteile zwei Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, das die Todesstrafe abgeschafft hatte, in der Bevölkerung große Verwirrung auslösen müsse. Doch das geschah nicht. Auch das wurde widerspruchslos hingenommen.

Fünf der Hingerichteten wurden von ihren Familien in Särgen abgeholt, um als Tote in die Heimat zurückzukehren. Die Familie Naumann

vermochte die Transportkosten nicht aufzubringen. Der Witwe Eleonore Pohl wurde vom Gemeinderat Halfing am Chiemsee das Begräbnis ihres Mannes am Gottesacker der Gemeinde verweigert; er blieb auf dem Friedhof von Landsberg. Diese »christliche« Haltung war um so gravierender, als Oswald Pohl in der Haft zum Katholizismus übergetreten war.

Nicht nur in der Frage Berlin und der deutschen Wiederbewaffnung gab es dauernd Reibungen zwischen den Westalliierten und den Sowjets. Die Sieger stritten sich auch noch am 20. März 1951 wegen der Verteilung der Beute. Der Kreml beschuldigte Washington, die Übergabe von 13 ehemaligen deutschen Handelsschiffen an die Sowjetunion verzögert zu haben. Die Amerikaner antworteten darauf, daß die Sowjetunion ihnen noch immer 672 Handelsschiffe nicht zurückgegeben hätte, die sie auf Grund des Leih- und Pachtsystems den Sowjets während des Krieges zur Verfügung gestellt hatten.

Der Saarländische Justizminister Dr. Heinz Braun gab in einer Rundfunkansprache am 26. März bekannt, daß der Schuman-Plan nur dann für das Saarland in Kraft treten könne, wenn er auch von der Saarregierung unterzeichnet und vom Saarländischen Parlament ratifiziert würde. Dazu müsse jedoch das Saarland in den Schuman-Behörden ebenfalls Sitz und Stimme erhalten.

Die Alliierten erlaubten nun der Bundesrepublik, Schiffe mit 15 000 Bruttoregistertonnen und 20 Knoten Geschwindigkeit zu bauen. Die Entflechtung der deutschen Großbetriebe und Konzerne ging aber weiter. Die alliierten Wünsche behinderten die Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft schwer.

Am 30. April wurde das Verbot des Segelflugsportes für Deutsche von den Alliierten aufgehoben.

Jeder Versuch, die deutsche Wiederbewaffnung im Westen zu stören, wurde von der Bundesregierung im Keim erstickt. Alle jene Organisationen, die eine von den Kommunisten inszenierte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vorbereiteten, wurden von der Bundesregierung am 24. April einstimmig verboten. Am 4. Mai 1951 wurde dann auch die Sozialistische Reichspartei, die sich sehr klar gegen die westliche deutsche Wiederbewaffnung ausgesprochen hatte, als verfassungswidrig aufgelöst.

Vergebens bemühte sich die DDR, durch Noten und Briefe die deutsche Wiederbewaffnung im Westen zu verhindern. In der DDR wurde eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands mit erwarteter

überwältigender Mehrheit durchgeführt, allerdings nur über die deutsche Remilitarisierung im Westen; von der im Osten wurde nicht geredet.

Unter dem Titel »Deutsche Souveränität« veröffentlichte die Bundesregierung am 4. Mai 1951 eine Erklärung, zu der Kanzler Adenauer das Vorwort schrieb und in der für Deutschland die Grenzen vom 31. Dezember 1937 zurückgefordert wurden. In dieser Erklärung verlangte die Bundesregierung Ostpreußen, das unter polnischer Verwaltung stehende Gebiet östlich der Oder-Neiße, das Saargebiet und diejenigen Landstriche zurück, die von Belgien und Holland übernommen wurden. Die Bundesregierung erkannte keinerlei Grenzveränderungen, die in den letzten 13 Jahren stattgefunden hatten, an.

An der Saar verbot die Regierung Johannes Hoffmann am 21. Mai 1951 die oppositionelle Demokratische Partei Saar (DPS), weil diese das Saarstatut ablösen, die Existenz eines autonomen Saargebietes leugnen und den Wiederanschluß der Saar an Deutschland durchführen wollte. Damit verschärfte sich der Kampf an der Saar in einem ungeahnten Ausmaße. Das Vorgehen der separatistischen Saarregierung, die darin von den Franzosen mit allen Mitteln unterstützt wurde, stieß in der Saarbevölkerung auf heftigen Widerstand. Der französische Hochkommissar Saar Gilbert Grandval sagte am 28. Juli offen: »Die Saar soll ein souveränes Land wie Luxemburg werden!«

In Berlin zeigte es sich in der Affäre des früheren Rechtsanwaltes Dr. Hans Kemritz, inwieweit Deutschland auch im Westen von den Alliierten abhängig war. Kemritz hatte sich in den Jahren 1945/46 des Verbrechens des Menschenraubes schuldig gemacht und Deutsche an den sowjetischen Staatssicherheitsdienst ausgeliefert. Einer von ihnen, Jürgen von Hake, verstarb in einem sowjetischen Gefängnis. Ein anderer, Wolf von Gersdorf, ging scheinbar auf das Agentenangebot der Russen ein und packte, als er nach dem Westen mit einem roten Spionageauftrag entlassen wurde, aus. Nun meldeten sich auch weitere Angehörige der durch Kemritz der NKWD Überlieferten, und es kam zu einem Riesenskandal.

Es wurde gegen Kemritz ein deutsches Ermittlungsverfahren eröffnet. Sofort meldete sich der amerikanische Hochkommissar und erklärte, dieses Verfahren gegen Dr. Hans Kemritz verstoße gegen das Gesetz Nr. 14 der Alliierten Hochkommission. Der sowjetische Sicherheitsdienst sei damals eine Dienststelle der Besatzungsbehörden gewesen, und es gäbe keine Gründe, Kemritz zur Verantwortung zu ziehen, da sein Verhalten legal war, zumal die von ihm Verratenen durch die Automatikhaft ohnedies der

Verhaftung ausgesetzt waren. Im übrigen habe die amerikanische Untersuchung ergeben, daß Dr. Kemritz in den Nachkriegsjahren einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Westens geleistet habe. Die Verteidigung des Doppelagenten übernahm sofort Dr. Robert Kempner.

Der Deutsche Bundestag debattierte am 20. Juni den Kemritz-Skandal, und das Westberliner Abgeordnetenhaus protestierte einstimmig gegen jede fremde Einmischung im Falle Kemritz. Ein Gericht in Berlin verurteilte am 3. August 1951 Dr. Hans Kemritz, der Witwe Elly von Hake 11 640 DM und eine Monatsrente von 300 DM zu bezahlen.

Daraufhin stellte der amerikanische Stadtkommandant General Lemuel Mathewson an den Westberliner Senat im Auftrag des US-Hochkommissars McCloy den Antrag, dieses Urteil gegen Kemritz zu annullieren, denn es sei »Politik der Vereinigten Staaten, ein straf- oder zivilrechtliches Vorgehen gegen Deutsche zu verhindern, die nichts weiter tun, als im Rahmen des Gesetzes bei der Erfüllung eines Teils des von den Vereinigten Staaten anerkannten Besetzungsprogrammes behilflich zu sein«.

Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Ernst Reuter, erklärte daraufhin in der Stadtverordnetenversammlung, er könne der amerikanischen Weisung, das Gerichtsurteil gegen Kemritz aufzuheben, nicht Folge leisten. Diese Weisung würde die Beziehungen gegenseitigen Vertrauens zwischen Berlin und den Westalliierten ernstlich erschüttern und stehe in flagrantem Gegensatz zum Rechtsempfinden aller Berliner.

Diese mannhafte Haltung änderte an den Realitäten nichts. Gemäß den alliierten Weisungen setzte die 4. Zivilkammer des Westberliner Landgerichts am 7. August den Vollzug des Urteils gegen Kemritz aus: Der Tatbestand falle unter das Militärregierungsgesetz Nr. 7, da Kemritz Beauftragter der Besatzungsmächte war.

Der Hauptgrund, warum die Amerikaner den Doppelagenten Kemritz vor seinen eigenen Landsleuten so massiv in Schutz nahmen, kam aber während der offiziellen Debatte nicht zur Sprache. Kemritz versah als Major d. R. der Deutschen Abwehr im Kriege Dienst bei der Spionageabwehr. Nach Aussagen des ehemaligen Hauptmanns Wernicke war Kemritz einer der Verräter, welche die Nachschubtransporte deutscher Truppen, die übers Mittelmeer zu Feldmarschall Rommel nach Afrika gingen, an die Alliierten verraten hatten. Tausende deutsche Soldaten verloren dabei das Leben.

Die Westmächte erklärten am 5. Juli 1951 formell, daß sie den Kriegszustand mit Deutschland als beendet ansähen.

In Bonn wurde zum Leiter der deutschen Sachverständigendelegation auf dem Petersberg in Fragen deutscher Wiederbewaffnung der Bundestagsabgeordnete der CDU Theodor Blank bestimmt, dem Oberst a. D. Graf Kielmannsegg beigeordnet wurde.

Der Deutsche Bundestag nahm den Schuman-Plan am 11. Juli 1951 in erster Lesung gegen die Stimmen der SPD, der KPD und der SRP an.

Der amerikanische Hochkommissar McCloy führte am 15. Juli vor amerikanischen Kreisverbindungsoffizieren aus: »Wir sehen keine wirksame Verteidigung Europas ohne eine wirksame Beteiligung Westdeutschlands. Was wir tun können, sollten wir jetzt tun und nicht später. Wir haben nicht mehr viel Zeit.«

Die Besprechungen zwischen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer mit der Alliierten Hochkommission über die Höhe der Besatzungskosten brachten keine Erledigung. Am 9. August berichtete Schäffer dem Kabinett, von alliierter Seite seien sowohl die deutsche Bitte um Herabsetzung der Besatzungskosten als auch der deutsche Vorschlag, einen Teil der Besatzungskosten durch Auslandsanleihen zu decken, abgelehnt worden. Die Hohen Kommissare brachten unmißverständlich zum Ausdruck, daß die Steuerkraft der Deutschen Bundesrepublik noch nicht entsprechend ausgeschöpft wäre.

Der Prager Staatsgerichtshof fällte am 24. August gegen den früheren SD-Chef Max Rozstock, Generalmajor Richard Schmidt, SS-Obergruppenführer Ernst Hitzegrad, Generalmajor Friedrich Gottschalk und den Gestapo-Beamten Walter Richter das Todesurteil. Die Verurteilten, die von der Sowjetunion an die Tschechoslowakei ausgeliefert worden waren, wurden vor allem der Zerstörung der Dörfer Lidice und Benicky beschuldigt.

Bis zum 26. August 1951 erklärten 47 Staaten ihren Kriegszustand mit Deutschland entweder als beendet oder stellten dies in Aussicht. Die 17 Staaten, die der Bundesregierung offiziell die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland mitteilten, waren: Ägypten, Australien, Belgien, Brasilien, Ceylon, Dänemark, Großbritannien, Indien, Italien, Jugoslawien, Kanada, Luxemburg, Mexiko, die Niederlande, Norwegen, die Südafrikanische Union und die Türkei.

Nachstehende 30 Staaten leiteten die Schritte zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland ein: Äthiopien, Argentinien, Bolivien, Burma, Chile, die Dominikanische Republik, El Salvador, Ekuador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Indonesien, Irak, Iran, Kuba,

Libanon, Liberia, Neuseeland, Nikaragua, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, die Philippinen, Saudi-Arabien, Syrien, Uruguay, Venezuela und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In den USA wurde am 17. Oktober die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland ohne Debatte und Einwände im Senat gebilligt. Dazu erklärte das Gericht des Amerikanischen Hochkommissariates aber sogleich, daß dadurch die Zuständigkeit amerikanischer Gerichte über deutsche Staatsbürger keine Einbuße erfahre. Damit wurde der Antrag eines deutschen Rechtsanwaltes, Dr. Friedrich Bergold, abgelehnt, der nach Beendigung des Kriegszustandes erklärte, daß nun das deutsche Grundgesetz maßgebend sei, wonach für eine von Deutschen in Deutschland begangene Straftat nur deutsche Gerichte zuständig sein könnten.

Bundespräsident Heuß stiftete am 11. September den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, der für Leistungen im Bereiche politischer, wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Arbeit verliehen werden sollte.

Der Versuch acht soldatischer Verbände in Bonn, einen Dachverband deutscher Soldaten zu gründen, stieß sehr bald auf erbitterten Widerstand der Linkskreise. Der Deutsche Soldatenbund, der Schutzbund Deutscher Soldaten, die Organisation der Kraftfahrtruppen, der Bund Deutscher Fallschirmjäger, die Traditionsverbände des Afrikakorps, der Division »Großdeutschland«, Vertreter der Waffen-SS und des Stahlhelm wählten zum Vorsitzenden den Generaloberst a. D. Hans Friessner. Dem vorläufigen Präsidium gehörten 24 Soldaten aller Dienstgrade und Wehrmachtsteile an, darunter die Generale a. D. Crüwell, Gille, Guderian, Admiral Hansen, Hauser, Henschke, Herr, Krakau, von Manteuffel, Ramcke, Student und Stumpf.

Es wurde sofort alles organisiert, um ein Aufkommen der Kriegsgeneration zu verhindern. In einer Pressekonferenz in Bonn wurde durch einen deutschen Journalisten Generaloberst a. D. Friessner am 21. September die Frage gestellt, wie er sich zum 20. Juli verhalte.

Friessner entgegnete, daß er als Ostfrontsoldat und als Christ den politischen Mord ablehne.

Sofort begann eine fast weltweite Hetze gegen den überraschten Generaloberst, der nur ausgesprochen hatte, was im wesentlichen alle deutschen Frontsoldaten dachten. Der neugegründete Dachverband, der sich »Verband deutscher Soldaten« nannte, erließ am 24. September 1951 einen Aufruf, in dem er seine Unparteilichkeit und Unabhängigkeit unter-

strich und sich zu einem deutschen Staat auf der Grundlage von Wahrheit und Recht bekannte. Aber in dem Aufruf hieß es auch: »Wir wollen in allen entscheidenden militärischen Fragen unsere Meinung geltend machen. In diesem Zusammenhang haben wir im besonderen die Frage einer Beteiligung an der Verteidigung Europas im Auge, wofür eine Gleichberechtigung in jeder Beziehung und die Freilassung unserer Kameraden, die immer noch ungerechterweise gefangengehalten werden, unabdingbare Voraussetzungen sind. Jedes persönliche Interesse der Einzelperson muß der großen Aufgabe untergeordnet werden, der große Sammelpunkt für Ordnung in unserem zerrissenen und gespaltenen Vaterland zu werden. Ein erhabenes Ziel verlangt gemeinsames Vorgehen. Wir rufen daher alle früheren Kameraden auf, sich hinter diesen Aufruf zu stellen.«

Der ehemalige Fallschirmgeneral Hermann Ramcke erklärte am 1. Oktober in Duisburg, daß Frankreich noch immer 261 deutsche Soldaten unter schrecklichen Haftbedingungen in Gefangenschaft halte. »Wenn man von uns erwartet«, rief Ramcke aus, »zum Kampf für den Frieden deutsche Soldaten zu stellen, dann müssen wir als eine psychologische Voraussetzung die Freilassung dieser Gefangenen und vollständige militärische und politische Gleichberechtigung erlangen.«

In München hatte tags zuvor Oberst a. D. Ludwig Gümbel als Vorsitzender des Bayerischen Landesverbandes deutscher Soldaten bei einer Kundgebung die Männer vom 20. Juli 1944 aufgefordert, nicht zu versuchen, wieder Einfluß auf das deutsche Soldatentum zu nehmen. Gümbel sagte: »Die Rückkehr der 20.-Juli-Leute wäre eine Gefährdung des soldatischen Geistes, ohne den jeder Wehrbeitrag undenkbar wäre.« Im übrigen, versicherte Gümbel, seien die Voraussetzungen für einen deutschen Wehrbeitrag noch nicht erfüllt, denn die Vorbedingung für einen Verteidigungsbeitrag seien Freiheit und Recht und nicht der Verteidigungsbeitrag Vorbedingung für Freiheit und Recht.

Sofort gab die Bundesregierung am 2. Oktober eine Erklärung ab, in der sie sich von Äußerungen verschiedener Angehöriger des Verbandes deutscher Soldaten distanzierte und sich nachdrücklich gegen jede politische Betätigung der Soldatenverbände aussprach.

Das Präsidium des Verbandes deutscher Soldaten ließ daraufhin Generaloberst a. D. Hans Friessner fallen und beschloß, daß er bis zur stattfindenden Wahl des endgültigen Präsidiums den Vorsitz nur kommissarisch führen sollte.





In Mitteldeutschland entstand die kasernierte Volkspolizei als Kader der kommunistischen Nationalen Volksarmee, die hier vor DDR-Präsident Wilhelm Pieck präsentiert (oben). In Westdeutschland leisteten britische Truppen die erste militärische Ehrenbezeugung für Kanzler Adenauer, als er die Hohen Kommissare auf dem Petersberg verließ, wo eben die deutsche Wiederbewaffnung beschlossen wurde (Mitte). Vergebens versuchte die Frontgeneration (Bild rechts: Generaloberst a. D. Hans Friessner im Gespräch mit dem Sozialistenführer Dr. Kurt Schumacher) ihre Stimme zu erheben; sie wurde mundtot ge-



Männer, wie Minister »Dr.« Philip Auerbach bestimmten den Kurs der Wiedergutmachung.

Das Gespenst des Neonazismus wurde erstmals in der Nau-Nau-Affäre, die wie das Hornberger Schießen endete, heraufbeschworen. Dr. Werner Naumann bei seiner Enthaftung (unten links). Sir Winston Churchill, der Verantwortliche für den gnadenlosen Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung, erhielt in Aachen den Karlspreis, zu dem ihm Adenauer herzlich gratuliert (unten rechts).





Friessner fand daher für seine Arbeit keine Basis mehr und erklärte am 9. Dezember 1951 seinen Rücktritt als Vorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten. Er versicherte bei diesem Anlaß, man habe ihn als politisierenden General abstempeln wollen, weil er sich außer mit der Versorgungsfrage deutscher Soldaten auch mit der Leistung eines deutschen Wehrbeitrages kritisch auseinandergesetzt habe. Es sei gewiß, daß keine Regierung, die erwarte, daß der deutsche Boden von deutschen Soldaten mit Entschlossenheit verteidigt werde, um die von ihm vertretenen Gesichtspunkte herumkommen könne, da sie die moralischen, geistigen und materiellen Voraussetzungen eines deutschen Wehrbeitrages seien.

Damit war die Frontgeneration bei der künftigen Planung deutscher Streitkräfte im Westen ausgeschaltet und mit all ihren Gliederungen auf die reine Problematik der Versorgungsfragen der Berufssoldaten, Versehrten und Hinterbliebenen abgedrängt. Mit kleinen Zuwendungen, Versprechungen und versorgungsrechtlichen Maßnahmen wurde sie abgespeist. Und ihre Funktionäre ließen sich abspeisen.

KEINE PRÜFUNG FÜR STALINS ANGEBOT

Unterzeichnungen des Generalvertrags / Auerbach-Skandal in München / Wiedergutmachung für Israel / Künstliche Nau-Nau-Affäre / Sprunghaftes Ansteigen der Jugendkriminalität

Im Deutschen Bundestag gab Kanzler Adenauer am 26. September eine Erklärung über die Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden ab, die von den Mitgliedern des Bundestages durch Erheben von den Sitzen gebilligt wurde. Adenauer führte unter anderem aus: »Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind. Auf diesem Gebiet sind erste Schritte getan, sehr vieles aber bleibt noch zu tun ... Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit den Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lö-

sung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern.«

Die israelische Gesandtschaft in London antwortete auf das deutsche Sühneangebot wie folgt:

»Die sechs Millionen von der Hand der Deutschen unter dem Hitler-Regime an Juden begangenen Morde, die von Plünderungen und Raub größten Maßstabes begleitet waren, haben in der Geschichte der Zivilisation keinen Vorläufer. Sie können von den Annalen der Menschheit nicht durch eine Deklaration, sei sie auch noch so aufrichtig und reuevoll gemeint, ausgelöscht werden. Ein Drittel des ganzen jüdischen Volkes ist vernichtet worden. Unermeßliche Leiden wurden Millionen unschuldigen Menschen auferlegt. Viele der besten und ältesten jüdischen Gemeinschaften Europas wurden ausgelöscht. Während Generationen wird die zivilisierte Welt entsetzt sein über die absichtliche Vernichtung eines Volkes durch ein anderes. Die Erklärung des Kanzlers der Deutschen Bundesrepublik über das Problem der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk muß von diesem Hintergrund aus betrachtet werden. Sie scheint einen Versuch der Regierung der Deutschen Bundesrepublik darzustellen, zu dieser ernsten Frage endlich Stellung zu nehmen und zu irgendwelchen Maßnahmen moralischer und materieller Wiedergutmachung am jüdischen Volk zu schreiten ...

Die deutschen Behörden im Bund und in den Ländern können viel tun, um den Prozeß der Zurückerstattung des Eigentums und der individuellen Wiedergutmachung und Entschädigung zu beschleunigen. Es liegt an ihnen, denjenigen, die für die Ausführung dieser Maßnahmen die Verantwortung tragen, die moralische Verpflichtung für eine rasche und umfassende Wiedergutmachung gegenüber den Juden Europas klarzumachen. Es ist außerdem erforderlich, daß das deutsche Volk eine kollektive Wiedergutmachung an das jüdische Volk durch einen großzügigen Beitrag an die Überlebenden der Verfolgung, von denen die meisten eine neue Heimat in Israel gefunden haben, leistet. Die Regierung Israels hat die Besatzungsmächte über ihre Ansprüche orientiert, die sie in der Frage der Wiedergutmachung erhebt. Die Ansprüche des jüdischen Volkes, das unendlich mehr unter der Brutalität der Nationalsozialisten litt als irgendein anderes Volk, verlangen besondere und umfassende Behandlung. Die Regierung Israels wird die Erklärung des deutschen Kanzlers prüfen und in angemessener Zeit ihre Stellungnahme dazu wissen lassen«.

Im Sinne der inneren Zusammenarbeit beschlossen die drei westlichen Regierungen und die Bundesregierung am 19. Oktober 1951 in Paris, das Ruhrstatut und die Beschränkung der deutschen Stahlproduktion aufzuheben.

Die Bundesregierung schloß im Dezember 1951 mit der New Yorker Reklamefirma »The Roy Bernard & Co.« einen Vertrag in Höhe von 98 500 Dollar. Danach verpflichtete sich Bernard, in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen der USA deutschfreundliche Artikel zu lancieren. Diese »Public Relations«-Beträge wurden später erheblich erhöht, und zwar 1952 auf 650 000 DM, 1953 auf 1 200 000 DM. Diese Beträge sollten helfen, die deutschfeindliche Einstellung in der amerikanischen Öffentlichkeit zu bekämpfen.

Auch in diesem Jahr 1951 hatten sich in der Bundesrepublik wiederum 8749 Menschen selbst das Leben genommen, 496 waren ermordet worden, und 7558 starben durch Verkehrsunfälle.

Theodor Blank gab als Sicherheitsbeauftragter der Bundesregierung am 8. Januar 1952 bekannt, daß 12 deutsche Divisionen in einer Stärke von je 12 500 Mann aufgestellt werden sollen. Sie sollen aus 3 Panzerdivisionen, 3 Panzergrenadierdivisionen, 6 vollmotorisierten Infanteriedivisionen und einer taktischen Luftwaffe bestehen.

Das israelische Parlament beschloß am 8. Januar mit 61 gegen 50 Stimmen bei 5 Enthaltungen, daß die Regierung ermächtigt werden solle, mit Westdeutschland über Reparationen zu verhandeln. Außenminister Mosche Scharett wies darauf hin, daß Westdeutschland nun in der Lage sei zu zahlen. Die Verhandlungen über die Reparationen würden keine Anerkennung Deutschlands in sich schließen, Israel betrachte nach wie vor das gesamte deutsche Volk als verantwortlich für die Naziverbrechen und könne gegenwärtig noch keine echten Anzeichen der Reue in Deutschland erblicken.

Ministerpräsident Ben Gurion gab bekannt, daß Israel Reparationen in der Höhe von 1500 Millionen Dollar von Deutschland fordern werde.

Dagegen erklärte ein Vertreter der orthodoxen Mizrahi im Knesset, es wäre zu viel Ehre für Deutschland, von diesem Land Geld anzunehmen. Man solle sich nicht mit wilden Tieren an den gleichen Tisch setzen.

Der Deutsche Bundestag stimmte am 10. Januar mit 232 gegen 143 Stimmen bei drei Enthaltungen der Ratifizierung des Schuman-Planes zu.

In einem Pressebulletin der Bundesregierung äußerte sich Kanzler Adenauer am 15. Januar neuerlich über das ungelöste Schicksal der deut-

schen Kriegsgefangenen und führte aus, daß die Wehrmachts-Vermißtenkartei zur Zeit noch 1,3 Millionen vermißter Soldaten ergäbe. Entgegen den offiziellen Erklärungen Sowjetrußlands besitze die Bundesrepublik 106 000 Namen noch lebender in der Sowjetunion zurückgehaltener Kriegsgefangener. Wahrscheinlich würde noch eine weit größere Zahl von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR zurückgehalten werden. Außerdem wurden in die Sowjetunion 700 000 deutsche und volksdeutsche Zivilpersonen verschleppt. Allein in der Tschechoslowakei würden noch 12 000 Deutsche in Haft gehalten, von denen die Namen von 5679 bekannt waren: Polen hielte 20 000 Zivilpersonen zurück, von denen 7263 Namen bekannt wären.

Am 18. Januar gab Theodor Blank zu, daß an die Einführung einer »Auslese-Dienstpflicht« gedacht sei. Diese lege zwar die Wehrpflicht fest, die tatsächliche Einziehung würde aber zum gegebenen Zeitpunkt vom wirklichen Bedarf und von der Erfüllung der technischen Voraussetzungen abhängen.

An der Saar ernannte die französische Regierung den bisherigen französischen Hochkommissar, Gilbert Grandval, zum französischen Botschafter an der Saar. Mit diesem Schritt wurde lediglich die Form geändert; sonst blieb an der Saar alles beim alten.

Der Deutsche Bundestag befaßte sich am 7. Februar in einer Entschließung mit den deutschen Kriegsverbrechen: »Der Bundestag betrachtet es als notwendig, daß die Deutschen, die unter der Beschuldigung des Kriegsverbrechens entweder von alliierten Gerichten bereits verurteilt oder noch ohne Urteil festgehalten sind, freigelassen werden, soweit es sich nicht um von den einzelnen zu verantwortende Verbrechen im hergebrachten Sinne des Wortes handelt. Eine objektive Prüfung der Einzelfälle hat unverzüglich zu erfolgen.«

Diese Aktion betraf nicht die Spandauer Gefangenen, sondern etwa 1240 Deutsche, die noch immer in Gefängnissen der Westmächte und Jugoslawiens festgehalten wurden. 685 befanden sich zu jener Zeit allein in den alliierten Gefängnissen in Deutschland, vor allem in Landsberg, Werl und Wittlich.

Auf Grund der alliierten Verfolgungsmaßnahmen waren 1945 viele Tausende ehemalige nationalsozialistische Funktionäre mit Hilfe falscher Namen und Papiere untergetaucht. Sie wurden in der Bevölkerung »U-Boote« genannt. Die Zahl der »U-Boote« wurde 1946 allein in Westdeutschland auf rund 80 000 geschätzt.

Einer der absurdesten dieser oft nahe an die Grenzen der Heiterkeit reichenden tragischen Fälle war der des ehemaligen Gauhauptstellenleiters der NSDAP, Gau Sachsen, Fritz Rößler.

Überraschend wurde am 20. Februar 1952 im Bonner Bundeshaus der fraktionslose Abgeordnete Dr. Franz Richter festgenommen. Es war aufgekommen, daß es sich in Wahrheit um den besagten Fritz Rößler handelte, der 1945 als Studienrat Dr. Franz Richter wieder aufgetaucht war. Gegen Rößler lag persönlich nichts vor, er wäre nur der automatischen Haft der Alliierten unterworfen worden. 1946 ehelichte er seine eigene, ihm seit 1936 angetraute Ehefrau Ruth aufs neue, ohne geschieden zu sein, und adoptierte seine eigenen Kinder. Zuvor bezeugte er vor dem Standesbeamten den Heldentod des Hauptmanns Fritz Rößler und versicherte, daß dieser ihm sterbend das Versprechen abgenommen habe, sich seiner Frau und Kinder anzunehmen. Genau dies habe er nur getan. Rößlers Erklärungen wurden von niemandem angezweifelt.

Das war sieben Jahre gut gegangen, bis die Manipulation aufgedeckt wurde und der Deutsche Bundestag jählings einen seiner Abgeordneten verlor.

Diese Zeitgroteske fand am 3. Mai 1952 einen tragischen Abschluß, als Fritz Rößler wegen Urkundenfälschung, Anmaßung falscher Titel usw. zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Am 1. März wurde die Insel Helgoland nach längerer Verhandlung von den Briten freigegeben und als neues Bombenziel für die Royal Airforce der Große Knechtssand vor der Wesermündung in Anspruch genommen. Die Wiederaufbaukosten Helgolands wurden auf über 60 Millionen DM geschätzt.

Mit steigender Sorge beobachtete der Kreml die Vorbereitungen zum Aufbau neuer deutscher Streitkräfte als Verbündete des Westens. Offensichtlich um dieser Bedrohung von Westen her zu begegnen, überreichte der Stellvertretende Außenminister der UdSSR Andrej Wyschinsky am 10. März 1952 der Bundesregierung eine Note der Sowjetregierung, die nachstehenden sensationellen Wortlaut hatte:

»Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag.

Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nichtgleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden. Das entspricht dem Willen aller friedliebenden Völker. Ohne den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages mit

Deutschland kann eine gerechte Behandlung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht gewährleistet werden. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird die endgültige Lösung der Fragen ermöglichen, die infolge des zweiten Weltkrieges entstanden sind. An einer Lösung dieser Fragen sind die europäischen Staaten, die unter der Hitleraggression gelitten haben, besonders die Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines dauerhaften Friedens beitragen. Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird für das deutsche Volk die Bedingung eines dauerhaften Friedens herbeiführen, die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen fördern und dem deutschen Volk die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern sichern.

Davon ausgehend haben die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen. Die Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind der Meinung, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrages unter Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, erfolgen muß und daß der Friedensvertrag mit Deutschland auf folgenden Grundlagen aufgebaut sein muß: Die Teilnehmer, Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze:

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte

Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechtes, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium: Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze: Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze:

1. Es wird Deutschland gestattet, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen: Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.«

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, behandelte im Rundfunk am 12. März die sowjetischen Vorschläge über einen Friedensvertrag mit Deutschland und gab zu: »In der Situation, in der sich Deutschland heute zwischen Ost und West befindet, scheinen mir allzu hastige Meinungsäußerungen zu wichtigen politischen Ereignissen nicht von Nutzen zu sein. Aber niemand wird in Abrede stellen können, daß es sich bei den Vorschlägen der Sowjetunion für einen Friedensvertrag mit Deutschland um ein gewichtiges politisches Ereignis der letzten Monate handelt. Das muß auch bei vorsichtiger Zurückhaltung dem Inhalt und der Absicht der Note gegenüber anerkannt werden. Die Bedeutung der Note liegt zunächst in der Tatsache, daß sich die Sowjetunion nunmehr selbst zu Wort gemeldet hat.«

Kanzler Adenauer ergriff am 16. März auf einer Tagung evangelischer Christen in Siegen das Wort und fragte nach den Gebieten jenseits der Oder-Neiße und vor allem, wie sich Moskau die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorstelle. In Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik lehnte Adenauer die nationale deutsche Wiederbewaffnung als irreal ab und bezeichnete die Sowjetnote in diesem Punkt als »einen Fetzen Papier«. Schließlich faßte Adenauer am Schluß zusammen: »Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen. Ich bin fest davon überzeugt, und auch die letzte Note Sowjetrußlands ist wieder ein Beweis dafür, daß, wenn wir auf diesem Weg fortfahren, der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern ist, zu dem Sowjetrußland sich zu einem vernünftigen Gespräch bereit erklärt.«

Noch deutlicher wurde Adenauer am 23. März in einem Interview mit der United Press: »Es wird nötig sein, die Hoffnungen Sowjetrußlands, Deutschland neutralisieren zu können und es damit in den sowjetischen Machtbereich zu bringen, zu zerstören, damit Rußland sieht: Es ist da nichts mehr zu wollen.« Damit wurde die Türe zugeschlagen, ehe die Verhandlungen begannen.

Leidenschaftlich wandte sich auch der französische Außenminister Schuman am 24. März gegen die Sowjetnote: »Wir können in keiner Weise erlauben, selbst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht, daß eine nationale deutsche Armee geschaffen wird, welche das Instrument einer geeinten Regierung sein würde.«

Nach eingehenden Beratungen mit Großbritannien und der Bundesregierung beantwortete Washington am 25. März die Sowjetnote mit einer Sechs-Punkte-Erklärung, von denen die wesentlichen Punkte 2, 5 und 6 folgenden Wortlaut hatten:

»Der Abschluß eines derartigen Friedensvertrages macht, wie die Sowjetregierung selbst anerkennt, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erforderlich, die den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt. Eine derartige Regierung kann nur auf der Grundlage freier Wahlen in der Bundesrepublik, der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin geschaffen werden. Derartige Wahlen können nur unter Verhältnissen stattfinden, die die nationalen und individuellen Freiheiten des deutschen Volkes gewährleisten. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat zur Prüfung der Frage, ob diese erste wesentliche Voraussetzung gegeben ist, eine Kommission ernannt, die eine gleichzeitige Untersuchung in der Bundesrepublik, der Sowjetzone und in Berlin durchführen soll. Dieser Untersuchungskommission ist in der Bundesrepublik und in Westberlin die erforderliche Unterstützung zugesichert worden. Die amerikanische Regierung würde die Mitteilung zu schätzen wissen, daß eine derartige Unterstützung auch in der Sowjetzone und in Ostberlin vorhanden sein wird, damit die Kommission ihre Aufgabe durchzuführen vermag ... So stellt die amerikanische Regierung fest, daß die sowjetische Regierung erklärt, das deutsche Hoheitsgebiet werde durch die Grenzen bestimmt, die durch die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz festgelegt wurden. Die amerikanische Regierung möchte daran erinnern, daß in Wirklichkeit keine endgültigen deutschen Grenzen in den Entscheidungen festgelegt wurden, die eindeutig vorsehen, daß die endgültige Entscheidung territorialer Fragen einer Friedensregelung vorbehalten bleiben muß.

Die amerikanische Regierung erklärte ferner, daß die sowjetische Regierung gegenwärtig der Auffassung ist, der Friedensvertrag solle die Aufstellung nationaler Land-, Luft- und Seestreitkräfte vorsehen, während gleichzeitig die Freiheit Deutschlands, Bündnisse mit anderen Ländern abzuschließen, eingeschränkt wird. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß derartige Bestimmungen einen Schritt zurück bedeuten und den Anbruch einer neuen Epoche in Europa gefährden könnten, in der sich internationale Beziehungen auf Zusammenarbeit und nicht auf Rivalität und Mißtrauen aufbauen. Von der Notwendigkeit einer Politik der europäischen Einheit überzeugt, gibt die amerikanische Regierung Plänen ihre volle Unterstützung, die die Beteiligung Deutschlands an einer rein defensiven europäischen Gemeinschaft sichern, die Freiheit wahren, eine Aggression verhüten und das Wiederaufleben des Militarismus ausschließen sollen. Die amerikanische Regierung ist der Auffassung, daß der Vorschlag der sowjetischen Regierung zur Aufstellung nationaler deutscher Streitkräfte mit der Erreichung dieser Ziele nicht zu vereinbaren ist. Die amerikanische Regierung ist weiterhin überzeugt, daß diese Politik der europäischen Einheit die Interessen irgendeines anderen Landes nicht bedrohen kann und den wahren Weg zum Frieden darstellt.«

Der sowjetische Außenminister Wyschinski erwiderte daraufhin, die Sowjetunion erachte auch weiterhin die Deutschlandkommission der UNO als illegal und würde daher keine Unterstützung gewähren. Sie sei andererseits für die baldige Organisierung von Wahlen in ganz Deutschland zwecks Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung. Diese Wahlen sollten unmittelbar von den beiden Regierungen unter Mitwirkung der Okkupationsmächte organisiert werden. Die gesamtdeutsche Regierung, die dann aus den Wahlen hervorgehe, könne Beziehungen mit anderen Mächten selbst vor Inkrafttreten eines Friedensvertrages unterhalten.

Doch dürfte diese Regierung kein Bündnis eingehen, das mit den Grundsätzen der UNO oder anderer internationaler Verpflichtungen unvereinbar sei. Deutschland dürfe bezüglich der Rüstung nicht schlechter behandelt werden als Japan im Vertrag von San Franzisko, der von der Sowjetunion als illegal betrachtet werde.

Da die Westmächte in Potsdam ihre Einwilligung zur Oder-Neiße-Grenze gegeben hätten, wäre der Punkt der Ostgrenze des vereinigten Deutschlands auf der Friedenskonferenz nicht mehr zu diskutieren.

Der Kern der Ausführungen Wyschinskis lag in dem Bündnisverbot der geplanten gesamtdeutschen Regierung, da der Atlantik-Pakt und der

Pleven-Plan von der Sowjetunion als mit den UNO-Grundsätzen unvereinbar angesehen wurden.

Die Sowjets ließen, sicherlich auf Grund der Initiative Stalins, in ihren Bemühungen nicht nach, ein engeres Bündnis zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten zu verhindern. In den folgenden Verhandlungen und im Notenwechsel versuchte der Kreml in der deutschen Frage das Weiße Haus zu überspielen und das Weiße Haus umgekehrt den Kreml.

Kanzler Adenauer sah in der Sowjetnote lediglich ein Störmanöver der Sowjetunion, das den Abschluß der Verträge zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten verhindern sollte. Er verkündete darum am 27. März in der Bonner Universität, daß die Außenminister der drei Westmächte in der zweiten Maihälfte zur Unterzeichnung des Generalvertrages nach Bonn kommen würden, mit dem Deutschland seine Souveränität zurückerhalten würde. Dadurch könnte die Bundesrepublik den Sechsmächte-Vertrag über die Errichtung der Europaarmee unterzeichnen.

Am 8. April antwortete die Sowjetregierung offiziell auf die amerikanische Deutschland-Note vom 25. März und führte darin unter anderem aus:

»Die Anerkennung der Notwendigkeit der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen seitens der Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs würde durchaus die Möglichkeit schaffen, diese Wahlen in kürzester Zeit durchzuführen. Was den Vorschlag betrifft, daß eine Kommission der UN im Zusammenhang mit bevorstehenden freien gesamtdeutschen Wahlen prüfen soll, ob die Voraussetzungen für solche Wahlen gegeben sind, so steht dieser Vorschlag im Widerspruch zur UN-Charta, die gemäß Artikel 107 eine Einmischung der Vereinten Nationen in deutsche Angelegenheiten ausschließt. Eine solche Prüfung könnte durch eine Kommission vorgenommen werden, die von den vier in Deutschland Besatzungsfunktionen ausübenden Mächten zu bilden wäre ... Im sowjetischen Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrags mit Deutschland heißt es: ›Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeine Macht richten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.‹ ...

Was die Grenzen Deutschlands betrifft, so hält die Sowjetregierung die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die von der Regierung der USA ebenso wie von den Regierungen der UdSSR und Groß-

britanniens angenommen wurden und denen sich Frankreich anschloß, für vollauf ausreichend und für endgültig.«

Am Schluß schlug die Sowjetregierung den USA erneut vor, gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich die Erörterung eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Frage der Vereinigung Deutschlands und der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aufzunehmen.

Jede deutsche Regierung mit nationalem Verantwortungsbewußtsein hätte jetzt die Initiative ergreifen müssen. Zwar bestand die Sowjetunion unter Berufung auf die Potsdamer Konferenz auf dem totalen Verlust aller deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße, verlangte förmlich die deutsche Bestätigung des größten Raubes in der Weltgeschichte und forderte die deutsche Neutralität in den Ost-West-Bündnissen, bot jedoch gesamtdeutsche Wahlen unter der Kontrolle aller vier Alliierten. Das mußte zwangsläufig zum Niederbruch des SED-Regimes und des Kommunismus in Mitteldeutschland und zur Wiedervereinigung der beiden großen deutschen Restgebiete führen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß das sowjetische Angebot wohl real, aber nicht reell war. Man wollte in Moskau vor allem den Eintritt der Bundesrepublik in die militärische und wirtschaftliche Einheitsfront des Westens verhindern, um dann auf kaltem Wege Gesamtdeutschland oder besser gesagt Restdeutschland gleichzuschalten.

An diesem sowjetischen Willen braucht kaum gezweifelt zu werden. Aber – die erdrückende Masse der Mitteldeutschen wollte mit allen Mitteln den Kommunismus loswerden, unter den Deutschen im Westen spielten die Kommunisten nur eine klägliche Sektiererrolle – die Gleichschaltung hätte daher niemals politisch, sondern nur militärisch möglich sein können. Dagegen jedoch hätte es genügend Sicherungen von seiten der Westmächte im Deutschlandvertrag geben können. Die Amerikaner hätten militärisch auch keinesfalls nach einer deutschen Wiedervereinigung aus Europa abzuziehen brauchen. Sie hätten ihre Basen genauso über die Saar und den Rhein verlegen können wie die Sowjets die ihren über die Oder und Neiße.

Über alle spekulativen Betrachtungen hinaus: Man hätte deutscherseits das sowjetische Angebot vor der Ablehnung zumindest erproben müssen. Wahrscheinlich hätte man dann ohnedies feststellen können, daß es keine ehrliche Realisierung des Moskauer Angebots gab.

Daß man es freilich deutscherseits nicht einmal versuchte, war eine Todsünde wider die Nation. In einer solchen verzweifelten Lage muß eben

alles versucht werden. Zumindest um vor dem Volk und der Geschichte zu beweisen, daß auch dieser Weg nicht zur Wiedervereinigung führte.

Adenauer war jedoch längst mit der Vorbereitung der westdeutschen Integrierung mit Westeuropa beschäftigt und seine wie der Westalliierten Bemühungen wieder so weit vorgeschritten, daß ihm die sowjetischen Angebote nur lästig waren und von ihm ernsthaft gar nicht zur Diskussion gestellt wurden.

Die Westmächte, vor allem die USA, standen dem Moskauer Angebot logischerweise ablehnend gegenüber. Sie wünschten zu diesem Zeitpunkt nur das wirtschaftliche und militärische Potential Westdeutschlands für ihre Interessen voll auszunützen; an einem neutralen Deutschland waren sie nicht interessiert.

Allerdings hätten sie sich einem klaren deutschen Wunsch zur Verhandlung mit den Sowjets nicht widersetzen können. Sie hätten auch keinesfalls Westdeutschland in diesem Falle im Stiche lassen können, denn auch für sie wäre ein neutrales Deutschland weit günstiger gewesen als ein Deutschland, das in den Ostblock eingebaut worden wäre. Doch sie kamen gar nicht dazu, sich mit dieser schwierigen Problematik zu befassen, denn da Adenauers Wünsche und jene der Westmächte konform gingen, wurde der Ball, den Stalin aus Gründen politischer Taktik ins politische Europaspiel geworfen hatte, erst gar nicht aufgefangen.

Außerhalb Westdeutschlands war man, gelinde gesagt, über die Haltung der Bonner Bundesregierung verblüfft. In der New York Times schrieb Drew Middleton am 30. März 1952: »Beide, die Alliierten und der Kanzler, sind dabei, heftig die deutsche Einheit zu fordern, während sie zur selben Zeit Tag und Nacht arbeiten, um die Integration Westdeutschlands in Westeuropa perfekt zu machen, ein Prozeß, der allen Hoffnungen, Deutschland in unmittelbarer Zukunft ohne Krieg wieder zu vereinigen, ein Ende machen wird.«

In derselben »New York Times« schrieb Harald Callender am 10. April 1952: »Denn die Einheit von Westeuropa, wie sie jetzt geplant ist, unter Einschluß Westdeutschlands, impliziert die mehr oder weniger permanente Teilung Deutschlands, obwohl die Westmächte sich auf das Prinzip der deutschen Wiedervereinigung verpflichtet haben«, und Anne O'Hare McCormick am 28. April 1952: »Den Deutschen ist sichtbar die Wahl geboten, zwischen der Einheit ihres Landes und der Einheit eines Landesteiles mit dem Westen. Die zweite Alternative bedeutet, daß Deutschland für unbegrenzte Zeit geteilt sein wird. –«

Deutlicher konnte niemand die Situation umreißen!

Die Auseinandersetzung in der Innenpolitik ging unterdessen in Westdeutschland unentwegt weiter. Die Dritte Große Strafkammer des Landesgerichtes Braunschweig verurteilte am 15. März den Generalmajor a. D. Otto Ernst Remer wegen übler Nachrede und Verunglimpfung des Angedenkens Verstorbener zu drei Monaten Gefängnis. Remer hatte in einer öffentlichen Versammlung der Sozialistischen Reichspartei am 3. Mai 1951 im Schützenhaus in Braunschweig die Angehörigen des 20. Juli als Hoch- und Landesverräter bezeichnet.

Der Journalist Michael Heinze-Mansfeld begann in der »Frankfurter Rundschau« in einer Artikelserie, die sich auf Entnazifizierungsakten stützte, die Kampagne gegen Beamte des Auswärtigen Amtes, die vom Bayerischen Rundfunk am 17. März aufgegriffen wurde. Eine Reihe einzelner Angehöriger des Bonner Auswärtigen Amtes und ihr Personalchef, Legationsrat Herbert Dittmann, wurden beschuldigt, führende Nationalsozialisten gewesen zu sein.

Diese Publikationen unterstützten die Bemühungen der Vertretung des Staates Israel sowie einer Delegation von 23 jüdischen Organisationen außerhalb Israels, die am 21. März in Den Haag im Schloß Wassenaar Wiedergutmachungsverhandlungen mit einer Delegation der Bundesrepublik eröffneten. Die Delegation Israels wurde von Dr. Rosenthal und Dr. Shinnar geleitet, die Delegation der Bundesregierung von Professor Franz Böhm. Die Delegation von Israel forderte 4,2 Milliarden DM Wiedergutmachung, die Delegation der außerisraelischen jüdischen Organisationen 2,1 Milliarden DM, darüber hinaus wurden unter dem Titel »Verbesserung der Rückerstattungsgesetze« rund weitere 8 Milliarden DM gefordert. Die israelischen und jüdischen Delegationen forderten am 24. März, daß die Bundesrepublik die volle Verantwortung für die Tilgung der Verpflichtungen des Dritten Reiches im Rahmen der geltenden Rückerstattungsgesetze übernehme und daß die Bundesrepublik bedeutende Interessenvertretungen jüdischer Verfolgter entschädige, die bisher keine Entschädigung empfangen hatten.

In München meldeten sich am 27. März 1952 zwei Schulbuben, denen vor dem Hauptbahnhof ein unbekannter Mann mit schwarzen Koteletten und nikotingebräunten Fingern 3 DM und ein Paket zum Aufgeben bei der Post ausgehändigt hatte. Als sie die Adresse des Empfängers lasen, kam ihnen die Sache nicht geheuer vor. Sie lautete: Bundeskanzler Dr. Adenauer. Die beiden Jungen lieferten das Paket im Polizeipräsidium ab.

Der eilig herbeigerufene Sprengmeister Karl Reichert wollte das Paket öffnen. Es explodierte und zerriß den unglücklichen Polizisten auf der Stelle.

Obwohl 15 000 DM Belohnung für Hinweise zur Ergreifung des Aufgebers ausgesetzt und über 200 Verdächtige vernommen wurden, konnte der Täter angeblich nicht festgestellt werden.

Erst Jahre danach wurde durch Dr. Nahum Goldmann bekannt, daß der Adenauer-Attentäter ein jüdischer Fanatiker gewesen war, der mit seinem Sprengstoffanschlag die Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Israel zu Fall bringen wollte.

Als das Bundeskriminalamt die Identität des Attentäters festgestellt hatte, untersagte Adenauer die weitere Verfolgung und verbot die Bekanntgabe der Aufklärung an die deutsche Presse.

In Den Haag warnten die israelischen Delegationsmitglieder ihre westdeutschen Kollegen vor geplanten Sprengstoffanschlägen radikaler jüdischer Organisationen, die ebenfalls damit die Verhandlungen stören wollten. Nur so konnte ein Anschlag gegen Professor Böhm gerade noch verhindert werden.

Inzwischen unterstützte das Zentralkomitee der SED am 20. April die sowjetischen Bemühungen der Verhinderung eines Bündnisses Westdeutschlands mit den Westmächten durch einen Aufruf und forderte die Bevölkerung zu Streiks gegen die geplante deutsche Remilitarisierung und den Generalvertrag auf.

Der Führer der Westdeutschen Sozialdemokraten richtete am 22. April ein eindringliches Schreiben an Bundeskanzler Adenauer, in dem er eine gemeinsame Beratung über das sowjetische Angebot anregte und den Kanzler beschwor, nichts unversucht zu lassen, um zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu gelangen. Schumacher stand auf dem Standpunkt, daß die sowjetische Note die Möglichkeit böte, in Viermächteverhandlungen zu ermitteln, ob nun eine Übereinkunft der Vier Mächte über die Gewährleistung der Voraussetzung für freie Wahlen in den vier Zonen und Berlin erzielt werden könne.

Aber Adenauer blieb hart und betonte am 24. April in einem Gespräch mit dem Publizisten Ernst Friedländer im Nordwestdeutschen Rundfunk, die von Westdeutschland ratifizierten Verträge schüfen ohnedies keine vollendete Tatsache für einen gesamtdeutschen Staat. Adenauer versicherte, er sei ebenfalls für die Prüfung durch Verhandlungen und werde alles tun, was in seinen Kräften stehe, um jede irgend vorhandene gesamt-

deutsche Chance auszunützen. Einschränkend setzte er hinzu: »Aber niemand kann von mir erwarten, daß die Bundesrepublik heute auf ihre Europapolitik verzichtet oder daß sie sich damit einverstanden erklärt, eine gesamtdeutsche Regierung vor ihrem Bestehen auf einen solchen Verzicht festzulegen.« Er bekrittelte, daß die Sowjets auf der Oder-Neiße-Linie bestünden und die deutsche Neutralität forderten.

Gerade diese deutsche Neutralität und der Verzicht auf die Integrierung Westdeutschlands mit Westeuropa waren aber die Voraussetzungen des sowjetischen Angebotes.

Die Masse des deutschen Volkes verstand die Haltung des Kanzlers und seiner Bundesregierung als Willenskundgebung, keinen Fußbreit deutschen Bodens aufzugeben. Adenauer, so wähnten insbesondere die Massen der zwölf Millionen Heimatvertriebenen und der Millionen jener Deutschen, die trotz des verlorenen Krieges nicht willens waren, auf Ost- und Westpreußen und Schlesien zu verzichten, war bereit, eine Politik der Wiedergewinnung des verlorenen deutschen Ostens zu führen. Vor allem in diesem Glauben gab die Mehrheit der Westdeutschen Adenauer ihr Vertrauen und, was entscheidend war, ihre Stimmen in allen Wahlen.

Die Haltung und das Streben Adenauers erscheinen rückblickend in einem seltsamen Licht, wenn man das Interview liest, das Adenauer dem israelischen Journalisten Amos Elon zur Frage der deutschen Grenzen Anfang 1965 gab. Auf die Frage Elons: »In der Wiedervereinigungspolitik geht es doch nicht nur um das Schicksal der Menschen in der sowjetisch besetzten Zone, sondern auch um die Wiederherstellung der Grenzen von 1937, und manche Leute addieren das Sudetenland dazu«, erwiderte Dr. Adenauer: »Sie werden niemals irgendwo oder irgendwann gelesen haben, daß ich von der Wiederherstellung der Grenzen von 1937 gesprochen habe. Das habe ich nie getan. Ich bin doch kein Narr.«

Wenn Adenauer tatsächlich vor 1952 und danach ernsthaft bestrebt war, eine Politik des engen Westbündnisses zum Zwecke der Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete zu führen, so tat er innenpolitisch gleichzeitig alles, um eine mögliche Realisierung des deutschen Volkswillens zu verhindern. Die wichtigste Voraussetzung für die Wiedergewinnung verlorener Volksräume ist, das ganze Volk in dem Willen zur Wiedergewinnung zu einen. Die Voraussetzung für diese Volksmeinung wieder ist die sachliche Unterrichtung des ganzen Volkes über die derzeitige Lage, über das Verlorene und die vorhandenen Möglichkeiten der Wie-

dergewinnung. Dies ist heute nur durch die Massenmedien, Rundfunk, Fernsehen, Presse und Illustrierte, möglich. Wer es ernst mit dem nationalen Aufstieg aus dem Abgrund von 1945 meinte, mußte Sorge tragen, die führenden Positionen in diesen Massenmedien nicht nur mit verläßlichen Demokraten, sondern mit verläßlichen und patriotischen Demokraten zu besetzen.

Adenauer aber überließ nahezu kampflos alle diese Massenmedien den Linksintellektuellen, die zum Teil mit den Kommunisten offen sympathisierten und sympathisieren oder sogar solche waren oder solche sind. So kam es, daß vom ersten Augenblick an dem deutschen Volk der totale Verzicht auf alle verlorengegangenen deutschen Gebiete gepredigt und sogar als rechtens erklärt wurde und wird. Diese Linksintellektuellen durften auch, nachdem die Alliierten die Studios und Redaktionen offiziell geräumt hatten, die alliierte psychologische Kriegspropaganda gegen Deutschland ungehindert fortführen, die Heimatvertriebenen und das deutsche Soldatentum verhöhnen und diffamieren. Alles Vaterländische und Patriotische wird seitdem beschimpft, beschmutzt und erniedrigt. Die Bundesregierung schuf nicht einmal ein Gesetz zum Schutze des deutschen Ansehens geschweige denn des deutschen Soldatentums. Damit überließ man die Initiative im Kampf um Deutschland dem Feind.

So konnten besonders raffinierte Experten unter den Linksintellektuellen systematisch jedes Volksbewußtsein der Deutschen zersetzen und jede Bereitschaft, für die nationalen Belange einzutreten, aufweichen. Mit einem dermaßen von oben verwirrten und geistig aufgesplitterten Volk läßt sich kaum der vorhandene Bestand verteidigen und noch weniger Verlorenes rückgewinnen. Darum gab es vom ersten Anfang an für Adenauers pseudonationalen Weg keine echte Erfolgsmöglichkeit.

Adenauer verzichtete sowohl auf die Erkundung und Erprobung des mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete behafteten sowjetischen Wiedervereinigungsangebotes als auch auf den kämpferischen Weg zur Hinführung des deutschen Volkes zum Wiedergewinnungswillen des Verlorenen. Er gab dafür eine farbenprächtige Fata Morgana.

Der Wunschtraum, die westlichen Alliierten würden alles regeln und den tatenlosen Deutschen die Wiedervereinigung ermöglichen, war von erschreckender Naivität und Torheit. Man verwechselte den westöstlichen Okkupationskonflikt der Sieger untereinander mit der Sorge um das deutsche Volk. Es ging den Alliierten weder im Osten noch im Westen zu irgendeiner Stunde um das deutsche Volk, sondern ausschließlich darum,

wer die Deutschen für seine Interessen nützen könnte und in welchem Maße. Die deutsche Zukunft allein in die Hände Washingtons zu legen hieß in dürren Worten auf die deutsche Zukunft verzichten.

Die ehrwürdige alte Haydn-Hymne, die seit 1945 verpönt war, wurde nach dem Mißlingen des Versuches, eine Ersatzhymne zu popularisieren, nach einem Briefwechsel zwischen Kanzler Adenauer und Präsident Heuß Ende April – Anfang Mai 1952 wieder, allerdings nur mit ihrer dritten Strophe, als Nationalhymne zugelassen.

In Israel herrschte über die westdeutsche Wiedergutmachung keinesfalls volle Einigkeit. Eine außenpolitische Kommission des Knesseth schlug vor, die am 7. April unterbrochenen Verhandlungen in Den Haag nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Bundesrepublik »ein konkretes, befriedigendes und verbindliches Angebot über die Entschädigungssumme und die Zahlungsfrist« gemacht habe.

Am 7. Mai stimmten 32 Abgeordnete im Knesseth für den sofortigen Abbruch der Reparationsverhandlungen, doch 49 Abgeordnete waren für die Weiterführung.

In Paris versammelten sich am 8. Mai 1952 die Vertreter von Frankreich, der Bundesrepublik, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, um im Rahmen des Pleven-Planes den deutschen Beitrag für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu unterzeichnen. Nach diesem Vertrag sollte die Bundesrepublik etwa eine Viertelmillion Soldaten für die Europaarmee stellen.

Gegen den deutschen Wehrbeitrag mobilisierte die tarnkommunistische »Junge Generation« am 10. Mai in Essen eine Demonstration, an der 30 000 Menschen teilnahmen. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei und gegenseitigem Schußwechsel. Ein Polizist wurde schwer, mehrere wurden leicht verletzt. Während drei Demonstranten ebenfalls schwere Verletzungen erlitten, wurde der 21jährige Philipp Müller aus München als Demonstrant erschossen.

In Den Haag gab es bei den Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel bald Schwierigkeiten. Im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens erklärte sich die Bundesrepublik zu einer Zahlung von 3 Milliarden DM bereit, die Israelis dagegen forderten 3 1/2 Milliarden, und zwar ohne Aufschub. Im Knesseth erklärte Außenminister Mosche Scharett: »Wenn die Bonner Regierung nicht neue Vorschläge von Garantien und Sofortzahlungen unterbreitet, werden wir nicht weiter verhandeln.«

Unter diesem Druck legte Otto Küster, der der westdeutschen Delegation als Jurist beigegeben war, sein Amt nieder. Professor Böhm trug am 21. Mai Kanzler Adenauer in Bonn seinen Rücktritt an. Darauf gab Adenauer den israelischen Forderungen nach und erklärte sein Einverständnis mit der Erhöhung auf 3 1/2 Milliarden, wenn die beiden ersten Jahresraten 400 Millionen betragen und der Rest in zehn Jahresraten abgezahlt werden könnten.

Am 23. Mai unterzeichneten im Bonner Bundeshaus Dean Acheson für die USA, Anthony Eden für Großbritannien, Robert Schuman für Frankreich und Kanzler Konrad Adenauer den Deutschlandvertrag, der auch »Generalvertrag« genannt wurde und durch den das Besatzungsstatut abgelöst und der Bundesrepublik scheinbar volle Souveränität verliehen wurde. Bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands wurde der Artikel 7 unterzeichnet, der folgenden Wortlaut hatte:

»1. Die Bundesrepublik und die drei Mächte sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.

2. Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Bundesrepublik und die drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihre gemeinsamen Ziele zu verwirklichen: ein wiedervereintes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

3. Im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands – vorbehaltlich einer zu vereinbarenden Anpassung – werden die drei Mächte die Rechte, welche der Bundesrepublik auf Grund dieses Vertrages und der Zusatzverträge zustehen, auf ein wiedervereinigtes Deutschland erstrecken und werden ihrerseits darin einwilligen, daß die Rechte auf Grund der Verträge über die Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft in gleicher Weise erstreckt werden, wenn ein wiedervereintes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt. Soweit nicht alle Unterzeichnerstaaten ihre gemeinsame Zustimmung erteilen, wird die Bundesrepublik kein Abkommen abschließen noch einer Abmachung

beitreten, welche die Rechte der drei Mächte auf Grund der genannten Verträge beeinträchtigen oder die Verpflichtungen der Bundesrepublik auf Grund dieser Verträge mindern würden.

4. Die drei Mächte werden die Bundesrepublik in allen anderen Angelegenheiten konsultieren, welche die Ausübung ihrer Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes berühren.«

Mit anderen Worten: Sollte es tatsächlich zu einer solchen Wiedervereinigung kommen, dann würde das wiedervereinigte Deutschland automatisch die Westverträge der Bundesrepublik auf das gesamte Gebiet Deutschlands ausdehnen. Damit aber warfen die Westmächte von ihrer Seite aus einer deutschen Wiedervereinigung alle Prügel in den Weg, die ihnen möglich waren. Denn daß die Russen darauf nicht eingehen würden, lag auf der Hand. Warum sollten sie schließlich etwas aus der Hand geben, ohne das geringste dafür zu bekommen?

Man machte es auf diese Weise vom Westen her der kommunistischen Propaganda sehr leicht, in den kommenden Jahren immer wieder auf diesen handgreiflichen Nicht-Willen der Westmächte zur deutschen Wiedervereinigung hinzuweisen.

Namens der Sozialisten wandte sich Dr. Kurt Schumacher heftig gegen die Unterzeichnung des Verteidigungsbeitrages und des Deutschlandvertrages, doch der Bundestag lehnte es ab, sowohl den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als auch den darauf aufgebauten Deutschlandvertrag vor der Unterzeichnung im Parlament zu diskutieren.

Als Antwort auf diese Entwicklung veröffentlichte die kommunistische DDR-Regierung am 26. Mai eine Verordnung über Maßnahmen an den Demarkationslinien zwischen Mittel- und Westdeutschland, um »ein weiteres Eindrängen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schädlingen« zu verhindern. Am 12. Juni wurden diese Anordnungen für das ganze Gebiet der DDR erweitert.

Am gleichen Tag verkündete Theodor Blank, der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, daß in den ersten 12 deutschen Divisionen rund 100 000 deutsche Berufssoldaten Dienst tun würden.

Die Aufstellung der deutschen Einheiten würde voraussichtlich 1954 mit 500 000 Mann abgeschlossen werden.

Der FDP-Abgeordnete Dr. Erich Mende gab am 22. Juni eine Übersicht über die deutschen Soldaten, die unter dem Vorwurf von Kriegsverbrechen festgehalten wurden: Werl 140, Wittlich 120, Landsberg 344, Bel-

gien 5, Holland 80, Frankreich 299, Dänemark 11, Luxemburg 6, Italien 3, Norwegen 22, Schweiz 15.

Der frühere evangelische Landesbischof von Württemberg Dr. Theophil Wurm, der in den vergangenen Jahren wiederholt gegen den Nürnberger Prozeß protestiert hatte, richtete einen offenen Brief an Premierminister Winston Churchill, in dem er ausführte, die Behandlung der Gefangenen von Spandau und die Festhaltung von Militärpersonen, deren einziges Verbrechen in der Ausübung militärischer Befehlsgewalt bestanden habe, laste als ein Flecken auf der Ehre der Völker, die sich allen Rufen nach Revision gegenüber als taub erwiesen hätten. Ein Anfang zu einer Friedenspolitik sei in den Verträgen gemacht, die jetzt den Parlamenten der westlichen Staaten vorlägen. Aber die Umkehr von der früheren Politik des Neides und des Hasses müsse noch gründlicher werden. Wurm forderte Churchill auf, zur Beseitigung der letzten Reste des Geistes von Nürnberg, wie sie auch in dem neuen Vertragswerk noch gefährlich nachwirkten, die Initiative zu ergreifen. Er erbitte von ihm eine Tat der Gerechtigkeit und der Weisheit.

Der Deutsche Bundestag debattierte am 9. und 10. Juli die Ratifizierung des Deutschland- und Pleven-Vertrages. Am Schluß wurde mit allen Stimmen gegen jene der Kommunisten beschlossen, die Ratifizierungsgesetze an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Der Antrag der SPD-Fraktion, nach der die Bundesregierung ersucht wurde, »den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der vier Besatzungsmächte so bald wie möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten«, wurde einstimmig angenommen. Auf Grund der Entwicklung handelte es sich ja dabei nur mehr um eine Farce.

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe erließ am 15. Juli eine einstweilige Verfügung gegen die Sozialistische Reichspartei, in der der SRP bis zur Veröffentlichung des Urteils jegliche Propaganda und öffentliches Werben in Wort, Ton, Bild und Schrift untersagt wurde.

Die Alliierte Kommandantur beschloß am 18. Juli in Berlin, die alliierten Militärpatrouillen in Westberlin zu verstärken. In Westberlin häufte sich der Raub antikommunistischer Propagandisten und westlicher Nachrichtenmänner durch Organe der Sowjetarmee und des staatlichen Sicherheitsdienstes der DDR. Besonderes Aufsehen hatte die Verschleppung von Dr. Walter Linse, der am 8. Juli von drei unbekannten Män-

nern aus Westberlin in einem Taxi gewaltsam in den Ostsektor entführt worden war, erregt. Der Westberliner Senat beschloß, alle Straßenübergänge, die in den Ostsektor oder die Sowjetzone führen, durch feste Barrieren zu sperren und von bewaffneten Polizisten kontrollieren zu lassen. Insgesamt wurden so 277 Straßen von Westberlin nach dem Ostsektor und der DDR gesichert.

Professor Franz Böhm teilte am 18. Juli als Leiter der deutschen Delegation bei den Wiedergutmachungsverhandlungen in Den Haag die Bereitschaft der Bundesregierung mit, einen Betrag von 500 Millionen DM den im Ausland lebenden verfolgten oder geschädigten Juden zur Verfügung zu stellen. In dieser Summe seien die Leistungen an den Staat Israel, über die gesondert verhandelt würde, nicht inbegriffen.

In Ostberlin fällte unter dem Vorsitz von Dr. Hilde Benjamin am 9. August der Erste Strafsenat des Obersten Gerichtes der DDR gegen vier Personen der Westberliner »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« folgende Urteile: Wolfgang Kaiser zum Tode, Joachim Müller lebenslänglich Zuchthaus, Kurt Hoppe 15 Jahre Zuchthaus, Ursula Müller 10 Jahre Zuchthaus. Einige Wochen zuvor waren acht Mitglieder des »Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen« zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden.

In München wurde am 14. August 1952 das Urteil im Prozeß Auerbach ausgesprochen. Philipp Auerbach wurde wegen des Versuches der Erpressung, mehrfacher passiver Bestechung, der Untreue, der Amtsunterschlagung, des Versuches der Abgabe falscher eidesstattlicher Erklärungen und des unbefugten Tragens eines akademischen Grades zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt; Landesrabbiner Dr. Aron Ohrenstein wegen Mittäterschaft zum Betrug zu 1 Jahr Gefängnis; Dr. Berthold Konirsch wegen fortgesetzter Falschbeurkundung im Amt zu 4 Monaten Gefängnis; Dr. Klaus Hönig-Ohnsorg zu 1 Jahr Gefängnis wegen Erpressung und Mittäterschaft zur passiven Bestechung.

Die Geschichte dieses Mammutprozesses ist symptomatisch für die ersten Jahre nach dem Krieg in Westdeutschland. Auerbach wurde 1906 in Hamburg als Sohn eines Metallwarenhändlers geboren und erhielt bei der Beschneidung den Namen Philipp. Im NS-Regime wurde Auerbach verhaftet, verbrachte 5 Jahre im KZ und fand dann als Dolmetscher in einer Polizeidienststelle in Berlin Verwendung.

Nach dem Zusammenbruch 1945 verließ Auerbach aus ungeklärten Gründen Berlin und setzte sich nach Düsseldorf ab, wo er als Verfolgter

des NS-Regimes sogleich zum Oberregierungsrat avancierte. Doch da er gegen den von den Briten eingesetzten Oberbürgermeister Dr. Lehr intrigierte, entfernten ihn die Engländer von seinem Posten. Nun wandte sich Auerbach, der sich inzwischen Dr. Philipp Auerbach nannte, 1946 nach München, wo er mit offenen Armen empfangen wurde. Bald war er Staatskommissar für politisch und rassisch Verfolgte beziehungsweise Generalanwalt für die Wiedergutmachung in Bayern geworden. Später machte ihn die israelitische Kultusgemeinde Bayerns zu ihrem Präsidenten.

Auerbach war damit nun einer der mächtigsten Männer im Nachkriegsdeutschland. Er und sein Staatskommissariat standen unter dem besonderen Schutz der amerikanischen Besatzung, und es ist nicht übertrieben, zu erklären, daß Auerbach in Wahrheit der Vater der deutschen Wiedergutmachungszahlungen an die jüdischen Opfer des NS-Regimes war. Bedauerlicherweise nutzten unlautere Elemente die Wiedergutmachungsbestimmungen, die für jene Juden geschaffen worden waren, die Schwerstes erlitten hatten, aus, und die Verhältnisse gestalteten sich so, wie der Jude J. G. Burg sehr offen später schrieb:

»Geradezu tragisch ist es, daß vornehmlich jenes Amt, das dazu berufen war, für Ordnung in Fragen der Wiedergutmachung zu sorgen, diese Ordnung selbst brach und das Staatskommissariat für rassisch und politisch Verfolgte sowie das spätere Bayerische Landesentschädigungsamt ein Tummelplatz für Männer ohne Charakter und ohne Gewissen wurden. Erschütternderweise waren es Juden, die hier nicht nur einen deutschen Staat, sondern auch viele ihrer Glaubensbrüder schwerstens schädigten. Gruppenweise kassierte man für Nichtbezugsberechtigte, ja sogar auf den Namen Toter Wiedergutmachungen. Im Judenlager Föhrenwald bei Wolfratshausen entstand eine geheime Fälscherwerkstätte, die von einem Juden und einem Polen betrieben wurde. Hier wurden alle Bestätigungen und Dokumente hergestellt, die man haben wollte. In allen Sprachen der Welt. Falsche Stempel und gefälschte Unterschriften wurden am laufenden Band produziert. Einer dieser Fälle ist unter dem Namen Wildflecken in die Geschichte des Wiedergutmachungsbetruges eingegangen. Im Sommer 1950 wurden im Stuttgarter Wiedergutmachungsamt 111 Haftentschädigungsanträge (für erlittene KZ-Haft) für nichtexistierende oder bereits ausgewanderte Juden eingereicht. Die Unterlagen und Unterschriften hierfür kamen alle aus Bayern.«

Eben diese Haftentschädigungsanträge aus Wildflecken führten zum Sturze des allmächtigen Auerbach. Diese 111 Geschädigten existierten

nämlich gar nicht. Ein paar Gauner hatten die Anträge und die Unterlagen gefälscht und für die »toten Seelen« von Wildflecken mit ebenfalls gefälschten Vollmachten in Stuttgart die ersten Raten abkassiert.

Dann wurde die Geschichte schwieriger. Nach den Bestimmungen des Württembergischen Wiedergutmachungsamtes mußten sich die NS-Geschädigten die zweite Rate persönlich abholen. Daher rief Philipp Auerbach als Präsident des Bayerischen Landesentschädigungsamtes am 27. Dezember 1950 bei der Stuttgarter Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung im Justizministerium von Baden-Württemberg an und verlangte den Staatsbeauftragten Küster zu sprechen. Auerbach erzählte seinem Stuttgarter Kollegen, daß sich im Bayerischen Auswanderungslager Wildflecken eine Gruppe jüdischer DPs befände, die im Besitze von Feststellungsbescheiden der Württembergischen Wiedergutmachungsbehörden seien und nun ihre zweite Rate ausbezahlt erhalten wollten. Der Auswanderungstermin sei auf den 28. Dezember verlegt worden. Die DPs dürften überdies das Lager nicht verlassen, daher sei es ihnen unmöglich, persönlich nach Stuttgart zu kommen. Diesen armen Teufeln, wie Auerbach sagte, müsse man helfen, und er ersuchte Küster um dessen Einverständnis, daß Bayern im Wege der Amtshilfe Vergleiche mit den DPs nach Württembergischen Muster abschließe. Auerbach versicherte, er werde seinen Ausländerreferenten Israel Ingster nach Wildflecken schicken und diesen vom Landesrabbiner Dr. Ohrenstein begleiten lassen, »damit die Identität festgestellt wird«. Um 18.30 Uhr schickte Auerbach am gleichen Tage dem Staatsbeauftragten Küster ein Telegramm nach Stuttgart: »Meine Beamten regeln weisungsgemäß Feststellungsbescheide für Transporte 28. 12. 1950 sowie 2. 1. 1951. Dadurch werden 2–3 Tage länger zur Überprüfung gebraucht, insbesondere durch sehr schlechte Verkehrsverhältnisse zu den Lägern. Eingehender Bericht folgt brieflich. Auerbach.«

Am 28. Dezember teilte Auerbach der Landesbezirksstelle Stuttgart unter Beifügung von Probeexemplaren der Vergleichsformulare mit, daß bereits mit 43 Auswanderern Vergleiche abgeschlossen seien, und legte Namen und Aktenzeichen der 43 angeblich NS-geschädigten Juden bei.

Am 29. Dezember sandte Auerbach dem Staatsbeauftragten Küster die Namen von weiteren 47 Auswanderern, am 4. Januar 1951 die Namen von 111 DPs, die schon den Empfang der Vergleichssumme bestätigt hatten. Alle Unterschriften waren gefälscht.

Aber in einem Begleitschreiben bat Auerbach seinen Stuttgarter Kollegen, den Endbetrag von 251 460,– DM an das Bankhaus Sailer & Co.

in München zu überweisen. Dem Schreiben lag eine von Ohrenstein unterschriebene Erklärung bei, wonach die betreffenden Auswanderer vor Ohrenstein die Richtigkeit von Haftort und Haftzeit eidlich bestätigt hatten.

Am 25. Januar 1951 überwies die Landesbezirksstelle Stuttgart dann den Betrag von 251 460,– DM nach München. Allerdings nicht an das Bankhaus Sailer & Co., sondern auf das Konto des Landesentschädigungsamtes bei der Bayerischen Staatsbank.

Diese Manipulationen flogen auf, und in der Nacht vom 26. zum 27. Januar 1951 ließ Justizminister Dr. Josef Müller das Wiedergutmachungsamt Auerbachs durch die Polizei besetzen. Wenig später wurde Auerbach selbst verhaftet. Eine Reihe der intimsten Auerbach-Mitarbeiter setzte sich blitzschnell nach Israel ab. Im Verlaufe der polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungen kamen geradezu bizarre Vorgänge ans Tageslicht. Die Wiedergutmachung war zu einem gigantischen Geschäft angewachsen. Allerdings weniger zugunsten der geschädigten Juden, sondern einiger cleverer »Unternehmer«, die hier ihre stattlichen Profite abschöpften.

Man hatte in München eine Treuhandgesellschaft unter dem vielversprechenden Namen »Fides« gegründet, die das ganze Land mit einem Netz von Vertretern und Untervertretern in den Lagern und in allen Orten überzog. Diese »Fides«-Gesellschaft kaufte von den auswandernden Juden, die nicht auf die Ausbezahlung ihrer Wiedergutmachungsbeträge warten konnten, gegen nur 30 bis 33 Prozent der Wiedergutmachungssumme die sogenannten Feststellungsbescheide auf. Der Chef der »Fides« war ein gewisser Dr. Seibold. Die Feststellungsbescheide lieferte die »Fides« dem Bankhaus Sailer & Co. ab und erhielt dafür in der Regel 43 %. Die restlichen 10 Prozent blieben in der Tasche der »Fides«-Funktionäre, die für die kurze Zeit ihrer Tätigkeit von etwa zwei Jahren rund 800 000,– DM eingesteckt hatten. Während des Prozesses kam auf, daß der Leiter der Rechtsabteilung des Landesentschädigungsamtes, Dr. Konirsch, die ansuchenden Juden in seiner Kanzlei den Abtretungsbescheid unterschreiben ließ. In einem Fall hatte Dr. Konirsch eine Liste von 75 Abtretungen von rassisch Geschädigten unterschrieben, die gar nicht existierten. Vor Gericht erklärte er, daß Landesrabbiner Dr. Ohrenstein ihm mitgeteilt habe, es wäre alles in Ordnung.

Auerbach hatte die Stunde genützt. Mehr noch allerdings war auch er von einer gewissenlosen Clique seiner eigenen Glaubensgenossen ausgenützt und benutzt worden. Von der Währungsreform bis zum Janur 1951 vergab Auerbach an Firmen und Privatpersonen Kredite bis zu 6 680 000

DM. Rund die Hälfte vergaß diese Darlehenssummen zurückzuerstatten. Aber auch andere sehr einbringliche Währungsgeschäfte wurden getätigt. Als kurz vor der Währungsreform 1948 eine Stiftung zur Wiedergutmachung des NS-Unrechts gegründet wurde, forderte Auerbach die Verfolgten-Organisationen auf, auf das Konto einzuzahlen. Landesrabbiner Ohrenstein gestand später, 139 000 Reichsmark eingezahlt zu haben. Alles in allem wurden nach Berichten der »Süddeutschen Zeitung« durch Auerbach dieser Stiftung zur Wiedergutmachung von NS-Unrecht rund 10 Millionen Reichsmark zugeführt. Diese gigantischen Geldbeträge wurden nach der Währungsreform mit 6,4 Prozent an die Spender zurückgezahlt.

Die bayerischen Dienststellen sahen diesem Treiben vollkommen tatenlos zu. Niemand wagte einzuschreiten aus Angst, als Neonazi zu gelten. Wenn die Panne mit Wildflecken nicht passiert wäre, wäre diese Sache sicher lustig weitergegangen.

Auerbach, der im Prozeß von seinen jüdischen Mitarbeitern und Freunden kläglich im Stich gelassen wurde, überlebte seine Niederlage nicht. In der Münchener Privatklinik Josephinum vergiftete er sich am 16. August mit Schlaftabletten. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: »Mein Blut komme über die Häupter der Meineidigen.«

Sofort nach Auerbachs Begräbnis entstanden wilde Gerüchte, die wissen wollten, daß in Auerbachs Sarg nur Ziegelsteine beerdigt worden wären und Auerbach nach Israel geflogen sei. Reelle Anhaltspunkte dafür gab es nicht.

Frau Auerbach zog aus dem beschämenden Prozeß ihre eigene Konsequenz. Sie trat mit ihrem Töchterchen aus dem mosaischen Glauben aus und ließ sich und das Kind katholisch taufen.

In der Nacht vom 20. zum 21. August 1952 erlag Dr. Kurt Schumacher im Alter von 56 Jahren einem schweren Kreislaufleiden. Damit war der erbittertste Feind Dr. Adenauers abgetreten.

In Luxemburg wurde am 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel ein Abkommen über die Erstattung von Eingliederungskosten deutscher Juden von Dr. Adenauer und für Israel von Außenminister Scharett unterzeichnet. Nach der Unterzeichnung gab es keinen üblichen Händedruck. Danach verpflichtete sich die Bundesrepublik, an Israel eine Wiedergutmachung in Höhe von 3 Milliarden DM zu bezahlen. Gleichzeitig wurde ein Abkommen von Dr. Adenauer und für den jüdischen Weltkongreß von Dr. Nahum Goldmann über die Verbesserung der geltenden Wiedergutmachungsgesetze in der Bundesrepublik

und eine Globalzahlung von 450 Millionen DM an den Weltkongreß unterfertigt.

Am 11. September gab die Sozialistische Reichspartei ihre Auflösung bekannt und entband ihre Parteimitglieder von allen Verpflichtungen.

Die Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens zwischen der Bundesrepublik und Israel stieß bei den Arabern auf heftige Kritik; die syrische Regierung übermittelte Bundeskanzler Adenauer persönlich ein Memorandum, das folgenden Wortlaut hatte:

»Die Syrische Regierung hat von den gegenwärtigen Entschädigungsverhandlungen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Israel Kenntnis erhalten. Diese Entschädigungen sollen ein Ausgleich für die angeblichen Aufwendungen Israels zur Ansiedlung der von den Nationalsozialisten vertriebenen Juden und zur Sicherstellung ihres Lebensunterhaltes bilden. Die Anzahl dieser Juden soll eine halbe Million betragen. Israel will für jeden einzelnen davon 12 600 DM ausgegeben haben. Auf dieser Grundlage würde sich die von Deutschland geforderte Summe auf 6,5 Milliarden belaufen. Die jüdischen Weltorganisationen verlangen ferner Entschädigungen für die jüdischen Vermögen, die keinen Erben haben, und zwar schätzen sie diese Summe auf 2,1 Milliarden DM. Diese beiden Forderungen enthalten das an Israel und die Jewish Agency zu Zahlende, nicht aber die individuellen Restitutionen an empfangsberechtigte Einzelpersonen. Derartige Entschädigungen sind bereits ausgezahlt worden und werden weiter ausgezahlt.

Die Forderungen Israels haben bei der Syrischen Regierung starkes Befremden hervorgerufen, denn die Voraussetzungen beruhen auf einer Entstellung der Tatsachen. So betrug die jüdische Einwanderung von Deutschland nach Palästina in den Jahren 1919–1938, von denen fünf Jahre unter die nationalsozialistische Herrschaft fallen, nur 10 % der jüdischen Gesamteinwanderung. Während des zweiten Weltkrieges fand keine nennenswerte Einwanderung aus den unter nationalsozialistischer Kontrolle stehenden Ländern nach Palästina statt.

Im Februar 1946 wurde amtlich festgestellt, daß die Gesamtzahl der jüdischen Flüchtlinge und Verschleppten in den nationalsozialistisch kontrollierten Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Albanien, Österreich, Belgien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Griechenland, Niederlande, Ungarn, Luxemburg, Norwegen, Polen, Rumänien, Jugoslawien) 152 000 Personen nicht überschritten hat. Die Zahl wurde von der Untersuchungskommission geliefert, die die amerikanische und britische

Regierung zur Untersuchung der Lage der Juden in Europa entsandt hatte. Diese Flüchtlinge und Verschleppten sind nicht alle nach Palästina eingewandert; ein Teil wanderte nach Nord- und Südamerika sowie nach Australien aus, ein Teil blieb in Europa, der Rest ging nach Palästina. Die Behauptungen Israels, daß die Zahl der von den Nationalsozialisten vertriebenen jüdischen Flüchtlinge und Verschleppten, die nach Palästina gingen, eine halbe Million betrage, ist also völlig unzutreffend, es kann sich nur um einen Bruchteil handeln.

Die weitere Behauptung, daß der Strom der Flüchtlinge und Verschleppten nach Palästina ausnahmslos von den Nationalsozialisten verursacht worden sei, ist eine grobe Entstellung des wirklichen Sachverhaltes. Denn die Gründung eines jüdischen Staates und die Ansiedlung einer möglichst großen Zahl von Juden dort war schon vor mehr als 50 Jahren das Ziel des Weltzionismus. Die Zionisten haben ihre Idee schon seit dem 1. Zionistischen Weltkongreß im Jahre 1897 propagiert. Mit dem Aufhören des Dritten Reiches war auch ihre Verfolgung beendet, und infolge des Erscheinens der Alliierten konnten sie sich wieder aller ihrer Rechte erfreuen. Sie hatten daher keinen Grund mehr, weiterhin nach Palästina zu gehen.

Außerdem hatte Palästina ja bereits eine eigene arabische Bevölkerung, war also kein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land. Israel aber hat die einheimische Bevölkerung aus Palästina vertrieben, eine Handlungsweise, die nichts mit einer umgekehrt jetzt von ihm beanspruchten Philanthropie zu tun hat. Etwa bis 1936 konnten die deutschen Juden ihr Vermögen mit sich nehmen.

Nach dem Kriege wurden auf Grund der deutschen Wiedergutmachungsgesetze auch diejenigen entschädigt, die vorher nicht geschädigt worden waren. Allein Bayern hat 5 700 000 Dollar gezahlt. Israel hat jedoch den Arabern keine Entschädigung gezahlt. Der Jude, der Europa verließ und nach Palästina kam, fand dort Unterkunft und Besitz, deren Eigentümer vertrieben worden waren. Wie können dann die Aufwendungen für eine vierköpfige jüdische Familie 50 000 DM betragen? Dabei verlangt Israel 6,3 Milliarden DM zur Ansiedlung einer halben Million Juden, während die mit der Ansiedlung der doppelten Zahl arabischer Flüchtlinge beauftragte Kommission der Vereinten Nationen zu diesem Zweck nur 250 Millionen Dollar verlangt.

Der Staat Israel kann nicht der Rechtsnachfolger der verfolgten Juden sein. Wie darf er daher die persönlich geschädigten Juden vertreten und die für sie geleisteten Entschädigungen empfangen? Israel existierte da-

mals noch gar nicht, wie kann es daher jetzt Partner bei einem Vergleich mit Deutschland sein, der die Ansprüche der Juden betrifft, die keine israelischen Staatsangehörigen waren und die Israel in keiner Weise aufzunehmen gezwungen war? Es gibt weder eine privatrechtliche noch eine völkerrechtliche Bestimmung, die die Bundesrepublik dazu verurteilen könnte, Entschädigungen an den israelischen Staat zu zahlen, der zur Zeit der nationalsozialistischen Judenverfolgungen noch nicht existierte und dessen Untertanen diese Juden nicht waren.

Israel erkennt Entschädigungsansprüche im Völkerrecht nicht an. Sonst hätte es in Erfüllung der Beschlüsse der Vereinten Nationen den arabischen Flüchtlingen Entschädigungen gezahlt. Diese eine Million Araber, aus ihrer Heimat vertrieben, mußte in die arabischen Nachbarländer flüchten, ohne daß Israel sie ihr Vermögen mitnehmen ließ, das auf 100 Milliarden Dollar geschätzt wird. Die Syrische Regierung, die die deutschen Angelegenheiten von jeher mit freundschaftlicher Anteilnahme betrachtet hat, glaubt daher den Anspruch erheben zu können, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Zahlung einer Entschädigung an Israel ablehnt. Abgesehen davon, daß diese Entschädigungsforderung weder sachlich noch rechtlich begründet ist, befürchtet die Syrische Regierung, daß die Zustimmung Deutschlands zur Zahlung einer Entschädigung an Israel die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den arabischen Staaten beeinträchtigen müßte. Deutschland würde dadurch die Achtung und Freundschaft verlieren, die es von jeher in den arabischen Ländern gefunden hat. Deshalb macht die Syrische Regierung die Regierung der Deutschen Bundesrepublik auf die weittragenden Folgen aufmerksam, die entstehen müßten, wenn Israel von der Bundesrepublik eine unberechtigte Unterstützung erhielte.«

Das Streben von Ost und West, die militärische und politische Potenz der Bundesrepublik für ihre jeweils verschiedenen Interessen zu nutzen, wurde offenkundig, als unter für Moskau und Washington gleichermaßen blamablen Umständen alliierte Bemühungen in München und Frankfurt aufflogen.

Schon im US-Kriegsgefangenenlager Garmisch-Partenkirchen hatte sich ein kleiner Diskussionskreis höherer Offiziere gebildet, die aufmerksam die bedrückende politische Entwicklung verfolgten. Dieser Diskussionskreis, der auch außerhalb der Stacheldrähte weiterbestand, plante die Herausgabe von antikommunistischen Aufklärungsschriften und Publikationsorganen, die sich vor allem mit dem so übel diffamierten deutschen

Soldatentum befassen sollten. Durch seine Zwischenträger erfuhr der amerikanische Geheimdienst sehr bald von diesen Planungen.

Gerade in jener Zeit – es war 1949/50 – kam es darauf an, die für die USA so notwendige deutsche Wiederbewaffnung in der deutschen Bevölkerung populär zu machen. Selbst in konservativen Kreisen war die Stimmung sehr geteilt. Auf der einen Seite wurde die deutsche Wiederbewaffnung als Schutz vor einer gewaltsamen Bolschewisierung begrüßt, auf der anderen Seite weigerte man sich, einer Rekrutierung der Söhne und Enkel zuzustimmen, deren Väter und Großväter zum Teil in der Hauptsache wegen Erfüllung ihrer Soldatenpflicht noch immer als »Kriegsverbrecher« in der Haft der neuen westlichen »Freunde« gehalten wurden. Laut Erklärung Adenauers waren das nicht wenige. Der Kanzler nannte am 17. September 1952 in der Kriegsverbrecher-Debatte des Deutschen Bundestages 3649 Mann, die noch am 1. August 1950 in Haft gewesen waren, und 1017 Mann, die sich noch am 13. September 1952 in westalliierter Haft befanden. Besonders kraß war es in Landsberg am Lech, wo nun die jungen deutschen Soldaten am Gefängnis vorübermarschieren sollten, in welchem sich ihre Kameraden aus dem zweiten Weltkrieg als Gefangene befanden. Letztlich vor allem deshalb, weil sie das getan hatten, was nun den Jungen gepredigt werden sollte: Befehle befolgt und ihre Soldatenpflicht erfüllt.

Man versprach sich offensichtlich von amerikanischer Seite von einer Beeinflussung der deutschen Kriegsteilnehmer für die Wiederbewaffnung eine positive Beeinflussung der entsprechenden Bevölkerungsschicht. Also erschien schon 1950 bei dieser kleinen Offiziersgruppe in München ein geheimnisvoller Mister aus Frankfurt, zeigte sich von ihren Plänen begeistert und stellte schließlich beachtliche Beträge zu deren Realisierung zur Verfügung. Das war die Geburtsstunde der »Deutschen Soldatenzeitung«.

Zur selben Zeit fuhren Emissäre aus Ostberlin ebenfalls nach München und organisierten die Herausgabe der »Deutschen Nationalzeitung«. Später gestand einer der Hauptorganisatoren, Rudolf Steidl, daß durch Kuriere aus Ostberlin illegal 2 363 000 DM für die »Deutsche Nationalzeitung«, die »Internationale Militärkorrespondenz« und das »Militärpolitische Forum« geflossen sind.

Der Dollar und der Rubel kämpften so um die Seele der ehemaligen deutschen Soldaten und des konservativen Bevölkerungsteiles. Dieses Hasardspiel endete erst viel später, nahezu gleichzeitig, wie es begonnen hatte. Als die deutsche Remilitarisierung im Bundestag Gesetz geworden

war und in der Praxis durchgeführt wurde, zogen sich die amerikanischen Geldgeber sang- und klanglos zurück. Einige Zeit trat noch die Bundesregierung helfend als Subventionsquelle auf, die aber bald versiegte. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, er konnte gehen.

Doch auch die Finanzquellen aus Ostberlin versiegten, als die westdeutsche Wiederbewaffnung beschlossene Sache geworden war. Nachdem obendrein die Ostfinanzierung der »Deutschen Nationalzeitung« später durch einen Prozeß entlarvt wurde, stellte man ihr Erscheinen schleunigst ein, versuchte noch ein paar Experimente ähnlicher Art, um schließlich diesen Teil der Zersetzungsarbeit ganz versanden zu lassen.

In beiden Lagern hatten sich ehrliche Patrioten exponiert, ohne zu wissen, daß sie am Ende nur Marionetten fremder Interessen waren. Doch sie hatten die Zeit genützt und jeder auf seine Weise das Beste zu tun versucht und von jeweils seiner Warte aus manches zur Aufklärung der Bevölkerung beigetragen. Allerdings durfte man in der »Deutschen Soldatenzeitung« in jener Zeit nicht die Amerikaner, ihre Fehler und Verbrechen angreifen, sondern nur die sowjetischen Verbrechen aufzeigen. In der »Deutschen Nationalzeitung« war es genau umgekehrt. Dort durften wieder die Amerikaner, die Engländer und Franzosen nach Herzenslust angegriffen werden, dagegen kein Wort über die sowjetischen Verbrechen fallen. Und trotzdem wurde auf beiden Seiten – von dieser handgreiflichen Beschränkung abgesehen – wertvolle politische und kulturelle Aufklärungsarbeit geleistet. Die einzige, die es in solchem Ausmaße in jenen Tagen gab. Es bleibt wohl eine der größten Grotesken jener grotesken Zeit, daß die Alliierten eifrigst ihre gegenseitige Entlarvung finanzierten, und weder Mühe noch Geld dabei scheuten.

Neben diesen propagandistischen Maßnahmen ergriffen die Alliierten aber auch noch militärische. Einige wichtige amerikanische Dienststellen befürchteten um 1949/50, daß sich ihr Okkupationskonflikt mit den Sowjetrussen zum Krieg ausweiten könnte. An eine Verteidigung Europas an den Grenzen der Bundesrepublik konnte auf Grund des ungleichen Stärkeverhältnisses der konventionellen Waffen und Truppen sowie der geopolitisch ungünstigen Lage nicht gedacht werden. Die Bundesrepublik war bestenfalls dazu ausersehen, Kampfgebiet zu werden. Eine ernsthafte Verteidigung war erst am Rhein vorgesehen.

Die Sowjets verfügten noch dazu im Falle X nicht nur in Mittel-, sondern auch in Westdeutschland über eine schlagkräftige illegale Kaderorganisation, die, wie das Beispiel Essen zeigte, sehr wohl in der Lage war,

Massen von Aktivisten einzusetzen. Die Amerikaner aber standen mit leeren Händen da. Auf die mit ihnen zurückgekehrten Emigranten und deren Freunde zählte offensichtlich im amerikanischen Hauptquartier für den Augenblick, da scharf geschossen werden sollte, niemand. Diese Lage wurde im US-Hauptquartier als gefährlich angesehen.

Also versuchten die Amerikaner, die nun richtige Platzangst bekamen, aus ehemaligen Offizieren der Deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und aus HJ-Führern sich in Eile eine deutsche Partisanen-Organisation zu schaffen. Diese antikommunistischen jungen Männer sollten sich von den Sowjets überrollen lassen, um im Hinterland als Sabotage- und Kampfgruppen und als Nachrichtenfunktrupps tätig zu sein. Mit beträchtlicher amerikanischer Finanzhilfe wurde ein Bund Deutscher Jugend mit dem Sitz in Frankfurt (Main) gegründet, der bald viele tausend Mitglieder hatte. Innerhalb des BdJ wurde ein Technischer Dienst errichtet, dessen 1500 Mitglieder von amerikanischen Offizieren in Sonderlehrgängen an Spezialwaffen und -geräten geschult wurden. Die Bundesregierung war durch die Amerikaner über das Unternehmen unterrichtet worden und steuerte zum Pfingsttreffen 1952 des BdJ 10 000 DM bei.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Hessens, Georg August Zinn, ließ ganz überraschend durch seine Polizei am 18. September die Zentralen des Technischen Dienstes durchsuchen und vorhandenes Aktenmaterial beschlagnahmen. Die sozialistische Presse in der Bundesrepublik, mehr noch die kommunistische in Mitteldeutschland, schlug Alarm, und die Amerikaner zogen sich stillschweigend von dem Unternehmen zurück. Sie taten dies um so leichter, als sie zu der Ansicht gekommen waren, daß eine akute Kriegsgefahr nicht mehr bestand. Der Bund deutscher Jugend wurde polizeilich aufgelöst.

In Verden an der Aller fand am 26. Oktober das erste Nachkriegs- und Suchdiensttreffen der Überlebenden der ehemaligen Waffen-SS statt, zu dem auch der General der Fallschirmtruppen a. D. Bernhard Ramcke als Gastredner geladen war. Ramcke griff in seinen Ausführungen sehr scharf die Alliierten an und fragte: »Wer sind denn wirklich die Kriegsverbrecher? Es sind die, die den unseligen Frieden gemacht haben, die ohne taktische Gründe ganze Städte zerstörten, die die Bomben auf Hiroshima warfen und neue Atombomben herstellen.« Zu den früheren Angehörigen der Waffen-SS sagte er, sie könnten stolz sein, auf schwarzen Listen gestanden zu haben. Vielleicht würden in Zukunft diese Listen zu Ehrenlisten werden.

Die früheren Generale der Waffen-SS Herbert Gille und Felix Steiner distanzierten sich in ihren Ausführungen von der Ramcke-Rede und lehnten jeden Radikalismus ab. Trotzdem protestierte der britische Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick bei der Bundesregierung gegen Ramckes Rede, und diese wiederum lehnte sie schärfstens ab.

An der Saar hatten sich unterdessen die Verhältnisse immer mehr verschlechtert. Die deutschen Parteien, die verboten oder nicht zugelassen wurden, nannten sich DOS, »die unterdrückte deutsche Opposition im Saargebiet«. Natürlich hatte die DOS keine Zeitungen und keinen Rundfunksender und konnte auch keine Versammlungen abhalten. Als aber die zweiten saarländischen Landtagswahlen, die auf 30. November 1952 festgesetzt waren, sich näherten, meldete sich die DOS mit einer meisterhaft und kühn geführten illegalen Arbeit zu Wort. Plakate und Flugblätter, meist auf einfachste Art hergestellt, Maueraufschriften machten der Saarpolizei des Herrn Edgar Hector zu schaffen. Die DOS rief die Wähler auf, die Stimmzettel entweder durchzustreichen oder sich der Wahl zu enthalten.

Am 20. November drangen vier Polizeibeamte der »Einsatzgruppe XI« der Saarpolizei in Zivil in das Haus des Schmiedeobermeisters Georg Geiger am Saarbrücker Rathausplatz ein. Der Polizei war nur bekannt, daß Geiger früher Mitglied der nunmehr verbotenen Demokratischen Partei Saar gewesen war. Im Hause wohnten noch der Sohn Dr. med. Georg Geiger und dessen Ehefrau. Im Verlaufe der Hausdurchsuchung fielen die vier Saarpolizisten über Dr. Geiger und die Ehefrau her und mißhandelten sie mit Gummiknüppeln.

Vater Geiger stand am Fenster, das zum Hinterhof führte und rief um Hilfe, worauf einer der Polizisten ihn vom Fenster zurückriß.

Die Polizisten zogen schließlich mit einer in der Bundesrepublik erscheinenden Zeitung und einigen DOS-Flugblättern ab. Der 70jährige Georg Geiger erlitt einen Herzanfall, und obwohl sich sein Sohn, der samt seiner Gattin nicht unerheblich verletzt worden war, sofort um ihn bemühte, starb Georg Geiger noch in der Nacht.

Dieser Vorfall erregte großes Aufsehen und Erbitterung im ganzen Saarland. Bei der Wahl wurden 141 792 ungültige Stimmen abgegeben.

In der Nacht vom 5. zum 6. Dezember billigte der Deutsche Bundestag in zweiter Lesung die Ratifizierungsgesetze zum Deutschland-Vertrag und zum Vertrag über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, mit den Stimmen der Koalitionsparteien, das waren die CDU/

CSU, FDP, DP und die Bayernpartei, gegen die Stimmen der SPD, des Zentrums, der KPD sowie einer Reihe fraktionsloser Abgeordneter.

1952 gab es in der Bundesrepublik 7590 Verkehrstote, 183 Menschen wurden ermordet.

Die drei westlichen Stadtkommandanten lehnten am 5. Januar 1953 – trotz der bedrohlichen Lage, in der sich die Westberliner befanden – ein Ansuchen des Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter ab, die Westberliner Polizei mit automatischen Waffen auszurüsten.

In einer Rede im Bayerischen Rundfunk lobte Adenauer neuerlich am 6. Januar die Verträge mit den Westallierten, durch welche Deutschland im vergangenen Jahr wieder als Subjekt in die internationale Politik zurückgekehrt sei: »Ich zweifele nicht daran, daß wir das begonnene Werk zu einem guten Ende bringen werden«, führte der Kanzler aus, »daß wir schließlich ganz Deutschland in Frieden und Freiheit wieder vereinigen werden.« Adenauer sah die ersten Früchte seiner Politik heranreifen. Er sollte das erste Mal nach den USA reisen, der amerikanische Außenminister wieder hatte seinen Besuch in Bonn angesagt. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den USA stand ausgezeichnet und verbesserte sich noch dazu von Tag zu Tag mehr. Diese wachsende deutsch-amerikanische Freundschaft beobachtete man in den anderen europäischen Hauptstädten, besonders in Paris und London, mit offensichtlichem Unbehagen. Das britische Foreign Office ließ schließlich eine Bombe platzen, die geeignet war, die amerikanische Vorliebe für Westdeutschland wieder abzukühlen, und die Bundesrepublik in ihrem rasanten Aufstieg zu bremsen.

Auf Befehl des Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick holte die britische Militärpolizei in der Nacht vom 14./15. Januar 1953 unter größtem Aufwand in ihrer »Aktion Morgengrauen« sieben ehemalige Funktionäre des Dritten Reiches, Dr. Werner Naumann, Dr. Gustav Scheel, Paul Zimmermann, Dr. Heinrich Haselmayer, Heinz Siepen, Dr. Karl Scharping und Karl Kaufmann, aus ihren Betten und nahm sie in Haft. Die Festgenommenen wurden unverzüglich ins Kriegsverbrecherzuchthaus Werl eingeliefert, in Einzelhaft geworfen und unter grotesken Umständen gefangengehalten. Wenn sie ihre Zellen verließen – auch auf dem Weg zu den Waschräumen und Toiletten – mußten sie Kappen und dunkle Brillen tragen. Abends wurde ihnen ihre gesamte Kleidung – bis auf das Nachthemd – abgenommen.

Fast zu nachtschlafender Zeit, um sieben Uhr dreißig morgens, den 15. Januar, wurden in London die Korrespondenten der Presseagentu-

ren telefonisch ins Foreign Office gerufen und ihnen dort mitgeteilt, daß es der britischen Regierung unter Anthony Eden gelungen sei, einer großangelegten nationalsozialistischen Verschwörung auf die Spur zu kommen. Dr. Werner Naumann und die anderen Verhafteten seien drauf und dran gewesen, die demokratischen Parteien Westdeutschlands zu unterwandern und zu durchsetzen. Ihr Ziel wäre nicht mehr und nicht weniger als die Vorbereitung einer neuen NS-Machtübernahme auf kaltem Wege. Allein bei Dr. Naumann habe man 4 Lastwagen Material, 30 große Kisten Dokumente, beschlagnahmen können.

Diese sensationelle Verlautbarung erregte in der ganzen Welt Erstaunen und Verblüffung, deutscherseits Unbehagen und Unglauben. Ironisch sprach man bald von einer Nau-Nau-Affäre. Lediglich die SPD und die Gewerkschaften bemühten sich pflichteifrig, der britischen Willküraktion gegen einen Düsseldorfer Stammtisch beizustehen. »Die deutschen Gewerkschaften begrüßen die bisher getroffenen Maßnahmen des Hohen britischen Kommissars Sr. Ivone Kirkpatrick. Sie halten die gegen diese Kreise unternommenen Schritte – insbesondere die Verhaftung der Hauptbeteiligten – für gerechtfertigt«, hieß es in einer DGB-Erklärung vom 23. Januar. Die SPD beschuldigte am 31. Januar die Bundesregierung, nichts Entscheidendes zur »Aufdeckung und Bekämpfung antidemokratischer Umtriebe rechtsradikaler Gruppen und Bünde« unternommen zu haben. Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr, Justizminister Dr. Thomas Dehler und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, beurteilten die britische Aktion sehr skeptisch und sprachen sich zum Teil deutlich gegen sie aus. Selbst Kanzler Adenauer bedauerte anfänglich die ganze Geschichte, die weltweites Aufsehen erregte und die Bundesrepublik als eine Brutstätte eines machtvollen Neonazismus erscheinen ließ. Volle zwei Monate lang wurde den Verhafteten, die pausenlos vernommen wurden, jeder Verkehr mit der Außenwelt, ja selbst mit ihren Rechtsanwälten verwehrt.

Am 12. März 1953 fand eine vertrauliche Besprechung über die Sache zwischen Adenauer und Kirkpatrick statt. Von diesem Augenblick an erlosch jede Kritik von deutscher Seite schlagartig, und die deutschen Behörden übernahmen nun die strafrechtliche Verfolgung der Verhafteten von den Engländern, die sich dabei unsterblich blamiert hatten. Die »4 Lastwagen Material« hatten sich nämlich als Firmenkorrespondenz und Unterlagen erwiesen, und nur 10 Kilogramm persönliche Unterlagen und Korrespondenzen waren übriggeblieben.

Dr. Naumann und die anderen wurden nun ins deutsche Gefängnis nach Karlsruhe überstellt und gegen sie – und den noch nachträglich festgenommenen Dr. Friedrich Bornemann – ein Haftbefehl erlassen. Aber gegen Kaufmann, Scharping und Dr. Haselmayer konnten die Verschwörungsbeschuldigungen überhaupt nicht aufrechterhalten werden, und sie wurden auf freien Fuß gesetzt.

Zum allgemeinen Erstaunen erklärte Adenauer am 31. März 1953 vor amerikanischen Journalisten in Bonn, Naumann wäre von internationalen Faschistengruppen aus dem Ausland mit nicht unbeträchtlichen Geldsummen unterstützt worden. Adenauer hatte augenscheinlich nun die Verteidigung des blamierten britischen Hochkommissars übernommen. Seinem Beispiel folgte am 5. Mai Justizminister Dehler, der nun vor der Auslandspresse in Rom beteuerte: »... Naumann hat eine akute Gefahr für die Bundesrepublik bedeutet.«

Der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe, der das Belastungsmaterial prüfen sollte, hob nach eingehendem Studium am 28. Juli 1953 den Haftbefehl gegen Dr. Naumann und alle Mitangeschuldigten auf.

Sofort meldete sich Adenauer wieder zu Wort und erklärte, nach wie vor von der Schuld Naumanns überzeugt zu sein, und versicherte kaltschnäuzig, Kirkpatrick mehr Glauben zu schenken als Naumann.

Es dauerte noch viele Monate, bis diese klägliche Geschichte, in der sich die britische Politik ebenso entlarvt wie die Bundesrepublik blamiert hatte, ein Ende fand: Der 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofes setzte am 3. Dezember 1954 alle Beteiligten außer Verfolgung ...

In der Bevölkerung war Ende 1952, Anfang 1953 eine schwere Beunruhigung wegen der Aktionen der gewissenlosen Anwerber für die französische Fremdenlegion unter der deutschen Jugend entstanden. In Schweigen war es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen deutschen Grenzbeamten und französischen Gendarmen gekommen, die mit Gewalt ganze Omnibusse mit deutschen Freiwilligen für die Fremdenlegion über die Grenze brachten. Nachdem deutsche Organisationen erklärt hatten, daß rund 90 000 Deutsche, teils gepreßt, teils freiwillig in der Fremdenlegion für Frankreichs Kolonialinteressen in Indochina und Nordafrika kämpften und fielen, versicherte der Französische Hochkommissar, die Fremdenlegion verfüge nur über 80 000 Deutsche, und drohte, daß die Aktionen gegen die Anwerbungen in die Fremdenlegion die deutsch-französischen Beziehungen gefährden würden.

Der Deutsche Bundestag beschloß am 4. Februar die Aufnahme des § 141 in das Strafgesetzbuch, wonach wenigstens die deutschen Werber unter Strafe gestellt wurden. Das in Hamburg von Hermann Lamp gegründete »Freikorps Deutschland«, eine kleine rechtsgerichtete Gruppe, wurde von der Bundesregierung aufgelöst, und einige Mitarbeiter wurden festgenommen.

Zur selben Zeit lief vor einem französischen Militärgericht in Bordeaux vom 12. Januar bis 13. Februar ein Prozeß gegen 51 Deutsche und 14 elsässische ehemalige Angehörige der 3. Kompanie des 1. Bataillons des Regiments der Waffen-SS »Der Führer«, das zur SS-Division »Das Reich« gehörte. Sie waren beschuldigt, Oradour vernichtet zu haben. Die Franzosen hatten aber nur 7 deutsche und 14 elsässische Angeklagte festnehmen und nach Bordeaux schaffen können.

Von den 51 angeklagten Deutschen wurden 43 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, von den 7 anwesenden Deutschen erlitt dieses Schicksal Karl Lenz. Nur einer wurde freigesprochen; die anderen erhielten vieljährige Zwangsarbeitsstrafen. Von den Elsässern wurden Georg René und Boos zum Tode verurteilt, die anderen ebenfalls zu Gefängnisstrafen. Außer Boos wurden die elsässischen Verurteilten kurze Zeit danach amnestiert.

Der britische Luftmarschall Sir Ronald Ivelaw-Chapman, stellvertretender Chef des RAF-Stabes, erklärte am 2. Februar 1953 auf einem Diskussionsabend des RAF-Klubs London: »Eine dauernde Zweiteilung Deutschlands ist der einzige positive strategische Gewinn des vergangenen Krieges.«

Kurz zuvor wurde in der letzten Januar-Plenarsitzung der Conseils supérieurs des Forces Armes unter dem Vorsitz des Oberbefehlshabers der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, Marschall Juin, ausdrücklich festgestellt, daß die Zweiteilung Deutschlands für die »strategische Gesamtplanung« Frankreichs den Angelpunkt bilden müsse.

Am 4. März 1953 veröffentlichte die Sowjetische Nachrichtenagentur TASS die Nachricht, daß Stalin in der Nacht zum 2. März einen schweren Gehirnschlag erlitten und das Bewußtsein verloren habe. Sein rechter Arm und sein rechtes Bein waren sofort gelähmt, und sein Sprachvermögen ging verloren. Am 5. März verschied Josef Wissarionowitsch Stalin.

Die Welt hielt den Atem an. Den Völkern jenseits des Eisernen Vorhangs schien es unfaßbar, daß Stalin überhaupt sterben könnte. Viele irrlichternde Hoffnungen begannen sich in den geknechteten Massen zu regen.

In Washington wandte sich der Vorsitzende des Ständigen Untersuchungsausschusses des Amerikanischen Senats, der republikanische Senator Joseph R. McCarthy, am 25. April in einem Schreiben an den Außenminister John Foster Dulles gegen die amerikanische Finanzierung und gegen Zuwendungen an deutsche und österreichische Zeitungen. Der Leiter des Informationsprogrammes bei Hicog hatte den beiden Abgesandten McCarthys, Roy Cohn und David Shine, mitgeteilt, daß im letzten Jahre das Budget für Deutschland und Österreich 61 Millionen Dollar betragen habe. Allein jährlich für »Die neue Zeitung« hatte die amerikanische Subvention 3 Millionen Dollar betragen. McCarthy legte seinem Schreiben eine Liste von 96 Zeitungen mit einer Übersicht über die Gelder vor, die jede dieser Zeitungen von dem Public-Affairs-Program der Hicog erhalten hatte. McCarthy beanstandete noch, daß diese vom amerikanischen Dollar so hoch subventionierten Blätter sich überdies sehr kritisch über die amerikanische Politik äußerten. Das war verständlich, da viele der verantwortlichen Redakteure aus dem linksintellektuellen Lager kamen und nun, da der Krieg vorüber war, aus ihrer Sympathie für den Kommunismus keinen allzugroßen Hehl machten.

Um diese Zeit wurden erstmalig die Beträge bekannt, die über den Fonds der GARIOA (Government and Relief in Occupied Areas), einen Fonds der amerikanischen Besatzungsmacht aus amerikanischen Mitteln zur Finanzierung wichtiger Einfuhren für die besetzten Gebiete, in die sogenannte Lizenzpresse flossen. Da im Laufe der Jahre 1950/51 das Wiedererstehen Hunderter kleiner Lokalzeitungen nicht mehr verhindert werden konnte, gewannen diese sehr schnell ihre alten Leser zurück. Das bedeutete, daß die Lizenzzeitungen, die bis dahin das Monopol der Meinungsbildung hatten, Leser verloren.

Um ihnen hier zu Hilfe zu kommen und auch verschiedene kleine Zeitungen zu erobern, verteilten die Amerikaner im Jahre 1952 aus dem GARIOA-Fonds folgende Beträge:

DM	1 600 000	Frankfurter Rundschau, Frankfurt
DM	1 000 000	Die Welt, Hamburg
DM	600 000	Westd. Allgemeine Zeitung, Bochum
DM	600 000	Hessische Nachrichten, Kassel
DM	500 000	Süddeutsche Zeitung, München
DM	500 000	Südkurier, Konstanz
DM	450 000	Hamburger Morgenpost, Hamburg

DM	400 000	Hannoversche Presse, Hannover
DM	400 000	Kölnische Rundschau, Köln
DM	400 000	Die Rheinpfalz, Neustadt
DM	400 000	Schwäbisches Tageblatt, Tübingen
DM	400 000	Weser-Kurier, Bremen
DM	300 000	Darmstädter Echo, Darmstadt
DM	300 000	Flensburger Tageblatt, Flensburg
DM	250 000	Freie Presse Bielefeld
DM	250 000	Hamburger Freie Presse, Hamburg
DM	250 000	Main-Echo, Aschaffenburg
DM	250 000	Neue Ruhr-Zeitung, Essen
DM	250 000	Nordwest-Zeitung, Oldenburg i. O.
DM	250 000	Lübecker Nachrichten, Lübeck
DM	250 000	Trierischer Volksfreund, Trier
DM	250 000	Westfalenzeitung, Bielefeld
DM	250 000	Westfälische Rundschau, Dortmund
DM	230 000	Der Allgäuer, Kempten
DM	160 000	Gießener Freie Presse, Gießen/Lahn
DM	150 000	Braunschweiger Zeitung, Braunschweig
DM	150 000	Das Volk, Freiburg
DM	150 000	Der Volkswille, Schweinfurt
DM	125 000	Neue Württemb. Zeit., Göppingen
DM	100 000	Die Freiheit, Mainz
DM	100 000	Schwäbische Post, Aalen
DM	50 000	Aachener Volksstimme, Aachen

Im Mai 1953 rollte vor dem Landgericht München der Prozeß gegen die Panther-Bande ab, der die Öffentlichkeit mehr als andere Verbrecherprozesse aufschreckte, weil nahezu alle Bandenmitglieder junge Leute waren. Die Anfänge dieser jugendlichen Verbrecherbande lagen in der ersten Nachkriegszeit.

Schon am 23. November 1946 startete die Panther-Bande, deren Mitglieder durchweg 15 bis 16 Jahre alt waren, gemeinsam mit dem angeworbenen 24jährigen Albrecht Sticht verbrecherische Überfälle und wollte auf einer Münchener Großtankstelle Benzinmarken und Werkzeuge rauben. Einer der jugendlichen Panther, Alois Lechhart, wurde dabei von dem Nachtwächter ertappt und festgehalten, während der 15jährige Bandenchef Hugo Werner, der im Handgemenge mit dem Nachtwächter seine

Pistole verlor, entwischte. In der Dunkelheit wurde er von einem der verbrecherischen Kinder durch die Brust geschossen, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Hugo Werner hatte nun Angst, daß der bandenfremde Albert Sticht, der über die mißglückte Aktion völlig niedergeschlagen war, nicht dichthalten würde. Sticht wurde zu einer Besprechung in eine Hausruine am Habsburger Platz bestellt und dort mit einem regelrechten Genickschuß umgelegt. Die Leiche wurde an Ort und Stelle vergraben.

Schon am nächsten Tag flog die restliche Panther-Bande auf und wurde von der amerikanischen Militärpolizei festgenommen, die keine Ahnung hatte, welch schwere Jungen sie vor sich hatte. Wegen einiger Diebstähle kamen die Panther am 27. Februar 1947 in das Jugendgefängnis Niederschönenfeld. Vom Mord an Sticht wußte niemand etwas, die Leiche wurde nicht gefunden.

1949 befand sich Hugo Werner wieder in Freiheit. Er hatte im Gefängnis für seine Bande Statuten entworfen, deren Artikel 1 lautete: »Erreichung eines sicheren, alle Mitglieder zufriedenstellenden Lebensstandards unter Zuhilfenahme aller gesetzlichen und ungesetzlichen Mittel.«

Um jeden Verrat von vorneherein auszuschalten, hatte der nunmehr 17jährige Bandenchef Hugo Werner den Artikel 3 entworfen, der kurz und bündig lautete: »Auf Verrat steht der Tod.«

Alle Beute, welche die Bande machte, wurde gleichmäßig aufgeteilt, ganz einerlei, ob ein Panther an dem Unternehmen teilnahm oder nicht. Im Frühjahr 1949 meldete Bandenmitglied Alois Lechhart, daß er in die Fremdenlegion gehen wolle, und erbat für sein Fahrgeld einen Zuschuß von 30,– DM. Er erhielt sie aus der »Bundeskasse«.

Hugo Werner war wie erschlagen, als er einige Monate später Lechhart auf dem Münchener Gärtnerplatz wiederantraf. Plötzlich glaubte er nicht mehr, daß die Verhaftung der Panther-Bande durch die amerikanische Militärpolizei zweieinhalb Jahre zuvor reiner Zufall gewesen war, wie er es bisher angenommen hatte. Offensichtlich hatte damals schon Lechhart seine Freunde verpfiffen.

Noch am gleichen Abend versammelte Werner seine Bande auf dem Schuttberg und verlangte die Ausstoßung Lechharts aus der Panther-Bande. Die anderen stimmten zu: Das war ein Todesurteil.

Der abtrünnige Alois Lechhart wurde für Samstag, den 13. August 1949, zur Vorortgaststätte Aumeister eingeladen, und alle fuhren mit ihren Fahrrädern von dort durch die Isarauen in Richtung Groß-Lappen. Wer-

ner stieg auf einen Baum und holte aus einem Versteck Waffen hervor, darunter einen Karabiner. Offiziell sollten Schießübungen stattfinden. Der erste Schuß, den Werner aus der Hüfte abfeuerte, traf Lechhart, und als er noch Lebenszeichen gab, feuerte Werner ein zweites Mal.

Der tote »Verräter« wurde ins Dickicht geschleift, ausgezogen und mit Reisig bedeckt. Auch er wurde nicht aufgefunden.

Mit Stehlen und Plündern vergingen die Jahre, aber trotz der eisernen Disziplin, die Hugo Werner in der Bande hielt, reichte es nicht zu einem großen Coup.

Niemandem fielen die jungen Burschen auf, denn Hugo Werner hielt sie streng an, ihre Schule oder Lehre in Ordnung durchzumachen. Als einer seiner Leute einmal von zu Hause durchging, nahm ihn Werner an der Hand und brachte ihn wieder zur Mutter zurück.

Doch das Glück war der Panther-Bande nicht treu. Am Abend des 30. Januar wurde der Zigarrenladen des 60jährigen Josef Gassner überfallen, der sich aber von der vorgehaltenen Pistole nicht einschüchtern ließ, sondern Werner angriff, so daß dieser schießen mußte. Mit einem Oberschenkelschuß brach Gassner zusammen, aber durch den Lärm mußte die Bande ohne Beute abziehen.

Dann endlich wollte man mit einem Schlag zu Geld kommen. Die Bande erfuhr, daß der Kassenbote Martin Plenagl vom Hauptzollamt rund 5000,– DM austrage. Dazu benötigte man ein Auto. Keiner der Panther konnte fahren. Es wurde der 20jährige Erich Dietz angeheuert, und am 20. Februar 1951 mieteten Werner und Dietz am Sendlinger-Tor-Platz ein Taxi, das vom 70jährigen Matthias Hoellriegel gesteuert wurde. Noch während der Fahrt setzte Werner dem Taxifahrer den Lauf seiner entsicherten Pistole ins Genick. Dietz übernahm das Taxi und setzte sich die Mütze Hoellriegels auf den Kopf. Im Perlacher Forst wurde Hoellriegel aus dem Wagen befördert und versprach in seiner Todesangst, bis 11 Uhr nicht zur Polizei zu gehen.

Programmgemäß fuhr Dietz den Wagen um 10.25 Uhr am Hauptzollamt vor. Fahrer Dietz fuhr rückwärts in den Hofeingang, damit dieser für andere Fahrzeuge blockiert war. Hugo Werner und ein weiteres Bandenmitglied lauerten inzwischen auf den Kassenboten Plenagl. 15 Minuten später gab einer der Panther das verabredete Zeichen, indem er mit dem Hut winkte. Fahrer Dietz ließ den Motor anspringen, Hugo Werner trat dem 57jährigen Martin Plenagl entgegen, zog die schußbereite Pistole, setzte sie Plenagl an den Unterleib und forderte ihn auf, das Auto zu

besteigen. Plenagl aber weigerte sich, und Werner schoß den Wehrlosen kaltblütig nieder. Ein anderer Panther entriß dem Schwerverletzten die Aktentasche – in Sekunden war der Wagen verschwunden.

Die Enttäuschung war unbeschreiblich, als die Aktentasche leer war. Der Kassenbote sollte das Geld erst bei der Landeszentralbank abholen.

Jedoch dieser schwere Mißerfolg ließ die Panther-Bande trotzdem nicht zur Ruhe kommen. Durch einen Erich Reutner, den er im Jugendgefängnis kennengelernt hatte, erfuhr Hugo Werner, daß in der Pension in Geiselgasteig sehr viel Geld zu holen sei. Genau nach dem Vorbild der amerikanischen Gangsterfilme wurde verfahren. Reutner bekam eine Walther-Pistole, Werner nahm sich eine spanische »Martina«, und der dritte Panther bekam eine Pistole 0/8.

Vor dem »Einsatz« erläuterte Bandenchef Werner: »Auf Zivilisten wird nur dann geschossen, wenn sie Widerstand leisten. Auf Polizisten rücksichtslos drauf!«

Sie zerstörten vor dem Eindringen in das Haus systematisch die Telefonleitungen und maskierten sich mit mitgebrachten Schals. Mit der Pistole im Anschlag läutete Werner an der Eingangstür.

Geschäftsführer Geitner blickte in den Lauf der Pistole und nahm auf Befehl die Hände hoch.

Die Beute bestand aus einem Lederetui mit Schmucksachen und 320 DM.

In aller Seelenruhe verließen die jugendlichen Banditen das Haus, nicht ohne sich aus dem Keller Herren- und Damenfahrräder zu stehlen, mit denen sie sich vom Tatort entfernten.

Doch die Beute schien ihnen nicht groß genug, darum fuhren sie in Richtung Harlaching, wo sie glaubten, im Hause des Gärtnermeisters Augustin auf reiche Beute zu stoßen. Das Experiment von Geiselgasteig wurde wiederholt. Wieder drückte Huge Werner mit schußbereiter Pistole in der Hand auf den Klingelknopf.

Die Tür öffnete sich auch, aber als die Banditen eindringen wollten, drückte der 70jährige Gärtner Augustin die Tür geistesgegenwärtig wieder zu und schrie um Hilfe. Sein Sohn Oskar stürzte herbei, und beinahe gelang es den beiden, die Tür wieder zu schließen. Da eröffnete der eine Panthermann das Feuer, und Augustin wurde durch die Tür erschossen. Der Überfall war durch den Lärm trotzdem vereitelt, und die Banditen stoben in wilder Flucht auseinander.

Für den weniger hartgesottenen Erich Reutner, der ja erst sehr spät zur Bande stieß, war das alles zuviel. Am 19. Oktober 1951 unternahm

er in der Toilette des Augsburger Augusten-Kinos einen ernsthaften Selbstmordversuch. Er jagte sich drei Pistolenschüsse in die Herzgegend, ohne daran zu sterben.

Bei der Vernehmung im Krankenhaus legte er ein umfassendes Geständnis ab, und 11 Tage, nachdem Reutners Schüsse gefallen waren, saß der letzte der Panther-Banditen hinter den Gittern des Stadelheimer Gefängnisses.

Gerade zur rechten Zeit, denn die Panther-Bande hatte schon durch lange Beobachtungen einen Überfall auf den Geldtransport der Bayerischen Staatsbank zum Arbeitsamt in der Thalkirchnerstraße, einen auf den Kassenboten der Spedition Schenker auf dem Weg zur Bayerischen Verkehrsbank und die Ausplünderung mehrerer Toto-Stellen im Stadtinneren von München vorbereitet.

Der Prozeß der Panther-Bande machte die breite Öffentlichkeit auf etwas aufmerksam, was den einschlägigen Fachleuten schon längst Alpdrücken verursachte: auf die steil ansteigende Kurve der Jugendkriminalität. Kurz nach dem Kriege versuchte man diese jugendlichen Verbrechen in Bausch und Bogen als Früchte der »Nazi-Erziehung« und der Verrohung des Krieges abzutun. Aber Jahr um Jahr verging, und allmählich wuchs eine Jugend heran, die vom Nationalsozialismus und vom Krieg keine Vorstellungen mehr hatte. Dennoch wurden der jugendlichen Verbrecher immer mehr. Essen, Dortmund und Frankfurt meldeten Jugendverbrecher im Alter von 9 bis 17 Jahren. In Bayern stieg die Jugendkriminalität in kurzer Zeit um 50 % an. Bald sollten in der Bundesrepublik jährlich 40 000 Kinder unter 14 Jahren wegen begangener Straftaten von der Polizei behandelt werden müssen.

Nun hatte es zu allen Zeiten auch kriminelle Jugendliche gegeben; doch sie waren eine verschwindende Ausnahme gewesen. Das Unerklärliche an dieser Erscheinung war, daß das explosive Ansteigen der Jugendkriminalität auch nicht mit materieller Not zu erklären möglich war. Im Gegenteil: Je mehr der materielle Wohlstand wuchs, desto größer wurde die Zahl der kriminellen Jugendlichen.

Die Jugend, deren Seele empfindsamer ist als jene der Erwachsenen, reagierte heftiger auf die allgemeine seelische Leere, die sich wachsend ausbreitete. Die Jugend war außerstande, sich dagegen anzustemmen, da ihr der harte Kampf der Erwachsenen im Erwerbsleben fehlte. Auf sie drückte daher das seelische Vakuum, das 1945 neben dem politischen entstanden war, härter als auf die Erwachsenen.

Eine Ordnung war zusammengebrochen. Eine andere Ordnung aber ließ auf sich warten. In diesem Interregnum zwischen gestern und morgen brach das Wirtschaftswunder über die Bundesrepublik herein. Es verdrängte schlagartig alles, was nicht auf Gewinn und Besitz ausgerichtet war. Zwischen dem belasteten und überforderten Vergangenen und dem nebulosen Zukünftigen erstand ein eiskalter Egoismus, der als obersten Grundsatz aufgestellt hatte, das Leben voll zu nützen und in diesem Streben alles beiseite zu schieben, alles über Bord zu werfen, was dabei hinderlich schien.

Im Großangriff dieser Weisheit stand sehr bald das Fundament jeder menschlichen und staatlichen Ordnung: die Familie. Der Goldgräberrausch des Wirtschaftswunders gefährdete sie aufs äußerste. Um alle Chancen des Erwerbs wahrzunehmen, trat nämlich die Frau und damit die Mutter an der Erwerbsfront an. Meist ist sie es, die den Wohlstand erarbeitet. Der Familienvater schafft in der Regel für die Existenz; die Mutter für das Auto, den Fernseher, die Musiktruhe – kurz, für den Luxus.

Dadurch aber wurde das bisherige Familienleben grausam zerrissen. Oftmals trat der Vater nur mehr als eine Art möblierter, im Grunde unzufriedener Zimmerherr in Erscheinung, die überforderte Mutter versorgte die Familie, vor allem die Kinder, in einem übersteigerten Rationalisierungshaushalt. In vielen Fällen blieben die heranwachsenden Kinder sich selbst überlassen. Die Familie vereinsamte. Am meisten die Kinder und die Jugendlichen.

Diese vereinsamte Jugend wieder suchte Kontakt mit solchen, die vom gleichen Schicksal betroffen wurden. Sie fühlte sich allein nicht stark genug, und so strebten diese »Halbstarken« zueinander. Auf der Straße, in Spielhallen, in Kinos und in kleinen Kneipen entstanden Banden, auch »Blasen« genannt. Gemeinsam hofften sie das Leben leichter meistern zu können.

Noch brauchte nichts schiefzugehen. Immer strebte Jugend zu Jugend, und immer hatten sich Straßen- und Klassengruppen gebildet, um ihre mehr oder weniger wilden Spiele zu spielen.

Genau in diesem Moment suchte diese vereinsamte Jugend unbewußt nach etwas, was ihr die Zeit versagte: Autorität! Es gab keine Autorität mehr – weder eine geistige, kaum noch eine gesellschaftliche. Die ewigen Leitsterne, wie Treue, Pflichterfüllung, Gehorsam, Vaterland, waren erloschen. Die alliierte Kriegspropaganda und ihre übereifrigen Jünger hat-

ten sie vom Himmel herabgeholt. Die Helden waren tot. Was aber hat eine Jugend, für die es keine Helden, keine Leitsterne mehr gibt?

Jahre später griffen sich die Pädagogen verwirrt an die Köpfe, als sie beobachten konnten, welchen Massenbesuch, besonders von jungen Menschen, die platten Karl-May-Filme genossen. Wenigstens in der Verkleidung von Indianern und Trappern konnte die Jugend, wenn auch nur im Kino, Helden erleben!

In jenen Fällen, in denen die Familie intakt blieb und der Vater sich trotz seiner Berufsanforderungen die Mühe nahm, wenigstens in den Freizeitstunden seinen Kindern Wegweiser zu sein, und die Mutter die lebensnotwendige Nestwärme zu vermitteln vermochte, blieb meist alles in Ordnung.

Jedoch dort, wo die Jugend allein mit ihren Problemen blieb und sich der Vater höchstens mit überhöhtem Taschengeld von seiner Pflicht freikaufte, gingen die Dinge einen verhängnisvollen Gang.

Die Jugend erlebte, daß Soldaten und Beamte, die entweder ihre Pflicht erfüllt oder blindlings ihren Befehlen gehorcht hatten, nun dafür bestraft wurden. Also folgerten sie: Es ist dämlich, die Pflicht zu erfüllen oder Befehlen zu gehorchen; da oftmals die Treue bestraft wurde, ist es auch nicht vorteilhaft, treu zu sein.

Die große Lehre, welche die Jugend aus ihren Beobachtungen zog, war zwangsläufig: Die Erwachsenen haben auf alle Fälle töricht gehandelt, und es war kein Wunder, daß die Jugend beschloß, nicht töricht zu sein. Das Tor in ein anarchistisches Verneinen stand weit offen.

Der Jugend wurde nirgendwo echte Hilfe geboten. Die moderne Literatur in Buch, Presse und Illustrierten, der Film, zum Teil das Theater und das Fernsehen stellten den enthemmten Genuß in den Vordergrund. Die Darstellende Kunst wankte zwischen dem allgemeinen dominierenden Exhibitionismus und embryonaler Primitivität, die als letzter Schrei des »Fortschritts« hochgelobt wurde, hin und her. Die Musik und der Tanz blieben nicht zurück.

Diese Jugend wurde, wie einst der große Verführer Karl Marx nicht ganz unrichtig behauptete, ein echtes Produkt ihrer Umgebung.

Es gab für diese Jugend auch keine Wunder mehr. Wer je die Umdrehung einer Maschine und den Vorgang eines Verbrennungsmotors oder einer Weltraumrakete berechnen kann, glaubte weder an Hexen noch an Feen. Dabei war diese Jugend, die, durch ihre Zeit erzogen, so kühl und ernsthaft über Probleme diskutiert, von denen Eltern höchstens flüsternd

sprachen, gar nicht so erhaben, wie sie tat. Im Gegenteil. Es waren junge Menschen, in Wirklichkeit genauso unfertig, wie es die Erwachsenen in diesem Lebensalter waren. Durch die Entwicklung der Zeit bedingt, waren sie noch schlechter dran: Sie waren halbfertig.

Die Schule vermochte der Jugend nur Aufgaben, aber keinen Auftrag mehr zu vermitteln. Die Schule drillte lediglich auf Lebensertüchtigung, auf Steigerung der Nützung der Lebensgüter. Auf Dauer gesehen, kann jedoch ein menschliches Wesen ohne inneren Auftrag nicht existieren.

Die Hingabe zum Materialismus führte dazu, daß bereits das Kind zu vergleichen begann. Sogar den Lohnstreifen des Vaters mit dem des Vaters eines Mitschülers. Ein Vater aber, der viel weniger verdient als der andere, der sich etwa noch dazu vor einem Vorgesetzten ducken muß, eine Mutter, die wütend darüber ist, weil ihr eine Kollegin im Betrieb vorgezogen wurde, die stehen nicht mehr auf einem Piedestal; ein Wunderglaube wurde rauh zerstört: die Eltern, die alles können, die alles wissen.

In dieser Jugend entstand aus all diesen Einflüssen eine große Unsicherheit, die sie zu krassen Übertreibungen zwang. Je beschlagener diese Jugend in der Technik wurde, je mehr Alltagswissen man in sie hineinpfropfte, desto primitiver wurde sie.

Dazu kam noch etwas anderes. Die bisherigen Grundlagen unseres Lebens wurden uns in den letzten Jahrzehnten in beängstigendem Tempo entzogen. Keinesfalls nur durch die nationalen und sozialen Nöte, die aus Kriegs- und Vertriebenenproblemen entstanden.

Allein das Radio, das Fernsehen, das Auto, das Flugzeug und die Raketen beeinflußten unsere Lebensform in einer Weise, von der wir vor 50 Jahren nicht einmal träumten und die höchstens ein Jules Verne genial vorausahnte. Die Erwachsenen sind nun an und für sich ziemlich rauhe Gesellen geworden, so daß sie dies, von Kreislaufstörungen, Herzinfarkten und Managerkrankheiten abgesehen, reichlich unberührt verkrafteten.

Die Jugend aber registrierte empfindsam wie ein Seismograph die Verwandlung und paßte sich mit nachtwandlerischer Sicherheit diesem atemraubenden Tempo an. Mehr noch: Sie erfaßte die Situation viel schneller und gründlicher und überholte die Erwachsenen mit ihrer verblüffenden Kenntnis um die neuesten Sensationen der Technik, ihrer Rekorde und ihrer Stars.

Die Erwachsenen bauten sich eine Welt auf, in der sich viele von ihnen heute kaum oder gar nicht mehr zurechtfinden. Es ging ihnen, wie dem

berühmten Zauberlehrling, der heimlich frisch draufloszauberte, ohne recht zu wissen, wie alles enden sollte. Das Rad der Entwicklung, anfangs nur mühsam vom Fleck geschoben, ist nun ins Rollen gekommen und droht davonzulaufen.

Nicht aber der Jugend. Unbelastet von der beinahe erdverbundenen Vergangenheit der Erwachsenen, mitten in die Entwicklung der atomaren Zeit hineingestellt, lernte sie Hemmungen gar nicht kennen. Die Jugend steht sicher, während die Erwachsenen oft nur zögernd herumtappen, immer in der Furcht, der ganze Laden könnte zusammenstürzen.

Diese allzu große Sicherheit der Jugend gereicht ihr nicht zum Vorteil. Sie erlebte den Weg nicht, der bis zu dem heutigen Punkt führte, daher beschäftigt sich der Geist der Jugend von Grund auf schon mit ganz anderen Dingen. Die Erwachsenen denken im Unterbewußtsein immer noch an die Entwicklung. Die Jugend, die diese Belastung nicht kennt, kennt auch die Hemmungen nicht mehr. Sie erarbeitet nichts – scheinbar ist nichts mehr zu erarbeiten. Sie macht lediglich Gebrauch. Jeder Dreikäsehoch weiß, wie die Schaltung eines Autos funktioniert, für ihn ist das Fernsehen zum Alltag geworden. Wie es dazu kam, darüber denkt er nicht nach. Im Grunde genommen brauchte er es auch nicht.

Vor dem oftmals einsamen jungen Menschen, der so mitten in diese reichlich turbulente Zeit hineingestellt wurde, flimmerten in greller Dissonanz die Sensationen. In den Tanzsälen, Spielhallen, in den Kinos, vor dem Fernsehapparat entsteht für einen Teil der Jugend eine Talmi-Welt. Bei Alkohol oder auch nur Coca-Cola und Zigaretten gebärden sich Halbwüchsige wie Erwachsene, vor allem was die Geschlechter betrifft.

Längst ist der Sex an die Stelle der Liebe getreten. Als Folge werden die Mütter immer jünger, Kinder bekommen Kinder. In dem Jahr der Panther-Bande wurden in der Bundesrepublik 10 000 Jugendliche Mütter, darunter zwei 13jährige, fünfzig 14jährige, zweihundert 15jährige, sechshundert 16jährige, zweitausend 17jährige, den Rest stellten die 18jährigen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Jugend an diesem enthemmten Paradies, das ihnen die Zeit und die Gesellschaftsordnung bieten, auch teilhaben will. Aber dazu braucht sie Geld. Die allgemeine Veräußerlichung hat längst zur allgemeinen Verflachung geführt, alle angeborenen Hemmungsschwellen werden hinweggeschwemmt. In dieser entgötterten Zeit taumelt ein Teil der gleitenden Jugend zwischen Lebensgier und Lebensangst hin und her. Die einen bekommen das notwendige Geld für

ihre Scheinwelt von ihren Eltern, die froh sind, wenn sie nur sonst in Ruhe gelassen werden. Die anderen holen es sich: Automaten werden geknackt, Autos aufgebrochen. Manchen ist das zu langsam: Jugendliche Räuber überfallen einsame Kioske oder Spaziergänger.

Schließlich der Mord: Vierzehnjährige ermorden um einer Geldbörse willen ihre Großmutter, Sechzehnjährige irgendwelche Kioskbesitzer, und selbst die Zahl der Muttermorde stieg einige Zeit in qualvoller Weise an. Entsetzt mußte die Polizei feststellen: Die Mörder wurden auch immer jünger.

Daneben ein dunkles Kapitel: die jugendlichen Selbstmörder. Allein in Bayern nahmen sich 1952 84 Kinder im Alter von 10 bis 18 Jahren das Leben, 1954 waren es schon 102. Die Gründe waren stets Kleinigkeiten: unerfüllte Illusionen, schlechte Noten, Langeweile, oder unglückliche Liebe. Das Leben unserer Zeit hatte diesen Kindern nichts mehr zu bieten.

Gottlob trifft all das nur für einen Teil der Jugend zu. Vor allem in den großen Städten. Aber der Teil dieser bedrohten und bereits gleitenden Jugend ist groß genug, auch wenn nicht alle so labil sind, um Kriminelle oder Selbstmörder zu werden.

DIE VERRATENE EINHEIT

Die Rebellen des 17. Juni im Stich gelassen / Otto John lief wieder einmal über / Dank des »Überleitungsvertrages« gibt es nur deutsche Kriegsverbrechen / Österreich wurde frei / Kesseltreiben gegen Schlüter / Der seltsame Schmeisser-Prozeß / Saar kehrt trotz Adenauer heim / Deutschen-Hatz in Südtirol

In Mitteldeutschland unterdrückte das kommunistische Innenministerium die evangelische »Junge Gemeinde« und beschuldigte sie der Agententätigkeit für den Westen, des Neofaschismus und ähnlicher Delikte. Innerhalb der SED gab es laufend Säuberungen, denen das ZK-Mitglied Franz Dahlem sowie Lena Fischer und Fritz Uschner zum Opfer fielen.

Das alles hatte seinen Grund in der sich versteifenden Lage innerhalb der DDR. Die gewaltsame Bolschewisierung betraf alle Stände und Berufsschichten. Gegen die Bauern wurde ein förmlicher Feldzug geführt.

Laut Artikel 24 Abs. 4 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949, der besagte: »Der private Grundbesitz, der mehr als 100 ha umfaßt, ist aufgelöst und wird ohne Entschädigung aufgeteilt. Nach Durchführung dieser Bodenreform wird den Bauern das Privateigentum auf ihren Boden gewährleistet«, wurde bei 7000 Betrieben der 100 ha überschreitende Grundbesitz enteignet. Es entstanden 165 000 neue Bauernwirtschaften in der Größe von 5 bis 20 ha und 550 Staatsgüter nach dem Muster der russischen Kolchosen.

Nach 1946 waren noch 68 500 selbständige mittlere Betriebe in der Größe von 20 bis 100 ha geblieben. Gegen sie richtete sich ab 1949/50 die ganze Wucht der kommunistischen Propaganda, aber sehr schnell auch gegen die kleineren, erst durch die Bodenreform beteiligten Bauern. Diesen sogenannten freien Bauern wurde erhöhte Steuerlast aufgebürdet, und sie sahen sich in aller Öffentlichkeit dem Hohn und Spott preisgegeben. Wer an seiner Scholle hing und nicht bereit war, sich der LPG (Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft) anzuschließen, galt als rückständig oder gar regierungsfeindlich. Werbekolonnen mit Tausenden und aber Tausenden Werbern, die extra dazu in Parteikursen geschult worden waren, überfluteten die Dörfer, Weiler, ja sogar einzelne Gehöfte und predigten die Vorteile des Eintritts in die LPG und der kommunistischen Planwirtschaft. Obgleich der Beitritt nur freiwillig sein sollte, wurden die Bauern massiv bearbeitet.

In den Nächten fuhren die SED-Werbekolonnen mit ihren Fahrzeugen vor den Bauernhöfen auf, bestrahlten mit Scheinwerfern die Fenster, und ein Lautsprecher prangerte jene Bauern an, die sich weigerten, ihren Besitz aufzugeben. Bauern, die besonders hartnäckig waren, wurden als kapitalistisch-faschistische Anhänger hingestellt, oftmals völlig grundlos verschiedener Wirtschaftsvergehen, vor allem des Schwarzverkaufes, beschuldigt. Schließlich wurden jene, die dem Druck noch widerstanden, als »Staats- und Volksfeinde« abgestempelt. Die Kinder dieser Bauern in den Schulen wurden bearbeitet und so behandelt, daß sie oft weinend ihre Eltern baten, der LPG beizutreten.

In jenen Bauernhöfen, wo Türen und Fenster verschlossen wurden, schlugen die Werber die Fenster einfach ein. Bald unterlag einer nach dem anderen. Viele flohen verzweifelt über die Grüne Grenze nach dem Westen. Die Fluchtbewegung schwoll immer mehr an. 1949 waren es 59 243; 1950: 197 788; 1951: 165 648; 1952: 182 393; 1953 sollten es 331 390 werden.

Unter den Flüchtenden befanden sich Arbeiter, Bauern, Mittelständler und Intellektuelle. Die Mittelständler wurden systematisch zerrieben, jeder selbständige Beruf vernichtet. Aber auch die Lage der Arbeiter war alles andere als rosig. Seit der Auflösung der Betriebsräte hatten die Arbeitnehmer überhaupt keine Vertretung mehr. Sie waren dem Arbeitgeber, dem kommunistischen Staat, völlig hilflos ausgeliefert. Die Betriebskollektivverträge wurden immer schlechter, da der Staat die notwendige Produktionssteigerung nur durch Erhöhung der Normen erreichen konnte. Es hieß immer mehr arbeiten, mehr leisten, und der Verdienst blieb gleich oder sank sogar noch ab. Ein Sich-zur-Wehr-Setzen war nicht möglich. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) war längst ein Kontroll- und Vollzugsinstrument des Staates geworden.

So verzweifelten auch viele Arbeiter und flohen nach dem Westen. Diese Fluchtbewegung verschlechterte ihrerseits die Produktion noch zusätzlich. Da sich zu Beginn 1953 obendrein die Lebensmittelversorgung ebenfalls erheblich verschlechterte, sank die Stimmung der Massen, die den Kommunismus ohnedies nur unwillig ertrugen, immer tiefer.

Seit Stalins Tod stieg die Hoffnung auf eine Lockerung und Erleichterung der Lage auch in Mitteldeutschland. Jedoch nur zu bald erwies es sich, daß dies trügerisch gewesen war. Die Staats- und Parteiführung zog im Gegenteil die Schrauben immer stärker an.

Am Morgen des 16. Juni 1953 wurde in den Ostberliner Fabriken und Arbeitsstellen das Gewerkschaftsorgan »Tribüne« verteilt, in dem ein Artikel vom FDGB-Vorstandsmitglied Otto Lehmann zu lesen war, in dem dieser für eine Normenerhöhung eintrat. Dieser Artikel des Genossen Lehmann wirkte auf die ohnedies gereizten Massen wie ein Peitschenhieb. In verschiedenen Betrieben wurde der Artikel von den Arbeitern heftig und ohne Rücksicht auf die zahlreichen kommunistischen Spitzel diskutiert. Auch auf der Baustelle Block 40 in der Stalinallee gab es hitzige Diskussionen. Schon die Tage zuvor hatten das offizielle Lob für die Normenerhöhung und die Ankündigung der Durchführung große Unruhe ausgelöst. Als die Arbeiter der Baustelle Block 40 die Nachricht erhielten, daß ihre Kollegen von der Baustelle Friedrichshain aus Protest gegen die angekündigte Normenerhöhung die Arbeit niedergelegt hatten, entschlossen sie sich ebenfalls zum gleichen Schritt, und einer der Bauarbeiter rief seinen Kollegen zu, daß nun endlich die Zeit zum Handeln gekommen sei und genug geredet worden wäre. Ein anderer rief: »Die mitmachen, treten

rechts aus der Versammlung heraus!« Geschlossen traten sämtliche Arbeiter der Baustelle nach rechts.

In fieberhafter Eile wurde ein provisorisches Transparent verfertigt, auf dem zu lesen stand: »Wir fordern Herabsetzung der Normen«.

300 Bauarbeiter vom Block 40 stellten sich hinter dem Transparent in einer Marschkolonne auf und marschierten, ohne eine Streikleitung gewählt zu haben, zu den anderen Baustellen in der Umgebung. Auch die Arbeiter dieser Baustellen legten sofort die Arbeit nieder und schlossen sich dem Demonstrationszug des Block 40 an. Schließlich marschierten einige Tausend Arbeiter und Passanten, die sich dem Zug anschlossen, zum FDGB-Zentralvorstand in die Wallstraße. Der Zweck des Demonstrationszuges zu diesem Zeitpunkt war einzig und allein die Beseitigung der angekündigten Normenerhöhung.

In der FDGB-Zentrale waren unterdessen alle Fenster und Tore verrammelt worden, und keiner der führenden Genossen wagte es, den entrüsteten Arbeitern gegenüberzutreten. Die Demonstrationen vor der FDGB-Zentrale erregten großes Aufsehen, und immer mehr Menschen liefen zusammen. Schließlich rief einer, man müsse mit der Regierung sprechen, und der Demonstrationszug, der nun auf etwa 10 000 Menschen angewachsen war, marschierte zum Haus der Ministerien in die Leipziger Straße. Aber auch hier waren alle Tore und Fenster verrammelt, und niemand wollte mit den Demonstranten verhandeln. Erst nach einiger Zeit erschien die Staatssekretärin Walther, die sich jedoch nicht durchsetzen konnte, weil die nun schon sehr erregten Arbeiter sie für die Sekretärin von Walter Ulbricht hielten, der sich nicht blicken ließ. Minister Fritz Selbmann, der endlich kam, wurde ebenso wie sie niedergeschrien und beschimpft, denn man wollte mit Ulbricht und Grotewohl selbst sprechen. Als Selbmann versuchte, die Demonstranten zu beruhigen, und erklärte, der Ministerrat habe die Normenerhöhung bereits zurückgenommen, weil sie sein Fehler gewesen sei, erwiderten ihm die wütend gewordenen Arbeiter, das sei zu spät, denn jetzt gehe es nicht mehr um die Normen, die Regierung müsse nun die Konsequenzen aus ihren Fehlern ziehen und zurücktreten.

Wohl forderten einige Arbeiter die Ausrufung des Generalstreiks, wenn die Regierung nicht zurückträte, ein anderer rief, wenn Grotewohl oder Ulbricht nicht innerhalb einer halben Stunde erschiene, solle man abmarschieren und den Generalstreik ausrufen, aber es fand sich kein eigentlicher Führer. Erst als die völlig kopflose SED-Regierung Lautspre-

cherwagen durch Ostberlin schickte, die erklärten, die Normenherabsetzung sei beschlossen, während die Lautsprecherwagen des Polit-Büros, die ebenfalls losgefahren waren, verkündeten, das Politbüro würde die Normenerhöhung überprüfen, kam es zu den ersten Gewalttaten. Da eine der Meldungen falsch sein mußte, fühlten sich die Demonstranten belogen und betrogen, stürmten einen Lautsprecherwagen, und abwechselnd sprachen nun die Arbeiter über den Lautsprecherwagen zu den Massen. Alles geschah rein gefühlsmäßig ohne Planung.

An einigen Stellen wurden kommunistische Transparente und Plakate heruntergerissen, die Schilder der »Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft« zertrümmert. Jedoch zu entscheidenden Aktionen konnte sich niemand aufraffen, und niemand war vorhanden, der die Empörung, die sich nun Luft machte, ernsthaft führte.

Ein unbekannter Sprecher in dem eroberten Wagen gab schließlich die Parole aus, alle Arbeiter Berlins sollten sich am nächsten Morgen auf dem Straußberger Platz versammeln. Gegen 17 Uhr löste sich die große Demonstration auf, und der Lautsprecherwagen wurde in rührender Naivität wieder zurückgegeben. Die Arbeiter gingen stolz über ihre Demonstration völlig friedlich wieder nach Hause.

Während in den Wohnhäusern die Vorfälle aufgeregt besprochen wurden und erst jetzt ganz Berlin von ihnen Kenntnis erhielt, herrschte in den Zentralen der SED, der Volkspolizei und der Regierung fieberhafte Tätigkeit und Vorbereitung, um die Volksbewegung aufzufangen oder niederzuschlagen. Die sowjetrussische Besatzungsmacht wurde genau über den Stand der Dinge informiert.

Der 17. Juni kam über den wolkenverhangenen Himmel von Berlin herauf. Es regnete. Der amerikanische Westberliner Sender RIAS hatte schon am Vortag die ersten Nachrichten von den Demonstrationen in Ostberlin bekanntgegeben. Durch diese Nachrichten erfuhr nicht nur die Welt, sondern in erster Linie die Bevölkerung in Mittel- und Westdeutschland von dem Geschehen. Als aber später Berliner Bauarbeiter im RIAS-Sendehaus eintrafen, über die Vorgänge berichteten und baten, zu ihren Kollegen im Ostsektor und in der Zone sprechen zu dürfen, damit überall der Generalstreik ausgerufen werden könnte, verweigerte der amerikanische Chefredakteur des RIAS den Bauarbeitern diese Bitte. Noch im Laufe des Nachmittags befahl das amerikanische Hauptquartier aus Mehlem am Rhein dem RIAS-Sender, ja keine Aufforderung zu Streik oder Demon-

strationen durchgehen zu lassen; das Wort »Generalstreik« dürfe in den Sendungen überhaupt nicht erwähnt werden.

Doch nicht nur die Amerikaner ließen die demonstrierenden Ostberliner Arbeiter vom ersten Augenblick an im Stich, auch aus der Bundesrepublik kamen keine Kommentare und vor allem keine Solidaritätserklärungen für die Ostberliner Arbeiter. In den Bonner Partei- und Regierungsstellen herrschte betroffenes Schweigen. Als erster sprach der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in der Nacht vom 16. zum 17. Juni im Rundfunk über die Ereignisse und forderte die West- und Mitteldeutschen auf, niemand solle sich zu gefahrvollen Aktionen verleiten lassen, Besonnenheit sei das Gebot der Stunde.

Als es dem Westberliner Gewerkschaftsvorsitzenden Ernst Scharnowski in den frühen Morgenstunden des 17. Juni gelang, im RIAS die Arbeiter der Zone zur Solidarität mit den Ostberliner Bauarbeitern aufzurufen, erklärte der Deutsche Bundestag dies »als lebensgefährliche Provokation und unbegreifliche Verantwortungslosigkeit«.

Vielleicht wäre der ganze Volksaufstand anders verlaufen, wenn sich der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter in Berlin befunden hätte. Es ist von besonderer Tragik, daß Ernst Reuter sich am 16. Juni auf einer Tagung in Wien aufhielt. Er raste sofort zur amerikanischen Kommandantur in Wien und bat um einen Platz in einem US-Militärflugzeug, um schnellstens nach Berlin zu gelangen. Die Amerikaner jedoch verweigerten Oberbürgermeister Reuter die Möglichkeit der Rückkehr. Reuter hatte darüber hinaus in russischer Sprache einen Aufruf an die Soldaten der Sowjetarmee vorbereitet und bat, wenigstens dieses Band nach Berlin zu bringen und im RIAS zu senden. Reuters Rede war lediglich eine Aufforderung an die Sowjetsoldaten, nicht auf die unbewaffneten deutschen Arbeiter zu schießen. Die Amerikaner nahmen das Band entgegen, beschlagnahmten es und sendeten nichts.

Als eine russische Emigrantenorganisation in Westberlin einen Lautsprecherwagen an die Grenzen des Ostsektors sandte, um auf die sowjetischen Soldaten einzuwirken, wurde der Wagen von den Westalliierten beschlagnahmt.

Die am Morgen des 17. Juni zu ihrer Arbeit in den Betrieben Ostberlins eintreffenden Arbeiter diskutierten lebhaft die Ereignisse und besprachen die Möglichkeit von eigenen Aktionen.

Endlich wurden nun in den verschiedenen Betrieben und Orten Streikleitungen gewählt. Es zeigte sich später, daß nur Arbeiter bereit waren,

sich wählen zu lassen; die sogenannte Technische Intelligenz verweigerte die Mitarbeit, die Intellektuellen beteiligten sich in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht an den Aktionen. Es waren die Jahrgänge zwischen dem 25. und 40. Lebensjahr, die sich bei den sich anbahnenden Maßnahmen besonders bewährten – die Jugend und die Frontgeneration. Später hoben die SED-Funktionäre besonders hämisch hervor, daß sich unter den Arbeitern, die den Volksaufstand führten, außerordentlich viele frühere Soldaten und Unterführer der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS befanden. In Ostberlin legten nahezu in allen Betrieben die Arbeiter ihre Arbeit nieder, mit Ostberlin noch 274 Orte mit 372 000 streikenden Demonstranten.

Die Zentren der Erhebungen neben Berlin und seiner Umgebung waren das mitteldeutsche Industriegebiet mit den Städten Bitterfeld, Halle, Leipzig, Merseburg, Magdeburg, Jena, Gera, Brandenburg und Görlitz. Die geschlossen aufmarschierenden Belegschaften der Großbetriebe waren so machtvoll, daß es den roten Machthabern buchstäblich die Sprache verschlug. Angesichts dieser Lawine, die auf sie zukam, waren sie ohnmächtig. Die Leuna-Werke marschierten mit 23 000 Mann, die Buna-Werke mit 18 000 Mann, die Farbenfabriken Wolfen mit 12 000, die Henningsdorfer Werke mit 14 000 Mann. In Ostberlin allein streikten 24 Betriebe mit insgesamt 27 000 Arbeitern, in Bitterfeld 7 Betriebe mit 58 000 Arbeitern, in Halle 9 Betriebe mit 10 000 Arbeitern, in Leipzig 6 Betriebe mit 8000 Arbeitern, in Magdeburg 16 Betriebe mit 38 000 Arbeitern, in Jena 4 Betriebe mit 18 0000 Arbeitern, in Gera 11 Betriebe mit 6000 Arbeitern, in Brandenburg 12 Betriebe mit 13 000 Arbeitern, in Görlitz 6 Betriebe mit 10 000 Arbeitern.

Überall forderten die Arbeiter die Rückgängigmachung der Normenerhöhung, die Senkung der Lebenshaltungskosten, vor allem der Lebensmittelpreise, und schließlich den Rücktritt der kommunistischen Regierung und freie Wahlen.

Jetzt war der schicksalhafte Augenblick für Restdeutschland gekommen! Jetzt war der Augenblick da, wo eine Lohe jener Begeisterung, die die Massen in Mitteldeutschland schon erfaßt hatte, nach Westdeutschland überspringen mußte. Noch wußten die Sowjets nicht, wie sie sich angesichts dieser rein proletarischen deutschen Massenerhebung verhalten sollten. Die Organe des SED-Regimes waren noch wie gelähmt. Die Sowjettruppen hatten lediglich seit den ersten Morgenstunden des 17. Juni die Bahnhöfe und Postämter aller größeren Städte besetzt und ihre Truppen

bei den Werften und Ostseehäfen und im Uran-Gebiet zusammengezogen.

Aber der Westen ließ Mitteldeutschland im Stich. Kanzler Adenauer gab am 17. Juni vor dem Bundestag eine lendenlahme Erklärung ab, in der er versicherte: »Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden könnten. Eine wirkliche Änderung des Lebens der Deutschen in der Sowjetzone und in Berlin kann nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit erreicht werden.«

Die Wiederherstellung der deutschen Einheit war mit salbadernden Worten nicht zu erreichen.

Vor den Ostberliner Regierungsgebäuden in der Leipziger Straße standen die blauuniformierten Ketten der Volkspolizei.

Als der erste Demonstrationszug vom Straußberger Platz über den Alex zur Leipziger Straße einschwenkte, warfen sich die Volkspolizisten in zwei Ketten den Arbeitern entgegen, sie wurden über den Haufen gerannt. Um 8 Uhr unternahmen 15 000 Menschen den Versuch, die roten Regierungsgebäude in der Leipziger Straße zu stürmen. Aufgeregt drangen 500 Volkspolizisten knüppelschwingend auf die Demonstranten ein und stießen sie zurück.

Zur selben Zeit rissen in der Wilhelmstraße Demonstranten eine Straßensperre nieder. »Schluß mit den Sektorengrenzen!« tobte die Menge. Wenig später brannten auf dem Potsdamer Platz Grenzschilder, kommunistische Plakate und Transparente.

In Westberlin aber sperrte die westalliierte Militärpolizei und die Westberliner deutsche Polizei die Zufahrtsstraßen zur Sektorengrenze ab, um den Zustrom der Westberliner abzufangen und ihre Vereinigung mit den Ostberliner Demonstranten zu verhindern. Britische Militärpolizei zog vor dem in ihrem Sektor gelegenen Sowjetischen Ehrenmal auf, um es so vor der Zerstörung durch die Westberliner zu schützen.

Um 9 Uhr marschierte der Demonstrationszug von 12 000 Arbeitern aus dem Walzwerk Henningsdorf heran. Auf ihrem Marsch nach der Leipziger Straße mußten die Henningsdorfer Teile des französischen Sektors passieren. Die Franzosen versuchten nun den Durchmarsch zu verhindern. Doch die Henningsdorfer fegten die französischen Militärpolizisten hinweg.

In der Leipziger Straße waren die ersten sowjetischen Panzerspähwagen aufgefahren und marschierten kriegsmäßig ausgerüstete Kompanien der Kasernierten Volkspolizei in ihren olivgrünen Uniformen auf. Trotzdem gelang es den Demonstranten, das Hintertor des Palastes Eingang Zimmerstraße einzudrücken. Die entsicherten Maschinenpistolen der Vopo versperrten den weiteren Weg.

Auch in der Friedrichstraße, Ecke Zimmerstraße, wurden die Demarkationsschilder zertrümmert und die Baracke der Volkspolizei in Brand gesteckt. Wenig später flammte eine andere Polizeibaracke in der Leipziger Straße lodernd auf. Aus dem Fenster der belagerten Polizeiwache im Kolumbus-Haus am Potsdamer Platz wehte bald die weiße Flagge. In der Leipziger Straße rissen die Demonstranten das Schild »Präsident der Deutschen Demokratischen Republik« herab und zertrümmerten es auf dem Boden. Aus den Betrieben von Oberschöneweide und Treptow rückten immer weitere Verstärkungen heran. Der S-Bahnverkehr in ganz Berlin erlahmte. Die Menschenmengen waren schier unübersehbar angewachsen.

Es war nun 11.15 Uhr. Am Pariser Platz fuhren sowjetische Panzerspähwagen auf. Dessenungeachtet kletterten Jugendliche auf das Brandenburger Tor, holten die Sowjetfahne ein und warfen sie im großen Bogen in die Menge, die sie jubelnd zerriß.

Um 11.45 Uhr demonstrierten 50 000 Berliner im Lustgarten. Die Bewegung schien von Stunde zu Stunde zu wachsen. 20 sowjetische T 34 und 15 sowjetische Panzerspähwagen fuhren mitten durch die Menge, versuchten sie zu zerteilen oder einzukreisen.

Die Stahlarbeiter aus Henningsdorf stürmten das Walter-Ulbricht-Stadion. Zu Mittag stellten auch die Straßenbahnen und Omnibusse in Ostberlin ihren Verkehr ein.

In Westberlin waren Hunderte von deutschen und alliierten Polizisten eingesetzt, um die große Zahl der Westberliner, die sich immer wieder an den Sektorengrenzen sammelten, ins Innere von Westberlin abzudrängen und mit allen Mitteln das Passieren nach Ostberlin zu verhindern.

Kurz nach Mittag erhielten die sowjetischen Truppen ihren Einsatzbefehl. Die sowjetische Militärregierung verhängte den Ausnahmezustand. 3000 Sowjetsoldaten und 10 000 Vopos gingen im Regierungsviertel zum Angriff über. Um 13 Uhr griffen sowjetische Panzer auf dem Potsdamer Platz an. Die Menschen wichen entsetzt nach allen Seiten aus. Die Volkspolizei eröffnete bald das Feuer. Auf dem Lustgarten, auf dem Alexanderplatz, auf dem Rosenthaler Platz, überall tauchten nun die Panzer-

in Rudeln auf. In der Friedrichstraße feuerten die Sowjetpanzer gegen die Streikenden. Immer wieder peitschten einzelne Schüsse. Während die Sowjetarmisten zum Großteil offensichtlich in die Luft schossen, schossen die deutschen Volkspolizisten in die Menge.

In der Leipziger Straße schoben mutige Jugendliche schwere Balken zwischen die Kettenglieder eines Panzers, der sich bald hilflos im Kreise drehte. Die Demonstration erhielt immer mehr den Charakter eines Volksaufstandes. Staats- und Parteifunktionäre, ja nur durch Abzeichen erkenntliche Anhänger des kommunistischen Regimes wurden verprügelt und niedergeschlagen. Überall bildeten sich Widerstandszentren. Kraftfahrzeuge der SED-Funktionäre wurden von den empörten Massen gestoppt und in Brand gesetzt.

In der Friedrichstraße wuchsen die Demonstranten erneut auf 20 000 Menschen an, die kurz entschlossen die unteren Stockwerke der SSD-Zentrale stürmten. Akten und Möbel flogen im hohen Bogen durch die Fenster, während sich die verängstigten Staatspolizisten im dritten Stock, wohin sie geflohen waren, verbarrikadierten und zitternd verteidigten.

Um 15.30 Uhr schoß die Vopo, immer gedeckt durch die sowjetischen Panzer, in der Leipziger Straße wieder wahllos auf die Menge. Allein in den Westberliner Krankenhäusern befanden sich zu dieser Zeit bereits über 60 Verwundete. Der 21jährige Ostberliner Horst Bernhagen erlag als erster den Verletzungen.

Um 16 Uhr wurde Otto Nuschke, der stellvertretende Ministerpräsident der kommunistischen Pankower Regierung, in seinem Wagen von den Demonstranten erkannt, die sich sofort seiner bemächtigten. Sie prügelten ihn hinüber nach Westberlin, wo ihn die Polizei in Schutzhaft nahm. Die Blamage war grenzenlos.

Überall kam es zu Zusammenstößen. Aus dem Kolumbus-Haus am Potsdamer Platz schlugen die Flammen empor. Aus dem Raum Zossen-Großbeeren rollte eine volle Panzerdivision der Sowjetarmee nach Ostberlin.

Überall in Mitteldeutschland wurden die Bilder des verhaßten kommunistischen Regimes und seine Transparente herabgerissen, Propaganda-Kioske und Parteidienststellen gestürmt. In vielen Orten wurden die politischen Gefangenen, meist Arbeitskollegen der Demonstranten, aus den Gefängnissen befreit. Aber nirgendwo zeigte sich der Ansatz einer einheitlichen Führung. Den meuternden Kompanien fehlte der Generalstab. Die erbeuteten Waffen wurden entweder regelrecht vernichtet oder sogar

wieder zurückgegeben. Nirgendwo, mit Ausnahme von Dresden, wo die Arbeiter versuchten, die Hauptpost zu stürmen, wurde der Versuch unternommen, die Nachrichtenzentren und das Verkehrswesen – Voraussetzungen für das Gelingen des Volksaufstandes – in die Hand zu bekommen.

In Westberlin hatten die westalliierten Truppen gemeinsam mit der Westberliner Polizei alle Straßenübergänge hermetisch abgesperrt. Auch am Brandenburger Tor war der Sektorenübergang völlig abgeriegelt. Auf beiden Seiten Unter den Linden fuhren die Rotarmisten Pak in Stellung auf.

Während auf dem Oranienplatz in Westberlin ohnmächtig mehr als 60 000 Menschen ihre Solidarität für den Kampf um die Freiheit ihrer Brüder in Ostberlin bekundeten, starben drüben Menschen. Unter ihnen ein 9jähriger Junge. In der Stresemannstraße, Ecke Prinz-Albert-Straße, knapp an der Sektorengrenze, wurde der 25jährige Westberliner Dr. Oskar Pohl erschossen.

Um 21 Uhr verhängten die Sowjets über Ostberlin die totale Ausgeh- und Verkehrssperre. Alle Straßen waren wie leergefegt. An allen Verkehrsknotenpunkten biwakierten Sowjettruppen mit Panzern und Geschützen. Doch immer noch hallten durch die unruhige Nacht vereinzelte Schüsse.

In den Morgenstunden des 18. Juni war Ostberlin eine völlig tote Stadt. Gegen Westberlin waren die Sowjettruppen und die Volkspolizei in Stellung gegangen, an allen Hauptübergängen standen Panzer, sowjetische Infanterie hatte sich in den Grünanlagen kriegsmäßig eingegraben. Zwar fielen am Potsdamer Platz immer wieder Schüsse, aber von einem organisierten Widerstand konnte man nicht mehr reden.

Um 15 Uhr verkündete der russische Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin, Generalmajor Dibrowa, daß der arbeitslose Westberliner Maler Willi Göttling wegen angeblicher Teilnahme an den Demonstrationen zum Tode verurteilt und auch bereits erschossen worden sei. Mit 25 000 Mann hatte die Sowjetarmee die Demonstration der Berliner erstickt. Wohl flammten in ganz Mitteldeutschland unentwegt Demonstrationen und Widerstände auf, doch sie brachen zum Teil erst aus, als der Berliner Volkswille schon niedergeknüppelt worden war. Jetzt griffen Sowjetarmee und SED-Regierung hart zu.

Eine irrlichternde Hoffnung war erloschen. Die Mitteldeutschen wußten nun endgültig, daß die Westalliierten sie verraten und verkauft hatten, daß von den schönen Rundfunksendungen von der Freiheit und der

Demokratie im Ernstfalle nichts übrigblieb als eine hohle Phrase. Und sie mußten auch erbittert erkennen, daß die Westdeutschen erschreckt und vorsichtig abgewartet hatten. Die Zuchthäuser in Mitteldeutschland begannen sich rasend aufzufüllen.

Der SED-Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, gab am 25. Juni im Ostberliner Ministerrat bekannt, daß bei den Unruhen 4 Volkspolizisten, 2 Zuschauer und 19 Demonstranten erschossen und 378 Personen, darunter 191 Vopos, verwundet worden waren. In Westberlin wurde bekannt, daß 29 Deutsche wegen ihrer Teilnahme am Volksaufstand hingerichtet worden waren.

Am 1. Juli hob der sowjetische Generalmajor P. T. Dibrowa das nächtliche Ausgehverbot für Ostberlin wieder auf.

Der Deutsche Bundestag, der während des Volksaufstandes so kläglich geschwiegen hatte, verabschiedete am 3. Juli gegen die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten ein Gesetz, wonach der 17. Juni zum Tag der deutschen Einheit und gesetzlichen Feiertag erklärt wurde.

Ein paar Monate später, am 7. September, erklärte Kanzler Adenauer daß man immer wieder von einer Wiedervereinigung Deutschlands spräche, und meinte, man solle lieber von einer Befreiung des Ostens sprechen.

Auf die Westalliierten hatte der Ausbruch des Freiheitswillens in Mitteldeutschland wie ein eisiger Schock gewirkt. Besonders die führenden Politiker und Militärs in Frankreich befürchteten, daß man in Westdeutschland die künftigen militärischen Kontingente zwangsläufig dazu benützen würde, um Mitteldeutschland mit Gewalt zu befreien. Eine förmliche »Mourir-pour-Königsberg«-Panik (Sterben für Königsberg) breitete sich vor allem in Paris aus, und im NATO-Rat meinte Frankreichs ständiger Vertreter, Hervé Alphand, resigniert, nach solchen Ereignissen könne man kaum noch erwarten, daß sich die vorgesehenen westdeutschen EVG-Divisionen mit der Idee der bloßen Verteidigung des Westens zufriedengeben würden.

Schon am 22. Juni hatte der stellvertretende Vertreter der USA im ständigen NATO-Rat aus Paris an Präsident Eisenhower auf Grund eiligst angestellter Recherchen mitgeteilt, die Mehrheit der französischen Politiker zöge direkte Verhandlungen mit Sowjetrußland der Wiederbewaffnung Deutschlands und sogar seiner Aufnahme in die NATO vor. Als Gesprächspartner nannte der amerikanische Diplomat Georges Bidault, Pierre Mendes-France, André Marie, Antoine Pinay, Edouard Herriot, Jules Moch, Gaston Palwski, Henri Queuille, Edgar Faure und René Pleven.

Am 1. September 1953 stellte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht den Antrag, die Deutsche Reichspartei als verfassungsfeindlich zu verbieten. Der Antrag stützte sich auf Agentenmaterial des Niedersächsischen Innenministers Borowski.

Dagegen beantragte die DRP eine einstweilige Verfügung gegen den Bundeskanzler, und tatsächlich untersagte das Landgericht Hannover am 3. September 1953 Kanzler Adenauer unter Androhung einer Strafe, die DRP als verfassungsfeindlich zu bezeichnen.

In Berlin aber starb am 29. September der Regierende Bürgermeister Professor Dr. Ernst Reuter, der dem 17. Juni nie ganz überwinden konnte, an einem Herzschlag.

Die separatistische Hoffmann-Regierung von Saarbrücken erließ ein Gesetz, nach welchem Einwohner des Saargebietes ihre Staatsangehörigkeit verloren oder ausgewiesen werden konnten, wenn sie einem »ausländischen« Parlament angehören. Als Dr. Karl Walz für die CDU im Deutschen Bundestag und Hermann Trittelvitz für die SPD kandidierten, wurde ersterer des Landes verwiesen, und der zweite mußte nach Ludwigshafen umziehen.

1953 mußten 10 954 Menschen im Straßenverkehr sterben; 8930 nahmen sich selbst das Leben; 325 wurden ermordet.

Am 30. Januar 1954 begann in der »Neuen Illustrierten« die Veröffentlichung des Kasernenhof-Romanes »Null-Acht-Fünfzehn« von Hans Hellmut Kirst. Damit wurde auch in der Literatur – oder in dem, was man so nennt – die große Diffamierung des deutschen Soldatentums auf breitester Front begonnen. An den von seiner Phantasie erdachten Figuren schilderte der Autor in drei Bänden alle Schattenseiten des Soldatenlebens in der üblich einseitigen Form. Dank einer riesigen Propaganda und da er seine Handlungen in den historischen Rahmen stellte, glückte es ihm, einen Großteil der allgemeinen Aufmerksamkeit zu erringen. Das Erstaunliche dabei war, daß Kirst selbst rund 10 Jahre als Berufssoldat, lange Zeit als Hauptwachtmeister in der Rekrutenausbildung zugebracht hatte und gegen Ende des Krieges als Oberleutnant der Deutschen Wehrmacht sogar NSFO (Nationalsozialistischer Führungsoffizier) seiner Brigade gewesen war.

Die Gloria-Film ließ es sich nicht nehmen, »Null-Acht-Fünfzehn« zu verfilmen, um der ganzen Welt dieses beschämende Zerrbild eines deutschen Soldatentums, das es in dieser Form nie gegeben hatte, zu vermitteln.

Dieser Erfolg ließ bald auch andere Autoren in Kirsts Fußtapfen treten und die Diffamierung des deutschen Soldaten zum großen Geschäft verschiedener Skribenten werden.

Der Schöpfer der deutschen Panzerwaffe, Generaloberst Heinz Guderian, starb im Alter von 65 Jahren am 14. Mai in Schwangau. Bei seiner Beisetzung schoß eine Hundertschaft Bundesgrenzjäger drei Ehrensalven über den Sarg, der mit der Reichskriegsflagge bedeckt war.

Im Juni 1954 endete der Streit zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Reichspartei mit einem merkwürdigen Vergleich. Rechtsanwalt Dr. Rudolf Aschenauer erschien wenige Tage vor der Verhandlung gegen Adenauer in Hannover und schlug der DRP einen Ausgleich vor, der auch tatsächlich zustande kam. Kanzler Adenauer verzichtete auf eine Feststellungsklage gegen die DRP, während diese wieder von einer einstweiligen Verfügung gegen Adenauer Abstand nahm. Die Bundesregierung war zu diesem Vergleich gezwungen, weil es sich unterdessen erwiesen hatte, daß das Niedersächsische Agentenmaterial keinesfalls für ein Verbot der DRP ausreichte.

In Paderborn wurde am 15. Juni 1954 der Kameradenschinder und Titospitzel Georg Wypukol nach Vernehmung von 65 Tatzeugen wegen mehrfacher schwerer Nötigung, Freiheitsberaubung und schwerer Körperverletzung, die in einem Fall zum Tode führte, mit 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wypukol hatte im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager Werschetz seine mitgefangenen Kameraden bespitzelt und schließlich den Tito-Kommunisten als prügelnder Vernehmer gedient.

Zur gleichen Zeit wurde in München Heinrich Pfeiffer wegen seiner Untaten gegen seine Mitgefangenen in der jugoslawischen Gefangenschaft als Kameradenschinder wegen Beihilfe zur Freiheitsberaubung, Nötigung und schwerer Körperverletzung in 23 Fällen zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Sofort schaltete sich der jugoslawische Botschafter in Bonn, Dr. Mladen Ivekovic, ein und intervenierte bei der Bundesregierung. Vorgänge zu schildern, die in jugoslawischen Kriegsgefangenenlagern passiert seien, erklärte Ivekovic, würde seine Regierung als Hetze gegen Jugoslawien auffassen. Dies könnte ernsthaft die Rückkehr der noch in Jugoslawien gefangenen Deutschen erschweren.

Aus Angst vor der jugoslawischen Reaktion waren die Presseberichterstatter von den Justizministerien schon bei den beiden Verhandlungen

gebeten worden, über die Schilderungen der jugoslawischen Grausamkeiten nur sehr zurückhaltend zu berichten.

Am 20. Juli 1954 erlebte die Bundesrepublik ihren neuesten Skandal. Dr. Otto John, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der erste Geheimnisträger der Bundesrepublik, hatte sich, nachdem er in Plötzensee an einer 20.-Juli-Feier teilgenommen hatte, ins Westberliner Hotel »Schätzle« begeben. Von dort war er zu seinem Freund, dem Frauenarzt Dr. Wolfgang Wohlgemuth, in dessen Praxis in die Uhlandstr. 175 gefahren. Gegen 21 Uhr fuhren dann John und Wohlgemuth im Wagen über die Sandkrugbrücke in den Sowjetsektor.

Der höchste Sicherheitsmann, dem der Schutz der Verfassung anvertraut worden war, hatte die Front gewechselt und befand sich im Lager der erbittertsten Feinde der Bundesrepublik.

Die Nachricht löste fürs erste ein totales Chaos aus. Gerüchte, daß John verschleppt worden wäre, daß er schon seit Jahr und Tag als kommunistischer Agent tätig gewesen wäre, daß er im Auftrag der Engländer die Fronten gewechselt habe, jagten einander.

Als im November 1950 das Verfassungsschutzamt gegründet wurde, wollte Kanzler Adenauer seinem Mitarbeiter Hans Wirmer die Leitung dieses Amtes übergeben. Jedoch die dafür entscheidenden westlichen Besatzungsmächte und die Sozialdemokraten erhoben dagegen Einspruch. Auch die drei nächsten Kandidaten wurden von den Westalliierten abgelehnt, so daß vier weitere Persönlichkeiten, die vorgesehen waren, verzichteten. Andere Bewerber, die folgten, wurden wieder von den Alliierten abgelehnt. Da schlug Minister Jakob Kaiser plötzlich Dr. Otto John vor. Die Westalliierten, vor allem die Engländer, stimmten sofort zu. Und das mit gutem Grund.

Durch Hauptmann Dr. Ludwig Gehre kamen Dr. Otto John und sein Bruder, Dr. Hans John, mit dem deutschen Widerstand in der deutschen Abwehr in Verbindung. Am 20. Juli 1944 wurde Otto John von Madrid nach Berlin beordert und sollte am 20. Juli in der Bendlerstraße Aufträge erhalten. Nachdem der Putsch zusammenbrach, gelang es Otto John, noch am Abend des 20. Juli aus Berlin zu flüchten. Sein Bruder Hans dagegen wurde verhaftet und später hingerichtet. Otto John aber glückte es, über Madrid und Lissabon nach London zu entkommen.

Otto John, der im britischen Geheimdienst den Decknamen Oskar Jürgens führte, hatte schon aus Madrid nach Berichten des britischen Colonel Daniel Shapiro die deutsche Versuchsanstalt Peenemünde den Eng-

ländern verraten, die dieses wichtige deutsche Rüstungszentrum mit 600 Bombern vernichteten. John wurde in England während des Krieges ein wesentlicher Mitarbeiter der berüchtigten Hetzsender Sefton Delmers, verhörte im britischen Auftrag deutsche Kriegsgefangene und kehrte schließlich in britischer Uniform Anfang 1946 als Mitarbeiter der britischen Besatzungsmacht nach Deutschland zurück. »Mr. John« beschaffte Belastungsmaterial gegen deutsche Angeklagte in Berlin, wirkte für die Alliierten Ankläger im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, im Prozeß gegen das Auswärtige Amt, gegen die Direktoren der IG-Farben und schließlich gegen Feldmarschall von Manstein.

Aber nach der ersten Welle der alliierten Rachejustiz gab es dann in Deutschland keine Verwendung mehr für John. Er resignierte und beschloß, nach London zurückzukehren und sich dort als Rechtsanwalt niederzulassen. Dann änderte er seine Pläne und bewarb sich, offensichtlich auf britischen Rat, um eine Anstellung im Auswärtigen Amt. Infolge seiner Rolle im Prozeß gegen das Auswärtige Amt, vor allem gegen Weizsäcker, bildeten sich jedoch solche Widerstände gegen John, daß er abgelehnt wurde. Gerade zur rechten Zeit fand sich für den Gescheiterten der »Job« im Verfassungsschutzamt.

Doch auch hier wurde John, der der Bundesregierung von den Westalliierten, vor allem den Engländern, praktisch aufgedrängt war, nicht mit offenen Armen aufgenommen. Schon 1952 wurde John von seinem eigenen Amt überwacht. Er war verdächtigt worden, in der Schweiz ein geheimes Bankkonto und Beziehungen zu Ost-West-Handelsgesellschaften zu unterhalten. Und nun hatte er wieder einmal die Fronten gewechselt.

Am 23. Juli erklärte John über den Rundfunk der DDR, er sei wegen der deutschen Wiedervereinigung und besonders wegen der Nazis, die sich immer mehr im politischen und öffentlichen Leben der Bundesrepublik durchsetzten, nach Ostberlin geflüchtet.

Wenige Stunden danach erschoß sich in Westberlin der Captain der CIC, Wolfgang E. Hoefer, ein deutscher Emigrant, der als amerikanischer Nachrichtenagent engstens mit John befreundet gewesen war.

Am 28. Juli meldete sich John wieder im DDR-Rundfunk, wiederholte seine Behauptungen und erweiterte sie: »Die einseitige Bindung an die amerikanische Politik durch Dr. Adenauer, die damit verbundene Remilitarisierung und Wiederbelebung des Nationalsozialismus führen zwangsläufig zu einem neuen Krieg ...«

Adenauer wies im Südwestfunk am 6. August Johns Beschuldigungen zurück, er gestand, daß John nicht geeignet gewesen war, den Verfassungsschutz zu führen, und schob die ganze Schuld an dieser gräßlichen Blamage unmißverständlich den Engländern zu.

Am selben Tag besuchte Dr. John in Ostberlin demonstrativ Professor Dr. Erich Correns, den Präsidenten der kommunistischen Nationalen Front, und erklärte, daß er »seine Kräfte freudig für diese patriotische Aufgabe« zur Verfügung stelle. Gemeinsam mit Correns besichtigte er die Stalin-Allee und besuchte das Café Warschau.

In der Bundesrepublik herrschte nach wie vor innerhalb und außerhalb der Regierungsstellen wegen der Affäre Otto John ein heilloses Debakel. Niemand konnte eine Erklärung abgeben, die in der Öffentlichkeit Glauben fand. Schließlich setzte Bundesminister Dr. Gerhard Schröder 500 000 DM als Belohnung für die Aufklärung des Falles John aus.

Am 11. August stellte Dr. Wilhelm Girnus vom »Ausschuß für deutsche Einheit« Dr. Otto John in Ostberlin der internationalen Presse vor. John wiederholte aufs neue nun auch vor den Vertretern des Westjournalismus seine Beschuldigung vom Neofaschismus und Militarismus der Bundesrepublik und beschuldigte eine Reihe Generäle und Marschälle der Deutschen Wehrmacht, einige ehemalige Nationalsozialisten und Funktionäre der Bundesrepublik, den Krieg planmäßig vorzubereiten. Zu den Journalisten gewandt, erklärte er: »Zunächst möchte ich klarstellen, daß ich selbst diese Pressekonferenz gewünscht und veranlaßt habe, weil es mir sehr darauf ankommt, zur Weltöffentlichkeit zu sprechen. Von vornherein möchte ich sagen, daß ich nicht die Absicht habe, mich heute mit denen auseinanderzusetzen, die bisher versteckt und nun ganz offen gegen mich hetzen. Dies bleibt einer späteren Zeit vorbehalten. Was auch immer an Verleumdungen gegen mich aufgetischt werden mag, meine Entschlüsse und meine Handlungen werden allein durch die Überzeugung bestimmt, die ich mir auf Grund meiner eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse gebildet habe. Ich bin und bleibe geistig so frei und politisch so unabhängig, wie ich es immer gewesen bin.«

Eine Broschüre, die dieser kommunistische Ausschuß später verbreitete, hält den Text der Rede Otto Johns vor der internationalen Presse unter dem Titel »Ich wählte Deutschland« fest.

Am 21. August lief auch der CDU-Bundestagsabgeordnete, Mitglied des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen und des Ausschusses für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Karl-Franz Schmidt-Wittmack,

nach der DDR über. Er warnte ebenfalls auf einer Pressekonferenz am 26. August in Ostberlin vor der deutschen Wiederbewaffnung und den westdeutschen Kriegsvorbereitungen.

Dr. Otto John reiste dann als Gast in die Sowjetunion, wo er vorerst verweilte. Am 12. Dezember 1955 tauchte Otto John genauso mysteriös, wie er verschwunden war, wieder in Westberlin auf, diesmal in Begleitung des dänischen Journalisten Henrik Bonde-Henriksen. Dieser erklärte, John in seinem Wagen von der Ostberliner Humboldt-Universität durchs Brandenburger Tor in den Westsektor gefahren zu haben.

Ein britisches Sonderflugzeug brachte dann den verspäteten »Heimkehrer« nach Bonn. Dort wurde John in Haft genommen und schließlich am 22. Dezember 1956 vom 3. Senat des Karlsruher Bundesgerichtshofes wegen zeitweiliger Propaganda für die SED zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Dies obwohl der Oberbundesanwalt Max Güde erstaunlicherweise nur zwei Jahre Gefängnis gefordert hatte. Seine phantastischen Erklärungen, er sei von seinem Freund Dr. Wohlgemuth betäubt und nach dem Osten verschleppt worden, fanden weder in der Öffentlichkeit noch vor Gericht Glauben.

Schon am 15. Juli 1954 ergingen von dem Ersten Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR gegen den ehemaligen Handelsminister Dr. Karl Hamann und seine ehemaligen Mitarbeiter Paul Baender, Harald Schaumburg, Dr. Gerhard Last und Herbert Löffler schwere Urteile. Sie wurden für schuldig befunden, die planmäßige Belieferung der mitteldeutschen Bevölkerung mit Nahrungsgütern sabotiert, die erforderlichen Lebensmittel nicht bereitgestellt oder fehlgeleitet zu haben, und Hamann zu zehn Jahren Zuchthaus, Baender zu sechs Jahren, Schaumburg zu vier, Last und Löffler zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Man versuchte mit solchen verzweifelten Maßnahmen der Mißstimmung, die auf die schlechte Versorgung der Bevölkerung zurückzuführen war, und der immer mehr anwachsenden Fluchtbewegung Herr zu werden.

Allein vom 1. Januar 1953 bis 30. Juni 1954 waren aus Mitteldeutschland 423.966 Menschen in die Bundesrepublik oder nach Westberlin geflüchtet.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erließ am 27. August gegen den Vorsitzenden der KPD, Max Reimann, wegen Vorbereitung zum Hochverrat Haftbefehl, der nicht ausgeführt werden konnte, da Reimann in die DDR geflohen war. Die Mitglieder des KPD-Parteivorstandes, Fritz Rische, Jupp Angenforth, Karl Zemke, und Oskar Seiffert wurden verhaftet.

In Paris verurteilte ein französisches Kriegsgericht am 10. Oktober den früheren Höheren SS- und Polizeiführer in Frankreich Karl Oberg und dessen Adjutanten Helmut Knochen zum Tode. In einem weiteren Verfahren wurde das Todesurteil in langjährige Zuchthausstrafen umgewandelt.

Auf der Pariser Konferenz der Westeuropäischen Union, die vom 19. bis 23. Oktober 1954 tagte, wurde zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung ein Saarabkommen geschlossen, dessen erster Punkt lautete: »Ziel der ins Auge gefaßten Lösung ist es, der Saar im Rahmen der Westeuropäischen Union ein europäisches Statut zu geben. Nachdem dieses Statut im Wege der Volksabstimmung gebilligt worden ist, kann es bis zum Abschluß eines Friedensvertrages nicht mehr in Frage gestellt werden.«

Gegen dieses Saarabkommen erhoben sich in verschiedenen Gruppen und Parteien der Bundesrepublik schwere Bedenken, besonders innerhalb der SPD und der FDP.

Am 23. Oktober 1954 wurde dann in Paris von den Westalliierten – für die USA Dean Acheson, Frankreich Robert Schuman, England Anthony Eden – und der Bundesrepublik, vertreten durch Adenauer, der »Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Folgen«, kurz Überleitungsvertrag genannt, unterzeichnet.

Der Artikel 3 dieses Vertrages bestimmt, daß die Verfolgung von »Personen, die den Verbündeten der drei Mächte bei ihren gemeinsamen Bestrebungen vor Inkrafttreten dieses Vertrages Sympathien bezeigt, Unterstützung gewährt, Nachrichten geliefert oder Dienste geleistet haben«, deutschen Behörden entzogen ist. Mit anderen Worten, alliierte, aber auch deutsche Landesverräter und Spione im alliierten Dienst blieben auch weiterhin im Schutz der Alliierten.

Ferner bestimmte der Absatz 2 des Artikels 3: »... sind deutsche Gerichte und Behörden nicht zuständig in strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahren, die sich auf eine vor Inkrafttreten dieses Vertrages begangene Handlung oder Unterlassung beziehen, wenn unmittelbar vor Inkrafttreten dieses Vertrages die deutschen Gerichte und Behörden hinsichtlich solcher Handlungen oder Unterlassungen nicht zuständig waren, ohne Rücksicht darauf, ob sich diese Zuständigkeit aus der Sache oder aus der Person ergibt.«

In dem zitierten Absatz 3 wird dann festgehalten, wann überhaupt »deutsche Gerichte die ihnen nach deutschem Recht zustehende Gerichts-

barkeit ausüben« dürfen. Von all den aufgeführten Punkten ist der Absatz b am interessantesten. Er lautet: »In Strafverfahren gegen natürliche Personen, es sei denn, daß die Untersuchung wegen der angeblichen Straftat von den Strafverfolgungsbehörden der betreffenden Macht oder Mächte endgültig abgeschlossen war oder diese Straftat in Erfüllung von Pflichten oder Leistungen von Diensten für die Besatzungsbehörden begangen wurde.«

Auf Grund dieses Artikels 3 des Überleitungsvertrages war es auch der souveränen Bundesrepublik gesetzlich verboten, alliierte Kriegsverbrecher und Agenten zu verfolgen, auch dann, wenn alle Beweise ihrer Verbrechen vorlagen. In der Bundesrepublik durften eben nur deutsche Kriegsverbrecher verfolgt und verurteilt werden. Die Kriegsverbrechen der Alliierten blieben durch den Überleitungsvertrag gesetzlich straffrei.

Als natürliche Folge dieses Gesetzes wurden alle Ermittlungen gegen alliierte Kriegsverbrecher unter Hinweis auf diesen Überleitungsvertrag von den deutschen Gerichten eingestellt.

Am 16. Dezember hatte die Bundesrepublik wiederum mit einem hohen Abwehrmann eine Sensation zu registrieren. Der ehemalige Abwehrchef der Dienststelle Blank, Oberstleutnant a. D. Friedrich W. Heinz, verschwand mit dem Leiter des »Westberliner Aufklärungsdienstes« des Amtes Blank, Jakob Kolb, nach Ostberlin. Am nächsten Tage kehrte Heinz wieder zurück und erklärte, er sei von sowjetischen Agenten verschleppt und durch den sowjetischen Geheimdienst vernommen worden. Schließlich sei es ihm aber gelungen, mit Hilfe eines Wäscheseiles aus dem Haus, in dem er gefangengehalten wurde, zu entfliehen und mit der U-Bahn nach Westberlin zu fahren. Heinz wurde im März 1955 einige Tage in Haft genommen, aber kurz darauf wieder in Freiheit gesetzt.

1954 mußte die Bundesrepublik 10 410 Verkehrstote beklagen, 9562 Selbstmörder und 390 Morde. Die Sittlichkeitsverbrechen waren schon auf 18 322 angestiegen. Die Zahl der gerichtlich bekanntgewordenen Straftaten dieses Jahres betrug 1 504 647. Davon waren die Jugendlichen unter 18 Jahren mit 76 070 Delikten beteiligt.

Am 15. Januar 1955 erklärte die Sowjetunion den Kriegszustand mit Deutschland für aufgehoben. Ein Änderung der sowjetischen Grundhaltung in der deutschen Frage erfolgte jedoch nicht.

Die Regierung der Sowjetunion entschloß sich am 31. März 1955, die von der Roten Armee geraubten 750 Kunstwerke der Dresdner Gemälde-

galerie, darunter auch die Sixtinische Madonna von Raffael, der DDR als Geschenk an das deutsche Volk zurückzugeben.

In diesem Frühjahr wurde die österreichische Frage völlig überraschend gelöst. Ähnlich wie Restdeutschland war auch Österreich seit 1945 in einen westlichen und einen östlichen Teil zerrissen. Wien war, genauso wie Berlin, in vier Sektoren geteilt. Allerdings war Österreich politisch, kulturell und wirtschaftlich – wenn auch jeweils nach Besatzungsrichtung gefärbt – eine staatliche Einheit unter einer demokratisch gewählten Bundesregierung geblieben. Die Versuche der Kommunisten, eine gewaltsame Aufspaltung herbeizuführen, waren an der einheitlichen Abwehr aller nichtkommunistischen Parteien und aller Bevölkerungsgruppen gescheitert. Ein österreichisches SED-Experiment glückte nicht.

Dennoch wurde Österreich von den Sowjets hartnäckig ein Friedens- beziehungsweise Staatsvertrag verweigert. Genau wie in der deutschen Frage ging das Tauziehen jahrelang ergebnislos hin und her. Dabei lag es auf der Hand, daß trotz der sichtbaren Parallelen zwischen Österreich und Restdeutschland große entscheidende Unterschiede bestanden. Da war zuerst einmal die Frage der militärischen Potenz: Selbst ein wiederaufgerichtetes Österreich konnte rein zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen. Ganz anders Deutschland, das zweifelsohne jederzeit eine Armee von Millionen auf die Beine zu stellen vermochte, wenn es dies wollte. Die wirtschaftliche Potenz Deutschlands mit seiner riesigen Industriekapazität, die bereits wieder drauf und dran war, Deutschland zum ersten Industriestaat Europas aufwachsen zu lassen, konnte mit jener Österreichs gar nicht verglichen werden.

Dazu kam das psychologische Moment. Deutsche Soldaten – deutsche Industrie – diese Begriffe waren selbst dem letzten Sowjetbürger vertraut. Der Schreck der deutschen Invasion im zweiten Weltkrieg, die bis vor die Tore Leningrads, Moskaus, bis tief in den Kaukasus und nach Stalingrad vorstieß, war dieser Generation bis zu ihrem Erlöschen zu gegenwärtig, als daß sie hätte darauf vergessen können. Deutsche auf seiten des Westens zu sehen – das mußte oder sollte vermieden werden.

Schließlich kamen noch zwei wesentliche Punkte hinzu. Den Deutschen waren wichtigste Räume im Osten geraubt worden: Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Danzig. Die Deutschen aus dem Memelland und Westpreußen waren ebenfalls beraubt und ausgetrieben worden. Einen Teil dieses gigantischen Raubes hatte sich die Sowjetunion selbst einverleibt, den größeren Teil der Kreml großmütig den Polen geschenkt – als

Entschädigung für das polnische Galizien, das sich Moskau 1945 gleichfalls angeeignet hatte. Die Sowjetunion befürchtete deshalb vom ersten Augenblick an eine Revisionsbestrebung der Deutschen, sie konnte daher, wenn sie nicht größte Schwierigkeiten mit den Polen bekommen wollte, nur über eine Wiedervereinigung diesseits der Oder-Neiße verhandeln. Und wußte genau, daß dies deutscherseits auf erbitterten Widerstand stoßen mußte.

Im Falle einer trotzdem zustande kommenden deutschen Wiedervereinigung müßten beide Machtblöcke ihre Truppen aus Restdeutschland zurückziehen. Die Sowjetarmee über die Oder-Neiße, die Amerikaner – über den Atlantik, falls sie nicht als Gasttruppen in Frankreich Aufnahme finden konnten.

Alle diese Probleme gab es in Österreich nicht. Österreich war schon 1918 vor allem um das Sudetenland und Südtirol beraubt worden. 1945 aber hatte sich territorial nichts verändert. Und wenn sich die Sowjetarmee aus Niederösterreich, dem Sowjetsektor Wiens und dem Burgenland zurückziehen würde, war es ein Rückzug von wenigen Kilometern in die kommunistische Tschechoslowakei und in das kommunistische Ungarn. Die Westmächte allerdings hatten keine Grenzen mit Österreich. Ihr Rückzug mußte ein totaler werden.

Schließlich kam in Moskau noch ein Gedanke auf, der wahrscheinlich den Ausschlag gab. Infolge der einseitigen und starren Haltung Adenauers war es dem Kreml nicht gelungen, eine Neutralisierung der Bundesrepublik zu erreichen. Im Gegenteil. Ihre wirtschaftlichen und militärischen Leistungen wurden immer stärker in die westliche Front eingefügt. Ein Modellfall sowjetischer Kompromißbereitschaft mußte sich, so hoffte man offensichtlich im Kreml, in der Bundesrepublik auswirken.

Für die westliche Welt gänzlich unerwartet, erklärte Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet, der vom 3. bis 9. Februar 1955 in Moskau tagte, hinsichtlich Österreichs: Eine weitere Verzögerung des Abschlusses eines Staatsvertrages sei ungerechtfertigt. Er setzte hinzu, die Österreich-Regelung könne nicht ohne Zusammenhang mit der deutschen Frage behandelt werden.

Ferner müsse dafür gesorgt werden, daß jede Möglichkeit eines neuen Anschlusses Österreichs an Deutschland ausgeschaltet würde. Österreich müsse auch die Verpflichtung auf sich nehmen, keinerlei Koalition oder Militärbündnisse einzugehen und keine fremden Militärstützpunkte auf seinem Boden zu dulden.

Abschließend erklärte Molotow, es müsse umgehend eine Viermächtekonferenz in Wien einberufen werden.

Die österreichische Regierung stimmte augenblicklich zu, und der österreichische Bundeskanzler, Ingenieur Julius Rab, reiste am 11. April nach Moskau ab. Schon am 19. April forderten die Sowjets die Westmächte zu einer Viermächtekonferenz auf.

Angesichts der Unruhe, die in ganz Westdeutschland infolge dieser sensationellen Entwicklung in Österreich ausbrach, beeilte sich die Bundesregierung am 23. April unter anderem zu versichern: »Die Bundesregierung sieht in der Vereinbarung der Sowjetunion mit Österreich keinen Modellfall für Gesamtdeutschland. Die Bundesregierung hält dafür, daß das, was für ein Volk von sieben Millionen möglich ist, nicht auf ein Siebzigmillionenvolk übertragen werden kann; sie hält eine Neutralisierung Deutschlands für den Weg in die Unfreiheit, wie ihn die jetzigen Satellitenstaaten gegangen sind. Die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der freien westlichen Völker sei unabdingbar auch für Gesamtdeutschland...«

Moskau entließ als erstes 700 österreichische »Kriegsverbrecher und Spione« in ihre Heimat.

Am 14. Mai begann in Wien die entscheidende Viermächtekonferenz. Schon am 15. Mai 1955 wurde im Marmorsaal des Schlosses Belvedere der einzige gemeinsame Akt der vier Alliierten nach dem Ausbruch des Konfliktes wegen der Verteilung der deutschen Beute vorgenommen. Alle vier Mächte unterzeichneten den österreichischen Staatsvertrag, der im wesentlichen auf den sowjetischen Vorschlägen basierte.

Wenn auch Österreich schwere finanzielle Opfer bringen mußte, war der errungene Vorteil ungleich stärker.

Die Alliierten verpflichteten sich überdies, ihre Truppen aus Österreich bis zum 31. Dezember 1955 abzuziehen. Österreich hatte es geschafft! Es war frei!

Der amerikanische Staatssekretär John Foster Dulles sagte am Ende der Konferenz: »Heute ist es entschieden, daß Österreich wieder seinen Platz unter den freien Völkern einnehmen wird. Man könnte sagen, daß Freiheit und Unabhängigkeit Österreich gegeben werden. Es ist aber viel zutreffender, zu sagen, daß das österreichische Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit selbst zurückgewonnen hat.«

Nahezu zur gleichen Zeit, am 11. Mai 1955, trat die Bundesrepublik Deutschland in Paris dem Nordatlantik-Pakt (NATO) bei, der als Ersatz

für die durch Frankreichs Gegnerschaft gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft gegründet worden war.

Sudetendeutsche Heimatvertriebene entdeckten Anfang 1954 den stellvertretenden Kommandanten des tschechischen Konzentrationslagers Budweis, Hrnecek, in Bayern. In diesem Lager waren 1945 unmenschliche Grausamkeiten an Sudetendeutschen begangen worden, Hrnecek war einer der berüchtigten Marterer und führte den Namen »Henker von Budweis«.

Die Sudetendeutschen erreichten, daß Hrnecek von den Amerikanern vor Gericht gestellt wurde. Auf Grund des erdrückenden Belastungsmaterials und zahlreicher Zeugenaussagen erhielt Hrnecek am 26. Mai 1954 wegen Körperverletzung mit Todesfolge in einem Fall und weiteren 13 schweren Körperverletzungen 8 Jahre Zuchthaus.

Aber schon nach einjähriger Haft wurde Hrnecek freigelassen.

Der tschechische Kommissar Frantisek Kroupa, der für zahlreiche Ermordungen und Grausamkeiten in Sankt Joachimsthal verantwortlich war, wurde von Überlebenden im DP-Lager Murnau entdeckt. Kroupa kam aber erst gar nicht vor Gericht. Als die Sudetendeutschen gegen ihn strafrechtlich vorgehen wollten, schafften die Amerikaner den tschechischen Mörder eilig aus der Bundesrepublik fort.

In Niedersachsen begann ein großes Kesseltreiben gegen den FDP-Kultusminister Leonhard Schlüter. Schlüter, ein rechtsgerichteter Verleger in Göttingen, hatte sich den besonderen Haß aller Linken zugezogen, weil er neben anderen Werken im Herbst 1949 Hans Grimms »Erzbischofsschrift« verlegte, in der der bekannte deutsche Dichter auf die Botschaft des Erzbischofs von Canterbury an das deutsche Volk antwortete. Da sich Schlüter überdies gegen Linkstendenzen und die kommunistische Unterwanderung des Kulturlebens, vor allem des Rundfunks und des Schulwesens, aussprach, war sein Schicksal besiegelt. Seine Vernichtung vollzog sich planmäßig, von einer geheimnisvollen und gespenstigen Regie geleitet, die man immer wieder in der Bundesrepublik Deutschland beobachten kann. Vor Schlüter hatte die SPD das Niedersächsische Kultusministerium durch linientreue Männer beherrscht. Ehe Minister Voigt seinen Posten räumte, verteilte er noch hastig in den letzten 48 Stunden von den noch vorhandenen Geldern in Höhe von 480 000 DM rund 430 000 DM.

Die Gewerkschaften, der »Vorwärts« und die »Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland« stempelten Schlüter sogleich zum »Feind der Demokratie«. Die linksgedrallten Studenten und Professoren der Universität Göttingen veranstalteten Protestaktionen und Fackelzüge gegen

Schlüter. Der Rektor, Professor Emil Wörmann, trat demonstrativ zurück. Als aber trotzdem keine richtige Bewegung in die Affäre kam, traten Fritz Sänger und Franz Barsig auf den Plan. Diese beiden maßgebenden sozialdemokratischen Journalisten sorgten für ein weltweites Echo des Schlüterfalles. Sänger war Chefredakteur der »Deutschen Presseagentur«, und Barsig sandte am 1. Juni einen »Offenen Brief« an über 100 Presseagenturen und Redaktionen, in dem solche Unwahrheiten und Ehrabschneidungen enthalten waren, daß Barsig schließlich in einem Jahre währenden Prozeß am Ende doch verurteilt wurde und eine Erklärung abgeben mußte, daß seine »Behauptungen, wie ohne jeden Zweifel feststeht, unwahr« waren.

An den gelenkten Demonstrationen gegen Schlüter beteiligten sich nicht nur die sozialistischen Universitätsprofessoren, sondern auch der Intendant des Göttinger Theaters, Heinz Hilpert, Professor Otto Hahn, Karl Jaspers und das »Internationale Komitee für Wissenschaft und Freiheit«. Die Internationale Presse im In- und Ausland schäumte gegen den »Neofaschisten und Militaristen« Schlüter, der in der Deutschen Wehrmacht zu dem schwindelnden Dienstgrad eines Unteroffiziers avanciert gewesen war.

Otto John meldete sich aus Ostberlin und erklärte: »Der Kampf gegen Schlüter ist der Kampf gegen die zweite Machtübernahme.« Nachdem ihn auch die eigene Partei der Freien Demokraten im Stich ließ, blieb Schlüter nichts anderes übrig, als am 4. Juni sein Ministeramt zur Verfügung zu stellen.

Triumphierend erklärte in Ostberlin der Leiter der SED-Propaganda, Professor Albert Norden: »Der Fall Schlüter ist ein Sieg des Fortschritts über die Reaktion. Der außerparlamentarische Kampf führte zum Sieg.«

Am 7. Juni übermittelte die Sowjetregierung der bundesdeutschen Botschaft in Paris eine offizielle Note, in der die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesregierung vorgeschlagen und Kanzler Adenauer zu einer Aussprache nach Moskau eingeladen wurde. Ehe eine Antwort aus Bonn erteilt wurde, begab sich Adenauer am 14. Juni nach Washington, wo er mit Präsident Eisenhower die Lage besprach. Am 30. Juni wurde dann zwischen der Bundesrepublik und den USA ein Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe abgeschlossen.

Im Münchener Postamt 13, Agnesstraße, wurde am 5. Juli 1955 gegen 15 Uhr der slowakische Emigrantenführer Professor Matus Cernak durch einen Sprengstoffanschlag ermordet. Cernak hatte im Postamt 13 das Schließfach 86 gemietet und holte sich täglich persönlich zweimal seine

Post ab. Diesmal hatte sich unter seiner Post ein Paket befunden, das Cernak ahnungslos öffnete. Kaum löste er die Schnüre, als eine Sprengladung explodierte, Cernak beide Arme abriß und ihn auf der Stelle tötete. Mit ihm wurde noch eine ihm völlig fremde alte Frau zerrissen, die sich nur zufällig im Postamt befunden hatte.

Cernak war in der Regierung des Ministerpräsidenten Monsignore Josef Tiso von 1939 bis 1945 Kultusminister der Slowakei gewesen. Er war den tschechischen Kommunisten infolge seiner politischen Aktivität unter den Slowaken schon lange ein Dorn im Auge gewesen. Die Mörder, die Cernaks Gewohnheiten – sein tägliches Abholen vom Schließfach und das Öffnen der Post an einem der Schreibpulte – genau studiert hatten, ehe sie ihr gezieltes Attentat durchführten, wurden nie gefunden.

In Warschau fand anläßlich des 5. Jahrestages der Markierung der Oder-Neiße-Grenze eine »Freundschaftskundgebung« statt, auf der der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, unter anderem ausführte: »Ich benutze die heutige Gelegenheit, um noch einmal in aller Eindeutigkeit zu erklären, daß die Regierung der DDR die Oder-Neiße-Grenze als feststehend und endgültig anerkannt hat und daß sie entschlossen ist, zusammen mit den anderen Signatarstaaten des Warschauer Vertrages die Oder-Neiße-Friedensgrenze mit allen Kräften zu verteidigen, damit sich an dieser Stelle kein neuer Weltbrand entzünden kann.«

Am 19. August reagierte die Bundesregierung auf die sowjetische Einladung, und zwischen Bonn und Moskau wurde die Reise Adenauers in die sowjetrussische Hauptstadt beschlossen und terminisiert.

Die Entwicklung an der Saar trieb allmählich der Entscheidung zu. Der Rat der Westeuropäischen Union beschloß am 22. Juli die Abhaltung einer Volksabstimmung im Saarland über das Saarstatut, zu der auch die bisher verboten gewesenen prodeutschen Parteien zugelassen wurden: Die CDU-Saar unter der Führung Dr. Hubert Neys, die Demokratische Partei Saar mit Richard Becker und Dr. Heinrich Schneider und die Deutsche Sozialdemokratische Partei Saar mit Kurt Conrad. Schon als die CDU-Saar das Saarstatut ablehnte, mahnte der CDU-Pressedienst aus Bonn am 4. August: »Wer das Statut ablehnt, setzt die Erleichterungen und die Möglichkeiten, die es in sich birgt, aufs Spiel, denn niemand vermag eine Gewähr dafür zu übernehmen, daß Frankreich nach einem Scheitern des Versuchs zu neuen Verhandlungen über eine Verbesserung der Verhältnisse an der Saar bereit sein wird.«

Als sich jedoch niemand im Saarland um diese Querschüsse aus Bonn kümmerte, wurde der Pressedienst der CDU-CSU am 26. August noch deutlicher und schrieb unter anderem: »Es ist sehr zu bedauern, daß durch die Entwicklung des Abstimmungskampfes die Fragestellung der Abstimmung am 23. Oktober völlig verschoben wird und daß der Abstimmungskampf Formen angenommen hat, die der Freiheit unwürdig, dem deutschen Ansehen schädlich und nicht geeignet sind, die Bevölkerung sachlich darüber aufzuklären, für oder gegen was sie sich zu entscheiden hat.«

Nicht genug damit wandte sich Kanzler Adenauer am 2. September in einer CDU-Versammlung in Bochum an die Saarländer und nahm offen gegen die Wiederkehr der Saar zu Deutschland Stellung, indem er ausführte: »Ich bin in großer Sorge wegen der Vorgänge an der Saar. Ich verstehe, daß sich die Empörung gegen die Unterdrückung durch die Regierung Hoffmann, die nun zehn Jahre gedauert hat, in emotionaler Weise Luft macht. Aber in der Politik darf man nicht nur emotional denken. In der Politik muß man sich dann und wann sicher mal Luft machen, aber dann muß man wieder mit kühlem Kopf die ganze Sachlage überlegen. An die Bevölkerung an der Saar habe ich die herzliche Bitte zu richten: Ich verstehe, daß sie die Regierung Hoffmann nicht mehr will, und ich bin der Auffassung, die Regierung Hoffmann hat im Saargebiet keinen Boden mehr bei der Bevölkerung. Aber der Weg, zu einer anderen Regierung zu kommen, ist gerade, dieses Statut anzunehmen und dann in der darauf stattfindenden Landtagswahl einen Landtag zu wählen, der in seiner Mehrheit gegen die Regierung Hoffmann gerichtet ist. Wenn man das tut, dann wahrt man gleichzeitig auch die europäischen Interessen, die es nicht vertragen, daß ausgerechnet in diesem Augenblick und in diesen Wochen, wenige Wochen vor der zweiten Genfer Konferenz, in Europa zwischen Deutschland und Frankreich wieder ein Unruheherd geschaffen wird.«

Der deutsche Bundeskanzler propagierte die Europäisierung der Saar, das heißt, sprach sich gegen die Wiederkehr der Saar nach Deutschland aus und unterstützte damit massiv die Separatisten.

Mannhaft wiesen Dr. Ney, Dr. Schneider und Conrad den Appell des Bundeskanzlers zurück und schlossen sich zum »Deutschen Heimatbund« zusammen. Dessen erste Proklamation lautete: »Der Deutsche Heimatbund gelobt, entgegen allen inneren und äußeren Einflüssen am deutschen Vaterland festzuhalten, die deutsche Kultur an der Saar zu verteidigen, gegen jede Verfälschung des Volkswillens einzutreten und die deutsch-französische

Verständigung im Geiste der Wahrhaftigkeit durch eine gerechte Lösung der Saarfrage zu fördern.«

Das Unglaubliche der Situation war, daß die deutschen Patrioten an der Saar ihren Kampf um die Zukunft ihrer Heimat nicht nur gegen Franzosen, Separatisten und übliche Konjunkturisten, sondern auch gegen die Regierungspartei in der Bundesrepublik, die CDU, und den deutschen Bundeskanzler führen mußten.

Johannes Hoffmann und seine Separatisten nutzten die Bochumer Erklärung Adenauers sofort weidlich aus. In schwarz-rot-gold umränderten Plakaten, zum Teil mit dem Bild Adenauers, konnten die Saarländer wenige Tage später lesen: »Anständige Deutsche lassen den Bundeskanzler nicht im Stich. Deshalb sagen wir ja zum Saarstatut.«

Kanzler Adenauer trat am 9. September, begleitet von einer Regierungsdelegation, die Reise nach Moskau an, wo die Bundesdeutschen vom Ministerpräsidenten Bulganin betont freundlich begrüßt wurden. Aber wer sich in den folgenden Konferenzen eine grundsätzliche Wendung der Beziehungen oder gar einen ersten Schritt zur Wiedervereinigung versprach, der wurde bitter enttäuscht. Die Chance, die in dem ersten bundesdeutsch-sowjetrussischen Gespräch lag, wurde nicht genützt. Die Sowjets betonten wieder, daß die Wiedervereinigung vor allem eine Angelegenheit der Deutschen selbst sei, wobei den entstandenen realen Verhältnissen – der Bundesrepublik und der DDR – sowie den Alliierten Rechnung zu tragen wäre.

Adenauer ging darauf gar nicht ein, sondern berief sich, ebenfalls wiederholend, auf die Verpflichtung der vier Mächte, die Einheit Gesamtdeutschlands wieder herzustellen. Jedoch verlangte Adenauer in diesem Augenblick die Freilassung der deutschen Gefangenen, die nun schon 10 Jahre nach Kriegsende noch immer in sowjetischen Lagern und Gefängnissen schmachteten: »Es ist nicht denkbar, normale Beziehungen zwischen unseren Staaten herzustellen, solange diese Frage ungelöst bleibt«, erklärte Adenauer.

Die Sowjets griffen diese Frage sofort auf, und Bulganin beschwor die Greuel der angeblichen und wirklichen deutschen Kriegsverbrechen vor der Konferenz, nicht ohne sie maßlos zu übertreiben.

Diesmal aber konterte Adenauer: »Es ist wahr: Deutsche Truppen sind in Rußland eingefallen. Es ist wahr: Es ist viel Schlechtes geschehen. Es ist aber auch wahr, daß die russischen Armeen dann – in der Gegenwehr, das gebe ich ohne weiteres zu – in Deutschland eingedrungen sind und

daß dann auch in Deutschland viele entsetzliche Dinge im Kriege vorgekommen sind.«

Sogleich entgegnete Chruschtschow scharf: »Der Herr Bundeskanzler sagte in seiner Rede, daß die Sowjetrussen, als sie auf dem Boden Deutschlands vorrückten, auch Greueltaten begangen haben sollen. Wir weisen das entschieden zurück«.

Chruschtschow erklärte ferner, die Sowjetarmisten hätten in Deutschland nur ihre heilige Pflicht vor ihrem Volk erfüllt.

Damit hatten sich die Schwerpunkte der Diskussion bis tief in die Vergangenheit verlagert. Nach fruchtlosen Diskussionen über Hitler und die Kriegsschuld kehrten die Aussprachen nur mühsam wieder zum Gefangenenproblem zurück. Bulganin und Chruschtschow sagten schließlich die Entlassung der deutschen Kriegsverurteilten zu.

Über Wiedervereinigung wurde nicht mehr geredet, eine Annäherung der Standpunkte in dieser Frage nicht mehr erzielt. Am Ende der Konferenz beschloß man aber, die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR aufzunehmen.

Vor dem Landgericht Hannover endete am 27. September 1955 die sogenannte Schmeisser-Affäre wie das Hornberger Schießen. Auf Grund der Darstellung des Agenten Hans Konrad Schmeisser, der sich im französischen Nachrichtendienst auch René Levacher nannte, hatte »Der Spiegel« am 9. Juli 1952 einen sensationellen Artikel mit der Überschrift »Am Telefon vorsichtig« veröffentlicht.

Darin wurde behauptet, Schmeisser habe als französischer Agent 1948 enge Verbindung mit der CDU in Köln unterhalten. Adenauer habe den damaligen CDU-Generalsekretär Herbert Blankenhorn beauftragt, dem französischen Geheimdienst alle Unterlagen und Hilfsquellen zur Verfügung zu stellen. Schmeisser sei allwöchentlich von Blankenhorn für die Franzosen über die innenpolitischen Absichten und außenpolitischen Pläne Adenauers, auch über die Verteidigung Westdeutschlands östlich des Rheines und über den sogenannten Speidel-Plan informiert worden.

Dafür habe Blankenhorn laufend Geld, Lebens- und Genußmittel vom französischen Geheimdienst erhalten. Im Falle eines sowjetischen Einmarsches sollten Adenauer und Blankenhorn als Gegenleistung mit ihren Familien vom französischen Geheimdienst in Sicherheit gebracht werden.

Ferner, wurde in dem Artikel erklärt, habe Blankenhorn versucht, von französischer Seite für den Bundeswahlkampf 1949 mit dem Hinweis eine Spende von 800 000 DM zu erhalten, daß ein Erfolg Adenauers und sei-

ner Freunde im Interesse der französischen Regierung läge. Der damalige Wirtschaftsreferent der CDU, Dr. Reifferscheidt, hätte nach diesen Erklärungen die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland betrieben und dem französischen Nachrichtendienst eine Liste westdeutscher Persönlichkeiten geliefert, die gleichzeitig die Loslösung des Rheinlandes erstrebt hätten.

Die Nummer des »Spiegel«, in dem diese ungeheuerlichen Beschuldigungen standen, wurde beschlagnahmt.

In Beantwortung einer großen Anfrage der SPD gab Adenauer zu, Verbindung mit Schmeisser unterhalten zu haben, da die CDU genauso wie die Parteileitung der SPD in Hannover »laufend von Beauftragten der Militärregierung und der Besatzungsmächte aufgesucht wurden. Damals ist man diesen gegenüber zu Auskünften verpflichtet gewesen.«

Auf diese Weise sei auch Schmeisser als »Levacher« zu Blankenhorn gekommen und einmal zu Adenauer. Blankenhorn habe, wie damals üblich, Schmeisser bewirtet, und dieser habe sich mit Kleinigkeiten, Schokolade, Kaffee und einer Flasche Kognak, revanchiert. Als Kampfspende habe Blankenhorn einmal 1600 DM bekommen.

Adenauer erwähnte in seiner Beantwortung auch den Lebenslauf Schmeissers und des Agenten Günter Ziebell, der ebenfalls in dem Artikel genannt wurde. Adenauer erklärte, »daß Schmeisser auf Grund falscher Behauptungen als ›Regierungsrat‹ in das bayerische Entnazifizierungsministerium gekommen wäre, wobei Ziebell sein Abteilungsleiter gewesen sei. Wegen strafrechtlicher Vorwürfe entlassen, sei der mit Ziebells Hilfe in das Hessische Landwirtschaftsministerium eingetreten. Dies habe auch nicht lange gedauert. Dann sei er 1947 in den französischen Nachrichtendienst gegangen, von diesem aber im Jahre 1951 wieder entlassen worden. Dann habe er sich über Ziebell beim Hessischen Verfassungsschutz beworben und dabei geglaubt, durch sensationelle erfundene Behauptungen die Eignung nachweisen zu können. Dabei sei er von Ziebell stark beeinflußt worden, der unter Mißbrauch der Dienstbeziehungen zwischen Verfassungsschutzamt und Polizeipräsidium dem Bericht den Anschein eines amtlichen Protokolls gegeben habe.

Auch Ziebell sei in seiner beruflichen Laufbahn gescheitert. Nach kurzer Tätigkeit bei der Deutschen Arbeitsfront sei er Rechtsanwalt beim Kammergericht geworden, jedoch auf Anzeige deutscher Juden, die er vertreten habe, zu Gefängnis verurteilt und aus der Anwaltschaft ausgeschlossen worden. Als angeblicher Verfolgter des Faschismus sei er 1946 Leiter

im bayerischen Entnazifizierungsministerium, wohl als Angestellter, jedoch mit der Befugnis, sich Ministerialrat zu nennen, geworden. Auf Grund von Vorwürfen wieder ausgeschieden, habe er sich im Saargebiet als französischer Nachrichtenagent betätigt, habe die Saar aber wegen Konkursverbrechens 1950 verlassen müssen. Seit dieser Zeit arbeite er für das Hessische Verfassungsschutzamt.«

Adenauer versicherte, daß es einen Speidel-Plan nie gegeben habe und daß auch von einer Flucht seiner Person und seiner Familie sowie der Blankenhorns nie die Rede war.

Um so überraschender endete dieser mit Spannung erwartete Prozeß. Der Verteidiger Schmeissers gab für seinen Mandanten folgende Erklärung ab: »Ich habe bei meinen Aussagen über den Bundeskanzler Dr. Adenauer und die Nebenkläger Botschafter Blankenhorn und Generalkonsul Dr. Reifferscheidt, die ihren Niederschlag in dem Artikel im ›Spiegel‹ vom 9. 7. 1952 gefunden haben, nicht in beleidigender Absicht gehandelt. Soweit in meinen Aussagen ein Vorwurf ehrenrührigen oder pflichtwidrigen Verhaltens gegen die Genannten enthalten ist, halte ich diesen nicht aufrecht.«

Auf Grund dieser lendenlahmen Erklärung nahmen die Vertreter Adenauers, Blankenhorns und Reifferscheidts die Strafanträge zurück, um so mehr, als sich Schmeisser bereit erklärte, die Prozeßkosten in der Höhe von 2100,– DM zu begleichen. Diese makabre Affäre, welche die ganze Struktur der Gründungszeit der Bundesrepublik beleuchtete, ließ bei allen Beobachtern ein Gefühl größten Unbehagens zurück.

In einem gemeinsamen Kommuniqué wurde in Luxemburg am 5. Oktober noch einmal vom französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure, Außenminister Antoine Pinay, Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Professor Dr. Walter Hallstein der Wille zur deutsch-französischen Zusammenarbeit betont und unterstrichen: »In der Erwägung, daß das Abkommen über das Statut der Saar vom 23. Oktober 1954 ein Bestandteil einer solchen Politik ist, erzielten die Versammelten Einverständnis darüber, daß die Einzelheiten des Statuts, die nach dessen Annahme durch die Saarbevölkerung noch der Ausarbeitung im Einvernehmen mit ihr bedürfen, die volle Wahrung der materiellen und ideellen Interessen sowie des Charakters und der Affinität der Saarbevölkerung gewährleisten müssen.«

Noch am 19. Oktober, kurz vor der Abstimmung, erklärte der französische Außenminister Pinay drohend: »Die Situation, die durch die Ver-

werfung eines Abkommens geschaffen würde, das in fünfjährigen Bemühungen ausgearbeitet und durch die Parlamente der beiden Länder gebilligt wurde, würde in der Tat jeder Regierung und jedem Parlament die Eröffnung neuer Verhandlungen unmöglich machen.«

Adenauer aber, der vor der Abstimmung erkrankte, erklärte noch einmal vom Krankenbett aus: »Ich hoffe zuversichtlich, daß die Saarbevölkerung unter Berücksichtigung der dargetanen Gesichtspunkte eine politisch kluge Entscheidung treffen wird. Meine eigene Einstellung habe ich ja bereits in der Bochumer Erklärung zum Ausdruck gebracht.«

Die französische Regierung und der deutsche Bundeskanzler rieten den Saarländern in brüderlicher Einheit, gegen ihre Rückkehr zu Deutschland zu stimmen.

Selbst der »neutrale« Präsident der Westeuropäischen Unionskommission für die Saar, der Belgier Fernande Dehousse, interpretierte noch am 22. Oktober im Radio Saarbrücken der Bevölkerung das Saarstatut im französischen Sinne.

Jedoch am 23. Oktober, dem Abstimmungssonntag, brachen diese vereinten Bemühungen, die Saarländer zu beeinflussen, kläglich zusammen. In völliger Ruhe und Gelassenheit stimmten 423 434 gegen das Saarstatut; nur 201 973 hatten sich verwirren lassen und gaben ihm ihre Stimme. Damit waren die französischen Anstrengungen an der Saar endgültig gescheitert; und mit ihnen Adenauer. 67,71 % der Saarländer hatten sich trotz Adenauer zu Deutschland bekannt.

Die separatistische Hoffmann-Regierung wurde durch dieses demonstrative Bekenntnis der Saarländer gezwungen, zurückzutreten. Adenauer vergaß den Saarländern diese Niederlage nie; am allerwenigsten dem standhaften Dr. Hubert Ney.

Neben diesen geschichtlichen Ereignissen an der Saar erlebte Köln fast zur gleichen Zeit in der bundesdeutschen Nachkriegsliteratur eine Sensation ersten Ranges. Die größte deutsche lyrische Begabung nach 1945 platzte unter beinahe dramatischen Begleiterscheinungen am 20. Oktober 1955 im 229. Kölner Mittwochsgespräch, das vom Bahnhofsbuchhändler Ludwig veranstaltet wurde.

Die Vorgeschichte ist mehr heiter als tragisch. Am 4. März 1952 erhielt der Verleger Diederichs von einem Dr. Karl Friedrich Leucht 18 Gedichte eines George Forestier mit folgender Erklärung: »George Forestier wurde am 13. Januar 1921 in Roufach (Elsaß) geboren, studierte in Straß-

burg und Paris und nahm als SS-Freiwilliger am Ostfeldzug teil. Nach seiner Verurteilung als Kollaborateur hielt er sich einige Zeit unter fremdem Namen in Marseille auf, um dann als Freiwilliger nach Indochina zu gehen. Seit den Kämpfen um den Sang Woi im November vergangenen Jahres ist er vermißt ...«

Der Verleger Diederichs erkannte sofort ein starkes lyrisches Talent und zeigte sich interessiert. Daraufhin schickte Leucht ihm weitere Gedichte Forestiers, die »durch einen glücklichen Zufall« in seine Hände geraten wären. Ab September 1952 war der Forestier-Gedichtband unter dem Titel »Ich schreibe mein Herz in den Staub der Straße« in allen Buchhandlungen zu erhalten. Im bibliographischen Anhang des Bändchens stand: »George Forestier schrieb seine Gedichte ohne Hoffnung, sie eines Tages veröffentlicht zu sehen. Seine letzten Verse fanden sich zwischen Gedichtblättern Gottfried Benns in einer kleinen, schmutzigen Kladde, die er einem Kameraden übergibt, bevor seine Truppe im Herbst 1951 erneut in Marsch gesetzt wird. Seit dieser Zeit fehlt von ihm und seiner Vorpostentruppe jede Spur . . .« Der Leser erfuhr, daß George Forestier Sohn eines Franzosen und einer Deutschen war.

Die Wirkung seiner Gedichte auf den bundesdeutschen Bücherkäufer war geradezu sensationell. In kurzer Zeit erreichte der Gedichtband eine Verkaufsauflage von nahezu 20 000 und ließ damit sämtliche Lyriker des Nachkriegsdeutschland, mochten sie auch noch so gefördert worden sein, weit zurück. Hier sprach der heiße Atem der Zeit in einer wilden, gleichermaßen romantischen wie realistischen Form zum Leser. Im Februar 1954 brachte der Verlag noch einen zweiten Gedichtband dieses »größten deutschen Lyrikers der Gegenwart«, wie er bald genannt wurde, heraus, »Stark wie der Tod ist die Nacht, ist die Liebe.«

Man bekam sogar eine Forestier-Büste zu sehen, die durch geheimnisvolle Umstände auftauchte, einen langen, schmalen Kopf.

In Köln sprach nun der Essayist Hans Hennecke über das Thema »Fehlt uns in Deutschland der literarische Sinn?« und versuchte die Berechtigung seiner Frage zu untermauern, indem er als Beweis den Fall des Franzosen George Forestier aufführte.

In diesem Augenblick erhob sich Buchhändler Ludwig und erklärte: »Was Herr Hennecke nicht weiß, möchte ich bekanntgeben: Der Verfasser der Forestier-Gedichte, Dr. Karl-Emmerich Krämer, befindet sich im Saal.«

Tatsächlich erhob sich Dr. Krämer und bestätigte, was Ludwig soeben mitgeteilt hatte. Seine Erklärung, daß er die Forestier-Legende nicht er-

funden habe, um einen geschäftlichen Vorteil daraus zu ziehen, ging in einem förmlichen Tumult unter.

In diesem Augenblick war die literarische Karriere George Forestiers beendet. Denn der 1918 geborene Dr. Karl-Emmerich Krämer war Mitglied der Hitler-Jugend seit 1932 und Träger des Goldenen HJ-Ehrenzeichens gewesen. Nachdem er im Krieg als Hauptmann der Artillerie schwer verwundet worden war, hatte man ihn nach Würzburg als HJ-Oberbannführer abkommandiert, wo Musikdirektor Dr. Leucht als sein Stellvertreter und HJ-Kulturamtsleiter gewirkt hatte. Krämer war mehrmals Preisträger der Reichsschrifttumskammer gewesen und hatte während der amerikanischen Internierung laut Lagerspruchkammerbescheid Schreibverbot bekommen.

Dieselben Kritiker, die seine Forestier-Gedichte in alle Himmel hochlobten, schäumten vor Wut und verrissen ihn nun nach allen Regeln der Kunst. Niemand kaufte die Forestier-Gedichte mehr, obwohl sie genauso gut waren wie zuvor.

Der ganze bundesdeutsche Literaturschwindel wurde durch die Krämer-Forestier-Affäre, vielleicht unbeabsichtigt, gnadenlos enthüllt.

Verteidigungsminister Theodor Blank gab am 26. November bekannt, daß Generalleutnant Dr. Hans Speidel die deutschen Streitkräfte übernommen hätte. Die Abteilung Heer wurde von Generalmajor Hellmuth Legeler, die Abteilung Marine von Fregattenkapitän a. D. Karl-Adolf Zenker, die Abteilung Luftwaffe von Oberstleutnant a. D. Werner Panitzki geführt.

Schon am 22. Juli hatte der Bundesrat den Gesetzentwürfen über die vorläufige Rechtsstellung der Freiwilligen und über die Bildung eines Personalgutachterausschusses zur Überprüfung der Offiziere zugestimmt. Wenige Tage später, am 26. Juli, wurden die ersten deutschen Offiziere ins Hauptquartier der alliierten Armeen in Europa und zum Stab des alliierten Oberbefehlshabers Europa unter Oberst a. D. Richard Heusinger entsandt.

Zum Vorsitzenden des Personalgutachterausschusses wurde Generalsekretär a. D. Wilhelm Rombach, zu seinem Stellvertreter General a. D. Adolf Kuntzen, der frühere Chef des Heerespersonalamtes, und der frühere sozialistische und pazifistische Justizminister von Baden-Württemberg, Richard Renner, berufen.

Bis zum 1. August 1955 hatten sich bereits 40 613 frühere Offiziere, 87 089 frühere Unteroffiziere und Mannschaften und 24 464 bisher Unge-

diente freiwillig zum Dienst in der künftigen deutschen Armee gemeldet. Die Masse von ihnen trieben die Sorge vor der militanten kommunistischen Bedrohung aus dem Osten und der Glaube, durch eine neue deutsche Armee die verlorenen deutschen Ostgebiete wieder zurückerhalten zu können. Daneben suchte ein guter Teil von Berufssoldaten, die im Zivilleben nicht richtig Fuß fassen konnten, einfach eine neue Verwendung.

Nun war der Augenblick da, wo die Grundlage für das neue Heer ausgearbeitet und jener Boden gelegt werden mußte, auf dem die junge Armee stehen und wirken sollte. Das war notwendig, denn schon lange vor Bestand der Bundeswehr wurden diese künftigen deutschen Soldaten von Politikern und Publizisten als die gefährlichsten Feinde der Demokratie hingestellt. Eine Anzahl Politiker zerbrach sich von vornherein den Kopf darüber, wie man diese noch gar nicht existierende Armee kontrollieren und bespitzeln könnte. Ehe noch die junge Bundeswehr bestand, waren ihre Soldaten schon in einem förmlichen Getto des Mißtrauens und der Ablehnung eingeschlossen.

Als Folge dieser konzentrierten Hetze wurden die ersten Freiwilligen mit ihren nur schwer als deutsch erkennbaren Uniformen vielerorts von aufgehetzten marxistisch eingestellten Jugendlichen überfallen und niedergeschlagen. Die bewußte Abkehr vom Vorbild der deutschen Uniform half gar nichts.

Aber nicht nur äußerlich – auch von innen her sollte der Bruch mit der alten ruhmreichen soldatischen Tradition vollzogen werden. Um den früheren Major Graf von Baudissin bildete sich eine sogenannte Reformergruppe, die ein deutsches Soldatentum ohne Berufsethos, ohne soldatische Härte und ohne Hingabe an das Vaterland wünschte. Selbst an die Stelle der Kameradschaft sollte lediglich eine »Partnerschaft« treten.

Sehr bald erwies es sich auch, welche Aufgaben dieser Personalgutachterausschuß übernommen hatte, der schon rein verfassungsrechtlich ein Monstrum war. Er war nämlich weder dem Parlament noch dem Bundesverteidigungsministerium verantwortlich und daher praktisch unkontrollierbar. Auch gab er sich seine Geschäftsordnung, ähnlich wie die früheren Entnazifizierungskammern, aus eigener Machtbefugnis.

Abgesehen von diesen Unmöglichkeiten, war schon die Existenz dieses Ausschusses eine grobe Zumutung: Allein die Offiziere mußten sich also vor ihrer Verwendung auf ihre politische und moralische Zuverlässigkeit überprüfen lassen. Allen übrigen Staatsbeamten, in der Verwaltung, der Erziehung, dem Verkehr, ja selbst bei der Polizei, blieb dies erspart.

Eine der wichtigsten Fragen an die Offiziersbewerber war: »Wie stehen Sie zum 20. Juli 1944?«

Wehe, wenn ein Bewerber das aussprach, was die erdrückende Mehrheit der Frontsoldaten empfand!

Im Verlaufe der Zeit befand der Personalgutachterausschuß viele erfahrene, bewährte Frontoffiziere nicht für würdig, in der neuen Bundeswehr Dienst zu tun. Nachdem sich diese Methode herumgesprochen hatte, richteten viele ihre Antworten nach den Wünschen der Kommission. Andere verzichteten von vornherein.

Die Fragebogen der Annahmestellen der Bundeswehr, die allen Freiwilligen vorgelegt wurden, um ihre moralische und politische Eignung zu begutachten, stammten von einer Dame; einem Fräulein Dr. Stephanie Krenn. Welche Eignungen sie zur Überprüfung bewährter Frontsoldaten aufweisen konnte, blieb der Öffentlichkeit vorenthalten.

Für die große Testung war aber der Chefpsychologe der Bundeswehr, ein Stabsarzt Dr. Dr. Robert Schneider, zuständig, der die meisten wichtigeren Fragen entwarf und auch persönlich Überprüfungen vornahm. Er schrieb den »Leitfaden für Prüfoffiziere«, nach welchem die freiwilligen Bewerber geprüft und ausgewählt wurden.

Im Februar 1957 flog dann dieser »Chefpsychologe« unter für die Bundeswehr recht blamablen Umständen auf. Es stellte sich heraus, daß Schneider weder »Stabsarzt« noch »Doktor«, geschweige denn »Dr. Dr.« war. Übrig blieb nur ein kleiner Hochstapler aus Wien, der mit einer zeitgenössischen Köpenickiade Minister Theodor Blank und die ganze Öffentlichkeit zum Narren gehalten hatte.

Neben diesen nahezu lächerlichen Begleiterscheinungen der neuen deutschen Truppe von oben her gab es aber auch ein großes schicksalhaftes Versagen jener Frontoffiziere, die sich bewarben. Sie zogen stillschweigend die neuen Uniformen an, ohne nach dem Schicksal ihrer Kameraden zu fragen, die noch immer in der Gefangenschaft der neuen Verbündeten, der westlichen Alliierten, waren. Niemand kam auf den Gedanken, von den westlichen Alliierten, die in erster Linie an der westdeutschen Wiederbewaffnung interessiert waren, als Beitrag zur kommenden Truppenmoral die Generalamnestie für alle deutschen Kriegsverurteilten zu verlangen. Diese traurige Tatsache stellte eine schwere Belastung für die deutsche Wiederbewaffnung dar.

Auch diese Begleiterscheinung bewies, daß die ganze überstürzte westdeutsche Wiederbewaffnung beziehungsweise ihre Initiatoren grundsätz-

lich auf das bisherige soldatische Ethos verzichten wollten. Es war schon an und für sich ein Treppenwitz der Geschichte, daß sowohl der Regierungschef Kanzler Adenauer als auch der Bundespräsident Heuß nie in ihrem Leben Soldaten gewesen waren. Daß sich gerade unter zwei solchen unsoldatischen Repräsentanten die neue Wiederbewaffnung Deutschlands vollzog, war nicht von ungefähr. Die deutsche Wiederbewaffnung wurde eben allein aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen in die Wege geleitet, vor allem weil sich die Amerikaner von ihr eine fühlbare Entlastung ihres Sicherheitsbeitrages für Europa versprachen.

Durch diese Verhältnisse gezwungen, ging die neudeutsche Politik nur mit größtem Widerwillen an den ganzen Komplex der westdeutschen Wiederbewaffnung heran. Eigentlich wünschte man sich keine neuen deutschen Soldaten, sondern lediglich »Staatsbürger in Uniform«, eine Art Feuerwehrbeamte für Regierungsinteressen. Dilettantische Vorstellungen frontunerfahrener Zivilisten und uniformtragender Opportunisten bemühten sich nun verzweifelt, einen »ganz neuen Soldatentyp« zu schaffen, der sich grundsätzlich vom bisherigen Bild des deutschen Soldaten unterscheiden sollte. Die bisherige jahrhundertelange soldatische Erfahrung der preußisch-deutschen Armeen wurde dabei als überholte und lästige Tradition hinweggeschoben. Ein ebenso gefährliches wie törichtes Unternehmen: Wer unter solch schwierigen Verhältnissen eine so große Aufgabe erfüllen soll, kann einfach auf das soldatische Erbe nicht verzichten.

Man berief sich bei diesem Kampf gegen die Tradition pathetisch auf den preußischen General Scharnhorst, der vor dem deutschen Freiheitskrieg die Reform des gesamten Heereswesens auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht durchgeführt hatte. Scharnhorst, der einst den Mut besaß, mit dem alten Zopf zu brechen, der den damaligen militärischen Erfordernissen im Wege stand, um neue preußische Soldaten zu formen, die den Aufgaben ihrer Zeit gewachsen waren, sollte nun als Tarnung für die neudeutschen Nachäffer alliierter Vorbilder und Leugner des deutschen Soldatentums dienen. Dabei wurde ganz übersehen, daß es Scharnhorst niemals um irgendwelche Ideologien ging, sondern einzig und allein darum, ein schlagkräftiges kampfbereites Heer zu formen, das als tragende Gemeinschaft den Freiheitskampf der Nation gegen den korsischen Tyrannen führen konnte.

Noch gefährlicher als die schwachsinnigen Träume der »Reformer« von den Schaumgummimatratzen in den Kasernen und den Unteroffizieren, die den Rekruten das Frühstück ans Bett bringen sollten, waren die Bestrebun-

gen, die junge Truppe vaterländisch zu entmannen. Das deutsche Vaterland sollte nicht mehr die letzte Bindung der Soldaten sein. Jene geistige Grundlage, die für alle Soldaten der Welt entscheidend ist, der Dienst am Vaterland, sollte verschwinden, um einem Konglomerat nebuloser Phrasen vom integrierten Europa und von westlicher Demokratie zu weichen. Der Heeresdienst sollte zu einer Art »Job« von Staatsangestellten umgeformt werden. Nicht mehr die ruhmreichen deutschen Grenadiere sollten Vorbilder dieser neudeutschen Soldaten werden, sondern die Tommies, die Poilus und die amerikanischen Rangers.

Ein bundesdeutscher Publizist pries sogar naiv in jener Periode den jungen Bundeswehrsoldaten als Vorbild den Korpsgeist und die Tapferkeit der französischen Fremdenlegionäre an.

So konnte es auch nicht ausbleiben, daß man sich von der politischen Truppenführung her bald bemühte, den jungen Soldaten selbst den Landesverrat im zweiten Weltkrieg als eine Art Kavaliersdelikt zu verniedlichen. In den von dem Bundesverteidigungsministerium herausgegebenen »Informationen für die Truppe« Heft 4/57 wurde die Frage aufgeworfen: »Welche Auswirkungen hatten Landesverrat und Sabotage auf die deutsche Niederlage im zweiten Weltkrieg?«

In der Antwort wurden unter anderem »Fall Oster« und Tätigkeit der »Roten Kapelle« angeführt: »Der damalige Oberst Oster, Chef des Stabes der Abwehr, hat wissentlich und vorsätzlich die deutschen Angriffstermine zur Norwegen- und Westfrontoffensive dem neutralen Ausland mitgeteilt. Er tat dies in der richtigen Erkenntnis der verbrecherischen Politik Hitlers ... Formaljuristisch war das Landesverrat. Dennoch: Durch Osters Verhalten sind keineswegs viele Tausende deutscher Soldaten umgekommen, wie oft behauptet wird. Es steht heute fest, daß die Handlungsweise Osters ohne Auswirkung auf die militärischen Handlungen geblieben ist.« – » ... Die ›Rote Kapelle‹ ... unter Leitung des Oberregierungsrates im Reichswirtschaftsministerium, Harnack, und eines Offiziers des Reichsluftfahrtministeriums, Schulze-Boysen, hat erst ab Oktober 1941 erfolgreich geheimes Kommandomaterial nach Moskau geliefert ... Sicherlich bezog die Sowjetunion ihre Geheiminformationen keineswegs nur von den Männern der ›Roten Kapelle‹. Immerhin bleibt bestehen, daß deren Mitteilungen für die sowjetische Kriegführung ... Vorteile brachte ... Von einer entscheidenden Auswirkung ... kann jedoch nicht die Rede sein. Auch läßt sich keineswegs nachweisen, daß durch den Verrat der ›Roten Kapelle‹ 200 000 deutsche Soldaten den Tod gefunden haben ...«

In Zukunft erwies es sich, daß nur dort, wo geschickte Einheitsführer aller Dienstgrade es verstanden, diese schädlichen Einflüsse von oben auszuschalten, es gelang, eine gute Truppe zu schaffen. Leider war das nicht überall der Fall. Erst die heranwachsenden jungen Offiziere versuchten hier von unten her die Dinge zu ändern.

Bei Verkehrsunfällen des Jahres 1955 starben 11 623 Menschen. 371 Menschen waren in diesem Jahr ermordet worden.

Ab 1. Januar 1956 rückten in Andernach, Wilhelmshaven und Nörvenich die ersten tausend Freiwilligen ein. Damit hatte der Aufbau der Kader der deutschen Bundeswehr begonnen. Die jungen Einheiten wurden mit amerikanischem Kriegsmaterial ausgerüstet, und amerikanische Instruktionsoffiziere übernahmen ein Jahr lang die militärische Ausbildung der deutschen Freiwilligen. Um die Aufstellung der ersten Einheiten voranzutreiben, wurden überdies 20 000 Offiziere, Unteroffiziere und Männer des Bundesgrenzschutzes in die deutsche Bundeswehr überführt.

An der Saar wählte der neue Landtag Dr. Heinrich Schneider zum Präsidenten. Die neue Saarregierung wurde unter Dr. Hubert Ney gebildet. Kurt Conrad übernahm das Arbeitsministerium.

In Ostberlin tobte sich die rote Justiz immer stärker aus. Am 27. Januar wurden Max Held und Werner Rudert zum Tode, Eva Halm zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Sie waren beschuldigt worden, im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes Wissenschaftler und Spezialisten aus Mitteldeutschland zur Flucht nach der Bundesrepublik überredet zu haben. Der Deutsche Bundestag protestierte gegen diese Bluturteile, deren Begründung offensichtlich an den Haaren herbeigezogen worden war. Darauf wurden tatsächlich die Todesurteile in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt.

Am 12. Februar gab die Bundesregierung die Erklärung ab, sie betrachte sich in der Südtirolfrage nicht als zuständig. Diese Feststellung des Bonner Auswärtigen Amtes wurde augenblicklich von der italienischen Nachrichtenagentur »Ansa« verbreitet. In ihrer Meldung hieß es weiter, daß nach Mitteilung des Bonner Sprechers das Problem Südtirol darum während der jüngsten deutsch-italienischen Begegnung in Bonn deshalb auch nicht behandelt worden sei.

Einer der wichtigsten Mitarbeiter Kanzler Adenauers, oftmals die Graue Eminenz von Bonn genannt, Staatssekretär Dr. Hans Globke, wurde nach jahrelangen Plänkeleien im März 1956 plötzlich schwerstens aus Ostberlin angegriffen. Sofort beteiligten sich innerhalb der Bundesrepublik

die SPD und FDP und trugen die Kampagne gegen Globke weiter voran. Alle massiven Beschuldigungen über die Tätigkeit Globkes in der Zeit des Dritten Reiches konnten ihn nicht zu Fall bringen, da er von seinem Chef, Adenauer, eisern gehalten wurde. Nicht umsonst hieß es in vertraulichen Kreisen, im Grunde sei die Adenauer-Regierung eine Globke-Regierung.

Dr. Hans Globke bearbeitete 1935 im Innenministerium als Oberregierungsrat das Personalstandswesen. 1936 erschien ein Kommentar von ihm und vom damaligen Staatssekretär und SS-Obergruppenführer Wilhelm Stuckart über das Reichsbürgergesetz, Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 und Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935. Dieser Kommentar war im wesentlichen von Oberregierungsrat Dr. Hans Globke verfaßt worden, der als Mitherausgeber aufschien. Unter anderem stand in dem Kommentar zu lesen:

»§ 2 (Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten) ist die notwendige Ergänzung der Eheverbote wegen jüdischen Bluteinschlags. Der Zweck dieser Verbote – die Verhütung mischrassiger Nachkommenschaft – würde nur unvollkommen erreicht werden, würde nicht auch ein Verbot des außerehelichen Geschlechtsverkehrs wenigstens für die Fälle ergangen sein, in denen die daraus zu erwartende Nachkommenschaft unter rassebiologischen Gesichtspunkten am wenigsten erwünscht ist.«

Solche und ähnliche Kommentare der nationalsozialistischen Rassengesetze hatte Globke verfaßt. Während des Krieges aber hielt Globke enge Bindungen mit der katholischen Kirche, vor allem mit Bischof Graf Preysing, und informierte die katholische Kirche über Aktionen, die im Innenministerium vorbereitet wurden.

Globke erklärte zu den Vorwürfen, er habe dem Dritten Reich zwar gedient, sei jedoch auf seinem Posten im Berliner Innenministerium nur verblieben, um Übleres zu vermeiden. Im übrigen habe er Adolf Hitler nicht einmal den Eid geleistet; als im Innenministerium am 27. August 1934 der Eid auf Adolf Hitler abgenommen wurde, sei er im Saal, wo die Beamten sich versammelten, in eine Nische getreten und so dem Treueid entgangen.

Darauf legten die SED-Archive aus den zahlreichen NS-Personaldokumenten, welche die Sowjetarmee erobert hatte, die von Oberregierungsrat Dr. Hans Globke am 27. August 1934 persönlich unterschriebene Vereidigungsbestätigung unter der Zahl H.-3001/2 vor, die Globke folgen-

dermaßen unterfertigt hatte: »Ich bestätige hiermit, daß ich heute den folgenden durch Gesetz von 20. August 1934 (Reichsgesetzblatt I, S. 785) vorgeschriebenen Diensteid geleistet habe: ›Ich schwöre, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflicht gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe!‹ «

Gleichzeitig wurden zahlreiche Akten veröffentlicht, aus denen hervorging, daß Globke als loyaler Mitarbeiter des NS-Systems gewirkt und dafür entsprechend befördert und mit Verdienstorden ausgezeichnet worden war.

Dagegen bestätigte der amerikanische Ankläger Dr. Robert Kempner: Hans Globke sei einer der kostbarsten Helfer der Anklage in Nürnberg gewesen, dessen Tätigkeit sich nicht nur im Gerichtssaal niedergeschlagen habe.

Auf Grund dieser Wendigkeit wurde Globke, der es im Dritten Reich bis zum Ministerialrat gebracht hatte, schon 1946 in seiner Vaterstadt Aachen Stadtkämmerer. Als Adenauer zum Bundeskanzler gewählt wurde, kam Globke als Chef des Bundeskanzleramtes nach Bonn. Er wurde in rascher Folge Ministerialdirigent, Ministerialdirektor und 1953 Staatssekretär. Alle Versuche, diesen zu aller Zeit verwendbaren Mann abzuschießen, mißlangen. In dieser Frage blieb Kanzler Adenauer standhaft und trennte sich von seinem wichtigsten Mitarbeiter auch dann nicht, als herauskam, daß der NS-Volksgerichtshofpräsident Roland Freisler Globkes rassenpolitische Kommentare als »besonders wertvoll« bezeichnet hatte.

Adenauer scherte sich auch nicht darum, daß zur selben Zeit kleine und kleinste Mitarbeiter der Judenreferate verfolgt wurden, während der intellektuelle Kommentator der antijüdischen Rassengesetze von seinem Vorzimmer aus die Geschäfte der Regierung besorgte.

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg vermehrte sich die Zahl der Millionäre in der Bundesrepublik sprunghaft. Betrug die Zahl der Einkommens-Millionäre 1954 noch 111, so schnellte diese Zahl im Verlaufe von 1956 auf rund 3500 empor. Eine Zahl, die immer weiter anstieg. Zu gleicher Zeit aber stieg unerklärlicherweise die Zahl der Selbstmörder unentwegt an. Allein 1956 nahmen sich durchschnittlich täglich 30 Deutsche das Leben. Bis Ende des Jahres sollten es 6464 Männer und 3645 Frauen werden, die ihr Leben selbst beendeten. Dazu kamen 10 319 bekanntgewordene Selbstmordversuche; mit anderen Worten, es gab in der Bundesrepu-

blik 1956 mehr Selbstmörder als Verkehrstote. Wirtschaftliche Notlage als Motiv fehlte in der polizeilichen Selbstmordstatistik vollends. Niemand war in der Lage, dieses schaurige Phänomen wirklich zu erklären.

In der leidenschaftlichen Auseinandersetzung um die westdeutsche Wiederbewaffnung meldete sich eine linksradikale Studentengruppe auf der Universität in Tübingen im April 1956 zu Wort. Sie verfaßte einen Aufruf, der vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund ausgehängt und von seinem Vorsitzenden Moosmayer als ein Auftakt für »eine von Vorurteilen ungetrübte, von Verunglimpfungen freie, aber fundamentale Diskussion« bezeichnet wurde.

Der Aufruf, der am Schwarzen Brett angeschlagen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

»Am 9. Februar 1956 verabschiedete das Bundeskabinett das Wehrpflichtgesetz. Die Zeitungen brachten das ohne Kommentar. Das Für und Wider wird nicht mehr diskutiert. Betroffen davon aber sind: Wir, die Jugendlichen, denen man, statt sie zu fragen, brutal verkündet hat: Über die Aufstellung neuer Streitkräfte gibt es nach der Entscheidung des Bundestages keine Diskussion mehr.

Wir meinen dazu: Wenn man uns schon übergeht und im Namen der Demokratie etwas anordnet, was in dieser Weise dem Geist der Demokratie geradezu entgegengesetzt ist, dann soll man wenigstens wissen, daß man mit dieser Methode der Jugend kein heimliches Einverständnis in die beschrittene Kraftmeier-Politik abgezwungen hat.

Wir bekennen uns nach wie vor gegen die Aufstellung einer Wehrmacht und gegen die Wehrpflicht. Wir halten jeden, der sich der neuen Wehrmacht anschließt (und der sich gar freiwillig meldet), für opportunistisch oder massiv beschränkt.

Wenn die Wehrmacht schon aufgestellt wird, dann soll das nicht allein ohne uns geschehen, es soll gegen uns geschehen. Wir wollen, wo immer wir können, die Brutalität und Geriebenheit der soldatischen Schlägermoral an den Pranger stellen.

Man wärmt uns neuerdings die Begriffe auf, die schon zweimal Millionen von Menschen Prothesen und Himmelfahrt eintrugen – allen voran das Wort: Vaterland. Wir sagen dazu: Es ist besser, zehnmal sein Vaterland zu verraten, als einmal fürs Vaterland zu sterben. Der Begriff ›Vaterland‹ stinkt nach Studentenkommers und Hohenzollernburg, wer mit dieser verbrauchten Konserve Heldentum züchten will, mag bei Wagner und seinen Wartbürgern vorsprechen.

Es gibt noch andere Modethriller: Freiheit zum Beispiel. Wir sind für die Freiheit. Aber wenn man die Freiheit wahrhaftig vertreten wollte, würde man im Westen ebenso sicher verhungern, wie man im Osten erschossen würde. Drittens: Das ›Christliche Abendland!‹ – Prosit! Hier läßt sich nichts weiter dazufügen. Wer sich sein geographisches Weltbild so umbauen kann, daß er wirklich zu glauben beginnt, es gebe ein Land, das genau von Amerika bis Helmstedt reicht, nämlich das Abendland, dem kann man nur ›Gute Nacht‹ sagen. Wichtig ist freilich die Wahrung soldatischen Erbes; die Rabauken- und Gaunermoral des alten deutschen Kämpfers. Die sollte man freilich erhalten. Denn man denke: Ein Deutschland ohne Soldaten – wo sollten die berufsmäßigen Ehrenmänner hin, wenn es keine Offizierstellen gäbe? Freilich, von besagtem Wehrpflichtgesetz sind Schwerverbrecher und Geistliche ausgenommen, aber trotzdem – wo käme die deutsche Moral und die Ehre hin, wenn es nicht Feldwebel gäbe, die sich darunter etwas vorstellen.

Wir warnen vor der Umnebelung, die man in Zukunft noch mehr als bisher mit verbrauchten Begriffen veranstalten wird. Schon jetzt sind Soldatenzeitungen voll von idealistischen Bildern, in denen das Landsknechtsleben als ›Pfundssache‹ hingestellt wird. Jedoch: Wer den Krieg nicht in seiner vernichtenden mörderischen Realität zeigt, macht sich an uns zum Verbrecher.

Wir empfehlen die Verweigerung jeglichen Wehrdienstes. Die Forderung eines Ersatzdienstes ist eine Unverschämtheit, die jeder Demokratie unwürdig ist. Man soll dafür, daß man sich weigert, einen Schlächterkursus zu absolvieren, Ersatzdienst leisten! Vor allem: Wenn man durchschaut, daß es sich nicht um den Schutz eines Landes (auch dann wäre die Wehrbeteiligung unverantwortlich) handelt, sondern allein um den Schutz und die Förderung wirtschaftlicher Privatinteressen, der Interessen einiger Dickbäuche, dann ist es gradezu widersinnig, das Schießen zu probieren.

Freilich, auf dem Felde der Ehre mit Bauchschuß verreckt, werden einem Herr Dulles und dankbare Ruhrpatriarchen später ein marmornes Ehrenmal setzen, das von der Kriegsgräberfürsorge eifrig poliert wird. Die Menschenliebe währt ewiglich. Aber Cui bono? Uns nicht.

Studentische Aktion«

Im Reichssaal zu Aachen nahm am 10. Mai 1956 Sir Winston Churchill im Beisein des Präsidenten Heuß und des Kanzlers Adenauer den Karls-

Preis der Stadt Aachen entgegen. Er wurde Churchill feierlich verliehen »in Anerkennung seiner Verdienste um die Verteidigung des höchsten menschlichen Gutes, der Freiheit, und um den erfolgreichen Anruf der Jugend, die Zukunft Europas durch Einigung zu sichern«.

Churchill war einer jener britischen Politiker, die am eifrigsten zu den beiden Weltkriegen gegen Deutschland drängten, und auf seinen persönlichen Wunsch hin mußten die westalliierten Luftflotten in der Nacht des 13. Februar 1945, als der Krieg militärisch längst entschieden war, das unverteidigte und wehrlose, von Ostflüchtlingen und Verwundeten überfüllte Dresden zerstören. Die Zahl der Menschen, die dabei auf gräßliche Weise umkamen, wird auf 350 000 geschätzt.

Die Verleihung des Karls-Preises an Sir Winston Churchill war der absolute Tiefpunkt neudeutscher Nachkriegsmoral, der durch nichts mehr unterboten werden konnte.

Der frühere amerikanische Hochkommissar John McCloy schlug am 26. Mai 1956 vor, die Bundesrepublik möchte doch auf weite Teile des deutschen Ostens zugunsten Polens verzichten, und führte unter anderem aus:

»Das deutsche Volk muß gewisse Verpflichtungen übernehmen. Die Aufrechterhaltung der sowjetischen Kontrolle über Osteuropa wird durch die Furcht der Polen und Tschechoslowaken vor einem Gebietsverlust im Westen gefördert. Die freie Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wird in Betracht ziehen müssen, ob es wünschenswert ist, auf die Ansprüche auf einige der früheren deutschen Ostgebiete zugunsten einer Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland zu verzichten.

Der verständliche Wunsch der Deutschen, die Gebiete wiederzugewinnen, die 1945 unter eine provisorische polnische Verwaltung gestellt wurden, macht es der polnischen Bevölkerung, unabhängig von ihrer Einstellung zu dem kommunistischen Regime in Polen, schlechthin unmöglich, eine Zusammenarbeit mit dem Westen von ganzem Herzen zu befürworten. Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat bereits ihre Fähigkeit bewiesen, innerhalb ihrer derzeitigen kleineren Grenzen ein gesundes nationales Leben wiederherzustellen. Es könnte von politischer Weisheit zeugen, klarzumachen, daß Polen und die Tschechoslowakei – wenn sie ihre Unabhängigkeit erreichen sollten – ein wiedervereinigtes Deutschland nicht zu fürchten brauchten.«

Der Bundestag beschloß am 7. Juli 1956 nach langen Diskussionen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Im Alter von 83 Jahren verstarb am 14. August Konstantin Freiherr von Neurath, früherer Reichsaußenminister und zeitweiliger Reichsprotektor für Böhmen und Mähren. Er war im Nürnberger Prozeß zu 15 Jahren verurteilt und wegen seines schlechten Gesundheitszustandes im November 1954 frühzeitig aus der Haft entlassen worden.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 17. August 1956 in Karlsruhe die KPD als verfassungswidrig. Die praktische Folge davon waren das polizeiliche Verbot und die Auflösung der KPD in der Bundesrepublik. Dies stellte eine recht problematische Entscheidung dar, die wohl kaum mit dem Grundgesetz in Einklang zu bringen war. Entweder besteht demokratische Freiheit, dann müßte sie logischerweise auch bestehen, wenn sie der zur Zeit regierenden Partei nicht genehm ist; oder sie besteht nur zum Teil: Dann handelt es sich aber nur um eine von oben gelenkte Demokratie. Jedenfalls hatte sich die Bundesregierung auf dem Verbotswege ihrer unangenehmsten politischen Kritiker, der Sozialistischen Reichspartei und der Kommunistischen Partei, entledigt. Der Versuch, dies auch bei der Deutschen Reichspartei zu wiederholen, mißlang im Verlauf der Jahre immer wieder.

Das Verbot der KPD brachte darüber hinaus den Sicherheitsbehörden zusätzliche große Belastungen. Die legale KPD und ihre Gliederungen waren verhältnismäßig leicht zu überwachen gewesen; jetzt, da die KPD ihre Arbeit mit ihren Kadern im illegalen Untergrund fortsetzte, entzog sie sich fast zur Gänze der polizeilichen Kontrolle.

Der DDR-Außenminister Dr. Lothar Bolz wandte sich in einer offiziellen Erklärung am 29. August gegen den Rechtsanspruch der Bundesrepublik als alleiniger Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches.

Das Bulletin der Bundesregierung widersprach am 6. September und hielt unter anderem fest: »Die Bundesregierung ist die einzige deutsche Regierung, die frei und legitim gebildet und daher befugt ist, als Vertreterin des gesamten deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen.« Ferner: »Die staatliche Einheit Deutschlands ist rechtlich niemals untergegangen.«

Eine neue Diskussion über die junge Truppe entzündete sich, als bekannt wurde, daß auch ehemalige Offiziere und Soldaten der Waffen-SS sich als Freiwillige beworben hatten. Vor allem die Gewerkschaftsblätter und -funktionäre wandten sich gegen die Aufnahme ehemaliger Soldaten der Waffen-SS, und der Parteivorstand der SPD warnte ebenfalls vor ihrer Verwendung. Das Echo dieser Auseinandersetzung im Ausland schlug

große Wellen und wurde zu einer neuen Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik. Der Bundespersonalausschuß hatte am 2. August 1956 Richtlinien für die Aufnahme dieses Personenkreises beschlossen und bestimmt, daß vom Oberstleutnant aufwärts kein Dienstgrad der Waffen-SS aufgenommen werden dürfe, genauso wenig wie frühere Mitglieder der allgemeinen SS und des SD. Die beiden letzteren konnten nur auf Grund von Sondergenehmigungen des Bundesverteidigungsministeriums Verwendung finden. Kanzler Adenauer versicherte schließlich, es sei dafür gesorgt, daß der Geist der Waffen-SS nicht in die neue Truppe hineingetragen werden könne.

In Bozen wurde der österreichische Staatsbürger Egon Mayr am 17. Dezember nach fast neunmonatiger Untersuchungshaft von einem italienischen Schwurgericht zu drei Jahren Gefängnis und anschließender Ausweisung aus Südtirol verurteilt. Mayr hatte am 26. Dezember 1955 in Brixen aus einem fahrenden Zug etwa 50 vervielfältigte Flugblätter geworfen, die gegen die Italianisierung Südtirols polemisierten.

Das ganze Südtirol-Problem trat immer stärker in den Vordergrund. Eine für den 30. September angesetzte Großkundgebung der Südtiroler Volkspartei, auf der gegen die Nichterfüllung des Pariser Vertrages hinsichtlich der Autonomie für Südtirol durch die italienische Regierung protestiert werden sollte, wurde vom italienischen Regierungskommissar kurzerhand verboten.

Der Leidensweg der Südtiroler hatte bereits mit Ende des ersten Weltkrieges begonnen. In London bekam Italien von den Alliierten am 26. April 1915 in einem Geheimvertrag als Preis für seinen Abfall vom Dreierbund auch Südtirol versprochen. Als der Waffenstillstand am 3. November 1918 geschlossen wurde und die Regimenter der k. u. k. Armee befehlsgemäß die Waffen niederlegten, rasten die Italiener, ohne sich um die deutsch-österreichischen Regimenter zu kümmern, nach Norden und sperrten den Brenner. Auf diese Weise machte auch die italienische Armee 360 000 Kriegsgefangene, allerdings unbewaffnete. Und »eroberte« Südtirol.

Vergebens alle Eingaben, alle Proteste. Für die Südtiroler gab es kein Selbstbestimmungsrecht, das Präsident Wilson für alle verkündet hatte. Eine der schönsten uralten deutschen Landschaften mit damals 223 000 Deutschen, 15 000 Ladinern und nur 8000 Italienern kam als Kolonialgebiet an Italien. Die Italiener gingen sofort daran, das deutsche Antlitz Südtirols zu zerstören. Vor allem die deutsche Sprache und das deutsche

Brauchtum Südtirols wurden mit illegalen und legalen Mitteln verfolgt. Die italienische Sprache wurde die alleinige Amtssprache bei Behörden und Gerichten, auf allen Schulen die italienische Unterrichtssprache eingeführt. Am 7. August 1923 wurde sogar der Name Südtirol verboten. Auch alle Grabinschriften mußten ab 3. November 1927 ausschließlich in italienischer Sprache abgefaßt werden. Selbst als Tote sollten die Südtiroler noch italianisiert werden. Viele Tiroler, die sich wehrten, wurden halb totgeschlagen oder auch ermordet, manche verhaftet und auf die Malaria-Inseln Süditaliens deportiert.

Aus den Hungerbezirken Süditaliens aber brachen gleichzeitig die Massen der arbeitslosen Italiener auf und überfluteten wie Heuschrecken Südtirol. 1918 gab es nur 8000 Italiener in Südtirol, 1921 waren es schon 20 000. 1939: 81 000, 1951: 115 000. Bald bildeten die eingewanderten Italiener 34 % der Südtiroler Bevölkerung.

Adolf Hitler glaubte für seine weltpolitischen Pläne Benito Mussolini zu benötigen und verzichtete als hohen Preis für die italienische Freundschaft auf Südtirol. Von 247 000 Südtirolern erklärten sich 213 000 als reichsdeutsch und sollten umgesiedelt werden. Mitten in dieser unglücklichen Umsiedlung fiel Italien wieder einmal ab, und so wurde schließlich am 27. September 1943 die Einstellung der Aktion befohlen.

In seinem politischen Testament, geschrieben mitten im Zusammenbruch angesichts seines Freitodes, erklärte Adolf Hitler, daß die Einbeziehung Italiens in seine Pläne einer seiner größten Irrtümer und Fehler gewesen sei.

Wer aber hoffte, daß nun in der Demokratie das Unrecht der Diktatoren an Südtirol gutgemacht wurde, der irrte. Obgleich am 22. April 1946 über 515 000 Südtiroler für den Anschluß an Österreich demonstrierten, entschieden in völliger Einheit die westlichen und östlichen Alliierten am 30. April 1946, daß Südtirol bei Italien zu verbleiben habe. Wohl kam es am 6. September 1946 in Paris zum sogenannten Pariser Vertrag, nach dem Südtirol Autonomie gewährt werden sollte, doch dieser Vertrag wurde nie erfüllt. Unterdrückt in allen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Belangen, wurden die Südtiroler auch weiterhin als Staatsbürger letzter Klasse behandelt und waren gegen die italienischen Unterdrückungsmaßnahmen immer hilfloser.

In der Nacht zum 1. Oktober wurde 65jährig Großadmiral Karl Dönitz nach Verbüßung seiner Strafe aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis entlassen.

In Wien protestierten am 15. Oktober 15 000 Menschen vor dem Rathaus gegen die italienische Unterjochung in Südtirol und forderten stürmisch die Einhaltung des Autonomie-Statutes.

Das Amtsgericht in Berchtesgaden erklärte am 25. Oktober – nachdem 42 Zeugen vernommen und das gesamte in- und ausländische Schrifttum ausgewertet worden waren – Adolf Hitler amtlich für tot. – Als Stunde des Ablebens wurde der 30. April 1945, 15.30 Uhr festgesetzt.

DIE MISSBRAUCHTE WIEDERGUTMACHUNG

Dr. Agartz und die Gewerkschaften / Der Prozeß Ferdinand Schörner / Die illustrierte Krankheit der Deutschen / Die Welt der Rosemarie Nitribitt / Dr. Greve und die Wiedergutmachung

In Budapest begann mit einer Studentendemonstration gegen die kommunistische Diktatur am 21. Oktober 1956 ein leidenschaftlicher Volksaufstand. Imre Nagy wurde zum Ministerpräsidenten ausgerufen, verhängte den Ausnahmezustand und kündigte weitgreifende Reformen an. Die ungarischen Truppen waren zum Großteil zu den Aufständischen übergelaufen. Sofort griffen die sowjetrussischen Panzerdivisionen ein, und es kam in ganz Ungarn zu schweren, erbitterten Kämpfen.

Verzweifelt riefen die ungarischen Aufständischen den Westen und die UNO um Hilfe an. Amerika verhielt sich genauso wie am 17. Juni in Ostberlin und Mitteldeutschland völlig neutral und ließ die russischen Panzer den ungarischen Freiheitswillen zusammenschießen und in den Boden malmen.

Während noch die ganze Welt vor Empörung über den neuen kommunistischen Massenterror erzitterte, rückte die israelische Armee am 29. Oktober auf die zu Ägypten gehörende Sinai-Halbinsel und gegen den Suez-Kanal vor. England und Frankreich, die über die Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft entrüstet waren, ließen Fallschirmjäger bei Port Said landen und eroberten das nördliche Viertel der Kanalstrecke

gegen die verzweifelten Abwehrversuche der überfallenen Ägypter. Während in Ungarn die Freiheit erschlagen wurde, kämpften England und Frankreich um die Dividende der Suez-Kanal-Aktionäre.

Die UNO-Vollversammlung verurteilte die israelisch-britisch-französische Aggression, die USA lehnten ebenfalls die Aktion ab, und die Sowjetunion drohte, ihrerseits sogar einzugreifen. Darauf stellten die drei angreifenden Staaten ihre Kämpfe ein und zogen ihre Truppen zurück.

Sogleich nach dem Ausbruch der Kämpfe in Ungarn beschäftigte man sich in der NATO voller Sorge mit der Frage, was geschehen solle, wenn plötzlich in der deutschen Sowjetzone ein ähnlicher Volksaufstand ausbrechen würde wie in Ungarn.

Verantwortliche Militärs der NATO schlugen vor, in diesem Falle sollten amerikanische, britische und französische Einheiten in der Bundesrepublik sofort entlang der Zonengrenze aufmarschieren und den zu erwartenden Übertritt westdeutscher Freiwilliger nach Mitteldeutschland verhindern. In Westberlin sollten die Alliierten die oberste Polizeigewalt übernehmen und den Belagerungszustand verhängen.

Keine Rede mehr von der Befreiung der vom Kommunismus geknechteten Völker, kein Wort vom Zurückdrängen des Kommunismus überhaupt!

Die Bundesregierung, vertreten durch Außenminister Heinrich von Brentano, kam diesen Bestrebungen der Westalliierten mit offenen Armen entgegen. Brentano verlangte sogar, die NATO dürfe keinerlei Bewegungen bewaffneter Revolutionäre in Osteuropa, einschließlich Mitteldeutschlands, fördern und die Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone nicht zu »dramatischen Aktionen« ermutigen, denn »solche Aktionen könnten für die betroffenen Völker ein Desaster bedeuten«.

Was sonst noch hinter den Kulissen der Westpolitik in jenen gefahrvollen Stunden geschah, ließen die Gebrüder Alsop in der »New York Herald Tribune« durchblicken, als sie schrieben: »Als die ungarische Rebellion auf ihrem Höhepunkt war, war Ostdeutschland nahe daran, den Weg Ungarns zu gehen – näher als es allgemein bekannt war. Eine ostdeutsche Rebellion wurde schließlich nur verhindert, weil die westdeutsche Regierung (mit vollem Wissen der amerikanischen Regierung) all ihre Macht und ihren Einfluß aufbot, um so etwas zu verhindern.«

Die Bundesregierung lehnte am 28. November ab, ihren Sitz von Bonn nach Westberlin zu verlegen, mit der Begründung, daß Berlin unter dem Viermächtestatut stehe.

Obwohl die Italiener das unglückliche Südtirol mit stärksten Polizei- und Armeekräften besetzt hielten und halten, versuchten und versuchen die Südtiroler Freiheitskämpfer immer wieder, die Welt durch Demonstrationssprengungen auf ihr Leid aufmerksam zu machen.

Feldmarschall Schörner in München zu viereinhalb Jahren verurteilt (rechts).

Gewerkschaftsideologe Dr. Viktor Agartz trotz ostberliner Geldmittel in Karlsruhe freigesprochen (unten links). SPD-Bundestagsabgeordneter Alfred Frenzel, der als kommunistischer Spitzel entlarvt wurde, blamierte die sühnedeutsche Gesellschaft unbarmherzig (unten rechts).





Die Sicherheitsverhältnisse in der Bundesrepublik besserten sich auch 1956 nicht. 332 Morde wurden gerichtsbekannt, die Jugendverbrechen allein waren auf 95 722 gerichtlich verurteilte Fälle angestiegen; wegen Sittlichkeitsverbrechen wurden 56 292 Männer abgestraft.

Am 1. Januar 1957 besuchte Adenauer das Saarland und erklärte, ohne mit der Wimper zu zucken, in einer Ansprache: »Die Heimkehr der Saar ist ein Ergebnis der Gesamtkonzeption unserer 1949 aufgenommenen Außenpolitik.«

Wenige Tage später wurden 10 Abgeordnete des Saarlandes, die von dem Saarländischen Landtag dazu bestimmt wurden, in den Bundestag aufgenommen. Unter ihnen befand sich Dr. Heinrich Schneider. Drei Vertreter des Saarlandes, darunter Ministerpräsident Dr. Hubert Ney und Arbeitsminister Kurt Conrad, wurden in den Bundesrat aufgenommen.

Unter der Neubearbeitung von Dr. Heimpel, Bruno Reifenberg und Professor Dr. Theodor Heuß erschien im Ullstein-Verlag die Neuauflage des vierbändigen Standardwerkes »Die großen Deutschen«. Unter dem neudeutschen Bearbeitungskollegium dieser repräsentativen Biographiensammlung wurden in dem literarischen Olymp neu aufgenommen: Karl Marx, Heinrich Heine, Max Liebermann, David Hilbert, Sigmund Freud, Albert Einstein, Samuel Hahnemann, ferner Erzbischof Ketteler, der Gesellenvater Kolping und Friedrich Ebert. Dann noch – neben einigen wirklich großen, wie Gerhart Hauptmann, Richard Strauss, Max Planck, Borsig, eine Reihe von Namen, von denen der Durchschnittsdeutsche nie oder kaum etwas gehört hat, wie Hans Poelzig, Max Beckmann, Arnold Schönberg, der umstrittene Neutöner; der zweitletzte in der illustren Reihe ist der spätere tschechische und dann amerikanische Staatsbürger Thomas Mann und der letzte Generaloberst Beck.

Dafür wurden 150 Persönlichkeiten nicht mehr für würdig befunden, in der Liste der großen Deutschen aufzuscheinen, und rigoros gestrichen. Unter diesen neuerdings Totgeschwiegenen befanden sich unter anderem: Arminius, Wittekind, der Reichsgründer Heinrich I., Heinrich IV., der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I., der Habsburger Josef II., Königin Luise von Preußen, Paul von Hindenburg, Graf Schlieffen, Tirpitz, Conrad von Hötzendorf, Admiral Scheer, Hardenberg, York, Blücher, Ernst Moritz Arndt, Turnvater Jahn, der Deutschordensmeister Heinrich von Plauen. Ferner: Veit Stoß, Bernt Notke, Peter Vischer, Hans Sachs, Heinrich Schütz, die Philosophen Schleiermacher und Schelling, Gottfried Schadow, Christian Rauch, Moritz von Schwindt, Ludwig Richter, Spitzweg, Ludwig

Uhland, Jeremias Gotthelf, Arnold Böcklin, Anselm Feuerbach, Wilhelm Busch, Fritz Reuter, Theodor Storm, Ludwig Thoma, Liliencron, Dehmel, Dauthendey, der Historiker Heinrich von Treitschke, der Volkskundler W. H. Riehl, der Zoologe Brehm, Lagarde, der Geograph Ratzel, die Ärzte Ernst von Bergmann und Schleich, der Hofprediger Stöcker, Graf Zeppelin, Carl Peters, Lüderitz, Schweinfurth, Hagenbeck, Gottfried Daimler, Karl Benz, von Richthofen und Albert Leo Schlageter.

Am 24. Januar 1957 wurde das britische Kriegsverbrechergefängnis in Werl aufgelöst.

Die SPD sprach sich durch ihren Vorsitzenden Erich Ollenhauer am 24. Januar gegen die allgemeine Wehrpflicht aus und erklärte: »Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird das Wehrpflichtgesetz abschaffen: Bei diesem Entschluß bleibt es, da er jederzeit und zu jedermann mit guten Gründen zu vertreten ist.«

Am 1. Februar starb in Dresden im Alter von 66 Jahren der ehemalige Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, der die deutsche 6. Armee in der Schicksalschlacht von Stalingrad geführt hatte und nach seiner Gefangennahme Mitbegründer des Bundes deutscher Offiziere und des kommunistischen »Nationalkomitees Freies Deutschland« gewesen war.

In Frankfurt (Main) wurde zwischen der IG-Farben-AG und der Conference on Jewish Material Claims against Germany ein Abkommen unterzeichnet, nach dem sich die IG-Farben verpflichteten, 27 Millionen DM für die Entschädigung jüdischer KZ-Häftlinge und weitere 3 Millionen DM für nichtjüdische KZ-Häftlinge in Auschwitz zu bezahlen, die während des Krieges bei der IG-Farben gearbeitet hatten.

In Südtirol kam es zu einigen Demonstrationssprengungen verzweifelter Südtiroler, die versuchten, durch Bölleranschläge die Aufmerksamkeit der Welt auf die bedrohliche Lage ihrer Heimat zu lenken. Die Italiener verhafteten am 3. Februar den Chefredakteur des Südtiroler Blattes »Dolomiten«, Dr. Friedl Volgger, unter der Beschuldigung der politischen Verschwörung. Zwischen der österreichischen und italienischen Regierung kam es zu einem Austausch von Memoranden, der aber zu keinem Ergebnis führte. Drei Monate später ließen die Italiener Volgger wieder frei.

In der Bundesrepublik hatte die Antiwehrpropaganda der Linksorganisationen und der Gewerkschaften keinen nennenswerten Erfolg gezeitigt. Von 100 000 Wehrpflichtigen des dritten Quartals, Geburtsjahrgang 1937, die gemustert wurden, erklärten sich nur 358, das waren 0,36%, zu Wehrdienstverweigerern.

In Ostberlin wurde am 9. März Dr. Wolfgang Harich zu 10 Jahren Zuchthaus, Bernhard Steinberger zu 4 Jahren und Manfred Hertwig zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie angeblich den Einfluß der SED weitestgehend beseitigen und die volkseigenen Betriebe zu Genossenschaften umbilden oder reprivatisieren wollten.

Am 20. März 1957 bekam das Westberliner Polizeipräsidium einen anonymen Anruf. Danach sollte ein gewisser Wieland aus Hagen in Westfalen immer wieder in Westberlin von einem Ostberliner Mittelsmann größere Geldbeträge erhalten, mit denen angeblich der frühere Bundestagsabgeordnete Paul Harig, der auch in Hagen wohnhaft war, die illegale KPD finanziere.

Die Polizeistellen entlang der Zonengrenze wurden alarmiert. Als Gustav Wieland auf dem Rückwege von Berlin Helmstedt passierte, wurde er noch am 20. März festgenommen. Er hatte 21 000 DM bei sich. Er gestand sofort, daß er das Geld, das vom zweiten FDGB-Sekretär Kirchner in Ostberlin stammte, nicht für den früheren KPD-Bundestagsabgeordneten Harig abhole, sondern für Dr. Viktor Agartz.

Sieben Tage später wurden Dr. Viktor Agartz und seine Sekretärin Ruth Ludwig unter dem Verdacht landesverräterischer Beziehungen in Haft genommen. Damit war der eigentliche Ideologe der westdeutschen Gewerkschaften ausgeschaltet.

Der Neuanfang der Gewerkschaften in West- und Mitteldeutschland vollzog sich praktisch auf Befehl oder wenigstens mit der Förderung der alliierten Sieger. In Aachen wurde schon am 21. März 1945 mit Unterstützung der britischen Stadtkommandantur der Gewerkschaftsbund gegründet, in der amerikanischen Zone erhielten die bayerischen Gewerkschaftsführer erst am 4. Juni 1945 die Vollmacht, sich zu Beratungen über den Wiederaufbau der Gewerkschaften zu versammeln. Sowjetmarschall Shukow gab am 10. Juni 1945 für die sowjetische Besatzungszone die Erlaubnis zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen. Am spätesten konnte sich die französische Militärregierung zur Genehmigung zum Wiederaufbau lokaler Gewerkschaften verstehen: Am 28. Juli 1945.

Feldmarschall Montgomery und General Eisenhower unterstützten genauso wie Sowjetmarschall Shukow die Bildung der Gewerkschaften, und Montgomery klagte noch am 12. November 1945: »Bei den Gewerkschaften fehlt es an verantwortungsbewußten Führern.«

In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es den DGB-Gewerkschaften in Westdeutschland, die ablehnende Resignation der Arbeiterschaft zu über-

winden. Bald zählten die DGB-Gewerkschaften 5 und dann 6 Millionen Mitglieder. In Mitteldeutschland war für jeden beruflich Tätigen der Beitritt in den kommunistischen FDGB ohnedies Zwang.

Die Gewerkschaften bauten sehr schnell politisch, aber auch wirtschaftlich einen förmlichen Staat im Staate auf, und die Lawine der Arbeiterpfennige betrug bald jährlich an Beiträgen 400 Millionen DM. Um dieses Riesenkapital zu verwalten und entsprechend anzulegen, wurden gewerkschaftseigene Banken gegründet, gewerkschaftseigene Wohnbaugesellschaften und -betriebe, gewerkschaftseigene Versicherungen und zusammen mit den Konsumgenossenschaften ein gewaltiger Wirtschaftstrust errichtet. Mit einer eingehenden Schulung der Funktionäre und Mitglieder, einer engen Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen und einer ständigen Beeinflussung der Öffentlichkeit durch monatlich 15 Millionen Gewerkschaftszeitungen, mit Rundfunksendungen und den gewerkschaftlichen Verbindungsstellen in Bonn und im Ausland waren die Gewerkschaften bald zu einem wichtigen Faktor des öffentlichen Lebens vor allem in der Bundesrepublik geworden.

Der unbestrittene geistige Führer der westdeutschen Gewerkschaften war Dr. Viktor Agartz, der in Köln ab 1949 das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften, eine Art gewerkschaftlichen Generalstab, führte. Agartz' Ideenwelt fußte im Marxismus, und er brachte die Gewerkschaften zum Kampf um die Mitbestimmung der organisierten Arbeiterschaft und für die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Das hinderte ihn aber nicht, aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut ein beachtliches Monatsgehalt zu beziehen, zu dem noch das Einkommen aus rund einem Dutzend Aufsichtsratsposten kam, so daß sein »proletarisches« Jahreseinkommen nach eigenen Angaben 60 000 DM betrug.

Infolge einer Intrige innerhalb des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes hatte sich Agartz unmöglich gemacht und war am 8. Oktober 1955 beurlaubt worden. Ende des Jahres 1955 mußte er, allerdings nicht ohne eine entsprechende Pension zu erhalten, aus dem Institut ausscheiden.

Der durch seine gewerkschaftsinternen Gegner so jählings abgehalfterte Agartz gründete nun ein eigenes Institut und gab eine Reihe linksmarxistischer Publikationen heraus. Der kommunistische FDGB in Ostberlin schloß durch Hugo Paul einen Subventionierungsvertrag mit Agartz ab, der monatlich 10 000 DM betrug. Gustav Wieland brachte nun allmonatlich im Mercedes des Dr. Agartz das Geld illegal von Ostberlin nach

Köln. Als die Sache aufflog, waren 131 000 DM geschmuggelte kommunistische Subventionsgelder nachweisbar.

Jetzt erst sagte sich der SPD-Vorstand offen von Agartz los, und der DGB sperrte ihm sogar seine Monatspension in Höhe von 1800 DM.

Obwohl die kommunistische Finanzierung in der genannten Höhe nachgewiesen werden konnte und sich Dr. Agartz vor dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtes in aller Offenheit zum kommunistischen Wiedervereinigungskonzept bekannte: »Dieses Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein«, genügte dies nicht, um ihm den Tatbestand des Landesverrates nachzuweisen. Agartz wurde daher am 13. September 1957 mit seiner Sekretärin freigesprochen; der kleine Kurier Wieland hingegen wurde zu 8 Monaten verurteilt. Trotz des Freispruches war aber Agartz' Rolle in den Gewerkschaften, die sich durch ihren kommunistisch subventionierten Chefideologen blamiert fühlten, ausgespielt.

Auf einer Pressekonferenz löste Kanzler Adenauer am 3. April durch eine provokante Erklärung über die von ihm gewünschte Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen eine weltweite Diskussion aus. 18 führende deutsche Atomwissenschaftler, Professor Fritz Bopp, Professor Max Born, Professor Rudolf Fleischmann, Professor Walther Gerlach, Professor Otto Hahn, Professor Otto Haxel, Professor Werner Heisenberg, Professor Hans Kopfermann, Professor Max von Laue, Professor Heinz Maier-Leibnitz, Professor Josef Mattauch, Professor Friedrich-Adolf Planeth, Professor Wolfgang Paul, Professor Wolfgang Riezler, Professor Fritz Straßmann, Professor Wilhelm Walcher, Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker und Professor Karl Wirtz, wandten sich am 12. April in einem Appell gegen Adenauers Forderung und warnten vor deren Folgen, da »für die Entwicklungsmöglichkeit der lebensausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen keine natürliche Grenze bekannt sei«. Sofort nützte die SED die natürliche Furcht vor den atomaren Folgen, die in jedem Menschen steckt, und der Atomphysiker und Leninpreisträger der DDR, Professor Manfred von Ardenne, gab in Dresden am 14. April zusammen mit Professor Dr. Barwich, Professor Dr.-Ing. Hartmann, Professor Dr. Macke, Professor Dr. Rexer, Professor Schintlmeister und Professor Dr. Westmeyer eine unterstützende Erklärung ab. Papst Pius XII. warnte ebenfalls am 14. April vor der grenzenlos gewordenen Zerstörungskraft der Kernwaffen. Über das Radio Oslo richtete Professor Dr. Albert Schweitzer am 23. April eine Warnbotschaft an die Welt. Später erließen weitere 101 deutsche Professoren einen Aufruf gegen Kernwaffen.

Alle diese Proklamationen und Warnungen gingen aber auf den eigentlichen Kern dieses furchterregenden Problems nicht ein. Dank des westlichen Entgegenkommens in Jalta und Potsdam beherrscht die Sowjetunion mit ihren Satelliten den weitaus größten Teil von Europa. Dank der westlichen Atomverräter vom Schlage eines Klaus Fuchs konnten die Sowjets ihre bescheidene atomare Entwicklung mit jener des Westens gleichziehen. Und nicht zuletzt dank der völligen Aufweichung und Zersetzung jeglicher Wehrbereitschaft im deutschen Volk steht das nichtkommunistische Restdeutschland den sowjetischen Plänen nahezu hilflos gegenüber. Selbst die wenigen konventionellen westalliierten Truppen in Europa und die Einheiten der Deutschen Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes könnten im Falle einer sowjetischen Aggression bestenfalls nur hinhaltenden Widerstand leisten. Im großen und ganzen würde die militärische Eroberung Resteuropas bis zu den Pyrenäen für die Sowjetarmee im wesentlichen wohl nur ein Transportproblem darstellen.

Wenn es nicht Atomwaffen geben würde. Da die Amerikaner im Falle X ihre Atomwaffen einsetzen könnten – um so leichter, da es sich nicht um amerikanisches, sondern um europäisches, in erster Linie wohl um deutsches Gebiet handeln würde –, könnte der Angriff der Sowjetarmee alles eher als ein Spaziergang werden. Daran ändern auch die sowjetischen Atomwaffen nichts. Denn auf jeden Schlag folgt ein Gegenschlag. Da aber beide Machtblöcke die Atomwaffen besitzen, werden beide von derselben Furcht, nämlich dem Schlag des anderen, beherrscht. Diese gegenseitige Furcht ist im wesentlichen der entscheidende Schutz vor einer sowjetischen Aggression und hoffentlich auch vor einem Atomkrieg.

Auch Hitler und Stalin hatten im zweiten Weltkrieg ihre Armeen mit vernichtenden Waffen ausgerüstet: Giftgasgranaten. Aber weder die deutschen noch die sowjetischen Batterien erhielten jemals – auch nicht in den bedrohlichsten Situationen – Feuerbefehl. Jeder fürchtete den Gegenschlag des anderen, und die Gasmaske wurde darum vom Landser nur in der Heimat und in der Etappe vorschriftsmäßig getragen. An der Front diente sie hauptsächlich zur Aufbewahrung von Eß- und Tabakwaren.

Ähnlich verhält es sich heute. Daher lebt Restdeutschland groteskerweise im fragwürdigen Schutz der feindlichen Ost-West-Atomglocke.

Die Deutschlandfrage kam auf den Konferenzen der Alliierten wohl immer wieder zur Sprache, jedoch wurde auch nicht die geringste Annäherung der Standpunkte erzielt. Es blieb alles beim alten: Die Sowjets wünschten die Erweiterung ihres Einflusses bis zum Rhein und ein, wie

sie sagten, sozialistisches Deutschland, die Amerikaner die Eingliederung Mitteldeutschlands in das westliche Lager. Die deutschen Regierungen in Bonn und Pankow entwickelten überhaupt keine eigene Initiative, sondern reagierten lediglich nach den Wünschen ihrer Alliierten. Während von Pankow als einem ausgesprochen kommunistischen Hilfswilligen-Regime von vornherein nichts anderes erwartet werden konnte, überließ aber auch Bonn das deutsche Schicksal ausschließlich dem Weißen Haus.

Der einflußreiche linksgerichtete amerikanische Publizist Walter Lippmann griff am 21. Oktober 1957 in der »New York Herald Tribune« die amerikanische Deutschlandpolitik mit folgenden Worten an: »Unsere deutsche Politik, die im weiten Maße von Dr. Adenauer beherrscht wird, ist auf die merkwürdige Annahme gegründet, daß Rußland veranlaßt werden kann, zu kapitulieren, es zuzulassen, daß Ostdeutschland von Westdeutschland verschluckt wird, und es weiter zuzulassen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland als stärkste Militärmacht in die NATO einverleibt wird. Eine deutsche Politik, die so unrealistisch und so dunkel ist, muß nach Lage der Dinge scheitern. Aber wir haben keine andere deutsche Politik.«

Chruschtschow erklärte am 19. April auf einem Empfang der polnischen Botschaft in Moskau nachdrücklichst: »Wir müssen die Oder-Neiße-Grenze verstärken. Wir müssen unsere Verteidigungskraft verstärken. Die Oder-Neiße-Grenze ist unsere gemeinsame Grenze. Wenn jemand diese Grenze überschreitet, so wird dies nicht nur ein Angriff gegen Polen, sondern auch gegen die Sowjetunion sein.«

Am 27. April wandte sich die Sowjetregierung in einer Note an die Bundesrepublik gegen eine geplante Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

Der ehemalige Reichswirtschaftsminister Walter Funk wurde am 16. Mai krankheitshalber vorzeitig aus dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis entlassen.

An der Saar begannen die Bonner Intrigen sich auszuwirken. Als die Demokratische Partei Saar aus Protest gegen die Nichteinhaltung der Bonner Versprechungen zur Wahrung des sozialen Besitzstandes an der Saar die Koalitionsregierung verließ, war die Regierung Dr. Hubert Ney schon am 25. März gezwungen gewesen zurückzutreten. Diese Situation benutzte man sowohl in Bonn als im separatistischen Lager und ließ alle Minen springen. Neys Bemühungen um eine neue Regierungsbildung scheiterten.

Gleichzeitig wurde der große Trumpf Adenauers ausgespielt: Die Einigung der deutschbewußten CDU-Saar mit der separatistischen Christlichen Volkspartei. Dr. Ney weigerte sich trotz wiederholter Bonner Interventionen zugunsten der Separatisten, mit diesen zusammenzuarbeiten. Daraufhin gelang es, Dr. Hubert Ney als Parteivorsitzenden der CDU-Saar abzuwählen. Nun hatte auch an der Saar der Bonner Opportunismus gesiegt. Unter dem neuen CDU-Vorsitzenden Hans Egon Reinert wurde am 4. Juni eine neue Regierung gebildet, in der Dr. Hubert Ney noch als Justizminister, Dr. Heinrich Schneider als Wirtschaftsminister und Kurt Conrad als Arbeitsminister aufschienen.

Die separatistische Christliche Volkspartei beschloß am 1. Juli ihren Zusammenschluß mit der CSU-Bayern, um über diesen Umweg innerhalb der deutschen Parteien wieder hoffähig zu werden. Die CSU half ihr getreulich und stimmte der Vereinigung mit den Separatisten auf ihrem Landesparteitag am 6. Juli in Nürnberg geschlossen zu. Die Demokratische Partei Saar schloß sich ihrerseits am 11. August als Landesverband Saar der FDP an.

Damit hatten die beiden treibenden Elemente der deutschen Volkstreue an der Saar, die CDU-Saar und die DPS-Saar, freiwillig ihre Eigenständigkeit eingebüßt. Von der machtvollen Volksbewegung, die den strahlendsten nationalen Sieg der Nachkriegszeit errungen hatte, war nichts mehr zu erwarten. Sie war, eingefangen in die Bonner Netze, hoffnungslos versandet.

Am 5. Juli 1957 wurde vom Landgericht Verden (Aller) das Landesverratsverfahren, das die Staatsanwaltschaft gegen den am 7. November 1955 aus der Sowjetunion heimgekehrten früheren General Walther von Seydlitz eingeleitet hatte, eingestellt. Gleichzeitig wurde die im Kriege gegen Seydlitz verhängte Todesstrafe aufgehoben.

Seydlitz hatte sich in der sowjetischen Gefangenschaft nicht nur dem kommunistisch geführten »Nationalkomitee Freies Deutschland« zur Verfügung gestellt, das im wesentlichen die Aufgabe hatte, die Moral des deutschen Ostfrontsoldaten zu zersetzen. Er war auch im Speisewagen des sowjetischen Politgenerals Watutti mit dem General Dr. Korfes an die Front von Tscherkassy gefahren und hatte mittels Lautsprecher der Roten Armee die deutschen Soldaten aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und sich den Bolschewisten zu ergeben. Darüber hinaus schrieb er persönliche Briefe an die Generale Lieb und Stemmermann mit der Aufforderung zu kapitulieren und ließ die Briefe in den Kessel schleusen.

Nun gab ihm die Bundesrepublik nach der Einstellung des Verfahrens die Generalspension.

In Westberlin trat am 3. Oktober 1957 ein neuer Mann in das politische Scheinwerferlicht der Bundesrepublik. Willy Brandt! Er wurde im Westberliner Abgeordnetenhaus mit 86 Stimmen gegen 10 bei 22 Enthaltungen zum Regierenden Bürgermeister von Westberlin gewählt.

Eigentlich heißt Willy Brandt Herbert Frahm. Er nahm den Namen »Willy Brandt« als Tarnnamen in der Jugendbewegung der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) an, einer linkssozialistischen Gruppe mit stark kommunistischen Theorien und Einfluß. Im März 1933 floh der junge Herbert Frahm nach Skandinavien und ließ sich vorerst in Oslo nieder. Bald sprach er Norwegisch wie seine Muttersprache und fühlte sich in Norwegen wie zu Hause. Mit falschen Papieren reiste er 1936 nach Paris und von dort als Kurier marxistischer Emigrantengruppen illegal nach Deutschland. In dieser Zeit nannte er sich »Martin«.

Im Februar 1937 reiste Frahm/Brandt nach Spanien, wo schon seit 8 Monaten der erbitterte Bürgerkrieg tobte. Brandt wirkte hauptsächlich in Barcelona auf rotspanischer Seite als Korrespondent marxistischer Blätter in Skandinavien und zur Unterstützung und Beratung der linkssozialistischen POUM (Arbeiterpartei für marxistische Einheit). Nach 5 Monaten fuhr er nach Oslo, wo er als einer der Sekretäre des norwegischen Spanienkomitees tätig war.

Als deutsche Truppen Norwegen besetzten, zog Brandt, wie er erklärt, ebenfalls nur als Tarnung, norwegische Uniform an. Nach einem Monat Kriegsgefangenschaft als norwegischer Soldat wurde Brandt von den Deutschen wieder entlassen. Er floh sogleich nach Schweden und pendelte in weiterer Folge illegal zwischen Stockholm und Oslo hin und her.

Nach Kriegsende kehrte Brandt von Stockholm nicht nach Deutschland zurück, sondern nach Oslo. Er fühlte sich unterdessen ganz als Norweger. »Mein norwegischer Paß war für mich mehr als ein nützliches Reisedokument, meine norwegische Staatsbürgerschaft bedeutete mir mehr als eine Formalität«, gestand er später.

Als norwegischer Zeitungsberichterstatter für den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß kam Brandt im Oktober 1945 nach Deutschland. Nach Beendigung seiner Berichterstattertätigkeit fuhr er wieder nach Oslo zurück. Das nächste Mal kam er als norwegischer Korrespondent zum Ersten Gewerkschaftskongreß der britischen Zone nach Bielefeld. Im Dezember 1946 erhielt Brandt dann einen Posten als Presseattaché bei der nor-

wegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin. Im Rang und in der Uniform eines norwegischen Majors betrat Brandt Berliner Boden.

Im Juni 1947 nahm Brandt am Parteitag der SPD in Nürnberg teil. Nunmehr beschloß er, nach Deutschland zurückzukehren. Am 1. Januar 1948 verzichtete er auf seine norwegische Staatsbürgerschaft und übernahm die Berliner Verbindungsstelle des Parteivorstandes der SPD. Er legte seinen wirklichen Namen Frahm endgültig ab und erhielt vom Westberliner Polizeipräsidenten Dr. Stumm am 11. August 1949 die amtliche Genehmigung, anstelle seines bisherigen Namens Frahm den Namen Willy Brandt zu führen. Allerdings erstreckte sich diese Namensänderung nur auf seine Person.

Am 4. Oktober 1957 verkündeten die Sowjets jubelnd, daß sie den ersten künstlichen Erdsatelliten »Sputnik« auf die Bahn in das All geschickt hatten. Eine neue Zeit war damit angebrochen. Die Sowjetrussen hatten die deutsche Beute gut genützt und damit einen Vorsprung vor den Amerikanern erobert, den diese erst in jahrelangen Mühen gleichziehen konnten. Am 15. Mai 1960 schossen die Russen ihr erstes Weltraumschiff, das sie ebenfalls »Sputnik« nannten, mit einem Gewicht von 4540 kg in eine Höhe von 320 km auf die Bahn um die Erde. Etwa ein Jahr später, am 12. April 1961, flog der 27jährige sowjetische Fliegermajor Juri Alexejewitsch Gagarin mit dem Raumschiffsputnik »Wostok« erfolgreich um die Erde.

Aber diese späteren Erfolge waren kein Vergleich zu dem ersten Erfolg mit dem künstlichen Erdsatelliten. Während die ganze Welt im Rausche des Aufbruchs einer neuen Epoche, in der die Menschen nach den Sternen griffen, erschauerte, fand niemand die Muße, an die Ursprünge dieser Entwicklung zu denken.

Als erster legte etwa 1880 der Ostpreuße Hermann Ganswindt Pläne für den Bau eines Schraubenflugzeuges und Vorschläge für ein Weltraumschiff mit Raketenantrieb vor. Sie wurden nicht beachtet. Ihm ging es nicht anders als dem Russen K. W. Ziolkowski, der sich zur selben Zeit mit Problemen der Weltraumfahrt beschäftigte.

Als nach dem ersten Weltkrieg der Siebenbürger Sachse Hermann Oberth mit seinen Plänen und Gedanken über die Weltraumfahrt an der Universität Heidelberg promovieren wollte, lehnte das Professorenkolleg das Thema als illusionistisch ab. Oberth schrieb darauf 1923 das Pionierbuch der Weltraumfahrt »Die Rakete zu den Planeträumen« und 1929

»Wege zur Raumschiffahrt«, Bücher, die auch heute noch als grundlegende Standardwerke der frühen Raumtechnik unbestritten sind.

Schon 1916 hatte sich der bayerische Diplomingenieur Rudolf Nebel als Jagdflieger die ersten Raketen auf seine Maschine gebastelt, mit denen er zwei Feindflugzeuge abschoß. Die dritte Rakete explodierte, und Nebel stürzte ab, kam aber mit dem Leben davon. 1930 gründete Nebel in Berlin-Reinickendorf den ersten Raketenflugplatz der Welt. Die ersten Flüssigkeitsraketen der A-Reihe entstanden 1932 in Kommersdorf bei Berlin. 1932 wurde hier auch das erste Modell einer Weltraumstation erbaut. 1934 promovierte Wernher von Braun über »Probleme der Flüssigkeitsrakete«.

1935 wurde unter Oberst Dr. Walter Dornberger auf der vorpommerschen Insel Usedom bei Peenemünde die geheime »Heeresversuchsanstalt« errichtet. Am 4. Oktober 1942 flog von hier aus die erste Fernrakete der Welt, »A4«, über eine Entfernung von 192 km. Aus ihr entstanden im Kriege die V-1- und V-2-Raketen.

Ehe sie aber noch zum Einsatz kommen konnten, griffen in der Nacht zum 18. August 1943 völlig überraschend 600 westalliierte viermotorige Bomber Peenemünde an und pflügten die gesamte Anlage mit ihren Bomben um. Später offenbarte der britische Geheimdienst-Oberst Daniel Shapiro, daß Dr. Otto John den Engländern Peenemünde verraten hätte. Von diesem Schlag und den nachfolgenden Zerstörungen konnte sich Peenemünde nie mehr ganz erholen. So erfolgte dann auch ab 13. Juni 1944 der V-Waffen-Beschuß auf England nur noch mit halber Kraft. Eine Verlagerung der Produktion gelang nur teilweise.

General Eisenhower bekannte in seinem Buch »Kreuzzug in Europa«: »Wenn es den Deutschen gelungen wäre, diese neuen Waffen 6 Monate früher zu vervollkommnen und einzusetzen, so ist es wahrscheinlich, daß unsere Invasion in Europa auf ungeheure Schwierigkeiten gestoßen, ja, unter Umständen unmöglich geworden wäre.«

Die deutschen V-Waffen konnten deshalb nicht früher zum Einsatz kommen, weil Peenemünde infolge des Verrates durch die alliierte Luftwaffe so beschädigt wurde, daß die Raketenproduktion verheerend absank.

Im Februar 1945 befanden sich in Peenemünde noch 4325 Mitarbeiter. Am 17. Februar rollte der erste Evakuierungszug von Peenemünde in Richtung Harz; ein anderer nach Cuxhaven; ein dritter nach Oberösterreich, wo in Gmunden am Traunsee neue unterirdische Produktionsstätten erstehen sollten. Doch dafür war es schon zu spät.

Am 2. Mai 1945 stellten sich Generalmajor Dr. Dornberger und Wernher von Braun in Reutte (Tirol) mit ihren Mitarbeitern den Amerikanern. Diese zogen sofort alle Peenemünder, deren sie habhaft werden konnten – es waren über 400 –, in der Artilleriekaserne von Garmisch-Partenkirchen zusammen. Daneben wurden alle führenden deutschen Wissenschaftler und Techniker verhört; es waren rund 24 000. Ihr theoretisches Wissen wurde sogleich nach den USA gemeldet. 523 hauptsächlich Atomwissenschaftler wurden nach den USA verfrachtet und ihnen nach kurzer Zeit die amerikanische Staatsbürgerschaft verliehen. Diese offizielle »Operation Paper-Clip«, die von Captain Bosquet N. Wey geleitet wurde, beendete die »Einfuhr und Verteilung der deutschen Wissenschaftler« erst im Mai 1949.

Die Engländer internierten in Göttingen 200 deutsche Forscher und Techniker, die sie in ihrer Zone erreichen konnten, darunter Professor Otto Hahn, Werner Heisenberg und Max von Laue. Von Göttingen aus wurden sie auf einige Zeit nach England verbracht, um dort eingehend »befragt« zu werden.

Zur gleichen Zeit führten die Sowjets ihre Jagd nach den Peenemündern durch, deren sie habhaft werden konnten. Natürlich wurden auch sie peinlich befragt und schließlich nach der Sowjetunion gebracht. Am 22. Oktober 1946 wurden Großtransporte mit über 2000 verschiedenen deutschen »Spezialisten« samt ihren Familien in die Sowjetunion verladen. Nach und nach wuchs die Zahl der nach der UdSSR verschleppten deutschen Wissenschaftler und Techniker auf rund 20 000 an. Unter ihnen: Professor Baade, Chefkonstrukteur von Junker, Siegfried Günther, Chefkonstrukteur von Heinkel, Professor Dr. Peter Thiessen, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes, Baron Manfred von Ardenne, Professor Max Vollmer, Professor Gustav Hertz und viele andere.

Das alles hatte vor allem bei den Atomwissenschaftlern seinen guten Grund: Die Deutschen waren zu dieser Zeit noch die einzigen, die Großraketen zu bauen imstande waren.

In Peenemünde, in der Tschechoslowakei, in Magdeburg, in Nordhausen fielen den Alliierten, teils den Amerikanern, teils den Sowjetrussen viele Tausende Tonnen Fertigwaren, Projekte, Pläne und Forschungsmaterial über die deutsche Raketenherstellung in die Hände. Allein 12 000 t abschußfertige V 2. Zu diesem Material, der größten Beute, welche die Alliierten 1945 machten, kam dann noch die Spitzenschicht deutscher Forscher, Konstrukteure und Raketentechniker, die nun gezwunge-

nerweise die Früchte des deutschen Genies und der deutschen Wertarbeit nach West und Ost trugen.

Deutschland ist und bleibt die Heimat der Raketentechnik, der Weltraumfahrt, die um die Ernte ihrer Leistung betrogen und beraubt wurde. Mit erbeuteter deutscher Pionierarbeit holten sich Ost und West ihre Weltraumlorbeeren.

Aber wer denkt schon heute noch daran!

In München verurteilte das Schwurgericht unter Landgerichtsdirektor Ludwig Graf am 15. Oktober 1957 nach einwöchiger Verhandlung den 65jährigen früheren Generalfeldmarschall, Träger des Pour le mérite des ersten Weltkrieges, der Brillanten, Eichenlaub und Schwerter des deutschen Ritterkreuzes, Ferdinand Schörner, zu viereinhalb Jahren Gefängnis.

Schon 5 Tage zuvor hatte ein gewisser Roderich Böttner im Hausflur des Münchener Wohnhauses Schörners diesem aufgelauert und ihn mit Faustschlägen überfallen. Ein Beweis, daß die zweijährige Hetze und Verleumdung, die gegen den Feldmarschall inszeniert worden war, auf fruchtbaren Boden fiel.

Böttner erhielt später für diesen brutalen Überfall vom Gericht, vertreten durch Amtsgerichtsrat Dr. Herbert Schmidt, 100,– DM Geldstrafe.

Der Schörnerprozeß erregte größtes Aufsehen. Schörner war in beiden Kriegen ein äußerst pflichtstrenger Soldat gewesen, der die ihm erteilten Befehle bis zur letzten Konsequenz durchführte, aber auch das gleiche von seinen Untergebenen verlangte. Besonders in den Katastrophenwochen gegen Kriegsende 1945 hatte er die Front mit eiserner Disziplin gehalten und war dadurch zum Retter von Hunderttausenden Flüchtlingen geworden, die sich unter dem Schirm der sich aufopfernden Soldaten nach dem Westen absetzen konnten.

Nach der Kapitulation flog Schörner am 9. Mai zu Generaloberst Guderian, der aber schon gefangen war. Als auch eine Kontaktaufnahme mit Feldmarschall Kesselring mißlang und der Plan einer Alpenfestung gescheitert war, stellte sich Schörner den Amerikanern. Diese lieferten ihn Ende Mai den Sowjets aus. Nach einem kurzen Aufenthalt im Sammellager von Krasnogorsk wurde Schörner in sowjetischen Strafgefängnissen und -lagern völlig isoliert. 1952 wurde er zu 25jähriger Haft verurteilt. Die Sowjets bestraften Schörner, von dem Sowjetmarschall Konjew nach Kriegsende offen erklärte: »Wenn Schörner nicht gewesen wäre, wären wir nach Bayern durchmarschiert«, wiederholt mit dem Entzug der ohnedies kümmerlichen Gefangenennahrung und verweigerten ihm bis zum

Winter 1953/54 sogar die Winterkleidung. Erst am 31. Januar 1954 erfuhr der Gefangene Schörner, daß seine Frau und sein ältester Sohn unterdessen gestorben waren. Im April 1952 teilte man Schörner völlig überraschend mit, daß seine Strafzeit auf 12 Jahre und 6 Monate herabgesetzt worden war. Am 18. Januar 1955 wurde Ferdinand Schörner in Ostberlin von einer Abordnung SED-Generale, dem Präsidenten des mitteldeutschen Roten Kreuzes und einem Vertreter des Sowjetbotschafters Puschkin empfangen. Im Ostberliner Johannishof wurde ihm zu Ehren ein großes Empfangsessen gegeben, und besonders der ehemalige Wehrmachtsgeneral Lattmann machte Schörner große Angebote, um ihn zum Verbleiben zu bewegen. Am 26. Januar legte ihm ein Vertreter der SED alle westdeutschen Zeitungen vor, die geradezu hysterisch gegen den entlassenen Feldmarschall Stellung nahmen. In der Bundesrepublik lief eine Hetzkampagne sondergleichen. Schörner wurde als »Bluthund«, als »Massenmörder« beschimpft, man ging sogar so weit, offen seine Verhaftung zu fordern.

Ferdinand Schörner lehnte alle Angebote ab und kehrte nach München zurück. Die Münchener Staatsanwaltschaft forderte in einem öffentlichen Aufruf Anzeigen und Unterlagen gegen den heimgekehrten Feldmarschall, und 2 Jahre lang bereisten Münchener Staatsanwälte kreuz und quer die Bundesrepublik, um die Zeugen zu vernehmen. Von der Flut der Denunziationen blieben am Schluß nur zwei Punkte übrig:

Fall eins: Ein Oberst Sparre und ein Major Jüngling hatten den Befehl erhalten, die Festung Neiße unter allen Umständen zu halten, notfalls sich mit der Besatzung einschließen zu lassen. Es ging in diesen Tagen darum, den Vormarsch der Roten Armee zu stoppen oder zu verlangsamen, um Millionen deutschen Frauen und Kindern sowie Tausenden Verwundeten Zeit zum Rückmarsch zu lassen und sie vor dem Zugriff der Roten Armee zu retten.

Sicherlich ein sehr bitterer, wenn auch notwendiger Befehl. Letztlich wird man aber nicht Offizier fürs Kasino oder dafür, daß man erster Klasse in der Eisenbahn fahren kann. In den Zeiten der Gefahr hat der Offizier zu beweisen, daß er würdig ist, die Schulterstücke zu tragen oder anderen Befehle zu erteilen.

Sparre gab in der nicht sehr aussichtsreichen Lage auf. Er meldete sich beim Kommandeur der 45. Volksgrenadierdivision, worauf dieser bei General Henrici anrief: »Bei mir ist Sparre. Er sagt, er kann Neiße nicht halten. Was soll er tun?«

General Henrici: »Er soll nach Neiße zurück, wohin er gehört.« Bei dieser Rückkehr geriet Sparre in sowjetisches Artilleriefeuer, erlitt einen Herzanfall und mußte ein Lazarett aufsuchen.

Schörner soll nun die sofortige Erschießung von Sparre und Jüngling wegen Nichterfüllung eines entscheidenden Befehls gefordert haben. Tatsächlich wurden beide vor ein Kriegsgericht gestellt, Sparre wegen seiner Herzkrankheit freigesprochen, sein Stellvertreter Jüngling jedoch zum Tode verurteilt.

Allein auch dieses reguläre Kriegsgerichtsurteil wurde an Major Jüngling nie vollzogen. Er wurde begnadigt. Von dem Obersten Gerichtsherrn der Heeresgruppe: Feldmarschall Schörner.

Dessenungeachtet wurde Schörner wegen dieses Falles schuldig gesprochen.

Fall zwei: Ein Obergefreiter namens Walter Arndt sollte für das Panzerregiment 10, das, aus Italien kommend, beinahe ohne Munition die HKL bezogen hatte und stündlich auf einen Großangriff der Russen wartete, als Munifahrer Munition nach vorne bringen. Schörner fand den Pflichtvergessenen betrunken in seinem Lkw, der noch dazu den Nachschubverkehr zur bedrohten Division blockierte. Auch hier soll Schörner die Erschießung angeordnet haben, und diese Erschießung soll durch ein rasch zusammengetretenes Kriegsgericht ausgesprochen und schließlich ausgeführt worden sein.

Obwohl es dafür keinen direkten Nachweis gab, wurde Schörner verurteilt. Der Geist der Verhandlung wird durch zwei Vorkommnisse gekennzeichnet. Der Staatsanwalt, der die Anklage vertrat, fühlte sich bemüßigt, in offener Verhandlung ein antimilitaristisches Bekenntnis abzulegen, indem er stolz behauptete: »Mein militärischer Ehrgeiz war allerdings sehr gering. Ich wurde Obergefreiter, sicherlich nicht durch heroische Leistung, sondern durch Zeitablauf. Man wurde nämlich nach zwei Jahren Obergefreiter; da konnte man nichts dazu.«

Da zahlreiche frühere Heeresrichter, die nach dem Kriege wieder in der Justiz tätig waren, als Zeugen aussagten, forderten die Justizministerien einiger Bundesländer das amtliche Material der Beweisaufnahme zur Überprüfung an. Später meldete sich der ehemalige Unteroffizier Ernst Klein, der eidesstattlich erklärte, daß er in einem französischen Kriegsgefangenenlager im August 1945 den angeblich im März 1945 erschossenen Arndt gesehen und gesprochen hatte. Nach seiner öffentlichen Nominie-

rung erhielt dieser Zeuge eine Reihe Drohbriefe und wurde sogar tätlich angegriffen.

Trotzdem meldete sich kurz darauf ein neuer Zeuge, der als Kriegsgefangener die Kartei in dem französischen Straflager Cormeilles bei Paris geführt hatte und der sich genau an die Karteieintragung »Obergefreiter Walter Arndt, geboren in Königsberg« und an dessen Geburtstag erinnerte. Dieser neue Zeuge, der von der Verteidigung aus Angst vor neuerlichen Repressalien der Öffentlichkeit nicht namentlich mitgeteilt wurde, berichtet, daß Arndt nach Westen geflüchtet, schließlich den Amerikanern in die Hände gefallen und von ihnen den Franzosen übergeben worden war. Arndt unternahm sofort zwei Fluchtversuche, wurde aber beide Male erwischt und kam deshalb in das Straflager Cormeilles. Auch hier unternahm er bald darauf seinen dritten Fluchtversuch und wurde dabei gemeinsam mit einem Soldaten der Waffen-SS von den französischen Bewachungssoldaten erschossen.

Dieser Zeuge kann sich, weil der Vorfall im Lager Cormeilles große Aufregung hervorrief, genau an die Einzelheiten erinnern: Arndt hatte sich von der Heeresgruppe Schörner über Lingen zu den Amerikanern durchgeschlagen und unternahm dann im französischen Lager Rennes jene Fluchtversuche, deretwegen er nach Cormeilles überstellt worden war. Diese Zeugen genügten nicht, um das Urteil gegen Schörner zu erschüttern.

Im Verlaufe dieses Falles wurden die Methoden der öffentlichen Meinungsbildung in geradezu erschütternder Weise enthüllt. Die »Revue« hatte am 12. Februar 1955 in einer Großreportage Schörner beschimpft und gleichzeitig eines der »zahlreichen« Opfer Schörners gezeigt: Einen Landser, der wegen angeblicher Feigheit vor dem Feinde als Vaterlandsverräter aufgehängt worden war.

Jedermann war es bei der Besichtigung des Bildes klar, daß der Gehenkte das Opfer einer Entscheidung Schörners gewesen sein mußte. Als die Witwe eines Vermißten, Frau Dobner, in ihrer Verzweiflung und Sorge an die »Revue« schrieb, sie glaube in dem Gehenkten ihren vermißten Mann zu erkennen, und bat, ihr mitzuteilen, woher das Bild stammte, antwortete die »Revue« laut einer Veröffentlichung der »Frankenpost« vom 5. März 1955, sie hätte das Bild von einem Bildarchiv erhalten, in dessen Besitz es vor Jahren gelangt sei, und der Photograph könne leider nicht mehr festgestellt werden.

Diese einmalige Hetze flog unter geradezu bizarren Umständen auf. Die »Revue« war nämlich auch dem Filmschauspieler Walter Ladengast

in die Hände gefallen, und er erkannte sich verblüfft als der von Schörner gehenkte Soldat. Da er niemals von Schörner gehenkt worden war und auch im Krieg sein Leben nicht verloren hatte, wehrte er sich dagegen, ein Toter sein zu müssen, und dabei kam auf, daß dieses makabre Photo dem Film des Hollywood-Regisseurs Anatol Litvak »Entscheidung im Morgengrauen« entnommen war und als sogenanntes Standphoto den Redaktionen zur Verfügung gestellt wurde. Ladengast hatte in diesem Film einen Gehenkten zu spielen.

Dieses grausige Spiel mit der Wahrheit und dem Herzen einer verzweifelten Frau fand in einer Verhandlung vor dem Landgericht München I seinen Abschluß, nachdem Feldmarschall Schörner die »Revue« verklagt hatte. Das Blatt wurde im vollen Umfange verurteilt und hatte natürlich alle Kosten zu tragen.

Doch die Sachlage wurde durch dieses Urteil nicht geändert. Nur ganz wenige deutsche Zeitungen veröffentlichten das Gerichtsurteil gegen die »Revue«, das fast gänzlich totgeschwiegen wurde. So unsachlich und einseitig wie in dem Fall Schörner wird die deutsche Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage über das Geschehen und ihre Schicksalsfragen unterrichtet. Eine wesentliche Rolle dabei spielen die Illustrierten.

Zwar stieg von Jahr zu Jahr auf der Frankfurter Buchmesse die Flut der Neuerscheinungen, doch die Bücher wurden kaum noch gelesen, im wesentlichen nur angeschmökert. Gerade soviel, daß man »im Bilde« ist und eben mitreden kann. Man liest heute zum Großteil, um nicht blamiert zu sein. Man muß eben dabei sein. Überall. Daher geht man ins neue Kinostück von Elia Kazan oder James Bond, ins Schauspiel von Paul Sartre oder Jean Anouilh, kauft die letzten Weisheiten von Franz Kafka, Günter Grass, Erich Kuby und steht vor den Schöpfungen Pablo Picassos oder seiner kümmerlichen Epigonen. Auch wenn man die Dinge nicht versteht, würde man sich lieber die Zunge abbeißen, als dies einzugestehen. Dafür ist man sozusagen immer auf der Höhe. Dieser Sucht, immer »im Bilde« zu sein, verdanken die Illustrierten hauptsächlich ihre schwindelnden Auflagen. Rund 6 Millionen Woche um Woche. Dazu kommt, daß die Zeit uns längst keine Zeit mehr läßt und wir in stets steigendem Tempo kaum noch eine Stunde zur Betrachtung erhaschen können. Heutzutage braucht man alles fix und fertig serviert. Sozusagen gemixt: ein bißchen Schärfe, ein bißchen Süße, und vor allem pikant. Es muß alles schnell gehen. Ein Blick genügt, denn man will wissen, wie man daran ist. Früher wollte man sich durch Lesen erholen, sich geistig und seelisch weiterbilden.

Für die bereits geistig Weggetretenen gibt es etwas, was entspannend ist und zugleich die Höhe der Primitivität darstellt: die Comic-Streifen. Da kann man wieder zum Kinde werden, auch wenn es sich um Mord, Totschlag und Vergewaltigung dreht.

Dieser durch die rasende technische Entwicklung unserer Zeit bedingten seelischen Verschiebung unserer Generation kommen die Illustrierten in geradezu quälender Weise entgegen. Anstatt einen Ausgleich zu suchen und zu weisen, dienen sie dem allgemeinen Hang zur zeitraffenden Lebensweise und peitschen ihn noch auf. Sie servieren auf schnellstem Wege einfach alles. Die Vergewaltigung ist noch nicht recht zu Protokoll genommen, und schon können wir in das verstörte Antlitz des Opfers blicken. Die Leiche ist noch nicht recht kalt, schon können wir sie von vorne und von hinten, möglichst in ganzseitigem Großformat, bestaunen. Die Illustrierten walzen jeden auch noch so entarteten Kriminalfall bis ins beklemmendste Detail aus, sie zerpflücken für uns die letzten Regungen des grausamsten Sexualmörders und lassen uns so jede der schmutzigsten Phasen miterleben, ohne daß wir uns dabei die Finger schmutzig machen.

Die Illustrierten zerstören jede private Sphäre, sie sind die Bild und Wort gewordene Exhibition unserer Zeit. Sie bringen den weltbewegenden Stand der Busenweite von Sophia Loren, Brigitte Bardot oder Gina Lollobrigida und melden sie mit dem gleichen Ernst wie einen mißglückten amerikanischen Raketenabschuß.

Sie hielten und halten uns auf dem Stand der gynäkologischen Schwierigkeiten der Kaiserin Soraya oder der Königin Fabiola und berichten übereifrig von jedem Betterlebnis jedes auch noch so unbekannten Filmsternchens. Sie kleiden ihre schillernden Bulletins der Nichtigkeiten, des Scheinlebens im Wirtschaftswunderjahrhundert in den seriösen Ernst eines Hofblattes.

Wo die Lebenden nicht ausreichen, werden schnell die Toten aus den Grüften und Gräbern hervorgezerrt, und wir erfahren 50 oder 100 Jahre später pikante Einzelheiten und sonstige Verirrungen vergangener Größen. Das liest jeder schmunzelnd, und es bietet den ungeheuren Vorteil, daß die Toten weder berichtigen noch einstweilige Verfügungen beantragen können. Jedem Habsburger seinen Psychoanalytiker, jedem Hohenzollern seinen Nervenspezialisten! Wir erfahren staunend, daß Napoleon nur deshalb seine typische Handhaltung zeigte, weil er Leberschmerzen hatte, und so begleiten wir die kaiserliche Leber quer durch die Weltge-

schichte. Jetzt wissen wir auch, warum Napoleon überhaupt Napoleon wurde: Weil die Natur ihn mit männlichen Mitteln stiefmütterlich ausstattete. Deshalb zog er mit seinen Grenadieren zu den Pyramiden und ins brennende Moskau. Er marschierte und marschierte, weil der Mensch in so einer Lage halt irgend etwas tun muß. Wie einfach wird die Welt aus dieser illustrierten Schau und das ganze Leben! Was alles ist unseren Vorfahren entgangen, daß sie von den Illustrierten nicht aufgeklärt wurden! Die Kaiserin Elisabeth, die mit dem Küchenmesser erstochen wurde, der verschwenderische Ludwig II., Kronprinz Rudolf und Mary Vetsera, die Kronprinzessin Cäcilie, Rasputin, dessen Ermordung ein Kabinettstück für jede Illustrierte ist, bis zur Tragödie von Prinzessin Marijken.

Was wissen wir eigentlich noch nicht? Wir lernen die Pädagogik, die Jurisprudenz und vor allem die Medizin aus den Illustrierten, sind Zeugen schwierigster Operationen und wissen alles über den Krebs, über die Kinderlähmung, die Atomschäden, über die Contergan-Babies und über die Syphilis. Wir wissen einfach alles. Wir blicken dank der Illustrierten hinter die letzten Geheimnisse, alles wird uns enthüllt, alles enträtselt, wir können die letzten Zuckungen des Sterbens miterleben und wahrhaftig im Mutterleib den Embryo aufwachsen sehen.

Die Majestät wird entthront, die Götter werden zerschlagen. Bald gibt es nichts mehr, das man nicht in den Dreck zerren könnte. Bringt ihn um, den Schuft, er glaubt noch an ein Ideal! Wir scheren alles über einen Kamm. Uns widersteht keiner. So stark kann niemand sein, daß er der dauernden Anrufung des Niedrigen, des Gemeinen widerstehen könnte.

Was die Illustrierten bringen, ist zwar nicht die Wahrheit. Es ist die furchtbarste Lüge, die es gibt: Es ist meist nur die halbe Wahrheit. Aber sie wird mit Tatsachen untermauert, mit Illustrationen ausgeschmückt. So entstanden die illustrierten Brillen, durch die die Deutschen heute schauen. Halbgebildete schufen die Masseninformation für Halbgebildete oder solche, die den begehrenswerten Stand erreichen wollen.

Ein Arzt las in einer oberbayerischen Pension, wo er seinen Urlaub verbrachte, beim Morgenkaffee die Verurteilung Feldmarschall Schörners. »Haben sie ihn doch verurteilt!« rief er entrüstet aus.

Das charmante Hausmädchen, das ihn bediente, sagte vorwurfsvoll: »Aber Herr Doktor, der hat es doch überreichlich verdient.«

Der Arzt blickte die Holde nachdenklich an. Sie zählte kaum 18 Lenze und konnte gar nichts von Krieg und Kriegsgericht wissen. Zögernd fragte er: »Was wissen denn Sie davon, mein Kind?«

Das Mädchen schmollte: »Aber man liest doch schließlich. Das ist doch der Hauptschuldige von der Iller.«

An der Iller erlitt die neue Bundeswehr kurz zuvor bei einer Übung ein schweres Unglück, bei der eine Reihe junger Rekruten ertrank.

Auch diese Maid war im Bilde. So wie die meisten. Man vernebelte ihr Gehirn, füllte es mit »Wahrheiten« an, die keine sind, und machte sie dadurch richtiggehend krank. Ein Großteil der Deutschen leidet heute daran: an der illustrierten Krankheit.

Neben den Anrufen des Abwegigen und Niedrigen trat bald immer stärker ein bedenkliches Streben innerhalb der Illustrierten – oder zumindest eines Großteils derselben – in den Vordergrund: die illustrierte Vergangenheitsbewältigung. So erlebt die Masse stets aufs neue all das Grauen des Krieges in den abschreckendsten und scheußlichsten Formen, starrt entsetzt auf die verkohlten Überreste Dr. Goebbels', erlebt die qualvollen Hinrichtungsszenen in Nürnberg und Landsberg und staunt über die glänzenden Paraden bei Parteitagen und Staatsfeiern von einst. Es ist, als könnten Adolf Hitler und seine Zeit nicht sterben. Als wären dunkle Kräfte am Werke, sie nicht ruhen und rasten zu lassen im Bestreben, die Gräben, die durch unser Volk hindurchgehen, möglichst allwöchentlich erneut aufzureißen.

Beinahe jede Nummer dieser Illustrierten wirkt wie ein Peitschenschlag auf die ehemaligen Verfolgten – sie werden, meist ins Irrsinnige übertrieben und ins Maßlose übersteigert, an die schweren Tage erinnert, die sie durchleiden mußten –, auf die ehemaligen Soldaten und Nationalsozialisten, die durch die Bilder an vergangene Glanztage erinnert werden und bei den Hinrichtungsszenen die ganze Entnazifizierung wiederum erleben.

Sicherlich wäre eine echte Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte, in der noch viele Kapitel den breiten Massen unseres Volkes ungeklärt und mysteriös erscheinen, zu begrüßen. Sie könnte dazu dienen, um in der Zukunft Fehler zu vermeiden und den rechten Weg zu finden. Bedauerlicherweise handelt es sich aber bei diesen Illustrierten-Versuchen, die Vergangenheit wie aus einer gespenstigen laterna magica heraufzuzaubern, nicht um eine Auseinandersetzung. Genau um das Gegenteil: darum, jede echte Auseinandersetzung zu verhindern.

Das Dirnenwesen in der Bundesrepublik nahm mit dem Ansteigen des Wohlstandes immer krassere Formen an. Es hatte sich im Schatten der Besatzungsmächte sprunghaft vermehrt und war jetzt in alle Gesellschaftsschichten eingedrungen. Allein in Frankfurt am Main waren bald 1200

Dirnen polizeibekannt, während weitere 10 000 sogenannte Damen konzessionslos aus Gier nach dem Wohlleben dem leichten Gewerbe nachgingen. Allmonatlich wurden der Frankfurter Polizei rund 140 Sittlichkeitsverbrechen gemeldet, daneben eine Vielzahl verschwiegen.

Wie die zahlreichen Morde, die an Dirnen verübt wurden, bewiesen, war die Wohlstandsprostitution nicht ohne Risiko. Nur im Raume Frankfurt–Wiesbaden wurden von 1952 bis 1957 vier Dirnen ermordet, ohne daß ihre Mörder jemals ermittelt werden konnten.

Eine dieser 1200 Frankfurter Dirnen war das »Mannequin« Rosemarie Nitribitt, die in ihrem Appartement in der Stiftstraße 36 bei rund 10 000 DM Monatseinkommen ein ungehemmtes Luderleben führte. Ihr schwarzer Mercedes 190 SL, mit dem sie auf Männerfang ausging, war weit über die einschlägigen Kreise Frankfurts hinaus stadtbekannt.

Rosemarie Nitribitt, im Leben nur eine der Zehntausenden Dirnen des Wirtschaftswunders, wurde erst berühmt, als sie 24jährig in den hellichten Nachmittagsstunden des 29. Oktober 1957 ermordet wurde. Obwohl man Hunderte ihrer ehemaligen »Kunden« vernahm und einer ihrer Freunde, Heinz Pohlmann, einige Monate lang unter Tatverdacht festgehalten wurde, konnte ihr Mörder nie entdeckt werden.

Rosemarie Nitribitt, die sich auch »Gräfin Mariza« nannte, verfügte über eine sehr hochstehende Klientel, hauptsächlich aus der Ruhrindustrie. Sie hatte die Prostitution nach dem Vorbild des wirtschaftlichen Managertums organisiert und perfektioniert. Die Polizei fand in ihrer Wohnung eine exakt geführte Kundenkartei und ein Photoalbum, in dem ein Großteil ihrer Hauptkunden in verfänglichen, nicht mißzuverstehenden Situationen festgehalten worden war.

Die Tatsache, daß die Nitribitt das Luxusleben einer Nobeldirne geführt sowie daß ihr Mörder nie unschädlich gemacht werden konnte, ließ um ihr Leben und ihren Tod phantastische Gerüchte und förmliche Legenden entstehen. Presse, Illustrierte, Rundfunk und Fernsehen spielten die unappetitliche Frankfurter Dirnengeschichte hoch und unterschoben ihr teilweise phantasievolle Beweggründe und Ereignisse, die es nie gegeben hat. Das kleine Mädchen, das arbeitsscheu war und als Dirne mühelos auf raffinierten Wegen möglichst viel Geld zusammenraffte, wurde zu einem förmlichen Mythos.

Natürlich ließ sich auch der Film dieses makabre Thema nicht entgehen, und die linksradikalen Westberliner Kabarettisten »Die Stachelschweine« schrieben gemeinsam mit Erich Kuby das Drehbuch zu dem bun-

desdeutschen Dirnenfilm »Das Mädchen Rosemarie«. Sofort sicherte sich eine zweite Filmgesellschaft den Titel »Die Wahrheit über Rosemarie« und verpflichtete Heinz Pohlmann als »Schauspieler«. Erich Kuby ließ sich nicht nehmen, ein Buch mit dem Titel »Das Mädchen Rosemarie« zu schreiben. So entstand eine regelrechte Glorifizierung der Kanaille, die allmählich das Normale auf allen Gebieten zu überwuchern begann.

In Südtirol versammelten sich am 17. November auf Schloß Sigmundskron bei Bozen 35 000 Personen, die gegen die immer stärker werdende Italianisierung ihrer Heimat protestierten. Während die Südtiroler Jugend bereits keine Arbeitsplätze mehr finden konnte, weil alle Neueinstellungen den zugewanderten Italienern vorbehalten wurden, gewährte die italienische Regierung neuerlich einen Sonderkredit von 2,5 Millionen Lire für den Bau italienischer Wohnblöcke in Bozen. Der Vorsitzende der Südtiroler Volkspartei, Dr. Silvio Magnago, richtete an Österreich den Appell, den Südtirolern zu helfen und die Anstrengungen zu verstärken, um Italien zur einwandfreien Erfüllung des Pariser Abkommens zu bewegen.

Am 25. November 1957 schlossen die Franzosen ihr Kriegsverbrechergefängnis auf deutschem Boden in Wittlich.

Im Spätherbst 1957 erschien aus der Feder des Romanschriftstellers Kurt Ziesel eine zeitkritische Studie unter dem Titel »Das verlorene Gewissen«. Ziesel beleuchtete darin die politische und literarische Vergangenheit vieler derzeitiger Manager der Umerziehung und öffentlichen Meinungsbildung und enthüllte gnadenlos viele Enthüller. Das erregte beträchtliches Aufsehen, und das große Wutgeschrei der Linksintellektuellen zeigte, daß diese Publikation ins Schwarze getroffen hatte.

Über die Praktiken, die zum Teil in der Wiedergutmachung geübt wurden, herrschte in weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung größtes Unbehagen. Da die zahlreichen Pannen sorgsam totgeschwiegen wurden, bemächtigten sich unkontrollierbare Gerüchte dieses Themas, das immer wieder Stein des Anstoßes wurde.

Am 27. November 1957 lüftete der pfälzische CDU-Abgeordnete Ökonomierat Jakob Diel in einem Rundschreiben an die CDU-CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages den Schleier, der bisher über das ganze Problem gebreitet worden war. Diel wandte sich vor allem gegen die wahllose Gewährung der Wiedergutmachungszahlungen an jedermann und schrieb:

»Wie ist es z. B. mit den Kommunisten, den zweiten Siegern um die Diktatur in den Jahren 1932/33, den Gesinnungsgenossen der ›Helden

von Katyn‹ und der bolschewistischen Tyrannen in den Satellitenländern, wie beispielsweise in Ungarn und vor allem in der Zone?

Und wie ist es mit den Asozialen, den Kriminellen und echten Verbrechern? Ich präsentiere Ihnen weiter hinten Beispiele dazu. Alle Gruppen waren im KZ – aber nicht alle waren politische oder rassische Opfer. Es gab ganz gewiß politisch Verfolgte, die man zu Kriminellen stempelte. Deshalb waren aber nicht alle Kriminellen ›politische Opfer‹. Eine klare Unterscheidung ist nicht etwa, wie es der Kollege Dr. Greve (SPD) behauptete, juristisch unmöglich, sondern im Gegenteil ganz leicht.

Wer niemals gestrauchelt ist und vor dem Beginn des Dritten Reiches keines Strafregisters bedurfte, der kann als ›Würdiger‹ und politisch Verfolgter gelten. Wer aber jahrzehntelang unausgesetzt Stammkunde war bei Staatsanwalt und Strafrichter, der ist ein ›Unwürdiger‹. Er wurde bei der Fortsetzung seiner Straftaten im Dritten Reich im ordentlichen Verfahren von alten Weimarer Richtern zu Recht bestraft. Das Gesetz sollte also in seinem Tenor und in seiner Praxis eine klare Unterscheidung gestatten. Das Gesetz muß auch gerecht sein.

Es ist nicht richtig, daß man politisch und rassisch Verfolgte besser zu behandeln hat als die Opfer der Front, der Gefangenschaft und der Bomben. Das ist besonders dann nicht richtig, wenn die Wiedergutmachungsansprüche zweifelhaft sind, während der Anspruch der Kriegsopfer unbestreitbar ist. Beachten wir in diesem Zusammenhang die jüngsten Meldungen über den ›Strahlentod‹!

Es ist nicht richtig, Frau Kollegin, Herr Kollege, daß man (siehe Versorgungsgesetz) bei den Opfern des Krieges, der Gefangenschaft und der Bomben besonders prüfen muß, ›ob‹ und ›in welchem Umfange‹ sonstige Bezüge anzurechnen sind, während es eine derartige Anrechnung bei den politisch und rassisch Verfolgten überhaupt nicht und also selbst dann nicht gibt, wenn sie Vermögen und gute Einnahmen besitzen.

Ist es richtig, daß die durch das Wiedergutmachungsgesetz Betreuten in zahlreichen Fällen besser gestellt sind, als wenn sie niemals verfolgt worden wären? Hier ist zu erwähnen, daß ohne Gesundheitsschäden ausgewanderte Angestellte, die in Deutschland 200 bis 250 Mark verdienten, bei heute unbekanntem Verdienst in Amerika, Brasilien oder sonstwo eine Monatsrente von 300,– bis 600,– DM und vielfach für ›entgangene‹ Renten eine Entschädigung von 20 000,– DM und mehr erhalten.

Ist es richtig, daß ausgewanderte Referendare ohne weitere Examen und ohne staatliche An- oder Einstellungszusagen die Pension eines Landgerichtsrates bis Landgerichtsdirektors erhalten?

Ist es richtig, daß Ausbildungsentschädigungen, die hinsichtlich des Universitätsstudiums in der festgesetzten Höhe von 5000,– DM verständlich wären, laut erzieltem Grundsatzurteil eines Trierer Rechtsanwaltes bereits an Volksschulkinder im damaligen Auswanderungsalter von 7 Jahren gezahlt werden?«

Der Abgeordnete Diel begnügte sich nicht mit der theoretischen Auseinandersetzung, sondern publizierte in seinem Rundschreiben zwei Fälle aus der Wiedergutmachungspraxis, die wahrhaftig sensationell waren. Der Abgeordnete schrieb:

»Herr Cebolla/Bingen gehörte zu den Menschen, die durch Jahrzehnte Stammkunden bei dem Staatsanwalt und dem Strafrichter waren. Er hatte in seinem Strafregister sage und schreibe 42 rechtskräftig gewordene kriminelle Bestrafungen, darunter einen kleinen Teil aus dem Dritten Reich. Für die Strafen während der NS-Zeit forderte er Haftentschädigung. Mainz lehnte ab, aber Mainz wurde nach dem Bundesgesetz verurteilt, zu zahlen.

Und der Fall des Jakob Benz aus Worms: An Zahl der Strafen kann Benz mit Cebolla nicht konkurrieren. Er hatte nicht 42, sondern 12 oder 13 Strafen. Der Fall ist aber so charakteristisch, daß ich um Ihre Nachsicht bitte, wenn ich das Strafregister zitiere:

1918 Amtsgericht Worms, wegen einfachen Diebstahls 10 Tage;
1919 Strafkammer Mainz, wegen schweren Diebstahls 3 Monate;
1920 Strafkammer Mainz, wegen Hehlerei 5 Monate;
1920 Amtsgericht Bückeburg, wegen Unterschlagung 6 Wochen;
1921 Schwurgericht Düsseldorf, wegen schweren Raubes 6 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, Polizeiaufsicht;
1922 2. Strafkammer Düsseldorf ändert obiges Urteil auf 6 Jahre und 1 Monat Zuchthaus, verbüßt bis 1. 4. 1927;
1929 Strafkammer Mainz, wegen Hehlerei und Bedrohung 1 Jahr, 9 Monate und 5 Jahre Ehrverlust;
20. 6. 31 Amtsgericht Sagan/Schl., wegen Sachbeschädigung 30 Tage;
20. 6. 31 Amtsgericht Worms, wegen verb. Waffentragens 1 Woche;
15. 12. 31 Amtsgericht Frankenthal, wegen schweren Raubes 1 Jahr, 6 Monate (verbüßt 1. 4. 33), 5 Jahre Ehrverlust.

Damit schließt das ›milde‹ Weimar, und es folgt das Dritte Reich:

9. 4. 35 Amtsgericht Worms, wegen gefährl. Körperverletzung in 4 Fällen: 11 Monate und Einziehung des Beils:

19. 3. 37 wegen Rassenschande mit der Jüdin Rawinski: 4 Jahre Zuchthaus; Benz, verheiratet, drei Kinder (später 5) hatte die Jüdin R., obwohl diese ihn unter Verweisung auf Rasse und Gesetz warnte, mit dem Versprechen der Scheidung, Auswanderung und Ehe zu fortgesetztem Ehebruch verleitet, geschwängert und dann verlassen;

14. 4. 44 Strafkammer Mainz, wegen Blutschande, begangen mit den beiden Töchtern unter 14 Jahren – Irmgard und Marianne – Eingeständnis von Benz: 8 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, Sicherungsverwahrung.

Damit schließt das Dritte Reich ab, und es kommt die neue Demokratie.

1949 Gnadenakt des Justizministeriums Rheinland-Pfalz. Das Urteil wegen Rassenschande (fortgesetzten Ehebruchs) wurde als nationalsozialistisches Unrecht aufgehoben.

8. 12. 1950 Strafkammer Mainz, Neuverhandlung wegen Blutschande. Der Tatbestand wurde erneut bestätigt, das Strafmaß aber herabgesetzt auf 4 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, erlittene Haft angerechnet und Benz entlassen.

Nunmehr beantragt Benz, unter Berufung auf Gnadenakt, Haftentschädigung, Gesundheitsentschädigung usw., usf. ...«

Dieses mutige Rundschreiben erregte unter den Bundestagsabgeordneten größtes Aufsehen. Die Bevölkerung allerdings erfuhr von dem Inhalt dieses Rundschreibens nichts oder höchstens durch Gerüchte.

In Ostberlin richtete die Volkskammer einen Appell an den Deutschen Bundestag in Bonn, er möge keine Stationierung und Lagerung von Atomwaffen und Raketenwaffen in Westdeutschland dulden und keine Atombomben oder Raketen herstellen und die Bundeswehr nicht mit Atomwaffen und Raketen ausrüsten. So bestechend diese Punkte waren, zeigten sie doch die ganze Verlogenheit der kommunistischen Propaganda auf: Noch nie hatte die Volkskammer gegen die atomare Bewaffnung der Sowjetarmee protestiert.

Kurz vor Weihnachten 1957 warnte Justizminister Dr. Schäffer in Plattling sinngemäß, jedoch unmißverständlich, daß die Wiedergutmachungszahlungen bis 1963 etwa 27 bis 29 Milliarden DM betragen würden. Diese Riesenbeträge könnten zu einer Entwertung der Deutschen Mark führen. Fast 6 Milliarden würden davon allein die Rechtsanwälte der NS-

Geschädigten kassieren, die bis zu 20 % Erfolgshonorar von ihren Mandanten erhielten.

Ein grelles Schlaglicht auf die Moral der Zeit warf eine Gerichtsverhandlung, die am 22. Dezember in Hamburg vor einem Berufungsgericht abrollte. Der Frachter »Holstein« der Glücksburger Reederei-AG war am 3. April 1956 im Mittelmeer gestellt und völkerrechtswidrig von den Franzosen nach geflüchteten deutschen Fremdenlegionären durchsucht worden. Viele der leichtsinnigen Burschen, die teilweise übertölpelt, teilweise durch falsche Versprechungen verlockt unter der Trikolore dienten, bemühten sich, ihr gnadenloses Schicksal durch Flucht zu korrigieren. Ganz besonders, wenn deutsche Schiffe nordafrikanische Häfen anliefen.

Kapitän Karl Ahrens wurde von den Franzosen ermahnt, etwaige geflüchtete Fremdenlegionäre sofort per Funk zu melden.

Tatsächlich befanden sich 9 junge Legionäre ohne Wissen des Kapitäns Ahrens an Bord. Matrosen hatten ihre halbverhungerten Landsleute mit Hilfe des Ersten Offiziers Franz Röttger tief im Innern des Schiffes sorgsam verborgen. Die Matrosen teilten mit ihnen die Verpflegung und die Getränke.

Erst nachdem die »Holstein« Gibraltar passiert und bereits den Atlantik erreicht hatte, meldeten sich die neun Geflüchteten. Der Kapitän tobte und brüllte schließlich aufgebracht: »Schert euch zum Teufel!«

Kein Kapitän ist über blinde Passagiere erfreut, doch Karl Ahrens ging weiter, als er erklärte: »Was mit euch ist, geht mich einen Dreck an!« Nach diesen Worten drehte er sich brüsk um und setzte unverzüglich einen Funkspruch an die Franzosen nach Casablance auf, um ihnen die 9 Flüchtlinge zu melden.

Vergebens suchte der Erste Offizier zu vermitteln und fragte: »Ist das wirklich nötig?«

Karl Ahrens wandte sich um und gab ihm keine Antwort. Befehlsgemäß ging der Funkspruch des Kapitäns ab: »Habe neun geflüchtete Fremdenlegionäre an Bord. Bitte um Übersendung eines Kriegsschiffes zwecks Übernahme.«

Die jungen Flüchtlinge gaben sich nun verloren. Sie beschlossen, ihr verpfuschtes Leben zu beenden. Einer nach dem anderen sprang über Bord des deutschen Schiffes »Holstein«, dessen deutscher Kapitän sie den französischen Henkern ausliefern wollte.

Zufällig kreuzte 90 Minuten später der britische Tanker »British Advocate« den Kurs der »Holstein« und fischte sie aus dem Atlantik. Der eng-

lische Captain fragte höflich per Funk seinen Kollegen Ahrens: »Wollen Sie die Deutschen wieder übernehmen?«

Ahrens ließ antworten: »No, Sir!«

Für dieses beispiellose Verhalten verurteilte das Hamburger Landgericht Kapitän Karl Ahrens wegen versuchter Zuführung Deutscher an eine fremde Wehrmacht am 19. März 1957 zu einem Jahr Gefängnis.

Ahrens berief. Vor dem Hamburger Oberlandesgericht hatte nun Oberstaatsanwalt Wienbeck vollstes Verständnis für die neudeutsche Handlungsweise des Kapitäns der »Holstein«. Er hätte sich juristisch einwandfrei verhalten, meinte der Oberstaatsanwalt. Darauf wurde Karl Ahrens freigesprochen.

Für den Türhüter des Bundeshauses in Bonn Thomas gab es eine böse Weihnachtsüberraschung. Er hatte alles ganz schlau und ganz sicher ordnen wollen. Er hatte sich im übrigen kaum anders verhalten als die meisten, die im Wirtschaftswunder Erfolg haben wollen. Amtsgehilfe Thomas ging mit der Zeit und wurde Parteimitglied. Weil man bereits einmal mit solchen Sachen nicht gerade erfreuliche Erfahrungen gemacht hatte, sorgte Thomas vor: Er wurde Mitglied bei der regierenden CDU. Und da man am Ende nicht wissen kann, ob die Opposition nicht doch einmal zum Zuge kommt, wurde er auch Mitglied der SPD. Doppelt genäht hat schon immer besser gehalten, spekulierte der gutgläubige Thomas. Tatsächlich ging Jahre hindurch alles in bester Ordnung. Mit den beiden Großpartei-Mitgliedsbüchern in der Tasche sah Thomas gefaßt in die bundesrepublikanische Zukunft.

Alles wäre auch weiterhin gut gegangen, wenn die SPD nicht kurz vor Weihnachten einen proletarischen Solidaritätsanfall bekommen und ihrem Genossen Thomas ein herzlich gehaltenes Einladungsschreiben zu einer sozialistischen Weihnachtsfeier gesandt hätte.

Diese Genossen-Einladung fiel ausgerechnet in die Hände des Vertrauensmannes der CDU-Bundeshausportiers.

Dem platzte der christdemokratische Kragen, und der unglückliche Thomas flog aus der CDU und dem Bundeshaus hinaus.

In der Öffentlichkeit entstand ein Riesengelächter, und kaum einem wurde bewußt, daß er über die ganze Zeit lachte.

In Ostberlin verstarb am 27. Dezember 1957 im Alter von 57 Jahren der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Otto Nuschke.

Noch vor Jahresende bemerkten einige linksradikale und liberale Studenten in München, daß sich auf dem Adler-Gitter der Ludwig-Maximi-

lians-Universität noch immer in schmiedeeisernen Lettern der Horaz-Spruch befand »Dulce et decorum est pro patria mori!« (Süß und ruhmreich ist es, fürs Vaterland zu sterben.)

Aufgeregt beschwerten sie sich darüber bei Rektor Wiberg, der übereilig den römischen Sinnspruch mit einer Metalltafel abdecken ließ. Der Hohe Senat der Universität rief darüber hinaus die Professoren und Studenten Münchens auf, einen anderen lateinischen oder griechischen Sinnspruch vorzuschlagen, »in dem ein Ideal zum Ausdruck kommt, für das es sich einzusetzen lohnt«.

Auch 1957 gab es wieder 11 894 Verkehrstote, die Sittlichkeitsverbrechen waren auf 57 090 Abgeurteilte angestiegen. 326 Menschen wurden ermordet, 9308 nahmen sich selbst das Leben.

Anfang Januar 1958 prallten die Meinungen der Münchener Studenten über die lächerliche Entnazifizierung des Sinnspruches des römischen Dichters Quintus Horatius Flaccus, der bekanntlich 65 bis 8 vor Christi Geburt gelebt hatte, heftig aufeinander. Während der Sprecher der juristischen Fakultät Günter Levin von Wulffen mit dem AStA-Vorsitzenden Jansen für die Erhaltung des Spruches eintrat, da man sich gerade jetzt nicht vom Vaterland abkehren dürfe, forderte der Referent für gesamtdeutsche Studentenfragen, Gallus, wütend die Entfernung des Spruchs unter Hinweis auf die nationalsozialistischen Untaten. Studentenvertreter cand. theol. Bilmeier erwiderte, daß man ja dann die ganze Geschichte über Bord werfen könne; der Vaterlandsbegriff müsse in echter Weise erhalten bleiben.

In der darauffolgenden Abstimmung der Studentenvertreter siegten die Traditionsbewußten haushoch. Weil aber nichts sein darf, was ist, wenn es der Linken nicht gefällt, wurde am 30. Januar 1958 eine Vollversammlung der Studentenschaft nach wochenlanger Kampagne gegen den alten Horaz einberufen, zu der 2500 Studenten erschienen waren. Sie folgten willig ihren linksradikalen und liberalen Managern und stimmten für die Entfernung des Horaz-Sinnspruches.

Am Ende der Versammlung meldete sich der Sprecher der exil-ungarischen Studenten der Münchener Universität und bat um Überlassung der Tafel mit dem beanstandeten Spruch vom Vaterland. Der Ungar erklärte, ihm und seinen Kameraden werde es eine große Ehre sein, die Tafel bewahren zu dürfen.

Dieser beschämende Vorfall an der Münchener Universität beleuchtete blitzartig nicht nur die Verhältnisse an den westdeutschen Universitäten,

sondern die ernste Krise, in der sich ein Großteil der westdeutschen Intellektuellen befand. Die geistige Leere und Verantwortungslosigkeit dieser Intellektuellen war ohne Beispiel in der Geschichte.

Schon vor 1945 hat es in Deutschland Notzeiten gegeben, die den Bestand und die Zukunft des ganzen Volkes an den Rand des Abgrundes brachten. Nicht nur im Dreißigjährigen Krieg, in dem die Deutschen sich wegen der Auslegung der Bibel zerfleischten, während die anderen die Welt aufsegelten und unter sich teilten. Auch in Napoleons kühnem Europakonzept drohte Deutschland unterzugehen. Ohne Hoffnung und beinahe ohne Mut, geteilt und zerrissen, vegetierte damals das deutsche Volk unter dem französischen Joch.

In jenen dunklen Tagen trugen die damaligen Intellektuellen Fakkeln durch die deutsche Nacht, und erst ihr strahlendes Licht entfachte jenen Brand, durch den das Volk endlich aufstand und der Sturm losbrach. Nicht über die Diplomaten und Monarchen, ja letztlich nicht einmal über die Generäle und Armeen stolperten des ehrgeizigen Korsen weltweite Pläne, sondern über die deutschen Studenten, Dichter und Akademiker. Sie erst schufen in der Seele des Volkes die tödliche Bereitschaft zum Sturz des Tyrannen.

Der Dank des Vaterlandes war auch damals mehr als mager. Nachdem die Gefahr für die Dynastien beseitigt war, konnte der schillernde Metternich im Einvernehmen mit der preußischen, bayerischen und württembergischen Regierung sein berüchtigtes »Zentral-Informationsbüro« in Mainz schaffen, dessen Auftrag die Bespitzelung der Intellektuellen oder, wie es im Chargon jener Tage hieß, der Demagogen war.

Im Sturm von 1848 standen aber wieder die Akademiker, die Studenten, die Künstler mit dem Volk auf den Barrikaden und jauchzten Erzherzog Johann von Habsburg, dem ersten Reichsverweser Deutschlands, zu. Als dann der Traum der Frankfurter Paulskirche zerbrach, mußten die Intellektuellen die Last der Niederlage am schwersten tragen. Aber selbst da, wo nach 1848 eine Reihe von ihnen vor Zuchthaus und Festung in die Fremde flüchten mußte, blieben sie auch in der Emigration ihrem Auftrag treu und waren wahrhaftig nicht die schlechtesten Botschafter des deutschen Volkes in aller Welt, besonders in Amerika.

Die geistige Ernte des vergangenen Jahrhunderts ist eine der wichtigsten des deutschen Geistes. Schwerlich kann sich eine andere Epoche in der Wissenschaft, in der Dichtkunst, der Musik, Malerei und Bildhauerei mit ihr vergleichen. Unerschütterlich standen diese Intellektuellen, die

dem Volke geistige Führer waren und deren schöpferische Kräfte weit über den Rahmen des deutschen Sprachraumes hinauswirkten, in guten und schlechten Tagen zur Nation, in die sie das Schicksal hineingeboren hatte.

1918, nachdem mit der Waffenstreckung der Armeen die Monarchen abtreten mußten, stellten sich die Intellektuellen mutig den Fragen der Zeit, so wie sie als Soldaten an der Front ihre Pflicht erfüllt hatten. Nur eine Minderheit entzog sich diesem Auftrag. Wieder stiegen aus dem Unstern ein neues Hoffen und ein neuer Glaube an die Zukunft in allen Schichten des Volkes empor, weil die Schöpferkraft der Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler die Niederlage überwand.

Erst 1945 erschien ein ganz neuer Typ von Intellektuellen auf dem Plan: der des Deserteurs. Man versucht, das Schicksal zu negieren, und stellt sich in dem Augenblick tot, in dem man sich entscheiden soll. Der Rektor der politischen Akademie in Tutzing, Dr. Messerschmid, stellte nach eingehenden Untersuchungen fest, daß 80 % der westdeutschen Bevölkerung als politische Analphabeten zu betrachten sind. Gerade unter den Akademikern ist eine Haltung verbreitet, die auf politische Unbildung wahrhaftig stolz ist und vorgibt, mit derart unfeinen Dingen nicht behelligt werden zu wollen: Die Unwissenheit und Feigheit wird mit geistiger Überlegenheit verwechselt.

Dieser Masse politischer Analphabeten deutscher Intellektueller steht eine erstaunlich kleine Gruppe bewußter Zersetzer jeglichen Volksbewußtseins gegenüber, die im anarchistischen Streben der Selbstzerstörung alles in Deutschland mit »Bonjour, tristesse« begrüßen. Ihr Wirken wurde aber erst durch das feige Ausweichen der Masse der Intellektuellen ermöglicht. So erst konnte die Reedukation ihr verhängnisvolles Spiel mit der deutschen Geschichtsverfälschung beginnen, deren Folgen gar nicht überschaubar sind. Statt die Mahnung des Göttinger Historikers Reinhard Wittram zu beherzigen – er sagte: »Wer es nicht über sich bringt, ein historisches Urteil um der Wahrheit willen offenzulassen, sollte es nicht unternehmen, Geschichte zu lernen« –, predigen sie in den ihnen voll zugänglichen Instituten der Meinungsbildung eine verfälschte deutsche Geschichte, die nicht auf die Wahrheit, sondern auf das antiquierte Vorbild alliierter Kriegspropaganda ausgerichtet ist. Die Wirkung ist die allgemeine Flucht in das Wohlstandsleben, die Abkehr von jedem Verantwortungswillen.

William Schlamm, der jüdische Emigrant aus Wien und heutige Amerikaner, spürte die abgrundtiefe Charakterlosigkeit eines Teiles der deut-

schen Studenten und schrieb dazu: »Überdies, als ob sie mit Größe ein wenig schachern wollten, stimmten sie auch für eine Resolution, nach der der akademische Senat die abmontierte Tafel mit der Horaz-Inschrift dem ungarischen Studenten zu treuen Händen übergeben solle, auf daß er sie nach Ungarn tragen möge, wenn sein Vaterland jemals wieder frei sein solle. Die Vollversammlung der Münchener Studentenschaft schien also sagen zu wollen, daß es süß und ehrenvoll sei, für Ungarn zu sterben, aber schamlos und dumm, ähnliches für Deutschland zu tun.«

Der liberale Studentenbund in München wieder wandte sich an den Rektor und brachte seine »größte Bestürzung darüber zum Ausdruck«, daß im Lichthof der Universität eine Tafel für die Toten der drei letzten Kriege, nämlich 1870/71, 1914/18 und 1939/45, eingeweiht werden sollte. Die liberalen Studenten sahen darin einen »bedauerlichen Rückfall in Denkformen, die wir überwunden glaubten«.

Natürlich ist diese Entwicklung in den studentischen Gruppen im sozialistischen Lager am weitesten gediehen.

Es wäre aber weit verfehlt, wenn man aus dem allen folgern würde, daß sich lediglich die deutschen Intellektuellen in einer Krise befänden. Die Entwurzelung ist international. Der Intellektuelle ist anscheinend nicht mehr in der Lage, etwas Positives zu schaffen, und erschöpft sich daher in der völlig unproduktiven Protestierung. In Frankreich zerren sie den Existenzialismus von der Philosophie zu einer burlesken Komödie voll Erotik und Banalität. In Amerika quält man sich durch die stinkenden Bereiche des menschlichen Abfalls und überschlägt sich in der Glorifizierung des Asozialen. Englands »zornige junge Männer« meutern und wissen selbst nicht, gegen was. Keiner der heutigen Literaturheroen wird unsere Zeit überdauern, da alles, was sie sagen, richtungs- und ratlos ist. Sie sagen nichts aus, sie schwätzen nur über die Probleme hinweg. Und es ist nicht immer nur der Mut, der ihnen fehlt.

Die Darstellende Kunst, personifiziert von dem grandiosen Gaukler Picasso, überschlägt sich ins Schizophrene und endet in einer beispiellosen Leere, in der die Leinwand mechanisch bekleckst und die Plastiken autogen geschweißt werden. Dieses jämmerliche Versagen der westlichen Intellektuellen ist natürlich eine direkte Einladung an den östlichen Totalitarismus, in dieses Vakuum hineinzustoßen. Mit dem Sog der Stärke stellt der Bolschewismus ohnedies eine gefahrvolle Anziehung für die allgemein herrschende Schwäche dar. Selbst kommunistische Intellektuelle, die, wie der Pole Marek Hlasko, den Absprung nach Westen wagen, empfinden

dies und kehren um, weil sie lieber unter der roten Knute leben als in der westlichen Leere.

Dereinst haben die Intellektuellen das deutsche Volk durch alle Not zu den Höhen geführt. Wenn Deutschland heute aus dem Chaos herausfinden wird, dann nur, wenn es diese Art von Intellektuellen auf dem Marsch in die Zukunft im Straßengraben der Zeit zurückläßt.

Zu Beginn des Jahre 1958 lebten in der Bundesrepublik 67753 Besatzungskinder, deren alliierte Väter nicht zur Bezahlung der Alimente gezwungen werden konnten, da es keine gesetzliche Möglichkeit dafür gab.

Der »Spiegel« griff am 29. Januar 1958 nun ebenfalls das heiße Eisen der Wiedergutmachung an und schrieb:

»In Israel gab es Notare, die eidesstattliche Zeugenversicherungen in Wiedergutmachungssachen am laufenden Band fabrizierten. Hunderte von Urkunden trugen das Datum eines Tages. Dem Wiedergutmachungsamt in Mainz wurden von dem Rechtsanwaltsbüro Eckstein (Berlin – Tel Aviv) einmal zusammen mit einer Wiedergutmachungsakte versehentlich 30 unterschriebene Blankoanträge auf Wiedergutmachung zugeschickt. Die Unterschriften waren in Israel vollzogen worden, in Deutschland sollte ein beliebiger Text eingesetzt werden.

Der Fall wurde unverzüglich der Israel-Mission bei der Bundesregierung zugeleitet, und die Staatsanwaltschaft in Tel Aviv strengte eine Untersuchung an. Das Berliner Korrespondenzbüro der Firma Eckstein darf jedoch ungehindert weiterarbeiten. Es vertritt allein vor der Wiedergutmachungsbehörde in Koblenz 22 000 Ansprüche.«

»Zu den Spitzenreitern im Wiedergutmachungsgeschäft gehört der Rechtsbeistand Emil Levy aus Düsseldorf. In ausländischen Zeitungen erscheinen regelmäßig von ihm aufgegebene Inserate folgenden Inhalts:

›Wiedergutmachung und Entschädigung! Wenn Sie oder einer Ihrer Bekannten innerhalb von 24 Jahren aus Deutschland gekommen sind und dort auf Grund der nationalsozialistischen Gesetzgebung Eigentum verloren oder ungerechtfertigte Steuern gezahlt haben, so bin ich bereit, Ihnen zu helfen.‹

Levy geht regelmäßig auf Weltreise, um auch in den abgelegensten Winkeln den letzten Anspruchsberechtigten in abendlichen Vortragsveranstaltungen als Mandanten zu gewinnen. Die projektierte Route seiner letzten Werbekampagne spricht für das Ausmaß seines Geschäfts: Rom – Nairobi – Salisbury – Johannesburg – Kapstadt – Sidney – Melbourne – Athen.

Weil der Verdacht aufgekommen ist, daß Levy seinen Klienten Erfolgshonorare in übermäßiger Höhe abverlangt, ist auf Anweisung des Nordrhein-Westfälischen Justizministeriums eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden. Auch der Düsseldorfer Anwaltsverein sammelt fleißig Material, um Levys Zulassung als Rechtsbeistand vom Landgerichtspräsidenten widerrufen zu lassen.

Zu denen, die die Vorteile der Zeit erfaßt zu haben scheinen, soll angeblich auch der Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses im Deutschen Bundestag, SPD-Abgeordneter Dr. Otto Heinrich Greve gehören. Allein vor dem Wiedergutmachungsamt in Koblenz vertritt Greve (›Ich habe immerhin ein recht gesundes Gewinnstreben‹) rund 6000 Ansprüche.«

Dr. Greve war nicht nur SPD-Bundestagsabgeordneter, sondern er bekleidete auch das Amt eines Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses im Deutschen Bundestag.

Der unermüdliche Abgeordnete Jakob Diel griff in neuerlichen Rundschreiben vom 29. Dezember 1957 und 31. Januar 1958 die üblen Begleiterscheinungen der Wiedergutmachung auf und schilderte, wie Dr. Greve der Witwe Sara Katz auf Grund eines 15 %igen Erfolgshonorars eine Honorarforderung von 9069,85 DM gestellt hatte. Sara Katz, eine kleine jüdische Angestellte, nicht gewillt, diese Riesensumme zu bezahlen, beriet sich mit dem Frankfurter Notar Kurt Walter, der ihr den hannoveranischen Rechtsanwalt Hans Pfeiffer empfahl.

Nach der Klageandrohung des Rechtsanwalts Pfeiffer im Falle Katz sandte Rechtsanwalt Abgeordneter Dr. Greve sang- und klanglos die zurückgeforderten 8500,– DM.

Abgeordneter Jakob Diel zitierte in seinem Rundschreiben einen Brief des Präsidenten der »Codac Juifs de Belgique« in Brüssel, Rue Anoul 24, Bernhard Klieger, den dieser an das Bundesfinanzministerium gerichtet hatte:

»Hier könnte man sagen, es sei Sache der Rechtsanwälte, beziehungsweise der Organisationen, sich um das Schicksal der Akten ihrer Klienten zu bekümmern. Der Einwand wäre berechtigt, aber das Bundesentschädigungsgesetz 1956 hat den Organisationen das Recht genommen, zu intervenieren, und die einzige noch zugelassene, die URO, ist dermaßen mit Arbeit überhäuft, daß sie gar nicht in der Lage ist, alles zu bewältigen. Das gleiche gilt auch für bestimmte Rechtsanwälte. So bearbeitet die Kanzlei des Abgeordneten Dr. Greve 30 000 Anträge. Herr Dr. Greve hat uns diese Zahl selbst genannt.«

Mit diesem Brief konfrontiert, erklärte Dr. Greve kalt: »Der Mann versteht ja kaum Deutsch. Ich weiß nicht, wieviel Fälle ich gesagt habe. Vielleicht habe ich 3000 gesagt.«

Trotzdem war die Position des geschäftstüchtigen Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses im Deutschen Bundestag erschüttert. Obwohl er ungeachtet der Enthüllungen durch den Abgeordneten Diel und der Veröffentlichung im »Spiegel« schwer angegriffen und kompromittiert war, erklärte er, er dächte nicht daran, den Vorsitz im Wiedergutmachungsausschuß des Deutschen Bundestages niederzulegen. Denn das sehe doch wie ein Schuldbekenntnis aus.

Einen Tag später aber legte er den Vorsitz nieder. Die SPD hatte ihren allzutüchtigen Abgeordneten sofort fallenlassen. Indes auch der Abgeordnete Diel hatte sich durch sein Auftreten gegen die Inkorrektheiten in der Wiedergutmachung so viele persönliche und politische Feinde zugezogen, daß es ihn im weiteren Verlauf der Dinge seine politische Karriere kostete.

Gruppenweise kehrten die 21 deutschen Wissenschaftler und Techniker der deutschen V-Waffen, die 1945 nach der Sowjetunion gebracht worden waren, im Februar 1958 wieder in die Heimat zurück. Sie hatten in der UdSSR den Sowjets alle Phasen der V-1- und V-2-Entwicklung mitteilen und die Vorarbeiten für die sowjetischen Erdsatelliten leisten müssen.

In Westberlin wurde der frühere Freund Dr. Otto Johns, der Frauenarzt Dr. Wolfgang Wohlgemuth, am 11. Februar unter dem Verdacht landesverräterischer Beziehungen festgenommen. Er saß deswegen im weiteren Verlaufe zehn Monate in Untersuchungshaft und wurde dann am 18. Dezember in Karlsruhe freigesprochen.

Am 21. April 1958 wurde der 51jährige Mathematik- und Turnlehrer des Offenburger Grimmelshausen-Gymnasiums und Vorsitzende des Offenburger Turnvereins, Studienrat Ludwig Zind, wegen antisemitischer Äußerungen und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

In den frühen Morgenstunden des 24. April 1957 hatten sich einige verspätete Zecher in der Offenburger Bahnhofsgaststätte »Zähriger Hof« eingefunden. Unter ihnen Studienrat Zind und der halbjüdische Textilhändler Kurt Lieser. Zind und Lieser kamen an einen Tisch zu sitzen, tranken schließlich sogar Bruderschaft, um dann gegen 2 Uhr morgens sich auf das Glatteis der Politik zu begeben. Aus nichtgeklärten Gründen gerieten die beiden Übernächtigen in Streit, in dessen Verlauf Zind

Lieser als Dreckjuden beschimpft, bedroht und gesagt haben soll, er sei »bedauerlicherweise nicht auch durch den Rauch gegangen«.

Dieses Saufgebabbel wurde von Lieser bei der Polizei angezeigt. Er erklärte sich durch Zind persönlich bedroht. Als dieses Verfahren wenig Aussicht auf Erfolg zeigte, gab Lieser plötzlich nachträglich eine Anzahl antisemitischer Äußerungen zu Protokoll, die Zind ihm gegenüber gemacht haben sollte. Jetzt stürzte sich die Presse mit großem Geschrei auf die Saufdifferenz im Morgengrauen und bauschte den Vorfall wie üblich entsprechend auf. Zind wurde verhaftet und drei Wochen lang in Untersuchungshaft gehalten. Daß sich Zind nun in aller Form im Rektorenzimmer des Gymnasiums bei Lieser entschuldigte, änderte den Gang der Dinge nicht mehr. Lieser blieb auch während der Verhandlung bei der Behauptung der antisemitischen Äußerungen Zinds.

In seinem harten Strafantrag erklärte Oberstaatsanwalt Carl Nägele, man müsse den Bürgern der Bundesrepublik und der Weltöffentlichkeit beweisen, daß die deutsche Justiz gewillt sei, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ein Wiederaufleben des Antisemitismus zu verhindern.

Landgerichtspräsident Dr. Hans Eckert versicherte in seiner Urteilsbegründung, vor allem die Äußerung »Der israelische Staat ist eine Pestbeule« müßte schwer geahndet werden, denn dadurch habe der Angeklagte dem Ansehen des deutschen Volkes sehr geschadet. Den Beteuerungen Zinds, daß er diese ihm zum Großteil unterschobenen Äußerungen gar nicht getan habe, wurde kein Glauben geschenkt. Die Masse der Offenburger Bevölkerung allerdings stand hinter Ludwig Zind. Schon während der Verhandlung hatte der Vorsitzende Eckert die Zuhörer verwarnen und einen Studenten, der energisch für seinen Lehrer eintrat, aus dem Saal entfernen lassen müssen. Eine vielhundertköpfige Menschenmenge erwartete Zind, der gegen die Verurteilung Revision eingelegt hatte, vor dem Gerichtsgebäude und brachte ihm stürmische Ovationen dar.

Obgleich das Strafverfahren durch die eingebrachte Revision noch nicht rechtskräftig abgeschlossen worden war, kürzte das Baden-Württembergische Kultusministerium die Dienstbezüge des Studienrats Zind sofort auf die Hälfte.

Später, als seinem Revisionsantrag nicht stattgegeben wurde, entzog sich Zind der Strafe durch Flucht ins Ausland.

Der berühmte französische Dichter und Nobelpreisträger François Mauriac erklärte in Paris am 2. Mai 1958 in der Wochenzeitschrift »Express«: »Ich freue mich darüber, daß es ein geteiltes Deutschland gibt. Schon in der

Schule wußten wir, daß der Kern der französischen Politik ein tausendfach zerstückeltes Deutschland ist. Daß es heute nur zwei Stücke statt tausend gibt, ist schon sehr zufriedenstellend.«

In Landsberg schloß am 9. Mai 1958 als letztes alliiertes Kriegsverbrechergefängnis in Westdeutschland das amerikanische WCP seine Pforten. 1544 kriegsverurteilte Deutsche waren hier in Landsberg im Laufe der Zeit in Haft gehalten worden. Das Gefängnis, das deutscherseits für etwa 550 Gefangene vorgesehen gewesen war, hatte zeitweise bis zu 1000 Mann auf einmal beherbergen müssen. Die amerikanischen Kommandanten und das meist exilpolnische Wachpersonal wetteiferten die ersten fünf Jahre mit Schikanen gegen die ihnen hilflos ausgelieferten Gefangenen. Die Verpflegung stand zum Großteil unter dem Minimum, weil die vorgeschriebenen Rationen oftmals gestohlen wurden. Erst gegen 1950 trat eine gewisse Verbesserung ein.

Von den »Landsbergern« waren in Nürnberger Prozessen 111 Mann, in Dachauer Prozessen 1416, im Shanghai-Prozeß 18 Mann verurteilt worden. 545 trugen als zum Tode Verurteilte bis zu ihrer Hinrichtung die Rotjacken, 220 hatten lebenslängliche Haft erhalten, der Rest Zeitstrafen bis zu 35 Jahren. 7 Jahre hindurch hörte die Landsberger Bevölkerung immer wieder, meist jeden Freitag, das metallene Läuten des Spöttinger Totenglöckleins. Das letzte Mal am 7. Juni 1951. Aus den Landsberger Zellen scholl dann immer wieder im Chor: »Ich hatt' einen Kameraden ...«

Jetzt aber, nachdem die letzten vier Kriegsverurteilten vorzeitig entlassen worden waren, holten die Amerikaner das Sternenbanner herab, das 13 Jahre lang über diesem Kriegsverbrechergefängnis geweht hatte.

In Bremen, Hamburg und Hessen bereiteten die sozialistisch beherrschten Landtage im Mai eine Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr vor. Doch schon am 28. Mai erließ das Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen diese Volksbefragungen, die später als verfassungswidrig erklärt wurden. Nun beschloß die SPD, eine Großaktion »Kampf dem Atomtod« zu starten.

Die US-Streitkräfte errichteten Mitte Mai eine Kette von Nike-Hercules-Luftabwehr-Raketenbasen, etwa 80 Kilometer westlich der Demarkationslinie quer durch die ganze Bundesrepublik.

Österreichs Liga für die Vereinten Nationen übermittelte der Öffentlichkeit am 7. Juni eine Denkschrift, in der an praktischen Beispielen aufgezeigt wurde, wie Italien in Südtirol laufend die Punkte des Pariser Ver-

trages bricht. Unter anderem wurde ausgeführt: »Da das Verwaltungspersonal in Südtirol zu 90 % aus Italienern besteht, die nicht Deutsch verstehen, ist das Recht, sein Anliegen bei der Behörde in der Muttersprache vorzubringen, illusorisch geworden. Auch das gerichtliche Untersuchungsverfahren und der Amtsverkehr zwischen den Behörden werden in italienischer Sprache abgewickelt.

Auf dem Gebiet der Schule bedarf es zur Errichtung der zugesicherten Autonomie noch immer der Ausführungsgesetzgebung und der Vollziehung. Die italienische Regierung hat die Ausübung der verfassungsmäßig zugestandenen Rechte von noch zu erlassenden Durchführungsbestimmungen abhängig gemacht.

In der Regionalverwaltung gibt es 620 italienische, aber nur 102 deutschsprachige Beamte, in der Provinzialverwaltung ist das Verhältnis 174:94. Von den 110 Südtiroler Gemeinden haben nur sieben eine italienische Mehrheit, aber 46 einen italienischen Gemeindesekretär.«

Das Memorandum weist auch auf die starke Zuwanderung aus den übrigen Teilen Italiens in die Provinz Bozen hin, die dazu geführt habe, daß zum Beispiel in der Stadt Bozen im Jahre 1953 der Anteil der italienischen Bevölkerung 79,4 % erreichte, während er 1921 nur 22,1 % betrug. Das italienische Gesetz gegen die Verstädterung, das den Zuzug in Städte erschwert, sei in Bozen nicht angewendet worden. Nur 6 % der seit 1945 erbauten Wohnungen seien Südtirolern zugewiesen worden.

Präsident Heuß begnadigte am 26. Juli vorzeitig Dr. Otto John und setzte den Rest seiner Strafe auf Bewährung aus.

In der DDR wurde die Kritik an Walter Ulbricht, die innerhalb der Führungsspitze der SED laut geworden war, blitzschnell unterdrückt. Karl Schirdewan und Ernst Wollweber wurden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen, Fred Oelssner seiner Funktion als Mitglied des Polit-Büros enthoben. Der stellvertretende Ministerpräsident Fritz Selbmann wurde zuerst heftig gerügt und ebenso wie Paul Wandel und Volksbildungsminister Fritz Lange nicht wieder in das Zentralkomitee gewählt. Am Schluß wurde Selbmann sogar seiner Funktion als Stellvertretender Ministerpräsident enthoben.

Die Bevölkerung Mitteldeutschlands reagierte auf den Ulbricht-Kurs anders: Sie lief in Massen dem roten Arbeiter- und Bauernparadies davon. Die Zahl der Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik kamen, stieg sprunghaft an: 1954: 184 198; 1955: 252 870; 1956: 279 189; 1957: 261 622; 1958: 204 092.

Ein Bulletin der Bundesregierung berichtete am 15. August, daß die von der Bundesrepublik bisher aufgebrachten Wiedergutmachungsbeträge die Höhe von rund 8 Milliarden DM erreicht hatten. Der aufzubringende Gesamtbetrag wurde auf 14 bis 24 Milliarden geschätzt. Bis zum 31. März 1963 sollte die Abwicklung des Gesetzes abgeschlossen sein; eine illusionistische Vorstellung, die sich nicht verwirklichen sollte.

In Bad Harzburg beschlossen am 5. Oktober die Justizminister der Länder die Errichtung einer Zentralstelle zur staatsanwaltschaftlichen Ahndung nationalsozialistischer Verbrechen. Als Sitz dieser neuen Behörde wurde Ludwigsburg bestimmt, als Leiter Staatsanwalt Erwin Schüle. Die Bundesländer kamen vorerst einmal für die Finanzierung dieses Unternehmens mit 418 600 DM im Jahr auf.

Bundespräsident Professor Dr. Theodor Heuß stattete vom 20. bis 23. Oktober Großbritannien einen offiziellen Staatsbesuch ab, wo er mit förmlicher Zurückhaltung aufgenommen wurde.

In Ostberlin erklärte am 27. Oktober 1958 Walter Ulbricht: »Ganz Berlin liegt auf dem Territorium der DDR. Ganz Berlin gehört zum Hoheitsbereich der DDR.« Bürgermeister Brandt konterte am 5. November: »Berlin gehört nicht zur sogenannten DDR, die Ostzone gehört vielmehr zu Deutschland, und die Hauptstadt ganz Deutschlands ist und bleibt Berlin, das ganze Berlin.«

Am 27. November 1958 kündigte der Kreml alle Viermächteabkommen über die Stationierung alliierter Truppen in Berlin und stellte ein Ultimatum bis zum 27. Mai 1959, ohne es dann zu verwirklichen. Naturgemäß lösten diese Drohungen in Berlin größte Besorgnis aus.

1958 mußten durch Verkehrsunfälle in der Bundesrepublik bereits 11 318 Menschen sterben, – 9878 warfen ihr Leben selbst weg; 330 wurden ermordet.

Am 10. Januar 1959 machte Chruschtschow einen neuen Vorstoß in der Deutschlandfrage. Die Sowjetregierung legte den Entwurf eines deutschen Friedensvertrages vor: Die DDR sollte aus dem Warschauer Pakt ausscheiden, die Bundesrepublik aus der NATO und aus der Westeuropäischen Union. Natürlich wurde auch weiterhin an der Fiktion zweier deutscher Staaten festgehalten, und die Wiedervereinigung sollte zunächst in Form einer Konföderation dieser beiden deutschen Staaten stattfinden.

Die drei Westmächte verwiesen am 16. Februar kühl auf ihre früheren Noten und schlugen eine Außenministerkonferenz über das Deutschlandproblem vor. Als Antwort schlug der Kreml wieder eine Gipfelkonferenz

vor, worauf die drei Westmächte und Bonn nicht eingingen, sondern eine Außenministerkonferenz forderten, die dann im Mai in Genf begann und ohne Erfolg im August endete. Wieder gab es Erklärungen und Gegenerklärungen, Memoranden, Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, ohne daß sich die Standpunkte änderten.

In Düsseldorf nahm sich der deutsche Dichter und Lehrer Hans Venatier am 19. Januar 1959 das Leben. Er hoffte durch seinen Freitod die Öffentlichkeit aufzurütteln und ein Fanal gegen die Verlogenheit unserer Zeit zu setzen. Der schlesische Heimatvertriebene Venatier hatte im Dezember 1958 in der »Nation Europa« eine klare Stellung gegen die Diffamierung der Nationalbewußten unter dem Titel »Was ist Neofaschismus?« bezogen. Eine Wiener Jugendzeitschrift hatte den Artikel abgedruckt und war deshalb in Österreich verboten worden.

Hans Venatier sah sich plötzlich im Mittelpunkt einer konzentrierten Hetze, was für ihn um so verhängnisvoller war, als er als Studienrat dem Kultusministerium in der Pfälzischen Landesregierung in Mainz unterstand. Er wurde sowohl vom Pfälzischen Kultusministerium als auch vom Verfassungsschutzamt vernommen. Unter dem Eindruck der schleichenden Meinungsdiktatur und in dem Bewußtsein, daß es ihm in Zukunft unmöglich sein würde, die Wahrheit zu schreiben, wählte Hans Venatier den Opfertod. Doch seine Hoffnungen erfüllten sich nicht. Die Öffentlichkeit nahm kaum Notiz von dem Selbstmord, der seine Leser und Freunde bis ins Tiefste erschütterte und aufwühlte.

Der amerikanische Senator Hubert H. Humphrey sprach sich in einer Sendung des britischen Rundfunks am 5. Februar für eine atomfreie Zone in Europa aus und erklärte, daß ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO keineswegs als eine Schwächung des Nordatlantischen Verteidigungspaktes angesehen werden müsse.

Am 12. Februar schlug Senator Mike Mansfield im amerikanischen Senat neue Wege in der Deutschlandpolitik vor, da die bisherigen, die sich »einzig auf freie gesamtdeutsche Wahlen gründen, fragwürdig seien«. Mansfield erklärte ferner: »Wenn die Wiedervereinigung Deutschlands wirklich wesentlich und unvermeidlich ist und sie mit Waffengewalt von uns nicht zu verantworten ist oder nicht im Interesse unserer Nation liegt, dann gebe ich zu bedenken, daß eine Politik, die sich lediglich an das unrealisierbare Schlagwort von freien gesamtdeutschen Wahlen klammert und die deutsche Wiedervereinigung nicht auf andere Art anstrebt, überhaupt keine Politik ist.«

Mansfield schlug vor, daß sowohl die westlichen als auch die sowjetischen Truppen aus ganz Berlin abrücken sollten und diese vorläufig von UNO-Polizeieinheiten ersetzt werden könnten. Die Bundesrepublik und die DDR sollten direkte Verhandlungen über Gesamtaspekte der Wiedervereinigung »einschließlich der Harmonisierung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Systeme beider Zonen« führen. Das daraus entstehende Abkommen über die Wiedervereinigung müßte dann von der Sowjetunion und den Westmächten vertraglich anerkannt werden. Am Schlusse befürwortete Mansfield ein Auseinanderrücken der Atommächte aus Deutschland und Mitteleuropa.

Um die Einhaltung der Rechte aller Soldaten innerhalb der Bundeswehr besser zu schützen und zu überwachen, wurde nach längeren Diskussionen das Amt eines Wehrbeauftragten des Bundestages geschaffen.

Zum ersten Wehrbeauftragten wurde Generalleutnant a. D. Helmuth Otto Wilhelm Grolman am 19. Februar gewählt.

Die Amtszeit des Bundespräsidenten Dr. Heuß lief endgültig ab. Eine Kommission der CDU/CSU schlug am 24. Februar Bundeswirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard als neuen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vor. Doch Erhard lehnte ab, da er noch keine Lust verspüre, aus der aktiven Politik auszuscheiden. Als die Kommission daraufhin die Kandidatur für den Bundespräsidenten Kanzler Adenauer antrug, nahm dieser am 7. April die Wahl an und erklärte sich bereit, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren.

An der Saar hatte sich unterdessen der letzte Akt des Dramas um Dr. Hubert Ney vollzogen. Nachdem sich Ney gemeinsam mit seinen Parteifreunden Dr. Erwin Albrecht, Karl Steinhauer und Nikolaus Kopp weiterhin gegen eine Aufnahme der separatistischen Christlichen Volkspartei zur Wehr setzte, wurde die Schlinge zugezogen. Albrecht wurde aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen, Steinhauer trat selbst aus, Kopp fiel unter dem massiven Druck um und distanzierte sich von seinen Kameraden. Der saarländische Ministerpräsident Reinert bot über den Kopf des noch amtierenden Dr. Ney hinweg der Christlichen Volkspartei das Amt des Justizministers an. Doch Ney weigerte sich, zugunsten der Separatisten abzudanken. Darauf versuchte Reinert seinen Parteifreund Dr. Ney mit einem Mißtrauensantrag im Saarländischen Landtag zu stürzen. Da sich aber DPS und SPD weigerten, an dieser Abstimmung teilzunehmen, scheiterte dieser Plan. Ohne den Landtag einzuberufen, trat Reinert nun zurück, damit aber auch ohne zu wollen automatisch Justizminister Dr. Ney.

Am 9. März erklärten Dr. Hubert Ney und die Abgeordneten Dr. Erwin Albrecht und Karl Steinhauer ihren Austritt aus der CDU. Wenig später vollzog sich die Verschmelzung der saarländischen CDU mit der separatistischen CVP. Nur 31 von 525 Delegierten stimmten dagegen.

In Warschau verurteilte ein polnischer Gerichtshof nach fast fünfmonatiger Verhandlung am 9. März den früheren Gauleiter und Oberpräsidenten von Ostpreußen, Erich Koch, zum Tode. Das Urteil wurde aber nicht vollstreckt.

Präsident Heuß besuchte am 12. März 1959 die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. In seiner Ansprache an die 477 Fähnriche und 300 Offiziere versicherte Professor Heuß: »Die preußisch-deutsche Militärgeschichte ist zu Ende« und wandte sich gegen die »Traditionshuber« innerhalb der Bundeswehr, welche die alten Formen und Traditionen aufrechterhalten wollten. Er habe, gestand Heuß, diesen »ganzen Schwindel auf die Seite gewischt«.

Der französische Staatspräsident de Gaulle bekannte sich am 25. März in Paris zur Oder-Neiße-Grenze, als er erklärte: »Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volks zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt...«

Zwei Tage später erwiderte ein Sprecher der Bundesregierung, die Oder-Neiße-Grenze könne nicht als derzeitige Ostgrenze anerkannt werden.

In Bonn war, bald nachdem Adenauer seine Bereitschaft erklärte, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren, eine heftige Diskussion darüber entstanden, zu welchem Zeitpunkt Adenauer als Kanzler zurücktreten solle. Diese Frage bewegte nicht nur die SPD. Auch innerhalb der eigenen Reihen wartete der betagte Kronprinz Erhard schon ungeduldig auf den Tag, wo er das Amt des Bundeskanzlers einnehmen könnte. Der CDU-Abgeordnete Dr. Matthias Hoogen verlautete, daß die Amtszeit von Professor Heuß am 11. September um 24.00 Uhr ablaufe und die des neuen Bundespräsidenten daher am 12. September 0.00 Uhr beginnen würde. Bis zu diesem Zeitpunkt würde Adenauer Kanzler bleiben.

Adenauer selbst zerschlug alle Hoffnungen, daß nun andere den Kurs des Staatsschiffes bestimmen könnten, indem er am 14. April verlautbaren ließ, das entscheidende Motiv für seine Bundespräsidenten-Kandidatur sei die Möglichkeit, durch die Übernahme des Amtes die Kontinuität der jetzigen Außen- und Innenpolitik für die nächsten Jahre zu sichern.

In Dresden verurteilte ein kommunistisches Gericht 5 Studenten der Technischen Hochschule zu langjährigen Zuchthausstrafen, weil sie einer Diskussionsgruppe angehört hatten, die für die Auflösung der Planwirtschaft und der Staatlichen Produktionsgenossenschaften sowie die Auflösung der SED eintraten. Gerhard Bauer erhielt 10, Armin Streiter 8, Hans Lutz Dalpke 7 1/2, Christian Ramatschi 7 und Dieter Brendel 5 Jahre.

Unter Berufung auf eine frühere alliierte Militärregierungs-Anordnung wurde in Düsseldorf der »Bundesverband der ehemaligen Internierten- und Entnazifizierungsgeschädigten e. V.« verboten, seine Büroräume wurden versiegelt. Da sich in diesen Räumen gleichzeitig alle Karteiblätter und sonstigen Unterlagen der Interniertenzeitschrift »Der Ring« befanden, mußte auch die Zeitschrift daran glauben.

Das Suchdiensttreffen, das die ehemalige Waffen-SS, vertreten durch die HIAG, in Mengeringshausen bei Arolsen veranstalten wollte, wurde kurz darauf auf Grund der konzentrierten Hetze der Linksradikalen und der Verfolgten-Verbände verboten.

Der Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, Martin Niemöller, hatte in einer Rede in Kassel die deutschen Soldaten grob angegriffen und erklärt: »Die Ausbildung zum Soldaten und zu Führerpositionen in militärischen Kommandostellen muß als eine Hohe Schule für Berufsverbrecher bezeichnet werden.«

Verteidigungsminister Strauß erstattete darauf wegen verfassungsverräterischer Zersetzung sowie Verleumdung und Beleidigung der Bundeswehr Strafanzeige. Jedoch am 20. Mai wurde das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen Niemöller eingestellt, denn nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hat Niemöller zwar die Bundeswehr und ihre Soldaten »verunglimpft«; es sei ihm aber keine Absicht der Beleidigung nachzuweisen. Ein hinreichender Tatverdacht der verfassungsverräterischen Zersetzung sei deshalb nicht gegeben, weil dem Beschuldigten die Absicht nicht nachzuweisen sei, die »pflichtgemäße Bereitschaft der Bundeswehrangehörigen zum Schutze des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik« zu untergraben.

Auch eine Verleumdung der Bundeswehr schied nach Ansicht der Staatsanwaltschaft aus, denn der Beschuldigte habe keine unwahren oder gröblich entstellenden Tatsachenbehauptungen aufgestellt, sondern nur ein Werturteil über die Massenvernichtungswaffen abgegeben. Eine Verunglimpfung der Bundeswehr läge jedoch vor, weil Niemöller den Soldaten vorgeworfen habe, sie bildeten zu Verbrechern aus oder ließen sich zu

Verbrechern ausbilden. Es habe dem Beschuldigten aber ferngelegen, die Bundeswehr oder einen ihrer Soldaten persönlich zu beleidigen.

Martin Niemöllers Verdammnis war um so erstaunlicher, als er im ersten Weltkrieg Wachoffizier auf einem deutschen U-Boot war und 1918 als Oberleutnant zur See Kommandant eines U-Bootes wurde. Allerdings trug er nie einen Pour le mérite, wie es immer wieder hieß, doch er reihte sich auch nach dem Zusammenbruch in die völkische Kampffront ein und gehörte der Femegruppe, Organisation Escherich, an und marschierte beim Kapp-Putsch mit. Erst später wandte er sich dem geistlichen Beruf zu, begrüßte aber in seinem 1934 erschienenen Buch »Vom U-Boot zur Kanzel« »das gewaltige Werk der völkischen Einigung und Erhebung«. Später bekam er mit der Geheimen Staatspolizei Schwierigkeiten und wurde bei bevorzugter Behandlung in ein KZ eingewiesen. Die mehrmals aufgestellte Behauptung, daß er sich aus diesem KZ im Laufe des zweiten Weltkrieges wiederholt freiwillig zur U-Boot-Waffe meldete, ohne daß diesem Streben entsprochen wurde, wurde niemals berichtigt oder geklagt.

In der Nr. 8 des amtlichen Kirchenblattes »Stimme der Gemeinde« setzte Martin Niemöllers Jünger, Schaufele, die Diffamierung der deutschen Soldaten durch seinen Meister fort und schrieb: »Wer Soldat wird, kann nicht mehr Christ sein. Wer den grauen Rock anzieht, zieht Christi Kleid aus. Wer hier dem Staat folgt, gibt die Nachfolge Christi auf ... Soldat sein heißt: Ich bin bereit, mich zum Mörder ausbilden zu lassen, Soldat sein heißt: Ich bin bereit, Mörder zu werden ...«

Für den deutschen Soldaten gibt es in der Bundesrepublik, die seiner Dienste sosehr bedarf, keinen Ehrenschutz, wie ihn jeder andere Berufsstand besitzt.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe verurteilte am 22. Mai 1959 nach fünftägiger Verhandlung den Verleger und Redaktuer Hans Robert Kremer wegen Staatsgefährdung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu zwei Jahren Gefängnis. Kremer hatte über vier Jahre lang die Zeitschrift »Die Anklage« herausgegeben. Kremer war schon am 2. Mai 1956 gemeinsam mit dem Redakteur Ludwig Karl Strieder wegen Beleidigung des Kanzlers Adenauer und des Finanzministers Schäffer zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt worden. »Die Anklage« nannte sich im Untertitel »Organ der entrechteten Nachkriegsgeschädigten« und hatte in scharfer Weise Kritik an der offiziellen Politik der Bundesrepublik und ihrer Repräsentanten geübt. Darüber hinaus hatte sich »Die Anklage«, die wiederholt beschlagnahmt worden war, mit der Geschichtsverfälschung

befaßt. Mit der Verurteilung Kremers war »Die Anklage« endgültig vernichtet.

Kanzler Adenauer flog wieder einmal nach den USA, wo er am 27. Mai mit Präsident Eisenhower eine einstündige Unterredung hatte, über deren eigentlichen Inhalt offiziell nichts bekannt wurde. Am 5. Juni überraschte Adenauer die Öffentlichkeit dann mit der Mitteilung: Da sich die außenpolitische Entwicklung verschlechtert habe, sähe er sich gezwungen, weiterhin Bundeskanzler zu bleiben, und ziehe daher seine Kandidatur als Bundespräsident zurück.

Die Mitteilung verursachte in Bonn einen regelrechten Schock bis tief in die CDU/CSU hinein. Besonders Erhard, der schon grünes Licht für seinen Kanzlerposten erhoffte, war überaus betroffen. Es kam zu einer in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Erhard, die ihren Höhepunkt in einem Adenauer-Interview mit der »New York Times« am 18. Juni erreichte. Adenauer erklärte darin kaltschnäuzig, daß es Erhard an politischer Erfahrung für den Kanzlerposten mangele. Erhard tobte darüber in aller Öffentlichkeit, und die CDU/CSU erreichte nur mit größter Mühe eine Glättung der Differenzen.

Am 12. Juni 1959 kam es zwischen Verteidigungsminister Strauß und dem SPD-Abgeordneten Fritz Erler im Bundestag zu einem Zusammenstoß, worauf Erler Strauß riet, an seine Worte von 1948 zu denken. Damals hatte Strauß in einer Versammlung der CSU erklärt: »Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen.«

Strauß entgegnete: »Ich habe ohne Zweifel in einer Reihe von Reden gesagt, und zwar sicherlich in einer in früheren Jahren noch kolorierteren Ausdrucksweise, als ich sie heute habe: Wer ein Gewehr für diesen Zweck in die Hand nimmt, wie es unter Hitler mit dem bekannten Erfolg geschehen ist, dem soll die Hand abfallen. Unter dieser Voraussetzung, unter diesen Umständen, daß jemand zum Gewehr greift, um damit anderen Völkern seinen Willen aufzuzwingen, wiederhole ich das Wort, daß dem, der für diesen Zweck ein Gewehr in die Hand nimmt, die Hand abfallen soll.«

Am 1. Juli wählte die Bundesversammlung den bisherigen CDU-Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten.

Zum 10. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik gestand Adenauer am 7. September: »Über allen Aufbauerfolgen Westdeutschlands liegt ein bedrückender Schatten: Alle Bemühungen um die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit haben die Deutschen keinen Schritt vorangebracht.

Aus Anlaß der Zehnjahresfeier des Bestandes der DDR beschloß die Ostberliner Volkskammer die Änderung der bisherigen Staatsflagge, die ab nun in den schwarz-rot-goldenen Farben die Symbole Hammer und Zirkel trägt. Die Bundesregierung befahl daraufhin der Polizei, überall gegen diese Flagge einzuschreiten, falls sie auf westdeutschem Gebiet gezeigt würde.

Die Angehörigen der SED-Kampfgruppe legten am Vorabend des zehnten Jahrestages der DDR ein Gelöbnis ab, in dem sie bekundeten, »die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften jederzeit mit der Waffe in der Hand zu schützen und das Leben für sie einzusetzen«.

So weit war die Entwicklung schon gekommen, daß bei der Vorbereitung auf die Vereidigung in Greifswald der Vertreter der SED-Kreisleitung Weber den Angehörigen der 4. Hundertschaft erklärte, auf die Frage, ob im Ernstfall auch auf den Bruder geschossen werden müsse, sei zu antworten: »Wenn er auf der anderen Seite das Gewehr in der Hand hält, muß man auch auf den Bruder schießen.«

In der DDR hielt sich das Bürgerkriegsregime der SED nur mit äußerster drakonischer Strenge. Schon die Sowjets hatten durch ihre Militärtribunale etwa 10 000 Mitteldeutsche verurteilt, davon 373 zum Tode. Die DDR-Sondergerichte hatten dann von sich aus noch 146 Todesurteile ausgesprochen und 356 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Alles in allem waren von den sowjetischen und den SED-Richtern seit Kriegsende in Mitteldeutschland, überwiegend aus politischen Gründen, 46 000 Menschen verurteilt worden.

Der nächste große Soldatenprozeß lief gegen den früheren Kommandeur der 7. Panzerdivision, General Hasso von Manteuffel. Manteuffel war nach 1945 als Abgeordneter der FDP von 1953 bis 1957 im Bundestag in Erscheinung getreten, um später zur Deutschen Partei zu wechseln, für die er den Landesverband Nordrhein-Westfalen führte.

Im Januar 1944 hatte die 7. Panzerdivision den Befehl bekommen, bei Schepetowka die Front unter allen Umständen zu halten. Südlich der Stadt war der Russe bereits durchgebrochen. In dieser zum Zerreißen angespannten Lage meldete der Führer der 6. Kompanie des 1. Bataillons einen ebenso beschämenden wie verhängnisvollen Vorfall. Vor dem Abschnitt der Kompanie befand sich eine vorgeschobene Feldwache in einem Strohschober. Der Unteroffizier ließ einen Doppelposten Wache halten und die anderen erschöpften Männer schlafen. Einer der beiden Wachposten sah aus der Dunkelheit einen sowjetischen Stoßtrupp herankommen.

Anstatt sofort das Feuer zu eröffnen, dadurch den Feind zu bekämpfen und die schlafenden Kameraden zu warnen, machte sich der Mann aus dem Staube und überließ seine Kameraden, die überrumpelt wurden, ihrem Schicksal.

Der pflichtvergessene Posten langte mit einem weiteren Kameraden, dem die Flucht geglückt war, später bei der Kompanie an. Der Divisionsrichter Dr. Albrecht führte ein Kriegsgerichtsverfahren gegen die beiden Soldaten, das den einen freisprach und den Posten zu zwei Jahren Gefängnis wegen einer »Dienstverletzung im Felde« verurteilte. Dieses Urteil schien dem Brillantenträger von Manteuffel in dieser Lage zu milde, und unter Berufung auf den Führerbefehl Nr. 7 vom 24. Februar 1943 ließ er den verurteilten Soldaten am Nachmittag des 13. Januar 1944 vor versammelter Mannschaft erschießen.

Durch die harte Führung Hasso von Manteuffels konnten rund 200 000 deutsche Soldaten vor sowjetischer Gefangenschaft bewahrt werden.

Daß sich nunmehr General von Manteuffel auf den Führerbefehl berief, war nicht ohne Pikanterie. Als Feldmarschall Schörner zurückkehrte, befand sich in den Reihen seiner Kritiker auch Hasso von Manteuffel, der Schörner in einem öffentlichen Artikel in der »Welt am Sonntag« vorwarf, daß er sich ständig auf die Befehle seines Führers berufen hätte.

Das Düsseldorfer Schwurgericht verurteilte Hasso von Manteuffel zu 18 Monaten Gefängnis.

In Lippoldsberg an der Weser verstarb am 27. September 1959 83jährig der deutsche Dichter Hans Grimm, dessen Roman »Volk ohne Raum« zu einem echten Volksbuch geworden war und der mit seiner Erzbischofsschrift nach 1945 als erster in Deutschland die Stimme der Würde und der Besinnung erhoben hatte. Viele Jahrzehnte hindurch hatte er alljährlich Tausende in seinem Klosterhof versammelt, um den Werken der Dichter am Lippoldsberger Dichtertag zu lauschen.

Am 2. Oktober kontrollierte in der ersten Morgenstunde ein belgischer Zöllner am französisch-belgischen Grenzübergang Bleharies einen mit drei Männern besetzten Wagen und stellte dabei fest, daß diese ein Kilo Plastiksprengstoff mit sich führten. Die Wageninsassen André Huarez, Claude Housseau und Jean-Claude Berthommier wurden festgenommen. Eine Durchsuchung des Wagens erbrachte noch eine Maschinenpistole und zahlreiche Munition.

Die drei erklärten, sie hätten Sprengstoff und Maschinenpistolen für ein Attentat gegen den Gastwirt Chérif Attar im belgischen Charlesroi

benötigt, denn dieser Attar sei Chef der algerischen Freiheitsbewegung in Belgien. Es stellte sich bald heraus, daß dieser Attar mit dem algerischen Freiheitskampf überhaupt nichts zu tun hatte.

Es handelte sich bei den dreien um eine Gruppe der geheimen französischen Terroraktion »Rote Hand«, die in der Bundesrepublik völlig ungeniert operierte, obwohl sie den Behörden bekannt war. Ihr Leiter war ein französischer Colonel Mercier, der einige Jahre zuvor als französischer Attaché aus der Schweiz wegen einer Spionageaffäre ausgewiesen worden war. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Heinz Wolf und der Polizeihauptkommissar Konrad stellten fest, daß die »Rote Hand« sechs Sprengstoffanschläge und vier Morde in der Bundesrepublik durchgeführt hatte. Ihr war die Mutter des Hamburger Waffenhändlers Otto Schlüter am 28. September 1956 zum Opfer gefallen, am 3. März in Frankfurt der Waffenhändler Georg Puchert und in Bonn der Algerier Ait Ahcene. Mitte Oktober sollte in München der Exportkaufmann Dr. Richard Beisner bei einem Sprengstoffanschlag ein Bein verlieren. Trotz aller Bemühungen der Behörden konnte keiner der Mörder gefaßt werden.

Am 15. Oktober 1959 gegen 13 Uhr fand ein Kind im Treppenflur des Münchener Wohnhauses Kreittmayrstraße 7 den ukrainischen Schriftsteller Stefan Popel auf, der schwache Lebenszeichen von sich gab. Das Kind alarmierte die Hausbewohner, die ihrerseits das Rote Kreuz verständigten, das den Schwerverletzten abtransportierte. Auf dem Weg ins Rotkreuzkrankenhaus 2 in der Lazarettstraße starb der Schwerverletzte, ohne noch einmal zur Besinnung gekommen zu sein.

Popel war in Wahrheit der 50jährige ukrainische Emigrantenführer Stefan Bandera gewesen, der im Krieg ukrainische Partisanen gegen die Sowjets führte und von München aus die ukrainische Emigrantenbewegung OUN (Organisation ukrainischer Nationalisten) leitete, die das Wochenblatt »Weg zum Sieg« in ukrainischer Sprache herausgab.

Ursprünglich hatte der erste Arzt auf Schädelbasisbruch getippt, da Bandera im Treppenhaus lag, blutend mit dem Gesicht nach unten. Die Münchener Mordkommission glaubte an einen Herzschlag, und allein die Ukrainer behaupteten vom ersten Augenblick an, daß Stefan Bandera von bolschewistischen Mordagenten umgebracht worden sei. Die gerichtsmedizinische Untersuchung ergab, daß Bandera durch Zyankali aus dem Leben geschieden war. Offiziell wurde nun angenommen, Bandera, der mit seiner Frau und seiner Tochter ein überaus harmonisches Familienleben führte, hätte Selbstmord begangen. Seine Kameraden widersprachen

dieser Auffassung heftig, ohne das Gegenteil beweisen zu können. Bandera wurde unter großer Anteilnahme seiner Freunde und Mitarbeiter in München beigesetzt.

In Wien fand zur 200. Wiederkehr von Schillers Geburtstag am 17. Oktober eine Kundgebung der Österreichischen Landsmannschaft und des Ringes volkstreuer Verbände mit einem Fackelzug statt. Eine riesige Menschenmenge versammelte sich in den Abendstunden auf dem Rathausplatz, und bald setzte sich der Zug mit Fackeln, Fahnen und Volkstrachten unter den Klängen zahlreicher Musikkapellen in Bewegung. Kommunistische Störtrupps grölten die Internationale und versuchten schließlich gewaltsam den Zug zu sprengen, was aber nicht gelang. Die Kundgebung auf dem Heldenplatz wurde in voller Ruhe und Ordnung abgehalten. Nur als nach der Feier eine Delegation der Verbände zum Schillerdenkmal zog, um dort einen Kranz mit der Widmung »Dem Freiheitsdichter unseres Volkes – das treue Wien« niederzulegen, überfielen kommunistische Rowdies einzelne heimkehrende Studenten und Jugendliche und schlugen sie nieder.

In Südtirol wurde der Bürgermeister von Brixen, Dejaco, von der italienischen Regierung seines Amtes enthoben, weil er sich geweigert hatte, an der italienischen Feier des Sieges von 1918 teilzunehmen. Einige Tausend Brixener versammelten sich darauf auf dem Hauptplatz zu Brixen zu einer spontanen Kundgebung für ihren Bürgermeister Dejaco und sangen das Andreas-Hofer-Lied. Da sich einige österreichische Politiker sehr deutlich über die italienischen Unterdrückungsmethoden in Südtirol äußerten, verbot die italienische Regierung am 24. Dezember Staatssekretär Professor Dr. Franz Gschnitzer, Landesrat Dr. Alois Oberhammer und dem Obmann des Berg-Isel-Bundes, Dr. Eduard Widmoser, jede Einreise nach Südtirol.

In Schleswig-Holstein entdeckte die Polizei Anfang November 1959, daß der Obergutachter bei der Landesversicherungsanstalt und Gerichtsgutachter in Flensburg, Dr. Sawade, in Wirklichkeit Professor Dr. Werner Heyde war, der unter diesem Decknamen untergetaucht war. Heyde hatte im Dritten Reich einige Zeit die Leitung der »Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten« innegehabt, durch deren Euthanasieprogramm zahlreiche unheilbare Geisteskranke getötet worden waren. Dr. Heyde verschwand vor seiner Verhaftung am 5. November, erschien jedoch am 12. November in Begleitung seines Rechtsanwaltes bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft und gab die Erklärung ab, er habe nie die Absicht ge-

habt, sich durch Flucht seiner Verantwortung zu entziehen. Professor Dr. Heyde wurde sogleich in Untersuchungshaft genommen und später ins Gefängnis von Butzbach überstellt.

Er wurde beschuldigt, von 1939 bis 1941 im Rahmen der staatlichen Euthanasie den Tod von rund 80 000 unheilbaren Geisteskranken verschuldet zu haben. Mit ihm wurden noch Rechtsanwalt Dr. Bernhard Bohne, Dr. Karl Hefelmann und Friedrich Tillmann als Mitarbeiter der »Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegestätten« angeklagt.

1959 ereignete sich im Literaturbetrieb eine Geschichte, die als Fortsetzung der George-Forestier-Legende angesprochen werden darf, auch wenn sie viel nüchterner und viel klarer vor sich ging. Der Münchener Drei-Masken-Verlag reichte für den von der Freien Volksbühne Westberlin ausgeschriebenen Gerhart-Hauptmann-Preis ein Manuskript »Im Zeichen der Fische« unter dem Verfassernamen Hans Westrum ein. Unter 229 eingereichten Manuskripten wählten die 12 Gutachter als weitaus bestes »Im Zeichen der Fische« mit folgender Begründung aus: »Es entspricht in besonders hohem Maße den Richtlinien des Preises. Es greift ein zeitnahes Problem auf und tritt für die Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und die Idee der Freiheit ein.«

Plötzlich wurde offenbar, daß Hans Westrum nur ein Pseudonym für den im Dritten Reich bekannten und geförderten Dichter Hans Baumann war. Jetzt halfen weder Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit noch die Idee der Freiheit. Obgleich Baumanns Jugendbücher nach 1945 in den USA beim jüdischen Verleger Kurt Wolff erschienen und die »New York Herald Tribune« ihm 1958 den Preis für das beste Jugendbuch verlieh, beschwor die Freie Volksbühne Hans Baumann, »mit Rücksicht auf die besondere Lage in Berlin« auf den Preis zu verzichten.

Es half Hans Baumann auch nichts, daß er diesem Ansuchen nachkam. Ein Teil der Presse schäumte vor Wut, obwohl sie ihm ja bei dieser Gelegenheit nur nachweisen konnten, daß er besser schrieb als die anderen.

DIE SCHANDMAUER

Hakenkreuzschmiererei in Köln / Entführung und Verurteilung Eichmanns / Das Standgericht von Brettheim / Alfred Frenzel wird entlarvt / Presse-Dekameron in Bayern Das Sterben an der Berliner Mauer / Freiheit für Mörder Vračarič

In der Heiligen Nacht 1959 entdeckte der Kölner Primaner Klaus Rath, der mit Mutter und Großmutter von der Christmette kam, auf dem Portal der erst am 20. September eingeweihten Synagoge antisemitische Inschriften wie »Juden raus« und einige Hakenkreuze. Rath versuchte mit Papier die Schmierereien zu entfernen, was aber nicht gelang, und alarmierte dann die Polizei. Sofort gingen Männer des Städtischen Fuhrparkes daran, die Hakenkreuze abzuwaschen, als die Polizei die Einstellung der Säuberungsarbeiten befahl und den Gemeinderabbiner Dr. Zvi Asaria verständigte. Auch Rabbiner Asaria verbot jede weitere Säuberungsarbeit und beriet sich mit dem SPD-Stadtverordneten Sally Keßler, der stellvertretender Vorstand der Kölner Synagogengemeinde war. Die beiden entschieden, daß die Schmierereien erst nach dem Sabbat entfernt werden dürften.

Der Polizei gelang es überraschend schnell, die beiden Schmieranten, den 25jährigen Bäckergesellen Arnold Strunk und den 25jährigen kaufmännischen Angestellten Paul Josef Schönen auszuforschen und festzunehmen. Es stellte sich heraus, daß die beiden schon bei der Weihnachtsfeier der Kölner Reichspartei am 18. Dezember in Gegenwart des Kreisvorsitzenden Ernst Custodis erklärt hatten, sie wollten Hakenkreuze an die Synagoge schmieren. Niemand hatte das ernst genommen.

Dieser Vorfall wurde sowohl von der Presse als auch vom Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Josef Hermann Dufhues, unerhört aufgebauscht. Dufhues sprach gleich dreimal über das deutsche Fernsehen zur deutschen Bevölkerung und setzte für die Ergreifung der beiden schon gefaßten Missetäter eine Belohnung von 10 000 DM aus. Es war offensichtlich, daß Minister Dufhues versuchte, über den Bubenstreich der beiden Jugendlichen, die sich gelegentlich auch mit SED-Abzeichen dekorierten, die Deutsche Reichspartei, die ihren gesamten Kreisverband Köln wegen antisemitischer Tendenzen postwendend aufgelöst hatte, zu verbieten.

Sowohl Außenminister Dr. Heinrich von Brentano als auch Kanzler Adenauer nahmen in großen Ansprachen zu dem Vorfall Stellung, der

am besten durch das beherzte Säubern des Synagogeneingangs und die anschließende Ausforschung der Täter aus der Welt geschafft worden wäre. Nachdem weitere Sudeleien vorgekommen waren, erklärte am 20. Januar ein Regierungssprecher in Bonn: »Die kommunistische Urheberschaft macht sich auf drei Gebieten bemerkbar: bei der Anstiftung, bei der Täterschaft und vor allem bei der propagandistischen Auswertung zur Diffamierung der Bundesrepublik.« Die Verhaftung von drei Hakenkreuzschmierern in Lehrte bei Hannover am 28. Januar habe die letzten konkreten Anhaltspunkte für die kommunistische Lenkung bei den Aktionen gegeben. Zwei der Verhafteten gehörten kommunistischen Organisationen an.

Trotzdem wurde nie geklärt, wieso die Kölner Schmierer Schönen und Strunk so blitzschnell von der Polizei hatten ausgeforscht werden können. Es verstummte der Verdacht nicht, daß ein maßgeblicher Kölner DRP-Funktionär als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes die angekündigte Schmiererei schon vorher gemeldet hatte...

Abseits dieser aufregenden Ereignisse starb in Madrid am 28. Dezember in einem deutschen Krankenhaus im 70. Jahre Dr. Ante Pavelić, der als »Poglavnig« Präsident des unabhängigen Kroatiens im zweiten Weltkrieg gewesen war.

Dem Straßenverkehr fielen 1959 in der Bundesrepublik 13 067 Menschen zum Opfer. 9888 Selbstmörder schieden freiwillig aus dem Leben, 354 Menschen wurden ermordet.

In Rom fällte am 18. Januar der italienische Kassationsgerichtshof ein Urteil im Pfunders-Fall. Am 27. März 1958 waren 6 Südtiroler Bauernburschen aus Pfunders mit einem italienischen Finanzbeamten in eine Wirtshausrauferei geraten, und dabei war der Italiener so unglücklich gestürzt, daß er an den Folgen des Sturzes starb. Der 22jährige Alois Ebner war zu lebenslänglichem Kerker verurteilt worden, seine fünf Kameraden hatten Strafen von 12 bis 17 Jahren erhalten. Der Kassationsgerichtshof hatte nun die Strafe für Alois Ebner auf 24 Jahre Kerker ermäßigt und die anderen Strafen bestätigt.

Der Berliner Oberrabbiner Dr. Goldstein hatte zu den Hakenkreuzschmierereien eine überaus gemäßigte, versöhnliche Haltung eingenommen und war deshalb von maßgebenden Vertretern der Judenschaft diffamiert und beschimpft worden. Am 12. März um 13.40 Uhr wurde er am Westberliner Olivaer Platz von dem Mitglied der Berliner Jüdischen Gemeinde, Leo Brüll, überfallen, bespuckt, beschimpft und geschlagen. Die deutsche Öffentlichkeit schwieg.

Dr. Konrad Adenauer traf bei einer seiner Amerikareisen am 14. März 1960 im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel den israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion zu einem vertraulichen Gespräch, über das nur ein Wald- und Wiesenkommuniqué verlautbart wurde. In Wahrheit vereinbarte Adenauer, zweifellos nicht ohne sanften Druck der amerikanischen Regierung, die den Israelis helfen, aber sich mit den Arabern nicht überwerfen wollte, eine westdeutsche Militärhilfe für die israelische Armee. Die Bundesrepublik verpflichtete sich auf Grund dieses Abkommens, rund 300 Millionen DM in Kriegsmaterial aller Art, vor allem Panzern, Pak, Flugzeugen, Pionier- und Funkgeräten sowie Schnellbooten an Israel zu schenken. Das ganze Abkommen wurde als großes Staatsgeheimnis behandelt und nicht einmal der Deutsche Bundestag darüber informiert. Dies war nicht nur wegen der zu erwartenden arabischen Reaktion notwendig, sondern weil sich der ganze Waffenlieferungsvertrag mit Israel im klaren Gegensatz zum Grundgesetz befand.

Das Auswärtige Amt unterzeichnete am 18. März mit dem griechischen Botschafter einen Vertrag zur Wiedergutmachung an griechischen Staatsangehörigen, die vom NS-Regime verfolgt wurden. Danach verpflichtete sich die Bundesregierung, an Griechenland 115 Millionen DM zu bezahlen. Am 8. April wurde in Den Haag ein ähnlicher Vertrag abgeschlossen, wonach die Bundesrepublik die Verpflichtung übernahm, an Holland für Verfolgte des NS-Regimes 280 Millionen DM zu begleichen.

Nach einer der zahlreichen polizeilichen Hausdurchsuchungen erlitt in Wiesbaden am 16. April 1960 der mutige Verleger und Publizist Karl-Heinz Priester einen Herzinfarkt, dem er zum Opfer fiel. Priester war vor allem wegen der Verlegung revisionistischer Werke angelsächsischer und französischer Autoren und der Verbreitung rechtsgerichteter Literatur bei den Linksradikalen und gleichermaßen bei den offiziellen Stellen mißliebig geworden.

In der Bundesrepublik trat immer mehr ein Problem in den Vordergrund, das noch jahrelang die Öffentlichkeit auf das stärkste beschäftigen und belasten sollte: das Problem des deutschen Kriegsverbrechens. 1957 schon hatte in Ostberlin der kommunistische »Ausschuß für deutsche Einheit« damit begonnen, ganze Listen angeblicher deutscher Kriegsverbrecher zu publizieren. Der politische Hintergrund dabei war, daß diese »Kriegsverbrecher« alle in der Bundesrepublik als Richter, Staatsanwälte, Regierungs- und Polizeibeamte Dienst versahen. Die ganze Taktik und das Ziel der Kampagne waren mit den Händen zu greifen: Mit den angeblichen

oder wirklichen deutschen Kriegsverbrechern diffamierten die Ostberliner Kommunisten vor aller Welt die Bundesrepublik Deutschland.

Sofort schlossen sich in einem raffinierten Spiel tschechische und polnische kommunistische Gruppen und Dienststellen an und erhoben auch ihrerseits massive Beschuldigungen gegen deutsche Richter und Beamte.

Augenblicklich fingen die Linksintellektuellen innerhalb der Bundesrepublik diese Bälle auf, und es begann alsbald ein gespenstiges Kesseltreiben sowohl in der Politik, im Kulturleben als auch in der Wirtschaft, durch den Rundfunk, das Fernsehen, die Illustrierten und die großen Zeitungen. Das Jahrhundert der Denunzianten war angebrochen, und seine Möglichkeiten wurden allerorten gewissenlos und hemmungslos ausgenützt. Nicht nur vor der westdeutschen Öffentlichkeit, sondern vor der ganzen Welt wurde der Deutsche schlechthin als Kriegsverbrecher gebrandmarkt. Der deutsche Massenmörder wurde allmählich zu einem Begriff.

Trotz der satanischen Regie aus Moskau und Ostberlin wäre das nie gelungen, wenn sich nicht in der Bundesrepublik Politiker und Publizisten gefunden hätten, die sich an diesem nachkriegsdeutschen Selbstmordspiel mit fanatischer Leidenschaft beteiligten. Die zaghaften Versuche des Bundesjustizministers Dr. Fritz Schäffer, die Realitäten von der Propaganda zu trennen, blieben ohne jeden Erfolg.

In der DDR aber vollendete sich in den ersten Monaten 1960 das Schicksal der deutschen Bauern. Walter Ulbricht erzwang mit einer SED-Terrorkampagne die Kollektivierung der mitteldeutschen Landwirtschaft. 1959 gab es nur noch 17 500 Bauern in der DDR, die selbständig Gründe von 20 bis 100 ha bewirtschafteten. Mit den Kleinbauern waren es 1959 noch 335 000 selbständige Bauern. Mitte April 1960 gab es aber nicht einen einzigen selbständigen Bauern mehr in der DDR. Die mitteldeutsche Landwirtschaft war restlos kolchoisiert.

Die aus Ostberlin geschürte Hetze gegen den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Professor Dr. Dr. Theodor Oberländer, wurde immer stärker. Oberländer war 1933 der NSDAP beigetreten und wurde 1936 zum SA-Hauptsturmführer ernannt. Im Jahre 1937 war er außerordentlicher Professor an der Universität Königsberg und gleichzeitig Amtsleiter im Gaustab Ostpreußen der NSDAP und Bundesleiter des Bundes »Deutscher Osten«. Er bekam aber bald Differenzen mit Gauleiter Erich Koch und meldete sich 1939 freiwillig zur Deutschen Wehrmacht. Am 8. Mai 1941 wurde er als Leutnant, später Oberleutnant, dem »Bataillon Nachtigall« zugeteilt, das aus freiwilligen Ukrai-

nern bestand, und hatte später die Führung des »Bataillons Bergmann« übernommen, das in der Hauptsache aus freiwilligen Kaukasiern zusammengesetzt war.

Die Kommunisten griffen Oberländer wütend an, die Humboldt-Universität aberkannte den Doktorgrad Oberländers, und die SPD forderte seinen Rücktritt als Minister. Das Oberste Gericht der DDR führte in Ostberlin einen Schauprozeß gegen den abwesenden Oberländer durch und verurteilte ihn wegen angeblicher Kriegsverbrechen, die das »Bataillon Nachtigall« in Lemberg und das »Bataillon Bergmann« im nördlichen Kaukasus begangen haben sollten, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Vergebens waren alle Beteuerungen Oberländers, daß ihm von Kriegsverbrechen der beiden Bataillone nichts bekannt geworden sei, vergebens auch die Aussagen überlebender deutscher Offiziere. Nachdem die Oberstaatsanwaltschaft in Bonn ein Verfahren gegen Oberländer eingeleitet hatte und seine Stellung in der Öffentlichkeit völlig unhaltbar geworden war, trat Oberländer am 4. Mai 1960 als Minister zurück.

Nach genauester Untersuchung der Anschuldigungen stellte die Oberstaatsanwaltschaft in Bonn dann am 26. September bei der Einstellung der Ermittlungen sachlich fest: »In der Zeit vom 24. 6. bis 27. 6. 1941, also in einem Zeitpunkt vor der Besetzung der Stadt durch deutsche Truppen, die mit ihren ersten Kampfverbänden erst in den Morgenstunden des 30. 6. 1941 in die Stadt einrückten, sind in den Lemberger Gefängnissen zahlreiche Gefangene, vornehmlich ukrainische Nationalisten, getötet worden, deren Zahl nicht genau feststeht, aber nach verläßlichen Bekundungen mit etwa dreitausend anzunehmen sind.

Eine Verantwortlichkeit der deutschen Wehrmacht und der sonstigen deutschen oder unter deutscher Führung stehenden militärischen oder politischen Formationen bzw. Dienststellen, insbesondere des Bataillons Nachtigall, für diese Massentötungen scheidet eindeutig aus.

Unmittelbar im Anschluß an die Besetzung der Stadt Lemberg durch deutsche Truppen kam es zu einem von Angehörigen verschiedener nationalukrainischer Bewegungen entfesselten Pogrom eines Teils der ukrainischen Bevölkerung der Stadt gegen die dort wohnenden Juden, der nicht nur schwerste Mißhandlungen, sondern auch Tötungen zahlreicher jüdischer Bürger zur Folge hatte.

Nach den Bekundungen früherer Lemberger Einwohner, insbesondere mehrerer von dem Pogrom selbst betroffener, jetzt in Israel lebender Zeugen, haben deutsche Wehrmachtsangehörige an den Ausschreitungen ge-

gen die Juden, die etwa bis zum 3. 7. 1941 andauerten, nicht teilgenommen.«

Dies änderte aber die Lage nicht. Oberländer war abgeschossen und damit der Zweck erfüllt.

Am 5. Mai begann in Bad Godesberg vor der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften eine ebenso gefährliche wie verhängnisvolle Aktion gegen das nichtkonformistische westdeutsche Schrifttum. Auf Grund des Artikels 5 des Grundgesetzes über die freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit: »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten« kann in der Bundesrepublik praktisch kein Buch mehr verboten werden. Da aber den Linkskreisen die revisionistischen Geschichtswerke, Memoiren deutscher Soldaten und volkstreue Publizistik immer unangenehmer wurden, verfiel man auf einen makabren Ausweg. Im Jugendschutzgesetz war ein Paragraph, der die Jugend auch vor Schmutz- und Schundliteratur bewahren sollte. Die zur Zeit der Gesetzbeschließung noch im Bundestag vertretene KPD-Fraktion hatte eine Ausdehnung des sittliche Gefährdung und auch die verrohend wirkenden Verbrechen erfassenden Paragraphen auf »Rassenhaß, aufreizende sowie den Krieg verherrlichende Schriften« erreicht.

Auf Grund dieses Gummiparagraphen stellte die SPD-Senatorin Mevissen aus Bremen im April den Antrag, die Memoiren des Trägers der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung des zweiten Weltkrieges, Oberst a. D. Hans Ulrich Rudel, die unter dem Titel »Trotzdem« erschienen waren, auf den Index zu setzen. Wenn ein Buch aber auf den Index kommt, bedeutet das praktisch ein Verbot, da ein indiziertes Buch weder durch Buchhändler noch Versandbuchhandlungen noch durch Buchvertreter angepriesen, ja nicht einmal in einem Prospekt aufgenommen werden darf. Gleichzeitig wurde auch die Indizierung des Buches des Generaloberst a. D. Paul Hausser »Waffen-SS im Einsatz« beantragt.

Am 6. Mai 1960 wurden tatsächlich die beiden Bücher zweier hochverdienter deutscher Frontsoldaten mit Hilfe dieses erweiterten Schmutz- und Schund-Gesetzes verfemt. Bald sollten andere folgen. Die Westberliner SPD-Senatorin Ella Kay erreichte schon kurz danach die Indizierung weiterer Bücher der Frontgeneration, die aus politischen Gründen mißliebig waren und sich nicht in das linksradikale Zeitbild einfügten.

Am 11. Mai um 18.30 Uhr stürzten sich im Vorort von Buenos Aires, Suarez, drei israelische Geheimagenten auf Richard Klement, der gerade

dem Autobus entstiegen war, der ihn von seiner Arbeitsstelle nach Hause brachte. Sie überwältigten den Überraschten, warfen ihn in ein parkendes Auto und fuhren in rasender Eile in ein vorsorglich gemietetes Haus in einem anderen abgelegenen Vorort von Buenos Aires. Dort fesselten sie den Gefangenen an ein Bett und warteten acht Tage lang, bis Yad Shimoni, der Chefpilot des El-al-Flugzeuges aus Israel, herankam.

Die Ehefrau Klements meldete der argentinischen Polizei wohl das Verschwinden ihres Mannes, wagte aber nicht, seine Identität bekanntzugeben. Denn der Verhaftete war Adolf Eichmann, der unter dem Decknamen Klement nach Argentinien ausgewandert war und seine Kinder und seine Ehefrau hatte nachkommen lassen. Die Polizei kontrollierte weder die Bahnhöfe noch die Autostraßen und Flughäfen. So gelang es dem israelischen Geheimdienst, Adolf Eichmann aus Argentinien herauszuschmuggeln.

Am 23. Mai gab der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion im Knesseth unter dem frenetischen Jubel aller Abgeordneten bekannt, daß es dem israelischen Geheimdienst gelungen sei, den früheren SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann gefangenzunehmen, und daß er in Israel vor Gericht gestellt würde.

Um die Entführung Eichmanns entstand sofort eine heftige Diskussion. Argentinien forderte die Auslieferung Eichmanns, was Israel ablehnte. Der amerikanische Ankläger von Nürnberg, Telford Taylor, erklärte, daß Eichmann nicht in Israel abgeurteilt werden konnte, da er kein Israeli sei und in Israel auch keinerlei Verbrechen begangen habe. Die Bundesregierung in Bonn beeilte sich am 24. Mai zu versichern, daß sie keinen Auslieferungsantrag stellen würde und bereit sei, Israel bei dem Prozeß gegen Eichmann zu helfen. Israel lehnte jede Diskussion über die Verschleppung Eichmanns aus Argentinien ab und bereitete den Prozeß gegen den »Transporteur des Todes« vor.

In Traunstein begann am 30. Mai zum viertenmal der Prozeß gegen den 14mal verwundeten Generalleutnant a. D. und Träger der Brillanten des Ritterkreuzes Theodor Tolsdorff. Am 3. Mai 1945 hatte der Hauptmann der Heeresstreife Franz Xaver Holzey, der bereits Zivil angelegt hatte, am Eingang des Ortes Eisenärzt eine Rotkreuztafel aufstellen lassen, obwohl unweit dahinter befehlsgemäß eine feuerbereite Flakbatterie gegen die herannahenden Amerikaner aufgefahren war.

Die deutschen Soldaten erkannten aber rechtzeitig die Tafel und entfernten sie. Holzey wurde festgenommen. Korpskommandeur Tolsdorff

ließ Holzey auf der Stelle erschießen. Abgesehen von dem Führerbefehl Nr. 7, hatte Holzey auch in gröblichster Weise die ahnungslosen Flaksoldaten gefährdet. Die Amerikaner hätten, falls die Tafel stehengeblieben wäre und die Batterie das Feuer eröffnet hätte, wegen schweren Verstoßes gegen die Genfer Konvention alle Batterieangehörigen nach ihrer Gefangennahme erschießen lassen können.

Tolsdorff war schon im Jahr 1954 wegen Totschlags zu 3½ Jahren verurteilt worden. Das Urteil wurde in der Revision wieder aufgehoben, im neuen Verfahren 1958 der ganze Fall auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Nach der neuerlichen Revision der Staatsanwaltschaft wurde nun wieder verhandelt. Diesmal aber wurde General Tolsdorff vom Landgericht Traunstein in allen Punkten freigesprochen.

Zu Pfingsten fanden, wie alljährlich, machtvolle Treffen der Heimatvertriebenen in allen Teilen der Bundesrepublik statt: In München versammelten sich 350 000 Sudetendeutsche, in Bochum 80 000 Pommern, in Ulm 40 000 Donauschwaben und in Dinkelsbühl 7000 Siebenbürger Sachsen. Sie alle forderten das Recht auf Selbstbestimmung und auf die angestammte Heimat und waren voller Hoffnung, daß die Adenauer-Regierung, die sie in ihrer Haltung immer wieder bestärkte, ihr Wollen verwirklichen würde.

Mitte Juli verstarb in Bad Nauheim Generalfeldmarschall Albert Kesselring, der einer der untadeligsten Heerführer des zweiten Weltkrieges war. Ein britisches Militärgericht hatte ihn in Venedig am 7. Mai 1947 zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil stieß selbst in England auf so viel Kritik, daß es nicht vollzogen und Kesselring im Oktober 1952 schwerkrank aus der Haft entlassen wurde.

Mehrere Panzereinheiten der Bundeswehr beantragten, ihre Unterkünfte »Heinz-Guderian-Kaserne« – nach dem genialen Schöpfer der deutschen Panzerwaffe und mutigen Panzerarmeeführer im zweiten Weltkrieg – nennen zu dürfen. Zu ihrer Verblüffung wurden sämtliche Anträge vom Bundesverteidigungsministerium mit dem Hinweis abgelehnt, es sei überhaupt nicht erwünscht, für Truppenunterkünfte Namen von deutschen Heerführern aus dem zweiten Weltkrieg zu verwenden. Als einzige Ausnahme sei der 20.-Juli-Generaloberst Ludwig Beck zugelassen. Später wurde dies auch auf General Rommel ausgedehnt.

Am 16. Juli wurde der Wiedergutmachungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Frankreich unterzeichnet, nach welchem die französischen NS-Verfolgten 400 Millionen DM bekamen.

Vor dem Ansbacher Schwurgericht endete am 23. Juli 1960 der Prozeß über die Standgerichtsverhandlung von Brettheim. Gegen Ende des Krieges hatte das XIII. SS-Armeekorps unter Generalleutnant Max Simon den Befehl, die vordringende 10. amerikanische Panzerdivision kämpfend so lange wie nur möglich aufzuhalten. Im Rücken des XIII. Korps standen noch immer Einheiten der deutschen Ostfront im verzweifelten Abwehrkampf gegen die Rote Armee. Ihr Ringen war ein Wettlauf mit der Zeit. Jede Stunde, jeder Tag, den Simon und seine Soldaten länger durchhielten, rettete Zehntausenden Verwundeten, flüchtenden Frauen und Kindern und auch Soldaten das Leben oder bewahrte sie zumindest vor jahrelanger Gefangenschaft. In den noch feindfreien Raum, der vom XIII. Korps gehalten wurde, strömten die Flüchtlingskolonnen, die sich vor dem Zugriff der Sowjets hatten in Sicherheit bringen können. Es mußte darum das Letzte gewagt werden, um diesen Massen die Rettung zu ermöglichen. Das ging aber nur, wenn die Vereinigung der Amerikaner mit den Sowjets lange genug verhindert wurde.

Am 7. April 1945 hatte eine kleine Gruppe junger Kriegsfreiwilliger den Befehl erhalten, beim Dorfe Brettheim aufzuklären, wie weit hier die Amerikaner vorgestoßen waren. Diese jungen kriegsunerfahrenen Rekruten waren überaus erfreut, in Brettheim einige Volkssturmmänner anzutreffen, die sich erkundigten, was die Gruppe hier täte. Die jungen Soldaten teilten mit, daß jeder Fußbreit Boden verteidigt würde und daß sie zu diesem Zweck den Raum aufklären würden. Sofort fielen die »Volkssturmmänner«, vor allem der Bauer Hanselmann und der Gemeindediener Uhl, über die verblüfften Rekruten her, entwaffneten und mißhandelten sie. Als die Rekruten schließlich davonliefen, wurde ihnen sogar nachgeschossen.

Aufgeregt und verstört meldeten sie den Vorfall. Der Kommandierende General des XIII. Panzerkorps, Max Simon, ordnete die sofortige Untersuchung des Vorfalls an. Diese führte am 8. April 1945 der Ic des Korps, SS-Sturmbannführer Friedrich Gottschalk, durch und nahm Hanselmann als den Rädelsführer fest. Ein Offizier übernahm den Vorsitz des sofort zusammengetretenen Standgerichtes, zu dem der örtliche Ortsgruppenleiter der NSDAP, Wolfmeyer, und der NS-Bürgermeister Gackstatter als Beisitzer zugezogen wurden. Beide weigerten sich, das Todesurteil gegen ihren dörflichen Nachbarn Hanselmann zu unterschreiben. Daraufhin mußten andere an Wolfmeyers und Gackstatters Stelle treten. Hanselmann wurde verurteilt und gehenkt.

Der Korps-Richter, Dr. Thum, ordnete daraufhin die Festnahme der beiden Beisitzer an, die nun wegen Beihilfe zur Wehrkraftzersetzung von einem neuen Standgericht unter dem Vorsitz von Major Ernst Otto ebenfalls zum Tode verurteilt und hingerichett wurden.

1950 wurde deshalb gegen Max Simon, Ernst Otto und Friedrich Gottschalk Anzeige erstattet. Schon nach den ersten Ermittlungen wurde das Verfahren, da einwandfrei Wehrkraftzersetzung vorgelegen hatte, von Amts wegen eingestellt. Nach einem Protest der Staatsanwaltschaft wurde das Verfahren 1953 neuerlich aufgenommen und neuerlich wieder eingestellt. Die Staatsanwaltschaft gab sich aber auch damit nicht zufrieden und erzwang 1955 vor dem Ansbacher Schwurgericht die erste Hauptverhandlung, die mit dem Freispruch aller Angeklagten endete.

Jetzt mischte sich in geradezu unglaublicher Weise die Politik in die Rechtsprechung ein, und Presse und Rundfunk hetzten in übler Weise gegen die Angeklagten. Selbst der sozialdemokratische Ministerpräsident Bayerns, Dr. Wilhelm Hoegner, erklärte nach dem Freispruch in aller Öffentlichkeit: »Der Herr vergebe ihnen – sie wissen ja nicht, was sie tun!«

Trotz dieser publizistischen und staatlichen Demonstration sprach auch das Schwurgericht in Nürnberg, wo der Fall, nachdem der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das Urteil aufgehoben hatte, neuerlich verhandelt wurde, 1958 die Angeklagten wiederum frei.

Sämtliche Linksintellektuellen tobten. Aufs neue erfolgte Revision durch die Staatsanwaltschaft. Nun waren die Richter nicht mehr so mutig. 1960 wurden vom Schwurgericht Ansbach die Angeklagten Simon und Otto auch wieder freigesprochen, Gottschalk dagegen zu 3 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Schwächste war in diesem Kompromiß-Urteil auf der Strecke geblieben, obgleich eine Reihe von Zeugen den Sachverhalt ganz klar dargelegt hatte.

Der ehemalige 20.-Juli-General und jetzige Brigadegeneral der Deutschen Bundeswehr Cord von Hobe erklärte als Zeuge, daß es bei den Schlußkämpfen 1945 um nicht mehr und nicht weniger als um die Rettung von Hunderttausenden deutscher Soldaten, von Zehntausenden deutscher Zivilisten, vor allem Frauen und Kindern, ging, die ohne den strategisch aussichtslosen Heldenkampf dieser letzten deutschen Einheiten dem Bolschewismus in die Hände gefallen wären. Cord von Hobe übte unerschrocken Kritik an der Haltung der Bevölkerung von Brettheim, welche die Lage der Soldaten psychologisch außerordentlich erschwerte, und versicherte auf die Frage des Staatsanwaltes, daß in einem Krieg die Zivilbevölke-

rung erst an zweiter Stelle käme und an erster das Instrument Truppe stehe.

Bundesdisziplinaranwalt Dr. Elmar Brandstetter sagte als Sachverständiger zu Fragen der Militärgerichtsbarkeit mit eisiger Klarheit aus: »Eine Staatsführung kann es im Kriege nicht hinnehmen, daß der einzelne tut, was er will. Die Gesetzgebung im Kriege geht von der elementarsten Forderung aus, daß der kämpfenden Truppe nicht in den Rücken gefallen werden darf.«

Professor Dr. Erich Schwinge erklärte als Sachverständiger: »Der Soldat muß sich nach militärischen Gesichtspunkten orientieren und darf sich nicht vom Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf Zivilpersonen leiten lassen. Wenn Simon im Sinne der preußisch-deutschen militärischen Tradition an Hand der historischen Unterlagen nachgeprüft hätte, was die Pflichten seines Standes verlangten, wäre er ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß er den Kampf nicht einstellen durfte und sich gegen Handlungen, die den Zusammenhalt der Truppe gefährden, wehren mußte.«

Generalleutnant der Waffen-SS Max Simon, der gleich zu Beginn des Prozesses die gesamte Verantwortung für alles, was geschehen war, übernommen hatte, erklärte: »Für mich war es ein Überfall alter Männer auf junge Soldaten. Wenn ein Schiff untergeht, hat der Kapitän das Recht, diejenigen auszumerzen, die seine Besatzung gefährden.«

Auf diese klaren Erkenntnisse und Wahrheiten wurde keine Rücksicht genommen. Der Zeitgeist, geboren aus der alliierten psychologischen Kriegführung, wollte sein Opfer haben. Darum mußte Friedrich Gottschalk fallen. Der linksintellektuelle Mob triumphierte über Vernunft und Notwendigkeit.

Aber nicht nur in Westdeutschland, auch in Westberlin. Ungeachtet der steigenden Bedrohung des freien Teiles der alten Reichshauptstadt durch den Bolschewismus von Pankow her tobte sich in Westberlin auch weiterhin die Entnazifizierung als eine Form von politischer Rachejustiz aus. Rund 180 000 Entnazifizierungsverfahren waren zu diesem Zeitpunkt in Westberlin schon durchgeführt worden, ohne daß ein Ende abzusehen war. Man praktizierte dabei unverkennbar eine Art von Sippenhaftung. Selbst die Erben der Betroffenen wurden noch gestraft, da ihnen der Genuß der beschlagnahmten Vermögenswerte, welche die Haupttreuhänderstelle verwaltete, verwehrt wurde.

In der Bundesrepublik wurden die ersten 310 Verfahren von der Ludwigsburger Verfolgungszentrale an die Staatsanwaltschaften überge-

ben, in weiteren 275 Fällen die Ermittlungen fortgeführt. Die einseitige Verfolgungslawine gegen die deutschen Kriegsverbrechen schwoll immer mehr an.

Die Bemühungen der österreichischen Regierung, im Verhandlungswege Italien zur Einhaltung des Pariser Vertrages über Südtirol zu bewegen, blieben fruchtlos. Eine Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache im öffentlichen Leben, eine Gleichstellung der Südtiroler bei der Besetzung öffentlicher Stellen kam nicht. Auch wurde die Südtiroler Volksgruppe nicht, wie vorgesehen, vor der italienischen Unterwanderung geschützt, ja die italienische Einwanderung geradezu gefördert. Die Stellen bei Polizei, Justiz, Bahn und Post wurden zu 90 Prozent von Italienern besetzt. Den österreichischen Memoranden, die dagegen protestierten, folgten italienische Memoranden, die sich die Einmischung in Südtirol als eine Einmischung in inneritalienische Verhältnisse verbaten, dem Antrag des Wiener Außenministers Dr. Kreisky, die Frage Südtirols auf die UNO-Tagesordnung zu setzen, folgte der italienische Protest, und die Vorlage der österreichischen Resolution führte praktisch zu nichts.

Auf einem Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf sprach am 10. Juli 1960 Kanzler Adenauer und bekräftigte das Selbstbestimmungsrecht für die Mittel- und Ostdeutschen. Er betonte: »Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht auch für das deutsche Volk in allen seinen Teilen ist ein Grundzug der Politik der Bundesregierung.« Adenauer endete mit der Feststellung: »Darum dürfen wir hoffen, wenn wir treu und fest zu diesen Gütern stehen, zu Frieden und Freiheit, und treu und fest zu unseren Verbündeten, wie sie zu uns stehen, daß dann der Welt Frieden und Freiheit doch einmal wiedergegeben wird und damit auch Ihnen Ihr schönes Heimatland Ostpreußen.«

Wladyslaw Gomulka feierte dagegen in einer Rede am 15. Juli in Tannenberg den Sieg der Slawen vor 550 Jahren über den Deutschen Ritterorden, nicht ohne diesen mit der »imperialistischen« Bundesrepublik zu vergleichen und die Oder-Neiße-Grenze als Freundschaftsgrenze zu loben.

Die DDR veröffentlichte am 1. August aus Anlaß des 15. Jahrestages des Potsdamer Abkommens ein Memorandum an alle Alliierten, in dem die SED-Regierung unter anderem erklärte: »Die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen, als sie das Potsdamer Abkommen brachen und die Wiedergeburt des deutschen Militarismus in Westdeutschland aktiv un-

terstützten.« Anschließend wurde die »Revanchehetze der Bundesrepublik und die dort offiziell erhobenen Ansprüche auf Territorien anderer Länder« als ideologische Vorbereitung einer Aggression entschieden verurteilt.

Unter »Territorien anderer Länder« verstanden die SED-Kommunisten Schlesien, Pommern und Ostpreußen ...

Am 3. August 1960 wurde Feldmarschall Schörner aus Landsberg wegen seines schlechten Gesundheitszustandes auf Bewährung entlassen.

Mit Belgien schloß die Bundesrepublik am 26. August eine Wiedergutmachungszahlung in Höhe von 80 Millionen DM ab.

Der Präsident der DDR, der 84jährige Altkommunist und Moskau-Emigrant Wilhelm Pieck, starb am 7. September an Herzschwäche. Walter Ulbricht nützte den Todesfall sofort zu einer Erweiterung seiner Machtposition aus. Durch die Volkskammer ließ er das Amt des Staatspräsidenten abschaffen und durch den »Staatsrat der Republik« ersetzen.

Den Vorsitz dieses Staatsrates übernahm Walter Ulbricht selbst. Am 8. September wurde vom Ministerium des Innern der DDR eine Anordnung erlassen, nach der die Bundesdeutschen einer besonderen Einreisegenehmigung nach Ostberlin unterworfen wurden. Die Genehmigung zur Einreise wurde von der Volkspolizei erteilt. Damit war der freie Personenverkehr innerhalb Berlins neuerlich eingeschränkt worden.

Gemeinsam mit der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei gab die DDR am 10. Oktober eine Erklärung gegen die Bundesrepublik heraus, in der es hieß: »Die Regierung der Bundesrepublik hat unverhohlen das gewaltsame Verschlingen der DDR und die Losreißung von Gebieten Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion als Hauptziel ihrer Politik verkündet.« Neben diesem neuerlichen Verzicht auf den deutschen Osten phantasierte die Erklärung von einer Faschisierung der Bundesrepublik unter der Führung von »Hitlergenerälen«.

In Westberlin forderte der Senat am 18. Oktober die Einbeziehung Westberlins in künftigen internationalen Verträgen der Bundesrepublik.

Im Bundeshaus in Bonn fand am 28. Oktober 1960 der 6. Kongreß der internationalen Widerstandskämpferorganisation Fildir statt, auf dem der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wiedergutmachung und Mitglied des Verteidigungsausschusses, SPD-Bundestagsabgeordneter Alois Frenzel, sprach.

Der anwesende Bundeskanzler Adenauer schüttelte dem Referenten nachher dankbar die Hand: »Herr Frenzel, Sie haben eine wirklich gute Rede gehalten und sich große Verdienste erworben.«

Während der Kongreßpause trat der Assistent des Ausschusses für Wiedergutmachung, Oberregierungsrat Mattern, zu Frenzel und teilte seinem Chef mit, er habe den Auftrag, Frenzel sofort in das Zimmer des Bundeshausdirektors Troßmann zu bitten.

Ahnungslos folgte Frenzel der Aufforderung und wurde von Direktor Troßmann in das Zimmer des Ministerialrates Kalveram geführt, wo er von Beamten der Kriminalsicherungsgruppe Bonn und Generalbundesanwalt Max Güde erwartet wurde. Sie nahmen ihn fest, weil sie Frenzel auf frischer Tat der Spionage für den Osten ertappt hatten.

Schon am 17. Juni 1959 war ein naher Freund Frenzels, der ehemalige KZler Emil Peuker, festgenommen worden, als er sich mit seiner Gattin bei Griesen nach Österreich absetzen wollte. Gegen Peuker lag der Verdacht des Betruges, aber auch der Spionage für die Tschechoslowakei vor. Als Peuker nach 9 Monaten Untersuchungshaft im Mai 1960 freikam, bereitete er sogleich seine Flucht nach dem Osten vor, die er dann auch im Oktober durchführte. Aber nicht erst seit Peuker war Frenzel aufgefallen. Vor der Bundestagswahl 1953 enthüllte der Heimatvertriebene Josef Spandel das verräterische Vorleben Frenzels in einem Flugblatt, das die Überschrift trug: »Soll der Abgeordnete der SPD Alfred Frenzel in den Bundestag einziehen? Nein!«

Josef Spandel veröffentlichte damals folgenden Lebenslauf:

»Alfred Frenzel, geboren 1899 in Josefstal, Kreis Gablonz an der Neiße, erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Bäcker- und Konditoreihandwerk, wurde jedoch bald danach Hilfsarbeiter in der Riedlschen Glashütte seines Geburtsortes.

Frühzeitig betätigte er sich als eifriger Redner in der Kommunistischen Partei, die ihn dafür als Leiter einer Filiale der kommunistischen Konsumvereinsgenossenschaft einsetzte. Obwohl einer der eifrigsten kommunistischen Agitatoren, endete seine damalige wirtschaftliche Existenz bereits im Jahre 1928 infolge angeblicher Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung der Genossenschaftsfiliale Karlsberg unter gleichzeitigem Ausschluß aus der Kommunistischen Partei.

Daraufhin tauchte Alfred Frenzel in Reichenberg bei der Sozialdemokratischen Partei unter, wo er jedoch keine besondere politische Rolle spielte. Trotzdem hielt er es 1939 für notwendig, seine politischen Freunde im Stiche zu lassen und nach England zu gehen.

Seine Landsleute hörten erst wieder nach Kriegsende von ihm, als er die Leitung der Antifa-Kanzlei in Reichenberg übernahm und dort,

geschmückt mit dem tschechischen Fliegerabzeichen, arbeitete. Daselbst wurde er von dem tschechischen Abwehroffizier Kapitän Rudolf Prokop, der englische Fliegeruniform trug, als alter Bekannter aus der ehemaligen tschechischen Legion begrüßt, die während des Weltkrieges von England aus zur Niederringung Deutschlands eingesetzt wurde.

Den hierbei zufällig anwesenden sudetendeutschen Zeugen dieses Wiedersehens erklärte Kapitän Prokop hernach auf Befragen, er wisse nicht, ob es sich bei Frenzel, der seinen Namen in der tschechischen Legion noch mit ›c‹ statt mit ›z‹ geschrieben hätte, um einen Deutschen oder einen Tschechen handle. Sollte er ein Deutscher sein, dann könne man ihm ruhig einen Tritt in den Hintern geben, es gebe eben Leute, die ihre Fahne dahin hingen, wo sie sie brauchen.

Nachdem Alfred Frenzel in Schwaben gelandet war, hat er selbst ungefragt sich dessen gerühmt, daß er während des letzten Krieges in der englischen Luftwaffe als Offizier gedient habe und vom englischen König mit einer Armbanduhr ausgezeichnet worden sei, die er vorgezeigt hat.«

Sofort erhob Alfred Frenzel Klage gegen den Heimatvertriebenen Josef Spandel, und es fand sich ein Gericht unter dem Amtsgerichtsrat Dr. Schraupl, der Josef Spandel wegen übler Nachrede zu 3 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilte. Als Begründung für das hohe Strafausmaß wurde angegeben: »Da Alfred Frenzel als Mitglied des Landtags im politischen Leben des Volkes stand ... bedarf es keiner weiteren Erörterung, daß die Tat geeignet war, das öffentliche Wirken des Nebenklägers [Frenzel] erheblich zu erschweren.«

So schützte die westdeutsche Justiz ungewollt einen der zahlreichen kommunistischen Agenten innerhalb der Bundesrepublik vor der Entlarvung. Frenzel kam in den Bundestag, wo er sich durch seine enorme Arbeitsleistung bald in den verschiedenen Ausschüssen einen Namen machte. Besonders kümmerte sich Frenzel im Bundestagsausschuß für Verteidigung um die Anlage von Kasernen, Flugplätzen und Nachschubdepots. Er lieferte gewissenhaft Bericht um Bericht für den tschechischen Geheimdienst, für den er zumindest seit seiner Londoner Emigrantenzeit tätig war, verfertigte Photokopien aller ihm zugänglichen Dokumente, so daß der tschechische Geheimdienst und über ihn die Sowjetunion bis ins Detail über alles unterrichtet waren, was im Bundesverteidigungsausschuß vor sich ging.

Dem Bundesamt für Verfassungsschutz wurde unterdessen bekannt, daß es im Verteidigungsausschuß ein Loch geben mußte, und stellte nun





Der Mann, der das Nachkriegsdeutschland im Westen formte: Dr. Konrad Adenauer. In Moskau mit Bulganin und Chruschtschow Hand in Hand (oben). Bei der Unterzeichnung des Generalvertrages (links).



w York mit Ben Gurion beim luß der westdeutschen Waf-chenke an Israel (rechts).

Bundesdeutsche Sensationen: Der Mord an der motorisierten Nobeldirne Rosemarie Nitribitt (oben) erregte die Bevölkerung weit mehr als die lausbübische Synagogenschmiererei in Köln (unten).

systematische Erhebungen an, auf Grund deren sich der Verdacht gegen Frenzel richtete. Während der erfolgreiche Spion mit emsigem Fleiß weiterarbeitete, zogen sich aber die Kreise um ihn und um die tschechische Spionageagentin des Verteidigungsministeriums, ein Fräulein Rosalie Kunze, immer dichter. Die genaue Beobachtung ergab, daß Tschechen, die vorher in München mit dem geflüchteten Emil Peuker Kontakt unterhalten hatten, auch Frenzel anliefen.

Zwei der Agenten, die erkannt worden waren, wurden am 28. Oktober kurz vor ihrem Abflug auf dem Flugplatz Wahn festgenommen. Es waren dies der tschechische Major Jindrich Augustin, der als »Staubsaugervertreter Franz Altmann« in Köln wohnte und der getarnt arbeitende tschechische Hauptmann Vlastimir Langer. Bei Durchsuchung ihres Gepäcks wurde in einer präparierten Stabbatterie ein auf Mikrofilm aufgenommenes Marinedokument gefunden, das nur in wenigen numerierten Ausfertigungen existierte. Die Nummer des Exemplars auf dem Mikrofilm erwies sich als jene Nummer, die vom Abgeordneten Frenzel beim Verteidigungsministerium ausgeliehen worden war. Damit war der Kreis geschlossen, und Bundesanwalt Güde schritt zur Verhaftung. Frenzel wurde zuerst ins Gefängnis Linz am Rhein eingeliefert, bald darauf wurde Rosalie Kunze verhaftet.

Für kurze Zeit war die kommunistische Berichterstattung mit ein paar wesentlichen Quellen versiegt. Aber Tausende andere arbeiteten ungehindert weiter. Das Entscheidende bei der Blamage mit Frenzel bleibt, daß es in der Bundesrepublik eben genügt, als Widerstandskämpfer zu gelten, im Dienste der westlichen Alliierten während des Krieges gestanden zu haben, um für die ersten Positionen geeignet zu erscheinen.

Großadmiral Erich Raeder starb 84jährig in Kiel am 6. November.

Im Oktoberheft der Zeitschrift »Wirtschaft und Statistik« wurde erstmals eine Übersicht über die Abwanderung aus dem Bundesgebiet in den Jahren 1946 bis 1959 gegeben. Danach wanderten rund 1,4 Millionen aus der Bundesrepublik nach Übersee aus: 688 000 nach den USA, 315 000 nach Kanada, 203 000 nach Australien, 83 000 in die Länder Asiens, 40 000 nach Brasilien und 19 000 in die südafrikanische Union. Von den Auswanderern waren 712 000 Deutsche und 681 200 Ausländer. Für die Auswanderung nach europäischen Ländern lagen keine vollständigen Angaben vor.

Die Verkehrstoten stiegen 1960 bereits auf 13 971. Auch die Selbstmörder wurden immer mehr. Dieses Jahr waren es 10 832. 355 Menschen

wurden ermordet. Allmählich wurde die Polizei der Flut der ansteigenden Verbrechen kaum mehr Herr. Von 2 034 239 bekanntgewordenen Straftaten konnten nur 1 333 697 aufgeklärt werden.

Der Präsident des Baden-Württembergischen Landtages, Dr. Franz Gurk, wurde darüber informiert, daß der »Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes« (VVN) vertrauliche Landtagsakten zugespielt wurden. Die VVN war in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hamburg als von Kommunisten durchsetzte Organisation als verfassungsfeindlich verboten. Es kam auf, daß kein Geringerer als der sozialdemokratische Direktor des Landtags von Baden-Württemberg, Willy Körner, der Lieferant dieser vertraulichen Unterlagen war. Körner hatte die Protokolle an den VVN-Funktionär Karl Sauer geliefert.

Willy Körner war der Prototyp des politisch tüchtigen Mannes, der es immer verstand, nach oben zu schwimmen. Im Dritten Reich gehörte er der NSV an, bei der Wehrmacht diente er schließlich als Oberzahlmeister, und 1945 bekannte er sich als Antifaschist, weil er von 1933 bis 1945 insgesamt 11 Monate arbeitslos gewesen war. Er stellte Wiedergutmachungsansprüche und Aufnahmeansuchen in die VVN. Die Entschädigung wurde ihm zwar nicht bewilligt, dafür wurde er aber unter der Nummer 607 in die Reihe der VVN-Antifaschisten aufgenommen. Als Körner dies hinter sich gebracht hatte, gelang es ihm, in der SPD Fuß zu fassen und schließlich eines der höchsten baden-württembergischen Staatsämter, eben das des Direktors des Landtages, zu erobern.

Daneben erwies sich Genosse Körner als überaus geschäftstüchtig und kaufte preisgünstige Trümmergrundstücke, für die er als hoher Beamter des Landes günstige Baukredite bewilligt bekam. In wenigen Jahren baute er gegen die üblichen Baukostenzuschüsse 250 Wohnungen und erwarb sich so ein Vermögen von rund zweieinhalb Millionen DM. Das Vermögen blieb ihm, doch seinen Direktorenposten mußte er zwangsläufig aufgeben.

Einer der schmutzigsten Vergangenheitsbewältigungsfilme, die gedreht wurden, war »Lebensborn«, ein Machwerk nach einem »Tatsachenbericht« von Will Berthold, hergestellt vom Filmproduzenten Arthur Brauner. In einer von vulgären Obszönitäten strotzenden Darstellung wurde die Organisation »Lebensborn«, die 1936 gegründet wurde und bis zu 18 Kinderheime unterhielt, als eine Art Staatsbordell hingestellt.

Eine der Hauptaufgaben des »Lebensborn« war es gewesen, auch ledigen Müttern helfend beizustehen und dafür zu sorgen, daß ihre Kinder

umhegt und behütet wurden. Der »Lebensborn« veranlaßte in vielen Fällen die Väter, die Mütter ihrer Kinder zu heiraten, und bemühte sich, diesen Familien, aber vor allem den Müttern, durch Arbeitsvermittlung, Wohnungsbeschaffung, Erziehungsbeihilfen zur Seite zu stehen. In besonders schwergelagerten Fällen wurden Pflegestellen und Adoptionen vermittelt.

Da der »Lebensborn« eine Gründung der SS war, deren Mitglieder mit monatlichen Beiträgen diese Organisation finanzierten, galten für den »Lebensborn« die rassischen und erbbiologischen Grundsätze, die in der SS üblich waren. Bevor der »Lebensborn« die Sorge für eine Mutter übernahm, mußten sich beide Elternteile einer ärztlichen Untersuchung stellen. Dabei waren die Mehrzahl der Frauen und Mädchen, die in den Kinderheimen betreut wurden, keinesfalls Ehefrauen oder Bräute von SS-Männern, zeitweise waren bis zu 90% der Väter der versorgten Kinder Soldaten und Offiziere des Heeres, der Luftwaffe und der Marine.

In diesem sauberen, humanen und sanitären Unternehmen war zu keiner Stunde für jene Bordellszenen oder Zuchteinrichtungen Raum, wie sie von den Skribenten und nun auch vom Film erfunden wurden.

Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg hatte sich voll Eifer auf den »Lebensborn« gestürzt. Die Ankläger versprachen sich sichtlich von diesem Prozeß eine besonders schmierige Diffamierung des deutschen Volkes und hauptsächlich der deutschen Frauen. Doch der ganze »Lebensborn«-Prozeß wurde in Nürnberg eine niederschmetternde Blamage für die internationalen Ankläger. Am 10. März 1948 wurde die Organisation »Lebensborn« nach peinlich genauer Voruntersuchung in allen Punkten vor dem Nürnberger Tribunal freigesprochen. Nur jene Leiter, die Ränge in der zivilen SS innehatten, wurden wegen »Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation«, nämlich der SS, schuldig gesprochen. »Lebensborn« selbst war davon nicht berührt.

Unter anderem schrieb das Internationale Militärtribunal im Urteil:

»Aus dem Beweismaterial geht klar hervor, daß der Verein Lebensborn, der bereits lange vor dem Krieg bestand, eine Wohlfahrtseinrichtung und in erster Linie ein Entbindungsheim war. Von Anfang an galt seine Fürsorge den Müttern, sowohl den verheirateten als auch den unverheirateten, sowie den ehelichen und unehelichen Kindern. Der Lebensborn war unter den zahlreichen Organisationen des Dritten Reiches die einzige Stelle, die alles tat, um diesen Kindern eine angemessene Fürsorge zuteil werden zu lassen und ihre rechtlichen Interessen zu wahren.«

Trotz dieser unumstößlichen Tatsache wurde nun in dem Brauner-Film der »Lebensborn« als eine Art Bordellbetrieb und eine Zuchtorganisation für eine Rassen-SS dargestellt.

In der DDR verbot der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, die Tagung der Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, die in beiden Teilen Berlins hätte vom 12. bis zum 17. Februar stattfinden sollen, für den Bereich des Ostsektors.

In Mailand scheiterten am 28. Januar 1961 die österreichisch-deutschen Verhandlungen über Südtirol. Zwei Tage später, in der Nacht vom 30. Januar, fand ein Dynamitanschlag gegen das faschistische Reiterdenkmal in Waidbruck bei Bozen statt. Im Gebiet von Bozen hatten Unbekannte Flugzettel gestreut, auf denen zu lesen stand: »Tiroler! Italien zeigt uns wieder die kalte Schulter, Italien sagt uns wieder ›Nein‹ zu unseren Forderungen nach Landesautonomie. Jetzt ist unsere Geduld zu Ende, jetzt gibt es nur mehr eine Forderung: Selbstbestimmung für Südtirol!«

Das Büro der Südtiroler Volkspartei in Bozen wurde daraufhin von Polizei und Karabinieri ergebnislos durchsucht. In der Nacht zum 1. Februar wurde wiederum von unbekannten Tätern ein Sprengstoffanschlag gegen das Haus des schon 1952 verstorbenen italienischen Senators Graf Ettore Tolomei in Glen bei Neumarkt verübt. Tolomei hatte seinerzeit in Versailles und St. Germain die Landkarten Südtirols gefälscht und mit italienischen Namen versehen und war seit 1919 als erster italienischer Kommissar ein rückhaltloser Vorkämpfer der Italianisierung Südtirols gewesen. Die Italiener nahmen etwa 40 Südtiroler fest.

Als am 12. Februar der Landesbischof Hans Lilje in Begleitung einer Reihe kirchlicher Würdenträger sich an dem Eröffnungsgottesdienst der Tagung der Evangelischen Synode in der Marienkirche in Ostberlin beteiligen wollte, wurde ihm und seiner Begleitung von der Volkspolizei der Zutritt nach Ostberlin verweigert.

Das Bonner Bulletin gab am 17. Februar bekannt, daß in der Zeit vom September 1949 bis Ende 1960 2 531 540 Flüchtlinge aus der DDR registriert wurden. Die Zahl der Flüchtlinge von 1945 bis 1949 wurde in Bonn auf 438 760 geschätzt. Demnach flüchteten bis 1960 2 970 300 Menschen aus Mitteldeutschland nach Westdeutschland.

Besonders hoch war in dieser Zahl der Anteil der Ärzte mit 3110, der Hochschullehrer mit 738, der Lehrer mit 15 885, der Ingenieure und Techniker mit 15 536 und der Studenten mit 11 705. 97 113 waren Jugendliche und junge Menschen bis zu 25 Jahren.

In England erschien aus der Feder des liberalen britischen Historikers A. J. P. Taylor ein sensationelles Buch unter dem Titel »The Origins of the Second World War« (Die Ursprünge des zweiten Weltkrieges). Der bekannte Oxforder Historiker befaßte sich in seinem Werk sehr eingehend mit der Frage der Kriegsschuld und lehnte am Schluß die Alleinschuld Deutschlands und Hitlers am zweiten Weltkrieg ab. Die Publikation erregte großes Aufsehen in der ganzen Welt.

Doch die bundesdeutsche Presse nahm vorerst davon nur wenig Kenntnis. Sie beschäftigte sich zu jener Zeit in überschwenglichen Tönen mit dem Märchen aus Tausend und eine Nacht, das die 19jährige Heidi Dichter erlebt hatte. Anfang März lernte das Mädchen bei einem Tanztee den schon etwas betagten Kuweiter Abdullah al Sabah kennen. Er nannte sich Prinz und verfügte über einen Diplomatenpaß. Doch dies war es wohl nicht, was Abdullah so unwiderstehlich machte. Er erzählte, daß sein Vermögen ungeheuer und sein Einkommen gar nicht zählbar wäre. Der Märchenprinz hatte sich schon vorher in Hamburg mit Heiratsbüros in Verbindung gesetzt, doch keine der ihm angebotenen Damen entsprach seinem Geschmack. Er suchte etwas, was er nun in der Neunzehnjährigen zu finden glaubte.

Das Oberlandesgericht Schleswig erteilte überstürzt Sabah eine Ausnahmegenehmigung für eine Blitzhochzeit mit einer Minderjährigen und erließ es ihm entgegenkommend obendrein, ein Befähigungszeugnis für die Trauung vorzulegen. Man begnügte sich in Kiel freundlicherweise mit einer eidesstattlichen Erklärung Sabahs vor dem Standesbeamten, daß er Witwer sei. Die Eltern waren sowieso einverstanden, und so heiratete knapp drei Wochen nach der Bekanntschaft der Prinz aus dem unbekannten Märchenland das 19jährige Mädchen aus Schleswig-Holstein. Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen und vor allem die Illustrierten überboten sich. Ein neues Märchen zwischen Ölbohrtürmen, Wüstensand und Kameltreibern, zwischen Diamanten und Scheckbüchern schien mit einem Male Wahrheit geworden zu sein.

Aber schon in Beirut erklärte Abdullah al Sabah nach muselmanischer Art, daß er seine junge Frau Heidi verstoße, die offenbar nicht ganz seinen Erwartungen entsprochen hatte. Sie saß ahnungslos als »Prinzessin« in Palma di Mallorca und erfuhr erst über die Presse, daß ihre Märchenehe gescheitert war, ehe sie noch recht begonnen hatte. Unterdessen wurde auch bekannt, daß Sabah im heimatlichen Kuweit einen Harem mit 3 Frauen unterhielt.

Ein Mädchen, erzogen im Geiste einer Zeit, die Kapital und Besitz einfach über alles stellt, mußte jählings erkennen, daß auch die Märchen von Tausend und eine Nacht nicht immer ganz echt sind.

In Rom verbot der italienische Innenminister das Tragen der Trachten der Südtiroler Schützenvereine und erließ Haftbefehl gegen den Geschäftsführenden Obmann des Innsbrucker Berg-Isel-Bundes, Dr. Eduard Widmoser. Als die Südtirol-Referentin der Innsbrucker Landesregierung, Frau Dr. Viktoria Stadelmayer, nach Bozen reiste, wurde sie von den Karabinieri vorübergehend festgenommen.

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Josef-Hermann Dufhues, gab am 9. April 1961 in Düsseldorf bekannt, daß bisher an NS-Verfolgte in der Bundesrepublik und Westberlin über 9 Milliarden DM ausgezahlt wurden. Davon gingen 6 Milliarden an Verfolgte, die im Ausland leben.

Nach elfmonatiger Voruntersuchung wurde in Jerusalem am 11. April 1961 der Prozeß gegen Adolf Eichmann in Anwesenheit zahlreicher Journalisten aus der ganzen Welt eröffnet. Der Prozeß wurde überdies im Fernsehen übertragen. Eichmann hatte, nachdem er von Argentinien nach Israel verschleppt worden war, bereitwillig über alles, was er wußte, ausgesagt. Das von ihm unterschriebene Gerichtsprotokoll betrug nicht weniger als 3500 Seiten.

Zweifelsohne wurde Eichmann in Jerusalem stellvertretend angeklagt. Er war im Reichssicherheitshauptamt der Dienststelle IV B (jüdische Angelegenheiten) zugeteilt worden und wurde als SS-Obersturmbannführer (Oberstleutnant) Leiter der 4. Untergruppe. Er selbst konnte keine Entscheidung treffen und im wesentlichen nur Befehle von oben durchführen. Diese Tatsache wurde schon durch seinen verhältnismäßig kleinen Dienstgrad unterstrichen. Als im März 1942 die Massendeportation der Juden auf Befehl Himmlers begann, wurde dem Büro IV B 4 befohlen, die Transporte in die Konzentrationslager zu organisieren. Verantwortlich dafür war Adolf Eichmann. Zweifellos hatten er und seine Mitarbeiter dadurch Hilfsdienste bei der grauenhaften Juden-Dezimierung geleistet. Doch eben nur Hilfsdienste, denn Eichmann persönlich hatte niemanden vernichtet, noch diese entsetzliche Vernichtung angeordnet.

Nachdem Eichmann widerrechtlich mittels eines perfektionierten Menschenraubes von Argentinien nach Israel verschleppt worden war, stellte ihn dort ein Staat vor Gericht, der zur Zeit der Tat noch gar nicht existierte. Darüber hinaus wurde Eichmann nach Gesetzen angeklagt – und

schließlich gerichtet – die erst lange nach der angeklagten Tat erlassen worden waren.

Der Eichmann-Prozeß brachte, wie nicht anders zu erwarten war, ein Wiederaufflammen der weltweiten Deutschenhetze. Trotzdem war die Weltstimmung über diesen Prozeß sehr geteilt; selbst unter den Juden. Der Präsident des Zionistischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, hatte vorgeschlagen, Eichmann vor ein internationales Gericht zu stellen. Der jüdische Abgeordnete des Britischen Unterhauses, Dr. David Weitzmann, erklärte: Eichmann hätte durch eine internationale Organisation gerichtet werden müssen, nicht von Israel. Der weltbekannte britische jüdische Publizist Victor Gollancz trat in London in einer Broschüre dagegen auf, daß Eichmann in Jerusalem verhandelt wurde. Der berühmte jüdische Religionsphilosoph und Erneuerer der jüdischen Mystik, Professor Martin Buber, äußerte sich selbst in Israel gegen den Eichmann-Prozeß.

Merkwürdigerweise wurde der zuständige Jerusalemer Kreisrichter Benjamin Levi vom Justizminister Pinchas Rosen übergangen und ausgeschaltet und für den Eichmann-Prozeß ein eigenes Richterkolleg geschaffen, das aus Mosche Landau, Benjamin Halevi und Yitzhak Raveh bestand. Die Anklage führte General-Prokurator Gideon Hausner, die Verteidigung der Kölner Rechtsanwalt Dr. Robert Servatius, dem es nicht gelang, das Jerusalemer Gericht wegen Befangenheit abzulehnen.

Das Tragische dieser Verhandlung lag weniger in dem persönlichen Schicksal des Angeklagten und seiner Schuld, über die in Jerusalem verhandelt wurde, als in der Tatsache, daß hier letztmalig für die echte Geschichtsforschung die Chance bestand, den letzten überlebenden großen Zeugen der Judentragödie zu einer sachlichen objektiven Aussage über das Geschehen und dessen Umfang zu bewegen. Im Rahmen des israelischen Gerichtes, das selbstverständlich von Anfang an Partei war, schied diese Möglichkeit aus.

Professor Dr. Theodor Heuß nahm am 23. April bei der Eröffnung eines Amerika-Hauses in Stuttgart zum Problem der Emigranten Stellung, die er glaubte vor einer allgemeinen Diffamierung in Schutz nehmen zu müssen. Er nannte besonders Max Brauer, Ernst Reuter, Willy Brandt, Rudolf Katz und Erwin Schöttle. Die Verächtlichmachung der Emigranten nannte Professor Heuß einen verhängnisvollen politischen Stil.

Als der Gemeinderat von Tutzing am Starnberger See einstimmig beschloß, die von der Hauptstraße zum See führende Straße, die bisher noch keinen Namen hatte, nach dem Heerführer des ersten Weltkrieges Luden-

dorff-Straße zu nennen, verurteilten das Bayerische Innenministerium und die Regierung von Oberbayern diesen einstimmigen demokratischen Gemeinderatsbeschluß und wiesen das Landratsamt Starnberg an, die Benennung dieser Straße nach Erich Ludendorff zu beanstanden.

Am 5. Mai 1961 fand im oberbayrischen Dörfchen Pähl bei dem überraschten Schwiegersohn des verstorbenen Generalobersten Erich Ludendorff, Franz Karg von Bebenburg, eine Hausdurchsuchung statt, vor allem in den Arbeitsräumen des Verlages »Hohe Warte« und der Zeitschriften »Der Quell« und »Die Volkswarte«. Bücher, Broschüren und Zeitschriften wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig durchsuchten in Tutzing Polizisten und Kriminalbeamte das Haus der 84jährigen Frau Mathilde Ludendorff, da sich dort die Geschäftsstelle des Bundes für Gotterkenntnis befand. Zur selben Zeit wurden im ganzen Bundesgebiet 131 Hausdurchsuchungen bei Ludendorff-Anhängern und Mitarbeitern der genannten Publikations-Organe durchgeführt. Auch dabei wurden zahlreiche Schriften beschlagnahmt.

Das Bundesinnenministerium begründete in Bonn diese Großaktion mit einer angeblichen Verfassungsfeindlichkeit der Ludendorff-Anhänger und sprach das Verbot der Organisationen aus, nach dem der Verlag »Hohe Warte« und der »Bund für Gotterkenntnis« aufgelöst, das Vermögen eingezogen und jede weitere Tätigkeit untersagt wurde. Diese mit großem Aufgebot durchgeführte Aktion war nicht mit dem Grundgesetz in Übereinstimmung zu bringen und stellte den offenen Versuch dar, eine Weltanschauung zu unterdrücken, deren Richtung nicht genehm war.

In Bonn wurde das Entwicklungshilfegesetz am 5. Mai verabschiedet.

Die immer weiter fortschreitende Kollektivierung in der DDR veranlaßte immer mehr Mitteldeutsche, ihre Heimat unter Aufgabe von Hab und Gut zu verlassen, um nach Westberlin oder der Bundesrepublik zu flüchten. Nach einer Mitteilung des Ministers für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, vom 13. Mai waren es in den ersten vier Monaten 1961 bereits 60 000. Ihre Zahl schwoll weiter an.

In der Stadt Mantua wurde in der Nacht zum 25. Mai von italienischen Chauvinisten das Andreas-Hofer-Denkmal in die Luft gesprengt. Das Denkmal war 1823 an jener Stelle errichtet worden, wo Andreas Hofer 1810 wegen seines Freiheitskampfes gegen Napoleon von einem französischen Hinrichtungskommando erschossen worden war.

Nach sechsmonatiger Untersuchungshaft stellte die Bonner Staatsanwaltschaft am 30. Mai ihre Ermittlungen gegen Staatssekretär Dr. Hans

Globke wieder ein. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Max Merten, ehemals Kriegsverwaltungsrat in Saloniki, hatte behauptet, Globke hätte sich nach einem Telefongespräch mit Adolf Eichmann gegen die Verschiffung von 10 000 jüdischen Frauen und Kindern aus Griechenland nach Palästina ausgesprochen. Staatsanwalt Werner Pfromm erklärte, Mertens Anschuldigungen hätten sich als gegenstandslos erwiesen.

Anfang Juni wurde bekannt, daß Professor Dr. Walter Hagemann, einer der Gründer der CDU in Nordrhein-Westfalen und bis kurz zuvor Leiter des publizistischen Instituts der Universität Münster, in die DDR geflüchtet war. Hagemann unterhielt sehr früh gute Kontakte mit dem SED-Regime, und nachdem er in Ostberlin zusammen mit Walter Ulbricht in einer gemeinsamen Veranstaltung als Redner aufgetreten war, wurde er von seinem Lehramt an der Universität Münster suspendiert und einige Zeit später aus der CDU ausgeschlossen.

Gegen den 61jährigen Hagemann war seit einiger Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen Unzucht mit Abhängigen und Meineides geführt worden, das schließlich zur Anklage führte. Hagemann wartete den Prozeß nicht ab, sondern wechselte nun offen die Front.

Am 2. Juni verpflichtete sich die Bundesrepublik in einem Vertrag über Wiedergutmachung, an Italien für die italienischen Verfolgten des NS-Regimes 40 Millionen DM zu bezahlen.

In München beendete am 24. Juni 1960 die 4. Strafkammer des Landgerichtes 1 unter Landgerichtsdirektor Dr. Graf den Sittenprozeß gegen Werner Friedmann und seinen Mitarbeiter Siegfried Sommer. Werner Friedmann war nicht nur Chefredakteur einer der bedeutendsten Zeitungen in der Bundesrepublik, sondern auch Wegweiser und Lehrer des journalistischen Nachwuchses gewesen. Nach ihm war sogar die Münchener Journalistenschule »Werner-Friedmann-Institut« benannt worden.

Sommer hatte für den Chefredakteur laufend seine Wohnung für »Rendezvous« mit Minderjährigen, oftmals weiblichen Lehrlingen des Süddeutschen Verlages, zur Verfügung gestellt und darüber hinaus auch, wie im Falle eines Fräuleins Christa Rosenhain, für Friedmann die Bekanntschaften vermittelt. Diese Zustände in der »Süddeutschen Zeitung« waren stadtbekannt und natürlich auch bei den politischen Gegnern des sehr links eingestellten Chefredakteurs Friedmann. So wurde schließlich das süße Leben im Süddeutschen Verlag angezeigt, und Friedmann und Sommer wurden unter der Beschuldigung, fortgesetzte Kuppelei und Unzucht mit Minderjährigen getrieben zu haben, verhaftet und angeklagt.

Damit verlor Friedmann, bisher einer der mächtigsten Pressemanager, automatisch seine Position als Chefredakteur der »Süddeutschen Zeitung«. Unter seinen Gegnern herrschte darüber helle Begeisterung, der am lautesten in den »Passauer Neuesten Nachrichten« des Dr. Johannes Kapfinger Ausdruck verliehen wurde.

Doch Werner Friedmann fand milde Richter: Er wurde von der Anklage, Unzucht mit minderjährigen Abhängigen getrieben zu haben, freigesprochen und gemeinsam mit Sommer lediglich wegen fortgesetzter Kuppelei zu je 6 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Wenig später übernahm Werner Friedmann die Chefredaktion der Münchner »Abendzeitung«, und Sommer blieb auch dort sein Mitarbeiter.

Die »Zürcher Woche« schrieb abschließend zu diesem makabren Kapitel bundesdeutscher Publizistik:

»Jetzt zeigte sich, daß politischer Stil und persönliche Lebensführung ein und derselben Wurzel entsprangen, einer dekadenten, nihilistischen Moral, der ethische Wertbegriffe gleichgültig waren. Friedmann hatte deshalb, allen seinen hohlen Beteuerungen zum Trotz, kein echtes Verhältnis zur Freiheit oder zum Schicksal seines Volkes oder der westlichen Völker überhaupt. Es ist bezeichnend für ihn, daß er einmal zu einem Kollegen wörtlich sagte, es sei ihm gänzlich gleichgültig, was aus Deutschland werde. Einem Mann, der so sprechen konnte, fehlte natürlich der sittliche Ernst zu seinem Berufe und damit die Berufung zu seinem Amte als politischer Sittenrichter in der Bundesrepublik.«

In diesen Tagen wurde der unglaubliche Vorfall mit dem Grab des Gendarmerieoberwachtmeisters Franz Buschkühl im oberfränkischen Dörfchen Oberlauringen bekannt. Buschkühl war von den amerikanischen Soldaten 1945 bei dem Einmarsch als Geisel festgenommen und kurz darauf ohne Grund erschossen worden. Der Leichnam des von den Amerikanern ermordeten Gendarmeriebeamten wurde im Friedhof des Dorfes beigesetzt.

Nach einiger Zeit erhielt die Witwe des Ermordeten, Frau Bertha Buschkühl in Düsseldorf, Kenntnis von dem furchtbaren Ende ihres Mannes und sorgte dafür, daß sein Grab entsprechend hergerichtet und gepflegt wurde. Sooft es ihr nur möglich war, reiste sie die ganzen Jahre immer wieder von Düsseldorf nach Oberlauringen zum Grabe ihres Mannes und schmückte es.

Erst im Jahre 1960 erfuhr die Witwe zufällig von einer Bauersfrau aus Oberlauringen, daß die Überreste ihres Mannes schon lange nicht

mehr auf dem Friedhof ruhten. Die entsetzte und empörte Witwe forschte nach, und schließlich gestand ihr der Totengräber Ludwig Steigmeier, daß er am 26. Juli 1955 auf Anordnung der Bamberger Staatsanwaltschaft die Leiche exhumiert habe. Im Grabe seien lediglich Reste des Sarges und der Uniform verblieben. Nun wandte sich Frau Bertha Buschkühl an das Landgericht Bamberg und fragte an, wer diese Maßnahme angeordnet habe und wo sich die Überreste ihres Mannes befänden. Sie erhielt keine Antwort.

Darauf beschwerte sich die Witwe beim Bayerischen Justizministerium und fragte an, wer für diese Ungeheuerlichkeit verantwortlich wäre.

Erst jetzt erklärte der Bamberger Staatsanwalt Haeberlein, er habe die Exhumierung im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung angeordnet, man habe feststellen müssen, »von wem und unter welchen Umständen Ihr Mann, Franz Buschkühl, getötet wurde«.

Die Ermordung des Gendarmerieoberwachtmeisters durch Angehörige der amerikanischen Armee war aber längst in der ganzen Umgebung bekannt. Die Überreste des Ermordeten hatte man dann offensichtlich vergessen, so daß das Skelett im Institut für gerichtliche und soziale Medizin der Universität Würzburg liegenblieb. Dort würde es sich wahrscheinlich noch immer befinden, wenn nicht Frau Bertha Buschkühl die Überreste ihres Mannes dort aufgestöbert und ihre Überführung nach Düsseldorf veranlaßt hätte.

Als nun die Witwe Buschkühl 422,– DM Schadenersatz für Reisegelder und die Pflege des leeren Grabes forderte, erklärte der Bamberger Oberstaatsanwalt Hoffmann: »Eine Pflicht, Ihnen von der Tatsache der Exhumierung ... Mitteilung zu geben, besteht nicht.«

Lediglich der Generalstaatsanwalt Dr. Fick aus Bamberg gestand, daß es »Anstandspflicht der Staatsanwaltschaft Bamberg« gewesen wäre, die Witwe von der Exhumierung zu informieren. Trotzdem wurde der Schadenersatz abgewiesen und der Witwe Buschkühl lediglich der Betrag von 55,– DM übersandt.

In Bozen wurden am 10. Juni die von den Italienern inhaftierte Dr. Viktoria Stadelmayer vorläufig freigelassen und über sie ein Aufenthaltsverbot für ganz Südtirol verhängt.

In den Nächten zum 12. und 13. Juni 1961 sprengten die Südtiroler Freiheitskämpfer rund 42 Hochspannungsmasten, der Staudamm bei Lana wurde durch eine Sprengung nur beschädigt. Der Strom aus Südtirol lieferte in der Hauptsache die elektrische Kraft für italienische Großbetriebe in

Südtirol und Oberitalien. Durch die Anschläge erfolgte eine schwere Schädigung der italienischen Industrie. Die Hochöfen der Falk-Stahlwerke bei Bozen gingen aus. Die Stromversorgung sank unter 20 Prozent.

Die Südtiroler Freiheitskämpfer hatten erkennen müssen, daß die österreichisch-italienischen Verhandlungen über die Autonomie für Südtirol ergebnislos waren und die steigende italienische Einwanderung zum Volkstod der Deutschen in Südtirol führen mußte. Sie wollten durch ihre Demonstrationssprengungen die Welt alarmieren und auf die verzweifelte Lage Südtirols aufmerksam machen. Im ganzen Land wurden illegale Flugblätter verbreitet, die folgenden Inhalt hatten:

»Landsleute, die Stunde der Bewährung ist da. In dieser Stunde erheben sich die treuesten Söhne unserer Heimat gegen die Gewalt und schreiten schweren Herzens wie anno 1809 zur Tat. Nicht der Haß gegenüber Menschen anderer Sprache leitet uns; unsere Erhebung ist Notwehr gegen einen Staat, der uns unseres Volkstums wegen verfolgt und uns geistig und physisch vernichten will. Europa und die Welt werden unseren Notschrei hören und erkennen, daß der Freiheitskampf der Südtiroler ein Kampf für Europa und gegen die Tyrannei ist. Landsleute, unterstützt unseren Freiheitskampf, es geht um unsere Heimat!«

Der italienischen Behörden bemächtigte sich eine förmliche Panik, die schließlich in Raserei ausartete. Zwischen Furcht und Haß hin und her gerissen, nahmen sie wahllose Verhaftungen vor. Nahezu alle inhaftierten Südtiroler wurden von den italienischen Karabinieri bei den polizeilichen Einvernahmen auf das übelste mißhandelt, viele von ihnen, die überhaupt von den Anschlägen gar keine Ahnung hatten, regelrecht gefoltert.

Während sich besonders in Österreich die Öffentlichkeit stärkstens über diese Brutalitäten empörte, fand sich aber auch in Wien eine Gruppe Intellektueller, die nachstehende Erklärung abgab: »Wir distanzieren uns aufs schärfste nicht nur von den in jüngster Zeit erfolgten Terroraktionen, sondern auch von den Argumenten, mit denen man diese Aktionen zu beschönigen oder gar zu entschuldigen versucht. All das erinnert bedrohlich an eine unglückselige Vergangenheit, gegen deren Wiederkehr, in welcher Form auch immer, höchste Wachsamkeit geboten erscheint.« Unterzeichnet wurde die Erklärung, die einen längeren Wortlaut hat, von dem linksradikalen Universitätsprofessor Dr. Franz Thirring, von Universitätsdozenten Dr. Friedrich Heer, den Schriftstellern Heimito Doderer, Lernet-Holenia, Friedrich Torberg, dem Bildhauer Fritz Wotruba, dem Komponisten Gottfried von Einem und anderen.

In Ostberlin befragten Journalisten am 15. Juni auf einer Internationalen Pressekonferenz den Staatsrat Walter Ulbricht über Gerüchte, die im Umlauf waren und wissen wollten, daß die DDR-Regierung beabsichtigte, die DDR noch stärker vom übrigen Deutschland zu isolieren.

Ulbricht versicherte den Journalisten lächelnd: »Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!«

In ganz Mitteldeutschland wurde eine fieberhafte Bürgerkriegsausbildung, vor allem in der vormilitärischen kommunistischen Organisation der »Gesellschaft für Sport und Technik«, betrieben. Schon waren etwa 400 000 Mitteldeutsche in ihr vereinigt, davon allein 60 000 Frauen und Mädchen.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes in Fürstenwalde an der Spree, Oskar Schmidt, riet dringend den übrigen Organisationen, in den Betrieben während der Mittagspausen das Schießen zur Erholung und als Sport durchzuführen, und berichtete stolz, daß in seinem Bezirk diese Schießübungen in den Speisesälen der Betriebe abgehalten würden.

In Südtirol erschossen Karabinieri und italienische Soldaten in der Nacht zum 19. Juni zwei völlig unbeteiligte junge Südtiroler, den 21jährigen Bauernknecht Josef Lochner und den 25jährigen Maurer Hubert Sprenger. Während Sprenger auf der Straße, obwohl er auf Anruf sogleich stehenblieb, kaltblütig erschossen wurde, wurde Lochner im Förderwagen des Materialaufzuges seines Bauern Stüffer auf dem Agratz-Berg regelrecht abgeknallt. Nur seine Leiche kam, von Kugeln durchsiebt, auf dem Bergbauernhof an.

Die Italiener hatten in ganz Südtirol, insbesondere bei Kaltern, bei Meran und auf dem Brenner, schwerbewaffnete Straßensperren errichtet und durchsuchten alle Autos nach Waffen und Sprengstoffen. Immer wieder wurden die Südtiroler Bergbauernhöfe durchstöbert. Ganz Südtirol war gezwungen, unter einem förmlichen Ausnahmezustand zu vegetieren. Von 21 Uhr bis 5 Uhr durfte sich niemand Brücken, Fabriken, Baustellen, Elektrizitätswerkanlagen und dergleichen nähern. Die italienischen Sicherungstrupps, die sich dort verschanzt hatten, eröffneten sofort auf jedermann das Feuer. Während italienische Bataillone sich am Tage im Lan-

de nur kriegsmäßig bewegten, kontrollierten Flugzeuge, vor allem Hubschrauber, von oben alle Straßen und Berge. Immer neue Armee- und Polizeieinheiten wurden aus Italien nach Südtirol geworfen, das längst schon einem italienischen Heerlager glich. Alle Aktionen wurden von dem eilig herbeigeflogenen Vize-Chef der italienischen Polizei, Generalinspektor Vicenzo Agnesina, geleitet.

Am 25. Juni 1961 scheiterten in Zürich erneut die österreichisch-italienischen Südtirol-Verhandlungen. Italien dachte nicht daran, die Pariser Verträge, welche die Autonomie Südtirols garantieren sollten, einzuhalten.

Am 11. Juli erfolgten in Südtirol weitere Bombenanschläge, diesmal in der Hauptsache gegen die Leitungsmasten der Eisenbahnlinien. Der Eisenbahnverkehr zwischen Italien, der Schweiz und Österreich wurde vorübergehend unterbrochen. An einer Sprengstelle unweit Luino nahe der Schweizer Grenze wurden Flugblätter nachstehenden Inhalts gefunden: »Wieder haben wir uns bemüht, Menschenleben zu schonen, jedoch der Polizeiterror in unserem Land und die unnachgiebige Haltung der Zentralregierung in Rom werden uns zu immer schärferen Gegenschlägen zwingen. Wir werden in nächster Zeit mehrfach die italienischen Verkehrslinien unterbrechen. Daher warnen wir vor Urlaubsreisen nach Italien. Die Mühe, ein anderes Reiseland auszuwählen, ist klein im Vergleich zu den Opfern, die wir Südtiroler seit 40 Jahren bringen und die uns noch bevorstehen, bis wir das Selbstbestimmungsrecht erkämpft haben.«

Die österreichischen Journalisten Dr. Franz Riedel und Dr. Otto Brandstätter, die in Bozen tätig waren, wurden am 12. Juli aus Italien ausgewiesen, Dr. Friedl Volgger, der Chefredakteur der »Dolomiten«, wegen seiner Südtirolberichterstattung zu 20 Tagen Arrest verurteilt.

Trotz des italienischen Heerlagers wurden in der Nacht zum 13. Juli weitere sechs Hochspannungsmasten gesprengt.

In Ostberlin verbot der kommunistische Polizeipräsident Fritz Eikemeier für Ostberlin den 10. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 18. bis 23. Juli für ganz Berlin geplant worden war.

Im Bonner Bundestag gab Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier bekannt, daß der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Generalleutnant Helmuth Grolman, seinen Rücktritt erklärt habe, der von der Bundesregierung sogleich angenommen worden war. Hinter dieser kurzen Mitteilung verbarg sich eine ziemlich klägliche Blamage mit dem ersten Wehrbeauftragten. Der 62jährige Grolman unterhielt in seiner Bonner

Dienstwohnung mit dem 17jährigen Kellnerlehrling Eckard Krull ein homosexuelles Verhältnis. Wenn Grolman nicht in Bonn war, überließ er die Wohnung seinem jugendlichen Freund, der dann in der Dienstwohnung seine Freunde einlud, um mit ihnen zu feiern. Eine Freundin des vielseitigen Krull stieß eines Tages unversehens auf dessen Tagebuch und las erstaunt über die intimen Beziehungen mit dem Wehrbeauftragten. Das Mädchen machte sich in der weiteren Folge über Krull lustig und erzählte die Entdeckung herum. Als die Mutter eines anderen Jugendlichen aus dem Freundeskreis Krulls davon erfuhr, erstattete sie bei der Polizei Anzeige.

Krull geriet in eine Panik, nahm Schlaftabletten und wurde erst im letzten Augenblick von einem Arbeitskollegen gerettet und ins Bonner St.-Petrus-Krankenhaus geschafft. Nun beschlagnahmte die Polizei das Tagebuch Krulls und eröffnete die Ermittlungen gegen den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wegen Unzucht mit einem Minderjährigen. Erst durch Krull erfuhr der ahnungslose Grolman, was geschehen war. Er sah nun keinen Ausweg mehr und zerbiß eine noch aus dem Krieg stammende Giftampulle. Jedoch auch er wurde rechtzeitig gerettet und trat schleunigst von seinem Amt zurück.

Südtirol kam nicht mehr zur Ruhe. Am 15. und 16. Juli führten die Italiener in ganz Südtirol strenge Razzien durch und fanden dabei mehrere Sprengstofflager. Sie verhafteten 57 Südtiroler, wodurch die Zahl der Inhaftierten nun schon auf 113 anstieg, darunter den Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei, Dr. Hans Stanek, den Stadtrat von Brixen, Rudolf Oberhuber, und den Bauern und Krämer von Frangart, Josef Kerschbaumer.

Als sich der FDP-Vorsitzende Dr. Erich Mende mit der Bitte an Kanzler Adenauer wandte, sich in der Südtirol-Frage einzuschalten, erwiderte Adenauer postwendend:

»Sehr geehrter Herr Mende! Ihr Schreiben vom 20. Juli 1961, mit welchem Sie mir vorgeschlagen haben, mich in die Südtirol-Frage zwischen Italien und Österreich vermittelnd einzuschalten, habe ich erhalten. Seit langem habe ich mich dafür eingesetzt, daß deutsche Stellen sich aus diesem Konflikt heraushalten. Mehr kann ich zu meinem Bedauern nach Lage der Sache nicht tun. Mit vorzüglicher Hochachtung und bestem Dank für Ihre freundlichen Urlaubswünsche Ihr gez. Adenauer«

Nach diesem Brief fuhr Kanzler Adenauer in seinen gewohnten Urlaub nach Cadenabbia am Comer See.

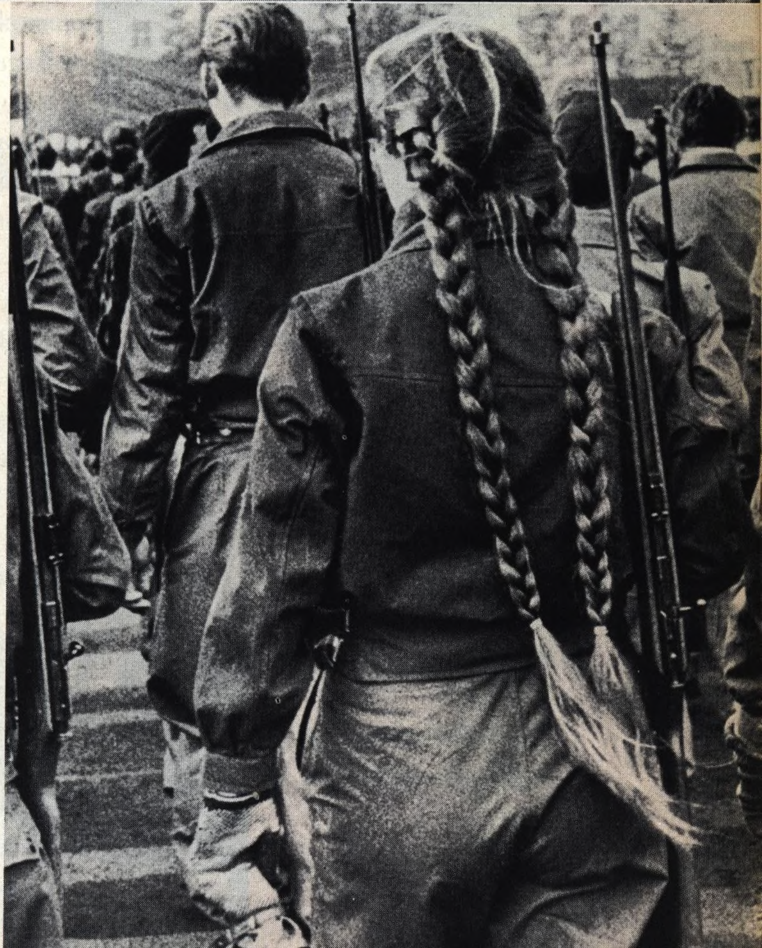
Im Bundestag belehrte Außenminister Schröder den FDP-Abgeordneten Dr. Bucher: Die Bundesregierung verfolge in der Südtirol-Frage nach wie vor eine Politik der strikten Nichteinmischung und Neutralität. Gleichzeitig trat der sozialdemokratische Bundestagsvizepräsident Professor Carlo Schmid dem FDP-Abgeordneten Dr. Heinrich Schneider, der sich ebenfalls für Südtirol einsetzte, scharf entgegen und erklärte unter Beifall der Mehrheit des Deutschen Bundestages, es sei nicht üblich, in einem Parlament die gesetzgeberische Arbeit fremder Parlamente zu diskutieren.

In Südtirol verhaftete die Spezialeinheit der italienischen Staatspolizei, die Squadra mobili, am 25. Juli den 54jährigen Anton Stötter aus Augsburg aus dem Bett einer seiner zahlreichen Freundinnen in Bozen. In Stötters Aktentasche fanden die Squadristen Namenslisten von Südtirolern und Lagepläne von Sprengstoffverstecken. Die Squadra mobili, die in scharfer Konkurrenz mit den Karabinieri arbeitete, teilte auf einer sofort einberufenen Pressekonferenz in Bozen der Öffentlichkeit mit, daß es ihr gelungen sei, nun endlich den bundesdeutschen Drahtzieher des Südtiroler Widerstandes erwischt zu haben.

Im Bozener Kommando der Karabinieri herrschte lähmendes Entsetzen, als die Nachricht von der Verhaftung Stötters publik gemacht wurde. Denn Stötter, ein Krimineller aus der Bundesrepublik, war schon längere Zeit in Südtirol als Konfident der italienischen Karabinieri tätig. Er war nach einigen Hochstapeleien aus der Bundesrepublik geflohen, wo er wegen Unterschlagung von Versicherungsgeldern steckbrieflich gesucht wurde. In Südtirol ging ihm das Geld aus; er bot sich den Karabinieri als agent provocateur an und wurde sofort in deren Dienste aufgenommen. Sein Hauptquartier schlug er in Tramin auf, gab sich als »Ritterkreuzträger« aus und hetzte lauthals gegen die Italiener. Da er sehr freigebig mit Einladungen zum Rotwein war, provozierte er alle möglichen antiitalienischen Äußerungen und bot sich den Südtiroler Bauernburschen als Chef einer Kampfgruppe gegen die Italiener an. Er verriet den Karabinieri unentwegt alle Namen seiner Gesprächspartner und die Lage von Sprengstoffverstecken, die zum Teil auf Stötters Angaben hin angelegt worden waren oder angelegt werden sollten. Er erfuhr schließlich auch manches aus dem italienischen Widerstand und brachte durch seine laufenden Denunziationen schwerstes Unglück über zahlreiche Südtiroler Bauernfamilien.

Jetzt aber, wo Stötter als »Rädelsführer« verhaftet worden war, ließen ihn die Karabinieri fallen, obwohl er immer wieder sich im Gefängnis als

agold-Prozeß (oben rechts, Hauptange-
er Gefreiter Dieter Raub) tobte sich die
feindlichkeit der westdeutschen Politik
Publizistik aus, während in Mittel-
chland die Jugend eifrig zum Bürger-
gedrillt wird (unten).





Dr. Professor Hans Deutsch nützte die Chancen der Wiedergutmachung zu Betrügereien aus, die in viele Millionen DM gingen (links).

Die größte Blamage der Sühnedeutschen: Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, der Leiter der zentralen Verfolgungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg, wurde in Warschau als ehemaliger SA-Mann und NS-Parteigenosse entlarvt. Gleichzeitig erhob die Sowjetunion schwere Beschuldigungen gegen Schüle wegen angeblicher persönlich verübter Kriegsverbrechen. Schüle (unten, ganz rechts) mit seinem Justizminister Dr. Hausmann auf der Stuttgarter Pressekonferenz, auf der er gestehen mußte.



deren »Mitarbeiter« bekannte. Stötter wandte sich darüber hinaus wiederholt an Persönlichkeiten in der Bundesrepublik und bat dringend, ihm doch zu helfen. Vorerst jedoch war das nicht möglich, denn die Italiener wollten ja ihre agent-provocateur-Tätigkeit in Südtirol nicht zugeben. Darum blieb Stötter einige Zeit sitzen, ehe er abgeschoben wurde.

Anfang August 1961 lief der Mitarbeiter des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes KGB Bogdan Nikolajewitsch Stachynskij in Berlin nach dem Westen über. Stachynskij gestand den Amerikanern, daß er seit 1951 Mitarbeiter des KGB war und seine Aufträge ihn 1956 und 1957 wiederholt nach München führten, wo er die ukrainischen Exilpolitiker zu überwachen hatte. 1958 nahm er an der Beerdigung des in Holland durch kommunistische Agenten ermordeten ukrainischen Nationalistenführers Oberst Konovalec teil mit dem Auftrag, sich besonders Stefan Banderas Erscheinung genauestens einzuprägen.

Im Oktober erhielt er den Auftrag, zwei ukrainische Emigranten, die den Sowjets besonders unangenehm geworden waren, zu liquidieren. Am 12. Oktober 1959 lauerte er im Stiegenhaus eines Gebäudes am Münchener Karlsplatz dem ukrainischen Schriftsteller Lev Rebet auf. Verborgen in seinem Mantel trug er eine kommunistische Spezialwaffe, eine Giftpistole, deren Läufe mit Zyankaliampullen gefüllt waren. Diese raffinierte Waffe mußte stets tödlich wirken, da die giftigen Dämpfe von dem Opfer, für das es keine Rettung mehr gab, automatisch eingeatmet wurden. Tatsächlich lief Lev Rebet seinem Mörder vor die Giftpistole und starb augenblicklich. Die Münchener Kriminalpolizei und die gerichtsärztliche Untersuchung gaben den Toten zur Beerdigung frei mit der Begründung, er sei an Herzschlag gestorben.

Drei Tage später, am 15. Oktober, lauerte Stachynskij auf Stefan Bandera, nachdem er schon Tage zuvor vergebens eine Gelegenheit gesucht hatte. Bandera war nie allein. Diesmal kam Bandera zu seinem Unglück ohne Begleitung, und erst als der Mörder kurz vor ihm seine Giftpistole hob, erkannte er die Gefahr und schrie um Hilfe. Doch dann war es auch schon vorüber.

Völlig unerkannt verließ Stachynskij wieder die Bundesrepublik und wurde für die beiden Morde und andere Aktionen vom Chef des sowjetischen Sicherheitsdienstes, General Alexander N. Scheljepin, in Moskau mit dem »Rotbannerorden« belohnt.

Im weiteren Verlauf der Zeit mußte Stachynskij bemerken, daß er als Mitwisser zahlreicher kommunistischer Verbrechen von seinen Kollegen

sehr sorgsam überwacht wurde. Stachynskij hatte in Ostberlin eine Deutsche geheiratet, und als sein Kind dort starb, suchte er um eine Sondergenehmigung nach, um an der Beerdigung teilzunehmen. Er erhielt sie und benutzte die Gelegenheit, von Ostberlin aus mit seiner Frau nach dem Westen überzuwechseln. Er bekam später für seine Verbrechen vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe 8 Jahre Gefängnis.

In Österreich sah sich Dr. Alois Oberhammer gezwungen, seine Ämter als Landesrat der Tiroler Landesregierung und Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei wegen der gegen ihn von den Sozialdemokraten geführten Diffamierung niederzulegen. Oberhammer, der bisher in der Tiroler Landesregierung das Referat Südtirol führte, hatte im Juli in einem Interview das Selbstbestimmungsrecht für Südtirol gefordert und erklärt, daß weitere Attentate in Südtirol zu erwarten wären. Damit hatte sich Oberhammer den Haß aller Linksradikalen und der SPÖ zugezogen.

Am 4. August 1961 richtete die Sowjetunion eine ungewöhnlich scharfe Note an die USA, in welcher eine der zahlreichen westlichen Noten zur Deutschland- und Berlinfrage beantwortet wurde. Moskau beschuldigte Washington der Heuchelei und behauptete, daß »Westdeutschland vor aller Augen zu einem Herd der Kriegsgefahr in Europa« werde.

Im Moskauer Rundfunk hielt Chruschtschow am 7. August eine Rede, bei der er hauptsächlich über das Deutschland- und Berlin-Problem sprach. Der sowjetische Staats- und Parteichef führte dabei unter anderem aus: »Wir können nicht teilnahmslos bleiben, wenn die aggressiven Kreise der Westmächte mit Hilfe Kanzler Adenauers alle materiellen und geistigen Kräfte Westdeutschlands für die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges mobilisieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist jetzt schon nicht mehr jenes Land, das vor 16 Jahren sein Haupt vor den Siegern gebeugt und sich verpflichtet hatte, einen friedlichen und demokratischen Weg zu gehen. Heute haben die Revanchisten Westdeutschlands ihr Haupt erhoben. Sie verfügen über eine Massenarmee, die für Angriffsoperationen ausgebildet und ausgerüstet wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist Teilnehmerin des nordatlantischen Militärblocks geworden, der sich gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder richtet. Militarisierung, Entfesselung der revanchistischen Leidenschaften, Kult des Hasses und der Feindschaft gegen den Kommunismus und gegen alles Neue und Fortschrittliche, Wiederaufkommen der pangermanischen Traditionen und Stimmungen – das bestimmt heute das Wesen des westdeutschen Staates.

Durch den Willen der Westmächte ist im Zentrum Europas mehr Zünd-

stoff angehäuft als in einem beliebigen anderen Raum der Welt. Von dort aus droht wieder die Flamme eines Weltkrieges hochzuschlagen.«

Chruschtschow warnte eindringlich vor dem westdeutschen Militarismus und drohte zugleich massiv mit der Stärke der Sowjetarmee, die überdies noch durch die Einberufung von Reservisten verstärkt würde.

Am 11. August faßte die DDR-Volkskammer unter Berufung auf diese beiden sowjetischen Erklärungen eine Entschließung, durch die der DDR-Ministerrat beauftragt wurde, »alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen«, die sich notwendig erweisen zur Sicherung der DDR und zur Unterbindung »der von Westdeutschland und Westberlin aus organisierten Kopfjägerei und Menschenhandel«.

Schlagartig begann am 13. August ab 2 Uhr morgens entlang der Sektorengrenze in Berlin die Errichtung von Stacheldrahtverhauen, Wachtürmen, Maschinengewehrbunkern und einer Mauer, die die Stadt in zwei Teile spaltete. Hüben und drüben der wachsenden Mauer sammelten sich die Berliner und starrten im Osten wortlos, im Westen zornig und weinend, auf die aufwachsende Mauer, die nun nicht nur die Bezirke, sondern auch die Menschen trennte und viele Zehntausende Familien zerriß.

Wie immer verhielten sich die westlichen Alliierten und die Bundesrepublik wie ein Kaninchen, das von einer Schlange bedroht ist. Die Westberliner Polizei verhinderte gewaltsam alle Gegendemonstrationen empörter junger Westberliner und forderte immer wieder mit Funkwagen die Bevölkerung zu Ruhe und Ordnung auf.

Sicherlich haben die roten Machthaber von Pankow in diesen entscheidenden Stunden voll Sorge nach Westberlin geblickt. Wenn westliche Räumpanzer unter militärischem Schutz augenblicklich aufgefahren wären und die ersten Ansätze der Mauer hinweggeschoben hätten, wäre der Spuk wahrscheinlich vorüber gewesen. So aber schrieben die drei westlichen Kommandanten von Berlin, Generalmajor Albert Watson II, Generalmajor Jean Lacomme und Generalmajor Sir Rohan Delacombe, erst zwei Tage später an den sowjetischen Kommandanten Ostberlins, Oberst A. J. Solowjew, einen Protestbrief, der zu den Akten gelegt wurde.

Am 14. August um 14.00 Uhr wurde das Brandenburger Tor gesperrt, und die zunächst nur von Stacheldraht vorgenommenen Absperrungen wurden schon an manchen Stellen, so vor allem am Potsdamer Platz, durch betonierte Mauern verstärkt.

Das Innenministerium der DDR hatte gleichzeitig am 13. August eine Anweisung über die Beschränkung des Personen- und Straßenverkehrs

zwischen West- und Ostberlin veröffentlicht: »Auf Grund des Beschlusses der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 erläßt der Minister des Innern mit sofortiger Wirkung folgende Anweisung:

1. Im Straßenverkehr für Kraftfahrzeuge und andere Fahrzeuge sowie Fußgänger zwischen Westberlin und dem demokratischen Berlin bleiben folgende Übergänge geöffnet: Kopenhagener Straße, Wollankstraße, Bornholmer Straße, Brunnenstraße, Chausseestraße, Brandenburger Tor, Friedrichstraße, Heinrich-Heine-Straße, Oberbaumbrücke, Puschkin-Allee, Elsenstraße, Sonnenallee, Rudower Straße.

2. Bürger der DDR einschließlich der Bürger der Hauptstadt der DDR (des demokratischen Berlins) benötigen für den Besuch von Westberlin eine Genehmigung ihres zuständigen Volkspolizeikreisamtes, beziehungsweise ihrer zuständigen Volkspolizei-Inspektion. Über die Ausgabe solcher Genehmigungen erfolgt eine besondere Bekanntmachung.

3. Friedliche Bürger von Westberlin können unter Vorlage ihres Westberliner Personalausweises die Übergangsstellen zum demokratischen Berlin passieren.

4. Einwohner Westdeutschlands erhalten an den vier Ausgabestellen Wollankstraße, Brandenburger Tor, Elsenstraße, Bahnhof Friedrichstraße unter Vorlage ihrer Personaldokumente (Personalausweis oder Reisepaß) wie bisher Tages-Aufenthaltsgenehmigungen für den Besuch der Hauptstadt der DDR (das demokratische Berlin).

5. Für ausländische Staatsangehörige gelten die bisherigen Bestimmungen. Für Angehörige des Diplomatischen Corps und der westlichen Besatzungskräfte bleibt es bei der bisher bestehenden Ordnung.

6. Bürger der DDR, die nicht in Berlin arbeiten, werden gebeten, bis auf weiteres von Reisen nach Berlin Abstand zu nehmen.

Maron, Minister des Innern.«

Der Magistrat von Ostberlin verbot gleichzeitig die Beschäftigung der Ostberliner in Westberlin.

Kanzler Adenauer und Bürgermeister Brandt, der amerikanische Staatssekretär Rusk gaben scharfe Erklärungen ab, doch Minister Ernst Lemmer mahnte vor dem Brandenburger Tor die Berliner zu Ruhe und Disziplin: »Ich darf aber versichern, daß es Entscheidungen auf dem Felde der hohen Politik geben wird, über die zu sprechen in diesem Augenblick zu früh ist. Nicht auf den Straßen kann die Korrektur herbeigeführt werden.

Darum meine Mahnung an meine Westberliner und meine Ostberliner, in diesen Stunden Ruhe und Disziplin zu halten.«

Auf die Korrektur, die auf dem Felde der hohen Politik erfolgen sollte, warten die Berliner bis heute noch. Die Mauer wuchs immer stärker und wurde immer höher und breiter.

Der indische Premierminister Nehru erklärte am 23. August im Indischen Oberhaus, daß die Sowjetunion und die DDR das Recht für sich beanspruchen könnten, den Verkehr zwischen Ost- und Westberlin zu regeln und zu kontrollieren, und daß der freie Zutritt der Westmächte nach Westberlin kein Recht, sondern eine Konzession der Sowjetunion darstelle.

Erst am 22. August besuchte Kanzler Adenauer Westberlin; am selben Tag erließ das kommunistische Innenministerium der DDR eine Anordnung, die den Westberlinern mit Wirkung vom 23. August das Betreten Ostberlins nur mit einer Aufenthaltsgenehmigung gestattete. Überdies durften das Betreten und die Rückkehr nur über den auf der Aufenthaltsgenehmigung festgelegten Kontrollpunkten erfolgen. Ferner wurden alle Personen eindringlich darauf hingewiesen, im Interesse ihrer eigenen Sicherheit den Grenzen zwischen Ost- und Westberlin in einem Abstand von beiderseits 100 Metern fernzubleiben.

Am 31. August wurde auf dem Brandenburger Tor die DDR-Flagge aufgezogen. Zwischen den West- und Ostalliierten gab es noch einen Notenwechsel, der zu keiner Änderung der Lage, die sich laufend verschlechterte, führte.

Wiederholt versuchten durch die Mauer zerrissene Familien über Stacheldraht und Mauern zu flüchten. Nicht allen glückte der Sprung in die Freiheit. Bald lagen die ersten Opfer, von Kugeln der Volkspolizisten durchsiebt, längs der Mauer.

Die Kommunisten in Mitteldeutschland heizten die Situation mit allen Mitteln an und schürten zum Brudermord, wo sie nur konnten. Der Zentralrat der Freien deutschen Jugend erließ einen vom ersten Sekretär Horst Schumann unterfertigten »Kampfauftrag« an die mitteldeutsche Jugend, in dem es unter anderem hieß: »Diskutiert mit allen Ehrlichen, beantwortet ihre Fragen. Aber schlagt die Provokateure, denn mit ihnen gibt es keine Diskussion! Tragt den Haß gegen die Todfeinde, gegen die Militaristen und Faschisten in jedes Herz!«

Walter Ulbricht ordnete als Vorsitzender des Verteidigungsrates der DDR am 22. September die Eingliederung der Grenzpolizei als Komman-

do Grenze der Nationalen Volksarmee an, deren Normalstärke damit auf 135 000 Mann anstieg.

Entlang der Sektorengrenze zwischen Ost- und Westberlin wurden die Gebäude, die bis zu 100 Metern von der Sektorengrenze entfernt sind, evakuiert und zum Teil niedergerissen, um freies Schußfeld zu gewinnen.

Der persönliche Vertreter des Präsidenten John F. Kennedy, General Lucius D. Clay, empfahl in Berlin der Bundesrepublik, die Realität zweier deutscher Staaten anzuerkennen, und meinte, eine Wiedervereinigung sei durch direkte Gespräche mit der DDR-Regierung eher zu erreichen als durch deren Ignorierung.

In dieser spannunggeladenen Situation veröffentlichte der »Stern« am 17. September 1961 eine Leserzuschrift mit folgendem Wortlaut: »Die Deutschen darf der Besuch von Johnson in Berlin nicht täuschen: Es wird kein Tropfen amerikanisches Blut vergossen werden, um irgendeinen Deutschen irgendwo zu retten. Die Herzen von Amerikanern erfüllt es vielmehr mit Freude, daß Deutsche hinter Stacheldraht leiden. Wir sind den Russen zutiefst dankbar, daß sie ein Stacheldrahtgetto für Deutsche geschaffen haben. Man müßte jetzt nur noch Auschwitz und die Krematorien wieder in Betrieb nehmen.

New York Abraham Hirschfeld«

Besonders unter den 200 000 Flüchtlingen aus Mitteldeutschland entstand eine förmliche Panik. Blitzartig schnellte die Zahl der Umsiedler aus Westberlin nach der Bundesrepublik auf rund 2000 Menschen die Woche an. Daneben verlagerten aber auch viele Westberliner Kaufleute ihr Kapital nach dem Westen. Der Bevölkerungsschwund von Westberlin – laut UNO-Statistik mit 9,5 Geburten pro Tausend ohnedies die niedrigste Geburtenrate der Welt – war unverkennbar.

Das Sterben an der Mauer aber ging unentwegt weiter. Weil durch die Absperrungen die DDR noch nicht hermetisch isoliert worden war, legten nun die Volkspolizisten befehlsgemäß auf einer Länge von 650 Kilometern und einer Breite von 5 Metern einen Todesstreifen an, der die Bewohner Mitteldeutschlands zwingen sollte, weiter im kommunistischen Machtbereich zu leben. In den Todesstreifen wurden Minengürtel eingebaut, die die Entfernung zwischen den mit Maschinengewehren bestückten Wachttürmen sichern sollten. Allein im Raume Boizenburg an der Demarkationslinie Schleswig-Holstein wurden 18 Ortschaften mit mehr als 10 000 Menschen gewaltsam deportiert.

Entlang der Zonengrenze im Gebiet von Lauenburg wirkten die Dörfer wie ausgestorben. Ein Sichwehren gegen diese Maßnahme gab es nicht. Als sich in Sparenberg gegenüber dem bayerischen Rudolphstein der Bauer Karl Pflug und sein Schwiegersohn der Deportierung widersetzen wollten, wurden sie zusammengeschlagen und schließlich aneinandergekettet mit den zwei Frauen und drei Kindern im Lastwagen abtransportiert.

Viele wagten trotz all dieser Maßnahmen die Flucht. Nicht allen ge lang es wie den 17 Männern, 15 Frauen und 21 Kindern des Dorfes Bösedkendorf, in Nacht und Nebel durch den Stacheldraht zu flüchten. Während einem 24jährigen Ostberliner mit einem schweren Kranwagen in unmittelbarer Nähe des Grenzkontrollpunktes in der Heinestraße die Flucht trotz Sperrfeuers der Volkspolizisten gelang, prallte am Schlagbaum des Straßenüberganges Töpen-Juchhöh bei Hof ein Wagen mit zwei Frauen und zwei Männern auf den Schlagbaum auf, vermochte ihn nicht zu durchbrechen und überschlug sich. Die vier Schwerverletzten wurden gefangengenommen.

Nächtens knatterten an der Spree und am Teltowkanal die Schüsse wie im Vorfeld des Krieges. Die Westberliner Krankenhäuser waren voll von Flüchtlingen, die mit Knochenbrüchen eingeliefert wurden, welche sie sich bei ihren Sprüngen in die Freiheit aus den Fenstern der noch nicht geräumten Gebäude der Sektorengrenze zugezogen hatten.

Am Abend des 4. Oktober erkletterten zwei Ostberliner ein Hausdach in der Bernauer Straße. Sehnsüchtig warteten sie auf die Westberliner Feuerwehr, die mit einem Sprungtuch heranraste. Volkspolizisten kletterten vom Nebenhaus aus ebenfalls auf das Dach, und während der eine der beiden Flüchtlinge sich gefangennehmen ließ, schickte sich der andere zum Sprung in die Freiheit an. Die Volkspolizisten eröffneten mit ihren Karabinern das Feuer auf die Westberliner, die vor dem Haus zusammenströmten. Der Flüchtling sprang, verfehlte in der Hast das Sprungtuch und schlug tot auf der Straße auf.

Trotzdem gelang immer wieder einzelnen die abenteuerliche Flucht. So konnte ein 26jähriger Mann durch den Stacheldraht entkommen, während seine Frau und sein dreijähriges Kind von der Volkspolizei gefangen abgeführt wurden. Wenig weiter glückte es einer 21jährigen Mutter mit ihrem 8 Monate alten Säugling, trotz des Kugelregens der Volkspartei durchzukommen. Aber viele überlebten nicht. Eine Achtzigjährige, die ebenfalls aus der Bernauer Straße sprang, um mit ihren Kindern in Westberlin zusammen zu sein, erlag 5 Tage später ihren Verletzungen.

Unter den Augen der Westberliner Polizei spielte sich ein Mord nach dem anderen ab. Eines Nachts beobachteten die Westberliner Polizisten, wie die Volkspolizisten mit Maschinenpistolen und Karabinern Jagd auf zwei Männer machten, die in der Nähe der Oderbaumbrücke durch die Spree dem Westberliner Ufer entgegenschwammen. Die Volkspolizisten erhellten mit Leuchtkugeln und einigen Scheinwerfern den an dieser Stelle etwa 200 Meter breiten Fluß. Zwei rote Polizeiboote jagten hinter den Flüchtlingen her. Sie waren nur wenige Meter vom Westberliner Ufer entfernt, als die Vopos sie einholten. Einer der Flüchtlinge wurde aus einer Entfernung von 5 Metern mit mehreren Salven aus Maschinenpistolen erschossen, der andere versank lautlos in die Tiefe.

So wurde die Mauer allmählich zur Hinrichtungsstätte für ein Volk, das so bitter gestraft wurde, weil es sich auf die Alliierten verlassen hatte.

»Deutsche können durchaus auf Deutsche schießen«, erklärte das Zentralorgan der kommunistischen FDJ, »Forum«, »weil es gute Deutsche und schlechte gibt.«

Trotz dieser schwersten Gefährdung für Leib und Leben flohen im August 47 433 und im September, als die Mauer immer höher wuchs und der Stacheldraht immer mehr verstärkt wurde, 14 821 aus Ostberlin und Mitteldeutschland über Sperren und Mauern nach dem Westen.

Und in New York bekam Willy Brandt die Freiheitsmedaille des Jahres 1961 verliehen.

Ende September 1961 hob der Schleswig-Holsteinische Landtag die Immunität des Abgeordneten Heinz Reinefarth auf, um der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur Einleitung eines Kriegsverbrecherverfahrens gegen Reinefarth zu geben.

Im August 1944 stand der SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinz Reinefarth, Träger des Eichenlaubes des Ritterkreuzes, mit seinen Polizeieinheiten in Warschau im Kampf zur Niederwerfung des Aufstandes.

Schon vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg war Reinefarths Tätigkeit in Warschau untersucht und als Ergebnis keine Anklage gegen ihn erhoben worden. Die Spruchkammer in Hamburg-Bergedorf sprach Reinefarth 1949 frei und im Entnazifizierungsverfahren wurde er 1950 in Flensburg als Entlasteter in die Gruppe 5 eingestuft.

Nachdem Reinefarth bis 1951 als Rechtsanwalt tätig gewesen war, wählten ihn die Bürger von Westerland auf Sylt zu ihrem Bürgermeister. Nach sechsjähriger Amtsführung waren die Westerländer mit ihrem Stadt-

vater so zufrieden, daß sie ihn 1957 auf weitere 12 Jahre zu ihrem Bürgermeister erkoren.

Aber als Reinefarth im Herbst 1958 über die BHE-Liste in den Kieler Landtag gewählt wurde, begann ein Kesseltreiben, dem Reinefarth nicht gewachsen war. Er wurde nun beschuldigt, er habe bei der Niederwerfung des Warschauer Aufstandes eine Anzahl Polen erschießen lassen. Einige behaupteten, es seien einige hundert gewesen, andere wieder, mindestens zehntausend.

Das DDR-Fernsehen aus Ostberlin stieg ebenso wie der kommunistische Rundfunk und die ganze SED-Presse groß in die Reinefarth-Affäre ein und brachte wochenlang kommunistisches Belastungsmaterial gegen Reinefarth aus Polen. Der Teil der deutschen Presse, der von den Linksintellektuellen beherrscht wird, Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik beteiligten sich eifrig an diesem Kesseltreiben, so daß sich Reinefarth gezwungen sah, zuerst als Bürgermeister von Westerland sich beurlauben zu lassen und später zurückzutreten. Am 1. Oktober 1958 mußten die Ermittlungen wiederum ohne Ergebnis eingestellt werden.

Im September 1961 wurden sie nun aufs neue aufgenommen. Der Fall Reinefarth zog sich jahrlang ohne Ergebnis dahin. Die politische Karriere des Mannes dagegen war beendet.

Auf einer Informationsfahrt entlang der niedersächsischen Zonengrenze wurde am 12. Oktober 1961 der westdeutsche Redakteur Kurt Lichenstein zwischen Zicherie und Kaiserwinkel von Volkspolizisten erschossen.

In Südtirol bildete sich innerhalb der Südtiroler Volkspartei eine Gruppe »Aufbau« um Erich Amon, Dr. Roland Riz, Carl von Braitenberg, Alois Pupp, Oskar Dietl und Walter von Walthen. Man bekannte sich im »Aufbau« zu den »Pflichten dem italienischen Staat gegenüber« und wollte ein gemäßigtes Gegengewicht gegen die Südtiroler Freiheitskämpfer schaffen. In der Masse der Bevölkerung wurden diese Bestrebungen abgelehnt.

Dr. Hans Kapfinger, der 58jährige Herausgeber und Eigentümer der »Passauer Neuen Presse«, der sowohl in dieser Tageszeitung als auch zeitweilig im Wochenblatt »aktuell« einen scharfen Enthüllungsfeldzug gegen Willy Brandt führte und sehr aktiv zur Enthüllung Werner Friedmanns beigetragen hatte, stand plötzlich selbst im Scheinwerferlicht peinlichster Enthüllungen. Kapfinger unterhielt Beziehungen mit verschiedenen Damen und hatte einer von ihnen, Nada Illmann, am 4. Dezember 1959 einen Betrag von 5000 DM geliehen. Gleichzeitig brachte der lebenslustige Passauer Publizist seine Freundin Nada mit einer seiner übrigen

Freundinnen, Edith Berger, zusammen. Dieses Dreieck hatte 14 Monate danach recht unangenehme Folgen.

Als Kapfinger im Juni 1960 seine 5000 DM wieder zurückhaben wollte, wurde Exfreundin Nada böse. Offensichtlich beraten von ihrem neuen Freund, dem Passauer Geschäftsmann Lazar Salzberg, der, aus Israel heimgekehrt, auch gelegentlich Rabbiner genannt wurde, wandte sich Nada am 24. Februar 1961 in einem Brief an Willy Brandt, der just zu jener Zeit von Kapfinger auf das erbittertste angegriffen wurde.

In diesem Brief versicherte Nada dem Westberliner Regierenden, sie habe Kenntnis von Verfehlungen Kapfingers, die »seine Existenz vernichten« könnten. Offenherzig schrieb sie, daß es sich dabei um »schwere Kuppelei, Anstiftung zu Kuppelei und unnatürliche erotische Ausschweifungen« handele. Nada bot Brandt dieses Material »unter gewissen Voraussetzungen« an. Die Westberliner Senatskanzlei übergab das Illmann-Schreiben der Berliner Staatsanwaltschaft, und diese reichte es der Generalstaatsanwaltschaft in München weiter. Mit einem Schlag war nun die hohe Politik Partnerin in dem niederbayerischen Dekameron geworden.

Gegen den enthüllten Enthüller Kapfinger wurden Ermittlungen eingeleitet, und ihm wurde auch der Prozeß gemacht, der später mit seiner Verurteilung endete.

In Kiel wurde am 21. Oktober der Bundesmarine das erste nach dem Krieg in Westdeutschland gebaute U-Boot übergeben.

In den frühen Morgenstunden des 2. November 1961 wurde in der Münchener Pension »Odeon« der Jugoslawe Lazar Vračarič von der Polizei festgenommen. Angeblich bereiste er Europa, vor allem die Schweiz und die Bundesrepublik, als kommunistischer Wirtschaftsführer.

Vračarič hatte in den Abendstunden des 30. September 1941 zusammen mit seinen Komplicen Ivan Sibl und Nicola Perkovič in Zivil in Agram mit schußbereiten Pistolen auf Deutsche gelauert. Ahnungslos kehrten der Gefreite Werner Strake und zwei Soldaten des Agramer Kommandos Flughafenbereich 1/XVII von einem Kinobesuch in die Unterkunft zurück. Befehlsgemäß trugen damals in Agram die Mannschaftsdienstgrade der Deutschen Wehrmacht außer Dienst keine Schußwaffen; die drei Soldaten mit ihren Seitengewehren waren damit praktisch wehrlos.

Vračarič und sein Mordgeselle ließen die Deutschen auf nächste Nähe heran und eröffneten dann das Feuer. Ein 19jähriger Luftwaffensoldat wurde sofort getötet, Strake erlag 5 Tage später seinen Verletzungen. Der

dritte wurde wohl schwer verletzt, kam aber mit dem Leben davon. Natürlich flüchteten die Mörder augenblicklich.

Vračarič war aber als Titopartisan von kroatischen Passanten erkannt und den Deutschen gemeldet worden. Darum wurde er im Reichskriminalblatt vom 30. Oktober 1941 als Mörder zur Fahndung ausgeschrieben. Aber er wurde nie erwischt.

Der Schweizer Polizei war Vračarič 1961 wegen seiner wiederholten Besuche verdächtig geworden. Die Eidgenossen forschten nach und stießen dabei auf die Eintragung im Reichskriminalblatt. Die Schweizer Polizei verständigte ihre westdeutschen Kollegen, daraufhin wurde die Staatsanwaltschaft Konstanz mit der allfälligen Behandlung des Falles Vračarič beauftragt und ein Haftbefehl ausgestellt. Bei der Kontrolle der Hotelmeldezettel stieß die Münchener Polizei auf den Mörder und nahm ihn fest.

Kaum war der Mörder in Haft genommen, begann eine weltweite Hetze gegen die unverschämten Deutschen, die es wagten, einen alliierten Mord ahnden zu wollen. Der Konstanzer Oberstaatsanwalt Dr. Gulden kam eilig nach München und vernahm Vračarič 4 Stunden lang. Der Mörder gab offenherzig zu: »Ich war mit zwei Mitkämpfern in Zagreb unterwegs. Pistole unter der Zivilkleidung. Wollte es der Zufall, daß wir drei deutschen Fliegern begegneten, es war am 29. oder 30. September 1941. Wir ließen sie so weit an uns herankommen, daß der Kampf (!) zu unseren Gunsten ausfiel.«

Nachdem Vračarič dieses Mordgeständnis abgelegt hatte, wurde er unverzüglich aus dem Gefängnis entlassen. Er wurde unter dem polizeilichen Schutz zweier Streifenwagen bis zur Salzburger Grenze geleitet, und auf Wunsch des jugoslawischen Generalkonsulates von München wurden auch noch die erkennungsdienstlichen Unterlagen – Fingerabdrücke und Lichtbilder – vernichtet.

In Bonn wählte der Bundestag am 8. November den früheren CDU-Abgeordneten Hellmuth Heye zum neuen Wehrbeauftragten.

Um diese Zeit tauchte ein grauenhaftes Phänomen in den westdeutschen Frauenkliniken auf: Immer mehr mißgestaltete Kinder kamen zur Welt. Ihre Ärmchen und Beinchen waren entsetzlich verkrüppelt, oftmals fehlten die Gliedmaßen überhaupt. Professor Dr. Hans-Rudolf Wiedemann, Direktor der Städtischen Kinderklinik in Krefeld, konstatierte im September 1961 als erster erschreckt, daß in zehn Monaten in der Kinderklinik dreizehn solche Mißgeburten zur Welt gekommen waren, während

es vorher in zehn Jahren nur viermal ähnliche Fälle gegeben hatte. Außerhalb Krefelds mußte Wiedemann 45 solche Mißgeburten feststellen.

Der Hamburger Kinderarzt, Dr. Widukind Lenz, Dozent an der dortigen Frauenklinik, warnte kurz darauf vor dem häufig gebrauchten Schlafmittel »Contergan«, das er auf Grund sorgsam ausgewerteter Fragebögen, die er die unglücklichen Mütter ausfüllen ließ, in Zusammenhang mit den Mißgeburten brachte. Am 16. November 1961 teilte Dr. Lenz der herstellenden Arzneimittelfabrik Chemie-Grünethal telefonisch seinen Verdacht mit, daß »Contergan« die Ursache dieser Mißbildungsepidemie sein könnte, und forderte auf, das »Contergan« aus dem Handel zu ziehen. Das geschah nach längerem Zögern.

Mit dem Verschwinden des »Contergan« gingen die Mißgeburten langsam wieder zurück, aber rund 4000 hilflose, unsagbare arme »Contergan-Kinder« bezahlen den Irrtum der chemischen Wissenschaften mit einem Leben, das kaum als solches bezeichnet werden kann.

Am 19. November brach im italienischen Gefängnis von Bozen der 28jährige Südtiroler Karl Höfler beim üblichen Spaziergang im Gefängnishof zusammen und starb, obwohl er eilig ins Krankenhaus geschafft wurde, an einer Gehirnemboli. Die Mutter, die den Vorfall erst aus der Zeitung erfuhr, stellte nun gegen die Karabinieri Strafantrag. Höfler war mit seinen beiden Brüdern Franz und Luis am 15. Juli festgenommen und von den Karabinieri unter der Leitung derer Offiziere de Roa und Marzollo regelrecht gefoltert worden, um von ihnen Geständnisse zu erpressen. Jetzt wurde bekannt, daß nahezu alle Verhafteten von den Karabinieri mißhandelt, nicht wenige sogar regelrecht gefoltert worden waren. Luis Gutmann erlitt bei den »Vernehmungen« Rippenbrüche, Sepp Innenhofer Wirbelsäulenverletzungen und Franz Muther Gehörstörungen.

Am 23. November ordnete das amerikanische Hauptquartier in Heidelberg an, daß ein ostdeutscher Flüchtling, der auf einen amerikanischen Militärzug aufgesprungen war, während dieser von Berlin nach Westdeutschland fuhr, den sowjetischen Kontrollorganen übergeben wurde. Die Sowjets hatten den amerikanischen Militärzug in Marienborn gestoppt und die Herausgabe des Flüchtlings gefordert. Eine Aufforderung, der die Amerikaner sofort nachkamen.

Eine echte publizistische Sensation stellte das Werk des amerikanischen revisionistischen Historikers Professor David L. Hoggan »Der erzwungene Krieg« dar, welches in deutscher Sprache in der Bundesrepublik erschien und die letzte Verantwortung für den Ausbruch des zweiten Weltkrieges

weit weniger Deutschland als England und Polen anlastete. Das Buch wurde sofort von der Meute der Linksintellektuellen in allen Instituten der öffentlichen Meinungsbildung angegriffen und lächerlich gemacht.

In Graz fand vor einem Schöffensenat am 6. und 7. Dezember 1961 ein Prozeß gegen 5 Österreicher statt, die angeklagt waren, den Südtiroler Freiheitskämpfern Sprengstoff geliefert zu haben. Der Hauptangeklagte Kurt Welser wurde zu einem Jahr, seine Frau Elisabeth zu 6 Monaten, Ottokar Destaller zu 8 Monaten und Ludwig Messerklinger zu 6 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Nachdem die Bundesregierung die jugoslawische Regierung darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Paul Wüllner, der schon im Landtag erklärt hatte, daß der jugoslawische Konsul von München, Pedrag Grabovac, 1944 mehrere hundert deutsche Kriegsgefangene ermorden ließ, Strafanzeige gegen Grabovac gestellt hatte und ein Ermittlungsverfahren zu erwarten sei, wurde Grabovac abberufen. Er reiste in der Nacht vom 7. und 8. Dezember unter deutschem Polizeischutz mit seinem Dienstwagen über den Autobahngrenzübergang Schwarzbach aus der Bundesrepublik aus.

Zwei Tage zuvor hatte der mitteldeutsche Lokomotivführer Harry Deterling auf eine ungewöhnliche Weise die Flucht von 25 Ostberlinern nach Westberlin ermöglicht. Deterling durchfuhr die letzte Station Albrechthof mit seiner mit Menschen überladenen Lokomotive mit hoher Geschwindigkeit und machte erst in Spandau Halt.

Der DDR-Staatssekretär Otto Winzer legte am 12. Dezember einer Pressekonferenz in Ostberlin Material über 185 angebliche Nazidiplomaten vor, die heute in Bonner Diensten stehen. Namentlich wurden genannt: Außenminister Dr. Gerhard Schröder, Leiter der Ostabteilung Franz Krapp, Leiter der handelspolitischen Abteilung Dr. Helmut Allardt, die Botschafter Oswald Freiherr von Richthofen, Dr. Hasso von Etzdorf, Professor Dr. Wilhelm Grewe und andere mehr. Alle Unterlagen über »NS-Verbrechen« wurden stets mit einer Diffamierung der Deutschen Bundesrepublik gekoppelt.

In Jerusalem ging Anfang Dezember der Eichmann-Prozeß zu Ende. Alle Bemühungen der Verteidigung, die Unzulänglichkeit des Prozesses dem Gericht klarzumachen, waren mißlungen. Am 13. Dezember beantragte Generalstaatsanwalt Hausner die Todesstrafe, während Adolf Eichmann in seinem Schlußwort erklärte, daß er sich in seiner Hoffnung, Gerechtigkeit vor dem Gericht zu finden, getäuscht sehe. Seine Schuld be-

stehe in seinem Gehorsam und in seiner Respektierung der Disziplin, einer militärischen Verpflichtung in Kriegszeiten, und seines Treueides, den er als Soldat und als Funktionär geleistet habe. Gehorsam sei zur damaligen Epoche gefordert worden, wie dies auch in der Zukunft von jedem Untergebenen gefordert werden würde. Eichmann betonte, daß er keine Blutschuld auf dem Gewissen habe und nicht das Ungeheuer sei, das man aus ihm machen wolle. Er sei zutiefst überzeugt, daß er für Handlungen verantwortlich gemacht werde, die andere begangen hätten. Er müsse ertragen, was ihm das Schicksal auferlegt habe.

Am 15. Dezember fällte das Gericht von Jerusalem gegen Eichmann das Todesurteil, gegen das Berufung eingelegt wurde.

Auch 1961 konnten von den 2 120 419 bekanntgewordenen Straftaten nur 1 374 306 aufgeklärt werden. 382 Menschen wurden in diesem Jahr ermordet, 11 706 wählten den Freitod. Bei Verkehrsunfällen mußten in der Bundesrepublik 14 162 Menschen ihr Leben lassen.

DIE MAUER IM SCHUTZE VON OST UND WEST

Botschafter Kroll wird abgeschossen / Charles de Gaulle beglückwünscht die deutsche Jugend / Leibbrand-Prozeß in Stuttgart / Verunglückte Aktion gegen den »Spiegel« / Rektor Rühsen in den Tod gehetzt / Umstrittene Entwicklungshilfe / Trienter Prozeß gegen die Folter-Karabinieri / Adenauer und Globke treten ab / Auschwitz-Prozeß in Frankfurt / Mit Nagold gegen die Bundeswehr

In Südtirol sprengten in der Silvesternacht die Freiheitskämpfer einen Hochspannungsmast bei Kaltern. Auch aus anderen Teilen des schwergeprüften Landes wurden neue Demonstrationssprengungen gemeldet.

Das Vertriebenenministerium in Bonn gab am 2. Januar 1962 bekannt, daß 1961 insgesamt 207 026 Mitteldeutsche in die Bundesrepublik geflohen waren. Alles in allem waren damit von 1945 bis Ende 1961 über 3 177 300 Deutsche aus dem kommunistischen Zuchthaus Ulbrichts entwichen. Doch immer war es nicht reibungslos abgegangen. Schwere Blutopfer waren dabei zu beklagen. Von den kommunistischen Grenztruppen wur-

den an der Zonengrenze erschossen: Dr. Hermann Hille (29. 1. 49) Richard Hillebrand (28. 1. 51), Gerhard Palzer (29. 7. 52) Max Grübner (9. 11. 55), ein unbekannter Flüchtling am 23. 7. 56, der Stabsgefreite der Nationalen Volksarmee Braun im September 1959, Kurt Lichenstein (12. 10. 61). In und um Berlin: Roland Scholz (23. 3. 56) drei unbekannte Flüchtlinge noch vor Errichtung der Mauer im August 1961, ein unbekannter Volkspolizist (13. 8. 61), Günter Lifin (24. 8. 61), ein unbekannter Flüchtling am 29. 8. 61, ein unbekannter Volkspolizist Ende August 1961, Axel Brückner Ende September 1961, Bernd Lünser (4. 10. 61) Udo Düllick und ein unbekannter Flüchtling am 5. 10. 61, Werner Probst (14. 10. 61), vier unbekannte Flüchtlinge im Oktober 1961, zwei unbekannte Flüchtlinge Anfang November 1961, Mitte November 1961 Lothar Lehmann, der Österreicher Dieter Wohlfahrt (9. 12. 61) und Ingo Krüger (10. 12. 61).

Deutsche von Deutschen erschossen, weil sie von Deutschland nach Deutschland wollten!

Wohlfahrt, ein 20jähriger Student der Westberliner Technischen Universität, war erschossen worden, als er Freunden aus Ostberlin zur Flucht über die Mauer helfen wollte. Er gehörte zu jener Gruppe idealistischer junger Leute, die unter der Mauer Tunnel gruben, durch die dann viele Hunderte Mitteldeutsche und Ostberliner flüchten konnten. Diese Fluchthelfer halfen Ehepaaren, ihre Eltern zu holen, Verlobten ihre Bräute, Arbeitern ihre Ostberliner Grenzgänger-Kollegen. Alle wagten Freiheit und Leben. Bald wurden sie nicht nur im Osten mit drakonischen Strafen verfolgt, sondern auch im Westen von der Westberliner Polizei behindert und von einem Großteil der linkseingestellten westdeutschen Massenpresse mit Haß und Gemeinheit begeifert.

Der 28jährige Schweizer Bankkaufmann Andreas Stalder, der Westberliner Student Klaus-Dieter Minx und der Ostberliner Student Wolfram Wurche wurden als »Menschenhändler« vom kommunistischen Staatssicherheitsdienst verhaftet. In den ersten Monaten nach der Errichtung der Mauer fielen so 146 Fluchthelfer den Pankower Kommunisten in die Hände. Der bekannteste war der mitteldeutsche Radrennsportler Harry Seidel, der am 29. Dezember 1962 zum Tode verurteilt und nach großen Protestaktionen in der ganzen Welt schließlich zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt wurde.

Manche Mitteldeutsche kamen als Einzelgänger auf abenteuerliche Weise nach dem Westen. Der 32jährige Ostberliner Fachlehrer Fritz Berger entdeckte bei einem Bekannten eine alte tschechische Offiziersuniform,

die er sich unter dem Vorwand eines Maskenballes auslieh. Ein altes Krätzchen wurde amerikanisiert, ein verwaschenes SA-Hemd ausgebügelt, und als er noch zwei amerikanische Uniformknöpfe auftrieb, schritt er als »Amerikaner« lässig auf den Ausländerübergang Friedrichstraße Checkpoint-Charly zu, grinste freundlich über eine randlose Brille, die besonders amerikanisch wirkte, die Vopos an, die ebenso lässig den »amerikanischen Offizier« grüßten. Ein paar Schritte, und Berger hatte Westberlin erreicht.

Der Ostberliner Photoreporter Horst Beyer charterte für Aufnahmen »tapferer DDR-Verteidiger« wohlgestaltete Sportlerinnen des Ostberliner Vereins »Rotation«, drückte ihnen Blumensträußchen in die Hände und wanderte in dieser Begleitung zur Mauer. Befehlsgemäß gaben die ahnungslosen Mädchen Volksarmisten die Blumen zum Dank für ihren »schweren Dienst am antifaschistischen Schutzwall«. Wie ein Regisseur stellte Beyer die Grenzsoldaten und die Mädchen für die Aufnahmen und näherte sich dabei, immer eifrig photographierend, dem Grenzübergang. Plötzlich war er auf der westlichen Seite, ohne daß ein Schuß gefallen war.

Nur wenige waren so glücklich. Für viele endete ihr Versuch, die Mauer zu überqueren, im Zuchthaus, im Lazarett oder gar mit dem Tode.

Der Oberregierungsrat des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Fritz Tobias, hatte eine juristische Studie über den Reichstagsbrand 1933 geschrieben, die dann fortsetzungsweise im »Spiegel« erschien. Ursprünglich wollte Tobias wissenschaftlich die Brandstiftung dem Nationalsozialismus nachweisen. Auf Grund des sehr sorgsam bearbeiteten Materials mußte er aber feststellen, daß die Nationalsozialisten an der Reichstagsbrandstiftung im Februar 1933 nicht beteiligt waren und sie die alleinige Tat des holländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe gewesen war. Als die Studie als Buch erschien, war ihr Verkauf am 19. Dezember 1961 durch eine einstweilige Verfügung von Hans Bernd Gisevius gestoppt worden.

Fritz Tobias hatte nämlich in seinem Buch auch an der schillernden Vergangenheit von Gisevius nicht vorbeigehen können. Gisevius, der Massenbelastungszeuge der Alliierten in Nürnberg und Pseudohistoriker der Umerziehung, hatte als Studentenführer nach der Machtergreifung Hitlers seine deutschnationalen »Kampfringe« in Düsseldorf der NSDAP eingegliedert und war als Assessor in die Dienste der Berliner Gestapo getreten. Später konspirierte er gegen die Nationalsozialisten, ging aber



Die Berliner Mauer, die Stadt und Bevölkerung unbarmherzig auseinanderriß, wurde nicht nur von den kommunistischen Grenztruppen bewacht. Auch die Westalliierten schützten die Schandmauer mit blanken Bajonetten.



In Lippoldsberg starb der große Mahner und Dichter der Deutschen, Hans Grimm, unbeachtet vom Wirtschaftswunder (oben, Grimm auf einem Dichtertag in Lippoldsberg). In Düsseldorf wählte der gehetzte Dichter und Lehrer Hans Venatier (hier im Schulzimmer) den Opfertod (unten rechts). In Geesthacht wurde Rektor Dr. Georg Rühsen regelrecht in den Tod gejagt.



trotzdem 1940 als deutscher Vizekonsul in die Schweiz, wo er schließlich Konfident des amerikanischen Geheimdienstchefs Allen W. Dulles wurde.

In seinem Erinnerungsbuch »Bis zum bitteren Ende« behauptete Gisevius nicht nur, daß der Reichstag von den Nationalsozialisten angezündet wurde, sondern führte als Beweis die Erzählungen eines Justizangestellten Karl Reineking, dem dies wieder ein gewisser Rall erzählt haben soll, an. Rall war ein Krimineller, der der SA-Stabswache Berlin angehört haben will. Nach diesen nebulosen Erzählungen, welche die deutsche Öffentlichkeit als historische Wahrheit aufgetischt bekam, wurde der Reichstag von einer SA-Gruppe unter der Leitung eines Gewehr angezündet.

Zum Pech Gisevius' lebt dieser Hans Georg Gewehr als Bauingenieur in Düsseldorf. Oberstaatsanwalt Dr. Schindler leitete nun gegen Gewehr ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen »Verdachts der Teilnahme am Reichstagsbrand« ein. Am 4. Januar 1962 stellte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Gewehr hatte beweisen können, daß er überhaupt nichts mit dem Reichstagsbrand zu tun hatte. Der verzweifelte Versuch Gisevius', sein »Werk« als eine wissenschaftliche Publikation werten zu lassen, wurde vom Gericht obendrein noch abgewiesen. Dessenungeachtet gilt dieses Buch »Bis zum bitteren Ende« in den Schulen und in der Öffentlichkeit als ein »historisches« Dokument!

Die diplomatische Korrespondenz des Amerika-Dienstes berichtete am 8. Januar, Präsident Kennedy habe erklärt, als die Mauer errichtet wurde, seien ihm keine Vorschläge zu ihrer Niederreißung gemacht worden, auch nicht vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt. Kennedy bekannte, daß der Westen einen Fehler begangen habe, so lange dem Vorgehen ostdeutscher Kommunisten in Berlin schweigend zugesehen zu haben.

Kennedy hatte zu dieser späten Erkenntnis allen Grund: Die Pankower griffen die Westalliierten mit zunehmender Konsequenz an. Sie protestierten gegen amerikanische Truppenablösungen in Westberlin, sie forderten amerikanische Beamte zur Ausweisleistung auf, bei Nichtbefolgung verweigerten sie ihnen den Zutritt nach Ostberlin, und Ulbricht kündigte für alle Ausländer, die Ostberlin besuchen wollten, Visumzwang an. Staatssekretär Winzer bestritt, daß es überhaupt ein Viermächteabkommen über den zivilen Luftverkehr nach Berlin gäbe.

Die Bozener Zeitung »Dolomiten« veröffentlichte am 9. Januar 1962 einen Brief des Südtirolers Anton Gostner, den dieser am 16. August 1961 an seinen Rechtsanwalt, Dr. Fritz Egger, geschrieben hatte. Gostner schilderte darin, wie er am 18. Juli 1961 aus der ordentlichen, gerichtlichen

Untersuchungshaft in die Karabinieri-Kaserne nach Bozen überstellt worden war. Dort hatten ihn die Karabinieri tagelang gefoltert, um aus ihm ein Geständnis zu erpressen. Am 7. Januar 1962 starb Gostner an Herzschlag im Bozener Gefängnis. Er stand im 41. Lebensjahr und war Vater von 5 Kindern. Schon am 22. November 1961 war der 28jährige Südtiroler Franz Höfler im Bozener Gefängnis an Gehirnembolie gestorben. Höfler hatte mit 30 weiteren Südtirolern Anzeige wegen entsetzlicher Folterungen durch die Karabinieri erstattet.

Die Weltöffentlichkeit, die sich bei jeder Gelegenheit über jede Benachteiligung eines Negerkrals in Afrika erregte, schwieg eisern zu diesen Massenverbrechen der Italiener mitten in Europa.

Nach einer Mitteilung des Bundesjustizministeriums wurden in der Bundesrepublik bis zu diesem Zeitpunkt 12 715 Deutsche wegen »Kriegsverbrechen« angeklagt. Deutsche Gerichte verurteilten 12 Angeklagte zum Tode; die Urteile wurden nicht vollzogen, da inzwischen die Todesstrafe abgeschafft worden war, sondern in lebenslanges Zuchthaus verwandelt. Weitere 68 wurden zu lebenslanger Haft verurteilt, 5178 erhielten zeitlich begrenzte Freiheitsstrafen, weit über 4000 wurden freigesprochen und in weiteren 2500 Fällen die Verfahren überhaupt eingestellt. Trotzdem lief die einseitige Kriegsverbrecherjustiz gegen Deutsche auf vollen Touren weiter.

In Ostberlin verabschiedete die Volkskammer am 24. Januar das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für die Mitteldeutschen, die eine 18monatige Dienstleistung vorsah.

Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg veröffentlichte am 22. Januar einen Bericht, demzufolge Ende 1961 über 540 000 mehr Arbeitnehmer in Arbeit standen als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik erreichte damit 20,8 Millionen; die Zahl der Arbeitslosen sank auf 161 000.

Nachdem am 25. Januar in den »Dolomiten« 75 Südtiroler Frauen und Kinder die Karabinieri öffentlich der Folterung beschuldigten und berichteten, daß sie bei Besuchen in den Gefängnissen noch an den Gesichtern der Männer Spuren der Mißhandlungen erkennen mußten, wurde am 1. Februar in Trient beim Appellationsgerichtshof ein italienisches Richterkollegium mit der Untersuchung der Vorwürfe gegen die Karabinieri beauftragt.

In der Nacht vom 16. zum 17. Februar 1962 kam es in Norddeutschland zu einer der schwersten Flutkatastrophen seiner Geschichte. Orkan-

artige Springfluten zertrümmerten die Deiche und jagten durch die Elbemündung nach Hamburg hinein. Neben 337 Toten, davon in Hamburg allein 312, war ein Schaden von 2,89 Milliarden DM zu beklagen.

In diesen Gefahrtagen bewährte sich die junge deutsche Bundeswehr hervorragend. Dem tapferen Einsatz der jungen Soldaten verdankten viele Hunderte ihr Leben; sechs junge Soldaten und ein Polizist starben in diesen Einsätzen.

In Rom wurden am 26. Februar 7 bundesdeutsche und österreichische Studenten verurteilt, die im September 1961 versucht hatten, mit Demonstrationssprengungen in Italien den Südtirolern zu Hilfe zu kommen. Infolge der technischen Unerfahrenheit der Studenten war es aber nirgendwo zu einer wirklichen Sprengung gekommen. Trotzdem erhielten die Österreicher Helmut Wintersberger, Rainer Mauritz und Richard Schwach je 5 Jahre und 4 Monate Kerker. Der Österreicher Helmut Golowitsch und die Bundesdeutschen Albert Meurer, Johannes Klein und August Schlegel wurden zu je 4 Jahren Kerker verurteilt.

In Berlin verlautbarte das Ostberliner Innenministerium am 2. März, es sei von der Sowjet-Kommandantur ersucht worden, dem amerikanischen Stadtkommandanten, General Albert Watson, den Zugang nach Ostberlin nicht mehr zu gestatten. Auf diese Provokation erklärte ein amerikanischer Militärsprecher lediglich: General Watson beabsichtigte gar nicht, sich nach Ostberlin zu begeben.

Anfang März kam es um den seit 4 Jahren in Moskau mit gutem Erfolg wirkenden bundesdeutschen Botschafter, Dr. Hans Kroll, zu einem politischen Skandal. Die Hamburger Zeitung »Die Welt« hatte am 17. Februar, ohne den Namen zu nennen, von einem deutschen Diplomaten berichtet, der unter allen Umständen einen deutsch-sowjetischen Ausgleich anstrebe. Dieser Diplomat, hieß es, rate sogar, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zuzustimmen und die politische Trennung Westberlins und seine Entmilitarisierung zu akzeptieren. Darüber hinaus träte dieser Diplomat für einen Zehn-Milliarden-DM-Kredit für die UdSSR ein. Adenauer und Mende wurden schließlich aufgefordert, von diesem Kapitulationsplan, der noch schlimmer wäre als die Pläne von 1945, öffentlich abzurücken, sonst könnte man annehmen, dieser Diplomat spräche im Namen der Bundesregierung.

Allen war sofort klar, daß es sich nur um den Botschafter Kroll drehen konnte, der es verstanden hatte, bis zu einem gewissen Grad das Vertrauen Chruschtschows zu gewinnen. Kroll war deswegen bei den West-

mächten, die noch immer an dem Rapallo-Komplex litten, mißliebig geworden.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, der CDU-Abgeordnete Dr. Kaspar Krüger, protestierte gegen solche Kapitulationspläne. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, forderte Bundesregierung und Bundestag auf festzustellen, ob solche Äußerungen gefallen seien.

Botschafter Dr. Kroll meldete sich mit einer dpa-Erklärung am 28. Februar zu Wort und bezeichnete die angeblichen Äußerungen als eine glatte Lüge. Kroll bekannte, daß er sich die ganzen vier Jahre für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen eingesetzt habe, jedoch keinesfalls um jeden Preis, sondern unter der Voraussetzung der uneingeschränkten Wahrung deutscher fundamentaler Lebensrechte, insbesondere des Rechtes auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung. Kroll betonte, daß er sich in allen diesen Fragen in voller Übereinstimmung mit der Bundesregierung befände, und schloß: »Die gegen mich von interessierter Seite eingeleitete Verleumdungskampagne ist auf das Ziel gerichtet, meine Position in Moskau unmöglich zu machen und dadurch weitere Bemühungen um eine Entspannung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zu sabotieren. Ich bin der Ansicht, daß die Drahtzieher der Kampagne nicht übersehen können, daß sie mit den Angriffen gegen meine Person elementare außenpolitische Interessen der Bundesrepublik aufs Spiel setzen.«

Das Auswärtige Amt in Bonn untersagte darauf am 1. März Kroll, weitere Erklärungen abzugeben, Kanzler Adenauer beorderte den Botschafter umgehend nach Bonn zur Berichterstattung. Am 7. März empfing Außenminister Schröder Kroll zu einer zweistündigen Aussprache und verhängte anschließend über die Affäre Kroll eine totale Nachrichtensperre. Der Botschafter selbst mußte einen »Erholungsurlaub« antreten.

Der zweite Botschaftsrat in Moskau, Dr. Wilhelm Hartlieb, der sich vor Journalisten sehr abfällig gegen seinen Botschafter äußerte, wurde von seinem Posten abberufen.

Doch Kroll war gestürzt. Unsichtbare Fäden hatten die bundesdeutschen Marionetten tanzen lassen, als am Horizonte die Möglichkeit eines deutsch-russischen Ausgleichs auftauchte.

In Westberlin begann nach zweijähriger Vorbereitung der Prozeß gegen 6 Mitglieder des Bundes nationaler Studenten und 6 Mitglieder der Nationalen Jugend Deutschlands. Der Hauptzeuge der Anklage, die den

Jugendlichen Neonazismus vorwarf, war der Agent Günter Welter, der planmäßig in die NJD eingeschleust worden war. Welter, der nach 1945 vor westdeutschen Gerichten empfindlich als Homosexueller abgestraft worden war, machte vor Gericht keine sehr überzeugende Figur, so daß nach dreiwöchiger Dauer der Prozeß wegen Erkrankung des Vorsitzenden ausgesetzt werden mußte.

Bei der Premiere von Friedrich Schillers Freiheitsdrama »Wilhelm Tell« kam es am 10. März im Ostberliner Theater zu regelrechten Demonstrationen, obwohl Intendant Wolfgang Langhoff das Stück weitestgehend beschnitten hatte. Als Ruodi händeringend ausrief: »Gerechtigkeit des Himmels, wann wird der Retter kommen diesem Land?« dröhnte ein Beifall los, der das ganze Theater erzittern ließ. Daraufhin wurde sofort das Licht eingeschaltet. Die Zuschauer saßen regungslos auf ihren Plätzen.

Auf seinem Gut Triangel in Niedersachsen verstarb im 80. Lebensjahr der volksbewußte deutsche Dichter Will Vesper, der vor allem durch sein Werk »Das harte Geschlecht« bekannt geworden war.

In Berlin tagte zum ersten Mal in der Geschichte der Evangelischen Berlin-Brandenburgischen Kirche vom 12. bis 16. März die Synode in beiden Teilen der Stadt getrennt. Die Mauer lief nun auch quer durch die Kirchen.

Der Stadtrat von Bayreuth, Adolf Wolf, ehemals Generalmajor der Deutschen Wehrmacht, las im Frühjahr 1963 das weltbekannte Kriegsbuch von Cornelius Ryan, »Der längste Tag«, in dem die alliierte Invasion in der Normandie geschildert wurde. Er stieß dabei auf folgende Darstellung: »Obermatrose Edward Ashworth von einem Landungsboot, das Truppen und Panzer auf dem Strand bei Corseulles abgesetzt hatte, sah kanadische Soldaten mit sechs deutschen Kriegsgefangenen in einiger Entfernung hinter einer Düne verschwinden. Ashworth hielt den Augenblick für gekommen, sich einen deutschen Stahlhelm als Andenken zu besorgen. Er rannte den Strand hinauf, und in den Dünen entdeckte er die sechs Deutschen. Sie ›lagen alle ganz verkrampft da‹.

Ashworth bückte sich über einen der Toten, immer noch entschlossen, sich einen Helm zu holen. Aber da sah er, daß ›dem Mann die Kehle durchgeschnitten worden war – allen sechs hatte man die Kehlen durchgeschnitten‹, und Ashworth wandte sich ab. Ihm war ›kotzübel wie einem Papagei. Ich kam doch nicht zu meinem Stahlhelm.‹«

Wolf erstattete am 16. März 1963 bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt, da er nicht wußte, wer diese scheußlichen Kriegs-

verbrechen an Deutschen, die demonstrativ der ganzen Welt bekannt gemacht worden waren, im Gefechtsbereich der 7. Kanadischen Infanteriebrigade, die unter dem Befehl des Brigadegenerals H. W. Forster stand, begangen hatte. Der Bayreuter Oberstaatsanwalt Dr. Helmut Paulick teilte dem Anzeiger Wolf im August 1963 dann mit: »Das Verfahren ist ohne Aufnahme von Ermittlungen einzustellen, weil die deutsche Gerichtsbarkeit gemäß Teil I Art. 3, Absatz I des Überleitungsvertrages vom 23. 10. 1954 i. d. F. der Bekanntmachung vom 30. 3. 1955 (BGBl. 1955, II, S. 405 ff.) ausgeschlossen ist.« Damit hatte General Adolf Wolf in aller Öffentlichkeit aufs neue die Einseitigkeit der ganzen Kriegsverbrecherjustiz in Westdeutschland unter Beweis gestellt: Alliierte Kriegsverbrecher bleiben straffrei!

Aus England meldete sich obendrein jener ehemalige Obermatrose Edward Ashworth, auf den sich Ryan in seiner Mordschilderung beruft, bei den Behörden und bestätigte nochmals das alliierte Kriegsverbrechen in vollem Umfange.

In Montreal wandte sich Dr. Rolf Zick hintereinander an das Kanadische Justiz- und Verteidigungsministerium und fragte an, was nun die Kanadier zur Klärung dieses Kriegsverbrechens zu tun gedächten. Beide Ministerien gaben nicht einmal eine Antwort.

Das in den Kieler Howaldt-Werften nach dem zweiten Weltkrieg gebaute erste deutsche U-Boot wurde am 20. März der deutschen Bundesmarine übergeben.

Wolfgang Fraenkel trat als Nachfolger des verabschiedeten Generalbundesanwalts Max Güde am 30. März sein Amt an.

Ostdeutsche Grenztruppen und Volkspolizisten beschossen britische und amerikanische Militärwagen in Berlin und schossen förmlich Scheibe auf flüchtende Deutsche. Ein unbekannter Flüchtling fiel zu Jahresbeginn, außerdem Alfred Bendt (18. 1. 62), Dorit Schwiel (19. 2. 62), Heinz Jercha (27. 3. 62).

Im oberbayerischen Geretsried starb am 12. April 1962 im Alter von 83 Jahren der aus Prag stammende Dichter und Philosoph Erwin Guido Kolbenheyer, Ehrendoktor zweier Universitäten, Ehrenmitglied der Wiener Akademie, Träger des Frankfurter Goethepreises, des Wiener Bauernfeld-Preises, des Adalbert-Stifter-Preises, des Literatur-Preises der Stadt München, dessen Paracelsus-Trilogie, der Spinoza-Roman »Amor Dei« neben zahlreichen anderen Werken zu den großen dichterischen Aussagen der zeitgenössischen deutschen Literatur zählen.

Der Luftverkehr von der Bundesrepublik nach Westberlin wurde immer wieder durch Sowjetmaschinen behindert; die Westalliierten protestierten.

Stark erwiesen sich die Amerikaner dagegen, wenn es um deutsche Belange ging. Sie verweigerten am 12. April endgültig die Herausgabe des bei Kriegsausbruch beschlagnahmten deutschen Vermögens in den USA in Höhe von 2270 Millionen DM. Dafür gestand US-Staatssekretär Rusk am 26. April der DDR Befugnisse über die Zufahrtswege nach Berlin zu, indem er auf einer Pressekonferenz ausführte: »... daß wir unsererseits den freien Zugang und die Ausübung örtlicher Pflichten und Befugnisse durch diejenigen, die in dem Gebiet sind, durch das sich der Zugangsverkehr bewegt, nicht für unvereinbar halten.«

In der Nacht des 5. Mai glückte es, dank der aufopfernden Arbeit von Westberliner Fluchthelfern, 12 Flüchtlingen, unter der Führung eines 81-jährigen Mannes durch einen Tunnel von Glienecke nach Reinickendorf zu entkommen.

An der Saar trat am 6. Mai Dr. Heinrich Schneider von der Führung der Demokratischen Partei Saar »aus persönlichen und politischen Gründen« zurück. Damit war der letzte Akt der Saar-Tragödie beendet. Für jene Männer, die die Saar nach Deutschland heimgeführt hatten, war in der bundesdeutschen Politik kein Platz.

In Jerusalem bestätigte am 29. Mai 1962 das Appellationsgericht nach einer einwöchigen Verhandlung unter dem Vorsitz Isaak Olshans das Todesurteil gegen Adolf Eichmann. Am selben Tag richtete Eichmann auf Weisung seines Verteidigers Dr. Servatius ein Gnadengesuch an den israelischen Staatspräsidenten Isaak Ben Zvi, der von allen Teilen der Welt Hunderte Briefe und Telegramme bekam, die um Gnade für Eichmann baten. Unter den Interpellanten befanden sich eine Gruppe von Professoren der hebräischen Universität von Jerusalem mit Professor Dr. Martin Buber, der die Hinrichtung »einen Fehler geschichtlichen Ausmaßes« nannte, und die Central Conference of American Rabbis, die Vertretung der Reformistischen Juden Amerikas. Victor Gollancz hatte sich in London gegen Prozeß und Hinrichtung ausgesprochen, der frühere amerikanische Ankläger von Nürnberg, Telford Taylor, in »The Spectator« erklärt: »In der Tat wird Israel in sehr schlechtem Lichte dastehen, wenn Eichmann hingerichtet wird, denn die Todesstrafe ist aus dem israelischen Strafgesetz längst abgeschafft worden und wurde nur in dem Gesetz über Nazi und Nazi-Kollaborateure beibehalten.«

Präsident Ben Zvi lehnte am 31. Mai gegen 22.00 Uhr alle Gnadengesuche ab. Dann ging alles mit geradezu hysterischer Überstürztheit. Eichmann wurde knapp zwei Stunden nach der Ablehnung gehenkt. Es blieb nicht einmal Zeit für die übliche Henkersmahlzeit. Hannah Ahrendt, die bekannte jüdische Publizistin, sieht den Grund für diese Eile in der Angst, Dr. Servatius hätte die Bonner Bundesregierung zur Beantragung der Auslieferung Eichmanns zwingen können.

Eichmann bat um eine Flasche Rotwein, von der er aber nur die Hälfte austrank. Den Beistand des protestantischen Reverend William Hull, der mit ihm die Bibel lesen wollte, lehnte er mit den Worten ab: »Ich habe nur noch zwei Stunden zu leben und keine Zeit zu verschwenden.«

Die Hände wurden ihm auf dem Rücken gefesselt. Kurz vor Mitternacht ging Eichmann den 50 Meter langen Weg von seiner Zelle zum Galgen kerzengrade. Er wehrte den israelischen Gefängniswärtern, als sie ihm auch noch die Füße binden wollten: »So kann ich nicht stehen.«

Eichmann schüttelte den Kopf, als man ihm eine schwarze Binde anbot: »Nein, das brauche ich nicht.«

Unter dem Galgen sagte er zu den Israelis mit ruhiger Stimme: »In einem kurzen Weilchen, meine Herren, sehen wir uns ohnedies alle wieder. Das ist das Los aller Menschen. Gottgläubig war ich im Leben, gottgläubig sterbe ich. Es lebe Deutschland! Es lebe Argentinien! Es lebe Österreich! Das sind die drei Länder, mit denen ich am engsten verbunden war. Ich werde sie nie vergessen. Ich grüße meine Frau, meine Familie und meine Freunde. Ich hatte den Gesetzen des Krieges und meiner Fahne zu gehorchen. Ich bin bereit!«

Dann fiel sein Körper ins Nichts.

Adolf Eichmanns Leiche wurde verbrannt und seine Asche außerhalb israelischer Hoheitsgewässer im Mittelmeer verstreut.

In München lief ab 25. April 1962 unter riesigem Andrang des Publikums der Prozeß gegen die 52jährige Hausfrau Vera Brühne, geschiedene Kosiolkofsky, und den mitangeklagten Johann Ferbach. Beide wurden beschuldigt, am 14. April 1960 in Pöcking am Starnberger See den Arzt Dr. Otto Praun und dessen Haushälterin Elfriede Kloo in der Villa Prauns aus gewinnsüchtigen Gründen ermordet zu haben. Als Motiv wurde angenommen, Vera Brühne habe sich nicht damit abfinden können, daß ihr Nutzungsrecht auf Lebenszeit auf eine Luxusvilla Prauns in Spanien wieder rückgängig gemacht werden sollte.

Vera Brühne war die typische Vertreterin des süßen Schwabinger Lebens, die ihre Zeit in Weinstuben, Bars und auf privaten Parties, kurz mit mehr oder weniger galanten Abenteuern verbrachte. Johann Ferbach, ein früherer Geliebter Vera Brühnes, im Kriege als Soldat von der Ostfront desertiert und von ihr unter falschem Namen versteckt gehalten gewesen, hatte die Verbindung mit ihr nie ganz abreißen lassen. Tochter Silvia Kosiolkofsky war schon in frühester Jugend Gefährtin ihrer lebenshungrigen Mutter gewesen. Jede Person dieses Prozesses war überaus »zeitgemäß«. Das defekte Sittenmilieu, welches in diesem Prozeß aufgehellt wurde, und das geradezu aufreizende Versagen der untersuchenden Polizeiorgane bewirkten ein starkes Echo für diesen Prozeß in allen Kreisen der Bevölkerung.

Als Dr. Praun nicht in seine Praxis kam und sich auch auf Telefonanrufe nicht meldete, fuhr die Sprechstundenhilfe, Renate Meyer, nach Pöking. In Begleitung ihres Freundes, Dr. Vogel, kreuzte sie um 23.30 Uhr vor der Praun-Villa auf. Obwohl ihnen die Stille verdächtig vorkam, verständigten sie noch immer nicht die Polizei. Dr. Vogel stieg in die Villa ein und fand Dr. Praun und Haushälterin Kloo erschossen auf.

Nun endlich wurde die Polizei alarmiert, und als Leiter der Ermittlungsgruppe erschien der Kriminalobermeister Carl Rodatus. Er nahm sofort aus unerklärlichen Gründen an, daß dieser Doppelmord ein Doppelselbstmord sei, obgleich alle Gründe dagegen sprachen. Daher sicherte diese famose Ermittlungsgruppe keine Spuren, nicht einmal die aufgefundene Tatwaffe; die Polizei erschoß mit der Tatwaffe lediglich einen alten Hund. Am Tatort benutzten die Polizisten die am Tisch stehenden Gläser, natürlich auch die dazugehörigen Flaschen, ohne den Versuch zu machen, Fingerabdrücke festzustellen. Rodatus freundete sich dann, als Vera Brühne durch Hinweise aus der Bevölkerung schließlich in die Gruppe der Verdächtigen kam, mit ihr an, brachte manche Beweisstücke in ihre Schwabinger Wohnung, ermöglichte Vera Brühne auch Einsicht in die Erhebungsakten und las ihr bei den »Einvernahmen« Gedichte vor, zu denen er vorsorglich Schnaps mitbrachte. Erst als die Selbstmordtheorie endgültig zusammengebrochen war, distanzierte sich »Carlos«, wie ihn Vera Brühne zärtlich nannte, von der Beschuldigten, deren Charme er ganz und gar erlegen war.

Die Presse und vor allem die Illustrierten stürzten sich mit Wonne auf den Brühne-Fall. Am meisten auf Silvia Kosiolkofsky, die sich plötzlich im Scheinwerferlicht des öffentlichen Interesses sah. Am 8. November 1961

sagte die Tochter aus, daß ihre Mutter ihr den Doppelmord in allen Einzelheiten geschildert habe. Das war eine Sensation sondergleichen, und wieder erschien das Mädchen in allen Zeitungen und Illustrierten. Ein paar Monate später, am 14. Mai 1962, widerrief Silvia diese Aussage und erklärte, daß sie erlogen gewesen sei. Die Sachverständigen bezeichneten das Mädchen als Psychopathin.

Doch nicht nur Silvia Kosiolkofsky lieferte in diesem fragwürdigen Prozeß einen fragwürdigen Beweis. Der Rückfallbetrüger Schramm, der zu Ferbach in die Zelle gesperrt worden war, bezeugte vor Gericht, daß Ferbach ihm den Doppelmord gestanden habe.

Trotz der vielen Unklarheiten und Widersprüche, ohne Verfolgung anderer Spuren wurden Vera Brühne und Ferbach am 4. Juni 1962 wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Zwielichtigkeit des Lebens der beiden Angeklagten stand außer Zweifel, aber hatten sie auch den Doppelmord vollbracht? Dank der bodenlosen Leichtfertigkeit der ersten polizeilichen Erhebung blieb in der Öffentlichkeit nach diesem Indizienurteil ein mehr als ungutes Gefühl zurück.

In der Bundesrepublik stieg das Verbrechen immer mehr an. Eine besonders widerliche Form war der Sexualmord an Kindern. Am 23. April wurde die 13jährige Petra Giese unweit Dinslaken ermordet; am 4. Juni die 11jährige Monika Tafel aus Walsum, am 12. Juni die 5jährige Ingeborg Spiecker aus Neuß, am 19. Juni die 5jährige Monika Blank aus Essen, am 20. Juni die 13jährige Monika Bartrow aus Gelsenkirchen. Die Polizei erwies sich als nahezu hilflos.

An der Berliner Mauer erschoß am 10. Juni bei Treptow die Vopo einen 12jährigen Schüler. Zwei Tage später glückte 34 Personen eine Tunnelflucht. Am 18. Juni versuchte der 31jährige Bäcker Rudolf Müller am späten Nachmittag seine in Ostberlin zurückgebliebene Familie nach Westberlin zu bringen. Er hatte in wochenlanger Arbeit mit Fluchthelfern einen Stollen gegraben und kroch durch den Tunnel auf die Ostberliner Seite, wo bereits seine Frau mit seinen 5- und 11jährigen Söhnen und seine Schwägerin zitternd warteten. Gerade als die Familie schon in der Nähe des Tunneleingangs war, stellte sich ihnen der 20jährige Unteroffizier Reinhold Huhn entgegen. Müller schlug Huhn nieder und konnte sich und seine Familie in den Stollen retten. Sofort eröffneten andere rote Grenzpolizisten aus 30 Meter Entfernung das Feuer und trafen dabei Unteroffizier Huhn, der in der Hitze des Gefechtes von ihnen aus Versehen erschossen wurde. Sofort beschuldigten die SED-Propagandisten Müller

und die »imperialistischen Agenten«, einen DDR-Bürger ermordet zu haben.

Im Münchener Schwabing beschwerten sich in der Nacht des Fronleichnamstages Bewohner der Leopoldstraße über den Lärm, der von jugendlichen Gitarrenspielern verursacht wurde. Die Polizei, die einschreiten wollte, wurde von einer Masse jugendlicher Flanierer angegriffen und funkte Verstärkung herbei. Bald waren Hunderte Polizisten der tausendköpfigen randalierenden Menge nicht mehr gewachsen, die nicht nur den Verkehr blockierte, sondern auch Autos zertrümmerte, weibliche Passanten unflätigst belästigte, Autoreifen zerschnitt und immer wieder die Polizei mit einem Hagel von Steinen und Bierflaschen bombardierte.

Schließlich ging die Polizei rücksichtslos mit Gummiknüppeln gegen die Randalierer vor und nahm eine Reihe von ihnen fest. Der 62jährige sozialistische Direktor des Münchner Jugendamtes, Kurt Seelmann, unterstützte die Jugendlichen dabei so eifrig, daß auch er von den Polizisten verprügelt wurde. Diese Krawalle setzten sich nächtelang fort, bis die Temperaturen plötzlich absanken. Dann brachen auch die Schwabinger Krawalle zusammen. Die illegale KPD hatte von ihrer Gruppe »Geschwister Scholl« in den Krawalltagen Flugzettel verteilen lassen, und das Moskauer Regierungsblatt »Iswestija« stellte sich hinter die Demonstranten. Unter den 198 Festgenommenen befanden sich 107 Studenten und 38 Ausländer. Natürlich stellte sich die Presse nahezu geschlossen hinter die Randalierer.

Der Rektor der Münchner Universität gab zu den Vorfällen die resignierende Erklärung ab: »Die Übergriffe entspringen einer geradezu unwahrscheinlichen Langweile. Die Leute haben zuviel Geld und zuwenig Arbeit. Infolge fehlender Ideale treiben sie sich nachts in stumpfsinnigen Lokalen herum.«

Ein düsterer Abgesang für die ganze Zeit, ein qualvolles Bekennen des totalen Versagens in der Jugenderziehung.

In Berlin führten Ostberliner Arbeitstrupps, die von Volksarmisten sorgsam bewacht wurden, etwa 8 Meter hinter der bisherigen Mauer eine zweite Sperrmauer aus Betonplatten auf, um so einen Todesstreifen zu errichten, der vermint wurde. Auf alles, was sich in Zukunft auf diesem Todesstreifen bewegte, wurde geschossen. Am 28. Juni konnten die Volksarmisten drei Fluchthelfer stellen. Während Dieter Hötger und Jürgen Henning verwundet in Gefangenschaft fielen, wurde Siegfried Noffke erschossen.

Der gerade erst ernannte Generalbundesanwalt Wolfgang Fraenkel wurde am 11. Juli 1962 in den Ruhestand versetzt und gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil behauptet worden war, seine Tätigkeit bei der Reichsanwaltschaft des Reichsgerichtes von 1940 bis 1945 sei von ihm den Bundesbehörden verschwiegen worden. Drei Jahre später endete das Disziplinarverfahren mit einer Riesenblamage. Fraenkel hatte gar nichts verschwiegen.

Neben den Fluchthelfern bildeten sich in Westberlin aus jungen Idealisten aller Berufe aktive Kampfgruppen gegen die Mauer. Unter der Führung des Rechtsreferendars Gerhard Naeher sprengte eine Gruppe in der Nacht des 21. Juli an der Ecke Köthener–Stresemannstraße und in der Nacht des 25. Juli in der Niederkirchnerstraße Löcher in die Mauer, um so gegen die gewaltsame Teilung Berlins zu demonstrieren. Dabei wurde einer der Mauerattentäter, der 20jährige Maschinenschlosser Rüdiger König, durch eine vorzeitige Detonation verletzt. Die Mauerstürmer waren besonders durch die Reden Willy Brandts angespornt worden, der am 1. Mai 1962 öffentlich ausgerufen hatte: »Die Mauer ist keine Grenze, sie ist eine Schande. Wer sich mit ihr abfindet, lädt Schande auf sich.« Am 17. Juni 1962 hatte Brandt obendrein versichert: »Jeder Berliner soll wissen, daß der Regierende Bürgermeister hinter ihm steht, wenn er seine Pflicht tut, indem er von seinem Recht auf Notwehr Gebrauch macht und indem er verfolgten Landsleuten möglichen Schutz gewährt.«

Nach den Sprengungen behauptete die Westberliner »Morgenpost«, diese seien von kommunistischen SSD-Agenten als Provokationen verübt worden.

Am 6. August wurden Naeher und seine Freunde verhaftet und 14 Tage lang im Gefängnis Moabit mit Zuhältern und Dieben eingesperrt. Später wurden die Mauerattentäter wegen verbotenen Sprengstoffbesitzes zu 3 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

In der Bundesrepublik wurde der »Bund Vaterländischer Jugend« als verfassungswidrig verboten. Der Bund hatte sich bemüht, seinen jugendlichen Mitgliedern das vaterländische Geschichtsbild wieder nahezubringen und auf sportlichem Gebiet vorbildliche Betreuungsarbeit geleistet. Er war gerade wegen seiner vaterländischen Haltung bald das Ziel linksradikaler Angriffe geworden. Kleine Entgleisungen einzelner weniger Mitglieder dienten als Vorwand für das Verbot.

Verteidigungsminister Franz Josef Strauß lehnte in einer Rundfunkerklärung am 1. August 1962 die amerikanische Anregung, die Bundes-

wehr von 34 auf 40 Brigaden, das hieße bis auf 750 000 Mann, zu verstärken, ab, da die Bundesrepublik dies wirtschaftlich nicht verkraften könne. Strauß sagte, jede Planung, die über 500 000 Mann hinausginge, sei unrealistisch.

An der Zonengrenze bei Wiesenfeld wurde am 14. August eine Streife des Bundesgrenzschutzes durch Grenztruppen der Nationalen Volksarmee beschossen. Die Streife ging in Deckung und erwiderte das Feuer. Dabei fiel der Hauptmann der Volkspolizei Rudi Arnstadt mit Kopfschuß.

In Berlin versuchte am 17. August 1962 der junge Ostberliner Bauarbeiter Peter Fechter mit einem Freund an der Zimmerstraße über die Mauer zu kommen. Sie wurden von Volkspolizisten ausgemacht und unter Feuer genommen. Während es dem Freund glückte, zu entkommen, fiel Fechter schwergetroffen von der Mauer und blieb hilflos liegen. Obwohl er gerettet hätte werden können, kam ihm niemand zu Hilfe. Eine erregte Westberliner Menschenmenge mußte das Sterben Fechters mit ansehen und erleben, daß nicht nur die Volksarmisten, sondern auch die Westberliner Polizisten und die westlichen Soldaten untätig zusahen. Nach dreiviertel Stunden war Peter Fechter verblutet. Erst den Toten schleppten die Volkspolizisten fort. US-Stadtkommandant Generalmajor Watson sandte tags darauf das übliche Protestschreiben an seinen sowjetischen Kollegen.

Die jungen Westberliner aber griffen mit Steinhagel den Bus der sowjetischen Wachmannschaften bei ihrer Ablösefahrt zu dem Denkmal der Roten Armee im Tiergarten mit solcher Erbitterung an, daß die sowjetischen Wachmannschaften nur mehr in gepanzerten Fahrzeugen zu dem Denkmal eskortiert werden konnten.

Zwischen Westberliner Polizisten, die befehlsmäßig die Sowjet-Busse schützten, und den jungen Antikommunisten kam es zu scharfen Zusammenstößen, bei denen 10 Polizisten und 15 Demonstranten verletzt wurden. 11 Demonstranten wurden verhaftet.

An der Mauer in der Zimmerstraße kam es in den Nächten vom 18., 19. und 20. August zu immer neuen stürmischen Demonstrationen gegen die kommunistischen Mörder, bei denen die empörte Menge auch die amerikanischen Militärpolizisten und Westberliner Polizisten beschimpfte, die ihrerseits nichts unternommen hatten, um Peter Fechter zu helfen.

Willy Brandt kam den bedrohten Westberliner Polizisten sofort zu Hilfe und versuchte am 19. August, die Massen zu beruhigen. Da das je-

doch nicht gelang, befahl er der Westberliner Polizei, gegen die antikommunistischen Demonstranten »mit der gebotenen Härte« vorzugehen.

Die deutsche Verlustliste an der Mauer aber stieg und stieg: Klaus Brüske (18. 4. 62), Peter Böhme (18. 4. 62), Horst Frank (29. 4. 62), Lutz Haberland (27. 5. 62), Axel Hannemann (5. 6. 62). Am 22. 6. 1962 ein unbekannter Flüchtling, desgleichen am 17. 8. 62; Peter Hübner (29. 7. 62). Am 23. August erschossen die Vopos ihren eigenen Kameraden, den 19-jährigen Hans-Dieter Wesa, als dieser versuchte, unter der Börsebrücke nach Westberlin zu gelangen.

Auf Einladung des Bundespräsidenten Heinrich Lübke besuchte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle vom 4. bis 9. September 1962 die Bundesrepublik. Er wurde in Bonn, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Hamburg, München, Stuttgart und Ludwigsburg von unübersehbaren Massen stürmisch bejubelt. Ein Volk, das keine eigenen Führungspersönlichkeiten hatte, jauchzte der fremden Persönlichkeit rückhaltlos zu.

De Gaulle verstand es darüber hinaus, klug das auszusprechen, wonach sich die Deutschen sehnten: Er begann seine Rede vor den Schülern der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg mit den Worten: »Als erstes möchte ich Ihnen die Ehre und Freude, die die Begegnung mit Ihnen in mir wachruft, ausdrücken.«

Noch nie hatte jemand diesen jungen Soldaten, die trotz ihrer öffentlichen Aufgabe in ihrem eigenen Volk in einer Art Zwielicht leben mußten, versichert, es sei eine Ehre, mit ihnen beisammen zu sein. Bisher hatte man stets nur mit einem Blick auf die Sünden der Väter von ihnen die Erfüllung aller möglichen Pflichten gefordert.

In Ludwigsburg rief er den deutschen Jugendlichen zu: »Ich beglückwünsche Sie, junge Deutsche zu sein, das heißt Kinder eines großen Volkes.«

Hier war endlich einer gekommen, ein Großer der Gegenwart, der nicht vom Büßen und Vergelten sprach, der nicht Demut predigte, sondern der deutschen Jugend sagte, daß sie stolz sein müsse.

Der Grund dieser intensiven Bemühungen de Gaulles, den Deutschen aus ihrem Getto zu helfen, war, daß nunmehr Frankreich angesichts des nachlassenden Interesses der USA für Europa die Partnerschaft der Bundesrepublik genauso dringend brauchte, wie dies um 1950 bei den USA der Fall gewesen war. Ohne Westdeutschland konnte Frankreich die europäische Position nicht ausbauen. Für diese Partnerschaft war Frankreich bereit, den Deutschen etwas zu bieten. In seiner Bonner Tischrede anerkannte de Gaulle

– neben der Ablehnung des Negativen – das Positive des Dritten Reiches, vor allem bei der Einigung Europas. Schon vor Reiseantritt hatte de Gaulle die beiden letzten in Frankreich sitzenden deutschen Kriegsverurteilten Oberg und Knochen in ein elsässisches Gefängnis verlegen lassen; einen deutlicheren Wink gab es wohl nicht. Doch zur Überraschung der Franzosen forderte die Bundesregierung gar nicht die Entlassung der deutschen Kriegsverurteilten. De Gaulle ließ die beiden daher nach seiner Rückkehr verärgert stillschweigend aus.

Schon zu diesem Zeitpunkt mußte de Gaulle erkennen, daß die offiziellen Deutschen keineswegs den Wunsch nach einer echten Souveränität hatten.

Am 19. September floh der Oberstleutnant der Nationalen Volksarmee, Martin Löffler, nach Westberlin, und 6 Tage später gelang 29 Ostberlinern durch einen Stollen die Flucht nach Westberlin.

In Stuttgart wurde am 2. Oktober 1962 der prominente Städteplaner und frühere Oberleutnant und Chef einer Eisenbahnpionierkompanie Professor Dr. Kurt Leibbrand nach langwährender Verhandlung vom Schwurgericht freigesprochen.

Leibbrand führte im Sommer 1944 in Frankreich die 6. Kompanie des Eisenbahnpionierregimentes 6 zwischen Orange und Avignon. Die Eisenbahnpioniere standen damals im schwersten Einsatz, da französische Maquis-Banden laufend Brücken überfielen, die deutschen Bewachungsmannschaften niedermachten und die Brücken sprengten. Die 6. Kompanie hatte die Aufgabe, die strategisch wichtige Brücke von Avignon zu schützen. Der Kompanie waren auch hilfswillige Italiener zugeteilt worden, die besonders zu Pionierarbeiten herangezogen wurden.

Mit der sich verschlechternden militärischen Lage und der damit verbundenen aufflackernden Partisanentätigkeit der Maquis sank den italienischen Hilfswilligen der Mut. Sie versuchten aus dem deutschen Geschäft auszusteigen und verweigerten am 18. August 1944 die Arbeit. Leibbrand ließ die italienischen Meuterer nach Avignon abführen und bewachen. Trotzdem gelang es rund 20 Italienern, zu flüchten. Der meuternde Rest wurde von der Bewachungsmannschaft mit Waffengewalt niedergehalten. Leibbrand erstattete über diese Vorfälle seinem Bataillonskommandeur, Major Paul Dernesch, Meldung. Dernesch gab nach Leibbrands Versicherung den Befehl, die Meuterer unverzüglich zu erschießen. Das geschah am 21. August, 26 Italiener verloren ihr Leben.

In der Verhandlung versicherte Leibbrand dem Gericht: »An der militärischen Notwendigkeit dieses Befehles gab es keinen Zweifel. In sämtlichen Heeren der Welt werden seit aller Zeit Meuterer erschossen, und es lag alles vor: Arbeitsverweigerung, Befehlsverweigerung und Meuterei.«

Die Italiener, denen der Ausbruch geglückt war, liefen zu den Maquis über. Rund 20 Soldaten der 6. Kompanie waren bereits den heimtückischen Überfällen der Maquis zum Opfer gefallen. Ihre Mörder wurden nie angeklagt und natürlich auch nie bestraft.

Im August 1959 erstattete der ehemalige Obergefreite, Bauingenieur Hans Weisweiler, in dem Kölner Vorort Rodenkirchen aus heiterem Himmel gegen seinen früheren Kompanieführer Leibbrand die Anzeige wegen Massenmordes. Durch diese Denunziation kam der Leibbrand-Prozeß, der noch viele Jahre die Gerichte beschäftigen sollte, ins Rollen.

Die im ersten Prozeß als Zeugen aufmarschierenden Generäle a. D. Otto Will und Walter Bosch konnten sich erstaunlicherweise nicht mehr an den Geheimbefehl der 19. Armee erinnern, wonach alle Deserteure, Saboteure und Partisanen sofort zu erschießen waren. Dagegen bestätigte der frühere Unteroffizier und Fernschreib-Wachgruppenleiter der Luftdurchgangsvermittlung Paul Sulek ausdrücklich, daß er den Geheimbefehl der 19. Armee an die Einheitsführer weiterleiten mußte. Auch der frühere Kompanieangehörige Otto Schmidt sagte als Zeuge aus, daß dieser Befehl allen Soldaten bekannt war. Darüber hinaus bezeugte Sulek, daß italienische Deserteure in italienischen Uniformen an der Straße Orange – Valence deutsche Soldaten unter Feuer genommen hatten.

Vier Zeugen waren aus Italien aufmarschiert: Alberti Apostolo, Armando Guidetti, Leone di Benedetto und der frühere Kompaniefriseur Pietro Cornelli. Letzterer wäre besser in Brescia geblieben. Blumenreich schilderte er, wie er von den Deutschen exekutiert worden war, aber so schlecht getroffen, daß er sich unter den toten Kameraden verbergen und schließlich schwerverletzt flüchten konnte.

Sofort meldete sich der noch anwesende Otto Schmidt zum Wort. Er bezeugte, daß er in Gemeinschaft mit den Pionieren Karl Arnold und Hans Richter eben diesem wortreichen Friseur Cornelli, der auch erschossen werden sollte, aus Mitleid zur Flucht verholfen hatte. Die Landser besorgten Cornelli sogar ein Fahrrad und Zivilkleidung.

Die problematischste Rolle im ganzen Prozeß spielte der frühere Major Paul Dernesch, der jetzt im österreichischen Bundesheer als Oberst Dienst versah. Er leugnete als Zeuge, jemals den Erschießungsbefehl gegeben zu

Nach Adenauers Rücktritt endlich Kanzler geworden, reiste Professor Dr. Ludwig Erhardt sofort nach den USA, wo er von Präsident Johnson seinen Texashut bekam (oben). In Frankfurt/Main wurde der Auschwitzprozeß gegen 22 ehemalige kleinere Bewacher durch-

Das deutsche Volk jubelte fremder Größe zu, da es im eigenen Lande keine finden konnte: Charles de Gaulle konnte sich der Begeisterung kaum erwehren (oben). Königin Elisabeth wurde stürmisch gefeiert, wo sie sich auch immer zeigte (unten).

haben, und versicherte dem Gericht, er könnte das auch gar nicht getan haben, denn auf Grund privater Notizen könne er feststellen, daß er seinen Oberleutnant Leibbrand vom 6. Juli bis zum 28. August 1944 gar nicht gesehen habe. Schon aus diesem Grund könne er den Befehl gar nicht gegeben haben. Amtsgerichtsdirektor Dr. Willi Hoch hielt dem vergeßlichen Zeugen das offizielle Kriegstagebuch des Regimentes 6 vor, das durch einen Zufall noch erhalten geblieben war. Laut dieser Eintragung hatte Major Dernesch mit Oberleutnant Leibbrand am 20. August in Avignon dienstlich gesprochen.

Mit hochrotem Kopf gab Dernesch zu, daß er sich dann geirrt haben müsse.

Der Freispruch Leibbrands wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben und zu neuer Verhandlung ausgeschrieben.

Nachdem Kennedys Sonderbotschafter McGeorge Bundy in Bonn vorgefühlt hatte, ersuchte Präsident Kennedy Anfang Oktober Kanzler Adenauer brieflich, die Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt für 1963 auf 18,3 Milliarden DM zu erhöhen. Davon sollte nur ein Teil der Bundeswehr zugute kommen, der andere hingegen für die in der Bundesrepublik stationierten westalliierten Streitkräfte verwendet werden.

Adenauer lehnte vorerst ab, versprach aber dann eine neue Überprüfung der Angelegenheit. Er leistete ja nie irgendwelchen alliierten Wünschen ernstlich Widerstand.

In Hamburg wurden in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1962 auf Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof mit großem Polizeiaufgebot die Redaktions- und Verlagsräume des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« überfallartig besetzt und durchsucht. Die Ursache gab eine Strafanzeige des Würzburger Universitätsprofessors Dr. Friedrich August von der Heydte, Generals der Reserve der Bundeswehr, der in dem Artikel »Bedingt abwehrbereit«, der sich in der Ausgabe des 10. Oktober kritisch mit dem NATO-Manöver Falex-62 auseinandersetzte, den Verdacht des Landesverrates gegeben sah.

Die Bundesanwaltschaft hatte ein Gutachten darüber einholen lassen, ob in dem Artikel Staatsgeheimnisse verraten worden seien. Das Gutachten besagte, der »Spiegel« hätte tatsächlich in dem Artikel wichtige Tatsachen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten wäre, öffentlich bekanntgemacht, was den Verdacht rechtfertige, daß die Redaktion »Der Spiegel« in den Besitz von Dokumenten der Landesverteidigung gelangt sei, und zwar durch Verrat, für den namentlich

Angehörige der Bundeswehr in Betracht kämen. Daraufhin hatte die Bundesanwaltschaft zugeschlagen. Ihre Bereitwilligkeit war offenkundig um so größer, als der »Spiegel« infolge seiner Führung durch den Herausgeber, Eigentümer und Chefredakteur Rudolf Augstein seit vielen Jahren Kanzler Adenauer rollend angriff und nun auch Verteidigungsminister Franz Josef Strauß ständig aufs Korn nahm.

Noch in der Nacht des 26. Oktober wurden die Redakteure Jacobi und Engel verhaftet, letzterer am nächsten Tag wieder freigelassen. Im Bonner Büro wurde Redakteur Jaene festgenommen. Rudolf Augstein stellte sich am 27. Oktober in Hamburg und wurde sogleich in Haft genommen. Redakteur Schmelz, der gerade von einer Reporterfahrt aus Ungarn zurückkam, wurde am 31. Oktober, Verlagsdirektor Becker am 1. November verhaftet. Redakteur Ahlers weilte gerade mit seiner Frau in Spanien auf Urlaub. Als dies bekannt geworden war, rief Strauß in seiner Begeisterung, daß nun endlich dem »Spiegel« das Handwerk gelegt würde, noch in der Nacht den Militärattaché in Madrid, Oberst Achim Oster, telefonisch an, und dieser löste auf kurzem Weg die spanische Polizeiaktion aus: Das Ehepaar Ahlers wurde hinter Schloß und Riegel gesetzt. Dabei hatte gerade Conrad Ahlers nicht versäumt, den folgenreichen Artikel in seinen wesentlichen Punkten der obersten bundesdeutschen Geheimdienststelle, dem Bundesnachrichtendienst des Generals Gehlen, vorzulegen. Der BND hatte den Artikel zur Veröffentlichung freigegeben.

Es wurden dann noch die Obersten Adolf Wicht und Alfred Martin verhaftet. General Gehlen entging mit knapper Not demselben Schicksal.

Adenauer sprach im Bundestag von einem »Abgrund von Landesverrat«. Nachdem auch noch der Präsident des Bonner Wirtschaftspolitischen Clubs, Paul Conrad, und Rechtsanwalt Dr. Josef Augstein kurzfristig verhaftet worden waren, lief sich die »Spiegel«-Affäre aber bald tot. Am 20. Januar 1963 wurde Hans Schmelz aus der Haft entlassen und als letzter am 7. Februar 1963 Rudolf Augstein.

Der große Verlierer der »Spiegel«-Affäre war Franz Josef Strauß gewesen, der nach einem wenig mutigen und vergeblichen Versuch, seine nächtliche Telefonintervention zu leugnen, so kompromittiert worden war, daß ihm nichts anderes übrigblieb, als am 30. November 1962 auf sein Ministeramt zu verzichten.

Drei Jahre später, im Mai 1965, wurde das ganze von allen Seiten künstlich hochgespielte »Spiegel«-Verfahren vom Bundesgerichtshof sang- und klanglos eingestellt. Es war kein Ruhmesblatt der bundesdeutschen

Justiz gewesen und hatte obendrein dem »Spiegel«, dessen Gehalt recht umstritten ist, zu einer unerhörten Popularität verholfen.

Der ehemalige Musterschüler des hannoverschen Augusta-Victoria-Gymnasiums Rudolf Augstein hatte einst als Volontär beim »Hannoverschen Anzeiger« seine journalistische Laufbahn begonnen. Sie wurde durch die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und von dort zur Deutschen Wehrmacht unterbrochen. Am 8. Mai 1945 verstand es der 22jährige Leutnant Rudolf Augstein, sich der Gefangenschaft zu entziehen. Im Herbst lernte Augstein den britischen Major Challoner kennen, der als Jude von der britischen Besatzungsmacht zum Stellvertretenden Pressekontrolloffizier in Niedersachsen eingesetzt worden war. Ihm zur Seite standen im Range von Stabsfeldwebeln die jüdischen Emigranten Bohrer und Ormond.

Challoner beschloß im Sommer 1946, eine Zeitung eines ganz neuen Typs herauszugeben, das heißt, ganz so neu war dieser Typ auch wieder nicht: Es schwebte ihm eine Art deutscher »Time« vor.

Augstein führte als stärkste Begabung die deutschen Mitarbeiter, aber Challoner bestimmte jeden Morgen, was die Geschichte des Tages sein sollte. Die Zeitschrift hieß zuerst »Die Woche«. Nach 5 Wochen wurde das Blatt der britischen Militärregierung unangenehm und eine Nummer sogar beschlagnahmt. Major Challoner erhielt den Befehl, sich zurückzuziehen. Das hinderte Challoner aber nicht, seinen deutschen Freunden am 4. Januar 1947 die Lizenz der Militärregierung auf die Namen Rudolf Augstein, Barsch und Stempka ausstellen zu lassen. Die britische Militärregierung sorgte darüber hinaus für die damals entscheidende ausreichende Papierzuteilung.

Im Laufe der Entwicklung zahlte Augstein Barsch und Stempka aus, und mit Verlagsroutinier John Jahr kam der rasante Aufstieg. »Der Spiegel« wurde für Augstein nun erst das Instrument der Macht, das sehr bald zu einer Art Schattenregierung in der Bundesrepublik aufwuchs. Indem es zahlreiche wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Skandale aufgriff und vor die Öffentlichkeit brachte, wurde das Blatt zu einer literarischen Guillotine der Bundesrepublik. Allerdings verlor damit der »Spiegel« seinen Charakter als Nachrichtenmagazin und wurde oftmals selbst zur kämpfenden Partei.

Der »Spiegel« hatte von Anfang an ein geteiltes Herz. Von seiner Militärregierungs-Abstammung her dominierte der Geist der alliierten Umerziehung, doch wiederholt ritt der »Spiegel« Extratouren und half da und

dort der geschichtlichen Wahrheit zum Durchbruch, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch die ganze Umerziehung ad absurdum geführt wurde. Doch im selben Atem, oftmals in derselben Nummer, verbreitete der »Spiegel« die fragwürdigen Weisheiten der Umerzieher und Linksintellektuellen. Je mehr sich Augstein in seinem Privatkrieg zuerst gegen Adenauer und dann gegen Strauß verbiß, desto mehr schwenkte er auf die Linie der Erich Kubys und Genossen ein.

Aus Protest gegen die kommunistische Blutdiktatur, mit der Tito ihre Heimat in Sklaverei hält, stürmten am 29. November 1962 zwanzig junge Exilkroaten das Missionsgebäude Jugoslawiens in Bad Godesberg. Sie zertrümmerten die Fenster, drangen in die unteren Räume ein und verbrannten die Archive. Mit den Missionsangestellten, die sich ihnen entgegenwarfen, kam es zu einem Kugelwechsel, durch den der frühere Partisan Mocilo Popovic einen Bauchschuß erhielt, dem er schließlich erlag. Die Demonstranten entfernten sich erst, als deutsche Polizei und Feuerwehren anrückten. Sie wurden später ausgeforscht und verhaftet.

In Westberlin endete nach 35monatigem Verfahren und einer siebenwöchigen Verhandlung der Prozeß gegen die nationalen Jugendlichen unter dem Vorsitz des Landgerichtsrates Wiennecke mit Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten gegen Mitglieder der Nationalen Jugend Deutschlands und für Mitglieder des Bundes nationaler Studenten, für zwei Mitglieder je neun Monate und zwei weitere je fünf Monate Gefängnis auf dreijähriger Bewährung. Die Verurteilung wurde auch nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 8 ausgesprochen.

Am 2. Dezember 1962 sprengten junge Attentäter in der Harzerstraße ein Loch in die Mauer. Am 6. Dezember gelang es dem Volkspolizeimajor Bruno Erwin Krajewski mit seiner Familie und einem befreundeten Ehepaar, in einem Schlauchboot nach Westberlin zu flüchten.

Am 16. Dezember 1962 trat eine österreichische Journalistendelegation, die zur Berichterstattung über das Gastspiel der Wiener Eisrevue zwei Tage lang in Westberlin geweilt hatte, auf dem Flugplatz Tempelhof ihren Rückflug an. Nur einem einzigen wurde das Betreten der Maschine verwehrt: dem Wiener Schriftsteller Dr. Fritz Stüber. Man erklärte ihm, daß er in der Bundesrepublik unerwünscht sei.

Dr. Fritz Stüber, langjähriger österreichischer Parlamentsabgeordneter (1949 bis 1956) ist ein bekannter Antikommunist. Als Gastredner des »Deutschen Blocks« hatte er vom 18. März bis 5. April 1957 in zahlreichen Versammlungen von Hamburg bis München das Solidaritätsgefühl des

deutschen Österreich für die Bundesrepublik bekundet. Wiedervereinigung und Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze waren das Thema. Das paßte gewissen Sühnedeutschen nicht. Sie denunzierten ihn in der Presse als »Antisemiten« und erreichten, obwohl sich Stüber vom Antisemitismus öffentlich distanziert und nur die Zahl von angeblich in deutschen Konzentrationslagern umgekommenen 5 bis 6 Millionen Juden bezweifelt hatte, durch eine Intervention der VVN beim damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier gegen ihn ein Einreiseverbot. Allerdings wurde Stüber selbst davon niemals verständigt und konnte sich daher auch nicht zur Wehr setzen.

Bei seinem Flug nach Berlin am 14. Dezember 1962 konnte Dr. Stüber ungehindert den Zwischenhafen Frankfurt (Main) benützen. In Berlin-Tempelhof wurde sein Paß mit dem Einreisestempel versehen. Erst bei der Heimreise wurde dieser Vermerk mit »ungültig« überstempelt und er selbst, nachdem sein Gepäck bereits in der Chartermaschine verstaut war, gezwungen, mit Hilfe der österreichischen Delegation am nächsten Tag über die DDR und die Tschechoslowakei per Bahn heimzureisen. Gewissermaßen auf dem Präsentierbrett wurde Dr. Stüber von den Berliner beziehungsweise westdeutschen Behörden dem Osten dargeboten, der allerdings von dem Geschenk keinen Gebrauch machte.

Nachträgliche Beschwerden Dr. Stübers an den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und an den Bundespräsidenten Lübke hatten keinerlei Erfolg. Seinem Verlangen, sich selbst zu den ungerechtfertigten Anschuldigungen äußern zu können, wurde nicht stattgegeben, seine eingehende Sachverhaltsdarstellung überhaupt keiner Antwort gewürdigt.

Am 16. Dezember wurde in der Jerusalemer Straße in Westberlin die Mauer auf drei Meter Breite gesprengt. Ein vorsorglich gepanzerter Omnibus mit acht Personen durchbrach unter schwerem Feuer der Volksarmisten beim Kontrollpunkt Babelsberg die Sperren nach Westberlin.

Zu den Weihnachtsfeiertagen konnten die Westberliner mit den DDR-Passierscheinen erstmalig nach der Sperre durch die Schandmauer wieder ihre Verwandten in Ostberlin besuchen. Wer aber daraus Hoffnung auf eine Normalisierung der Lage in Berlin schöpfte, irrte bitterlich. Am Nachmittag des 1. Weihnachtstages entdeckten Volksarmisten am Mariannenplatz zwei Jugendliche auf der Mauer und eröffneten sofort das Feuer. Während der eine Flüchtling unverletzt herabspringen konnte, wurde der 18jährige Paul Schultz so schwer getroffen, daß er trotz sofortiger Operation im Bethanien-Krankenhaus seinen Wunden erlag.

Kurz nach Mitternacht des 30. Dezember verübten Unbekannte in Ostberlin Demonstrationssprengstoffanschläge am Haus des Volkspolizeipräsidiums und am Gebäude der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

An der Zonengrenze starben gegen Ende des Jahres neben elf unbekannten Flüchtlingen im November Günter Stieg, am 5. 12. Wendelin Haberl, an der Mauer neben acht unbekannten Flüchtlingen am 20. September Ernst Mundt, am 8. Oktober Erhard Karl Willich, am 27. November Otfried Reck.

In der Bundesrepublik konnten 1962 von 2 106 469 bekanntgewordenen Straftaten nur 1 359 948 von den Polizeibehörden aufgeklärt werden. In diesem Jahr mußten 397 Menschen durch Mörderhand sterben, 10 509, unter ihnen 680 Jugendliche unter 18 Jahren, schieden freiwillig aus dem Leben. 14 247 Tote blieben als Opfer der Straßenschlacht.

In den ersten Januartagen 1963 erschauerte die offizielle Gesellschaft der Bundesrepublik wonniglich, als der sowjetrussische Lyriker Jewgenij Jewtuschenko vom 10. Januar bis 6. Februar Westdeutschland besuchte. Jewtuschenko, der im sibirischen Irkutsk 1933 geboren worden war und seine berufliche Karriere als professioneller Fußballtorwart begann, rezitierte vor einer sich vor Begeisterung überschlagenden Hautevolee Westdeutschlands seine Gedichte und wurde wie ein Messias aus dem Osten gefeiert. Man hoffte über den kommunistischen Lyriker neue Tore und Kontakte zum Osten zu gewinnen. Doch als er wieder in die Sowjetunion zurückkehrte, wurde er heftig getadelt, übte Selbstkritik und verschwand praktisch von der Bildfläche. In der Sowjetunion war vor allem sein Gedicht »Babij Jar« auf scharfe Kritik gestoßen. »Babij Jar« ist der Name einer Schlucht bei Kiew, in der angeblich deutsche SD-Einsatzkommandos über 30 000 Juden ermordeten. Jewtuschenko prangert in seinem Gedicht nicht die deutschen Mörder an, sondern den russischen Antisemitismus, der es übrigens vereitelte, daß den Opfern von Babij Jahr ein Denkmal errichtet wurde. Jewtuschenkos Zeilen:

»Schlagt die Juden, rettet Rußland,
so hört man rufen ...
Ach, mein Volk von Rußland, ich weiß,
Du bist großmütig und weiten Herzens.
Doch haben die mit den unreinen Händen
Deinen reinen Namen beschmutzt ...
Möge die Internationale hier erst wieder ertönen,
Wenn der letzte Antisemit begraben wird.«

hatten ihm neben einigen freieren Äußerungen in der Bundesrepublik die Ungnade des Kremls eingetragen.

In Köln riß am Barbaraplatz der 19jährige israelische Gymnasiast Michael Erdmann am 24. Januar 1963 Werbeplakate des Ring-Verlages ab, die auf einem Bücherwagen angebracht waren. Erdmann war empört darüber, daß auf dem Plakat Erlebnisbücher über den Kampf der Waffen-SS angeboten wurden, darunter solche von Otto Skorzeny. Die Kölner Polizei zog sofort die Plakate ein, und die Kölner Oberstaatsanwaltschaft ließ gegen den Inhaber des Ring-Verlages, Helmut Cramer, ermitteln und schließlich die Bücher von Otto Skorzeny und das Buch von Werner Nixdorf »Standartenoberjunker Hermann« beschlagnahmen. Die Beschwerde gegen die Beschlagnahme wurde verworfen.

Vergeblich war jedes Berufen auf die offiziellen Gutachten der Prominenten der Bundesrepublik über die Waffen-SS: Kanzler Adenauer 1953 auf einer öffentlichen Versammlung in Hannover: »Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie alle anderen auch ... machen Sie einmal dem Ausland klar, daß die Waffen-SS nichts mit Sicherheitsdienst und Gestapo zu tun hat! Machen Sie einmal den Leuten deutlich, daß die Waffen-SS keine Juden erschossen hat, sondern als hervorragende Soldaten von den Sowjets am meisten gefürchtet war.«

Franz Josef Strauß schrieb am 21. März 1957: »Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzten Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges eingeschlossen.«

Der große deutsche Sozialistenführer Kurt Schumacher hatte bereits 1951 geschrieben: »Sie [die Waffen-SS] ist als eine Art vierter Wehrmachtsteil geführt worden und ist damit auch so gewertet worden. Die Waffen-SS als Massenformation ist kriegsbedingt gewesen und für Kriegszwecke geschaffen worden.«

Auch ohne Rücksicht darauf, daß dasselbe Skorzeny-Buch in ganz Israel in hebräischer Übersetzung frei verkauft wird und als Pflichtlektüre in der israelischen Militär-Akademie gilt, blieben die Bücher beschlagnahmt, und Verleger Helmut Cramer und seinem Autor Werner Nixdorf wurde der Prozeß gemacht, der sich noch lange Zeit hinziehen sollte und in dessen Verlauf Cramer ins Ausland flüchtete.

Der CDU-Stadtverordnete Studienrat Dr. Heinrich Kock schlug Mitte Januar 1963 in Geesthacht dem Rektor des Gymnasiums, Oberstudien-

direktor Dr. Georg Rühsen, vor, im Staatsbürgerunterricht der Obertertia bis Oberprima das letzte Staatsoberhaupt des Dritten Reiches, Großadmiral Karl Dönitz, über das Thema »Der 30. Januar 1933 und seine Folgen« sprechen zu lassen. Die Schüler könnten dann auch ihre Fragen direkt an den Großadmiral richten. Rühsen war von dem Plan angetan, und so beantwortete Großadmiral Karl Dönitz am 22. Januar die Fragen der rund 200 Geesthachter Gymnasiasten und Gymnasiastinnen. Die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. Karl Mührl schrieb in der »Geesthachter Zeitung«: »Aufrecht wie in seiner Soldatenzeit stand dieser Offizier vor über 200 Mädchen und Jungen des Geesthachter Gymnasiums. Und genauso wie er im Kriege seine U-Boot-Soldaten begeisterte und zur höchsten Leistung anspornte, zog er auch diese Jugend schnell in seinen Bann. Wir spürten es: Karl Dönitz hatte seine helle Freude an dieser Jugend. In jedem Fall Geschichtsunterricht in höchster Vollendung.«

Dieser Mührl-Bericht alarmierte sogleich den Kieler Landesbeauftragten für Staatsbürgerliche Bildung, Regierungsdirektor Dr. Ernst Hessenauer, der für alles Soldatische allergisch ist, seit er als Oberleutnant im Kriege am 27. April 1943 »wegen Anstiftung eines Untergebenen zu einer Straftat in Tateinheit mit militärischem Diebstahl« zu 3 Monaten Gefängnis und Rangverlust verurteilt worden war.

Hessenauer und seine neudeutschen Freunde waren vor allem darüber aufgebracht, daß der Dönitz-Vortrag, der von den meisten Eltern nachdrücklichst gebilligt wurde, bei den Gymnasiasten lebhafte Zustimmung gefunden hatte. Nach altbewährter Methode wurde die öffentliche Meinung im In- und Auslande mobilisiert, und die gesamte Presse berichtete pflichtschuldigst über den Geesthachter »Skandal«. Im britischen Unterhaus wurde sofort eine Dönitz-Anfrage gestellt, und Moskau und Pankow tobten über diesen neuen »Beweis« für den deutschen Revanchismus.

Das Schleswig-Holsteinische Kultusministerium entsandte Regierungsrat Schmidt-Tychsen nach Geesthacht, um Dr. Rühsen zu vernehmen. Nach dieser Einvernahme ging Dr. Georg Rühsen, der sich über die Folgen der weltweiten Hetze, die sich in erster Linie gegen ihn richtete, im klaren war, in die Elbe.

Im Konferenzzimmer des Gymnasiums wurde in seiner Aktentasche ein Abschiedsbrief an seine Frau gefunden, der mit den Worten begann: »Liebe Lonny, nimm es mir bitte nicht übel, ich werde in den Tod gehen.«

Nach Hans Venatier blieb Georg Rühsen als Opfer der Verlogenheit unserer Zeit und besonders der offiziellen »Jugenderziehung« auf der

Strecke. Man wünscht, daß der ahnungslosen Jugend die Vergangenheit nur durch den sorgfältigen Filter der alliierten Umerziehung und ihrer Helfer dargestellt wird. Wenn Jugendliche die Gelegenheit wahrnahmen, um sich demokratisch aus erster Hand zu informieren, wenn Jugendliche wagen, eine ganz demokratische, aber nichtkonformistische Meinung zu äußern, dann schlagen Gesellschaft und Staat ganz undemokratisch mit eiserner Faust dazwischen, lösen Jugendgruppen kurzerhand auf, verhängen sogar Strafen und machen pflichtbewußte Erzieher unmöglich.

Das Deutsche Fernsehen brachte am 31. Januar nach dem Roman von Theodor Plivier »Stalingrad« ein gleichnamiges Fernsehspiel von Klaus Hubalek. Es war an und für sich schon eine kaum zu überbietende Geschmacklosigkeit, dem deutschen Volk diese Schicksalsschlacht, in der so viele Männer ihr Leben geben mußten, aus der Feder eines Moskauer Emigranten zu schildern, der in sowjetischer Uniform die deutschen Stalingrad-Gefangenen vernahm, aus diesen Aussagen, aus deutschen Feldpostbriefen, Tagebüchern und sonstigen erbeuteten Aufzeichnungen, welche die Rote Armee Plivier zur Verfügung stellte, seinen Roman schrieb. Plivier schrieb seinen »Stalingrad«-Bericht in Fortsetzungen für die Moskauer Zeitschrift »Internationale Literatur-Deutsche Blätter«.

1945 kehrte Plivier im Troßwagen der Roten Armee nach Deutschland zurück und erklärte anläßlich der Erstauflage seines Stalingrad-Buches in Berlin: »Als Teil dieses fluchbeladenen und schaurig sühnenden Volkes habe ich die Schlachtfelder gesehen, habe ich die aus den Trümmern der Schlachtfelder aufgelesenen Aufzeichnungen in Briefen und Tagebüchern in Händen gehalten, habe ich mit kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren gesprochen; und immer um das Selbstmörderische jenes wahnwitzigen Raubkrieges wissend, habe ich unternommen, das Geschehen an der Wolga in der Geschichte unseres Volkes zu gestalten.«

1947 wechselte Plivier wieder einmal die Fronten und lief nach dem Westen über.

Hubalek hatte womöglich Pliviers Darstellungen noch überboten und ein von Diffamierung des deutschen Soldatentums und seiner militärischen Führung in widerlichen Übertreibungen strotzendes Hetzstück geschrieben.

Als der Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr, General Foertsch, darauf in einer »Instruktion für die Truppe« auf den kommunistischen Ursprung dieses Stückes hinwies und seinen Soldaten erklärte: »Kampf auch in aussichtsloser Lage bis zum letzten – eine Forderung an

den Soldaten, die zu allen Zeiten auch in Zukunft gilt – wird [in diesem Stück] als verbrecherisch gekennzeichnet«, brachen alle Linksradikalen in ein hysterisches Gebrüll aus.

Hubalek erstattete Strafanzeige gegen General Foertsch wegen »persönlicher Beleidigung und Verleumdung«, Verleger Kurt Desch versicherte, daß Plivier niemals Kommunist gewesen sei. Die Witwe Pliviers zeigte Foertsch überdies wegen Verunglimpfung des Andenkens ihres verstorbenen Mannes an, weil der General in seiner Instruktion geschrieben hatte, daß Plivier ein Kommunist war und sein Stalingrad-Buch in sowjetischem Auftrag schrieb. Die Oberstaatsanwaltschaft in Bonn stellte dieses Verfahren ein, da es nach den amtlichen Ermittlungen zutreffe, daß Plivier Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen sei und der sowjetische Auftrag daher keine Verunglimpfung darstelle.

Foertsch aber mußte Hubalek eine Art Ehrenerklärung abgeben. Einige Monate später wurde Foertsch wegen »Erreichung der Altersgrenze« pensioniert und von General Trettner abgelöst.

In Würzburg wurde am 19. Februar 1963 nach fünftägiger Verhandlung der Nervenarzt Dr. Elmar Herterich wegen fortgesetzter Beleidigung des Rechtsanwaltes Dr. Karl Friedrich Vocke zu 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Damit endete die erste Runde einer der impertinentesten Denunziationsaffären nach der Entnazifizierung.

Mutter Herterich und eine weitere Verwandte waren Eigentümer eines Ruinengrundstückes an der Balthasar-Neumann-Promenade in Würzburg, das von der Kronprinz-Rupprecht-von-Bayern-Stiftung im Wege des Erbbaurechts wieder aufgebaut wurde.

Familie Herterich fühlte sich dabei von der Stiftung übervorteilt, weil diese eine Wohnung um 7 qm zu klein ausgemessen hatte und daher einen niedrigeren Zins bezahlte, als die Familie Herterich erwartete. Dr. Herterich forderte Einsicht in die Kostenaufstellung. Als diese ihm nicht vorgelegt wurde, beantragte Herterich bei der Regierung in Unterfranken eine Überprüfung, die ebenfalls abgelehnt wurde. Herterich ging nun zum Verwaltungsgericht und beschuldigte den Stiftungsreferenten der Begünstigung.

Um nicht wegen Ehrenbeleidigung verurteilt zu werden, mußte Herterich sich entschuldigen und eine Ehrenerklärung abgeben. Das Verwaltungsgericht lehnte obendrein seine Klage ab. Der Vorsitzende der entscheidenden Kammer war Dr. Rudolf Schiedermair.

Herterich brachte in Erfahrung, daß Schiedermair als früherer SS-Sturmbannführer in Oslo nach dem Krieg zu 2 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Als er noch dazu herausbrachte, daß der Geschäftsführer der Kronprinz-Rupprecht-Stiftung früherer ehrenamtlicher Gauamtsleiter der NSDAP gewesen war, schlug Herterich zu. Er prangerte in hektographierten Rundscheiben die NS-Vergangenheit Schiedermairs an und versandte diese Briefe überallhin. Es entstand ein solches Kesseltreiben in der Öffentlichkeit, daß Schiedermair sich aus Krankheitsgründen beurlauben und schließlich pensionieren lassen mußte.

Herterich fuhr nun, von diesem Erfolg berauscht, nach Ostberlin und holte sich beim Stellvertretenden kommunistischen Generalstaatsanwalt Werner Funk nicht nur neues belastendes Material gegen Schiedermair, sondern auch gegen den Würzburger Staatsanwalt Karl Kolb und den Landgerichtsdirektor Georg Eisert.

Wo auch immer Herterich in seinen Prozessen bei einem Richter oder einer Amtsstelle auf Widerstand stieß, dort faßte er mit Denunziationsmaterial nach. Außer von Ostberlin erhielt er auch von dem betagten Westberliner Studenten Reinhard Strecker, der die Aktion »Ungesühnte Justiz« führte, weitestgehend Unterstützung. Gegen den Stiftungs-Geschäftsführer Stadtrat Wolpert erstattete Herterich Anzeige wegen Unterstützungsbetrugs, obwohl dieser berechtigterweise für seine Bürgermeistertätigkeit von 1927 bis 1939 seine Pension bezieht.

Schließlich konnten sich Herterich und seine Frau Katalin in Würzburg nicht mehr behaupten. Nach kurzem Aufenthalt im volksdemokratischen Ungarn reiste Herterich nach England, um sich vor seinen »nazistischen Verfolgern« zu retten. Als er zu einem Gerichtstermin nicht erschien, wurde dann gegen ihn am 11. Juni 1964 Haftbefehl »zur Sicherung der Hauptverhandlung« erlassen. Nun spielte sich Herterich erst recht als Opfer der westdeutschen »Nazijustiz« auf und versuchte mit Unterstützung der Labour-Party seine Prozesse um die sieben Quadratmeter Wohnbaufläche zu gewinnen.

Mitten im Fasching in den späten Abendstunden des 25. Februar 1963 landete, aus Rom kommend, auf dem Münchener Flugplatz Riem der von französischen Gerichten zum Tode verurteilte Oberst Antoine Argoud, der militärische Chef der illegalen Untergrundorganisation OAS, der rechtsextremen Todfeindin von Charles de Gaulle. Er mietete sich im Eden-Hotel Wolff unter dem Namen Cinel ein. Als er um 23.30 Uhr auf

dem Weg zu seinem Zimmer Nr. 435 das Foyer des Hotels passierte, faßten ihn zwei Männer unterm Arm, und einer rief: »Deutsche Polizei!«

Argoud ließ sich übertölpeln und wähnte, deutsche Polizeibeamte vor sich zu haben. Er folgte ihnen zögernd auf die Arnulfstraße zu einem Auto. Plötzlich wurde Argoud brutal in das Auto gestoßen und, als er sich zu wehren begann, rücksichtslos zusammengeschlagen. Blitzschnell erkannte Argoud, daß er von »Barbouzes«, den berüchtigten Agenten der französischen Organisation de Sécurité de l'État, verschleppt wurde. Aber nun war es zu spät. Als er sich mit Händen und Füßen wehrte, blieb eine Gruppe junger Leute stehen, aber einer der Entführer rief in deutsch: »Ein doller Spaß! Karneval!« Lachend gingen die Leute weiter, und Argoud wurde so niedergeschlagen, daß sein Nasenbein brach. In sausender Fahrt ging es zur Autobahnausfahrt nach Stuttgart. Dort wurde der unterdessen gefesselte Argoud in einen französischen Militärwagen umgeladen. Erst bei Baden-Baden verließ man die Autobahn, und über die Europabrücke ging es als alliierter Militärwagen unkontrolliert nach Straßburg.

Am Pariser Stadtrand wurde Argoud am Morgen des 26. Februar in einen Lastwagen umgeladen und vorsorglich geknebelt. Dann verließen ihn seine Entführer. Wenig später wurde Argoud von der französischen Polizei »aufgefunden«. Dem Märchen der französischen Behörden, daß Argoud von seinen OAS-Kameraden ausgeliefert worden wäre, wurde von niemandem Glauben geschenkt. Argoud wurde aber nicht hingerichtet, sondern im späteren Verlauf zu einer langen Haftstrafe verurteilt.

In München nahm schon am 27. Februar die Staatsanwaltschaft wegen des Menschenraubes Ermittlungen auf. Doch ohne jeden Erfolg. Am 28. März mußte Justizminister Dr. Ewald Bucher dem Bundestag gestehen, daß keine Möglichkeit für die Rückführung des verschleppten Argoud bestünde. Am 30. September gab dann Bucher zu, daß die französische Regierung auf das Rechtshilfeersuchen der Münchener Oberstaatsanwaltschaft überhaupt nicht geantwortet hatte. Alle Noten der Botschaft in Paris vom 8. März, 21. März und 19. Juli an das französische Außenministerium wurden von diesem nicht zur Kenntnis genommen.

Am Abend des 10. März ereignete sich in einer Parterrewohnung des Westberliner Hauses Hohenzollerndamm 15 eine schwere Explosion, der der 22jährige Student Hans Jürgen Bischoff zum Opfer fiel. Bischoff, der zu den jungen Mauerattentätern gehörte, war beim Schärfen einer hochbrisanten Sprengladung, die vorzeitig losging, zerrissen worden.

Die Westberliner Behörden stellten ab nun die Mauersprenger unter das aus dem Jahre 1876 stammende Sprengstoffgesetz: Mindeststrafe fünf Jahre Zuchthaus.

Der frühere französische Ministerpräsident und Minister vieler Kabinette Georges Bidault, ein erbitterter Gegner de Gaulles, der in Frankreich steckbrieflich gesucht wurde, hatte sich am 3. März in aller Ruhe in Steinebach am oberbayerischen Wörthsee niedergelassen, wo er an seinem Memoirenwerk arbeiten wollte. Sein Aufenthalt war am 10. März der bayerischen Polizei verraten worden, und Bidault wurde der Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeführt, ohne in Haft genommen zu werden. Bidault schrieb nun an Kanzler Adenauer, erinnerte ihn an ihre Freundschaft und frühere politische Zusammenarbeit und bat um Hilfe.

Adenauer nahm den Brief gar nicht erst an und ließ ihn ungeöffnet der Münchener Staatsanwaltschaft zustellen. Darauf stellte Bidault ein offizielles Ansuchen an den Bayerischen Staat um politisches Asyl. Dieses wurde ihm am 19. März unter der Auflage bewilligt, daß sich Bidault in Zukunft jeder politischen Tätigkeit enthalte und sich einer bestimmten Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit unterwerfe.

Daraufhin verzichtete Bidault auf das Asyl und verließ am 25. März die Bundesrepublik im Flugzeug in Richtung Brasilien.

Auf dem Münchener Gesundheitsamt wurde am 28. April 1963 der in Italien und Österreich wegen seiner Teilnahme am Südtiroler Freiheitskampf steckbrieflich gesuchte Innsbrucker Universitätsassistent Dr. Norbert Burger verhaftet und bis 10. Mai in Untersuchungshaft gehalten. Dieses Vorgehen bundesdeutscher Gerichtsbehörden war um so erstaunlicher, als sich Dr. Burger in der Bundesrepublik nicht das geringste hatte zuschulden kommen lassen und die Aktionen des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), dem er angehörte, die Bundesrepublik auch niemals als Basis ihrer Demonstrationssprengungen in Südtirol benutzt hatten.

In Karlsruhe wurde am 30. Mai 1963 vom Bundesgerichtshof der ehemalige Chefredakteur der tarnkommunistischen »Deutschen Woche«, Carl August Weber, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Elf Jahre lang war die »Deutsche Woche« in München erschienen.

Hinter Weber stand der kommunistische Spitzenfunktionär, Oskar Neumann, der auch die Generallinie des Blattes bestimmte. Das Stammkapital wurde im Mai 1951 von der KPD gestellt. Obwohl die Auflage der »Deutschen Woche« von 6000 auf 20 000 aufstieg, gelang es nicht, das Blatt aus eigener Kraft über Wasser zu halten. Darum mußten die SED-

Kommunisten im Laufe der Jahre über fünf Millionen DM zuschießen. Die Verschleierung dieser Subventionsbeträge war nicht ganz einfach. Weber ließ die Gelder über eine Bank in Zürich laufen, sie wurden von zwei fingierten Anzeigenagenturen in Liechtenstein und Verona einbezahlt, angeblich für Anzeigen, die wahllos aus anderen Zeitschriften übernommen wurden, ohne daß die betreffenden Firmen eine Ahnung davon hatten. Als einmal überraschend eine Überprüfung durch das Finanzamt vorgenommen wurde, traf den kommunistischen Verlagsleiter der Herzschlag.

Doch diese Machination Webers wäre nie entlarvt worden. Im Oktober 1960 übernahm er es, für das kommunistische Staatssicherheitsministerium in Ostberlin vertrauliche Berichte über die Bundesrepublik zu schreiben, und erhielt dafür ein Sonderhonorar von 16 500 DM. Diese zusätzliche Agententätigkeit, die schließlich dem Verfassungsschutz bekannt wurde, brach ihm das Genick.

Staatssekretär Karl Günther von Haase gab in Rom am 12. Juni bekannt, daß die Bundesrepublik in den Jahren 1961 und 1962 allein für die militärischen Ausbildungs- und Ausrüstungsbeihilfen rund 80 Millionen DM ausgegeben hatte. Die Beträge kamen vor allem den afrikanischen Staaten Nigeria, Guinea, Somalia, Madagaskar, Libyen und Tunesien zugute. In einigen dieser Staaten wurde die bundesdeutsche Militärhilfe zur Ausrüstung der Neger-Guerillas »Simba« im Kampf gegen die Weißen von Süd-Rhodesien, Portugiesisch-Angola und Südafrika benutzt.

Vom 23. bis 26. Juni 1963 besuchte der amerikanische Präsident John Fitzgerald Kennedy die Bundesrepublik. In einer Ansprache in Bonn versicherte er, daß jeder Angriff auf die Bundesrepublik einem Angriff auf die USA gleichkäme. In der Frankfurter Paulskirche und vor dem Westberliner Schöneberger Rathaus sprach Kennedy zu den Westdeutschen, die ihm ebenso begeistert zujubelten wie ein paar Monate zuvor Charles de Gaulle. Kennedys Bekenntnis: »Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger dieser Stadt Westberlin, und deshalb bin ich als freier Mensch stolz darauf, sagen zu können: Ich bin ein Berliner!« ging unter frenetischem Beifall unter.

War der Beifall der Westdeutschen für de Gaulle aus der tragischen europäischen Geschichte heraus verständlich, wirkte das deutsche Frohlokken um Kennedy, der in den USA noch nie so gefeiert wurde wie in der Bundesrepublik, beinahe peinlich. Kennedy besichtigte eingehend die Berliner Mauer und den Check-Point Charly.

An den realen Zuständen änderte sich allerdings nichts. Die amerikanischen Soldaten sahen dem Morden an der Mauer genauso tatenlos weiter zu wie bisher. Darüber hinaus wurden nach dem Kennedy-Besuch die ohnedies schwachen Schutzeinheiten von Westberlin um 600 Mann verringert. Denn infolge der Entwicklung in Asien war eben die Bundesrepublik für Washington nicht mehr so interessant wie 1950.

Die Mauer hatte nun eine Länge von 15 Kilometern erreicht, die Drahtsperren sogar 130 Kilometer. In diesen Barrieren befanden sich im Sommer 1962: 229 Bunker und Schützenstellungen, 131 Beobachtungstürme, 27 Sichtblenden und 91 stationäre Lautsprecher.

Honduras erklärte am 2. Juli 1962 freundlicherweise den Kriegszustand mit Deutschland für beendet.

Das Bundesamt für Arbeitsvermittlung gab am 6. Juli bekannt, daß Anfang Juni 1963 bereits 802 200 ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik tätig waren. Um 162 500 mehr als 1962. Davon waren die Masse Italiener, Spanier, Griechen, Türken und Angehörige kleinerer Nationen.

Diese fremden Gastarbeiter stellten trotz ihrer Leistungen für die bundesdeutsche Industrie manche schwere Belastung für die deutsche Öffentlichkeit dar. In ihren Heimatländern hatten diese Massen größtenteils jahrelang keine Arbeit bekommen können, und viele von ihnen zählten zum Lumpenproletariat. Die Bundesrepublik war für sie eine völlig fremde Welt. Die meisten von ihnen hatten noch nie ernsthafte Berührungen mit der modernen Zivilisation gehabt, da sie eben größtenteils aus unterentwickelten Elendsgebieten ihrer Heimatländer kamen. Durch eine gewisse Sorte Frauen, die sich mit allem Ausländischen mit besonderer Vorliebe abgibt, erfuhren sie bald, daß diese fremde Welt für sie auf allen Gebieten erreichbar war. Wenn sie aber dann doch daraufkommen mußten, daß ein Unterschied bestehen blieb, traten Messer und Pistolen in Aktion. Dadurch stieg das Gewaltverbrechen automatisch mit der steigenden Zahl der Fremdarbeiter. Meist konnten die Gastarbeiter einfach nicht begreifen, daß die Zustände in Mitteleuropa anders sind als jene in den Abruzzen oder in Anatolien.

Der Italiener Guiseppe Bruno erschoß in Köln das Ehepaar Johanna und Günther Mühlfriedel, weil die Serviererin Johanna mit dem Italiener geflirtet hatte. Der Italiener Carmine Bianco erschlug in Fürstenfeldbruck seinen Arbeitgeber, weil er in dessen Frau verliebt war. Der Türke Vakkas Balkaya erstach eine Wirtin, weil die Frau den Zudringlichen abwies

und ihm schließlich ein Glas Bier ins Gesicht schüttete. Der Grieche Evangelo Tsoukalas ermordete in München die Wirtin Gertrude Kuhn, weil die 56jährige Frau den jungen Evangelo verführt und damit seine Ehre verletzt hatte. In Friedrichshafen wieder erschlug der Jugoslawe Petar Leyo seine Freundin und zerstückelte ihre Leiche, weil er fürchtete, sie könnte ihn wegen einiger Diebstähle anzeigen. In Stuttgart erstach der Italiener Salvatore Rocco seine Geliebte, weil sie nichts mehr von ihm wissen wollte. Aus diesem gleichen Grund erstach der Italiener Gennaro Esposito in Köln seine Freundin Anna Weiß, und in Frankfurt ermordeten drei Italiener unter der Führung Pasquale Gagnazcos den Hilfsarbeiter Werner Schambier, um ihm seine Habseligkeiten zu rauben.

Das ist nur ein kleiner Auszug aus dem bundesdeutschen Alltag mit den Gastarbeitern, unter denen es natürlich auch viele anständige Elemente gibt. Dennoch ist der Prozentsatz der Gewalttaten und vor allem der Messerstechereien im täglichen Polizeibericht deutlich feststellbar. Erstaunlicherweise legen deutsche Gerichte den ausländischen Gewaltverbrechern gegenüber eine unglaubliche Milde an den Tag. Das geht so weit wie im Falle des Italieners Lucio C., der in der Bundesrepublik allein als Vater von sieben Kindern 350,– DM Kindergeld monatlich bezieht und auch sonst gut verdient. Als er auf seiner Baustelle in der Münchener Hohenzollernstraße auf seine Arbeitskollegen mit dem Messer losging, wurde er überwältigt und verhaftet. Er erhielt aber lediglich eine Ordnungsstrafe. Der Staatsanwalt forderte seine Ausweisung, da er überdies 1953 in Messina wegen Messerstecherei zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Doch der milde Richter verschloß sich diesen Argumenten und hob den Entzug der Aufenthaltsbewilligung für den Messerstecher wieder auf.

Die kommunistische Spionage innerhalb der Bundesrepublik lief weiterhin auf Hochtouren. Das Bundesministerium schätzte 1963 die Zahl der Ostagenten, die allein in Westdeutschland tätig waren, auf 16 000. In dieser Zahl waren die zahllosen freiwilligen und unfreiwilligen Helfer der kommunistischen Zersetzung, die in den großen Redaktionen der Zeitungen, Zeitschriften, im Rundfunk und in den Fernsehstationen arbeiten und für die Aufweichung jeglicher Abwehr- und Verteidigungsbereitschaft sowie für die Vernichtung jedes normalen Nationalbewußtseins tätig sind, gar nicht mitgerechnet; dabei sind diese Kreaturen zweifellos noch viel gefährlicher als die reinen Nachrichtenagenten, denn sie mühen sich planmäßig, im deutschen Volk die letzten Reste von National- und Staatsbewußt-

sein zu zerstören. So wird langsam, aber sicher, eine Masse von verzichtsbereiten Anarchisten herangebildet, mit der am Tage X die roten Angriffsarmeen leichtes Spiel hätten. Diese Zersetzungsagenten können ihren Kampf gegen die Seele des deutschen Volkes nur deshalb so wirksam führen, weil die Bundesregierung keinen Versuch machte, ihrem Treiben ein Ende zu setzen. Aus panischer Angst vor der weltweiten Hetzpropaganda dieser linksintellektuellen Anarchisten ließ die Bundesrepublik sie gegen besseres Wissen und wider alle Einsicht gewähren in dem irrlichternden Glauben, mit offiziellen Verordnungen die grundsätzliche Haltung und die Einsatzbereitschaft der Staatsbürger ersetzen zu können.

Wie weit die Nachrichtenspionage gediehen war, zeigten die Urteile, die am 23. Juli vom Bundesgerichtshof gegen den Regierungsrat des Bundesnachrichtendienstes Heinz Felfe, den Angestellten des BND Hans Clemens und Rechtsanwalt Erwin Triebel gefällt werden mußten. Sie alle hatten Spionage für den sowjetischen Geheimdienst getrieben. Felfe und Clemens hatten für je 140 000 DM praktisch alles, was ihnen möglich war, aus der höchsten westdeutschen Abwehr verraten, Triebel als Kurier dabei Hilfe geleistet. Felfe erhielt 14 Jahre und 8 Monate, Clemens 10 Jahre, Triebel 3 Jahre Zuchthaus.

In Ostberlin führte das Oberste Gericht der DDR einen Scheinprozeß gegen Staatssekretär Dr. Globke durch und verurteilte den Abwesenden wegen seiner Beihilfe zur Judengesetzgebung des Dritten Reiches am 23. Juli zu lebenslangem Zuchthaus.

In der »Zeit« hatte sich der Ordinarius für Psychologie an der Universität Hamburg, Professor Dr. Peter Robert Hofstädter, am 14. Juni für die Amnestierung der NS-Verbrechen eingesetzt. Daraus entstand, wie nicht anders zu erwarten war, eine riesige Affäre. Am 19. Juli luden die Hamburger liberalen Studenten Hofstädter zu einer Podiumsdiskussion ein, in der sich Hofstädter wiederum für eine sofortige Amnestie aussprach und darüber hinaus sinngemäß erläuterte: Hitler habe den Juden den Krieg erklärt – Konsequenz: Die getöteten Juden seien »gefallen« und nicht ermordet worden – weil für Hitler die Vernichtung der Juden eine Kriegshandlung war.

Nun war ein regelrechter Skandal da. Hamburgs Oberbürgermeister Nevermann warnte vor einer »Gefahr für die Lehrerausbildung in Hamburg«, und alle Zeitungen in West- und Ostdeutschland griffen Hofstädter wütend an. Der Wirbel wurde nicht geringer, als Hofstädter schließlich noch darauf hinwies, daß Chaim Weizmann im August 1933 als Prä-

sident des Zionistischen Weltkongresses ganz offiziell im Namen der Juden dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte.

Die Ausgaben der Bundesrepublik stiegen unentwegt an. Westdeutschland mußte diese Entwicklungshilfebeträge als eine Art getarnter Kriegsreparation leisten, um die westlichen alliierten Sieger zu entlasten. Deutschland zahlte auch hier für die USA, England und Frankreich. Das Bundeswirtschaftsministerium gab am 10. August bekannt, daß bis zum 30. Juni 1963 die Bundesregierung an 65 Entwicklungshilfeländer Kapitalhilfen in Höhe von 7160,895 Millionen DM vergeben hatte. Dabei floß die Mehrheit von Steuergeldern in Länder, wo sie praktisch ins Nichts versickerte. Oftmals schöpfte eine kleine Clique farbiger Manager zuerst den Rahm ab, und die Steuergelder der Bundesbürger wurden in komfortable Straßenkreuzer und sonstigen Zivilisationsluxus umgesetzt, während die Masse der Bevölkerung der so freigebig bedachten Länder in der Regel sich mit dem schäbigen Rest begnügen mußte oder gar leer ausging.

Dabei ist das Straßennetz der Bundesrepublik längst nicht mehr den Anforderungen des Verkehrs gewachsen. Doch es ist einfach kein Geld für ein großzügiges Straßenbauvorhaben vorhanden. Die Zustände in den Schulen spotten zum Teil jeder Beschreibung. In vielen Schulen gibt es Schichtunterricht, weil nicht genug Schulräume vorhanden sind. Das Geld für ausreichenden Schulhausneubau ist aber auch nicht da. In Hannoversch-Münden demonstrierten 180 Gymnasiasten gegen die sanitären Einrichtungen ihrer Schule, die aus dem Jahr 1900 stammen, und trugen Tafeln mit: »Abitur in der Besenkammer«, »Unterricht im Kohlenkeller«. Aber auch anderswo protestierten Schüler und Eltern vergebens.

Die Verhältnisse in den Krankenhäusern sind nicht selten katastrophal. Vielerorts müssen die Kranken mangels ausreichender Räume in Vorräumen und Gängen kampieren. Kapital, um diesem Notstand abzuhelfen, fehlt. Das sind keinesfalls alle unterentwickelten Verhältnisse in der Bundesrepublik, die das Geld im eigenen Lande so nötig hätte und statt dessen zum Fenster hinauswirft.

Dabei erwies es sich längst als eine gewaltige Illusion, zu glauben, daß diese schweren finanziellen Opfer in den beschenkten Ländern Liebe und Zuneigung für die Bundesrepublik erwecken würden. In vielen Fällen, wie zum Beispiel in Ghana, in Guinea, sollte es sich bald erweisen, daß die schlau gewordenen Unterentwickelten sowohl von Bonn als auch von Pankow Geld annahmen. Woher das Geld kommt, ist namentlich den Afrikanern völlig gleichgültig, Hauptsache, es kommt. Die Probleme des

Spenderlandes sind nur so weit interessant, als sie in direktem Zusammenhang mit der Geldquelle stehen.

Frau Mary Edusei aus Accra war es vorbehalten, uns einen tiefen Blick in die Verwendung unserer Steuergelder tun zu lassen. Mary war die Gattin des ghanesischen Entwicklungsministers Krobo Edusei. Sie bestellte in London ein Bett von besonderer Ausstattung. Diese eheliche Ruhestätte hatte nicht nur golddurchwirkte Matratzen und einen Vorhang am Kopfende, der in eine goldene Krone mündete, sondern war auch ringsherum goldplattiert. Dieses Prunkbett der schwarzen Schönheit Mary Edusei, das sie offensichtlich spielend aus ihrem Nadelgeld bezahlte, kostete das runde Sümmchen von 33 000 DM. Die Kosten des Transportes in die Ministervilla nach Accra wurden einschließlich Zoll und Steuern zusätzlich mit weiteren 28 000 DM errechnet. Findige britische Reporter erfuhren von Marys Goldbettchen und schrieben bissige Artikel.

Dabei kann es als sicher gelten, daß solche kleinen Scherze der schwarzen Empfänger von deutschen Steuergeldern noch die harmloseste und bescheidenste Art der Verschwendung darstellen.

In Südtirol war auch 1963 keine Änderung der bedrückenden Verhältnisse abzusehen. Die Freiheitskämpfer führten vom 3. bis zum 17. August eine Reihe weiterer Demonstrationssprengungen durch, ohne die Aufmerksamkeit der Welt auf ihr unglückliches Land, das gezwungen war, als die letzte italienische Kolonie dahinzuvegetieren, lenken zu können.

In Trient fand unter dem Vorsitz des Gerichtspräsidenten Dr. Giacomelli vom 20. bis 30. August 1963 der Prozeß gegen die italienischen Folterkarabinieri statt, die angeklagt waren, Südtiroler Gefangene unvorstellbar gequält zu haben. Ursprünglich waren 21 Karabinieri angeklagt worden, doch schon in der Voruntersuchung wurde gegen 11 das Verfahren eingestellt, weil ihre Taten unter Amnestie fielen. Die italienischen Menschenquäler waren: Oberleutnant Rotellini, Oberleutnant Vilardo, Karabiniere Pozzer, Brigadier D'Andrea, Vizebrigadier Demontis und die Karabinieri Armao, Marras, Pasqual und Grendene. Sie leugneten alle und machten sich über die Beschuldigungen vor Gericht obendrein lustig.

Die Südtiroler Zeugen wurden in schweren Eisenketten gefesselt vorgeführt, während die Karabinieri grinsend auf der Anklagebank saßen. Trotzdem waren die Zeugenaussagen erschütternd:

Josef Anegg: »... Da mußte ich mich nackt ausziehen, nur die Schuhe durfte ich behalten. Mit einer brennenden Zigarette haben sie mir die Lip-

pen, die Brustwarzen, die Geschlechtsteile und die Hände verbrannt... Dreimal haben sie mir in den Mund gespuckt, ich mußte alles schlucken ... mit einer Eisenstange im Mund und Hände hoch mußte ich Kniebeugen machen, bis ich umfiel.« (Übrigens hatte Anegg erwiesenermaßen mit den Anschlägen nichts zu tun; die gerichtliche Verfolgung der Täter war in diesem Fall nicht möglich, weil sie unbekannt geblieben sind.)

Guiseppe Spiß: »Ich erhielt Tritte am ganzen Körper ... während des Verhörs haben sie mir einen Scheinwerfer vor das Gesicht gestellt...«

Verlesen wurden folgende Aussagen:

Anton Gostner: »... Da zog man mich nackt aus, legte mich auf den Rücken und setzte mir Käfer am Nabel an, die die Eigenschaft hatten, mit den Zangen eine Vertiefung zu suchen und zu graben. Es schmerzte sehr. Nachher schleifte man mich bei den Haaren auf dem Boden herum... Man zog mich dann nackt aus, legte mich auf den Rücken über eine Kiste, wobei man mir Hände und Füße nach unten zog, mich festhielt und mir salzige Säure in Mund, Nase und Ohren schüttete ... Man hat mir brennende Zigaretten in die Nasenlöcher und auf die Stirn gedrückt...« (Gostner starb am 7. Januar 1962 an Herzinfarkt im Gefängnis.)

Franz Höfler: »... Mußte vom Samstag bis Dienstag früh ununterbrochen in Habtachtstellung stehen, ohne Essen und Trinken... Sie haben mir dann noch das linke Ohr losgerissen, wo ich sehr blutete... Bin dann noch drei bis vier Stunden unter einer Lampe gestanden...« (Franz Höfler starb am 22. November 1961 im Gefängnis; Todesursache: Bruch der Hauptschlagader.)

Weiterhin sagten unter anderem aus:

Vigilio Schwienbacher: »Ich wurde von zwei Personen in Zivil auf Kopf und Hände geschlagen... mit zwei Koffern in der Hand mußte ich stehen...«

Albin Zwerger: »Ich wurde geschlagen... und mit einer brennenden Zigarette am Arm verbrannt...«

Hermann Anrather: »Ich mußte, mit der linken Hand oben, stehen, und man hat mir dauernd mit der Hand und Faust ins Gesicht geschlagen und ins Gesicht gespien...«

Sepp Innerhofer: »Nach meiner Verhaftung wurde ich in der Kaserne in Meran mit Schlägen ins Gesicht empfangen... Ich mußte im Gang stehen, die Hände hochhalten. Der Karabiniere Pozzer ist mir dabei wiederholt auf die Zehen gestiegen und hat die Wache aufgefordert, wenn

ich nicht mehr aufrecht stehen könne, sollen mir die Leute nur auf die Zehen treten. Stundenlang mußte ich im Gang stehen. Nach meiner Einvernahme durch Staatsanwalt Dr. Castellano meinte dieser zu den Karabinieri: Der bleibt noch bei euch, er wird schon ›singen‹. Drei Tage nach meiner Festnahme wurde ich nach Eppan gebracht und dort einigen Südtirolern gegenübergestellt. Einer der Häftlinge, Guttmann, der mit verschwollenem Gesicht und blauem Auge vor mir stand, meinte zu mir: ›Es ist besser, wenn Sie sprechen, denn wir sprechen alle.‹ Später haben sie mich nackt ausgezogen und auf einen Tisch gelegt und mit Riemen geschlagen. Es waren Pozzer und Vilardo. Dann wollten sie mir eine gelbe Flüssigkeit in den Mund schütten. Weil ich den Mund nicht öffnete, rissen sie mir einige Male vom Geschlechtsteil die Haare aus... Ich habe früher nie Kopfweh gehabt, aber dann, in den folgenden fünf Monaten, hatte ich sehr starke Schmerzen... Ich möchte Ihnen noch weiter erzählen, wie es bei den Verhören zugegangen ist«, sagte Innerhofer zum Vorsitzenden. Und mit lauter Stimme fuhr er fort: »Die Karabinieri haben damals zu mir gesagt, die Rasse gehört ausgerottet und kastriert... Wissen Sie, Herr Präsident, wie wir das Wasser getrunken haben? – Wir mußten es von der Abortschale nehmen...«

Am 30. August wurden 8 Karabinieri freigesprochen, Oberleutnant Rotellini und Brigadier D'Andrea wurden zwar für schuldig befunden, einen Südtiroler mißhandelt zu haben, das Gericht entschied jedoch, daß auch sie in den Genuß der Amnestie für »geringfügige Verstöße« gelangen müßten.

Nun konnte die Welt die Freiheit made in Italy erkennen. Aber die Welt war gar nicht interessiert daran. Als Antwort auf diesen Scheinprozeß kam es in Südtirol zu weiteren Demonstrationssprengungen.

Am 23. September erfolgten auch innerhalb Österreichs Sprengstoffanschläge. Ein Kriegerdenkmal wurde am Ufer des Traunsees in die Luft gesprengt; kurz danach entdeckte man an einer der Bergbahngondeln auf dem Feuerkogel in Ebensee und in der dortigen Saline Sprengladungen. Nicht auszudenken, wenn diese Sprengladungen an einer Gondel während der Fahrt detoniert wären!

Bei der Entschärfung einer der Sprengladungen explodierte eine Bombe, die den österreichischen Gendarmeriebeamten Kurt Gruber zerriß und zwei weitere Gendarme schwer verletzte. Obwohl am Tatort italienische Flugblätter gefunden wurden, verfolgte das Wiener Innenministerium groteskerweise die Spur vorerst nicht in Richtung Italien, sondern glaub-

te, daß es sich um eine Provokationssprengung der Südtiroler Freiheitskämpfer handele. Ein Teil der tirolfeindlichen österreichischen Presse beschuldigte in verleumderischer Weise die Südtiroler Freiheitskämpfer offen wegen der Anschläge im Salzkammergut.

Die wirkliche Spur aber führte zu einem graublauen Fiat-Wagen 1100 mit einer veronesischen Autonummer. Die Attentäter waren: Der 27jährige Giorgio Massara, der 34jährige Sergio Poltronieri und der 26jährige Luiciano Rolando. Als sie später in Italien verhaftet wurden, gestanden sie die Anschläge ein und – wurden auf freien Fuß gesetzt.

In Bonn trat am 30. September Staatssekretär Dr. Hans Globke mit der Begründung, die Altersgrenze erreicht zu haben, zurück. Damit zeichnete sich das Ende der Ära Adenauer ab.

Für die territoriale Verteidigung mit Hilfe von Reservisten bewilligte der Verteidigungsausschuß des Bundestages am 4. Oktober 240 Millionen DM. Bezüglich der Freiwilligenmeldungen gab sich der Ausschuß, der vorerst mit 50 000 Mann rechnete, großen Illusionen hin. Von den 110 000 Reservisten der Bundeswehr, die aufgefordert wurden, sich zum freiwilligen Dienst zu melden, folgten jedoch nur ganze 5000 dem Ruf. Man kann eben nicht jahrelang ungestraft die Zersetzer hetzen lassen und dann auf Opferbereitschaft der Staatsbürger rechnen.

Das Stuttgarter Schwurgericht verurteilte am 11. Oktober den ehemaligen Volkspolizisten Fritz Richard Hanke zu 15 Monaten Gefängnis. Hanke hatte am 5. Juli 1962 einen Flüchtling erschossen, war aber später selbst in die Bundesrepublik geflüchtet. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß Hanke im Befehlsnotstand gehandelt hatte. Eine Einsicht, die in den meisten deutschen Kriegsverbrecherprozessen den westdeutschen Richtern fehlte.

Kanzler Adenauer folgte seinem Staatssekretär Globke am 11. Oktober und trat mit Datum vom 15. Oktober als Bundeskanzler zurück. Das fortgeschrittene Alter von 87 Jahren hatte erreicht, was seine Gegner in und außerhalb seiner eigenen Partei nicht fertigbrachten. Alle Versuche Adenauers, die Nachfolge im Amt des Kanzlers durch den Wirtschaftsminister Dr. Ludwig Erhard zu hintertreiben, scheiterten. Am 16. Oktober wurde Erhard mit 279 gegen 180 Stimmen bei 24 Enthaltungen zum neuen deutschen Bundeskanzler gewählt. Damit trat der Mann ab von der Regierung, der in 14 Jahren das Nachkriegsdeutschland geformt hatte. Adenauer hatte durch seine Taktik »keine Experimente« den materiellen Wohlstand Westdeutschlands ermöglicht, jedoch die Zerreißung Deutschlands

mit verewigen helfen. Letztlich hatte Adenauer durch das Wirtschaftswunder und durch die Hingabe an das Materielle einen Zustand herbeigeführt, in dem der Egoismus des einzelnen in der Masse der Deutschen dominierte. In diesem unheiligen Egoismus war kein Platz für übermaterielle nationale Probleme oder gar Opferbereitschaft für den Staat, der für den Durchschnittsdeutschen dank dieser seelischen Fehlentwicklung nur mehr als politischer Zweckverband interessant geblieben war.

Die Ermordung des amerikanischen Präsidenten Kennedy am 22. November in Dulles in Texas schreckte die offizielle Bundesrepublik hoch. Doch als sich keine unmittelbaren Folgen für Westdeutschland zeigten, beruhigte man sich schnell. Die bundesdeutschen Ausrüstungskäufe in den USA für die Bundeswehr betrugen gegen Ende 1963 rund 2400 Millionen DM.

Am 12. Dezember verstarb in Stuttgart Altbundespräsident Professor Dr. Theodor Heuß an den Folgen einer Beinamputation.

In Frankfurt wurde, namentlich auf Betreiben des Hessischen Generalstaatsanwalts Dr. Fritz Bauer, der große Auschwitz-Prozeß vorbereitet. Hier sollten 20 Angehörige der ehemaligen Lagerverwaltung und Bewachungsmannschaft von Auschwitz stellvertretend zur Verantwortung gezogen werden für das große Sterben von Auschwitz und für eigene Verbrechen. Das KZ Auschwitz war längst zum Inbegriff des Hauptverbrechens gegen die Juden im allgemeinen geworden. Bisher war historisch nicht einwandfrei feststellbar gewesen, wie viele Juden in Auschwitz umkommen mußten. Nach einer Erklärung des Oberkommandos der Roten Armee vom 15. April 1945 sollten in Auschwitz 4,05 Millionen den Tod gefunden haben. Der Auschwitzer KZ-Kommandant Rudolf Höss, der bereitwilligst alles bestätigte, was man von ihm hören wollte, gab am 15. April 1946 in Nürnberg zwei Zahlen an. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Kauffmann zuerst 2 Millionen, auf Befragen des amerikanischen Anklägers Amen 3 Millionen. Beide Aussagen stehen im Widerspruch zu seiner Erklärung, daß insgesamt alles in allem 1 130 000 Juden in Auschwitz eingeliefert wurden.

Der jüdische Berichter Dr. Filip Friedmann beziffert die in Auschwitz umgekommenen Juden mit 4,023 Millionen. Die jüdische Dokumentationszentrale in Paris behauptete, daß 4,5 Millionen Juden in Auschwitz sterben mußten. Das Institute of Jewish Affairs of World Jewish Congress 1961 kam in seiner offiziellen Publikation »Eichmann's Confederates and the Third Reich Hierarchy« zu der Feststellung: »Auschwitz (mit seinen

Nebenlagern, von denen Birkenau das bekannteste war) südlich, nicht weit von Krakau, wo etwa 900 000 Juden umkamen ...«

Auch Gerald Reitlinger schätzt die Toten von Auschwitz auf weniger als eine Million. Paul Hilberg, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität von Vermont (USA) publizierte 1961 eine Studie »The Destruction of the European Jewish«, aus der hervorgeht, daß in Auschwitz eine Million Juden vernichtet wurde.

Diese so weit klaffenden Differenzen zwischen den einzelnen Zahlen dieser entsetzlichen Tragödie werden von einem maßgebenden jüdischen Historiker selbst erklärt. Gerald Reitlinger erklärt in einer Fußnote bei seiner Verlustaufstellung bezüglich Polens, der Sowjetunion und Rumäniens: »Verläßliche Zahlenangaben liegen nicht vor. Es handelt sich also nur um annähernde Schätzungen.«

Es wäre schon vom geschichtlichen Standpunkt aus sehr wünschenswert gewesen, wenn endlich wenigstens über Auschwitz volle Klarheit geschaffen worden wäre. Doch der einzige Zeuge von Gewicht, der über diese historischen Dinge hätte im Auschwitz-Prozeß aussagen können, der Nachfolger von Rudolf Höss im Kommando des KZ Auschwitz, Richard Baer, konnte nicht aussagen. Obwohl er zu einer Zeit Kommandant gewesen war, in der es keine Judenvernichtung mehr gab, da sie damals schon auf Befehl des Reichsführers-SS eingestellt worden waren, hätte Baer manche dunkle Stelle der bisherigen Forschung aufhellen können. Baer lebte jahrelang als Holzarbeiter getarnt unter falschem Namen, wurde schließlich ausgeforscht und verhaftet. Höchst mysteriöserweise verstarb der bisher Gesunde am 17. Juni 1963 an Kreislaufstörungen im Frankfurter Untersuchungsgefängnis. Der Obduktionsbefund nannte als Todesursache Herzschwäche.

Leider hatte es Ehefrau Baer in ihrer Erschütterung unterlassen, eine nochmalige Obduktion der Leiche zu verlangen. Der Tote wurde daher unmittelbar danach eingeäschert. In dem amtlichen Obduktionsbefund des Instituts für gerichtliche Medizin der Universität Frankfurt am Main heißt es unter anderem: »Bei der gesamten Sachlage kann jedoch die Einnahme eines nichtriechenden und nichtätzenden Giftes nicht ausgeschlossen werden.«

Um so begrüßenswerter war es nach dieser Sachlage, daß sich der revisionistische französische Historiker Professor Paul Rassinier entschloß, als Beobachter dem Auschwitz-Prozeß beizuwohnen. Da Rassinier selbst

jahrelang deutscher KZ-Häftling war, konnte er sehr genau zwischen Realitäten und Propaganda unterscheiden.

Rassinier erhielt am 12. Dezember vom Frankfurter Landesgerichtspräsidenten die Verständigung nach Paris, daß seine Eintrittskarte unter der Nummer 113 für ihn im Sekretariat des Frankfurter Gerichtes zur Verfügung stehe. Professor Rassinier reiste am 18. Dezember 1963 aus Paris ab, um sich nach Frankfurt zu begeben. Schon in Saarbrücken wurde er auf Weisung des Bundesinnenministeriums von Deutschen Kriminalbeamten aus dem Zug geholt und als unerwünschter Ausländer nach Frankreich zurückgeschoben. Seine Proteste beim Innenminister Hermann Höcherl und beim deutschen Botschafter in Paris blieben unbeantwortet.

Das war ein schlechtes Vorzeichen für diesen mit gewaltigem Propagandaaufwand am 20. Dezember 1963 beginnenden Monstreprozeß.

In Mailand hatte am 9. Dezember der italienische Prozeß gegen 92 Südtiroler Freiheitskämpfer, größtenteils Südtiroler und Österreicher, begonnen, die der politischen Verschwörung, des Anschlags auf die Einheit des italienischen Staates und wegen Demonstrationssprengungen angeklagt wurden. Nur ein Teil der Angeklagten befand sich vor Gericht. Diese allerdings saßen durchweg schon über zwei Jahre lang in Untersuchungshaft. Die überragende Figur dieses Prozesses gegen die sich wehrenden Südtiroler war von Anbeginn der Bauer und Krämer aus Frangart, Josef Kerschbaumer, der mannhaft die gesamte Verantwortung für alle Angeklagten übernommen hatte.

Zur selben Zeit rollte in Calw der große Prozeß gegen die Deutsche Bundeswehr an. Bei einem Hitzemarsch am 25. Juli war der Rekrut Gerd Trimborn der Fallschirmjägerausbildungskompanie 6/9, die in Nagold stationiert war, an Herzschlag verstorben; bei einem Geländelauf des Fluganwärterregimentes I der Luftwaffe in Uetersen erlag der Flieger Klaus Gerstner einem Herzschlag. Diese und ähnliche tragischen Vorkommnisse hatten eine neue Hetzewelle gegen die Deutsche Bundeswehr ausgelöst, die im besonderen in den sogenannten Nagold-Prozessen ihren Niederschlag fand.

Tatsächlich war, was erst durch den Bundeswehrdienst in erschreckender Weise offenbar wurde, ein Großteil der eingerückten jungen Männer, wie das so schön im Landserjargon heißt, ›fußmarod‹. Nach 1945 war jahrelang jede körperliche Ertüchtigung an den Schulen als »nazistisch« verpönt gewesen und erst später – in unzureichendem Maße – betrieben worden. Fußwanderungen und Fahrradtouren waren den Jugendlichen nur noch

in den seltensten Fällen bekannt. Nichtschwimmer bildeten überhaupt die Regel. Ein Großteil der Eingezogenen besaß wohl den Führerschein für Moped oder Auto, aber kaum einer ein Sportabzeichen. Viele Rekruten wiesen Wirbelsäulenschwächen, Fußfehler, Gebißmängel, Kreislaufstörungen und Haltungsfehler auf. Die meisten landeten in der Bewertungsgruppe »Tauglich II« oder »Tauglich III«. »Tauglich I«, in der Deutschen Wehrmacht die Regel, hatte vom ersten Augenblick an in der Deutschen Bundeswehr Seltenheitswert. 30 % der Gemusterten kamen sogar in die »Gruppe IV«, die in Friedenszeiten überhaupt nicht zum Wehrdienst herangezogen werden dürfen.

Zu diesen Rekruten mit empfindlichen Körperschäden kamen noch solche, die gelinde gesagt schwer erziehbar waren. Die Auswirkung der vom Staat geduldeten Zersetzungspropaganda wurde hier deutlich wie nirgends sonst. Das Amtsgericht Trier zum Beispiel verurteilte im November 1963 den Schützen H., der seinen Feldwebel verprügelt und seinen Kompaniechef geohrfeigt hatte, zu 10 Monaten Gefängnis.

Die Fallschirmjäger erhalten in allen Armeen der Welt eine besonders harte Ausbildung. Sie sind als Elitetruppe gedacht und organisiert und sollten im Ernstfalle Größeres leisten als die Linientruppe.

Nach dem Todesfall Trimborn vernahmen Kriminalbeamte in Nagold alle Rekruten und fragten sie, wer sich zu beschweren hatte. Die Folge war eine Lawine von Prozessen gegen Gefreite, Unteroffiziere und Leutnants, die angeblich oder wirklich die Rekruten zu scharf angefaßt hatten. Mit Wonne stürzte sich die Presse auf diese Unterlagen und übersteigerte sie im üblichen Maße.

Der Kommandierende General des II. Korps, Leo Hepp, ließ im Eiltempo seine ihm untergebenen Soldaten und Offiziere im Stich; sie gar zu decken und notwendigenfalls die Verantwortung zu übernehmen, wie das bisher zumindest bei Preußens so üblich gewesen war, daran dachte der Herr General nicht einen Augenblick. Ehe noch das Gericht geurteilt hatte, erklärte General Hepp am 29. Oktober pathetisch: »Die Vorgänge bei der Fallschirmjäger-Ausbildungskompanie 6/9 in Nagold sind eine Schande für das ganze Korps. Die Einheit wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Nummer der Kompanie ist zu tilgen. Alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften sind unverzüglich zu versetzen.«

Die ganze Wut der aufgescheuchten Öffentlichkeit konzentrierte sich in der Hauptsache auf den 22jährigen Gefreiten Hans Dieter Raub, der seinen Bergmannsberuf aufgegeben hatte, um Berufssoldat zu werden. Er

wurde namentlich durch den Abiturienten Volker Weidemann belastet, der sich von dem Ausbilder Raub geschlaucht fühlte, weil er – obgleich völlig unmusikalisch – oft gezwungen wurde, Soldatenlieder zu singen.

Der Calwer Oberamtsrichter Fielitz wußte, was er der von Presse, Rundfunk und Fernsehen aufgehetzten Öffentlichkeit schuldig war. Er mietete die Stadthalle für die Verhandlung, in der 400 Zuschauer Platz finden konnten. Als bei der Verhandlung viele der Fallschirmjäger ihre polizeilichen Aussagen, die sie in der erklärlichen Rekrutenverärgerung gemacht hatten, als Zeugen abschwächten, reizte sie Richter Fielitz: »Was seid ihr heute für Kerle! Früher hätten sich das nicht einmal die dümmsten Trottel gefallen lassen.«

Hans Dieter Raub wurde am 11. Dezember zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Ludwig Barth, traf einen Teil des wirklichen Hintergrundes dieser Prozesse, als er in seinem Plädoyer ausführte: »Diese Verhandlung ist eine Aufforderung zum Tanz für alle, die etwas gegen die Bundeswehr haben. Warum sitzen wir nicht im Gerichtssaal, sondern in einer großen Turnhalle, warum nimmt die Öffentlichkeit so regen Anteil? Warum ist dieser Prozeß ein Politikum ersten Ranges? Das Verhältnis Volk und Bundeswehr ist noch nicht ausgegoren und von Starrsinn, Ressentiments belastet. Man kann eben nicht die Soldaten zehn Jahre lang als Militaristen durch den Dreck ziehen und dann wieder hervorholen. Die Bundeswehr ist zur Zeit isoliert. Es gibt ein Mißbehagen in der Bundeswehr und ein Mißbehagen gegen die Bundeswehr.«

Was aber niemand in diesem und in der Kette der folgenden »Schleifer«-Prozesse aufzeigte, war das offensichtliche Versagen der Musterungsärzte, die Herzkranke tauglich schrieben – nur so waren diese Herzfälle zu erklären –, und das geradezu demonstrative Versagen der oberen militärischen Führung. Auf der einen Seite forderte Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel harte Bundeswehrsoldaten, damit diese den anderen NATO-Partnern gleichwertig würden, auf der anderen wagten die Generäle nicht, ihre Ausbilder zu decken, ja, es gab nicht einmal eine richtige Heeresdienstvorschrift, so daß es den blutjungen Gefreiten, Unteroffizieren und Leutnanten überlassen blieb, wie sie aus diesen oftmals fußmaroden Rekruten »harte Soldaten« formen sollten. Kein Wunder, wenn diese doppelt im Stich gelassenen jungen Soldaten, denen es zum Großteil um die Erfüllung der Aufgabe und nicht um die Pensionen ging, wie oftmals ihren betagten Vorgesetzten, da und dort übers Ziel hinausschossen.

Auf Grund der Konferenzen der beiden Passierschein-Unterhändler, dem Westberliner Senatsrat Horst Korber und dem Ostberliner Staatssekretär Erich Wendt, glückte es, für die Weihnachtstage Besuchsmöglichkeiten für die Westberliner zu ihren Ostberliner Verwandten, allerdings nur mit DDR-Passierscheinen, auszuhandeln.

Durch das Passierschein-Abkommen konnten 1 242 810 Westberliner wieder mit ihren Familienangehörigen in Ostberlin beisammen sein. Mitten in die aufwallende Hoffnung dieser großen Wiedersehensfreude krachten am 26. Dezember an der Mauer wieder Schüsse. Die Volksarmisten trafen den 18jährigen Peter Schulz am Mariannenplatz auf der Mauer so schwer, daß er im Krankenhaus seinen Wunden erlag.

DER SIEG DER SÜHNEDEUTSCHEN

Amerikanische Soldaten als Verbrecher / Der schillernde Zech-Nenntwich / Angst vor Professor Hoggan / Heye gegen die Bundeswehr / Südtirol-Prozeß in Mailand / Mord an Luis Amplatz / Die ansteigenden Sexualverbrechen / Wiedergutmachungsschwindler Deutsch verhaftet / Oberstaatsanwalt Schüle als SA- und NS-Mitglied entlarvt / Das verhängnisvolle Waffengeschenk an Israel / Bundestag verlängert die gesetzliche Verjährung der Kriegsverbrecherverfolgung

Im Verlauf der großen NS-Hatz wurde der jahrelange Kanzlerleibwächter, Kriminalrat der Sicherungsgruppe Bonn, der auch für die Sicherheit des Bundespräsidenten verantwortlich gewesen ist, Ewald Peters, ebenfalls als Kriegsverbrecher verhaftet. Er wurde beschuldigt, als Angehöriger einer SD-Einsatzgruppe an Judenerschießungen beteiligt gewesen zu sein. Am 3. Februar erhängte sich Peters in einer Zelle des Bonner Landgerichtes.

Der erst im Oktober des Vorjahres ernannte Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Dr. Hans Krüger, der ab Dezember 1963 von Ostberlin andauernd beschuldigt wurde, NS-Kriegsverbrechen begangen zu haben, sah sich sehr bald als Ziel einer konzentrierten

Hetzkampagne auch innerhalb der Bundesrepublik; Krüger, der tatsächlich NS-Mitglied und Richter im Dritten Reich gewesen war, wurde am 22. Januar von seinem Amt suspendiert. Am 7. Februar überreichte er Präsident Lübke sein Rücktrittsgesuch, das sofort angenommen wurde. Das Amt wurde jetzt von Ernst Lemmer übernommen. Der Bund der Vertriebenen, dessen Präsident Dr. Krüger gewesen war, distanzierte sich gleichfalls von ihm, so daß er auch dieses Amt niederlegte. Sein Nachfolger wurde hier der sozialdemokratische Abgeordnete Wenzel Jaksch.

Nachdem Professor Dr. Werner Heyde nun über 4 Jahre lang in Untersuchungshaft gehalten war, sollte in Limburg (Lahn) am 18. Februar 1964 vor dem Schwurgericht der große Euthanasieprozeß beginnen. Allerdings ohne Dr. Bohne, der schon ein Jahr zuvor ins Ausland geflohen war. Am 12. Februar stürzte sich der Mitangeklagte Friedrich Tillmann aus dem achten Stockwerk eines Kölner Geschäftshauses in den Tod. Am 13. Februar erhängte sich Professor Dr. Werner Heyde in seiner Butzbacher Zelle. Damit war der geplante große Euthanasieprozeß geplatzt, und es konnte nur noch gegen den übriggebliebenen Angeklagten Hefelmann verhandelt werden. Der Prozeß brachte eine Überraschung durch die Zeugenaussage des Professors Dr. Werner Catel, der bis 1960 die Universitätskinderklinik in Kiel geleitet hatte. Catel bekannte offen: »Ich stehe seit 1922 auf dem Standpunkt, daß echtes Arzttum nichts damit zu tun hat, das Leben uner allen Umständen zu erhalten. Es gibt Fälle, wo Kinder unter der Stufe eines Tieres leben. Ich habe furchtbare Situationen gesehen, so daß ich sagen muß, der Arzt kann auch mal Leiden vermindern, wenn er an die Auslöschung solcher Wesen denkt.«

In München verstarb am 13. Februar der 69jährige Dichter Hans Zöberlein, der durch seine Soldatenbücher, vor allem »Der Befehl des Gewissens« und »Glaube an Deutschland« der literarische Sprecher der Kriegsgeneration des ersten Weltkrieges gewesen war.

Wie »objektiv und gerecht« die alliierte Rachejustiz 1945 verfuhr, bestätigte im Februar 1964 das Sozialgericht Münster, wo über den Versorgungsfall von Frau Sophia Schmitz entschieden werden mußte. Ihr Mann, Josef Schmitz, wurde 1945 als ehemaliger Feldwebel der Deutschen Wehrmacht von den Amerikanern festgenommen und beschuldigt, an der Ermordung amerikanischer Flieger auf der Insel Borkum beteiligt gewesen zu sein. Vergebens seine Beteuerungen, daß er und seine mitgefangenen Kameraden nichts damit zu tun hätten. Schmitz wurde zum Tode verurteilt und im Oktober 1948 in Landsberg gehenkt. In ihrer Rentenklage

bewies nun die Witwe durch zahlreiche Zeugen, daß ihr Mann von den Amerikanern völlig unschuldig hingerichtet worden war, so daß ihr das Sozialgericht Münster die Rente ab Oktober 1948 zubilligen mußte.

Auf der Autobahnbrücke bei Kirchheim (Teck), unter der die Bundesstraße 465 entlangführt, befand sich seit ihrer Errichtung vor rund 30 Jahren ein Denkmal für die Autobahnarbeiter und darüber die Inschrift »Alles für Deutschland«. Dieser Spruch reizte die SPD-Abgeordneten Helmstädter und Dr. Schwarz dermaßen, daß sie die Entfernung dieses Denkmals forderten. Wenig später waren die steinernen Autobahnarbeiter und das Bekenntnis »Alles für Deutschland«, für das in der Bundesrepublik offenbar kein Platz mehr ist, mit Preßluftbohrern vernichtet.

In Ostberlin wurde am 27. Februar nach siebenmonatiger Untersuchungshaft der 22jährige Herbert Kühn aus Essen wegen »staatsgefährdender Gewalttaten, Diversion und Hetze gegen die DDR« zu lebenslangem Kerker verurteilt. Kühn, ein idealistischer Wirrkopf, hatte in der Nacht zum 17. Juni 1963 beim Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel in Ostberlin eine Sprengladung zur Explosion gebracht, die aber nur geringfügigen Schaden anrichtete. Da eine der Sprengladungen, die er anderswo angebracht hatte, nicht explodierte, begab sich Kühn in der Nacht zum 30. Juni 1963 nochmals an die Tatstelle und wollte den Zünder neu schärfen. Der Staatssicherheitsdienst hatte jedoch die Sprengladung längst entdeckt und Tag und Nacht bewacht. So lief der naive Kühn den roten Häschern direkt in die Hände.

In der Verhandlung verteidigte sich Herbert Kühn mit einer todesmutigen Offenheit, die das kommunistische Gericht wiederholt in Verlegenheit brachte, so daß der Vorsitzende Vizepräsident Walter Ziegler androhte, die Verhandlung ohne den Angeklagten zu Ende zu führen. Kühn nannte den 17. Juni unerschrocken »den Jahrestag des mitteldeutschen Arbeiter- und Bauernaufstandes«, die Agenten des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes »Kreaturen« und versicherte vor der sprachlosen Zuhörerschaft: »Der größte Teil der Menschheit schätzt den Bau der Mauer, die die deutsche Reichshauptstadt in zwei Teile gespalten hat, als ein einmaliges geschichtliches Ereignis ein.«

Als Generalstaatsanwalt Streit aufsprang und wütend protestierte, erwiderte Herbert Kühn kalt, er habe in Ostberlin auch die sozialistische Gesellschaft kennengelernt, aber: »Sie hat mich nicht überzeugt.« Die unglaublich harte Strafe für ein paar zertrümmerte Fensterscheiben nahm der Jugendliche unbewegt entgegen.

Ende Februar konnte die Hetzkamarilla, die in Wahrheit die Bundesrepublik beherrscht, wieder einen Erfolg verzeichnen: Der schleswig-holsteinische CDU-Kultusminister Edo Osterloh suchte in der Kieler Förde den Freitod. Osterloh war laufend angegriffen worden. Zuerst beschuldigte man ihn, er habe den Euthanasieprofessor Dr. Heyde gedeckt, dann, er versuche Professor Dr. Werner Catel zu schützen; schließlich stand Osterloh im Feuer der linksradikalen Kritik wegen des Rektors der Universität Kiel, Professor Dr. Eberhard Menzel, weil dieser 1938 eine Schrift »Vom deutschen Völkerrechtsdenken der Gegenwart« geschrieben hatte.

Der 1945 von den Amerikanern an die Sowjets ausgelieferte Osterloh, der jahrelang in russischer Kriegsgefangenschaft schmachten mußte, war diesem Kesseltreiben nicht mehr gewachsen. Tragischerweise war es Osterloh, der Rektor Dr. Rühsen vernehmen ließ, als der Dönitz-Vortrag am Geesthachter Gymnasium solch große Aufregung hervorrief. Nun war der Minister seinem Rektor in den Freitod gefolgt.

In einigen Prozessen aber siegte vor westdeutschen Gerichten das Recht. Das Münchner Schwurgericht I sprach den Industrieberater Erich Deppner, der im Krieg SS-Sturmbannführer war, wegen Beihilfe zum Mord – Erschießung von 65 Sowjetarmisten – frei. Sein Verteidiger, Dr. Rudolf Aschenauer, hatte dem Gericht zahlreiche Beweise sowjetischer Kriegsverbrechen vorgelegt, wegen deren diese Vergeltungserschießungen von Deppners Vorgesetzten befohlen waren.

Der frühere Oberfeldwebel des IR 727, Leonhard Scherer, wurde vom Kemptener Schwurgericht wegen Erschießung sowjetischer Partisanen freigesprochen. Die Partisanen hatten den Zug Scherer im Wald von Goloboro überfallen und dabei einen Landser getötet. Professor Dr. Leonhard Maurach erklärte als Sachverständiger: Die Tötung von Zivilisten, die unter diesen Umständen im Walde Waffen mit sich führten, sei nicht rechtswidrig gewesen.

Die TASS veröffentlichte am 7. März eine offizielle sowjetische Deutschlanderklärung, in der es unter anderem hieß: »Die heutige Spannung in Europa ist nicht das Resultat des Zusammenbruchs und Zerfalls des Reiches, wovon der Friede und die europäische Sicherheit nur gewonnen haben. Diese Spannung wird von der revanchistischen und militärischen Politik jener Kreise hervorgebracht, die im Laufe von 75 Jahren der Welt fünf Kriege, darunter zwei Weltkriege, gebracht haben und jetzt einen sechsten, ebenfalls einen Weltkrieg, vorbereiten wollen. Diese Kreise haben in der kurzen Geschichte des Reiches (74 Jahre) ihren völligen

Bankerott und ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, die Belange der Nation zu lenken, und ihr nur Schmach und Unglück gebracht. Wenn unter dem Zweiten Weltkrieg der Strich gezogen wäre, würde das dem Erstarken der Idee des Revanchismus in Deutschland ein Ende machen und die Lage im Zentrum Europas und der ganzen Welt festigen. Für das deutsche Volk den Weg zur Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage bestehen lassen heißt vor allen Dingen eine Annäherung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik und Kontakte zwischen den beiden real bestehenden deutschen Staaten, die Schaffung einer Konföderation durchsetzen, wie das die Regierung der DDR wiederholt vorgeschlagen hat...«

Es blieb eben alles beim alten. Wiedervereinigung vom Osten unter der klaren Voraussetzung der Ausbreitung des Kommunismus nach dem Westen. Wiedervereinigung im Westen möglichst überhaupt nicht und amerikanischerseits unter der Voraussetzung der Ausbreitung der westlichen Demokratie nach dem Osten.

In Hamburg verstarb am 9. März der einzige deutsche Heerführer des ersten Weltkrieges, der im Felde tatsächlich unbesiegt blieb: General a. D. Paul von Lettow-Vorbeck. Mit den Deutschen Schutztruppen und seinen Askari hatte Lettow-Vorbeck bis 1918 in Deutsch-Ostafrika gegen einen hundertfach überlegenen Feind gefochten, ohne daß es diesem gelungen wäre, die Deutschen zu vernichten. 1919 war Lettow-Vorbeck mit den Resten der Deutschen Schutztruppen, umjubelt vom ganzen deutschen Volk, durchs Brandenburger Tor gezogen.

Der Professor der Ostberliner Humboldt-Universität Dr. Robert Havemann wurde am 12. März wegen »Verrates an der Sache der Arbeiter- und Bauernmacht« aus der SED ausgestoßen.

Längs der Autobahn bei Bayreuth wurde am 14. März der völlig zerstückelte Leichnam eines jungen Mädchens gefunden. Die Polizei stellte bald fest, daß es sich um die Überreste der 18jährigen Stenokontoristin Ursula Schamel handelte, die mit dem 26jährigen amerikanischen Leutnant Gerald M. Werner, Gerichtsoffizier des 2. US-Kavallerieregimentes, befreundet gewesen war. Ursula Schamel hatte sich gebrüstet, daß für sie deutsche Männer nie in Frage kämen, nur Amerikaner. Werner war von deutschen Mädchen so überlaufen, daß die Polizei ihm intime Verhältnisse mit über 30 Siebzehn- bis Dreißigjährigen nachweisen konnte. Werner wurde überführt, sein Alibi für die Nacht zum 14. März zusammengelogen zu haben, und gestand schließlich, die nackte Freundin in der Bade-

wanne erwürgt und unter das Wasser gedrückt zu haben. Anschließend zerstückelte er mit Messern das Mädchen, verpackte die Leichenteile in zwei Pappkartons, um diese dann noch in der Nacht entlang der Autobahn auszustreuen. Er habe das getan, sagte Werner, der im Volksmund »Bestie von Bayreuth« genannt wurde, weil ihm das Mädchen »schmutzig« vorkam.

Dieser grauenhafte Mord alarmierte die deutsche Öffentlichkeit stärker als die Verbrechen, die laufend von Angehörigen amerikanischer Gasttruppen verübt wurden. Kurz zuvor hatte der farbige US-Feldwebel Benjamin G. Ashford wegen Ermordung der 22jährigen Erna Sterr von einem US-Militärgericht die lächerliche Strafe von 9 Monaten Gefängnis, 450 Dollar Geldstrafe und Degradierung zum Soldaten erhalten. 7 Wochen nach dem Bayreuther Mord brachte der US-Gefreite Dennis D. Kreiling in einem Hotel in Hof (Saale) die 30jährige Irmgard Dye um. Seltsamerweise gibt es nirgendwo in der Bundesrepublik eine Aufstellung der zahlreichen Verbrechen alliierter Gasttruppen.

Neben diesen entsetzlichen Mördern fand sich, besonders unter den amerikanischen Soldaten, eine Menge Zechpreller, Diebe und Einbrecher. Die amerikanischen Offiziere US-Oberleutnant Charles Schneider und US-Leutnant William Hala wurden als Autoeinbrecher in mindestens 50 Fällen überführt. Sie baten um die sofortige Entlassung aus der Armee, die ihnen postwendend gewährt wurde. Da nach amerikanischem Recht ein ehemaliger Angehöriger der US-Army nicht von einem zivilen Gericht für Straftaten belangt werden darf, die er als Soldat begangen hat, flogen die beiden fünfzigfachen Autoknacker als freie Männer völlig unbehelligt in die Staaten zurück.

Bundespräsident Lübke verlieh dem 70jährigen Stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Heinrich Bütefisch in Anerkennung seiner Verdienste um den Wiederaufbau der Industrie das Große Bundesverdienstkreuz. Sofort erhob sich ein von Ostberlin gesteuerter Sturm gegen diese Ordensverleihung. In Nürnberg war Bütefisch als Direktor der IG-Farbenfabrik in Leuna und als SS-Sturmbannführer zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Bütefisch beendete die Diskussion aber sehr schnell, indem er schweigend der Staatskanzlei die Auszeichnung zurücksandte.

Die Stadtväter von Freudenstadt schenkten 1944 als berühmtem Sohn ihrer Stadt dem Generalleutnant Theo Lieb aus Anlaß der Verleihung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz ein 800 qm großes Grundstück. Lieb hatte sich mit seinen Männern aus dem Kessel von Tscherkassy mit freigekämpft.

Nach 1945 erklärten die neuen Stadtväter diese Schenkung für unmoralisch und für ungültig. General a. D. Lieb beschritt trotz der sofort entflammten Pressehetze gegen ihn den Klageweg und erklärte, er wolle das Grundstück gar nicht für sich persönlich, sondern es zum Bau eines Erholungsheimes für schwerversehrte Soldaten zur Verfügung stellen. Das Landgericht Rottweil erklärte die Schenkung für rechtens, und Freudenstadt berief gegen dieses Urteil. Auch das Stuttgarter Oberlandesgericht entschied am 2. April, daß die Schenkung zu Recht bestand, und wies die Berufung Freudenstadt ab.

Anfang April wurde in Ägypten der bundesdeutsche Student Frohwald Hüttenmeister als israelischer Spion verhaftet und vor Gericht gestellt. Hüttenmeister erklärte, er habe nur deshalb Israel als Spion gedient, weil er ein Schuldgefühl wegen der Verbrechen der Nationalsozialisten an den Juden mit sich trage. Die Ägypter verurteilten diesen Wiedergutmachungsspion zu 10 Jahren, ließen ihn aber bald wieder laufen.

In Braunschweig endete am 20. April 1964 der Prozeß gegen das 2. SS-Reiterregiment, das tragischerweise in Judenverfolgungen verstrickt worden war, mit der Verurteilung der Angeklagten. Unter ihnen befand sich auch Hans Walter Zech-Nenntwich, der wegen Mordes an Juden zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Diese Verurteilung beendete nur einen Abschnitt im Leben dieses schillernden Mannes, der über den Reichsarbeitsdienst in die Waffen-SS gekommen war und sich dort denkbar schlecht benommen hatte. Als sein Schwadronschef im Frühjahr 1943 schwer verwundet wurde und ins Lazarett kam, hatte Nenntwich kurzerhand dessen private Reitpferde verhökert. Dafür war er nach Rückkehr des Schwadronschefs wohl unter Anklage gestellt, aber während der Untersuchung in Krakau nur auf Hausarrest gesetzt worden. Nenntwich, wie er eigentlich hieß, denn den Namen seines Stiefvaters Zech hatte er sich erst später angeeignet, führte auch im Hausarrest sein fröhliches Leben weiter. Er wußte, Reiter nehmen es in Pferdeaffären nicht so genau, und nützte die Zeit in der Etappe, wie er nur konnte. Um zu Geld zu kommen, machte er alle möglichen Geschäfte und muß wohl damals schon mit Verbindungsleuten der polnischen Partisanen in Kontakt gekommen sein. Eines Abends wurde Nenntwich von einer Feldgendarmeriestreife dabei ertappt, wie er eine Polin zu vergewaltigen suchte. Nun erkannte Nenntwich, daß sein Stern im Sinken war. Er wurde verhaftet und ins Warschauer Militärgefängnis überstellt. Von dort glückte es ihm am Abend des 5. April 1943, mit einem falschen Sold-

buch auf den Namen »Hermann Böttcher« zu entfliehen. Wie das einem einzelnen Gefangenen ohne tatkräftigste Hilfe von außen gelingen konnte, bleibt rätselhaft. Jedenfalls scheint diese Hilfe Nenntwich auch weiterhin nicht verlassen zu haben. Offensichtlich mit Hilfe der polnischen Partisanen desertierte Nenntwich über Südschweden zu den Engländern, die ihn mit der Kuriermaschine ihres Stockholmer Botschafters nach England flogen.

Nachdem dort Nenntwich alles dem Secret Service verraten hatte, was er als SS-Obersturmführer wissen konnte, wurde er Neujahr 1944 dem Chef des antideutschen Lügenfeldzuges, Sefton Delmer, überstellt. Unter dem Decknamen Dr. Sven Joachim Nansen führte er den »SS-Widerstandssender Hagedorn«, der die SS zersetzen sollte.

1945 kam Nenntwich als britischer Vernehmungsoffizier nach Deutschland zurück. Im Range eines Legationsrates erster Klasse wurde er anschließend Berater der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und deren Verbindungsoffizier zur britischen Militärregierung.

Zu Silvester 1949 verriet Nenntwich Kanzler Adenauer, der ihn zu einem vertraulichen Gespräch empfangen hatte, die Namen aller sozialdemokratischen Emigranten, die bei Delmer gearbeitet hatten. Trotzdem konnte sich Nenntwich auf die Dauer in der Politik nicht halten und mußte seinen Posten bei der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung aufgeben. Er versuchte es in rascher Reihenfolge mit der Journalistik, dem Nachrichtendienst und allen möglichen Geschäften, durch die er wiederholt mit Behörden in Konflikt kam.

Diesem Super-Neudeutschen glückte es mit Hilfe von Fräulein Margit Steinheuer, einer seiner zahlreichen Bräute, und des Gefängniswärters Dietrich Zeemann, aus dem Braunschweiger Gefängnis zu entkommen und mit einem Sportflugzeug nach Ägypten zu fliegen. Dort tischte er das Märchen auf, er sei im Kriege als deutscher Abwehragent nach England geschleust worden. Nach Aufhellung des Tatbestandes wurde Nenntwich aus Ägypten hinauskomplimentiert und kehrte nicht ohne Begleitung von Illustrierten-Redakteuren in seine bundesdeutsche Zelle zurück.

Anfang Mai lud die Düsseldorfer »Leopold-von-Ranke-Gesellschaft« und die »Gesellschaft für Freie Publizistik« den jungen amerikanischen Historiker Professor David L. Hoggan in die Bundesrepublik ein, wo ihm in Düsseldorf der Leopold-von-Ranke-Preis und in Heidelberg der Ulrich-von-Hutten-Preis wegen seines Geschichtswerkes »Der erzwungene Krieg« verliehen werden sollte.

Sofort erklärte Innenminister Höcherl, er halte die Hoggan-Ehrung für »groben Unfug«, und gab dem Institut für Zeitgeschichte von Amts wegen den Auftrag, eine Antihoggan-Publikation abzufassen. Als auch der Rhein-Ruhr-Club in Düsseldorf Professor Hoggan zu einem Vortrag einlud, ließ Minister Höcherl der Club-Leitung mitteilen, daß die Bundesregierung das Auftreten Hoggans mißbillige. Augenblicklich sagte die Club-Leitung den Hoggan-Vortrag ab, »um eine damit verbundene Schädigung des deutschen Ansehens zu verhindern«.

Die Verleihung des Ranke-Preises mußte, da alle Düsseldorfer Säle abgetrieben worden waren, in einem kleinen Saal des Schlosses Burg an der Wupper vor sich gehen; die eilig in Omnibussen herangefahrenen »spontanen Demonstranten« des Gewerkschaftsbundes kamen allerdings zu spät. Auch in Heidelberg war der bereits gemietete Königssaal des Schlosses verweigert worden, so daß die Gesellschaft für Freie Publizistik zwei Ausflugsdampfer mieten mußte, um so auf dem Neckar die Preisverleihung vornehmen zu können. Allein dem Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes gelang es in München, eine Großveranstaltung durchzuführen, auf der Professor Hoggan vor rund 1200 Personen einen Vortrag halten konnte und den Ehrenleuchter des Deutschen Kulturwerkes erhielt.

In dieser Hoggan-Verfolgung dokumentierte sich am greifbarsten das Schizophrene unserer Zeit. Ein junger amerikanischer Historiker hatte – wie schon vor ihm viele revisionistische Historiker Amerikas, vor allem Professor Harry Elmer Barnes – den Versuch unternommen, wissenschaftlich nachzuweisen, daß es keine deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg gibt. Entsetzt brüllte das offizielle Deutschland auf und schäumte vor Entrüstung darüber, daß ein Amerikaner es wagen könne, Deutschland von der Alleinschuld freizusprechen. Es wurde alles unternommen, um Hoggan zu behindern, zu beschimpfen und lächerlich zu machen. Sicherlich vermögen nur gewiegte Psychiater solches Tun erschöpfend zu deuten.

Trotz dieser allgewaltigen Geschichtsverfälschung, die noch dazu amtlich gefördert wurde, ergab eine Meinungsumfrage des EMNID-Institutes in Bielefeld, daß 51 % der Westdeutschen an keine deutsche Alleinschuld am zweiten Weltkrieg glauben, 7 % hielten allein die Alliierten für schuldig. 30 % allerdings glaubten an die deutsche Alleinschuld am zweiten Weltkrieg, der Rest gab keine Antwort.

Am 17. Mai führte Minister Hans Christoph Seebohm auf einem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen unter anderem aus: Das Recht der

Sudetendeutschen auf ihre Heimat und auf die Selbstbestimmung basiere nicht auf irgendwelchen Verträgen dieses Jahrhunderts, sondern auf menschlichen Grundrechten, die jeder Mensch und jede ethnische Gruppe natürlicherweise besitze. Das alles bedeute, daß man den Sudetendeutschen die Gebiete wiedergeben müsse, die man ihnen gestohlen habe. Die Forderung nach Rückgabe des Sudetenlandes bedeute nicht primär die Forderung nach einer Verschiebung von Staatsgrenzen. Die Heimatgebiete der Sudetendeutschen seien, solange auf sie nicht verzichtet werde, rechtens deutsches Volksgebiet. Niemand auf der Welt habe das Recht, im Namen der Anspruchsberechtigten auf diese Gebiete zu verzichten. Im Fall der Sudetendeutschen könne also weder die Bundesrepublik noch das deutsche Volk als Ganzes auf die sudetendeutschen Heimatgebiete Verzicht leisten. Die Forderung, die Chruschtschow 1959 in dem Entwurf seines Friedensvertrages und die jetzt der tschechische Stalinist Novotny erhoben habe, daß nämlich die Regierung der BRD auf das sogenannte Münchener Abkommen ausdrücklich verzichten solle, werde dem historischen Tatbestand nicht gerecht.

In der Weltöffentlichkeit wurde wütend gegen Seebohms Ausführungen protestiert, und Kanzler Erhard bestellte Seebohm sofort zu sich, um ihm die Leviten zu lesen. Am 11. Juni versicherte Erhard in einer Rede vor dem Council on Foreign Affairs in New York: »Das Münchner Abkommen vom Jahre 1938 ist von Hitler zerrissen worden. Die Bundesregierung erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keinerlei territoriale Forderungen und distanziert sich ausdrücklich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben.«

Wenig zuvor, am 22. März, hatte Kanzler Erhard auf dem Kongreß ostdeutscher Landesvertretungen in einer Rede erklärt: »Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht – und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind.«

In Ostberlin wurde am 24. Mai der erste Außenminister der DDR, Georg Dertinger, begnadigt, der 1954 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil er angeblich die DDR einem Gesamtdeutschland hatte aufopfern wollen.

Als Entschädigung an britische Geschädigte des NS-Regimes verpflichtete sich die Bundesrepublik am 9. Juni, 11,2 Millionen DM zu bezahlen.

Solche globale Entschädigungsbeträge leistete die Bundesrepublik bereits an folgende Staaten: Luxemburg 18 Millionen, Norwegen 60 Millionen, Dänemark 16 Millionen, Griechenland 115 Millionen, Holland 280 Millionen, Frankreich 400 Millionen, Belgien 80 Millionen, Italien 70 Millionen, die Schweiz 10 Millionen.

Die Exilkroaten, die den Anschlag auf die jugoslawische Handelsmission verübt hatten, erhielten am 25. Juni vom Schwurgericht in Bonn drakonische Strafen: der Hauptangeklagte Franjo Percic 15 Jahre, der Pfarrer Rafael Medic-Skoko 4 Jahre Zuchthaus, 12 Angeklagte je 3 1/2 Jahre und 11 je 15 Monate Gefängnis.

In Klagenfurt gelang es der österreichischen Staatspolizei überraschend, den geistigen Führer der österreichischen Südtirol-Freiheitsbewegung, Dr. Norbert Burger, am 20. Juni im Café Musil festzunehmen. Burger und seine Freunde waren von dem italienischen Spitzel Peter Knips verpfiffen worden. Dem italienische Spionagedienst war es schon längere Zeit vorher gelungen, den westdeutschen Kameramann des Fernsehens Peter Knips an den in Österreich illegal lebenden Dr. Burger heranzubringen. Knips versuchte, Burger unter der Maske eines begeisterten Südtirolfreundes zu Aufnahmen für einen »Dokumentarfilm« des Deutschen Fernsehens auf italienisches Staatsgebiet zu locken. Nachdem dies mißlungen war, denunzierte Knips Dr. Burger wahrscheinlich im Auftrage des italienischen Geheimdienstes bei der österreichischen Staatspolizei.

Der Wehrbeauftragte Admiral a. D. Heye stellte noch am 4. Juni in seinem Bundestagsbericht fest, daß sich im äußeren Aufbau der Bundeswehr eine gewisse Konsolidierung abzeichne, und warnte ausdrücklich davor, »das in Einzelfällen wiedergegebene Fehlverhalten von Soldaten zu verallgemeinern«, da »für jedes Beispiel des Versagens eines Soldaten zahlreiche Beispiele vorbildlichen Verhaltens zu nennen« wären. Am 21. Juni griff derselbe Heye in der Münchener Illustrierten »Quick« massiv die Bundeswehr an und erklärte öffentlich: »Wenn wir das Ruder nicht jetzt herumwerfen, entwickelt sich die Bundeswehr zu einer Truppe, wie wir sie nicht gewollt haben. Der Trend zum Staat im Staate ist unverkennbar.« Neben weiteren Ausfällen fragte Heye in aller Öffentlichkeit: »Bekennt sich die Mehrheit des neuen Offizierskorps überhaupt zu der demokratischen Einrichtung des Wehrbeauftragten? Ich hege begründeten Zweifel.«

Zu seiner Rechtfertigung gab Heye an, die Uhr der Bundeswehr stehe fünf Minuten vor zwölf, und er habe diesen Weg in die Öffentlichkeit wählen müssen, weil er vor dem Parlament nicht habe sprechen dürfen.

Mit diesem Schritt hatte sich Heye selbst unmöglich gemacht, und nach einem längeren Erholungsurlaub fand die Affäre in dem notwendig gewordenen Rücktritt Heyes vom Amt eines Wehrbeauftragten einige Monate später ihren Abschluß.

Der Bayerische Kultusminister, Professor Dr. Theodor Maunz, der wegen einiger Publikationen aus der Zeit des Dritten Reiches laufend von der linksradikalen Abgeordneten Dr. Hildegard Hamm-Brücher und der SPD angegriffen wurde, trat nach fast siebenjähriger Amtszeit am 10. Juli zurück.

Im Juli wurden erstmalig die außenpolitischen Differenzen innerhalb der CDU/CSU für die Öffentlichkeit spürbar. Adenauer und Strauß befürworteten de Gaulles Europa-Konzept auch mit einer Vorunion Bonn – Paris, während Erhard und Außenminister Schröder sich gegen eine Zweierunion und für eine atlantische Konzeption aussprachen. Letztere konnte natürlich nur im Gefolge der USA wirksam werden. Dies wieder war eine offene Absage an de Gaulle.

Im weiteren Verlaufe dieser Entwicklung wurde das deutsch-französische Freundschaftsbündnis immer mehr durchlöchert, und bald blieb von ihm nicht viel mehr als eine leere Form übrig. De Gaulle begann in steigendem Maße sein Interesse an Westdeutschland zu verlieren, während die Bundesrepublik unter Erhard – Schröder jetzt noch stärker als bisher den rein amerikanischen Kurs steuerte. Dabei war die Bundesrepublik für die USA längst nicht mehr von erstrangiger Bedeutung. Washington ließ dies Bonn auch deutlich merken, jedoch dort nahm man diese Zeichen der Zeit einfach nicht zur Kenntnis.

In Mailand fällte das Schwurgericht unter dem Senatspräsidenten Gustave Simonetti nach siebenmonatiger Verhandlung in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli 1964 über die angeklagten Südtiroler Freiheitskämpfer ein ebenso hartes wie ungerechtes Urteil.

Josef Kerschbaumer, der in diesen Tagen so sehr für alle Deutschen ein leuchtendes Beispiel von Volksliebe und Mannestum gegeben hatte, daß er allgemein »Der Held von Mailand« genannt wurde, erhielt 15 Jahre, 11 Monate. Seine Mitangeklagten wurden größtenteils ebenfalls zu schweren Strafen verurteilt.

27 Angeklagte mußten freigesprochen werden, darunter Dr. Hans Stanek, der das Opfer eines infamen Betrugsmanövers der Karabinieri geworden war, die ihm während einer Hausdurchsuchung in seiner Abwesenheit Flugblätter in seine Wohnung geschmuggelt hatten.

Ganz Südtirol befand sich nach dem Urteil wie in einem Kriegszustand. Als die Freigesprochenen und jene, deren Strafen mit der Untersuchungshaft verbüßt worden waren, in ihre Heimat zurückkehrten, wollten die Dorfbewohner von Salurn sie festlich begrüßen. Aber die Karabinieri verboten der Musikkapelle das Spielen. In Neumarkt wollten die Karabinieri den Autobus widerrechtlich zur Durchfahrt zwingen, was mißlang. In Tramin kam es zwischen der Bevölkerung und den Karabinieri bei dem Empfang zu Handgreiflichkeiten. In Bozen waren überall Überfallwagen mit schußbereiten Maschinengewehren aufgefahren. Der Omnibus durfte nicht auf dem Bahnhofsplatz halten, wo die Angehörigen warteten, sondern wurde zum Piazza Verde umgeleitet, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Karabinieri kam.

Nach dem Mailänder Urteil erfolgten in Südtirol wieder neue Demonstrationssprengungen.

Nach dem Muster des Jewtuschenko-Rummels bereiste nun auch Chruschtschows Schwiegersohn Alexej Iwanowitsch Adschubej, Chefredakteur der parteiamtlichen »Iswestija«, die Bundesrepublik. Nicht nur die westdeutschen Journalisten und Publizisten scharwenzelten liebedienerisch um ihren Moskauer »Kollegen«, sondern auch viele Politiker, Wirtschaftler und Künstler von Rang und Namen standen geduldig Schlange, um einen Händedruck vom Moskauer Presselord zu erhalten, dessen Blatt erst kurz zuvor Bundespräsident Lübke als »Gestapo-Mitarbeiter« angeprangert hatte. Adschubej war einfach das gesellschaftliche Ereignis der gesamten neudeutschen Clique.

Auch Kanzler Erhard ließ es sich am 27. Juli nicht nehmen, Adschubej zu empfangen. Nachdem er schon am 19. Juni öffentlich erklärt hatte, er habe durch den Botschafter Gröpper Chruschtschow mitteilen lassen, falls dieser ein Gespräch mit Erhard nützlich fände, sei er in Bonn dazu bereit, bekräftigte er diese Bereitschaft nun auch gegenüber Chruschtschows Schwiegersohn Adschubej.

Nach Moskau zurückgekehrt, berichtete der soldhermaßen verhätschelte Adschubej in der »Iswestija« über seine Eindrücke höhnisch: »Der Geruch des Revanchismus – und zwar ein starker Geruch – verbreitet sich von Westdeutschland aus über weite Strecken.«

Am dritten Jahrestag der Mauererrichtung wurde eine Mauerstatistik veröffentlicht, nach der 14 000 Mann der kommunistischen Grenztruppen, die die Mauer bewachten, 833mal geschossen und 412mal Tränengasgranaten geworfen hatten. 52 Tote und 34 Schwerverletzte waren dabei zu

beklagen. An der Mauer und an der Berliner Zonengrenze wurden 1798 Personen von den roten Grenztruppen festgenommen und gegen sie von kommunistischen Gerichten in Ostberlin rund 6000 Jahre Gefängnis verhängt; Fluchthelfer wurden zu rund 1000 Jahren Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Volkskammer in Ostberlin begann am 1. September mit der weltweiten Kampagne gegen die Verjährung der einseitigen deutschen Kriegsverbrecherverfolgung, indem sie beschloß, daß deutsche Kriegsverbrechen überhaupt nicht verjähren können. Über die sowjetischen Kriegsverbrechen wurde von den SED-Genossen nicht gesprochen.

Chruschtschow ließ Anfang September mitteilen, er sei bereit, zu einem Gedankenaustausch mit Kanzler Erhard nach Bonn zu kommen.

In Südtirol traten die Freiheitskämpfer zu immer neuen Aktionen an. Sie waren jetzt gleichzeitig als Proteste gegen das Mailänder Urteil gedacht. Maste wurden wieder gesprengt, und an verschiedenen Stellen kam es zu Feuerwechsel mit italienischen Soldaten und Karabinieri.

In dieser Situation hielten es Luis Amplatz und Georg Klotz, obgleich beide eben in Abwesenheit in Mailand so schwer verurteilt worden waren, in ihrem Wiener Asyl nicht länger aus, und sie gingen zurück in ihre Südtiroler Heimat, um ihren bedrängten Kameraden beizustehen. Sie ahnten nicht, daß der italienische Geheimdienst auch in ihre Umgebung längst in den Brüdern Kerbler gefährliche Agenten eingeschmuggelt hatte. Christian Kerbler, einer der beiden Brüder, der Photoreporter war, trug sich an, die beiden zu begleiten.

Amplatz, Klotz und Kerbler gelangten nach einigen kleineren Zusammenstößen mit italienischen Grenzstreifen gut nach Südtirol und nächtigten zum 8. September in einer Heuhütte auf der Stier-Alm oberhalb Soltaus im Passeier Tal. Gegen 2 Uhr morgens – Amplatz und Klotz schliefen fest in ihren Schlafsäcken – krachten die ersten Schüsse, die Luis Amplatz augenblicklich töteten. Klotz schlug eine Rolle und ließ sich blitzschnell ins Freie fallen. Wohl trafen ihn einige Kugeln, doch er vermochte in der Finsternis unterzutauchen. Während sich der Verletzte, der einen Steckschuß in der Brust und einen Streifschuß im Gesicht erhalten hatte, nur mühsam aus dem Passeier Tal ins nordtirolerische Ötztal schleppte, verbreiteten die Italiener das Märchen, Amplatz sei von einem österreichischen Medizinstudenten namens Peter Hofmann erschossen worden. Dieser »Hofmann« sei aber den Karabinieri während der Überstellung nach Bozen entwischt.

Die Italiener kümmerten sich um ihren »Hofmann« nicht, während sie mit 3000 Mann, unterstützt von Hubschraubern und Suchhunden, nach dem Standschützenmajor Klotz jagten, der trotzdem nach Sölden entkam, wo ihn die österreichische Polizei festnahm. Er wurde erst einmal ins Innsbrucker Krankenhaus überführt und operiert. Von einem »Hofmann« hatte Klotz nie etwas gehört.

Spurlos verschwunden blieb Christian Kerbler. Immer stärker verdichtete sich der Verdacht, daß er der Mörder von Amplatz war oder daß er zumindest dem Mörder den Weg zu seinen Opfern wies. Er jagt seitdem aus Angst vor der Rache der Südtiroler und getrieben von seinem schlechten Gewissen in der Welt umher.

Über 10 000 Menschen gaben am 10. September 1964 am Friedhof in Oberau bei Bozen Amplatz das letzte Geleit. Mit Tränen in den Augen sangen die Südtiroler, da die Italiener alle Ansprachen verboten hatten, das Andreas-Hofer-Lied und »Ich hatt' einen Kameraden«.

Am Abend fuhren Karabinieri zwischen Oleng und Bruneck mit einem Kampffahrzeug auf eine Mine, 6 Karabinieri wurden schwer verletzt. Zwischen Gais und St. Kathrein kam es zu einem Feuergefecht der Freiheitskämpfer mit den Karabinieri, in dem ein Karabiniere einen Bauchschuß erhielt.

Am 11. September überfielen 400 Karabinieri das Dörfchen Tresselberg bei Gais im Tauferer Tal, mißhandelten Dorfbewohner, raubten auf einigen Höfen das vorhandene Geld, brannten alle Heuhütten nieder, schossen eine taubstumme gelähmte Bauerntochter über den Haufen und verhinderten mit Gewalt, ärztliche Hilfe zu holen. Die 120 Dorfbewohner wurden gezwungen, sich flach auf eine Wiese niederzulegen, und wer es wagte, auch nur den Kopf zu heben, wurde unbarmherzig mit Gewehrkolben geschlagen, einerlei, ob Mann, Frau oder Kind. Der Großteil dieser wehrlosen Menschen wurde mit Ketten aneinandergeschlossen und zu völlig ergebnislosen Verhören ins Tal getrieben. Denn in Tresselberg befand sich weder ein Freiheitskämpfer, noch war Sprengstoff vorhanden.

In der Nacht zum 12. September lieferten sich in der Dunkelheit die aufgeregten Karabinieri und Alpini nördlich von Bruneck ein Feuergefecht, dem ein Alpini zum Opfer fiel.

An der Berliner Mauer schossen am 13. September die Volksarmisten den 20jährigen Michael Meyer nieder und verletzten ihn schwer. Ein amerikanischer Soldat sprang auf die Mauer und gab mit seiner Pistole dem schwerverletzten Meyer mutig Feuerschutz, so daß sich dieser herüberret-

ten konnte. Der »Amerikaner« wurde begeistert in der internationalen Presse als »Held von Berlin« gefeiert. Es handelte sich dabei um einen Deutschen aus Bremen, der erst zwei Jahre zuvor nach Amerika ausgewandert und sofort zum Wehrdienst eingezogen worden war.

In Ostberlin erlag am 21. September der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einem Schlaganfall. Sein Nachfolger wurde Willi Stoph.

In den ersten Morgenstunden des 5. Oktober konnte nach 178tägiger mühsamer Vorarbeit eine Fluchthelfergruppe unter Wolfgang Fuchs 57 Ostberliner, 23 Männer, 31 Frauen und 3 Kinder, durch einen Stollen nach Westberlin retten. Im letzten Augenblick, als die Flüchtlinge schon durch den Stollen oder im Stollen waren, stieß der Volksarmeeunteroffizier Egon Schultz auf die sichernden Fluchthelfer. Es kam zum Schußwechsel, dem Schultz zum Opfer fiel. Die Volksarmisten umstellten den Stollen und feuerten 200 Schuß in den Tunnel, der aber bereits leer war. Sofort setzte in einem Teil der westdeutschen Presse eine massive Hetze gegen die Fluchthelfer ein. Nur im Ton unterschied man sich hier, nicht im Tenor, von der DDR-Presse.

Der allgemeine Sittenverfall in der Bundesrepublik machte sich immer stärker bemerkbar. Eine der erschütterndsten Beobachtungen waren die Ehescheidungen. 1939 hatte es im Großdeutschen Reich 29 657 Ehescheidungen gegeben. 1960 erreichte allein die Bundesrepublik 44 391 Ehescheidungen; eine Zahl, die sich von Jahr zu Jahr vermehrte. Im Durchschnitt schließen in der Bundesrepublik 18 000 Minderjährige jährlich die Ehe; ihre Zahl hat sich gegen die Vorkriegsjahre verzehnfacht.

Doch auch die Prostitution breitete sich immer mehr aus. Die Kriminalpolizei nimmt an, daß in der Bundesrepublik 45 000 gewerbsmäßige Dirnen tätig sind. Aber nur jede zweite oder dritte Prostituierte steht unter amtsärztlicher Aufsicht. Nach Expertenschätzungen wurden allein 1964 von den Dirnen eine Milliarde DM eingenommen. Seit der Entscheidung des Großen Senats des Bundesfinanzhofes sind Einkünfte aus gewerbsmäßiger Unzucht »sonstige Einkünfte« und daher gemäß § 22 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtig. So partizipiert der Staat seit neuem an der gewerblichen Unzucht.

Daneben, wird geschätzt, gehen rund 200 000 Mädchen und Frauen unregelmäßig dem leichten Gewerbe nach.

Als die Stadt München die allzu frech gewordenen Dirnen aus der Nymphenburgerstraße auswies und das gesamte Stadtinnere zum Sperrbezirk erklärte, reichte die 24jährige Prostituierte Lydia Gross mit Hilfe

ihres Rechtsanwaltes Claus Freiherr von Thielmann Klage gegen die bayerische Landeshauptstadt ein, weil auch die Dirnen »ein Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit« haben.

Doch diese Burlesken unserer Zeit waren harmlos, verglichen mit der steigenden Zahl der Sexualverbrechen, vor allem an Kindern. Im Jahre 1963 wurden nicht weniger als 18 617 Sittlichkeitsverbrechen an Kindern aufgeklärt. Viele waren obendrein von aufreizenden Begleitumständen: In Berlin-Schöneberg wurde die siebenjährige Rosemarie Zinnkann in ihrem Bettchen von einem Sexualmörder umgebracht, während sich Mutter und Großmutter in einem Tanzsaal vergnügten. In Köln wurde eine 25-jährige Frau am hellichten Tag auf der Straße überfallen, in ein Auto gezerrt und entführt. Nicht einer der zahlreichen Straßenpassanten kam ihr zu Hilfe. Die fünf Entführer bedrohten die Entsetzte mit Messern und Pistolen, beraubten und mißbrauchten sie der Reihe nach. In einer abgelegenen Gegend warfen sie ihr unglückliches Opfer aus dem Fahrzeug und brausten davon.

Die Polizeibehörden kamen bald der Flut dieser Verbrechen nicht mehr nach und hatten alle Hände voll zu tun, um ihrer nur einigermaßen Herr zu werden.

Die Gerichte aber behandelten diese Fälle mit unverständlicher Milde. Obgleich der Sexualmörder Dieter Grünewald schon im Jahr zuvor ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an einer Sechzehnjährigen verübt hatte und weitere unsittliche Handlungen an Kindern vornahm, blieb er laut Gerichtsentscheidung auf freiem Fuß. Dadurch konnte er in Düsseldorf die 14jährige Ilse Polkläser ermorden.

Mit 15 Jahren überfiel Anton Sumser eine Nonne und ging straffrei aus. Mit 18 Jahren notzüchtigte er eine Vierjährige und ermordete sie: 6 Jahre Jugendstrafe. Wieder in Freiheit, beging er drei Notzuchtsverbrechen: 3 Jahre! Anschließend kam er in eine Heilanstalt, wo er bald als normal wieder in Freiheit gesetzt wurde. Nun vergewaltigte er auf der Bundesstraße 304 bei Wasserburg eine Siebzehn- und eine Neunzehnjährige.

Vergeblich forderte Professor Dr. Lejeune vom Deutschen Kinderschutzbund die zwangsweise Isolierung von Sexualverbrechern. Er betonte, daß bei etwa 95 % der krankhaft veranlagten Sexualverbrecher die ständige Gefahr des Rückfalles vorhanden ist. Nichts geschah.

Soldhermaßen wurde die Bundesrepublik zu einem Paradies für die Sexualverbrecher. Die Polizei steht dem allgemeinen Sittenverfall, der von der Gesellschaft zum Teil noch gefördert wird, nahezu wehrlos gegenüber.

Nachdem die achtzehnjährige Waltraud A. aus Herford im fünften Monat ihrer Schwangerschaft einem verbotenen Eingriff erlag, ermittelte die Kriminalpolizei als Täter den Hamburger Arzt Dr. Herbert Suhr. Im Verlaufe der Untersuchungen wurden Suhr etwa 2000 Abtreibungen nachgewiesen. Suhr wurde aber nicht in Haft genommen, sondern in eine Nervenheilanstalt eingewiesen. Im September 1964 wurde das Verfahren von der Hamburger Staatsanwaltschaft eingestellt, denn Dr. Suhr sei, hieß es in der Begründung, »völlig unzurechnungsfähig« gewesen, weil er »unter Rauschgifteinfluß« stand. Suhr war KZler, der von 1943 bis 1945 in Verwahrungshaft lag.

Die allgemeine Enthemmung wird überdies ganz offiziell vom Gesetzgeber geschützt und von der Warte großer Kinos, zum Teil in Rundfunk, Fernsehen, Illustrierten und Büchern direkt gepredigt. Die Hamburger Staatsanwaltschaft stellte sich wiederholt schützend vor pornographische Werke und lehnte jede Verfolgung oder Verbreitungsbehinderung ab. Die schwedischen Pornographiefilme »Das Schweigen« und »491«, voll von abstoßenden perversen Abwegigkeiten aus dem Auswurf der menschlichen Gesellschaft, erfreuten sich ebenfalls der Duldung bundesdeutscher Staatsanwaltschaften. »Das Schweigen«, von der Filmbewertungsstelle am 18. Dezember 1963 mit dem Prädikat »besonders wertvoll« ausgezeichnet, wurde darüber hinaus vom zuständigen Staatsanwalt in Duisburg als ein Kunstwerk von hohem Rang und einwandfreier Tendenz erklärt. Niemand wagte, dem linksintellektuellen Amüsierpöbel seine Freude am Sumpf zu nehmen. Alle Versuche evangelischer und katholischer kirchlicher Stellen und Vereine, dagegen anzugehen, scheiterten und zogen sich obendrein den Hohn der bundesdeutschen Publizistik zu.

In dieser Atmosphäre rollte in Hamburg von Ende September bis Oktober 1964 der Sittenprozeß gegen den Photographen Wilfried Krüger ab, der rund 500 Mädchen aller Altersgruppen auf der Straße ansprach und unter dem Versprechen, ihre Aufnahmen auf illustrierten Titelseiten, Bildschirmen oder auf die Cinemascope-Wand zu bringen, der Reihe nach verführte. Absagen bekam er fast nie. In der Gier nach der Traumkarriere waren nahezu alle die hübschen, eleganten und jungen Damen, unverheiratet oder verheiratet, bereit, sich den Wünschen des ganz und gar unansehnlichen Verführers mit abstehenden Ohren und schlechten Zähnen zu fügen. Erst als eine Weltruhmaspirantin Krüger nach einer Nacht in seinem Wagen am Rande der Autobahn Hamburg-Lübeck anzeigte, kam die Geschichte auf. Die Hamburger Sittenpolizei fand in

Krügers Wohnung eine Liebeskartei mit 500 genau nach dem Alphabet wohlgeordneten Adressen. Krüger gestand zögernd, daß die Zahl seiner teils freiwilligen, teils durch Schnaps und Schläge erst willig gemachten Gespielinnen doppelt so hoch wäre. In der Verhandlung lüftete Krüger offenherzig das Geheimnis seines erstaunlichen Erfolges: »Wenn sie etwas von Film oder Fernsehen hörten, wurden sie weich wie Butter. Alle hatten nur einen Wunsch: aufzufallen! Und alle waren zu faul, um zu arbeiten.«

Der Zynismus dieses Linsencasanovas wurde nur noch von der Wirklichkeit übertroffen. Wilfried Krüger erhielt, weil einige der Mädchen als Zeugen angaben, von ihm mit Prügeln gezwungen worden zu sein, wegen Notzucht in einigen Fällen und Körperverletzungen 3 Jahre Zuchthaus.

Jene aber, die seit 20 Jahren besonders der weiblichen Jugend in Westdeutschland ein arbeitsfreies Luxusleben als Miß X und Miß Y vorgaukeln und ihr alle Wunder des Fernsehschirmes und der Kinoleinwand versprechen, nur wenn sie sich möglichst freigebig ausziehen und zur Schau stellen, die gehen weiter straffrei aus.

Völlig überraschend für die westliche Welt wurde Nikita Chruschtschow am 14. Oktober 1964 gestürzt. Seine Nachfolger wurden als Erster Sekretär des Kommunistischen Zentralkomitees Leonid J. Breschnew, als Ministerpräsident Alexej N. Kossygin. Der in der Bundesrepublik verwöhnte Schwiegersohn Adschubej wurde als Chefredakteur aus der »Iswestija« entfernt und Redakteur bei einer Moskauer Illustrierten.

Nachdem Polen, die CSR und die DDR vorsorglich jede Verjährung von Morden, so sie deutsche Kriegsverbrechen betrafen, abschafften, beeilte sich Dr. Robert Kempner, der als Emigrant einer der eifrigsten Mitarbeiter der amerikanischen Anklage von Nürnberg gewesen war, in der Bundesrepublik für eine Verlängerung der einseitigen Kriegsverbrecherjustiz zu plädieren. Belgien verlängerte die Frist für die Vollstreckung von Todesurteilen, die 1945 und danach in Abwesenheit gegen Kriegsverbrecher gefällt wurden, von 20 auf 30 Jahre.

Aus Jerusalem meldete sich am 12. Oktober der israelische Ministerpräsident Eschkol und forderte von der Bundesrepublik die Weiterführung der deutschen Kriegsverbrecherverfolgung. Neben den Linksradikalen machten sich vor allem die SPD und die DGB-Gewerkschaften zu leidenschaftlichen Befürwortern der Verfolgung. Die Bundesregierung beschloß vorerst am 5. November, aus rechtlichen Gründen die Verjährungsfrist nicht zu verlängern. Gleichzeitig wandte sie sich an die Weltöffentlichkeit mit folgendem Aufruf: »Die überwiegende Mehrzahl nationalsozialistischer

Verbrechen ist durch alliierte und deutsche Gerichte abgeurteilt worden. Bei einer weiteren Anzahl von Straftaten wurde die Strafverfolgung eingeleitet.

Entschlossen, nationalsozialistisches Verbrechen zu sühnen und verletztes Recht wieder herzustellen, fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Tatsache, daß die Verjährung der vor dem 9. Mai 1945 begangenen Verbrechen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht verlängert werden kann, nunmehr alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen im In- und Ausland auf, in ihrer Hand befindliches Material über Taten und Täter, die bisher in der Bundesrepublik noch nicht bekannt sind, im Original, in Ablichtung oder auf Mikrofilm der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewalttaten in Ludwigsburg, Schorndorfer Straße 28, unverzüglich zur Verfügung zu stellen.«

Die Denunzianten aller Länder waren damit zur Kasse gerufen. Doch auch das fanden die deutschen Sozialdemokraten zuwenig. »Aufrufe reichen nicht aus!« versicherte der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn.

Am Rande dieser weltweiten Diskussion ging der Fall des Senatspräsidenten am Bundesgerichtshof, Dr. Heinrich Jagusch, beinahe unter. Jagusch war vor 1933 Mitglied der SPD und der Gewerkschaften gewesen, nach 1933 wechselte er zur NSDAP über und wurde Rechtsberater der DAF. Im Krieg stand er als Soldat an der Front und kehrte schwerverwundet zurück. Jaguschs Leben kann symptomatisch für den Großteil der Generation gelten.

Doch nach 1945 gehörte Jagusch auch wieder zu den Erfolgreichen und marschierte wiederum mit den stärkeren Bataillonen. So fand der ehemalige DAF-Rechtsberater Verwendung in der bundesdeutschen Justiz, kam sogar in den Bundesgerichtshof und wurde 1957 ausgerechnet beim 3. (politischen) Strafsenat – Vorsitzender. Unter Jagusch wurden unter anderem nicht nur der verunglückte Verfassungschützer Otto John und der Bandera-Mörder Stachynskij verurteilt, sondern auch der nationale Publizist Friedrich Lenz.

1963 wechselte Jagusch zum 4. Strafsenat, der sich mit Verkehrsdelikten befaßt. Als im »Spiegel« über das Verfahren gegen Rudolf Augstein unter dem Pseudonym Judex ein überaus fundierter Artikel »Droht ein neuer Ossietzky-Fall?« erschien, erklärte die »Süddeutsche Zeitung« am 5. November, Judex sei niemand anders als der Senatspräsident Jagusch.

Jagusch bestritt dies nicht nur in der Öffentlichkeit energisch, sondern auch in seiner dienstlichen Meldung an den Bundesgerichtshof, um wenige Tage später kleinlaut eingestehen zu müssen, daß er doch den Artikel gegen seine eigene Dienststelle geschrieben hatte. Jagusch ging freiwillig in Pension. Oberste Bundesrichter, nicht nur als Enthüller, sondern auch als Lügner überführt – das hatte es doch noch nie gegeben.

Die Nachricht, daß am 3. November in Bonn der österreichisch-israelische Professor Dr. Hans Deutsch, der als Rechtsanwalt zahlreiche Wiedergutmachungsansprüche rassisch Verfolgter vertrat, wegen Betruges zum Schaden der Bundesrepublik verhaftet worden war, schlug ein wie eine Bombe. Denn dieser Hans Deutsch, der festgenommen wurde, als er gerade wieder 8 Millionen DM kassieren wollte, legte in geradezu erschütternder Weise die unlauteren Praktiken bloß, mit denen Kriminelle die deutsche Wiedergutmachungsbereitschaft ausnützten.

Am 29. Juni 1956 hatte der Bundestag das Bundesentschädigungsgesetz beschlossen, dessen Paragraph 1 lautete: »Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung ist, wer aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Vermögen, in seinem beruflichen oder in seinem wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat (Verfolgter).«

Seither wurde eine Reihe Zusatznovellen beschlossen, alle zugunsten der Berechtigten; ihr Kreis wuchs ständig, wie auch die Leistungen der Wiedergutmachung erhöht wurden.

In der Schrift »Leistung und Erfolg 1964«, herausgegeben von der Deutschen Bundesregierung, wurde auch die Wiedergutmachung dargestellt, und zwar wie folgt: »Auf dem Gebiet der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts wurde vom Parlament das Dritte Änderungsgesetz zum Bundesrückerstattungsgesetz einstimmig verabschiedet, das die abschließende Regelung auf diesem Teilgebiet der Wiedergutmachung darstellt. Mit dieser Novelle sind die finanziellen Gesamtaufwendungen dieses Gesetzes gegenüber der bisher geltenden Fassung um rund 2 Milliarden DM auf etwa 4,2 Milliarden DM erhöht worden. Hiervon ist ein Teilbetrag von rund 2 Milliarden DM bereits gezahlt worden. Auf dem Gebiet des Entschädigungsrechtes liegt dem Bundestag das Zweite Änderungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz zur Beratung vor. Durch den Gesetzentwurf soll der Gesamtaufwand für dieses Teilge-

biet der Wiedergutmachung um rund 3 Milliarden DM auf insgesamt 29 Milliarden DM erhöht werden. Hiervon sind bisher rund 17 Milliarden DM bereits gezahlt worden. Von der zu erwartenden finanziellen Gesamtbelastung für die Wiedergutmachung von über 40 Milliarden DM sind von Bund und Ländern bisher rund 26 Milliarden DM gezahlt worden, wovon 4 Milliarden DM auf globale Wiedergutmachungszahlungen entfallen.«

Unterdessen wurde die Summe der Gesamtleistungen vorläufig auf rund 44 Milliarden erhöht!

Deutsch wurde im Zusammenhang mit den Ansprüchen der ungarischen Familie Hatvany verhaftet. Die Geschichte klingt wie ein wilder Kriminalroman. Der jüdische Zuckerindustrielle Hatvany wurde um die Jahrhundertwende von Kaiser Franz Josef I. in den Adelstand erhoben. Seine Söhne wandten sich mehr den schönen Künsten zu, und Baron Franz Hatvany legte sich mit den Millionen seines Vaters eine beachtliche Gemäldesammlung an, die am Schluß 225 Ölgemälde und 625 Zeichnungen umfaßte, unter ihnen Werke großer Maler, wie Manet, Pissarro, Renoir, Degas, Waldmüller, Pettenkofen und anderer.

Die Hatvanys flohen 1947 nach Paris. Franz von Hatvany starb dort am 6. Februar 1958. Er hatte nie auch nur einen Heller Wiedergutmachung gefordert, noch je behauptet, daß die Deutschen ihm seine Sammlung gestohlen hätten.

Erst die Erben des Barons Hatvany, Frau Lucie und Töchter Alexandra, Sonja und Antonia, stellten mit Hilfe des aus Ungarn geflüchteten und in Stuttgart ansässigen Rechtsanwaltes Dr. Dr. Tibor von Collas Wiedergutmachungsanträge in der Höhe von 3 Millionen DM. Als Zeuge wurde ein ehemaliger SS-Hauptsturmführer, Friedrich Wilcke, angeführt, der dem Stab des SS-Obergruppenführers Pfeffer-Wildenbruch angehörte und bestätigte, daß die SS im Juli 1944 die Gemäldesammlung Hatvanys im Auftrag des Obergruppenführers beschlagnahmt hatte. Wie Wilcke, der angeblich Collas von Budapest kannte, dazu bewogen wurde, diese betrügerische Aussage zu machen, wurde bisher nicht geklärt.

Ehe der Fall aber zum Tragen kam, starb Rechtsanwalt Collas. Die Erben Hatvanys kamen nun an den Rechtsanwalt Dr. Hans Deutsch, der die Sache mit großem Schwung in die Hand nahm. Deutsch war als Wiedergutmachungsvertreter der Pariser Familie Rothschild bekannt geworden, der in kürzester Zeit in Bonn eine Änderung einer Gesetzesstelle im deutschen Bundesrückstellungsgesetz erreicht und dadurch die Rothschild-

Forderung durchgedrückt hatte. Allein bei dieser Transaktion hatte Deutsch die runde Summe von einer Million Schweizer Franken kassiert. Deutsch schloß nun mit den Hatvany-Erben einen Vertrag über sein Honorar, auf folgender Basis: 25 % Anwalthonorar für die ersten zehn Millionen, 50 % für jede weitere Million. Mit solchem Kleinholz wie 3 Millionen war es jetzt vorbei. Deutsch bezifferte den Schaden auf 400 Millionen DM und meldete dies den Wiedergutmachungsbehörden, um sich schließlich mit einem Betrag von 35 Millionen auszugleichen.

Deutsch hatte mit den Hatvany-Erben leichtes Spiel. Mit der Tochter Alexandra brauchte er nichts abzuschließen, da sie in einem Düsseldorfer Irrenhaus interniert ist; lediglich mit Frau Lucie und ihren Töchtern Antonia Gräfin Montferrand und Sonja.

Deutsch, der bisher rund 40 Wiedergutmachungsfälle in Bonn erfolgreich durchgebracht hat, stand bei der Übernahme dieses Riesengeschäftes im Zenit seines Lebens. 1938 war er von Wien nach Israel ausgewandert, aber so wenig erfolgreich gewesen, daß die Familie hauptsächlich vom Klavierunterricht seiner Frau leben mußte. 1953 kehrte Deutsch Israel den Rücken und stieg in das Wiedergutmachungsgeschäft ein, das ihn sofort in schwindelndem Tempo nach oben brachte. Deutsch glückte es sehr schnell, in Bonn viele einflußreiche Freunde zu gewinnen, vor allem in der SPD. Da war einmal Professor Carlo Schmid, der sich allerdings nach einiger Zeit von ihm zurückzog, und Rechtsanwalt Martin Hirsch, der sozialistische Vorsitzende des Wiedergutmachungsausschusses im Deutschen Bundestag, der vorerst in Marktredwitz und heute in Westberlin eine Anwaltspraxis betreibt. Deutsch prahlte wiederholt auch mit den Freundschaften des österreichischen Außenministers Dr. Kreisky und der des israelischen Staatspräsidenten Eschkol.

Mit seinen riesigen Einkommensmöglichkeiten baute Deutsch in kurzer Zeit eine Anwaltskanzlei in Lausanne aus, gründete in Wien den linksgedrallten Hans-Deutsch-Verlag mit Filialen in Stuttgart und Basel, schuf die Monatszeitschrift »Forum« und erwarb in der Schweiz Ländereien und Fabriken. Seine verlegerische Tätigkeit brachte ihn besonders in Wien in enge Verbindung zum Kunst- und Kulturleben, so daß ihm die österreichische Regierung, vornehmlich wegen seiner Mitarbeit für das Burgtheaterjubiläum, den Titel eines Professors verlieh.

Deutschs Ehrgeiz war ohne Grenzen. Er stellte dem Wiener Theresianum eine Stiftung zur Verfügung und rief in Belmont bei Lausanne ein bescheidenerweise nach ihm selbst benanntes Museum und Kulturzentrum

ins Leben. Auch der Berner Universität schuf er eine Stiftung, die einen jährlich mit 50 000 Franken dotierten Preis verteilen sollte.

Am 14. März 1964 wurde Deutsch sogar vom Heiligen Vater in Rom in Privataudienz empfangen. Daneben vernachlässigte er sein eigentliches Geschäft, die Wiedergutmachung, keineswegs. Sein allzu großer Eifer, der auf Grund seiner hohen »Erfolgshonorare« sehr verständlich ist, wurde ihm nun zum Verderben.

Es hatte sich bald herausgestellt, daß General Pfeffer-Wildenbruch durch einen Befehl Adolf Hitlers erst am 5. Dezember 1944 den SS-Obergruppenführer Winkelmann in Budapest ablöste. Er war also gar nicht im Juli 1944 in Budapest, als die Gemälde angeblich von den Deutschen beschlagnahmt wurden. Folglich konnte auch kein Mitglied seines Stabes etwas im Juli 1944 in Budapest beobachtet haben.

Bei Vorhalt dieser Tatsache fiel Wilcke um und widerrief seine eidesstattliche Erklärung. Obendrein tauchten noch Briefe des verstorbenen Franz von Hatvany auf, in denen zu lesen stand, daß der Großteil seiner Sammlung in die Hände der Roten Armee gefallen sei. Darüber hinaus kamen aus Sammlerkreisen Meldungen, daß einige der Hatvany-Bilder, die dieser offensichtlich nach Paris retten konnte, unterdessen in Pariser und Schweizer Galerien und in der Sammlung Bührle aufgetaucht seien.

Aber Deutsch hatte unterdessen bereits 17,5 Millionen kassiert. Gerade als diese erste Rate an Deutsch abgesandt worden war, erschien die Hatvany-Tochter Sonja im Bonner Finanzministerium und bat flehentlich, Deutsch kein Geld mehr zu geben, da sich dieser von den 17,5 Millionen als Honorar 5,75 Millionen zurückbehalten wolle.

Auf Grund dieser und anderer Feststellungen wurde Deutsch in Bonn festgenommen, als er gerade die nächste Rate kassieren wollte. Beim Haftprüfungstermin erklärte das Gericht die Indizien der Staatsanwaltschaft für ausreichend, und Deutsch wurde zur großen Überraschung aller in Untersuchungshaft genommen. Im weiteren Verlauf wurde noch der aus Ungarn stammende Textilkaufmann Franz Visney verhaftet, der ebenfalls wie Wilcke eine eidesstattliche Erklärung abgegeben hatte, daß die Gemäldesammlung Hatvany von der SS nach Deutschland verschleppt worden war. Nach Angaben des leitenden Oberstaatsanwaltes in Bonn, Druegs, hatte Visney für diese Falschaussage von Deutsch 100 000 DM Honorar erhalten.

Da die Vermögensrückerstattung an rassisch Verfolgte bis etwa 1972 laufen wird, kann man sich noch auf mancherlei Aktionen solch kriminel-

ler Elemente gefaßt machen. Das Blamabelste der ganzen Affäre bleibt, daß die israelische Anwaltskammer schon lange ehe der Fall aufflog, Deutsch »nicht glaubwürdig« genannt und sich der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Dr. Nahum Goldmann, öffentlich von Deutsch distanziert hatte. Das aber wurde von Bonn nicht zur Kenntnis genommen!

Am 26. November veröffentlichte der Innenminister von Schleswig-Holstein die Erklärung von Dr. med. und dent. Michael Arnaudow, der am 2. Mai 1945 als Assistent von Professor Sauerbruch für die Rote Armee an Hand zahnärztlicher Unterlagen der Praxis des Professors Dr. Hugo Blaschke die halbverkohlten Überreste im Führerbunker als die Leiche Adolf Hitlers identifiziert hatte. Nach Arnaudow ließen die Sowjets noch den Assistenten Blaschkes, den Dentisten Fritz Echtmann, dieselbe Feststellung machen.

Damit brachen für alle Zeiten die Märchen, daß Adolf Hitler aus Berlin geflohen sei und an einem geheimnisvollen Ort lebe, endgültig zusammen. Desto üppiger wucherten dagegen immer wieder aufs neue die Gerüchte um den Reichsleiter Martin Bormann. Der unermüdliche Vergangenheitsbewältiger Generalstaatsanwalt Dr. Bauer setzte am 23. November eine Belohnung von 100 000 DM für Hinweise, die zu Bormanns Ergreifung führen könnten, aus, obwohl dieser bereits am 25. Oktober 1954 amtlich in Berlin für tot erklärt worden war. Es war, als wollte man mit Gewalt Hitler immer wieder zu neuem Leben erwecken.

In Hannover wurde am 28. November 1964 die Nationaldemokratische Partei Deutschlands gegründet, mit welcher der Versuch unternommen werden sollte, ein nationales, deutschbewußtes Programm innerhalb der bundesdeutschen Politik zu verwirklichen. Aus der Bremer Bürgerschaft kam der Kaufmann Fritz Thielen, der der Deutschen Partei angehört hatte, mit seinen Freunden, Heinrich Faßbender mit der kleinen Deutschnationalen Volkspartei, Adolf von Thadden mit der Deutschen Reichspartei, und kleinere Gruppen der Gesamtdeutschen Partei schlossen sich an.

Im Dezember sah sich plötzlich der 93jährige frühere General der Flieger Friedrich Christiansen im Zentrum einer Offensive holländischer und westdeutscher Presseangriffe. Christiansen war im ersten Weltkrieg als deutscher Marineflieger seiner Tapferkeit wegen mit dem Pour le mérite ausgezeichnet worden. Nach dem Krieg überflog er 1931 mit der DO X den Atlantik. Im zweiten Weltkrieg versah Christiansen als Wehrmachtsbefehlshaber Dienst in Holland. Am 1. Oktober 1944 überfielen holländische Partisanen in der Nähe des Dorfes Putten ein deutsches Fahrzeug aus

dem Hinterhalt und ermordeten zwei Offiziere. Hierauf erhielt Christiansen den Befehl, nach erfolgter Evakuierung das Dorf Putten abbrennen zu lassen und die Männer in ein KZ einzuweisen. Christiansen führte den Befehl durch. 1948 wurde er deswegen von einem holländischen Sondergericht in Arnheim zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach sechsjähriger Haft im Dezember 1951 vorzeitig entlassen.

Christiansen war trotzdem in seiner Heimatstadt Wyk Ehrenbürger geblieben, und auch die nach ihm benannte Straße war nicht nach neudeutscher Art umgetauft worden. An einem Schild dieser Straße stießen sich holländische Jugendliche, die unter der Führung eines Dr. Bjilsma Wyk besuchten. An Ort und Stelle verfaßten sie sofort eine Protestresolution, die den Behörden und der Presse zuging. »Panorama«-Redakteur Peter Schier-Gribowsky griff im Dezember den Fall auf, reiste nach Amsterdam, wo ihm im »Reichsinstitut für Kriegsdokumentation« von Dr. Louis de Jong ein Brief von Christiansen gezeigt wurde. Es war das Gnadengesuch eines schwerversehrten holländischen Juden aus Utrecht, der bat, von der Deportation ausgenommen zu werden. Nach diesem »Dokument« hatte Christiansen die Begnadigung abgelehnt und hatte an den Rand geschrieben: »Jud ist Jud, ob mit oder ohne Beine ...«

Seltsamerweise war ein gleichlautendes »Dokument« schon einmal verwendet worden. Die »Neue Illustrierte«, Köln, hatte am 26. Mai 1961 sich unter anderem mit einem bayerischen Staatsbeamten, Dr. Wilhelm Harster, beschäftigt, und auch hier war es »Panorama«-Redakteur Peter Schier-Gribowsky gewesen, der von Dr. Louis de Jong erfahren hatte, daß das Gesuch eines an den Beinen amputierten Juden, man möge ihm die Deportation ersparen, mit dem Vermerk abgelehnt wurde: »Jud ist Jud, ob mit oder ohne Beine ...« Und auch hier war das Dokument photokopiert in der »Neuen Illustrierten« zu sehen gewesen, allerdings sollte diesmal nicht General Christiansen den Brief geschrieben haben, sondern Dr. Harster, der nach der allgemeinen Hetze, die nun gegen ihn losging, 1963 aus dem aktiven Dienst der bayerischen Landesregierung ausschied.

Obgleich zumindest in *einem* Fall eine betrügerische Fälschung begangen worden war, geschah nichts, um den Betrüger zur Verantwortung zu ziehen!

Im italienischen Zentralgefängnis Verona verstarb am 7. Dezember der Südtiroler Freiheitskämpfer Josef Kerschbaumer; angeblich an Herzlähmung. Auf jeden Fall waren damit die Italiener eines ihrer unerschrokkensten und tapfersten Gegner ledig geworden.

Über 20 000 Südtiroler gaben von Frangart bis zum Friedhof von St. Pauls dem unvergeßlichen Kerschbaumer das letzte Geleit. Sein Tod hinterließ in Südtirol eine unschließbare Lücke.

1964 hatte es in der Bundesrepublik 1 747 580 bekanntgewordene Straftaten gegeben, von denen nur 961 827 aufgeklärt werden konnten. 471 Menschen waren in diesem Jahr ermordet worden, 11 469 Menschen hatten sich selbst das Leben genommen, 14 387 weitere hatten vergeblich den Selbstmord versucht. 11 284 453 Kraftfahrzeuge befuhren die Straßen der Bundesrepublik, auf denen die Verkehrstoten die Rekordzahl von 16 491 erreichten.

Am 2. Januar 1965 bedrohten Negersoldaten in deutscher Uniform im Gasthof »Zur Post« in Faßberg den Gastwirt Holdgrün, und im »Faßberger Hof« drohten die Negersoldaten in deutschen Uniformen dem Gastwirt Brune: »Du ganz ruhig, Chef. Wir Sieger, ihr Verlierer!«

Durch diesen Rabatz erfuhr die deutsche Öffentlichkeit in ihrer Masse erst, daß die Bundesrepublik im Verlauf ihrer Militärhilfe für die afrikanischen Staaten am Heidefliegerhorst Faßberg die ersten Gastsoldaten der afrikanischen Republik Nigeria militärisch ausbildete. Schon 1961 wurde von Bonn aus verschiedenen afrikanischen Staaten Militärhilfe gewährt. So dem Sudan, wo unter deutscher Leitung 6 Bataillone aufgestellt, mit Kraftfahrzeugen, Granatwerfern und Handfeuerwaffen ausgerüstet wurden. Gleichzeitig wurde eine Munitionsfabrik im Sudan eingerichtet und die Militärausbildung von 130 Sudanesen in der Bundesrepublik beschlossen. Kostenpunkt: 120 Millionen DM. In Guinea wurden Militärwerkstätten errichtet, eine Pioniereinheit ausgerüstet und 75 Guinea-Rekruten in der Bundesrepublik ausgebildet. Ein deutsches Ausbilder-Team ist darüber hinaus in Guinea selbst tätig. Kostenpunkt: 30 Millionen DM. Nach Nigeria wurde eine 42köpfige Beratergruppe der Bundeswehr entsandt, um die nigerische Luftwaffe aufzubauen. Im ersten Turnus wurden in der Bundesrepublik 40 Negerflugschüler und 50 Soldaten des Bodenpersonals geschult. In Somalia wurde die Polizei mit 7,5 Millionen DM renoviert, und 40 Somalis wurden in der Bundesrepublik ausgebildet. Als die Bundesrepublik diensteifrig in das Heer von Somalia 37,5 Millionen DM investieren wollte, winkte man ab, denn man hatte nämlich schon von Moskau dafür 120 Millionen DM erhalten. Trotzdem lief die bundesdeutsche Unterstützung für die Somalia-Polizei weiter. Im Juli 1964 gewährte die Bundesrepublik Tanganjika Militärhilfe in Höhe von 40 Millionen DM.

Zunächst erhielt Daressalam 20 Kampfflugzeuge und rund 15 Transportmaschinen. Das Personal dazu wurde in Deutschland eingeschult. Daneben lief noch deutsche Militärhilfe nach Libyen, Äthiopien und Madagaskar.

Dabei besteht wohl kein Zweifel, daß keiner dieser Negerstaaten ein anderes militärisches Ziel hatte, als die vorhandenen weißen Positionen in Rhodesien und Südafrika anzugreifen. Solchermaßen unterstützte die Bundesrepublik mit Militärhilfe den Kampf gegen die Weißen in Afrika. Dabei mußte die Bundesrepublik ohnedies für ihre NATO-Verpflichtungen von 1955 bis 1964 insgesamt 133 Milliarden DM aufbringen.

Am 24. Januar starb Sir Winston Churchill im Alter von 90 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles. Das Hauptmünzamt München ließ es sich nicht nehmen, aus diesem Anlaß »zur Erinnerung an den großen Staatsmann und erfolgreichen Politiker des britischen Weltreiches, Winston Churchill«, goldene Sondermünzen im Wert von 25 bis 1250 DM zu prägen. Damit wurde der Mann, der nicht nur zu den eifrigsten Kriegstreibern zweier Weltkriege gehörte, sondern vor allem die Bombardierung deutscher Wohnstädte nach dem verbrecherischen Lindeman-Plan befahl und, als der Krieg schon militärisch entschieden war, das unbefestigte, völlig wehrlose Dresden mit Hunderttausenden Verwundeten und Flüchtlingen verbrennen ließ, nach der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen von der deutschen Charakterlosigkeit auch nach seinem Tod geehrt.

Polen und die Tschechoslowakei waren dem Aufruf der Bundesregierung freudig nachgekommen und stellten Dokumente über angebliche oder wirkliche nationalsozialistische Verbrechen zur Verfügung. Oberstaatsanwalt Erwin Schüle setzte große Hoffnungen auf seine Staatsanwälte, die zur Auswertung der Dokumente nach Warschau reisten, und betonte, daß er auch an einem Besuch in Moskau sehr interessiert wäre. Daß alle diese Staaten die tausendfachen Verbrechen, die an Deutschen begangen wurden, längst amnestiert hatten, interessierte niemanden. In der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen langten jeden Tag neue Sachbearbeiter und Schreibkräfte ein, 25 Staatsanwälte hatten alle Hände voll zu tun. Schüle versicherte, daß eine Verlängerungsfrist der Verjährung für Mord nicht notwendig sei und daß zur Zeit 700 Verfahren gegen rund 10 000 Personen anhängig gemacht würden.

Überraschenderweise sprach sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist aus und erklärte, eine Verlängerung rückwirkend nach der Tat sei verfassungswid-

rig. Erschütternd sei die Rechtsverachtung in der Behauptung, die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen sei keine juristische, sondern eine politische Angelegenheit. »Das ist genau die Argumentation der totalitären Rechtsverächter, daß es für staatliches Handeln nicht auf die Rechtmäßigkeit, sondern einzig auf die politische Zweckmäßigkeit ankomme«, bemerkte Arndt. Kurze Zeit danach widerrief derselbe Arndt seine klare Stellungnahme und versicherte, die Verjährung bei Völkermord und bei Mord müsse durch eine Ergänzung des Grundgesetzes abgeschafft werden.

In Amerika demonstrierten jüdische Organisationen vor den Deutschen Botschaften gegen die Verjährungsfrist, und in Paris forderte der Justizausschuß der Versammlung des Europarates die Mitgliedsregierungen auf, die Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen über den 20-Jahre-Termin hinaus zu verlängern. Alle Verfolgtenverbände in der Bundesrepublik sprachen sich gegen die Verjährung aus, der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Wyszynski, erklärte in einer Predigt, in der er sich für eine Verlängerung einer Verfolgung in der Bundesrepublik aussprach: »Die Zeit zu vergessen und zu vergeben ist noch nicht reif!«

Das jugoslawische Parlament nahm einstimmig eine Resolution an, welche die Verjährung der Kriegsverbrechen in der Bundesrepublik verurteilt. Unter der Führung des Westberliner Abgeordneten Dr. Benda verlangten 50 CDU-Abgeordnete die Verlängerung der Verjährungsfrist von 20 auf 30 Jahre vom Bundestag. Der Generalstaatsanwalt der Sowjetunion und ehemalige Sowjetische Hauptankläger in Nürnberg, Rudenko, beschuldigte in Moskau die Bundesregierung, sie wolle nun »Hitler-Verbrechern und anderen revanchistischen und militärischen Elementen freie Hand lassen«. Der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, äußerte die Befürchtung, das Ansehen der Bundesrepublik in der amerikanischen Öffentlichkeit wäre geschädigt, wenn nach Ablauf der Verjährungsfrist Nazi-Verbrecher straffrei ausgehen würden.

Frankreichs Parlament beschloß, daß Kriegsverbrechen »ihrer Natur nach nicht verjähren«. Der Berliner evangelische Bischof Dibelius äußerte zuerst Bedenken gegen die Verlängerung der Verjährungsfrist und ob es zulässig sei, sich über geltendes Recht hinwegzusetzen. Als die weltweite Propagandaregie anlief, versicherte er in einer Rundfunkansprache, er hoffe, daß ein Weg gefunden werde, die Sühne für die Verbrechen aus der NS-Zeit »bis zum bitteren Ende« weiter durchzuführen.

Jedermann, der sich gegen Verlängerung und für die Verjährung aussprach, wurde sofort massiv angegriffen. Über Dibelius war von Prag aus

die Beschuldigung gelaufen, »ein evangelischer Bischof wolle sich schützend vor Naziverbrecher stellen«. Diesem Druck zeigte sich niemand gewachsen oder besser gesagt eine verschwindende Zahl.

Der Chefredakteur der Münchener Katholischen Kirchenzeitung, Prälat Lorenz Freiberger, warnte vergeblich davor, die Kriegs- und Naziverbrecherprozesse ins Endlose auszudehnen, denn es könne die Gefahr des Umschlagens in der bisherigen Seelenhaltung des deutschen Volkes heraufbeschworen werden, daß schließlich inmitten solcher Prozesse leidenschaftlich gefragt werde, warum denn nur die Verbrechen der Deutschen und nicht auch die Verbrechen an den Deutschen gesühnt würden. FDP-Bundestagsabgeordneter Dr. Dehler sprach sich nachdrücklichst gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist aus: »Die Versuche, durch ein Ausnahmegesetz die Verjährung für die Mordfälle der NS-Zeit rückwirkend zu ändern, scheitern an der Schranke des Rechts.«

Franz Josef Strauß erklärte auf einer Versammlung in Garmisch-Partenkirchen, aus rechtsstaatlichen und rechtspolitischen Gründen sei er gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist bei NS-Verbrechen. Auch wenn man die Naziverbrechen verabscheue, würde eine Verlängerung der Frist »eine Erschütterung des Rechtsbewußtseins der Menschheit und eine Fälschung der Geschichte bedeuten«, weil damit der Anschein erweckt würde, »als ob nur die Deutschen allein Kriegsverbrechen begangen hätten«.

Am klarsten sprach sich Bundesjustizminister Dr. Bucher im Rundfunk und auf Versammlungen gegen eine Verlängerung aus: »Wenn uns nun mit großen Demonstrationen und Protesten zugemutet wird, etwas zu tun, was unserem Recht widerspricht, also über unser Recht hinauszugehen, dann allerdings meine ich ist auch die Frage berechtigt: Was habt denn ihr [Alliierte] getan? Habt ihr etwas getan, um auch die Verbrechen zu verfolgen, die gegen Deutsche begangen worden sind?« In Augsburg wurde Minister Bucher noch deutlicher: »Das mit der Verjährungsfrist hängt mir allmählich zum Hals heraus. Das ist eine Frage, die wir allein in deutscher Verantwortung zu behandeln haben, eine Frage, die Rechtsgrundsätze berührt, und deshalb lasse ich mich auch nicht von Demonstrationen in Washington und Tel Aviv beirren.«

Dagegen erklärte der hessische Generalstaatsanwalt Bauer, die verfassungsrechtlichen Bedenken von Bundesminister Bucher gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist seien ihm »ein Rätsel«, und er sprach sich scharf gegen eine Verjährung aus. Simon Wiesenthal aus Wien überreichte

dem Justizminister die Forderung von 360 deutschsprachigen Wissenschaftlern, Künstlern und Publizisten, von Bischof Lilje bis zu den Nobelpreisträgern Born und Heisenberg, die sich in Briefen an das jüdische Dokumentationszentrum in Wien für die Verlängerung der Verfolgung aussprachen. 76 Staats- und Strafrechtler an deutschen Universitäten veröffentlichten in Tübingen eine Erklärung als Appell an die Bundesregierung, die Verlängerung der Verjährungsfrist durchzuführen, da verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Gesetzesänderung nicht bestünden. Professor Maihofer von der juristischen Fakultät der Universität Saarbrükken schlug eine Ergänzung des Artikels 103 Abs. 2 des Grundgesetzes durch den Bundestag vor, wonach die Kriegsverbrechen für unverjährbar erklärt werden sollen.

Daß es in dieser Frage nicht um ein Rechtsproblem ging, bewies die Gesellschaft katholischer Publizisten in Köln, die versicherte: »Ohne uns in die fachlich-juristische Debatte einmischen zu wollen, sehen wir uns verpflichtet, Parlament und Regierung darauf hinzuweisen, daß die öffentliche Meinung der Welt eine im Mai dieses Jahres eintretende Verjährung als einen Beweis dafür ansehen würde, daß der Wille, mit dem NS-Terrorsystem auch innerlich Schluß zu machen, in der Bundesrepublik nicht stark genug sei.«

Auf die Meinung des deutschen Volkes wurde dabei überhaupt keine Rücksicht genommen. Eine Befragung der Bevölkerung durch die Tübinger Wickert-Institute ergab, daß sich in den Bundesländern 76 % der Frauen und 63 % der Männer für die Verjährung aussprachen. In Baden-Württemberg waren 81 % der Befragten für den Abschluß der NS-Prozesse, in Rheinland-Pfalz 80 % und im roten Hessen sogar noch 65 %.

Ende Januar führte Pastor Johannes Wendt mit Hilfe des »Panorama« einen Feldzug gegen den verstorbenen Literaturhistoriker und Heimatdichter Adolf Bartels durch, der in Wesselburen und in ganz Dithmarschen heute noch in hohem Ansehen steht. Pastor Wendt erklärte auch in einer Predigt, daß der Dichter Bartels »einer« sei, »der aber viel mehr Schuld auf sich geladen hat als Eichmann und seine ausführenden Organe!« Die Presse forderte nun stürmisch, die nach Adolf Bartels benannten Straßen in Wesselburen und in Heide sofort umzubenennen. Adolf Bartels, 1945 verstorben, war ein Künder der ewigen Werte von Heimat, Volk und Vaterland, der das fremde Arttum nicht liebte und dessen Volksliebe nun als ein Verbrechen der Übersteigerung des deutschen Volkstums angeprangert wurde.

In Bremen wurde am 4. Februar nach dreitägiger Verhandlung der angebliche Widerstandskämpfer Georg Bock wegen fortgesetzten Betruges, wissentlich falscher Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung und Meineides zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten auf Bewährung, einem Jahr Ehrverlust und lebenslangem Verlust der Fähigkeit, eidlich als Zeuge vernommen zu werden, verurteilt. Auf Grund falscher Angaben hatte das Oberlandesgericht Bremen Bock 1962 eine Entschädigung von 10 050 DM als Verfolgten des NS-Regimes zugesprochen. Bock wollte aus politischen Gründen sich von der Einberufung zur Deutschen Wehrmacht gedrückt haben. Zeugen bestätigten nun, daß sich Bock noch nie politisch betätigte und sie das Gefühl gehabt hätten, er habe sich lediglich drücken wollen. Bock wurde während des Kriegs dreimal von Militärgerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt, die jedoch alle keine politischen Gründe gehabt hatten. Das Gericht war schließlich zu der Ansicht gekommen: »Bock war kein Widerstandskämpfer, sondern einer derjenigen, die nach dem Motto ›lieber einmal feig als ein ganzes Leben tot‹ einen Weg suchten, heil über die Zeit zu kommen.«

Oberstaatsanwalt Erwin Schüle war am 4. Februar von seinem Justizminister Wolfgang Hausmann in Stuttgart eilig zum Flughafen gehetzt und nach Warschau geflogen. Dort hoffte der Oberste Chef-Fahnder gegen deutsche Kriegs- und Naziverbrecher neues Material aus den kommunistischen Archiven zu erhalten. Als er erwartungsfreudig dem Flugzeug entstieg, wurde er von polnischen Demonstranten empfangen, die ihm ins Gesicht sagten, er sei ein treuer Gefolgsmann Hitlers gewesen, ein Protegé des Nazi-Gauleiters Murr, und seine Reise nach Warschau sei nur eine zur Schau gestellte Aktivität, um bestimmte Personen abzuschirmen.

Schüle war völlig konsterniert und erklärte alle Behauptungen als »einen Haufen Lügen«. Am Abend teilte er der DDR-Nachrichtenagentur ADN mit: Er sei niemals in der NSDAP und niemals in der SA gewesen!

Dem Associated-Press-Korrespondenten Gene Kramer in Warschau erzählte Schüle: »In der Bundesrepublik vorhandene Unterlagen, wonach ich 1937 in die Partei eingetreten bin, beruhen offensichtlich auf einem Mißverständnis. Als ich bei Kriegsende in der sowjetischen Gefangenschaft gewesen bin, hat meine Frau bei einem amerikanischen Entnazifizierungsausschuß angegeben, ich sei 1937 in die Partei eingetreten.«

Diese Darstellungen des Herrn Oberstaatsanwalts entsprachen keineswegs der Wahrheit. Seit mindestens 1955 wußte das Baden-Württembergische Justizministerium, daß Schüle 1937 das NSDAP-Abzeichen erwor-

ben hatte. Schon im Ernennungsvorschlag zum Ersten Staatsanwalt, unterschrieben vom Justizminister Dr. Hausmann am 18. April 1955, stand zu lesen: »Staatsanwalt Schüle war PG seit 1937.« Trotzdem hatte im Mai 1955 der damalige Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller Schüles Ernennung unterschrieben.

Auf den Widerspruch mit der Wahrheit aufmerksam gemacht, erklärte Schüle verlegen, es sei ihm einzig und allein darum gegangen, »den Polen, die mich ja eingeladen hatten, das Gesicht wahren zu helfen«. Er sei im übrigen nur Parteianwärter gewesen, und in die SA sei er »automatisch« über das Tübinger Hochschulamt geraten.

Daraufhin veröffentlichte die Ostberliner Presse im Faksimile einen handgeschriebenen Lebenslauf Erwin Schüles vom 3. September 1943, in dem unter anderem zu lesen stand: »Im Jahre 1933 trat ich der SA bei und bin seit 1935 Parteigenosse.«

Eine größere Blamage der ganzen NS-Verfolgung konnte es gar nicht mehr geben! Der oberste Nazi-Jäger Westdeutschlands – Parteigenosse und SA-Kamerad! Aber trotzdem blieb er auf seinem Platz, und das hatte seinen guten Grund. Schon am 16. Januar 1962 hatte Dr. Nahum Goldmann, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, sich überaus lobend beim damaligen Bundesjustizminister Stammberger über Schüle geäußert. Stammberger gab dieses Lob noch am gleichen Tag an seinen Ministerkollegen Hausmann nach Stuttgart weiter: »Herr Dr. Goldmann erwähnte ... vor allem die Tätigkeit des Oberstaatsanwaltes Schüle, auf die nach seiner Ansicht der Erfolg von Ludwigsburg zurückzuführen sei. Er schlug vor, da es einen guten Eindruck machen und auch sicher den Verdiensten von Herrn Schüle entsprechen würde, ihn zu befördern.«

Der ehemalige Gefängnisgeistliche von Landsberg, Monsignore Karl Morgenschweiß, der von 1932 bis 1958 Geistlicher in dem Gefängnis war, erklärte in einem öffentlichen Vortrag in Diessen (Ammersee): Während das Gefängnis einst Bayerns vorbildliche Strafanstalt gewesen sei, habe sich die Situation nach 1945 schlagartig geändert. »Das war kein Rechtsstaat mehr.« Während die zum Tode verurteilten Raubmörder erschossen wurden, seien die verurteilten Nationalsozialisten alle gehenkt worden. Die Nazi seien am schlechtesten behandelt worden, in die Arrestzellen im Keller, wo früher nur jeweils ein Gefangener untergebracht war, seien vier bis fünf Leute gesperrt worden. Alle Lampen seien entfernt und das vergitterte Fenster noch zusätzlich mit Brettern verdeckt worden, so daß kaum Licht in die Zellen drang. Pfarrer Morgenschweiß berichtete von Bela-

stungszeugen in den amerikanischen Schauprozessen, die ihre angeblichen Kenntnisse wissentlich bis zu 800mal wiederholten und dafür freie Verköstigung in den Strafanstalten erhalten hätten. In München seien diese Zeugenausweise auf dem Schwarzen Markt oft an andere Interessenten verkauft worden, die dann neue Beschuldigungen vorbrachten.

In einem Fall habe ein Beschuldigter den Mann, den er laut Anklage ermordet haben sollte, im Zuhörerraum des Gerichts entdeckt und sei daraufhin freigelassen worden. Vielen anderen sei dies natürlich nicht geglückt.

Die Amerikaner hätten in Dachau auch vor einem Altar mit Kruzifix und brennenden Kerzen »Beichten« inszeniert, wobei sich der Befrager als Militärgeistlicher ausgegeben habe und ein anderer Soldat die Beichte mitschrieb.

Der Pfarrer erinnert sich an einen alten Mann, der in Mauthausen zum Tode verurteilt wurde, weil er Aufseher im Steinbruch war. »Die Amerikaner machten sich einen Spaß daraus, ihn Nacht für Nacht aus dem Bett zu holen. Er soll sich anziehen, weil er aufgehängt wird.« Am ganzen Leib zitternd, sei der Mann jedesmal der Aufforderung nachgekommen, um unter dem Gelächter der Aufseher wieder in seine Zelle zurückgeschickt zu werden. »Wieder hinlegen. Erst nächstes Mal aufgehängt!«

Mindestens 60 Gefangene wurden nach der Erklärung von Pfarrer Morgenschweiß in Landsberg unschuldig gehenkt.

Schlimmer als in Landsberg sei es seinen Ermittlungen zufolge, die ausschließlich auf eidesstattlichen Erklärungen von Nichtbeteiligten beruhen, im Untersuchungsgefängnis von Ludwigsburg zugegangen. Dort seien die Gefangenen so schwer mißhandelt worden, daß Anwohner nachts die Schreie der Nazis gehört hätten. Erst später habe sich die Situation gebessert.

Zur selben Zeit als Monsignore Morgenschweiß diese erschütternden Enthüllungen machte, wurde dem früheren amerikanischen General Lucius D. Clay »in Anerkennung der um die Bundesrepublik Deutschland erworbenen hohen Verdienste« das Bundeskreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen.

Am 14. Oktober 1948 hatte US-General Clay trotz der Proteste zahlreicher Persönlichkeiten, darunter des katholischen Weihbischofs Dr. Neuhäusler und Landesbischof Dr. Wurm, den Hinrichtungs-Stop für Landsberg aufgehoben, und das Henken begann von neuem. Allein in der US-Zone mußten so 450 Deutsche am Galgen enden.

In Ostberlin fragte am 15. Februar Walter Ulbricht in einer Rede: »Was ist der Preis der Wiedervereinigung? Der Preis der Wiedervereinigung ist die Abrüstung, ist der Verzicht auf den Revanchismus, ist die Schaffung einer solchen demokratischen Ordnung in Westdeutschland, in der niemandem zugemutet wird, unter der Atombombe und mit Mördern gemeinsam zu leben. Der Preis ist die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zu den europäischen Staaten und Völkern. Dieser Preis entspricht genau den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Beseitigung von Nazismus und Militarismus.«

Mit anderen Worten: Der Preis der Wiedervereinigung aus Ostberlin ist die Bolschewisierung Westdeutschlands!

Der Titularerzbischof von Breslau, Boleslaw Kominek, erklärte in einer Predigt: »Wir alle in Polen sind davon überzeugt, daß der Herrgott neun Millionen Polen nicht zufällig in das Gebiet [in den deutschen Osten jenseits Oder-Neiße] gesandt hat und daß er uns einen Auftrag gegeben hat, den wir nicht verleugnen dürfen.«

Gott die Schuld an der Vertreibung zuzuschanzen war bisher noch nicht geschehen!

Die ohne Wissen der deutschen Öffentlichkeit und ohne Wissen des Deutschen Bundestages geheim durchgeführte westdeutsche Militärhilfe an Israel, die am 14. März 1960 im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel von Kanzler Adenauer und Ben Gurion in einer einstündigen Unterredung unter vier Augen besprochen wurde, flog unter lautem Getöse in den letzten Januartagen 1965 auf.

Das Schönste dabei war, daß zweifelsohne die USA hinter diesem Geschäft standen und Kanzler Adenauer nur vorgeschoben hatten. Sicher ist, daß das zweite Waffenlieferungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel nicht nur von Israelpräsidenten Eschkol und Erhard, sondern auch von US-Präsidenten Johnson und US-Verteidigungsminister McNamara geschlossen wurde. Die Amerikaner wünschten wohl, daß den Israelis mit Waffen geholfen würde, doch hüteten sie sich wegen ihrer Position im Nahen Osten und ihrer Ölgeschäfte, sich gegenüber den Arabern zu exponieren. Das überließen sie ihren deutschen »Freunden«!

Die Bonner Waffenhilfe war natürlich kostenlos; ein neues Geschenk an Israel. Die praktische Durchführung lag beim damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und seinem israelischen Kollegen Schimon Peres. Es wurden alsbald geliefert: 60 Flugzeuge verschiedener Typen, 600 Panzer, Typ M 48, 450 Lkw, 450 Lkw-Anhänger, Fla-Geschütze,

Panzerabwehrraketen, über 1000 Fallschirme, 2 U-Boote, 6 Schnellboote, Haubitzen und weitere Flugzeuge. Alles in allem in einem Wert von rund 3 Millionen DM.

Staatsminister Hopf vom Verteidigungsministerium flog zweimal nach Israel, Minister Peres kam wiederholt in die Bonner Ermekeil-Kaserne und nach Rott am Inn zu seinem Kollegen Strauß. Westdeutschland hatte lediglich zur Bedingung gemacht, daß der damals unmittelbar bevorstehende Eichmann-Prozeß nicht zu einer Diffamierung der Bundesrepublik, nicht zu ihrer Identifizierung mit dem NS-Regime benutzt werden dürfe und daß Israel im Eichmann-Prozeß auf die Zeugenladung des Staatssekretärs Dr. Globke verzichten müsse. Die Israelis gingen sofort darauf ein.

Im Verlauf dieser ganz und gar illegalen Waffenlieferung wurden 1961 und 1962 in Rendsburg von der Bundeswehr israelische Kanoniere an Fla-Geschützen ausgebildet.

Am 13. Dezember 1962 wurden erstmals je zwei Abgeordnete der Bonner Bundestagsparteien über die Israel-Waffenhilfe unterrichtet. Von der CDU/CSU Kliesing und Leicht, von der SPD Mommer und Schäfer, von der FDP Dehler und Emde. Diese »Eingeweihten« wurden später auch auf Jaeger (CSU), Wischnewski (SPD) und von Mühlen (FDP) erweitert; 1963 wurden dann auch noch alle drei Fraktionsvorsitzenden offiziell unterrichtet.

Ägyptens Staatschef Gamal abd el Nasser, der trotz der strengen Geheimhaltung von der westdeutschen Waffenhilfe an den Todfeind der Araber erfahren hatte, lud Ende Januar 1965 demonstrativ Walter Ulbricht zu einem Freundschaftsbesuch nach Kairo ein. Das war ein Donnerschlag gegen die Hallstein-Doktrin. Damit war der politische Grundsatz, nach dem die Bundesrepublik mit keinem Staat diplomatische Beziehungen aufrechterhält, der solche mit der DDR pflegt (ausgenommen davon natürlich die UdSSR), durchlöchert. Darum versuchte der bundesdeutsche Botschafter Federer am 31. Januar, Nasser die Folge seiner Einladung klarzumachen. Nasser erwiderte kühl: »Falls die Waffenlieferungen an Israel andauern, werden wir unseren gesamten Standpunkt revidieren und sicherlich dann Ostdeutschland anerkennen.«

Dies war der Gongschlag zur Nah-Ost-Krise, die mit einer bedrückenden Isolierung und grenzenlosen Blamage der Bundesrepublik endete. Die Bonner Oberschlauen hatten sich außenpolitisch mit ihrer arabisch-israelischen Schaukelpolitik nun in der eigenen Schlinge gefangen.

Schon bei den Bemühungen Bonns, die deutschen Raketentechniker und Atomforscher, die privat in Ägypten tätig waren, abzurufen, hatte sich die Unehrlichkeit dieser Schaukelpolitik manifestiert. Zur selben Zeit fand längst im Rahmen des israelischen Weizmann-Institutes eine enge Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik statt. Die Heidelberger Professoren Hans Jensen und Wolfgang Gentner betrieben in Rehovot mit den Israelis gemeinsame atomare Forschungsprojekte.

Kanzler Erhard mußte nun im verzweifelten Bemühen, das Gleichgewicht im Nahen Osten zu retten, die Einstellung der westdeutschen Waffengeschenke, von denen noch Material im Werte von 80 Millionen DM offenstand, an Israel verfügen. Dafür war man jedoch deutscherseits bereit, diese 80 Millionen DM in Industriegütergeschenken im Werte von 120 Millionen DM zu kompensieren. Nun tobten nicht nur die Araber, sondern auch die Israelis. Und nicht nur politisch drohte ein heilloses Debakel, sondern auch noch wirtschaftlich. Allein im letzten Jahr kauften die 13 Araberstaaten in der Bundesrepublik für 1,5 Millionen DM ein und lieferten Waren im Werte von 2,9 Millionen DM.

Bis in die Märztage hinein dauerten die antideutschen Kundgebungen und Demonstrationen der Araber, bei denen in Bagdad die deutsche Botschaft gestürmt und in Brand gesteckt wurde. Auch in Beirut, im libanesischen Tripolis, im Jemen, in Lybien und Damaskus randalierten arabische Studenten vor deutschen Gebäuden. In Israel aber demonstrierten die Massen gegen die Einstellung der Waffengeschenke und gegen die geplante Errichtung einer Deutschen Botschaft in Israel. Die Bundesrepublik war drauf und dran, sich zwischen alle Stühle zu setzen.

Das Münchener Landgericht verhängte am 26. Februar gegen die in München studierenden Österreicher Peter Wittinger und Josef Zinkl wegen ihrer Beteiligung am Südtiroler Freiheitskampf ungewöhnlich harte Strafen: Peter Wittinger erhielt ein Jahr, Zinkl bekam 10 Monate Gefängnis ohne Bewährung wegen »Geheimbündelei unter Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung«. Der mitangeklagte bundesdeutsche Student Rudolf Heßler erhielt mit der gleichen Begründung 6 Monate Gefängnis auf Bewährung. Für das Münchener Landgericht war offensichtlich der Südtiroler Freiheitskampf »kriminell«.

Am 10. März fand im Bundestag über die Verlängerung der Verjährung der Kriegsverbrecherverfolgung eine leidenschaftliche Debatte statt, die damit endete, daß Anträge zur Verlängerung der Verjährungsfrist gestellt und an den Rechtsausschuß überwiesen wurden.

In München wurden 14 wegen Beihilfe zur Euthanasie angeklagte Krankenschwestern, die nicht über Leben und Tod zu entscheiden und nur das durchzuführen hatten, was ihre vorgesetzten Ärzte anordneten, freigesprochen. Im Deutschen Bundestag wurde dieser völlig überflüssige Prozeß vom früheren deutschen Bundesanwalt Dr. Güde als eine »Fehlleistung der Justiz« bezeichnet.

In London erklärte der sowjetische Außenminister Andrej A. Gromyko: »Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ausschließlich Angelegenheit der beiden deutschen Staaten. Gleichzeitig mit dieser Frage müßten Regelungen betreffend der Rüstungsbeschränkungen in diesen Gebieten stattfinden. Die Außenpolitik der Bundesregierung macht aber eine Wiedervereinigung immer komplizierter und schwieriger. Die Sowjetregierung ist sogar der Ansicht, daß eine Wiedervereinigung nicht mehr möglich ist, da sich die beiden deutschen Staaten schon zu unähnlich geworden sind.«

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 25. März ein Gesetz über die Verlängerung der deutschen Kriegsverbrecherverfolgung, dessen Paragraph wie folgt lautet: »Bei der Berechnung der Verjährungsfrist für die Verfolgung von Verbrechen, die mit lebenslangem Zuchthaus bedroht sind, bleibt die Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1949 außer Ansatz. In dieser Zeit hat die Verjährung der Verfolgung dieser Verbrechen geruht.« Damit wurde die Verfolgungsfrist um weitere vier Jahre verlängert. Bei der namentlichen Abstimmung stimmten 344 Abgeordnete und 20 Berliner Abgeordnete gegen die Verjährung und 96 Abgeordnete, in der Hauptsache von der FDP, und etwa 30 Abgeordnete der CDU/CSU für die Verjährung; vier Mitglieder enthielten sich der Stimme. Unter den 180 Abgeordneten der CDU/CSU, die für die Verlängerung der einseitigen Kriegsverbrecherverfolgung stimmten, befanden sich die Abgeordneten Dr. Adenauer, Dr. Barzel, Dr. Erhard, Dr. Gerstenmaier, Höcherl, Dr. Jaeger, Dr. v. Meerkatz, Schmücker, Frau Dr. Schwarzhaupt, Dr.-Ing. Seebohm, Dr. Seidl; der Abgeordnete Franz Josef Strauß verließ während der Abstimmung den Saal. Die SPD stimmte nahezu geschlossen für die Verlängerung, und von der FDP stimmten für die Verlängerung der einseitigen deutschen Kriegsverbrecherjustiz die Abgeordneten Dr. Kohuth, Rademacher, Dr. Rieger.

Damit waren die Würfel gefallen. Die Wünsche Moskaus, New Yorks und Jerusalems waren erfüllt worden. Die sühnedeutschen Berufsbesiegten atmeten beglückt auf. Der Bußemasochismus überschlug sich.

Als Folge dieser Abstimmung trat Bundesjustizminister Dr. Ewald Bucher von seinem Posten zurück. Präsident Lübke ernannte den CDU-Abgeordneten Dr. Karl Weber zum neuen Justizminister.

Die DEUTSCHE HYPNOSE

Die verhängnisvollen Waffen für Israel / Südtirol-Prozeß in Graz / Bundestagswahl ohne Ausweg / Der hypnotisierte deutsche Riese schläft weiter

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer gab im Dänischen Kommunistenblatt »Land og Volk« seiner unverhohlenen Bewunderung für Ulbrichts Justiz Ausdruck, indem er versicherte: »Im Gegensatz zur DDR hat man in der Bundesrepublik immer noch die alte Rechtsmaschine.«

Anschließend erklärte Bauer, der von 1936 bis 1949 als rassisch Verfolgter in der Emigration lebte: »Heute bin ich glücklich, denn ich weiß, daß ich im Dritten Reich nicht hätte leben können, ohne Unrecht zu begehen. Niemand hat im Dritten Reich gelebt, ohne Unrecht zu begehen.«

Damit wurde nicht nur das Dritte Reich zum Unrechtsstaat erklärt, sondern das ganze deutsche Volk als Unrechtsvolk abgestempelt.

Nachdem der marokkanische König Hassan II. wegen der westdeutsch-arabischen Spannungen infolge der aufgeflogenen Waffenlieferungen an Israel seinen Staatsbesuch nach Bonn abgesagt hatte, beschloß der Rat der arabischen Liga in Kairo, im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel alle arabischen Botschafter aus Bonn abzuberufen und die diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik abzubrechen. Tatsächlich riefen dann von den 13 arabischen Staaten bis auf Tunesien, Libyen und Marokko alle ihre Botschafter aus Bonn ab: Jordanien, Vereinigte arabische Republik, Yemen, Irak, Saudi-Arabien, Kuweit, Sudan, Algerien, Syrien, Libanon.

Vergebens versuchten die Bonner Sonderemissäre, die Abgeordneten Werner Stoltenberg, Wischnewski, Bundestagspräsident Gerstenmaier und die Staatssekretäre Lahr und Carstens, zu retten, was nicht mehr zu retten war.

Dabei zog sich durch die Geschichte des letzten Jahrtausends weit über die Tagespolitik hinausreichend bisher eine tiefe Freundschaft zwi-

schen Deutschen und Arabern. Für die Araber war der Deutsche bisher schlechthin der Prototyp der Tapferkeit, Verläßlichkeit und Leistung. Bis vor kurzem stand kein Abendländer dem Herzen der Araber so nahe wie der Deutsche.

Die Schlachten beider Weltkriege wurden in der arabischen Welt mit heißer Anteilnahme verfolgt, all ihre Sympathien standen auf seiten der Deutschen. Im ersten Weltkrieg freilich war durch das Bündnis mit dem Osmanischen Reich, welches jahrelang als eine Art Kolonialherr über die Araber wirkte, das Bild etwas getrübt. Doch die Bewunderung für die deutschen Leistungen gegen die erdrückende Übermacht wurde davon nicht betroffen. Im zweiten Weltkrieg standen alle Araber mit ihren Wünschen auf deutscher Seite. Der Großmufti von Jerusalem, Mohammed Anim al Husseini, rief immer wieder die Araber zum Kampf gegen die Alliierten auf. Im Mai 1941 erhob sich Ali el Gailani im Irak, obwohl in ausweglo-ser Situation, gegen die Engländer. Bis zu den Muselmanen Bosniens und des Kaukasus wirkten die arabischen Sympathien in Form von Frei-willigenverbänden auf deutscher Seite.

Die unsichtbaren Drähte der arabischen Liebe zu Deutschland reichen bis tief ins Mittelalter hinein. Etwa um das Jahr 800 begab sich eine deutsche Delegation zu dem Gouverneur Ibn Aghlab nach Tunesien, um mit ihm die Möglichkeit einer politischen Zusammenarbeit in Westeuropa zu studieren. Wenige Jahre später huldigte eine arabische Mission von Bag-dad in Aachen Kaiser Karl dem Großen. Freundschaftliche Beziehungen verbanden auch den Hof des Kalifen al-Hakam II. von Cordoba und den des deutschen Kaisers Otto des Großen vor rund 1000 Jahren.

Selbst als im Mittelalter deutsche Kaiser von den Päpsten immer wie-der gedrängt wurden, das Heilige Land von den »Ungläubigen« zu be-freien, endete die arabische Hochachtung vor den Deutschen nicht. »Auf das Wort eines Deutschen kannst du dich verlassen«, sangen die arabischen Bazarsänger, »und wenn er kämpft, dann bis zum tapferen Tode.«

Freilich war diese arabische Neigung nicht einseitig. Auch in Deutsch-land gilt seit eh und je der Araber als tapfer und kühn. Kaiser Fried-rich II., der schließlich einen Kreuzzug führen mußte, beherrschte von sei-ner Jugend an die arabische Sprache und war ein großer Freund arabi-scher Kultur. 1228/29 endete sein Kreuzzug auch in Jaffa nicht mit einer blutigen Schlacht, sondern mit einem zehnjährigen Waffenstillstand mit Sultan al-Kamil, durch den die heiligen Stätten des Christentums in die Hand des Kaisers kamen. Als dann dieser große Hohenstaufe starb, klei-

dete man ihn in ein arabisches Gewand, auf dem mit goldenen Buchstaben eingestickt war: »Dies ist ein Geschenk für den Sultan.«

Auch unter dem letzten Hohenzollern, Kaiser Wilhelm II., leuchtete die deutsch-arabische Freundschaft noch einmal strahlend auf. 1898 bekräftigte der Kaiser in Damaskus seine Freundschaft zu den Arabern, denen er den Schutz des Deutschen Reiches anbot. Am Grabe des Kreuzfahrerbesiegers Salah-ed-Din stiftete er als ritterliche Geste gegen den ehemaligen Gegner eine silberne Lampe. 1905, in der ersten Marokkokrise, demonstrierte Kaiser Wilhelm II., zeitpolitisch wenig klug, aber der Grundhaltung getreu, die deutsch-arabische Freundschaft; 1911 entsandte er sogar das Kanonenboot »Panther« nach Agadir.

Das alles übte einen starken Zauber auf die Araber aus. Die Deutschen sind unsere Freunde; das sind die, die zweimal gegen die Übermacht der ganzen Welt kämpften, das sind Helden!

Nun war es der Bonner Politik in so kurzer Zeit gelungen, diese wenigen ehrlichen Freunde, die Deutschland in der Welt hatte, so vor den Kopf zu stoßen, daß sich zwischen Westdeutschland und Arabern eine sich immer mehr verbreiternde Kluft auftat.

Groteskerweise, ohne daß Bonn dagegen die Freundschaft der Israelis oder des internationalen Judentums einzutauschen vermochte. Auch dann nicht, als am 12. Mai offiziell die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem aufgenommen wurden.

Der britische Außenminister Michael Stewart erklärte am 24. April in Prag auf einer Pressekonferenz: »Das Münchner Abkommen von 1938 ist verabscheuungswürdig, ungerecht und, wie die Ereignisse gezeigt haben, für den Frieden in Europa gefährlich gewesen. Das Abkommen ist schon seit vielen Jahren vollständig tot.«

Lange bemühten sich die Vertreter der USA, Englands, Frankreichs und der Bundesrepublik im westlichen Botschafterlenkungsausschuß in Washington vergeblich, anläßlich des 20. Jahrestages der Kapitulation eine gemeinsame Deutschlanderklärung zustande zu bringen. Verspätet kam dann am 12. Mai als Anhang zum Abschlußkommuniqué der NATO-Tagung die Deutschlanderklärung, in der es hieß: »Die drei Regierungen sind der Auffassung, daß ohne eine wirkliche Lösung des deutschen Problems, die auf der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in beiden Teilen Deutschlands beruht, die Lage in Europa als Ganzem ungewiß bleiben und infolgedessen der Friede auf diesem Kontinent nicht in vollem Maße gesichert sein wird.«

Wie das Selbstbestimmungsrecht in beiden Teilen Deutschlands verwirklicht werden sollte, darüber schwiegen sich die westlichen Vertreter aus.

In Ostberlin wurde anläßlich der 20. Jährung der Kapitulation ein gemeinsames »Manifest an das deutsche Volk und an die Völker und Regierungen der Welt« erlassen, das von kommunistischen Hetzphrasen nur so triefte. Die Bundesrepublik wurde als eine Fortsetzung des Hitler-Staates angeprangert: »Der Geist der militaristischen Knechtung und imperialistische Eroberungen dringt immer stärker in alle Poren des westdeutschen Lebens ein und droht aufs neue breite Massen mit Chauvinismus zu verseuchen. Die reaktionäre militaristische Vergangenheit wurde in Westdeutschland nicht bewältigt, sondern sorgfältig konserviert. Von den Kriegs- und Naziverbrechern wurden nur wenige bestraft, und viele von ihnen nehmen führende Positionen ein. Das eben im westdeutschen Bundestag angenommene Verjährungsgesetz ist Verhöhnung und Betrug der Welt und nichts anderes als eine schamlose Amnestie der Kriegs- und Naziverbrecher.«

Nahezu gleichzeitig forderte Walter Ulbricht auf der 13. Sitzung der Volkskammer von der Bundesrepublik 120 Milliarden DM als Vorleistung für die Wiedervereinigung. »Es dürfte sich bereits herumgesprochen haben«, versicherte Ulbricht, »daß wir in Vorbereitung der Wiedervereinigung die rund 120 Milliarden Mark, die Westdeutschland der DDR und ihren Bürgern schuldet, aufrechnen werden. Wir sind bereit, sobald in Westdeutschland die entsprechenden politischen Voraussetzungen geschaffen sind, einen Teil dieser Summe den westdeutschen Gewerkschaften treuhänderisch zum Zwecke der Gewinnung des entscheidenden Einflusses in westdeutschen Konzerngenossenschaften zu überlassen.«

Mit diesem ebenso frechen wie größenwahnsinnigen Ansinnen versuchte Walter Ulbricht, die wirtschaftliche Misere, die teils durch die erbarmungslosen sowjetischen Reparationsforderungen, teils durch das totale Versagen der kommunistischen Wirtschaftsordnung entstanden war, zu beheben. Die Sowjets hatten aus der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone und der nachfolgenden DDR 95,361 Milliarden DM herausgepreßt. Dieser Riesenbetrag sollte jetzt von der Bundesrepublik aufgebracht werden, um die völlig daniederliegende Wirtschaft in der DDR zu retten.

Die Westberliner »Arbeitsgemeinschaft 13. August« veröffentlichte zur gleichen Zeit eine Dokumentation, aus der hervorging, daß es bis

Ende 1964 etwa 2 844 430 Mitteldeutschen und Ostberlinern gelungen war, dem roten Zuchthaus zu entkommen. 126 der Flüchtlinge wurden, soweit bekannt wurde, bei der Flucht erschossen. Die tatsächliche Zahl der Todesopfer dürfte jedoch erheblich höher liegen. Mit 17 000 hauptamtlichen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes und rund 40 000 Spitzeln wurde die Bevölkerung die Jahre hindurch niedergehalten. 180 000 Deutsche wurden von 1945 bis 1950 in 15 Konzentrationslagern Mitteldeutschlands eingeliefert, 89 000 von ihnen starben hinter Stacheldraht; 31 000 wurden in die Sowjetunion deportiert. Von den sowjetischen Militärtribunalen wurden von 1945 bis 1955 über 45 000 Deutsche verurteilt, davon mindestens 222 zu lebenslanger Haft.

Der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates, Alexej Kossygin, gab dem französischen Korrespondenten Michel Gordey in Ostberlin folgende Erklärung zur Deutschlandfrage ab: »Wir sind gegenwärtig mit dem status quo des deutschen Problems vollkommen zufrieden. Eine Revision der deutschen Grenzen ist unmöglich. Man hat noch nie gesehen, daß ein Land erobertes Gebiet zurückgegeben hat.«

Der polnische Parteichef Wladyslaw Gomulka lehnte als polnischen Beitrag zu dem Jahrestag die Wiedervereinigung Deutschlands kurzerhand ab. Er sagte: »Naiv ist die Politik der Bonner Regierung, die darauf berechnet ist, die Einheit der sozialistischen Staaten zu schwächen und die DDR zu isolieren, eine Politik, die die Ziele der Bundesrepublik nicht um ein Jota verändert, sondern angesichts der Hoffnungslosigkeit der Politik, der Erpressung und der Gewalt lediglich nach anderen Methoden zwecks Einverleibung der DDR sucht. Eine Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik würde Deutschland zu einem mächtigen imperialistischen Staat machen . . . Die Devise eines solchen Deutschlands würde dann wieder die alte preußische Losung des Dranges nach Osten sein.«

Während der deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche wurde in der amerikanischen Kaserne Schwabach am 17. Mai am »Tag der offenen Tür« die siebenjährige Behia Aganovic von dem amerikanischen Gefreiten Ray Martindale in einen Keller der Kaserne gelockt, vergewaltigt und dann ermordet. Diese zahlreichen amerikanischen Mörder wurden in der Bundesrepublik mit Glacéhandschuhen angefaßt. Kurz vor dem Schwabacher Mord wurde gegen den amerikanischen Soldaten Gregory Philip Verity verhandelt, der am 30. November 1964 auf einem Kinderspielplatz in Nürnberg eine 14jährige Schülerin vergewaltigte und dabei so zurichtete, daß das Mädchen einen Schädel- und einen Unterkieferbruch erlitt und

heute noch an Gesichtslähmungen leidet. Er erhielt dreieinhalb Jahre Gefängnis.

Aber nicht nur bei den amerikanischen Gasttruppen stieg die Verbrechensquote erschreckend an, sondern auch im allgemeinen. Eine besonders erschreckende Erscheinung war der steil ansteigende Bankraub in Deutschland. 1961 waren 22 Bankberaubungen mit einer Beute von 480 904 DM vorgekommen. 1962 waren es schon 36 Fälle mit einer Beute von 672 287 DM. 1963 53 Fälle mit einer Beute von 1 018 036 DM, und 1964 erlebte die Bundesrepublik 149 Bankberaubungen, bei denen 5 Menschen getötet und 19 zum Teil schwer verletzt wurden. Die Beute betrug insgesamt 2 369 657 DM.

In Graz fand vom 12. bis zum 21. Mai vor einem Schöffengericht eine Verhandlung gegen 22 Südtiroler Freiheitskämpfer unter dem Innsbrukker Universitätsassistenten Dr. Norbert Burger statt. Die Angeklagten, die sich überaus mannhaft und politisch klug verteidigten, allen voran Dr. Burger, erreichten nicht, daß Burger über die Beteiligung oder das Mitwissen höchster österreichischer Funktionäre aussagen konnte. Damit aber war die Schwäche der Anklage vor aller Welt klargelegt. Norbert Burger, der die alleinige Verantwortung für alle seine Kameraden übernommen hatte, bekannte offen: »Wir führen Krieg gegen Italien für Österreich. Wenn Sie uns verurteilen, sprechen Sie Italien frei.«

Hofrat Dr. Oberhammer bekannte sich als Zeuge zum Südtiroler Freiheitskampf und stellte fest: »Mut und Patriotismus vor Gericht zu stellen ist außen- und innenpolitisch bedenklich. Dieser Prozeß gereicht Österreich nicht zur Ehre.«

Rechtsanwalt Dr. Kaan, Präsident des Steierischen Landtages, bekannte: »Es ist mir eine Ehre, diese Männer verteidigen zu dürfen. Sind wir froh, daß es noch eine Jugend gibt, die nicht dem Materialismus und der Genußsucht huldigt, sondern bereit ist, sich für patriotische Ideale einzusetzen.«

Die Verteidigung lehnte die Rechtmäßigkeit des Schöffengerichtes leidenschaftlich ab und verlangte, daß ein ordentliches Geschworenengericht Urteil spräche. Doch gerade das sollte verhindert werden. Das Wiener Justizministerium befürchtete offensichtlich, daß die Geschworenen niemals zu einem Schuldig kommen würden. Immer wieder warf sich daher der Staatsanwalt gegen diese Anträge.

Am 21. Mai verkündete der Vorsitzende, Hofrat Dr. Peyer, trotzdem, daß sich das Schöffengericht für nichtzuständig halte.

Der überfüllte Zuhörersaal und die Angeklagten stimmten das Andreas-Hofer-Lied an, das mächtig durch das ganze Gerichtsgebäude brauste.

Wenig später wurde Dr. Burger, der sich seit 16 Monaten in Haft befand, gegen Stellung einer hohen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

In erstaunlich kurzer Zeit wurden die Südtiroler Freiheitskämpfer vor dem Schwurgericht Graz neuerlich angeklagt und verhandelt; am 14. Oktober 1965 sprachen die Geschworenen alle 27 Angeklagten in allen Punkten frei.

Vom 18. bis 28. Mai stattete Königin Elisabeth II. in Begleitung von Prinz Philip Herzog von Edinburg der Bundesrepublik einen Staatsbesuch ab und besuchte Bonn, Wiesbaden, München, Stuttgart, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Berlin, Hannover und Hamburg. Wiederum stand das Bundesvolk an den Straßen, und wiederum jubelte es. Die gleichen Kreise, die haßerfüllt jede deutsche Tradition, jedes Lied und jeden Uniformknopf von gestern verabscheuen und bekämpfen, erstickten fast in Devotion und Verehrung der englischen Tradition.

Für die Sozialdemokraten brachte der Königinbesuch eine peinliche Panne, da die Gattin des Hamburger Regierungschefs Paul Nevermann, Grethe Nevermann, aus Protest gegen das süße Leben ihres Mannes nicht an dem protokollgemäßen Empfang der Königin teilnahm. Nevermann mußte auf Grund des Skandales, der entstanden war, von seinem Posten als Hamburger Oberbürgermeister zurücktreten.

In Westberlin fuhr am 15. Juni der 34jährige Kaufmann Hermann Döbler mit der 22jährigen Elke Märtens in seinem Sportboot mit Außenmotor den Teltow-Kanal entlang. Als er sich dem östlichen Teil des Kanals näherte, eröffneten die Volksarmisten und Volkspolizisten das Feuer auf den aufrecht stehenden Döbler, der wie eine Figur in einer Schießbude umgelegt wurde. Die Kugeln trafen im Knie, Rücken und Kopf so schwer, daß er verblutete. Verzweifelt wendete das Mädchen das Boot, jedoch auch jetzt kannten die roten Henker keine Gnade. Sie nahmen Elke Märtens ins Visier und streckten sie mit einem Kopfschuß nieder. Das Boot trieb führerlos nun wieder nach dem Westufer, und das Mädchen konnte schwerverletzt geborgen werden.

Mitte Juni 1965 veröffentlichten die »New York Times« eine Erklärung des bundesdeutschen Vizekanzlers Dr. Erich Mende, der anläßlich eines Amerikabesuches Minister Rusks geäußert habe, daß man seiner Ansicht nach die deutsche Wiedervereinigung eher in Jahrzehnten als in Jahren

erwarten solle. Im Anschluß an ein Gespräch mit dem US-Außenminister Rusk nahm Mende zu der Enthüllung der New York Times Stellung und sagte, der Westen müsse berücksichtigen, daß die Zeit vorüber sei, in der man die Wiedervereinigung durch ein einfaches Abkommen unter den vier Siegermächten herbeiführen könnte, wie man es in den fünfziger Jahren für möglich gehalten habe. Die Wiedervereinigung sei ein äußerst schwieriges Problem, und man dürfe nicht vergessen, daß ihre Herbeiführung einen langen und komplizierten Prozeß darstelle. Dieser Prozeß würde viele Phasen und viele Schritte einschließen.

Damit war zum ersten Mal von offizieller Bonner Seite die Katze aus dem Sack gelassen und die traurige Wahrheit der völligen Erfolglosigkeit der gesamtdeutschen Politik der Bonner Bundesregierung bekannt geworden.

Mitten in Düsseldorf überfielen am 30. Juni unbekannte kommunistische Agenten den 65jährigen ehemaligen kroatischen Diplomaten Berislav Dezelic in seiner im dritten Stock eines Wohnhauses gelegenen Privatwohnung und schossen ihn sowie seine Ehefrau und seine hochschwangere Tochter nieder. Sie wurden schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Die Täter entkamen unerkannt.

Der Erste Senat des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg in Mannheim erklärte das Verbot der Ludendorff-Bewegung, des »Bundes für Gotterkenntnis« und des Verlages »Hohe Warte«, welches im Mai 1961 erfolgt war, als rechtlich unzulässig und hob es auf.

Als die Bundespost Ende Juli eine 20-Pfennig-Sondermarke »20 Jahre Vertreibung 1945–1965« herausgab, erhoben Polen und die Tschechoslowakei Protest und beschlossen, die Marke für ihre Staaten im Postverkehr nicht zuzulassen. Nach polnischer und tschechischer Auffassung ist die deutsche Bevölkerung nicht vertrieben, sondern nur unter internationaler Überwachung gemäß den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ausgesiedelt worden.

Nur wenige kleine Zeitungen gaben Ende Juli Kunde von einem aufregenden Justizskandal in Stade. Die große deutsche Publizistik ist bewußt mit diskretem Schweigen oder mit kleinen Notizen darüber hinweggegangen.

1950 war vom Schwurgericht in Stade der ehemalige SS-Oberscharführer der KZ-Bewachungsmannschaft Buchenwald Otto Hoppe wegen Mordes und anderer Straftaten zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden. Hoppe hatte immer wieder beteuert, daß er schuldlos sei.

Drei Gnadengesuche seines Rechtsanwaltes und seiner Mutter wurden abgelehnt. Als der Häftling nicht aufhörte, seine Unschuld zu beteuern, griff sein früherer Strafverteidiger den Fall nach 15 Jahren noch einmal auf und kam dabei zu verblüffenden Ergebnissen. Hoppe war auch verurteilt worden, weil er laut Zeugenaussage versucht haben sollte, den jüdischen SPD-Reichstagsabgeordneten Asch zu ermorden. Einen solchen Abgeordneten hatte es aber nie gegeben. Ein anderer Zeuge hatte vor dem Schwurgericht ausgesagt, Hoppe habe ihm 1942 im KZ Buchenwald die Zähne eingeschlagen. Als Beweis dafür hatte er ein künstliches Gebiß dramatisch auf den Richtertisch geschleudert. Nun ist bewiesen, daß Hoppe 1942 längst aus Buchenwald abkommandiert war.

Ein weiterer »Tatzeuge« hatte ausgesagt, der Angeklagte habe ihm mit einem Ochsenziemer 25 brutale Schläge versetzt. Nun in die Zange genommen, nahm er diese Aussage mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Er mußte zugeben, daß er sich geirrt hatte.

Hoppe wurde aber in der Hauptsache verurteilt, weil er in der Baracke 19 im KZ Buchenwald den Häftling Heinrich Seiler so lange geschlagen haben sollte, daß dieser eine Woche später an den Folgen der Mißhandlung im Lagerrevier gestorben sei. Dies bekundete vor allem der Zeuge Herbst, der bei vielen KZ-Prozessen als Zeuge aufgetreten war. Tatsache ist, daß dieser »Ermordete«, Heinrich Seiler, nun lebend in Gießen aufgefunden wurde und erklärte, ihm habe Hoppe als Kommandoführer im KZ Buchenwald nie etwas zuleide getan.

Auch der frühere Chefredakteur Walter Poller, Autor des Buches »Arztschreiber in Buchenwald« sagte nun aus, daß er als Mitglied des geheimen Häftlingskomitees, das durch ausgezeichnete Informationen über alle Vorgänge im Lager unterrichtet war, noch nie etwas über Unrechtshandlungen Hoppes gehört habe.

Heinrich Seiler gab jetzt an, daß Herbst ihn wiederholt besucht habe, also wußte Herbst ganz genau, daß Seiler am Leben war. Herbst ist vor dreieinhalb Jahren verstorben.

Dieser Fall Hoppe zeigte mit demonstrativer Deutlichkeit, was von den entsetzlichen Belastungsaussagen in den Kriegsverbrecherprozessen zu halten ist.

In Südtirol ging der Kampf trotz aller schweren Verluste, die die Südtiroler Freiheitskämpfer erlitten hatten, weiter. Noch während des Grazer Prozesses wurden Hochspannungsmaste aufs neue gesprengt, und am 17. Juli explodierte in der Bozener Wohnung des verurteilten Südtiroler Frei-

heitskämpfers Martin Koch eine Sprengladung und zerriß den 23jährigen Österreicher Helmut Immerwohl. Bei der Durchsuchung der Wohnung entdeckten die Karabinieri eine weitere selbstgebaute Sprengladung. Frau Koch wurde von den Karabinieri verhaftet.

Dem ersten Minensuchgeschwader der Bundesmarine, das auf Einladung der britischen Kriegsmarine an gemeinsamen Übungen in schottischen Gewässern teilnahm, wurde vom Stadtrat von Dundee (Schottland) die übliche Gastfreundschaft versagt. Die sozialdemokratischen Stadtväter meinten, ein Empfang der deutschen Matrosen durch die Stadt würde »von Bürgern mißbilligt werden, die selbst auf See gelitten haben«.

Den ganzen Juli über hielt ein nächtlicher Schmierer die Stadt Bamberg in Atem. Er malte antisemitische Parolen auf Denkmäler und beschmierte den jüdischen Friedhof der Stadt mit Hakenkreuzen und SS-Runen. Das bayerische Landeskriminalamt, die Ortsbehörden, die Einsatzgruppe Bonn waren nicht in der Lage, dem Gesellen das Handwerk zu legen. Eine örtliche Bürgerwehr wurde aufgeboten, die in nächtlichen Patrouillen die Straßen der Stadt durchstreifte, ohne des Schmierers habhaft zu werden. Wie eine ansteckende Krankheit griff die Schmiererei um sich, und auch in anderen Orten kamen solche Lausbübereien vor. Freilich konnten da meist Kinder oder Betrunkene und im Falle von Heilbronn sogar junge Amerikaner, Söhne von US-Offizieren, als Schmierer festgestellt werden. Es war einfach die Lust am Verbotenen, die sich auf diese Art austobte.

Endlich gelang es in Bamberg, den 20jährigen Reinhard Woitzik auszuforschen, der aus Ärger über eine Entlassung in seinem Beruf und aus einem krankhaften Geltungstrieb heraus die nächtlichen Sudeleien betrieben hatte. Woitzik war ein typischer Einzelgänger mit völlig unpolitischen Motiven.

Die ganzen Wochen zuvor hatten ausländische Zeitungen, aber auch inländische, versucht, die Hakenkreuz-Schmiererei als Ausbruch eines neuen Antisemitismus in der Bundesrepublik hinzustellen. Die »Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland« hatte sogar von einer Drachensaat phantasiert, die nun wieder im deutschen Volk aufginge.

Wenn die Ermittlungen offensichtlich nicht so lange in die falsche Richtung gegangen wären, hätte man dem Psychopathen mit größter Wahrscheinlichkeit schon vorher das Handwerk legen können. So wurden 3247 Fingerabdrücke abgenommen, 20 000 Namen überprüft, 1253 Firmen durchforscht, 1227 Schriftvergleiche vorgenommen, 378 Personenhinweise verfolgt, 25 000 Autokilometer dienstlich verfahren, weitere 5000 Auto-

kilometer wurden von Polizeibeamten in ihrer Freizeit in Privatwagen gefahren. Man wollte eben eine große Neonazi-Verschwörung aufdekken. Nach einer 46 Tage währenden Fahndungsaktion lief aber nur ein 20jähriger Psychopath endlich in die Netze der Polizei.

Vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe stand am 9. August der 22jährige Engländer Mike Passmore, der im Frühjahr in die Bundesrepublik eingereist war und hier 320 Klebezettel mit dem Bild Hitlers und der Unterschrift »Er hatte recht« mitbrachte. Passmore, der sich in Karlsruhe zum Nationalsozialismus bekannte, erhielt für seine in England übrigens gänzlich unbehinderte und in der Bundesrepublik völlig echolose Nazi-Propaganda ein Jahr Gefängnis.

In den Mittagsstunden des 13. August wurde in Köln-Ostheim die 54jährige nervenkranke Rentnerin Helene Langer erwürgt aufgefunden. Ihre tragische Geschichte ist schlechthin teuflisch. Während Mutter Langer ein Jahr lang in einer Heilanstalt Genesung suchen mußte, hatte ihr etwas zurückgebliebener Sohn Siegfried eine Gruppe junger Menschen, darunter die 16jährige Monika Schmitz und die 17jährige Margarete Scherer, kennengelernt, die Langers Wohnung als Etablissement für ihre wilden Parties benutzten. Monika Schmitz, die stets nur als Beatle-Monika unterschrieb, stahl schließlich den Wohnungsschlüssel, so daß die beiden Mädchen auch nach der Rückkehr von Frau Langer in deren Wohnung eindrangen, wann es ihnen nur paßte. Die kranke Frau fürchtete sich vor den beiden frechen Straßenmädchen und ließ sich von ihnen um das wenige Geld, das sie hatte, erpressen. Wenn die hilflose Frau nichts geben konnte, wurde sie von den entmenschten Mädchen geschlagen und sadistisch gequält. 6 Wochen lang ertrug die Frau dieses Martyrium, dann offenbarte sie sich ihrem Arzt, Dr. Theo Löns, der sofort eine polizeiliche Vorladung veranlaßte. Frau Helene Langer wurde von den fassungslosen Polizeibeamten eingehend vernommen und ihr Körper, der Spuren schwerer Mißhandlungen aufwies, amtsärztlich untersucht. Die Fahndung nach den beiden jugendlichen Verbrecherinnen lief an: In den Kölner Bumskneipen und Amüsierlokalen, nur an die Wohnung von Frau Langer dachte die Kölner Polizei nicht. Gerade dort tauchten, wie immer in Twisthosen, die satanischen »Teenager« auf, als Frau Langer von der Einvernahme zurückkam. Sie fanden, als sie die Handtasche Helene Langers durchwühlten, die Polizeivorladung, und als Frau Langer ihnen gestand, die Polizei benachrichtigt zu haben, erwürgten sie ihr Opfer in der Küche mit einem Geschirrtuch.

Nach einigen Stunden festgenommen, schilderten sie lächelnd den Beamten der Kölner Mordkommission, wie sie ihr Opfer ermordet hatten.

Zwei Wochen später wurde der 15jährige Günther Kaimer in Lichtenau bei Ansbach von der 67jährigen Hausfrau Margarete Hauenschild dabei ertappt, wie er Geld stehlen wollte. Er erstach die Frau auf der Stelle.

Welche Lebenserwartung hat dieser verirrte Teil der Jugend noch? Was kann die Gemeinschaft noch von ihnen erwarten? Die Saat der Enthemmung geht bereits so stark auf, daß man daran nicht mehr tatenlos vorübergehen kann.

Am 11. August sah sich das Amt des Wehrbeauftragten erneut in einen Skandal verwickelt. Auf Grund der Differenzen mit dem neuen Wehrbeauftragten Hoogen waren Ministerialrat Engst, Regierungsdirektor Hubatsch und die Regierungsräte Vogel und Fischer zurückgetreten und hatten um Versetzung aus der Dienststelle des Wehrbeauftragten gebeten.

Der Initiator war Dr. Franz Engst, der nach dem Scheitern von Grolman und Heye offensichtlich gehofft hatte, selbst das Amt des Wehrbeauftragten einzunehmen. Er hatte schon seit Ostern keinen Dienst mehr getan und sich andauernd krank gemeldet. Nach seinem Rücktritt erschien Engst in seinem Büro und nahm eine Anzahl geheimer Akten mit, um sich mit diesen nach Holland abzusetzen. In letzter Stunde gelang es einem anderen Beamten des Verteidigungsministeriums, Engst zur freiwilligen Rückkehr zu bewegen. Auf Wunsch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier begab sich Engst in eine Nervenheilanstalt.

Zur selben Zeit entschied das Hessische Verwaltungsgericht in Kassel in einem Prozeß eines Bundeswehrsoldaten gegen Bundesverteidigungsminister von Hassel, daß die Gehorsamspflicht zu den vornehmsten Pflichten der jungen Soldaten gehört, der sie nur in ganz besonderen Situationen nicht nachzukommen brauchen. Die Angehörigen der Bundeswehr sind nach Ansicht des Gerichtes nicht befugt, aber auch nicht verpflichtet, in jedem Einzelfall nachzuprüfen, ob ein Vorgesetzter ihnen gegenüber seine Befehlsgewalt überschritten hat. Führt ein Soldat einen Befehl aus, der ihm vom Vorgesetzten ohne Befugnis erteilt worden ist, so verstößt der Soldat dadurch nicht gegen seine Dienstpflicht.

In Frankfurt (Main) ging am 19. August nach einer Verhandlungsdauer von 20 Monaten der große Auschwitz-Prozeß unter dem Vorsitz des Schwurgerichtssenatspräsidenten Hans Hofmeyer zu Ende. 6 der 20 Angeklagten wurden zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, 3 freigesprochen, 11 erhielten Verurteilungen auf Zeit.

Wer gehofft hatte, daß im Auschwitz-Prozeß die große Tragödie des Judensterbens im Osten geklärt würde, sah sich enttäuscht. Denn schon während des Prozesses wurde offenbar, daß die Angeklagten auf jeden Fall nur kleine Leute waren, die über nichts zu entscheiden gehabt hatten. Die Urteile stützten sich auf eine Reihe Zeugenaussagen, die zum Teil völlig unglaubwürdig waren. Senatspräsident Hofmeyer sagte selbst in der Urteilsbegründung, es sei nicht Aufgabe des Schwurgerichts gewesen, »zu prüfen, ob dieser Prozeß zweckmäßig war oder nicht«. Das Gericht habe überdies, wie in jedem Strafprozeß, nur die kriminelle Schuld der einzelnen Angeklagten festzustellen gehabt. Es sei nicht die Aufgabe des Verfahrens gewesen, die deutsche Vergangenheit zu bewältigen.

Die interessanteste Aussage, die in diesem Prozeß gemacht wurde, war jene des Sachverständigen Dr. Proszat vom Münchener Institut für Zeitgeschichte, der die Auschwitzer Verlustziffer mit 1 bis 1,25 Millionen angab. Damit wurden die Phantasiezahlen von 4 bis 5 Millionen endgültig widerlegt.

Sofort nach dem Frankfurter Prozeß wurde die Neueinstellung von 26 Staatsanwälten bei der Hamburger Landesjustizverwaltung beantragt. Die Hamburger Staatsanwaltschaft, die gegenwärtig mit etwa 50 Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen überhäuft ist, erklärte sich außerstande, diese Fülle zu bewältigen.

Sowohl im Auschwitzer Prozeß als auch im Treblinka-Prozeß wurde Revision angemeldet. Gleichzeitig erfuhr man, daß darüber hinaus zwei weitere Auschwitz-Prozesse mit rund 370 Angeklagten in Kürze anrollen würden. In Hagen lief zur selben Zeit die Verhandlung wegen Sobibor, in Oldenburg wegen Kowel, in Kiel wegen Tarnow, in Fulda wegen Lieberose und in Stuttgart wegen Tarnopol. Alles Massenprozesse wegen Judenverfolgung und -vernichtung im Osten. Die Prozeßlawine überschlug sich nun völlig.

Gleichzeitig liefen die Ermittlungen gegen die Kriegsmarine an. Admiral a. D. Paul Werner Wenneker wurde trotz seiner 75 Jahre am 12. August verhaftet, weil er 1943 als deutscher Marineattaché in Tokio den Befehl gegeben haben soll, überführte Verbrecher, die in Deutschland mit schweren Strafen zu rechnen hatten und die auf Blockadebrechern in die Heimat transportiert wurden, im Falle einer notwendigen Selbstversenkung aus der Arrestzelle nicht zu befreien.

Eine sicher sehr harte Maßnahme, die nur aus den harten Kriegszeiten zu erklären ist. Im Falle der Gefangennahme durch den Feind war näm-

lich zu befürchten, daß diese meist kriminellen Gefangenen landesverräterische Aussagen machen würden. Durch diesen Befehl soll der Matrose Alfred Poweleit zugrunde gegangen sein.

Weil am 6. Mai 1945 in Flensburg-Mürvik der Kapitänleutnant Asmus Jepsen von einem deutschen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen wurde, liefen die Ermittlungen gegen Vizeadmiral a. D. Bernhard Rogge an, der an der Bestätigung des Todesurteils mitgewirkt haben soll. Auch Großadmiral Karl Dönitz wurde in die Ermittlungen einbezogen, da dieser zu der Zeit der Verurteilung und Erschießung Jepsens deutsches Staatsoberhaupt gewesen war.

Jepsen hatte den Befehl erhalten, einen Sonderzug, der in den letzten Kriegstagen in Eckernförde mit Lebensmitteln, Wehrmachtsgut und Privatgepäck stand, nach Flensburg zu überführen. Nach dem Kriegsgerichtsurteil war Jepsen diesem Befehl nicht nachgekommen und soll am 3. Mai seine Männer entlassen und sich an der Plünderung des Zuges beteiligt haben. Er wurde wegen Fahnenflucht und Plünderung erschossen.

Allmählich bekam die einseitige deutsche Kriegsverbrecherhatz etwas Gespenstiges. Polizei und Gerichte waren mit der einseitigen deutschen Kriegsverbrecherjustiz so überlastet, daß gute Zeiten für die Sexualverbrecher in der Bundesrepublik angebrochen waren. Offensichtlich ungewollt verriet die »Stuttgarter Zeitung« am 20. August 1965 in einem Bericht über den Cannstatter Mord, dem Margot Käfke zum Opfer fiel, wieviel Uhr es auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik geschlagen hatte. Sie meldete, daß die Nachricht, es könne mit baldigem Prozeßbeginn gerechnet werden, verfrüht sei, weil die Ermittlungen noch andauerten, und schloß trocken: »Es dürfte daher geraume Zeit vergehen, bis der Termin für den Prozeßbeginn vor dem Schwurgericht beim Landesgericht Stuttgart festgesetzt wird. Das Schwurgericht ist im übrigen mit Kriegsverbrecherprozessen vorerst ausgelastet.«

Eine Zeit, in der die Justiz für die Sexualmörder keine Zeit mehr hatte!

In Kairo ging am 21. August der Prozeß gegen den Deutschen Wolfgang Lotz, seine Ehefrau Waltraud Lotz und den Industrievertreter Franz Kiesow zu Ende. Sie waren von den ägyptischen Anklagebehörden beschuldigt worden, in Ägypten Spionage für den israelischen Geheimdienst geleistet zu haben. Lotz wurde 1960 in Westberlin, wo er als Pferdetrainer tätig war, vom israelischen Geheimdienst angeworben, in München und Paris ausgebildet und kam Anfang 1961 unter dem Deckmantel eines reichen Pferdezüchters nach Kairo. Er spionierte militärische, politische

und wirtschaftliche Geheimnisse des Gastlandes aus und meldete diese per Funk den Israelis. Mehrere im Herbst 1964 gegen deutsche Experten der ägyptischen Rüstungsindustrie verübte Sprengstoffanschläge gingen auf sein Konto. Für seine Tätigkeit erhielt Lotz, der in der deutschen Kolonie in Kairo eine große Rolle spielte, vom israelischen Geheimdienst 4000 DM im Monat und kassierte so von den deutschen Wiedergutmachungszahlungen an Israel alles in allem 600 000 Mark. Zu seiner Entlastung erklärte der Verteidiger, daß auch Wolfgang Lotz unter dem Einfluß eines Schuldkomplexes wegen der Judenverfolgung durch die Nazis stand. Lotz, der vollauf geständig war, wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt, seine Frau Waltraud Lotz erhielt drei Jahre Zuchthaus, während der Angeklagte Franz Kiesow freigesprochen wurde.

Als der 28jährige Klaus Matuschke in Westberlin mit seinem Sportboot auf einem Wochenendausflug auf der Unterhavel über die Zonengrenze geriet, eröffneten die Volksarmisten mit Maschinenpistolen das Feuer auf ihn. Matuschke, der am linken Unterarm getroffen wurde, vermochte sein Boot ans Westberliner Ufer zu steuern. Der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor Franklin, sandte seinem sowjetischen Kollegen einen Protestbrief gegen die wiederholten Schießereien der Volksarmisten auf unbewaffnete Westberliner Ausflügler.

Während sich der Amtsantritt des israelischen Botschafters Ascher Ben Nathan in Köln völlig reibungslos vollzog, kam es in Israel bei der Einführung des ersten bundesdeutschen Botschafters, Dr. Rolf Pauls, zu heftigen Demonstrationen, nicht nur gegen den Botschafter, sondern auch gegen die Bundesrepublik und das deutsche Volk.

Ein neunjähriges Mädchen, Angelika Kurtz, zeigte unfreiwillig die ganze menschliche Tragödie der gewaltsamen Zerreißung Deutschlands auf. 1956 bekam ein Fräulein Hildegard Kurtz von Fritz Seltmann ein uneheliches Kind. Der Vater übernahm 1957 in allseitigem Einverständnis die alleinige Sorge für die kleine Angelika, die er seiner Mutter zur Pflege übergab. Die Großmutter ersetzte Angelika die Mutter. Als Fräulein Kurtz 1959 in Zittau heiratete, forderte sie die Herausgabe ihres Töchterchens Angelika, was nun Vater und Großmutter verweigerten. Die Mutter, die nunmehr Hildegard Klauer heißt, ging darauf klagen. Sofort schaltete sich die SED-Regierung ein und machte die Sache der kleinen Angelika zu einem Prestigefall der kommunistischen Regierung. Der Rechtsanwalt von Frau Klauer ist bezeichnenderweise der Ostberliner Staranwalt Friedrich Karl Kaul. Der Prozeß zog sich jahrelang hin und

Im Herbst 1965 schwollen die Kriegsverbrecherprozesse zu einer förmlichen Lawine an. Auch gegen Großadmiral Karl Dönitz (oben) wurden Anschuldigungen erhoben. Die Schwurgerichte waren mit Kriegsverbrecherprozessen so ausgelastet, daß an verschiedenen Orten Verfahren gegen Raub- und Lustmörder hintangesetzt werden mußten.

Vergebens bemühten sich die Linksintellektuellen in den Wahlen zum 5. Bundestag, Willy Brandt durchzubringen. Die Mehrheit des deutschen Volkes entschied sich gegen Willy Brandt, der in der Uniform eines norwegischen Majors nach Berlin »heimkehrte« und den Blechtrommler Günter Grass (unten, beide mit Frau Grass noch sehr siegesgewiß).

Deutsches Schicksal unserer Zeit: Südtiroler in italienischen Eisenketten (links).



Mitteldeutsche von eigenen kommunistischen Landsleuten an der Mauer an der Zonengrenze erschossen, weil sie von Deutschland nach Deutschland wollten (rechts). Hier der 14jährige Wolfgang Röhling, der auf dem Lehrter Güterbahnhof von den roten Scharfschützen aus dem Bunker mit Kopfschuß ermordet wurde.

her. Das Kammergericht in Westberlin verfügte, daß Angelika ihrer Mutter, die sie gar nicht kennt, ausgefolgt werden müßte; der Karlsruher Bundesgerichtshof bestätigte dieses Urteil, und Angelika sollte nun ihr Westberliner Heim verlassen, um nach Zittau überstellt zu werden. Im letzten Augenblick untersagte im August das Westberliner Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg unter Amtsgerichtsrat Joachim Seibt die Auslieferung der Angelika. Die Entscheidung seiner Kollegen am Kammergericht qualifizierte Seibt als »menschenwidrig« und »lebensfremde Schreibtischjustiz«. Darauf wurde gegen den mutigen Richter Seibt ein Disziplinarverfahren eingeleitet, und Hildegard Klauer beschuldigte im DDR-Fernsehen die westdeutschen Behörden, einen Kindesraub zu decken. Das Tauziehen um das neunjährige Opfer der deutschen Zerreißung geht weiter. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß sich in Mitteldeutschland seit dem Bau der Mauer umgekehrt etwa 2000 Kinder befinden, die darauf warten, ihren in Westberlin oder in Westdeutschland lebenden Eltern zugeführt zu werden.

Am Abend des 26. August überfielen Unbekannte den Karabinieri-Posten in Sexten (Südtirol) mit Maschinenpistolenfeuer, dem die Karabinieri Palmerio Arrini und Luigi di Gennaro zum Opfer fielen. Trotz umfangreicher Verfolgungsaktionen mit stärkstem Aufgebot in der ganzen Umgebung und Errichtung von Straßensperren in Sexten vermochten die italienischen Sicherheitsbehörden die Täter nicht auszumachen. Der Hüttenwirt Johann Fuchs, der zuerst als Mittäter festgenommen worden war, mußte auf Grund seines nicht zu erschütternden Alibis wieder freigelassen werden. Nun beschuldigten die Italiener die illegal lebenden Südtiroler Freiheitskämpfer Josef Forer, Siegfried Steger, Heinrich Oberleiter und Heinrich Oberleuchtner, den Anschlag durchgeführt zu haben. Einen Beweis dafür konnten sie aber nicht erbringen.

Zur selben Zeit wurde die Bevölkerung der Bundesrepublik durch das Geständnis des 24jährigen Klaus Gosmann aus Hersbruck schockiert, der – seit 1. Juni in Haft – nun gestand, der Nürnberger »Mittagsmörder« zu sein, der kaltblütig sieben Menschen ermordet hatte.

Klaus Gosmann, dessen Vater als Hauptmann in Rußland fiel, wurde mit seinem Bruder von der für ihre Söhne berufstätigen Mutter aufopfernd aufgezogen. Bruder Peter wirkt allseits geachtet als Lehrer. Der 18jährige Oberschüler Klaus dagegen wurde zum Mörder, ohne daß jemand eine Ahnung hatte. Am 22. April 1960 überfiel er in Nürnberg die Bankdirektorswitwe Hedwig Rupprecht, bei der er größere Geldbeträge vermutete,

und forderte mit gezogener Pistole Geld. Als ihre zufälligen Besucher Valeska Eder und Enrique Hering der Überfallenen zu Hilfe eilten, wurden sie erschossen. Frau Rupprecht entging diesem Schicksal nur, weil die Pistole Ladehemmung hatte. 1961 gelang Gosmann ein unblutiger Überfall auf die Sparkasse Leinburg, bei dem er 3280 DM erbeutete. Als der Filialleiter Erich Hallbauer am 10. September 1962 die Sparkasse Ochsenbruck verteidigen wollte, wurde er erschossen. Gosmann kassierte dabei 3060 DM. Am 30. November 1962 raubte er aus der Sparkasse Neuhaus 5610 DM. Der Bote Oskar Seidel, der ahnungslos dazu kam, wurde sofort erschossen. Der Waffenhändler Helmuth Hannwacker in Nürnberg und seine Mutter Carola, die angeblich von den Überfällen wußten und Gosmann erpreßt haben sollen, wurden am 29. März 1963 erschossen. Da sich die Morde meist in den Mittagsstunden ereigneten, wurde der Verbrecher bald der »Mittagsmörder« genannt. Die Polizei tappte völlig im Dunkeln. Als Klaus Gosmann zur Bundeswehr einrücken mußte, gab es eine Pause, bis er von der Bundeswehr im Frühjahr 1965 dersertierte.

Am 1. Juni 1965 stahl Gosmann im Nürnberger Kaufhaus Brenninkmeyer einer Kundin eine Handtasche. Enttäuscht kassierte er 11 DM. Die im Nebenfach steckenden 300 DM übersah er in der Hast. So versuchte er sein Glück nochmals. Doch die nun Bestohlene ertappte Gosmann und schlug Alarm. Der Hausmeister Hermann Thieme versuchte den Dieb zu stellen und wurde von ihm mit einem tödlichen Schuß niedergestreckt. Gosmann, von den aufgebrachten Passanten umstellt, trachtete vergeblich, sich freizuschießen. Wohl verletzte er noch zwei Verfolger schwer, aber dann wurde er überwältigt. Als Gosmann erfuhr, daß er in der ersten Handtasche das Geld übersehen hatte, sagte er sarkastisch zu den Kriminalbeamten: »Hätte ich die 300 Mark rechtzeitig gefunden, wäre der Mittagsmörder nie gefaßt worden.«

Nicht nur die Polizei stand vor einem Rätsel: Dieser kaltblütige Mörder Klaus Gosmann war weder ein »Halbstarker« noch der Typ des verwahrlosten Jugendlichen, der zum Kriminellen absinkt.

In der großen Politik konnten die Deutschen Ende August 1965 an zwei Ereignissen weittragender Bedeutung beurteilen, wie die Entwicklung lief. Obwohl die Engländer immer wieder beachtliche Beträge für die Rheinarmee von Bonn kassierten – bis zu 100 Millionen DM –, gingen sie daran, ein Corporal-Raketenregiment auf herkömmliche Feldartillerie 15,5 cm umzurüsten. In London erklärte man dazu, die Corporal-Raketen wären veraltet, und die 15,5-cm-Haubitzen könnten gegebenenfalls

auch nukleare Sprengköpfe abfeuern. Dabei wurde nur verschwiegen, daß die Corporal-Raketen die zehnfache Reichweite der Haubitzen haben.

Die USA legten in Genf auf der Abrüstungskonferenz einen Plan über die Nichtweitergabe von Atomwaffen vor, in dem die Interessen der Bundesrepublik völlig mißachtet wurden. Abgesehen davon, daß amerikanischerseits nicht einmal versucht worden war, die deutsche Frage in den Vertrag einzubeziehen, sollten Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, auf diese verzichten, ohne entsprechende Garantien für ihre Sicherheit zu erhalten. Damit hatten die Amerikaner die Sicherheit der Bundesrepublik kaltblütig ihrem Streben, von Moskau in Vietnam ein stillschweigendes Einverständnis und Stillhalten zu erlangen, aufgeopfert. Da obendrein Frankreich und die Chinesische Volksrepublik sofort erklärten, sich an ein Abkommen dieser Art nicht gebunden zu fühlen, richtete sich dieser amerikanische Versuchsballon in Genf ausschließlich gegen die Bundesrepublik, die hier für die südostasiatischen Interessen der USA ausgeliefert wurde.

Am 29. August legte eine Delegation der Parteiführung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, und zwar Fritz Thielen, Adolf von Thadden, Waldemar Schütz und der bayerische Landesvorsitzende Franz Florian Winter, Kränze auf den Gräbern der hingerichteten Deutschen im Friedhof des früheren Kriegsverbrechergefängnisses in Landsberg (Lech) nieder. Winter sprach beim stillen Gedenken: »Wir haben hier all derer gedacht, die aus Willkür und Machtgier unschuldig durch Gewalt ihr Leben verloren. Während an solche Opfer in Dachau und Bergen-Belsen alle Welt denkt, besucht diese Gräber hier in Landsberg, in denen zum Teil ebenfalls völlig Unschuldige liegen, niemand. Wir tun das.«

Sofort protestierte die Liga für Menschenrechte und erklärte, dieses Gedenken sei ein Schlag ins Gesicht der Widerstandskämpfer, und appellierte an Bundesregierung und Parteien, eindeutig Stellung zu dem Landsberg-Gedenken zu nehmen. Rechtsanwalt Dr. Erich Bohrer, Mitglied der Bayernpartei, erstattete in München sogar Strafanzeige wegen »Verherrlichung von Kriegsverbrechern«.

Auf dem Domplatz in Breslau fand am 1. September eine Feier zur Erinnerung an die Übernahme der geistlichen Leitung im Oder-Neiße-Gebiet durch die polnische Kirche vor 20 Jahren statt. 60 polnische Bischöfe und 20 000 Polen waren gekommen, um an dieser Siegesfeier teilzunehmen. Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Stefan Wys-

zynski, führte dabei aus, daß die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges von Polen übernommenen geistlichen Güter in den deutschen Ostgebieten und auch deren Kirchen »nicht früher deutscher Besitz« gewesen wären. Der polnische Kardinal erklärte: »Wenn wir umherblicken auf diese Gotteshäuser, wissen wir, daß wir nicht deutsches Erbe übernommen haben. Es ist nicht die deutsche, es ist die polnische Seele, die aus diesen Steinen zu uns spricht. Diese Gebäude hier haben gewartet und gewartet, bis sie schließlich in polnische Hände zurückkehrten. Als Schlesien von Polen weggerissen wurde, war es der katholische Glaube, der es mit der übrigen Nation verbunden hielt. Und das dauerte bis 1821, als feindliche Hände die Diözese Breslau aus dem Metropolitanbistum Gnesen herausrissen. Diese feindliche Hand, die einst sogar den Gottesdienst in polnischer Sprache verbot, ist nun verdorrt.«

Diese ebenso unverschämte wie geschichtsverfälschende Feststellung des polnischen Kardinals unterschied sich in nichts von der verlogenen Propaganda der polnischen Kommunisten. Die meisten Breslauer Kirchen entstanden in der Zeit nach dem Mongolensturm (1241), als die deutsche Besiedlung mit voller Stärke eingesetzt hatte. Die schlesischen Piasten übernahmen bereits 1163 die Lehenshoheit des Reiches, heirateten seit 1100 fast ausnahmslos deutsche Frauen – so wurde eine Südtirolerin aus Meran, die heilige Hedwig, zur Schutzpatronin Schlesiens –, und die Piastenherzöge waren so eingedeutscht, daß Heinrich IV. zu den deutschen Minnesängern gehört. Im übrigen wurde Schlesien auch nicht »von Polen weggerissen«, sondern König Kasimir verzichtete 1335 auf ewig auf Schlesien.

Kardinal Döpfner versuchte nach Abschluß der Fuldaer Bischofskonferenz den schlechten Eindruck der provokanten Erklärung in der Bundesrepublik zu verwischen, indem er erklärte, daß die polnische Kirche mit ihren Bischöfen unter schwerstem Druck der kommunistischen Warschauer Regierung stehe. Warum sie diesen Druck auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit und vor allem der Deutschen ausgleichen wollte, wurde allerdings nicht erklärt.

Die am 19. September 1965 stattgefundenen Wahlen zum fünften Bundestag standen unter dunklen außenpolitischen Sturmzeichen. In Südvietnam schlugen seit Monaten südvietnamesische und amerikanische Truppen regelrechte Schlachten gegen die kommunistischen Viet-Kongs, in Nord-Vietnam wurden Städte und Dörfer von den amerikanischen Flugzeugen mit Bomben belegt, in Kaschmir, dem Indien hartnäckig eine Volksab-

stimmung verweigert, kämpften Inder und Pakistani, und China meldete sich drohend zu Wort.

Unter den Großen der Welt sprach niemand mehr von Deutschland. Keine Rede von einem deutschen Selbstbestimmungsrecht. In Washington, in London und Paris hatte man andere Sorgen. Keinem Deutschen mit normalem Denkvermögen konnte es entgehen, daß eine Wiedervereinigung »in Frieden und Freiheit« nirgendwo auf dem Programm stand, daß sie stillschweigend von der Tagesordnung abgesetzt worden war.

Aber – die Deutschen hatten keine Zeit für die entscheidenden Probleme ihres eigenen Volkes. Sie waren zu sehr mit dem »süßen Leben« beschäftigt, das ihnen das Wirtschaftswunder bot. Allein für Bier, Schnaps, Wein und Sekt werden in der Bundesrepublik täglich 45 Millionen DM ausgegeben, stellte Pfarrer Heinz Schmidt fest. Der Staat profitiert bei dieser sich überschlagenden Genußsucht, denn er nimmt im Jahr an Alkohol- und Tabaksteuer 6 Milliarden DM ein.

Zur selben Zeit, in der die Arbeitszeit immer mehr auf Betreiben der DGB-Gewerkschaften verringert wird, müssen immer mehr Gastarbeiter aus dem Ausland nach Westdeutschland geholt werden, nun schon 1,2 Millionen. Diese wieder begannen langsam, aber stetig ihre Frauen und Kinder nach Deutschland nachzuziehen. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung in Nürnberg sah sich gezwungen, zur Förderung des Baues von Familienwohnungen für Ausländer einen Betrag von 50 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Die Folgen dieses Wohlstandes, der an und für sich nichts Schlechtes zu sein bräuchte, sind jedoch zum Teil erschreckend. 350 000 Bundesdeutsche sind nach vorsichtiger Schätzung des Bunkerpfarrers Adolf Mathes alkoholkrank. Sie fallen nicht nur aus der Produktion aus, ohne daß darüber ein Wort verloren würde, mit ihren Kindern und anderen Familienangehörigen sind es eine Million Menschen, die aktiv oder passiv unter dem Alkoholismus leiden. Was gegen diese beklemmende Entwicklung unternommen wird, ist nahezu ein Witz.

Aber die erschreckendste Wirkung des vom deutschen Volk ehrlich verdienten Wohlstandes ist, daß die Deutschen nun die angenehmen Nebensächlichkeiten des Lebens für den eigentlichen Sinn und Zweck des Daseins halten. Der britische Schriftsteller John B. Priestley sagte zur allgemeinen Lage warnend: »Ein gesellschaftliches Gebäude, dessen einziger Kitt der Wohlstand ist, würde in einer Krise zusammenbrechen wie ein Kartenhaus.«

Er könnte dies ausschließlich für die Bundesrepublik geschrieben haben!

Die Zahl der Mörder, vor allem der Sexualverbrecher, ist längst unerträglich. Trotzdem schwillt sie weiter an. Am gräßlichsten sind dabei die vielen Kindermorde und – die Muttermorde. Gerade in der Wahlepoche gab es wiederum entsetzliche Anschauungsbeispiele: Neben die schon zahlreichen Verbrechen Erwachsener an Kindern trat nun auch in die Reihe der überführten Mörder ein Elfjähriger. In Kiel ertränkte er die 3jährige Susanne Neelsen und danach die 3jährige Ilona Rathenow. Zweifellos ist der kindliche nichtschulfähige Mörder geisteskrank. Auch in diesem Fall mußte das Gesunde elendiglich sterben, damit das Kranke leben kann. Eine furchtbare Frage nach dem Sinn unserer Zeit!

Weil die Mutter dagegen war, daß ihre 16jährige Tochter Susanne Querfurth mit dem 21jährigen Geliebten Horst Müller in ihrer Wohnung in Baden-Baden gemeinsam nächtigten, schlugen Tochter und Freund die Frau bewußtlos, fesselten und knebelten sie, um im Bett neben der stöhnenden Mutter ihre Freiheit zu feiern. Am Morgen des 29. August vermochte sich Frau Martha Hugeler, geborene Querfurth, zu befreien, stürzte auf den Balkon und rief um Hilfe. Darauf packte die Tochter die Mutter und stieß sie in die Tiefe. Frau Martha Hugeler starb, weil sie der Genußgier ihres 16jährigen Kindes im Wege stand.

Als der 21jährige Handtaschenräuber Josef M. nach einem vergeblichen Überfall auf eine 60jährige Rentnerin in München festgenommen wurde, bestritt er die räuberische Absicht entrüstet und versicherte mit allem Nachdruck, er habe der Frau »nur« Gewalt antun wollen.

Das Sexualverbrechen ist bereits im Bewußtsein gewisser Zeitgenossen ein Kavaliersdelikt geworden!

Die »Zeitschrift für ärztliche Fortbildung« versicherte, es gelte nicht als übertrieben, »wenn man in der Bundesrepublik täglich mit 3000 Abtreibungen rechne«. Trotzdem steigt die Zahl der minderjährigen Mütter immer mehr an. In Hamburg und Berlin mußten zeitweise für werdende Mütter eigene Schulklassen eingerichtet werden.

Gleichzeitig wird der Anteil der Jugendlichen ab 14 Jahren an der Zahl der Geschlechtskranken immer größer, wie Frau Minister Dr. Schwarzhaupt angab. Sie bezog sich dabei auf viele Hinweise von Fachkliniken. Eine genaue Zahl konnte sie nicht nennen, weil der Bundestag 1953 die Meldepflicht für venerische Krankheitsfälle abgeschafft hatte.

Von 10 000 Neugeborenen sterben in der Bundesrepublik rund 270, im ersten Lebensjahr etwa 565 Säuglinge. Damit kann sich die Bundes-

republik rühmen, die größte Säuglingssterblichkeit in der westlichen Zivilisation aufzuweisen. Das nicht ohne Grund: Während in Schweden zum Beispiel je 10 000 Einwohner in den gynäkologischen Stationen 751 Betten zur Verfügung stehen, sind es im Wirtschaftswunderland nur 163.

Zeichen der Zeit, die eigentlich niemand übersehen kann!

Taktisch unterschieden sich die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag vor allem deshalb von den bisherigen Bundestagswahlen, als sie diesmal nicht unter der Firmierung Adenauers liefen. Willy Brandt umriß diese neue Situation in München treffend mit der Feststellung: »Solange Adenauer in der Manege war, wußte jeder, wo sein Platz war und wann er zu springen hatte. Jetzt aber geht alles durcheinander.«

Professor Dr. Ludwig Erhards große Bewährungsstunde war angebrochen. Seine Position erschien denkbar schlecht. Außenpolitisch war in der kurzen Zeit seiner Amtsführung das deutsch-französische Freundschaftsverhältnis praktisch liquidiert worden. Innenpolitisch hatte er sowohl mit Vorgänger Adenauer als auch mit der verbundenen CSU in den eigenen Reihen große Schwierigkeiten. Doch davon merkte der Wähler fast nichts. Die beiden Parteien, die um die Macht rangen – CDU/CSU und SPD –, unterschieden sich propagandistisch kaum und nahmen beide für sich in Anspruch, die Sicherheit der Bundesbürger zu garantieren. Und alle miteinander behaupteten, daß es um Deutschland gehe. Das eigentliche Ziel der offiziellen bundesdeutschen Politik wurde von Erhard selbst freimütig bekannt, als er erklärte: »Wir haben die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker eingebettet, damit die Deutschen ruhig schlafen können.«

Das schlafende Deutschland, das Ergebnis der Nachkriegspolitik, auf das man noch obendrein stolz war!

Sowenig glaublich das schien: Die Deutschen wollten tatsächlich ruhig weiterschlafen. So konnte die seit 16 Jahren an der Regierung stehende CDU/CSU auch diese Wahl gewinnen. Die eindeutigen Verlierer waren zum fünften Mal die Sozialdemokraten, an deren Niederlage im wesentlichen zwei Dinge beteiligt waren: Die Deutschen wollten in ihrer Mehrheit auch im gesicherten Wohlstand keinen Bundeskanzler, der in der Uniform alliierter Sieger nach Deutschland zurückgekehrt war. Die linksintellektuelle Wahlhilfe, die in erster Linie Günter Grass leistete, hatte viele Wähler aus dem bürgerlichen Lager, auf welche die SPD hätte rechnen können, vertrieben. Mit dem Blechtrommler wollte die Mehrheit des deutschen Volkes eben schon gar nichts zu tun haben.

Der kleinen Partei der Nationaldemokraten war es nicht gelungen, das Ohr der Wähler zu gewinnen. Während ihren drei parteipolitischen Gegnern aus Steuergeldern 45 Millionen DM als Parteifinanzierung zuflossen, genoß die NPD keinerlei finanzielle und vor allem keinerlei propagandistische Förderung, die ausschließlich der CDU/CSU, der SPD und der FDP zugute kam. Auch fürchteten viele Wähler infolge des Kopf-an-Kopf-Rennens der CDU und SPD, daß Brandt siegen könnte. Um dies zu verhüten, gaben viele Wähler der CDU ihre Stimme, die mit dieser Politik ganz und gar nicht einverstanden sind.

Der tiefere Grund der nationaldemokratischen Niederlage lag aber woanders. Wenige Monate vor diesen Wahlen hatte ein Meinungsforschungsinstitut einen repräsentativen Querschnitt darüber befragt, ob die Deutschen mit dem jetzigen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zustand zufrieden seien oder nicht. Über 67 Prozent aus allen Bevölkerungsschichten hatten versichert, daß sie hoch zufrieden seien. Darum erfüllten sich alle Hoffnungen und Befürchtungen, daß 1965 eine echte Änderung der festgefahrenen Lage bringen würde, nicht.

Gestritten wurde lediglich noch ein paar Tage um Prestige und um die Pöstchen. Die Verteilung dieser Positionen war, für das Ganze gesehen, nur von untergeordneter Bedeutung. Denn im Grundsatz bestand zwischen CDU/CSU, FDP und selbst SPD in den wesentlichen Fragen der Politik kaum noch ein Unterschied. Das Wirtschaftswunder hatte sie alle gleich satt und zufrieden werden lassen.

Doch dabei zu glauben, daß die Sieger für Deutschland die Dinge ordnen und im Geiste einer moralischen Gerechtigkeit liebenswürdigerweise das Eroberte den Deutschen zurückgeben würden, ist mehr als naiv. Es ist einfach beängstigend dumm. Wer Verlorenes wiedergewinnen will, muß zur Wiedergewinnung bis zum letzten Einsatz bereit sein. Die Wege dazu können verschieden sein. Welche jeweils eingeschlagen werden müssen, bestimmt die Situation. Eines ist jedoch auf alle Fälle sicher: Man muß es selbst tun und darf sich dabei nicht auf andere verlassen. Denn dann wäre man schon verlassen. Und Deutschland ist in Wahrheit in allen seinen wirklichen Schicksalsfragen vollkommen verlassen und ganz allein auf sich gestellt. Nur die Deutschen merken das nicht.

Der schweizerische Deutschlandkenner Fritz René Allemann kam den Dingen bestürzend nahe, als er in der Züricher »Weltwoche« Mitte 1965 schrieb: »Der Durchschnittsdeutsche hat nicht nur aufgehört, an die zukünftige Macht seines Staats zu glauben; wichtiger ist, daß er sich im Grunde

auch gar nicht mehr sonderlich dafür interessiert. Er möchte im Wohlstand leben, sein Auto fahren, den lieben Gott einen guten Mann sein lassen; von seinem einstigen Bedürfnis nach Größe aber ist herzlich wenig übriggeblieben.«

Dieser beißenden Analyse kann leider nicht widersprochen werden.

Auch die zahlreichen »Pläne« führen nicht aus dieser Sackgasse heraus. Man vermag sich aus einer solch verzweifelten Lage nicht herauszuschleichen oder den machtvollen Gegner diplomatisch zu überspielen. Außenpolitisch kann man nur dann erfolgreich wirken, wenn die Innenpolitik in Ordnung gebracht wurde. Wer die Wiedervereinigung will, muß zuerst im Innern des deutschen Volkes Ordnung machen.

Erst dann wird aus diesem Haufen Egozentriker wieder ein Volk werden; erst dann können Außenpolitik und Diplomatie tatsächlich für Deutschland etwas erreichen. Heute, wo man im Osten und im Westen um die nationale Ohnmacht der Deutschen weiß, gleicht jedes Wort in dieser Richtung leerem Strohgedresche.

Wenn man heute aktive Außenpolitik betreiben will, dann wäre dafür die erste reelle Voraussetzung, den starken bundesdeutschen Außenhandel in der Außenpolitik zu nützen oder wenigstens Außenpolitik und Außenhandel zu koordinieren. Davon ist zur Zeit nichts zu verspüren, ganz im Gegenteil. Laufend werden bereitwillig handelspolitische Wünsche der anderen erfüllt, ohne dafür politisch für Deutschland etwas zu gewinnen.

Politik muß mit offenen Augen betrieben werden. Die gesamte Weltlage hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. In der Kampfstellung der USA gegen die Sowjetunion um 1950 spielte die Bundesrepublik für die amerikanische Position in Europa die entscheidende Rolle. Der aufgekommene Kalte Krieg entließ daher die Westdeutschen aus dem Getto der Niederlage von 1945 und brachte sie, die Geschlagenen, beinahe ebenbürtig an den Tisch der Reichen. Sicherlich ein in der Geschichte einmaliger Prozeß. Kanzler Adenauer hätte in dieser Situation die Möglichkeit gehabt, reinen Tisch in den grundsätzlichen Fragen zu machen: Beendigung der Diffamierung, der Kriegsverbrecherverfolgung und Errichtung einer gleichberechtigten Armee. John Foster Dulles hätte sich einer solchen deutschen Forderung nicht verschließen können. Doch sie wurde deutscherseits gar nicht gestellt. Man begnügte sich mit dem materiellen Kriegsgewinn des Kalten Krieges, denn auch in der rheinischen Christdemokratie galt die Bert Brechtsche Weisheit: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral!

Diese politische westdeutsch-amerikanische Ehe wurde aber längst durch die Chinesen rauh gestört: Dadurch ist Sowjetrußland zur Zeit nicht mehr der Hauptfeind der USA, sondern die in Asien auf breiter Front angreifende Chinesische Volksrepublik. Die Sowjetunion sank dadurch automatisch zum zweitrangigen Feind herab. Mehr noch: Da sich die Sowjetunion seit dem 20. kommunistischen Parteikongreß in Moskau im Februar 1956 den provokatorischen Angriffen der Rotchinesen ausgesetzt sieht, befinden sich plötzlich die bisherigen Todfeinde USA und Sowjetunion in einer Lage, die trotz ihrer weltanschaulichen Verschiedenheiten parallel verläuft.

In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion zur Zeit für Washington kein Hauptfeind mehr ist, verlor die Bundesrepublik für diese Epoche ihren erstrangigen Wert für die USA. So wurde der Hauptkriegsschauplatz des Kalten Krieges, Deutschland, zum Nebenkriegsschauplatz. Amerika ist nun bestrebt, die deutschen Dinge einfrieren zu lassen; der status quo als Programm. Gerade das bringt die Deutschen um jede Chance einer Wiedervereinigung.

Wie weit diese amerikanische Frontverschiebung schon unter John F. Kennedy ging, beleuchtet sein engster Mitarbeiter, Professor Arthur M. Schlesinger, in seinen Erinnerungen. Kennedy sagte in den Sommertagen 1961 seinem Sonderberater, Professor Walt Rostow, Chruschtschow müsse doch sehr schnell etwas gegen die Massenflucht aus der DDR über Westberlin unternehmen. Die USA würden solche Schritte nicht behindern.

Sicher ist diese sensationelle Erklärung des US-Präsidenten sehr bald nach Moskau gemeldet worden. Dazu erklärte am 30. Juli 1961 der damalige Senator und jetzige US-Vizepräsident Fulbright öffentlich, er begreife nicht, warum die DDR nicht »die Grenze schließt«, er sei der Überzeugung, daß das SED-Regime dazu »sogar ein Recht« habe.

Als dann Moskau, solchermaßen von den USA ermuntert, am 13. August 1961 zögernd – voll Angst, in eine Falle zu tappen – die Schandmauer errichten ließ, schwieg Washington 4 volle Tage, ehe offiziell protestiert wurde. Nicht ohne gleichzeitig zu versichern, daß der Westen gegen die Mauer keinerlei wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen gedenke.

Damit hatten Kennedy und seine Regierung ihr Desinteresse an Deutschland bewiesen und stillschweigend die sowjetische Zerreißung Deutschlands sanktioniert. Seitdem ist Amerikas ganze Aufmerksamkeit in erster Linie auf Asien gerichtet, wo die Amerikaner mit offenen Augen in die vietnamesische Falle der Chinesen hineintappten.

Die Möglichkeiten der deutsch-französischen Freundschaft aber, die mit soviel Aufwand proklamiert wurde, sind von Kanzler Erhard nicht aufgegriffen worden. Dabei lag in ihnen allein noch, nachdem die Bundesrepublik durch die weltpolitische Entwicklung für die USA zweitrangig geworden war, die Chance, die deutschen Probleme in Fluß zu bringen und in der Frage der Wiedervereinigung die Initiative zu ergreifen.

Nun ist auch Charles de Gaulle empfindlich gekränkt und reagiert ausgesprochen sauer, da die Bundesrepublik sein Angebot, europäischer Juniorpartner zu werden, nicht angenommen hat.

So sitzen die Bundesdeutschen dank der Politik ihrer Offiziellen glücklich zwischen zwei Stühlen.

Auch im kritischen Rückblick auf diese 16 Jahre nach der Staatwerdung in West- und Mitteldeutschland darf man trotzdem mit Genugtuung feststellen, daß die Deutschen zumindest im Westen biologisch und wirtschaftlich die Niederlage von 1945 überwunden haben und in Mitteldeutschland dazu auf dem Wege sind. 1937 zählte das Deutsche Reich 67,8 Millionen Bürger. 1965 leben in der Bundesrepublik 58,6 Millionen und 17 Millionen in der DDR. Die Bevölkerung in den beiden restdeutschen Gebieten zählt also nun 75,6 Millionen. Der Haß und die Raubgier, die 1945 die Sudeten- und Volksdeutschen aus dem Südosten vertrieben haben, erwiesen den Gegnern des deutschen Volkes einen üblen Dienst. Gerade durch die Vertreibung sind die Deutschen heute zahlenmäßig stärker als vor dem Kriege.

Leider sind die Deutschen dabei mehr denn je ein »Volk ohne Raum« geworden. Das Bismarck-Reich umfaßte 540 000, die Weimarer Republik 470 000 Quadratkilometer. Heute beträgt der Lebensraum in der Bundesrepublik und der DDR zusammen noch ganze 350 000 Quadratkilometer.

Dabei ist die Bundesrepublik 1965 die zweitgrößte Handelsnation und die drittgrößte Industrienation der Welt.

Und dennoch gibt es für die Deutschen weder Frieden noch Freiheit.

Dieses bestürzende Phänomen ist allein daraus zu erklären, daß die Masse der Deutschen, dank einer raffinierten Regie in einer gefahrvollen Hypnose gehalten, eine Änderung des beschämenden Zustandes gar nicht wünscht.

Erst wenn es den eingeschläferten Deutschen einmal gelingt, sich von dieser Hypnose freizumachen – oder sie durch einschneidende wirtschaftliche oder politische Veränderungen aufgerüttelt werden –, wird es wieder eine echte deutsche Zukunft geben; und dann wirklich in Frieden und Freiheit.

LITERATURVERZEICHNIS

Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1945—1953
Altmann, Rüdiger, Das Erbe Adenauers
Apropos Strauß
Archiv der Gegenwart, 1949—1965
Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem

Baring, Arnulf, Der 17. Juni 1953
Becker, O. E. H., Der perfekte Sklavenstaat
Bohn, Helmut, Die Aufrüstung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands
Brandt, Willy, Mein Weg nach Berlin

Dauthage, Heinrich, Brennendes Land, Land am Brenner
DDR — 300 Fragen, 300 Antworten
Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich
Die Ära Adenauer / Einsichten und Ausblicke
Die Bemühungen der Bundesrepublik um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen / Dokumente und Akten
Diels, Rudolf, Der Fall Otto John

Finn, Gerhard, Die politischen Häftlinge der Sowjetzone
Fischer, Peer, Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich
Forster, Thomas M., NVA — Die Armee der Sowjetzone
Frisch, Sepp, Die Saar blieb deutsch

Gerken, Richard, Spion in Bonn
Goldstein-Laczkó, Georgette, Die Geschichte des Rabbi Goldstein in Berlin
Grimm, Friedrich, Unrecht im Rechtsstaat

Hammerstein, K. W., Landsberg, Henker des Rechts
Hoffmann, Johannes, Das Ziel war Europa

Ingrim, Robert, Die Rettung Deutschlands

Jaspers, Karl, Freiheit und Wiedervereinigung

Kern, Erich, Verbrechen am deutschen Volk
Klee, Ernst, und Merk, Otto, Damals in Peenemünde
Kopp, Fritz, Kurs auf ganz Deutschland?

Leonhardt, Rudolf Walter, X-mal Deutschland

Mohler, Armin, Was die Deutschen fürchten

Neuner, Herbert, Drama Südtirol
Noack, Paul, Deutschland von 1945 bis 1960

Paul, Wolfgang, Mauer der Schande
Pesch, Ludwig, Die west-östliche Nation
Pritzkoleit, Kurt, Wem gehört Deutschland?

Rassinier, Paul, Was ist die Wahrheit?
Reut-Nicolussi, Eduard, Tirol unterm Beil
Richter, Hans Werner, Plädoyer für eine neue Regierung oder keine Alternative
Ritschel, Karl Heinz, Südtirol, ein europäisches Unrecht
Ruhland, Bernd, Deutsche Botschaft Moskau
Rühmland, Ullrich, Mitteldeutschland, Moskaus westliche Provinz

Schmidthals, Brigitte, Die Neugestaltung des strafrechtlichen Staatsschutzes in der Sowjetischen Besatzungszone
Schmitt, Walther E., Krieg in Deutschland
Schütz, W. W., Die Stunde Deutschlands
Stadler, Hans, Die Gewerkschaften, ein Staat im Staate
Studnitz, Hans Georg von, Bismarck in Bonn
Studnitz, Hans Georg von, Glanz und keine Gloria

Thilenius, Richard, Die Teilung Deutschlands

Weinstein, Adelbert, Armee ohne Pathos
Welsperg, Wolfgang von, Südtirol
Weymar, Paul, Konrad Adenauer
Wolff, Klaus, Blick zurück ohne Zorn

Zwerenz, Gerhard, Ärgernisse von der Maas bis an die Memel
Ziesel, Kurt, Der deutsche Selbstmord
und alle einschlägigen Tageszeitungen und Zeitschriften von 1949 bis 1965

NAMENVERZEICHNIS

Dieses Verzeichnis enthält nur die Personennamen, die von besonderer politischer Bedeutung sind.

Acheson, Dean, 67, 114
Adenauer, Konrad, 10 ff., 16 ff., 25, 27 f., 32 f., 35 ff., 44, 49, 51, 56, 59, 61 ff., 74 f., 78, 82 ff., 103, 107, 109 ff., 114, 117, 120 ff., 132, 134 ff., 138, 141, 145, 149, 151 f., 184 f., 187 f., 194, 196, 201, 205 f., 223, 226, 228 f., 243 f., 258, 260, 263, 269, 278, 291, 295, 318, 321, 343, 345
Adschubej, Alexej Iwanowitsch, 296, 302
Agartz, Dr. Viktor, 147 ff.
Aghlab, Ibn, 323
Agnesina, Vicenzo, 222
Ahcene, Ait, 191
Ahlers, Conrad, 258
Ahrendt, Hannah, 248
Ahrens, Karl, 170 f.
Albrecht, Dr., 190
Albrecht, Dr. Erwin, 184 f.
Allardt, Dr. Helmut, 237
Allemann, F. R., 344
Alphand, Hervé, 107
Alsop, Gebrüder, 144
Altmann, Franz, siehe Augustin, Jindrich
Amen, 279
Amon, Erich, 233
Amplatz, Luis, 297 f.
Anegg, Josef, 275 f.
Angenforth, Jupp, 113
Anrather, Hermann, 276
Apostolo, Alberti, 256
Ardenne, Manfred von, 149, 156
Argoud, Antoine, 267 f.
Armao, 275
Arnaudow, Dr. Michael, 308
Arndt, Dr. Adolf, 311 f.
Arndt, Walter, 159 f.
Arnold, Karl, 256
Arnstadt, Rudi, 253
Arrini, Palmerio, 337
Asaria, Dr. Zvi, 194
Aschenauer, Dr. Rudolf, 109, 287
Ashworth, Edward, 245 f.
Attar, Chérif, 190 f.
Auerbach, Frau, 74
Auerbach, Philipp, 41, 70 ff.
Augstein, Dr. Josef, 258
Augstein, Rudolf, 258 ff., 303
Augustin, Jindrich, 209

Baab, Heinrich, 27
Baade, 156
Baender, Paul, 113
Baer, Frau, 280
Baer, Richard, 280
Bandera, Stefan, 191 f., 225, 303
Barnes, Harry Elmer, 292
Barsch, 259
Barsig, Franz, 120
Bartels, Adolf, 314
Barth, Ludwig, 283
Barwich, Dr., 149
Barzel, Dr., 321
Baudissin, Graf von, 130
Bauer, Dr. Fritz, 279, 308, 313, 322
Bauer, Gerhard, 186
Baumann, Hans, 193
Beck, Ludwig, 201
Becker, 258
Becker, Richard, 121
Beisner, Dr. Richard, 191
Benda, Dr., 312
Bendt, Alfred, 246
Benedetto, Leone di, 256
Ben Gurion, David, 51, 196, 200, 318
Benjamin, Dr. Hilde, 70
Benn, Gottfried, 128
Ben Nathan, Ascher, 336
Benz, Jakob, 168 f.
Ben Zvi, Isaak, 247 f.
Bérard, Armand, 39
Berger, Fritz, 239 f.
Bergold, Dr. Friedrich, 47
Bernhagen, Horst, 105
Berthold, Willi, 210
Berthommier, Jean-Claude, 190
Bertram, Georg, 41
Beyer, Horst, 240
Bidault, Georges, 107, 269
Bierut, Boleslaw, 12
Bilmeier, 172
Bischoff, Hans Jürgen, 268
Bishop, William, 13, 28
Blank, Dr. Theodor, 36, 46, 51 f., 68, 115, 129, 131
Blankenhorn, Herbert, 124 ff.
Blaschke, Dr. Hugo, 308
Blobel, Paul, 42
Blücher, Dr. Franz, 34, 42
Bock, Georg, 315
Böhm, Franz, 62 f., 67, 70
Böhme, Peter, 254
Bohne, Dr. Bernhard, 193, 285
Bohrer, 259
Bohrer, Dr. Erich, 339
Bolz, Dr. Lothar, 140
Bonde-Henriksen, Henrik, 113
Boos, 85
Bopp, Fritz, 149
Bormann, Martin, 308
Born, Max, 149, 314
Bornemann, Dr. Friedrich, 84
Borowski, 108
Bosch, Walter, 256
Böttcher, Hermann, siehe Zech-Nenntwich
Böttner, Roderich, 157
Boutry, Jean Baptiste, 40 f.
Boveri, Margret, 23
Braitenberg, Carl von, 233
Brandstätter, Dr. Otto, 222
Brandstetter, Dr. Elmar, 204
Brandt, Willy, 153 f., 182, 215, 228, 232 ff., 241, 252 f., 261, 343 f.
Brauer, Max, 215
Braun, 239
Braun, Dr. Heinz, 43
Braun, Wernher von, 155 f.
Braune, Werner, 42
Brauner, Arthur, 210
Brendel, Dieter, 186
Brentano, Dr. Heinrich von, 144, 194, 244
Breschnew, Leonid J., 302
Brückner, Axel, 239
Brüll, Leo, 195
Brunder, Dr. Willi, 29
Brüske, Klaus, 254
Buber, Martin, 215, 247, 268
Bucher, Dr. Ewald, 224, 313, 322
Bulganin, 123 f.
Bundy, McGeorge, 257

Burg, J. G., 71
Burger, Dr. Norbert, 269, 294, 327 f.
Buschkühl, Bertha, 218 f.
Buschkühl, Franz, 218 f.
Bütefisch, Heinrich, 289
Buttenwieser, Benjamin, 39

Callender, Harald, 61
Carstens, 322
Castellano, Dr., 277
Catel, Dr. Werner, 285, 287
Cebolla/Bingen, 168
Cernak, Matus, 120 f.
Challoner, 259
Christiansen, Friedrich, 308 f.
Chruschtschow, 124, 151, 182, 226 f., 243, 296 f., 302, 346
Churchill, Winston, 11, 25, 27, 69, 138 f., 311
Cinel, siehe Argoud
Clay, Lucius D., 16, 30, 230, 317
Clemens, Hans, 273
Cohn, Roy, 86
Collas, Dr. Dr. Tibor von, 305
Conrad, Kurt, 121, 134, 145, 152
Conrad, Paul, 122, 258
Cornelli, Pietro, 256
Correns, Dr. Erich, 111
Cramer, Helmut, 263
Crüwell, 47
Custodis, Ernst, 194
Cyrankiewicz, Josef, 32

Dahlem, Franz, 96
Dalpke, Hans Lutz, 186
D'Andrea, 275, 277
Dehler, Dr. Thomas, 21, 28, 83 f., 313, 319
Dehousse, Fernande, 127
Dejaco, 192
Delacombe, Sir Rohan, 227
Delmer, Sefton, 111, 291
Demontis, 275
Deppner, Erich, 287
Dernesch, Paul, 255 ff.
Dertinger, Georg, 26, 30, 32, 293
Desch, Kurt, 266
Destaller, Ottokar, 237
Deterling, Harry, 237
Deutsch, Dr. Hans, 237, 304 ff.
Dezelic, Berislav, 329
Dibelius, 312
Dibrowa, P. T., 106 f.
Diederichs, 127 f.
Diel, Jakob, 166, 168, 177 f.
Dietl, Oskar, 233
Dittmann, Herbert, 62
Döbler, Hermann, 328
Dobner, Frau, 160
Doderer, Heimito, 220
Dönitz, Karl, 142, 264, 335
Döpfner, 340
Dornberger, Dr. Walter, 155 f.
Druegs, 307
Dufhues, Josef-Hermann, 194, 214
Dulles, Allen W., 241
Dulles, John Foster, 86, 118, 138, 345
Düllick, Udo, 239

Ebner, Alois, 195
Echtmann, Fritz, 308
Eckert, Dr. Hans, 179
Eckstein, 176
Eden, Anthony, 67, 83, 114
Edusei, Krobo, 275
Edusei, Mary, 275
Egger, Dr. Fritz, 241
Eichmann, Adolf, 200, 214, f., 217, 237 f., 247 f., 314, 319
Eikemeier, Fritz, 222
Einem, Gottfried von, 220
Eisenhower, 107, 120, 147, 155, 188
Eisert, Georg, 267
Elisabeth II., 328
Elon, Amos, 64
Emde, 319
Engel, 258
Engst, Dr. Franz, 333
Erdmann, Michael, 263
Erhard, Dr. Ludwig, 28, 184 f., 188, 278, 293, 295 ff., 318, 320 f., 343, 347
Erler, Fritz, 188
Ermann, 42
Erzberger, Matthias, 32
Eschkol, 302, 306, 318
Etzdorf, Dr. Hasso von, 237

Falkenhausen, Alexander von, 41
Faßbender, Heinrich, 308
Faure, Edgar, 107, 126
Fechter, Peter, 253
Federer, 319
Felfe, Heinz, 273
Fick, Dr., 219
Fielitz, 283
Fischer, 333
Fischer, Lena, 96
Flade, Hermann Josef, 39
Fleischmann, Rudolf, 149
Foertsch, 265 f.
Forer, Josef, 337
Forestier, George, 127 ff.
Forster, H. W., 246
Fraenkel, Wolfgang, 246, 252
Frahm, Herbert, siehe Willy Brandt
Francke-Grieksch, Alfred, 28
François-Poncet, 9, 17, 21
Frank, Horst, 254
Franklin, 336
Franz Josef I., 305
Freiberger, Lorenz, 313
Freisler, Roland, 136
Frenzel, Alfred, 206 ff.
Fricke, Dr. Otto, 24
Friedeburg, Bernd von, 38
Friedländer, Ernst, 63
Friedmann, Dr. Filip, 279
Friedmann, Werner, 217 f., 233
Friedrich II., 323
Friessner, Hans, 47
Frings, 20
Fuchs, Johann, 337
Fuchs, Klaus, 150
Fuchs, Wolfgang, 299
Fulbright, 346
Funk, Walter, 151
Funk, Werner, 267

Gackstatter, 202
Gagarin, Juri Alexejewitsch, 154
Gailani, Ali el, 323
Gallus, 172
Ganeval, Georges Jean, 39
Ganswindt, Hermann, 154
Gaulle, Charles de, 25, 185, 254 f., 267, 269, 295, 347
Gehlen, 258
Gehre, Dr. Ludwig, 110
Geiger, Dr. Georg, 81
Geiger, Georg, 81

Gennaro, Luigi di, 337
Gentner, Wolfgang, 320
Gerlach, Walther, 149
Gersdorf, Wolf von, 44
Gerstenmaier, Dr. Eugen, 37, 222, 260, 321 f., 333
Gerstner, Klaus, 281
Gewehr, Hans Georg, 241
Giacomelli, Dr., 275
Gille, Herbert, 47, 81
Girnus, Dr. Wilhelm, 112
Gisevius, Hans Bernd, 240 f.
Globke, Dr. Hans, 134 ff., 216, 217, 273, 278, 319
Goebbels, Dr. Josef, 164
Goldmann, Dr. Nahum, 63, 74, 215, 308, 316
Goldstein, Dr., 195
Gollancz, Victor, 215, 247
Golowitsch, Helmut, 243
Gomez, siehe Zaisser
Gomulka, Wladyslaw, 205, 326
Gordey, Michel, 326
Gostner, Anton, 241 f., 276
Göttling, Willi, 106
Gottschalk, Friedrich, Generalmajor, 46
Gottschalk, Friedrich, SS-Sturmbannführer, 202 ff.
Gotzleben, Hans Joachim, 28
Grabovac, Pedrag, 237
Graf, Dr. Ludwig, 157, 217
Grandval, Gilbert, 44, 52
Grass, Günter, 161, 343
Grendene, 275
Greve, Dr. Otto Heinrich, 167, 177 f.
Grewe, Dr. Wilhelm, 237
Grimm, Hans, 119, 190
Grolman, Helmuth Otto Wilhelm, 184, 222 f., 333
Gromyko, Andrej A., 321
Gröpper, 296
Groß, Charles, 21
Grotewohl, Otto, 12, 30, 32, 41, 99, 121, 299
Gruber, Kurt, 277
Grübner, Max, 239
Gschnitzer, Dr. Franz, 192
Güde, Dr. Max, 113, 207, 209, 246, 321
Guderian, Heinz, 34, 47, 109, 157
Guidetti, Armando, 256
Gulden, Dr., 235
Gümbel, Ludwig, 48
Günther, Siegfried, 156
Gurk, Dr. Franz, 210
Gutmann, Luis, 236
Guttmann, 277

Haase, Karl Günther von, 270
Haberl, Wendelin, 262
Haberland, Lutz, 254
Haeberlein, 219
Hagemann, Dr. Walter, 217
Hahn, Otto, 120, 149, 156
Hakam, al- II., 323
Hake, Elly von, 45
Hake, Jürgen von, 44
Halevi, Benjamin, 215
Hallstein, Dr. Walter, 126
Halm, Eva, 134
Hamann, Dr. Karl, 113
Hamm-Brücher, Dr. Hildegard, 295
Handy, Thomas T., 42
Hanke, Fritz Richard, 278
Hannemann, Axel, 254
Hanselmann, 202
Hansen, Gottfried, 37, 47
Hansen, Dr. Paul, 28
Harich, Dr. Wolfgang, 147
Harig, Paul, 147
Harlan, Veit, 29
Harnack, 133
Harster, Dr. Wilhelm, 309
Hartlieb, Dr. Wilhelm, 244
Hartmann, Dr., 149
Haselmayer, Dr. Heinrich, 82, 84
Hassan II., 322
Hassel, Kai Uwe von, 283, 333
Hatvany, Alexandra von, 305 f.
Hatvany, Antonia von (Gräfin Montferrand), 305 f.
Hatvany, Baron Franz, 305, 307
Hatvany, Lucie von, 305 f.
Hatvany, Sonja von, 305 ff.
Hauser, 47
Hausmann, Dr. Wolfgang, 315 f.
Hausner, Gideon, 215, 237
Hausser, Paul, 199
Havemann, Dr. Robert, 288
Haxel, Otto, 149
Hays, George P., 39
Hector, Edgar, 81
Hedler, Wolfgang, 23
Hedwig, heilige, 340
Heer, Dr. Friedrich, 220
Hefelmann, Dr. Karl, 193, 285
Heimpel, Dr., 145
Heinemann, Dr. Gustav, 35
Heinrich IV., 340
Heinz, Friedrich W., 115
Heinze-Mansfeld, Michael, 62
Heisenberg, Dr. Werner, 149, 156, 314
Held, Max, 134
Hellwege, Heinrich, 31
Helmstädter, 286
Hennecke, Hans, 128
Henning, Jürgen, 251
Henrici, 158 f.
Henschke, 47
Hepp, Leo, 282
Herbst, 330
Herdegen, Dr. Leo, 29
Herr, 47
Herriot, Edouard, 107
Herterich (Mutter), 266
Herterich, Dr. Elmar, 266 f.
Herterich, Katalin, 267
Hertwig, Manfred, 147
Hertz, Gustav, 156
Hessenauer, Dr. Ernst, 264
Heßler, Rudolf, 320
Heusinger, Richard, 129
Heuß, Dr. Theodor, 9, 14, 20, 34 f., 38, 47, 66, 132, 138, 145, 181 f., 184 f., 215, 279
Heyde, Dr. Werner, 192 f., 285, 287
Heydte, Dr. Friedrich August von der, 257
Heye, Hellmuth, 235, 294 f., 333
Higgins, Marguerite, 19
Hilberg, Paul, 280
Hille, Dr. Hermann, 239
Hillebrand, Richard, 239
Hilpert, Heinz, 120
Himmler, Heinrich, 214
Hirsch, Martin, 306
Hirschfeld, Abraham, 230
Hitler, Adolf, 22, 124, 133, 135 f., 142 f., 150, 164, 188, 213, 240, 273, 293, 307 f., 315, 332
Hitzegrad, Ernst, 46
Hlasko, Marek, 175
Hobe, Cord von, 203
Hoch, Dr. Willi, 257
Höcherl, Hermann. 281, 292, 321
Hoefer, Wolfgang E., 111

Hoegner, Dr. Wilhelm, 203
Hoffmann, 219
Hoffmann, Johannes, 24, 44, 108, 122 f., 127
Höfler, Franz, 236, 242, 276
Höfler, Karl, 236
Höfler, Luis, 236
Hofmann, Peter, 297
Hofmeyer, 333 f.
Hofstädter, Dr. Peter Robert, 273
Hoggan, David Leslie, 236, 291 f.
Holzey, Franz Xaver, 200 f.
Hönig-Ohnsorg, Dr. Klaus, 70
Hoogen, Dr. Matthias, 185, 333
Hopf, 319
Hoppe, Kurt, 70
Hoppe, Otto, 329 f.
Höss, Rudolf, 279 f.
Hötger, Dieter, 251
Housseau, Claude, 190
Hrnecek, 119
Huarez, André, 190
Hubalek, Klaus, 265 f.
Hubatsch, 333
Hübner, Peter, 254
Huhn, Reinhold, 250
Hull, William, 248
Humphrey, Hubert H., 183
Husseini, Mohammed Anim al, 323
Hüttenmeister, Frohwald, 290

Immerwohl, Helmut, 331
Ingster, Israel, 72
Innerhofer, Sepp, 236, 276
Isenburg, Prinzessin, 42
Ivekovic, Dr. Mladen, 109
Ivelaw-Chapman, Sir Ronald, 85

Jacobi, 258
Jaeger, Dr. Richard, 319, 321
Jaene, 258
Jagusch, Dr. Heinrich, 303 f.
Jahn, Gerhard, 303
Jahr, John, 259
Jaksch, Wenzel, 285
Jansen, 172
Jaspers, Karl, 120
Jensen, Hans, 320
Jepsen, Asmus, 335
Jercha, Heinz, 246
Jewtuschenke, Jewgenij, 262
Johann, Erzherzog von Habsburg, 173
John, Dr. Hans, 110
John, Dr. Otto, 110 ff., 120, 155, 178, 181, 303
Johnson, 230, 318
Jong, Dr. Louis de, 309
Juin, 85
Jüngling, 158 f.
Jürgens, Oskar, siehe Otto John

Kaan, Dr., 327
Kaatz, Dr. Leopold, 29
Kaiser, Jakob, 14, 56, 101, 110
Kaiser, Wolfgang, 70
Kalveram, 207
Kamil, al-, 323
Kamitschek, Karl, 41
Kapfinger, Dr. Johannes, 218, 233 f.
Karg von Bebenburg, Franz, 216
Karl der Große, 11, 25, 328
Kasimir, König, 340
Katz, Rudolf, 215
Katz, Sara, 177
Kauffmann, Dr., 279
Kaufmann, Karl, 82, 84
Kaul, Friedrich Karl, 336
Kay, Ella, 199
Kempner, Dr. Robert, 45, 136, 302
Kemritz, Dr. Hans, 44 f.
Kennedy, John Fitzgerald, 230, 241, 257, 270, 279, 346
Kerbler, 297
Kerbler, Christian, 297 f.
Kerschbaumer, Josef, 223, 281, 295, 309 f.
Kesselring, Albert, 157, 201
Keßler, Sally, 194
Kielmannsegg, Johann Graf, 39, 46
Kiesow, Franz, 335 f.
Kingsburg-Smith, 25
Kirchner, 147
Kirkpatrick, Sir Ivone, 25, 38, 81 ff.
Kirst, Hans Hellmut, 108 f.
Klagges, Dietrich, 27
Klauer, Hildegard, geb. Kurtz, 336 f.
Klein, Ernst, 159
Klein, Johannes, 243
Klement, Richard, 199 f., siehe Adolf Eichmann
Klieger, Bernhard, 177
Kliesing, 319
Klotz, Georg, 297 f.
Knappstein, 312
Knips, Peter, 294
Knochen, Helmut, 114, 255
Koch, Erich, 20, 185, 197
Koch, Frau, 331
Koch, Ilse, 39
Koch, Martin, 331
Kock, Dr. Heinrich, 263
Köhler, Dr. Erich, 31
Kohuth, Dr., 321
Kolb, Jakob, 115
Kolb, Karl, 267
Kolbenheyer, Dr. Erwin Guido, 246
Kominek, Boleslaw, 318
König, Rüdiger, 252
Konirsch, Dr. Berthold, 70, 73
Konjew, 157
Konovalec, 225
Konrad, 191
Kopfermann, Hans, 149
Kopp, Nikolaus, 184
Korber, Horst, 284
Korfes, Dr., 152
Körner, Willy, 210
Kossygin, Alexej N., 302, 326
Krajewski, Bruno Erwin, 260
Krakau, 47
Krämer, Dr. Karl-Emmerich, 128 f.,
Kramer, Gene, 315
Krapp, Franz, 237
Kreisky, Dr., 205, 306
Kremer, Hans Robert, 187 f.
Krenn, Dr. Stephanie, 131
Kroll, Dr. Hans, 243 f.
Kroupa, Frantisek, 119
Krüger, Dr. Hans, 284 f.
Krüger, Ingo, 239
Krüger, Dr. Kaspar, 244
Kühn, Herbert, 286
Kuntzen, Adolf, 129
Kunze, Rosalie, 209
Kurtz, Angelika, 336 f.
Küster, Otto, 67, 62

Lacomme, Jean, 227
Ladengast, Walter, 160 f.
Lahr, 322
Lamp, Hermann, 85
Landau, Mosche, 215
Lange, Fritz, 181

Langer, Vlastimir, 209
Langhoff, Wolfgang, 245
Last, Dr. Gerhard, 113
Lattmann, 158
Laue, Max von, 149, 156
Lebküchner, Dr. Richard, 26, 27
Legeler, Hellmuth, 129
Lehmann, Lothar, 239
Lehmann, Otto, 98
Lehr, Dr. Robert, 35 f., 71, 83
Leibbrand, Dr. Kurt, 255 ff.
Leicht, 319
Lejeune, Dr., 300
Lemmer, Ernst, 216, 228, 285
Lenz, Friedrich, 303
Lenz, Karl, 85
Lenz, Dr. Widukind, 236
Lernet-Holenia, 220
Lettow Vorbeck, Paul von, 288
Leucht, Dr. Karl Friedrich, 127 ff.
Levacher, René, siehe Schmeisser
Levi, Benjamin, 215
Levin von Wulffen, Günter, 172
Levy, Emil, 176 f.
Lichenstein, Kurt, 233, 239
Lieb, Theo, 152, 289 f.
Lieser, Kurt, 178 f.
Lifin, Günter, 239
Lilje, Hans, 212, 314
Linse, Dr. Walter, 69
Lippmann, Walter, 151
Litvak, Anatol, 161
Lochner, Josef, 221
Lodgmann, Dr. Rudolf, 30
Löffler, Herbert, 113
Löffler, Martin, 255
Lotz, Waltraud, 335 f.
Lotz, Wolfgang, 335 f.
Lubbe, Marinus van der, 240
Lübke, Heinrich, 188, 254, 261, 285, 289, 296
Ludendorff, Erich, 216
Ludendorff, Mathilde, 216
Ludwig, 127 f.
Ludwig, Ruth, 147, 149
Lünser, Bernd, 239

Macke, Dr., 149
Maginot, Dr. Georg, 39
Magnago, Dr. Silvio, 166
Maier, August, 21
Maier-Leibnitz, Heinz, 149
Maihofer, 314
Mansfield, Mike, 183 f.
Manstein, Erich von, 19, 23, 34, 111
Manteuffel, Hasso von, 16, 47, 189 f.
Marie, André, 107
Maron, 228
Marras, 275
Märtens, Elke, 328
Martin, siehe Willy Brandt
Martin, Alfred, 258
Marzollo, 236
Massara, Giorgio, 278
Mathes, Adolf, 341
Mathewson, Lemuel, 45
Mattauch, Josef, 149
Mattern, 207
Matuschke, Klaus, 336
Maunz, Dr. Theodor, 295
Maurach, Dr. Leonhard, 287
Mauriac, François, 179
Mauritz, Rainer, 243
May, Heinz, 21
Mayhew, 19
Mayr, Egon, 141
McCarthy, Joseph R., 86
McCloy, John, 9, 17, 21, 27, 35, 42, 45, 139
McNamara, 318
Medic-Skoko, Rafael, 294
Meerkatz, Dr. Hans Joachim von, 321
Mehlsheimer, Dr., 20
Mende, Dr. Erich, 19, 68, 223, 243, 328 f.
Mendès-France, Pierre, 107
Menzel, Dr. Eberhard, 287
Mercier, 191
Merten, Dr. Max, 217
Messerklinger, Ludwig, 237
Messerschmid, Dr., 175
Methfessel, Friedrich, 29
Metternich, 173
Meurer, Albert, 243
Mevissen, 199
Meyer, Michael, 298
Meyers, Dr., 83
Middleton, Drew, 61
Minx, Klaus-Dieter, 239
Moch, Jules, 107
Molotow, 117 f.
Mommer, 319
Montgomery, 147
Moosmayer, 137
Morgenschweiß, Karl, 316 f.
Mühlen, von, 319
Mührl, Karl, 264
Müller, Dr. Gebhard, 316
Müller, Hermann, 29
Müller, Joachim, 70
Müller, Dr. Josef, 73
Müller, Philipp, 66
Müller, Rudolf, 250
Müller, Ursula, 70
Mundt, Ernst, 262
Murr, 315
Mussolini, Benito, 142
Muther, Franz, 236

Naeher, Gerhard, 252
Nägele, Carl, 179
Nagy, Imre, 143
Nansen, Dr. Sven Joachim, siehe Zech-Nenntwich
Nasser, Gamal abd el, 319
Naumann, Erich, 42
Naumann, Dr. Werner, 82 ff.
Nebel, Rudolf, 155
Nehru, 229
Neuhäusler, Dr., 317
Neumann, Oskar, 269
Neurath, Konstantin Freiherr von, 140
Nevermann, Grethe, 328
Nevermann, Paul, 273, 328
Ney, Dr. Hubert, 121 f., 127, 134, 145, 151 f., 184 f.
Niemöller, Martin, 19, 36, 186 f.
Nixdorf, Werner, 263
Nocht, Heinz, 29
Noffke, Siegfried, 251
Norden, Albert, 120
Novotny, 293
Nuschke, Otto, 105, 171

Oberg, Karl, 114, 255
Oberhammer, Dr. Alois, 192, 226, 327
Oberhuber, Rudolf, 223
Oberländer, Dr. Dr. Theodor, 197 ff.
Oberleiter, Heinrich, 337
Oberleuchtner, Heinrich, 337
Oberth, Hermann, 154

Oelssner, Fred, 181
O'Hare McCormick, Anne, 61
Ohlendorf, Otto, 42
Ohrenstein, Dr. Aron, 70, 72 ff.
Ollenhauer, Erich, 23, 146
Olshan, Isaak, 247
Ormond, 259
Oster, 133
Oster, Achim, 258
Osterloh, Edo, 287
Otto der Große, 323
Otto, Ernst, 203

Palwski, Gaston, 107
Palzer, Gerhard, 239
Panitzki, Werner, 129
Pasqual, 275
Passmore, Mike, 332
Paul, Hugo, 148
Paul, Wolfgang, 149
Paulick, Dr. Helmut, 246
Paulick, Otto, 23
Pauls, Dr. Rolf, 336
Paulus, Friedrich, 146
Pavelić, Dr. Ante, 195
Percic, Franjo, 294
Peres, Schimon, 318 f.
Perkovič, Nicola, 234
Peters, Ewald, 284
Petersen, Erich, 21
Peuker, Emil, 207, 209
Peyer, Dr., 327
Pfeffer-Wildenbruch, 305, 307
Pfeiffer, Hans, 177
Pfeiffer, Heinrich, 109
Pflug, Karl, 231
Pfromm, Werner, 217
Philip, Prinz, Herzog von Edinburg, 328
Pieck, Wilhelm, 12, 15, 20, 206
Pinay, Antoine, 107, 126
Pius XII., 149
Planeth, Friedrich-Adolf, 149
Pleven, René, 36, 107
Plivier, Theodor, 265
Pohl, Eleonore, 43
Pohl, Dr. Oskar, 106
Pohl, Oswald, 42
Poller, Walter, 330
Poltronieri, Sergio, 278
Popel, Stefan, siehe Stefan Bandera
Popovic, Mocilo, 260
Poweleit, Alfred, 335
Pozzer, 275, 277
Preysing, Graf, 135
Priester, Karl-Heinz, 196
Priestley, John B., 341
Probst, Werner, 239
Prokop, Rudolf, 208
Proszat, Dr., 334
Puchert, Georg, 191
Pupp, Alois, 233
Puschkin, 158

Queuille, Henri, 107

Raab, Julius, 118
Rademacher, 321
Raeder, Erich, 209
Rall, 241
Ramatschi, Christian, 186
Ramcke, Bernhard Hermann, 41, 47 f., 80 f.
Rassinier, Paul, 280 f.
Rath, Klaus, 194
Raub, Hans Dieter, 282 f.
Raveh, Yitzhak, 215
Rawinski, 169
Rebet, Lev, 225
Rechenberg, Hans Albert von, 33
Reck, Otfried, 262
Reeder, Eggert, 41
Reichert, Karl, 63
Reifenberg, Bruno, 145
Reifferscheidt, Dr., 125 f.
Reimann, Max, 113
Reinefahrth, Heinz, 232 f.
Reineking, Karl, 241
Reinert, Hans Egon, 152, 184
Reitlinger, Gerald, 280
Remer, Otto Ernst, 62
René, Georg, 85
Renner, Richard, 129
Reschke, Erich, 15
Reusch, Hermann, 35
Reuter, Ernst, 14, 29, 45, 82, 101, 108, 215
Reutter, Hermann, 38
Rexer, Dr., 149
Richter, Dr. Franz, 53
Richter, Hans, 256
Richter, Walter, 46
Richthofen, Oswald Freiherr von, 237
Riedel, Dr. Franz, 222
Rieger, Dr., 321
Riezler, Wolfgang, 149
Rische, Fritz, 113
Riz, Dr. Roland, 233
Roa, de, 236
Robertson, Sir Brian, 9, 17, 25
Rogge, Bernhard, 335
Rolando, Luiciano, 278
Roloff, Wilhelm, 29
Rombach, Wilhelm, 129
Rommel, Erwin, 45, 201
Rosen, Pinchas, 215
Rosenthal, Dr., 62
Rößler, Fritz, 53
Rößler, Ruth, 53
Rostow, Walt, 346
Rotellini, 275, 277
Rothschild, 305
Röttger, Franz, 170
Rozstock, Max, 46
Rudel, Hans Ulrich, 199
Rudenko, 312
Rudert, Werner, 134
Rühsen, Dr. Georg, 264, 287
Rusk, 228, 247, 328 f.
Ryan, Cornelius, 245 f.

Salah-ed-Din, 324
Sänger, Fritz, 120
Sauer, Karl, 210
Sauerbruch, 308
Sawade, Dr., siehe Heyde, Werner
Seebohm, Dr. Hans Christoph, 31, 292 f., 321
Seelmann, Kurt, 251
Seibold, Dr., 73
Seibt, Joachim, 337
Seidel, Harry, 239
Seidl, Dr., 321
Seiffert, Oskar, 113
Seigewasser, Hans, 212
Seiler, Heinrich, 330
Selbmann, Fritz, 99, 181
Seldte, Franz, 28
Seltmann, Fritz, 336
Servatius, Dr. Robert, 215, 247 f.
Seydlitz, Walther von, 152
Shapiro, Daniel, 110, 155

Shimoni, Yad, 200
Shine, David, 86
Shinnar, Dr., 62
Skukow, 147
Sibl, Ivan, 234
Siepen, Heinz, 82
Simon, Max, 202 ff.
Simonetti, Gustave, 295
Simpson, Sir Frank, 19
Skorzeny, Otto, 263
Solowjew, A. J., 227
Sommer, Siegfried, 217 f.
Spandel, Josef, 207 f.
Sparre, 158 f.
Speidel, Dr. Hans, 16, 129
Spiß, Giuseppe, 276
Spofford, Charles M., 36
Sprenger, Hubert, 221
Suhr, Dr., Stadtverordneter, 29
Suhr, Dr. Herbert, Arzt, 301
Sulek, Paul, 256

Schäfer, 319
Schäfer, Oswald, 26
Schäffer, Dr. Fritz, 31, 42, 46, 169, 187, 197
Schallenmair, Georg, 42
Scharett, Mosche, 51, 66, 74
Scharnhorst, 132
Scharnowski, Ernst, 101
Scharping, Dr. Karl, 82, 84
Schaufele, 187
Schaumburg, Harald, 113
Scheel, Dr. Gustav, 82
Scheljepin, Alexander, N., 225
Scherer, Leonhard, 287
Scheuermann, Valentin, 40
Schiedermair, Dr. Rudolf, 266 f.
Schier-Gribowsky, Peter, 309
Schindler, Dr., 241
Schintlmeister, Josef, 149
Schirdewan, Karl, 181
Schlamm, William, 174
Schlegel, August, 243
Schlesinger, Arthur M., 346
Schlüter, Otto, 191
Schlüter, Leonhard, 119 f.
Schmeisser, Hans Konrad, 124 ff.
Schmelz, Hans, 258
Schmid, Carlo, 13, 33, 36, 224, 306
Schmid, Dr. Gerhard, 21
Schmidt, Hans, 42
Schmidt, Heinz, 341
Schmidt, Dr. Herbert, 157
Schmidt, Oskar, 221
Schmidt, Otto, 256
Schmidt, Richard, 46
Schmidt-Tychsen, 264
Schmidt-Wittmack, Karl-Franz, 112
Schmitz, Josef, 285
Schmitz, Sophia, 285
Schmücker, 321
Schneider, Dr. Heinrich, 121 f., 134, 145, 152, 224, 247
Schneider, Robert, 131
Scholz, Roland, 239
Scholz-Klink, Gertrud, 30
Schönen, Paul Josef, 194 f.
Schörner, Ferdinand, 157 ff., 163, 190, 206
Schöttle, Erwin, 215
Schraupl, Dr., 208
Schröder, Dr. Gerhard, 112, 224, 237, 244, 295
Schröder, Luise, 29
Schröder, Rudolf Alexander, 38
Schüle, Erwin, 182, 311, 315 f.
Schultz, Egon, 299
Schultz, Paul, 261
Schulz, Heinrich, 32
Schulz, Peter, 284
Schulze-Boysen, 133
Schumacher, Dr. Kurt, 14, 18, 20, 34, 37, 63, 68, 74, 263
Schuman, Robert, 24, 27, 57, 67, 114
Schumann, Horst, 229
Schütz, Waldemar, 339
Schwach, Richard, 243
Schwarz, Dr., 286
Schwarzhaupt, Dr., 321, 342
Schweitzer, Dr. Albert, 149
Schwerin, Gerhard Graf, 36
Schwiel, Dorit, 246
Schwiele, Otto, 21
Schwienbacher, Vigilio, 276
Schwinge, Dr. Erich, 204

Stachynskij, Bogdan Nikolajewitsch, 225 f., 303
Stadelmayer, Dr. Viktoria, 214, 219
Stalder, Andreas, 239
Stalin, Josef Wissarionowitsch, 12, 59, 61, 85, 98, 150
Stammberger, 316
Stanek, Dr. Hans, 223, 295
Steger, Siegfried, 337
Steidl, Rudolf, 78
Steigmeier, Ludwig, 219
Steinberger, Bernhard, 147
Steiner, Felix, 81
Steinhauer, Karl, 184 f.
Steinheuer, Margit, 291
Stemmermann, 152
Stempka, 259
Stewart, Michael, 324
Stieg, Günter, 262
Stockinger, Ernst, 21
Stoltenberg, Werner, 322
Stoph, Willi, 299
Stötter, Anton, 224 f.
Strake, Werner, 234
Straßmann, Fritz, 149
Strauß, Franz Josef, 186, 188, 252 f., 258, 260, 263, 295, 313, 318 f., 321
Strecker, Reinhard, 267
Streit, 286
Streiter, Armin, 186
Strieder, Ludwig Karl, 187
Stroele, Karl, 21
Strunk, Arnold, 194 f.
Stüber, Dr. Fritz, 260 f.
Stuckart, Wilhelm, 135
Student, 47
Stüffer, 221
Stumm, Dr., 154
Stumpf, 47

Taylor, A. J. P., 213
Taylor, Telford, 200, 247
Teitgen, Paul Henri, 16
Thadden, Adolf von, 308, 339
Thielen, Fritz, 308, 339
Thiessen, Dr. Peter, 156
Thirring, Dr. Franz, 220
Thum, Dr., 203
Tillmann, Friedrich, 193, 285
Tiso, Monsignore Josef, 121
Tito, 260
Tobias, Dr. Fritz, 240
Tolomei, Graf Ettore, 212
Tolsdorff, Theodor, 200 f.
Torberg, Friedrich, 220

Trettner, 266
Triebel, Erwin, 273
Trimborn, Gerd, 281 f.
Trittelvitz, Hermann, 108
Troßmann, 207
Truman, 16
Tschuikow, 24
Tyrolf, Dr. Walter, 29

Uhl, 202
Ulbricht, Walter, 15, 31, 99, 181 f., 197, 206, 217, 221, 229, 238, 241, 318 f., 322, 325
Uschner, Fritz, 96

Venatier, Hans, 183, 264
Vesper, Will, 245
Vilardo, 275, 277
Visney, Franz, 307
Vocke, Dr. Karl Friedrich, 266
Vogel, 333
Voigt, 119
Volgger, Dr. Friedl, 146, 222
Vollmer, Max, 156
Vračarič, Lazar, 234 f.

Walcher, Wilhelm, 149
Walter, Francis, D., 29
Walter, Kurt, 177
Walthen, Walter von, 233
Walther, 99
Walz, Dr. Karl, 108
Wandel, Paul, 181
Wansbrough-Johnes, Lewellyn, 39
Watson, Albert, 227, 243, 253
Watutti, 152
Weber, 189
Weber, Carl August, 269 f.
Weber, Dr. Karl, 322
Wehner, Herbert, 37
Weidemann, Volker, 283
Weisweiler, Hans, 256
Weitzmann, Dr. David, 215
Weizmann, Chaim, 273
Weizsäcker, Freiherr von (Vater), 111
Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von (Sohn), 149
Welser, Elisabeth, 237
Welser, Kurt, 237
Welter, Günter, 245
Wendt, Erich, 284
Wendt, Johannes, 314
Wenneker, Paul Werner, 334
Wernicke, 45
Wesa, Hans-Dieter, 254
Westmeyer, Dr., 149
Westrum, Hans, siehe Baumann, Hans
Wey, Bosquet N., 156
Wiberg, 172
Wicht, Adolf, 258
Widmoser, Dr. Eduard, 192, 214
Wiedemann, Dr. Hans-Rudolf, 235
Wieland, Gustav, 147 ff.
Wienbeck, 171
Wiennecke, 260
Wiesenthal, Simon, 313
Wilcke, Friedrich, 305, 307
Wilhelm II., 324
Will, Otto, 256
Willich, Erhard Karl, 262
Wilson, 141
Winckelmann, 307
Winter, Franz Florian, 339
Wintersberger, Helmut, 243
Winzer, Otto, 237, 241
Wirmer, Hans, 110
Wirtz, Karl, 149
Wischnewski, 319, 322
Wittinger, Peter, 320
Wittram, Reinhard, 174
Wohlfahrt, Dieter, 239
Wohlgemuth, Dr. Wolfgang, 110, 113, 178
Woitzik, Reinhard, 331
Wolf, Adolf, 245 f.
Wolf, Heinz, 191
Wolff, Kurt, 193
Wolfmeyer, 202
Wollweber, Ernst, 181
Wolpert, 267
World, Dudley, 39
Wörmann, Emil, 120
Wotruba, Fritz, 220
Wüllner, Dr. Paul, 237
Wurche, Wolfram, 239
Wurm, Dr. Theophil, 69, 317
Wyk, Dr. Bjilsma, 309
Wypukol, Georg, 109
Wyschinsky, Andrej, 53, 58
Wyszynski, Stefan, 312, 339, 340

Zaisser, Wilhelm, 22, 107
Zech-Nenntwich, Hans Walter, 290 f.
Zeemann, Dietrich, 291
Zemke, Karl, 113
Zenker, Karl-Adolf, 129
Zick, Dr. Rolf, 246
Ziebell, Günter, 125
Ziegler, Walter, 286
Ziesel, Kurt, 166
Zimmermann, Paul, 82
Zind, Ludwig, 178 f.
Zinkl, Josef, 320
Zinn, Georg August, 80
Ziolkowski, K. W., 154
Zöberlein, Hans, 285
Zwerger, Albin, 276

